

Öffentlichkeit und Privatheit von Pflegefamilien.

Eine hegemoniekritische Analyse eines sozialpädagogischen
Spannungsverhältnisses

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae (Dr. phil.)

vorgelegt dem Rat der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften
der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

von Tobias Studer lic. phil.

geboren am 2. Januar 1977 in Zürich.

Gutachterin und Gutachter:

- 1) Prof. Dr. Bettina Hünersdorf
- 2) Prof. Dr. Michael Winkler

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Februar 2017

Abstract

Die vorliegende Untersuchung greift das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit in einem bestimmten Feld der Sozialpädagogik auf: Beim Pflegefamilienbereich handelt es sich um ein Feld, welches durch die staatliche Kontrolle der Familien in besonderer Weise betroffen ist. Pflegefamilien sind in der Schweiz seit einigen Jahren Gegenstand von Professionalisierungsbestrebungen und gleichzeitig lässt sich an diesem Bereich auch sehr deutlich die Interventionslogik staatlicher Institutionen in die Familien beleuchten. Mittels eines hegemoniekritischen Theorieansatzes wird das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit beleuchtet und dabei sowohl hegemoniale wie auch gegen-hegemoniale Deutungen des kulturellen Alltags herausgearbeitet. Anhand der tiefenhermeneutischen Analysemethoden werden Interviews mit Pflegeeltern, Sozialarbeitenden, Betreuerinnen und Vormundschaftsbehörde hinsichtlich der vorgenommenen symbolischen Ordnungen von Privatheit und Öffentlichkeit bearbeitet. Das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit ergibt sich entlang der symbolischen Ordnungen einer hegemonialen Familialität, der Hegemonie der Absicherung und Expertenperspektive und letztlich einer Ambivalenz von Nähe. Ein besonderes Augenmerk wird auf Inhalte gelegt, die aufgrund der strukturellen Bedingungen der Sozialen Arbeit und des Pflegefamilienbereichs aus den Diskursen verdrängt werden: Hierbei handelt es sich um die Themen Liebe, Religion, Lohnarbeit und Besitz am Kind. Diese geben Hinweise auf andere Deutungen als die in der Professionalisierung des Pflegefamilienbereichs aktuell vorherrschenden. Hierin lassen sich Momente des Kampfes um die kulturelle Hegemonie entdecken, indem Lücken und Zwischenräume entdeckt werden, in denen sich Freiheit jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik verwirklichen lässt.

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	9
1 EINLEITUNG	11
2 PFLEGEFAMILIENBEREICH	21
2.1 Forschungsstand.....	21
2.1.1 Pflegefamilienforschung.....	21
2.1.2 Privatheit und Öffentlichkeit in der Sozialpädagogik.....	28
2.2 Der Pflegekinderbereich in der Schweiz	32
2.2.1 Die Rolle des Staats in der Schweiz.....	32
2.2.2 Historische Verortung des Pflegekinderbereichs.....	37
2.3 Kontextualisierung der vorliegenden Untersuchung.....	41
2.3.1 Organisation des Pflegekinderbereichs im Untersuchungsfeld.....	41
2.3.2 Rechtliche Grundlagen des Pflegekinderbereichs.....	51
2.3.3 Einordnung der Untersuchung	60
3 METHODOLOGIE UND METHODE.....	65
3.1 Forschung als Interaktionsprozess	66
3.1.1 Subjektivität im Forschungsprozess.....	67
3.1.2 Kontextinterpunktion in der Forschung	70
3.2 Tiefenhermeneutische Kulturanalyse.....	73
3.3 Datenerhebung, Datenauswertung und Sample.....	76
4 ÖFFENTLICHKEIT UND PRIVATHEIT AUS SOZIALWISSENSCHAFTLICHER PERSPEKTIVE.....	83
4.1 Diskurse über die historische Genese der Begriffe Privatheit und Öffentlichkeit....	84
4.2 Systematische Perspektive auf das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit....	90
5 SYMBOLISCHE ORDNUNGEN. EINE HEGEMONIETHEORETISCHE HEURISTIK	101
5.1 Hegemonietheorie.....	101
5.2 Feministische Kritik.....	108
5.3 Familiensoziologische Perspektive auf Pflegefamilien.....	114
5.4 Heuristik: Privatheit und Öffentlichkeit als symbolische Ordnungen.....	126

6 ANALYSEN UND ERGEBNISSE.....	133
6.1 Erfahrungen der Pflegefamilien	134
6.2 Prozesse im Pflegekinderbereich aus Sicht der Sozialen Arbeit.....	173
6.2.1 Eignungsabklärung von Pflegefamilien.....	178
6.2.2 Platzierung in Pflegefamilien.....	195
6.2.3 Begleitung und Aufsicht von Pflegefamilien.....	204
6.2.4 Beendigung des Pflegeverhältnisses.....	214
6.3 Analyse des Feldzuganges und der Forscherrolle	217
6.4 Symbolische Ordnungen.....	227
6.4.1 Hegemoniale Familialität.....	227
6.4.2 Absicherung als hegemoniale Praxis	233
6.4.3 Hegemonie der Experten.....	239
6.4.4 Ambivalenz von Nähe.....	246
6.5 Verdrängte Gehalte im Pflegefamilienbereich	248
6.5.1 Liebe	249
6.5.2 Religion.....	253
6.5.3 Lohnarbeit und Anerkennung	257
6.5.4 Besitz am Kind.....	262
7 SCHLUSSFOLGERUNGEN	267
8 LITERATUR.....	271
ANHANG	287
Transkriptionsregeln	287
Ehrenwörtliche Erklärung.....	289
Lebenslauf.....	291

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Heuristisches Schema.....	131
Abbildung 2: Ablauf einer Fremdplatzierung in einer Pflegefamilie.....	174
Tabelle 1: Überblick über das Sample.....	79
Tabelle 2: Überblick über die objektiven Daten der Pflegefamilien.....	135
Tabelle 3: Übersicht über die involvierten Akteure der Sozialen Arbeit	178
Tabelle 4: Verdrängte Gehalte Liebe, Religion, Lohnarbeit und Besitz am Kind	249

Eure Kinder sind nicht eure Kinder. Sie sind die Söhne und die Töchter der Sehnsucht des Lebens nach sich selber. Sie kommen durch euch, doch nicht aus euch, und sind sie auch bei euch, gehören sie euch doch nicht. Ihr dürft ihnen eure Liebe geben, doch nicht eure Gedanken, denn sie haben ihre eigenen Gedanken. Ihren Körpern dürft ihr eine Wohnstatt bereiten, doch nicht ihren Seelen, denn ihre Seelen wohnen im Haus der Zukunft, und das bleibt euch verschlossen, selbst in euren Träumen. Ihr dürft danach streben, ihnen ähnlich zu werden, doch versucht nicht, sie euch ähnlich zu machen. Denn das Leben schreitet nicht zurück, noch verweilt es beim Gestern. Ihr seid die Bogen, von denen eure Kinder als lebende Pfeile abgeschneht werden. Der Schütze sieht die Zielscheibe auf dem Pfad des Unendlichen, und Er beugt euch mit Macht, damit seine Pfeile umso geschwinder und weiter fliegen. Freut euch der Beugung, die euch die Hand des Bogenschützen aufzwingt; Denn so wie Er den flüchtigen Pfeil liebt, liebt Er auch den verharrenden Bogen (GIBRAN 2008, S. 20f.)¹

Vorwort

"Das ist halt alles so ein bisschen privat gelaufen". Die Aussage einer Pflegemutter in einem Interview bringt die Geschichte des Pflegekinderbereichs pointiert zum Ausdruck. Einerseits wurden Pflegekinder und Pflegefamilien seitens der staatlichen Institutionen lange eher vernachlässigt. Dass Familien Pflegekinder aufnahmen, fand des Öftern unter Ausschluss der Öffentlichkeit und mit gemeinsamen Absprachen statt. Andererseits verbleibt der Sachverhalt der Aufnahme eines Pflegekindes oder der Abgabe des eigenen Kindes in eine Pflegefamilie ebenfalls des Öftern in den eigenen, privaten vier Wänden. So hab ich selber die Erfahrung gemacht, erst nach vielen Jahren zu erfahren, dass eine Person aus dem näheren familiären Umfeld in einer Pflegefamilie aufgewachsen ist. Mit der Möglichkeit just nach dem Studium als wissenschaftlicher Assistent die Evaluation einer Fachstelle im Pflegekinderbereich übernehmen zu können, hat sich mir auch das Themenfeld der Pflegefamilien genauer erschlossen. Aus einer anfänglichen Skepsis gegenüber dem Familienkonzept insgesamt hat sich letztlich eine Faszination für dieses Feld und die darin agierenden Personen, wie aber auch eine Irritation über die gesellschaftlichen Entwicklungen rund um Familie ergeben. Daraus entwickelte sich das Interesse, Pflegefamilien auch aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive zu betrachten. Nicht zuletzt deshalb kommen die Pflegekinder und Pflegejugendlichen in meiner Untersuchung leider nur ganz am Rande vor. Aus der Scham heraus, die Problematik mancher Forschung im Pflegekinderbereich in der eigenen Forschung auch reproduziert zu haben, möchte ich das obenstehende Zitat des arabischen Dichters Khalil Gibran den Kindern und Jugendlichen widmen, die in dieser Forschung leider nicht vorkommen.

¹ Khalil Gibran, arabischer Dichter, 1883-1931.

Zahlreiche Menschen haben diese Dissertation begleitet und unterstützt: Danken möchte ich zuerst meiner Doktormutter Frau Prof. Dr. Bettina Hünersdorf für die Unterstützung und die vertrauliche Begleitung über all die Jahre hinweg. Meinem Zweitgutachter Herrn Prof. Dr. Michael Winkler danke ich für die spontane und unkomplizierte Begleitung und die richtigen Worte zum richtigen Zeitpunkt. Ein besonderer Dank geht an Frau Dr. Margot Vogel Campanello für das Korrekturlesen dieses Textes, aber auch für die vielen gemeinsamen Diskussionen, Vorträge und Artikel, die mir geholfen haben, die Wissenschaft trotz bisweilen widriger Umstände immer wieder spannend zu finden. Danken möchte ich an dieser Stelle der Interpretationsgruppe mit Dr. Stefanie Duttweiler, Barbara Hobi, Dr. Marion Pomey, Dr. Myriam Rutschmann und Dr. Margot Vogel Campanello, denen ich einen ungemein ergiebigen, kritischen und letztlich vor allem spannenden Reflexionsraum verdanke. Ein herzlicher Dank geht Dr. Stefania Calabrese, Dr. Philipp Eigenmann und Verena Odermatt, die mit ihrem Engagement in der Evaluationsstudie den Grundstein dieser Promotion gelegt haben. Danken möchte ich auch den Kolleginnen und Kollegen Sevda Güneş, Prof. Dr. Gisela Hauss, Christophe Roulin, Stephan Scharfenberger, Kurt Wyss und vielen anderen für die kleineren und größeren Unterstützungsgesten in bisweilen hilflosen und erschöpften Momenten des Schreibens. Ein unermesslicher Dank geht an meine Lebenspartnerin Daniela Reichmuth für ihre beharrliche Solidarität und ihr Dasein in jeder Hinsicht.

1 Einleitung

Die Familie sorgt auch im 21. Jahrhundert für politische und gesellschaftliche Kontroversen, welche sich in bestimmten dominierenden Vorstellungen darüber niederschlagen, was eine Familie ausmacht und was eine Familie zu leisten hat. Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung ist die irritierende Beobachtung im Rahmen einer Evaluationsstudie, dass sich Pflegefamilien und insbesondere die Pflegeeltern gegenüber Professionalisierungsbestrebungen skeptisch und bisweilen widerständig zeigen. In diesem Zusammenhang entwickelte sich das Interesse daran, die Entwicklung von öffentlicher und privater Erziehung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen zu untersuchen. Pflegefamilien kommt hinsichtlich der Verortung innerhalb der Profession der Sozialpädagogik in zweierlei Hinsicht eine besondere Bedeutung zu: Einerseits ist die Geschichte der Sozialpädagogik in der Schweiz genuin mit der Einrichtung von Pflegefamilien verbunden, wenn auch mit einem historisch schwer belasteten Erbe, was die aktuell aufgearbeiteten Hintergründe zum Verdingkindwesen belegen (vgl. FREISLER-MÜHLEMANN 2011; GALLE 2016; GALLE/MEIER 2009; LEUENBERGER et al. 2011; LEUENBERGER/SEGLIAS 2008).² Die Pflegefamilie lässt sich historisch und institutionell nur eingeschränkt der Sozialpädagogik und der Kinder- und Jugendhilfe zuordnen: Historisch wird von zwei Formen der Fremderziehung ausgegangen – Pflegefamilien und kollektive Erziehung in Form von Heimen oder heimähnlichen Einrichtungen (vgl. SCHOCH/TUGGENER/WEHRLI 1989, S. 11). Während die sozialpädagogischen Heime zusehends institutionalisiert, sprich mit klaren gesetzlich verankerten Erwartungen und Kontrollmechanismen versehen wurden, ist der Pflegekinderbereich durch eine organisatorische Heterogenität und geringere gesetzliche Regelungen geprägt.³ Andererseits bewegt sich die Pflegefamilie strukturell in der Spannung

² Verdingkinder waren vor allem Waisenkinder, die nicht von Verwandten aufgenommen werden konnten und deshalb denjenigen Pflegeeltern in Obhut gegeben wurden, die am wenigsten Kostgeld verlangten. Diese Verdingkinder wurden deshalb meist als billige Arbeitskräfte auf Bauernhöfen "verdingt". Die Aufarbeitung fürsorglicher Zwangsmaßnahmen, zu denen auch die Vergehen an Verdingkindern zu rechnen sind, ist aktuell Ziel und Gegenstand eines vom Bundesrat initiierten Runden Tisches, an welchem neben Betroffenen und Vertretern des Bundes auch die Kantone, Städte, Gemeinden, Organisationen, Kirchen und die Wissenschaft vertreten sind (vgl. die Homepage www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch oder LENGWILER et al. (2013)). Am 19. Dezember 2014 wurde – unabhängig von diesen staatlichen Bestrebungen – mit über 110'000 Unterschriften die "Wiedergutmachungsinitiative" eingereicht, welche eine Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorglicher Zwangsmaßnahmen über eine wissenschaftliche Aufarbeitung und eine finanzielle Entschädigung der Opfer über die Einrichtung eines Fonds fordern (vgl. www.wiedergutmachung.ch [zuletzt besucht: 2.10. 2016]). Der schweizerische Bundesrat teilt das Anliegen der Verfassungsinitiative weitgehend, legt am 4. Dezember 2015 dem Parlament ein Gesetz als indirekten Gegenvorschlag vor und empfiehlt dem Parlament und dem Volk die Initiative zur Ablehnung. Dieses Gesetz wird am 27. April 2016 vom Nationalrat als große Parlamentskammer gutgeheißen. Als Vorteil des Gesetzes gegenüber der Verfassungsinitiative wird deren schnellere Umsetzbarkeit betrachtet, sodass den betroffenen Menschen schneller geholfen werden kann. Das Gesetz sieht einen Rahmen von 300 Millionen Franken für die finanzielle Entschädigung vor.

³ In der Schweiz bestehen hinsichtlich der Organisation des Pflegekinderbereichs grundlegende Unterschiede in den einzelnen Kantonen: Während der Kanton Zürich beispielsweise nur in der Stadt und in einer einzelnen Region des Kantons eine Fachstelle zur Betreuung und Rekrutierung von Pflegefamilien eingerichtet hat, bestehen in anderen

zwischen der staatlichen Kontrolle, welche aufgrund von fremdplatzierten Kindern durch staatliche Instanzen wie der Vormundschafts- oder Fürsorgebehörden, respektive den neu eingesetzten Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) oder durch Sozialarbeitende erfolgt⁴, und der eigenen familiären Lebenswelt, welche sich durch eine Abgeschlossenheit gegenüber dem Öffentlichen und der staatlichen Einflussnahme charakterisiert. Während die staatliche Aufsicht bei Heiminstitutionen weitgehend institutionalisiert ist, kann sie im Falle von Pflegefamilien zu Spannungen führen, da sie seitens der Familie als kontrollierender Eingriff wahrgenommen werden kann.⁵

An Pflegefamilien widerspiegelt sich der gesellschaftliche Umgang mit Problemen im familiären Kontext. Ein kurzer und keinesfalls umfassender Blick in aktuelle mediale und politische Debatten vermittelt ein Bild der medial-öffentlichen Kontroversen rund um Familien: An der neu eingeführten, professionell besetzten Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde wird vor allem von bürgerlicher Seite beanstandet, dass sie gegenüber den vorgängigen Laienbehörden eine zu große lokale Distanz zur Bevölkerung aufweist und die Entscheidungshoheit über die Finanzierung von Fremdplatzierungen professionellen Instanzen und nicht den demokratisch gewählten Behördenmitgliedern übergeben wird (vgl. ARNET 2015; BLUMER 2014). Die mediale Debatte bricht im Zusammenhang mit dem sogenannten "Fall Flaach" auf, in welchem eine Mutter ihre beiden kleinen Kinder umbringt, um damit eine Fremdplatzierung in einem Heim zu verhindern. Hierbei erfährt die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde die mediale Aufmerksamkeit als Instanz, welche die familiäre Problemlage nicht erkannte und mit dem formal korrekten Verhalten keinen Zugang zur Mutter fand. Eine Untersuchung durch die kantonale Justizdirektion ergibt, dass der Behörde in diesem Fall kein Fehlverhalten angelastet werden kann. Das unabhängige Gutachten zur Klärung der behördlichen Vorgehensweise kommt zu dem gleichen Ergebnis, kritisiert allerdings auch die problematische Kommunikation gegenüber der betroffenen Familie. In einem anderen Fall, dem sich insbesondere die Boulevardmedien zuwenden, erfährt eine Familie – die Mutter stammt aus den Philippinen – seitens der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde einen Obhutsentzug der beiden Kinder. Die Kinder werden in einem Kinderheim und anschließend in einer Wohngruppe untergebracht. Der Vater bringt seine Kinder nach dem Wochenende nicht mehr auf die Wohngruppe, sondern mit der Mutter auf den Flughafen und die drei fliegen auf die Philippinen. Der Vater wird in den

Kantonen institutionalisierte Fachstellen mit einer entsprechenden Ressourcenausstattung (vgl. FACHSTELLE FÜR DAS PFLEGEKINDERWESEN 2001) (vgl. hierzu die weiteren Ausführungen im Kap. 2.3.1).

⁴ Genauere Angaben zur Rolle staatlicher Institutionen und der neu eingeführten Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde finden sich im Kap. 2.3.1.

⁵ Eine diesbezügliche Debatte dreht sich im Pflegekinderbereich um die Frage, wie aus sozialpädagogischer Perspektive Beratung und Aufsicht zu vereinbaren sind (vgl. BÄTTIG 1989).

Boulevardmedien als Held im Kampf gegen die staatliche Willkür und gegen den "bösen, übermächtigen Staat" gefeiert (vgl. LOSER 2015).⁶

Die medialen Debatten, welche bisweilen stark den Charakter einer Empörungsbewirtschaftung annehmen (vgl. IMHOF 2006), geben Hinweise auf eine veränderte Wahrnehmung staatlicher Eingriffe in die Familie und lassen Vermutungen über Veränderungen des Schweizer Föderalismus anstellen. Der Föderalismus stellt neben dem Prinzip der Subsidiarität und der direkten Demokratie den Kern des Schweizer Staatsverständnisses dar und geht davon aus, dass die grundlegende politische Macht in den Händen des Souveräns und bei den einzelnen Kantonen liegt (siehe Kapitel 2.2.1). Politische Macht beim Bund als höchste politische Ebene in der Schweiz wird grundsätzlich einer Kritik unterworfen, entsprechend werden Gesetze und Verordnungen, welche auf Bundesebene eingeführt und Kompetenzen der Kantone tangieren oder eingrenzen, Gegenstand politischer Debatten. Dies zeigt sich an der nachfolgend dargestellten Debatte um die Pflegekinderverordnung, welche insbesondere die Bewilligungen der Kinderbetreuung außerhalb der eigenen Familie regelt: Von konservativer, liberaler wie auch von sozialdemokratischer Seite wird an der Revision eine verstärkte Bürokratisierung beanstandet, die mit den Bewilligungen von Betreuungssetting außerhalb der Familie einhergeht. In diesem Zusammenhang ergibt sich *erstens* die Frage nach familienpolitischen Regelungen, die Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen sind. Aktuelle politische Vorlagen auf Bundesebene beschäftigen sich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sind von bürgerlicher Seite durch die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Kleinfamilie geprägt.⁷ Die Argumentation der bürgerlichen Parteien basiert auf einer Hochstilisierung der Gefahr einer Verstaatlichung der Kinder und des Eingriffs in die familiäre Privatsphäre (vgl. u.a. RUTZ 2013). Dieser Idealisierung der Familie setzt die etablierte Parteilinke ebenfalls eine Stärkung der Familie entgegen, allerdings unter dem Aspekt der Chancengleichheit und hinsichtlich des Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen. Ausdruck hiervon ist der Verfassungsartikel zur Familienpolitik

⁶ Mittlerweile ist die Debatte um die Legitimation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden auch politisch angekommen: Am 18. Juni 2016 wurde die Initiative mit dem Titel "KESB – Mehr Schutz der Familie" bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Initiative strebt eine Stärkung der Rolle der Familie bei einem allfälligen Unterstützungsbedarf an. Hierzu ist anzumerken, dass die von politisch rechter Seite kritisierte Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde durch die Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes per 1. Januar 2013 durch das Schweizer Volk demokratisch legitimiert eingeführt wurde.

⁷ Eine weitere familienpolitische Initiative wurde bereits im Juli 2011 seitens der Schweizerischen Volkspartei SVP eingereicht, welche sich für einen Steuerabzug auch bei der familiären Selbstbetreuung der Kinder ausspricht. Die Initiative wurde vom Nationalrat dem Volk zur Ablehnung empfohlen und am 24. November 2013 mit 58.5% abgelehnt. Am 8. März 2015 kam die eidgenössische Volksinitiative der Christlichdemokratischen Volkspartei CVP mit dem Slogan "*Familien stärken*" zur Abstimmung. Sie strebt die Stärkung der Familien dahingehend an, dass Kinder- und Ausbildungszulagen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene fortan steuerfrei ausbezahlt werden sollen. Die Volksinitiative wurde mit 75,4% Nein-Stimmen abgelehnt (vgl. hierzu die detaillierten Angaben auf der Homepage der schweizerischen Bundeskanzlei: www.admin.ch).

und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, welcher dem Schweizer Souverän am 3. März 2015 zur Abstimmung vorgelegt und abgelehnt wurde.⁸ Dass sich die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht einseitig entlang politischer Rechts-Links-Kategorien beantworten lässt, zeigt Peter STRECKEISEN in seinem fundierten Kommentar auf, in dem er darauf hinweist, dass sich mittels des Verfassungsartikels vor allem eine klassenspezifische Praxis der Kinderbetreuung und der geschlechtlichen Arbeitsteilung normieren lässt: "Gut gebildete Lohnabhängige mit mittleren oder höheren Einkommen bringen ihre Kinder in die Krippe, wobei die Mutter Teilzeit und der Vater Vollzeit arbeitet (oder zumindest 80 Prozent)" (STRECKEISEN 2013, o.S.). Väter werden damit nicht dazu verpflichtet, sich stärker um die Kinderbetreuung zu kümmern, und Eltern, die sich dieser Tendenz der Fremdbetreuung entziehen und ihre Kinder selber betreuen wollen, werden rasch als konservativ bezeichnet. Damit kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass weder die Erziehung seitens Familienangehöriger irgendeine Garantie auf ein richtiges Aufwachsen liefern noch die Fremdbetreuung von Kindern per se etwas mit Emanzipation oder Gleichstellung zu tun hat. Die volkswirtschaftliche Relevanz weiblicher Arbeitskräfte als bürgerliche Hintergrundmotivation zur Gleichstellung der Frauen gerät dabei bisweilen aus dem Blick. *Zweitens* gehen diese familienpolitischen Verschiebungen mit der Diskussion um die Bedeutung des sogenannten "Service public" einher, respektive mit der Frage, welche Leistungen gegenüber der Bevölkerung durch den Staat zu erbringen sind und welche privaten Anbietern überantwortet werden können. Im Schweizer Bereich der Kinder- und Jugendhilfe dreht sich die Diskussion insbesondere um die Frage, wie Fremdplatzierungsprozesse angemessen zu kontrollieren sind, was sich unter anderem in der aktuellen historischen Aufarbeitung von Fremdplatzierungen in Heimen und Pflegefamilien niederschlägt, die sich mit der Frage nach der Verantwortung von Behörden als staatliche Akteure beschäftigen (vgl. LENGWILER et al. 2013). Damit eng verknüpft ist die für die Schweiz spezifische direktdemokratische Strukturierung, welche Behördenaufgaben über demokratische Prozesse bestmöglichst subsidiär in der Bevölkerung verankert. Entscheidende Behörden im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe waren damit vor allem in ländlichen Orten Laienbehörden, die sich gegenüber der Bevölkerung zu rechtfertigen haben. Mit der Professionalisierung dieser Behörden kommt es auch zu Verschiebungen der staatlichen Funktionen.

⁸ Der Verfassungsartikel zur Familienpolitik und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde am 3. März 2013 mit einer Mehrheit von 54,3% der Stimmenden angenommen, scheiterte aber letztlich am Ständemehr (13 Stände – 11 Kantone und 4 Halbkantone – lehnten den Verfassungsartikel ab). Genauere Informationen zum Hintergrund dieses Verfassungsartikels finden sich auf der Homepage der schweizerischen Bundeskanzlei: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20130303/index.html> [zuletzt besucht: 30.9.2016].

Problemstellungen

Die Veränderungen der staatlichen Funktionen und der Einflussnahmen auf die individuellen Lebenslagen lässt sich unter der allgemeinen Frage nach dem *Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit* beleuchten. Es handelt sich im Kontext der Sozialpädagogik um eine vergleichsweise junge Debatte, in welcher diese Verschiebungen aufgegriffen werden (vgl. BECKMANN et al. 2009; BÜTOW et al. 2014; JURCZYK/OECHSLE 2008b): Die familiäre Erziehung wird einer verstärkten staatlichen Kontrolle unterworfen und zugleich kommt es unter dem Aspekt der Professionalisierung zu Veränderungen der öffentlichen Erziehung. Das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit lässt sich unter diesen beiden Aspekten problematisieren: *Erstens* kann von einer Re-Familialisierung sozialer Probleme gesprochen werden, welche gleichsam mit einer Tendenz zur Veröffentlichung der Familie einhergeht. Damit ist die Auseinandersetzung mit der veränderten Rolle staatlicher Institutionen verbunden. *Zweitens* lässt sich die Professionalisierung im Pflegekinderbereich im Hinblick auf das Verhältnis Privatheit und Öffentlichkeit diskutieren, respektive genauer beleuchten, welche Verschiebungen unter dem Titel der Professionalisierung stattfinden.

Diese beiden Aspekte rahmen als Problemstellungen die vorliegende Untersuchung: Die These der "Re-Familialisierung" sozialer Probleme geht davon aus, dass im Kontext sogenannter "post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationen" soziale Risiken zusehends ins Private verlagert werden, indem Familien gegenüber wohlfahrtsstaatlicher Arrangements wieder verstärkt in die Verantwortung zur Bewältigung sozialer Probleme genommen werden. Dass soziale Probleme nicht mehr alleine auf den Schultern der betroffenen Menschen abgeladen werden, stellt eine relevante Errungenschaft moderner Sozialstaaten dar, indem die individuellen Problemlagen auf ihre gesellschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden und konkret über finanzielle Umverteilungen Verantwortung übernommen und Entlastung geliefert werden kann.⁹ Unter dem Einfluss des Neoliberalismus gerät die grundlegend angenommene Unschuldsvermutung unter Druck, der einzelnen Person wird zusehends die Verantwortung für ihre Notsituation zugeschrieben. Allgemein äußert sich diese Situation in der Annahme des aktivierenden Sozialstaats, Menschen müssten grundlegend aktiviert und aus ihrer Passivität herausgeholt werden (vgl. u.a. NADAI 2007; WYSS 2007). Die Aspekte von Aktivierung und der Zuschreibung von Eigenverantwortung finden sich auch konkret beim gesellschaftlichen Umgang mit Familien: "Die zunehmende Brüchigkeit wohlfahrtsstaatlicher Hilfs- und Unterstützungsleistungen führt gegenwärtig zu einer Verschiebung gesellschaftlicher Anforderungen ins Private

⁹ Ausdruck hiervon ist beispielsweise das Finalprinzip der Sozialhilfe in der Schweiz, welches im Falle einer Notsituation unabhängig von der Ursache oder der individuellen Schuld Unterstützung liefert (vgl. KUTZNER et al. 2009).

bzw. Informelle gegenüber einer auf rechtlichen Ansprüchen basierenden Sozialstruktur" (RICHTER et al. 2009, S. 2).¹⁰ Diese Verlagerung geht einher mit einer verstärkten Forderung nach Eigenverantwortung und Aktivierung auf Seiten der Familie (vgl. OELKERS/RICHTER 2009). Dies äußert sich beispielsweise im schulischen Kontext in einem Rücktransfer schulischer Probleme auf die Familie, welcher einhergeht mit der Forderung nach stärkerem staatlichen Einfluss auf die familiäre Erziehung und Projektion von Defiziten auf die Familie (vgl. JURCZYK 2008).¹¹ Die Familie wird dargestellt, als sei sie nicht mehr in der Lage, ihre zentrale Funktion der Erziehung wahrzunehmen. Hierbei ist allerdings auf die Spaltung hinzuweisen, die sich in den medialen Debatten niederschlagen, indem in erster Linie Arbeiter- und Migrantenfamilien diskreditiert werden (vgl. BÜTOW et al. 2014; GROßKOPF/WINKLER 2015; OELKERS 2009b). Die staatliche Funktion wird verstärkt hinsichtlich des Schutzes der Kinder vor der Familie betont, respektive dem Staat wird die Funktion zugesprochen, eine Risikoprävention im Privaten vorzunehmen. Damit aber vollzieht sich neben der Re-Familialisierung sozialer Probleme auch eine Veränderung staatlicher Aufgaben, indem der Staat – vermittelt über pädagogische Institutionen – nicht nur Rahmenbedingungen familiären Aufwachsens erstellt, sondern auch konkrete Vorstellungen von Familie einführt und ansteuert. Welche Deutungen und Eingriffe seitens der staatlichen Institutionen vorgenommen werden, ist Ausdruck veränderter hegemonialer Machtstrukturen. Wie sich diese Deutungen und staatliche Eingriffe am Beispiel des Pflegekinderbereichs zeigen, ist Gegenstand der vorliegenden hegemoniekritischen Analyse des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit.

Die *Professionalisierung des Pflegekinderbereichs* stellt die zweite kontrovers zu diskutierende Problematisierung dar, die als Hintergrund der vorliegenden Analyse bearbeitet werden soll: Kern der aktuellen politischen und professionellen Debatten rund um die Professionalisierung des Pflegekinderbereichs ist die sogenannte "Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption" (PAVO), welche 1978 auf Bundesebene in Kraft gesetzt und in den vergangenen Jahren einer Revision unterzogen wurde. Es handelt sich hierbei um Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen zum schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB), welche eine Bewilligung der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen außerhalb des Elternhauses und eine

¹⁰ Einhergehend mit der These des Post-Wohlfahrtsstaats wird von einer Rekommodifizierung als zunehmender Zwang des einzelnen Arbeiters, seine Arbeitskraft ohne wohlfahrtsstaatliche Absicherung aufrechterhalten zu müssen. Förderung und Erhalt der individuellen Arbeitsmarkt- oder Beschäftigungsfähigkeit sowie die damit verbundenen individuellen arbeitskraftherhaltenden Maßnahmen entwickeln sich im Rahmen des sogenannten aktivierenden Sozialstaats zur selbstverständlich erwarteten Haltung betroffener Menschen (vgl. WYSS 2007).

¹¹ Dies zeigt sich beispielsweise an der verstärkten Etablierung von Sozialarbeit an der Volksschule, welche eine Entlastung der strukturellen Spannungen in der Schule ermöglicht, indem die SchulsozialarbeiterInnen die durch die Schule induzierten Probleme im Kontext der Familie bearbeiten. Christian VOGEL spricht hierbei von der Familie als Ziel der Spannungsverlagerung (vgl. VOGEL 2006, S. 239ff.).

Aufsicht der Behörden vorsehen.¹² An der Professionalisierungsdebatte im Pflegefamilienbereich lassen sich zwei Dimensionen verdeutlichen: Einerseits beinhaltet die Diskussion auch eine weiter angelegte Debatte um die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der staatlichen Akteure auf den unterschiedlichen politischen Ebenen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Andererseits bringt die Professionalisierung bei den Pflegefamilien auch Versuche der Steuerung in unterschiedlicher Hinsicht mit sich. So macht Monika GÖTZÖ als Forschungsdesiderat darauf aufmerksam, dass die Begriffe der Professionalität oder Professionalisierung im Pflegefamilienbereich kritisch zu beleuchten wären: "Gegenwärtig mischen sich hierzu Vorstellungen von Erwerbsmäßigkeit mit Ausbildung oder einer reflektierten Selbstdefinition der Pflegeeltern als *Pflegeeltern*" (GÖTZÖ 2013, S. 182: Hervorhebung im Original). PUTZHUBER und POSCH spitzen die Debatte um die Professionalisierung des Pflegekinderbereichs mit der Frage zu, "[...] ob es hier um Liebe und Fürsorge oder um Arbeit geht und in der Folge auch [um] die Frage, ob jemand, der in diesem Bereich arbeitet, dies als Beruf oder doch mehr als Berufung verstehen sollte. Braucht es für diese Arbeit ausgebildete ErzieherInnen oder sollte eine Pflegemutter nicht einfach eine warmherzige fürsorgliche Frau sein? Brauchen die Kinder – und um die geht es ja – Menschen, die ihr erzieherisches Handwerk verstehen oder nicht doch einfach ausschließlich ganz spontane natürliche Mütterlichkeit und Väterlichkeit?" (PUTZHUBER/POSCH 2001, S. 4). Die Diskussion um das Konzept von Mütterlichkeit basiert nach FLESSNER (1995) auf der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf für bürgerliche Frauen. Damit ist die Annahme einer spontanen Mütterlichkeit "ein soziales Konstrukt, das in patriarchal dominierten Gesellschaften wie der unseren der gesellschaftlichen Rolle der Frauen zugeschrieben wird und nach wie vor als deren Kern gilt" (FLESSNER 1995, S. 11). Die Geschichte der Professionalisierung im Berufsfeld der Sozialpädagogik und Sozialarbeit ist nach FLESSNER eine Geschichte seiner Vermännlichung. Die Zuschreibung von Mütterlichkeit als Beruf dient also maßgeblich der Aufrechterhaltung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, indem Fürsorge und Empathie als naturwüchsig den Frauen innewohnende Fähigkeiten interpretiert wurden, welche der Subjektwerdung bürgerlicher Frauen zuträglich sind (vgl. FLESSNER 1995, S. 12). Es handelt sich dabei nicht um ein gesellschaftliches Gegenkonzept zur traditionellen Familienrolle, sondern die patriarchalen Strukturen bleiben darin enthalten. Die Ausführungen von PUTZHUBER und POSCH verdeutlichen die Ambivalenzen, welche sich im Pflegekinderbereich entlang unterschiedlicher Dimensionen aufzeigen lassen: Erstens das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Ehrenamtlichkeit, zweitens die Unterscheidung zwischen

¹² Die rechtlichen Aspekte des Pflegekinderbereichs und die genaueren Ausführungen zur nachfolgend diskutierten Pflegekinderverordnung finden sich im Kap. 2.3.2. Die "Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption" wird im Folgenden abgekürzt PAVO oder Pflegekinderverordnung genannt.

Beruf und Berufung, welche drittens die Dimension zwischen Professionalität und Laientätigkeit mit sich bringen. Inwiefern sich diese Dimensionen im Pflegekinderbereich im Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit niederschlagen, ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Der Fokus liegt allerdings weniger auf der Frage nach den Chancen und Problemen der Professionalisierung von Sozialpädagogik, als vielmehr darauf, was mit dem einhergeht, was als Professionalisierung im Pflegefamilienbereich bezeichnet wird. Am politischen Umgang mit Pflegefamilien lassen sich gesellschaftliche Umgangsformen mit der familiären und der öffentlichen Erziehung untersuchen. Pflegefamilien sind dem sozialpolitischen Zwang und den staatlichen Interventionen unterworfen, wie sie auch über bestimmte familiär privilegierte Zugänge verfügen. Mit der verstärkten Einflussnahme durch den Staat gehen seit den 1980er-Jahren Tendenzen einer Privatisierung von sozialstaatlichen Errungenschaften einher. Neoliberale Deregulierungsmaßnahmen haben Verschiebungen im Verständnis staatlicher Aufgabenbereiche zur Folge.¹³ Die Untersuchung von Pflegefamilien kann Einblicke in vergesellschaftete Erziehungskontexte zwischen staatlichen Einflussnahmen und privater Widerstandspotentiale ermöglichen. Das Verhältnis von öffentlichen und privaten Erziehungsfunktionen ist insofern als Indikator gesellschaftlicher Veränderungen zu verstehen, weil sich darin die bestehende Ausweitung der Staatstätigkeit auf die menschlichen Tätigkeiten widerspiegelt.

Erkenntnisleitende Fragestellung

Vor dem Hintergrund der vorgängigen Ausführungen beruht das Interesse dieser Arbeit *erstens* auf einer hegemoniekritischen Analyse des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit im Kontext von Pflegefamilien. Pflegefamilien stehen strukturell im Bereich der öffentlichen Erziehung und der privaten, meistens familiär verantworteten Erziehung. Im Verhältnis von öffentlich und privat spiegeln sich gesellschaftliche Machtverhältnisse wieder, deren Unterscheidung als Indikator für gesellschaftliche Veränderungen gedeutet werden kann. Wo die Trennung vorgenommen wird, manifestieren sich gesellschaftlich dominante Positionen und gesellschaftliche Ideologien. *Zweitens* interessiert mich eine kritische, hegemonietheoretische Untersuchung von Professionalisierung im Bereich von Pflegefamilien. Hierbei verfolge ich die Auseinandersetzung rund um Professionalisierung und Qualitätsverbesserung und -sicherung als eine spezifische Form der Gestaltung von Beziehungen in der Praxis der Sozialpädagogik.

¹³ Die sogenannten neoliberalen Umstrukturierungen werden anfangs der 1980er-Jahre angesetzt und insbesondere mit den ökonomischen und sozialstaatlichen Anpassungen in England und Amerika unter Margaret Thatcher und Ronald Reagan verknüpft (vgl. u.a. BUTTERWEGGE/LÖSCH/PTAK 2007; HARVEY 2007). Paul MASON wies darauf hin, dass der Neoliberalismus das Ziel verfolgte, die Widerstände seitens der Arbeiterschaft zu brechen und Restrukturierungen des Sozialstaats durchzusetzen. Die aktuelle Schwäche der organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter und die erfolgreich durchgesetzten Privatisierungen der öffentlichen Dienstleistungen sind Ausdruck hiervon (vgl. MASON 2016).

Aus den vorgängigen Ausführungen lässt sich folgende erkenntnisleitende Fragestellung ableiten: *Wie wird das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit als symbolische Ordnung im Pflegefamilienbereich hergestellt?* Vor dem Hintergrund der Annahme einer Neu-Strukturierung des Privaten (vgl. JURCZYK 2008) wird der Pflegefamilienbereich *erstens* einer Analyse im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Privaten von Familien analysiert. Der Fragestellung liegt *zweitens* das Interesse zugrunde, wie sich gesellschaftliche Widersprüche in Institutionen wie der Familie und insbesondere innerhalb der Pflegefamilie manifestieren. *Drittens* verfolgt diese Arbeit eine Analyse der Darstellungen von Beziehungen in Pflegefamilien und zwischen Behörden, Fachpersonen und Pflegeeltern und stellt hierbei einen Zusammenhang mit den angestrebten Professionalisierungsbestrebungen im Pflegefamilienbereich her. Die mit der oben genannten Reform einhergehenden Transformationen im Pflegefamilienbereich sind Ausgangspunkt der vorliegenden Analyse. In dieser Dissertation wird der Versuch unternommen, in diesen Veränderungen die Erfahrungen der Pflegeeltern zu rekonstruieren. Ziel ist eine kritische Reflexion der Professionalisierung im Pflegefamilienbereich als Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklungen zu ermöglichen.

Strukturierung des Textes

Die vorliegende Argumentation strukturiert sich entlang folgender Kapitel: Nach diesem ersten einleitenden Kapitel wird im *Kapitel 2* der Pflegefamilienbereich als Untersuchungsfeld und Gegenstandsbereich eingeführt: Hierzu gehört in einem ersten Schritt (Kapitel 2.1) die Erläuterung des Forschungsstandes im Bereich der Pflegefamilienforschung und der sozialpädagogischen Perspektive auf Privatheit und Öffentlichkeit. In einem zweiten Schritt werde ich den Pflegefamilienbereich in der Schweiz beschreiben und dabei ein besonderes Gewicht auf die Rolle des Staates und die historische Verortung des Pflegefamilienbereichs legen (Kapitel 2.2). Drittens werde ich die vorliegende Untersuchung (Kapitel 2.3) hinsichtlich der konkreten Organisation und der rechtlichen Rahmenbedingungen des Pflegefamilienbereichs verorten. Hierzu gehört auch die kurze Darstellung der Evaluationsstudie, die mit dieser Untersuchung verknüpft ist. Im *Kapitel 3* beschäftige ich mich mit der Methodologie und Methode meiner Untersuchung: Hierbei wird *erstens* Forschung als Interaktionsprozess hinsichtlich der methodologischen Grundlegung der Arbeitsweise dargestellt (Kapitel 3.1) und *zweitens* die tiefenhermeneutische Kulturanalyse als methodische Grundlage vorgestellt (Kapitel 3.2). Die konkrete empirische Vorgehensweise hinsichtlich Datenerhebung, Datenauswertung und Sample wird *drittens* erläutert (Kapitel 3.3). Öffentlichkeit und Privatheit aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive ist Gegenstand des *Kapitels 4*: Dieses Kapitel liefert

einerseits einen Überblick über die bestehenden Diskurse zur historischen Entstehung von Privatheit und Öffentlichkeit (Kapitel 4.1) und andererseits wird das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit aus einer theoretischen Perspektive systematisiert. Die demokratietheoretisch als relevant definierten liberalen und deliberativen Modelle des Verhältnisses von Privat und Öffentlich liefern hierzu einen Orientierungspunkt. Vor diesem Hintergrund wird im *Kapitel 5* eine hegemoniekritische Heuristik als Rahmung der empirischen Analyse entwickelt, welche die dominanten Diskurse um Privatheit und Öffentlichkeit in einem ersten Schritt hegemoniekritisch diskutiert (Kapitel 5.1). Die feministische Theorieperspektive ermöglicht in einem zweiten Schritt eine kritische Einbettung von Öffentlichkeit und Privatheit hinsichtlich der Geschlechterdifferenz (Kapitel 5.2). Mittels einer kritisch-familiensoziologischen Diskussion von Pflegefamilien wird in einem dritten Schritt (Kapitel 5.3) die Grundlage für ein heuristisches Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit als symbolische Ordnung gelegt (Kapitel 5.4). Hierbei handelt es sich um ein in Anlehnung an DEMIROVIĆ⁴ Überlegungen entwickelte Konzeption, welche nicht mehr von einer klar definierbaren Trennung zweier Sphären ausgeht, sondern vielmehr darauf fokussiert, unter welchen Bedingungen und mittels welcher Bedeutungszuschreibungen Trennungen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit hergestellt werden. Vor diesem Hintergrund werden im *Kapitel 6* die Analysen und Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung dargestellt: Die Erfahrungen der Pflegefamilien werden hinsichtlich ihrer Selbstdarstellungen im Kontext von Privatheit und Öffentlichkeit vorgestellt (Kapitel 6.1). Die Perspektiven der involvierten Akteure – Sozialarbeitende, Pflegekinderbetreuende, Mitarbeitende der Fachstelle und Vormundschaftsbehörde – werden entlang der Prozessschritte im Pflegefamilienbereich systematisiert (Kapitel 6.2). Die Auseinandersetzung mit dem Feldzugang und der Forscherrolle als Erkenntnismoment ist Gegenstand des Kapitels 6.3. Die theoretische Verdichtung entlang von symbolischen Ordnungen erfolgt im Kapitel 6.4 und in einem letzten Kapitel (6.5) werden Gehalte analysiert, welche im Pflegefamilienkontext aus den Diskursen verdrängt werden. Im abschließenden *Kapitel 7* werden Schlussfolgerungen entlang der zentralen Ergebnisse und eines Ausblicks formuliert. Im Vordergrund steht die Frage, was diese Ergebnisse für eine kritische Auseinandersetzung um die Professionalisierung im Pflegekinderbereich bedeuten.

2 Pflegefamilienbereich

Der Pflegefamilienbereich wird im Folgenden als Gegenstand und Untersuchungsfeld dieser Forschung vorgestellt. Hierzu wird erstens der Stand der Forschung im Kontext von Pflegefamilien und hinsichtlich des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit in der Sozialpädagogik erläutert (Kap. 2.1). Zweitens wird der Pflegefamilienbereich allgemein in der Schweiz verortet und auf die damit verbundenen schweizerischen Staatsstrukturen eingegangen (Kap. 2.2). Das dritte Unterkapitel widmet sich der Darstellung des konkreten Untersuchungsfeldes der vorliegenden Forschung (Kap. 2.3).

2.1 Forschungsstand

Die vorliegende Untersuchung geht davon aus, dass der Pflegefamilienbereich bis anhin vergleichsweise selten aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive diskutiert wurde. Das schlägt sich darin nieder, dass Pflegekinder und Pflegefamilien vor allem aus einer pädagogischen Blickrichtung analysiert werden und insbesondere erzieherische Aspekte, Fragen rund um das Aufwachsen oder das Gestalten familiärer Räume gewichtet werden. Die gesellschaftliche Funktion von Familien und Pflegefamilien wird bisweilen eher am Rande bearbeitet. Nachfolgend wird die Forschung im Pflegefamilienbereich und die dabei dominanten Forschungsperspektiven vorgestellt (Kap. 2.1.1). Das Thema Privatheit und Öffentlichkeit wird dahingehend beleuchtet, wie es im Kontext der sozialpädagogischen Forschung bearbeitet wird (Kap. 2.1.2). Eine detailliertere sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Theorien von Öffentlichkeit und Privatheit erfolgt im 4. Kapitel.

2.1.1 Pflegefamilienforschung

Forschung im Pflegefamilienbereich spielt in der Schweiz eine eher marginale Rolle: Empirische und theoretische Auseinandersetzungen zu Pflegefamilien und Pflegekindern in der Schweiz lassen sich auf wenige Forschungsprojekte und Qualifikationsarbeiten vorwiegend im Kontext der Erziehungswissenschaft einschränken.¹⁴ So weist ZATTI darauf hin, dass in der Schweiz im Vergleich zu anderen erziehungswissenschaftlichen Bereichen konkrete Forschungen zu Modellen und Organisationsformen im Pflegekinderbereich fehlen (vgl. ZATTI 2005, S. 54). Der Pflegekinderbereich wird weitgehend aus erziehungswissenschaftlicher oder sozialpädagogischer

¹⁴ Einen knapp gehaltenen Überblick über den Stand der Forschung zum Pflegekinderbereich und zur Heimerziehung in der Schweiz liefern ARNOLD et al. (2008, S. 18ff.). In der Darstellung aktueller Forschungsprojekte der schweizerischen Kinder- und Jugendhilfe (PILLER/SCHNURR 2013) wird der Pflegefamilienbereich einzig im Beitrag von Yvonne GASSMANN (2013) mit einer Darstellung von Entwicklungsverläufen von Pflegekindern und der strukturellen Vielfalt von Pflegeverhältnissen aufgegriffen.

Perspektive untersucht oder aber aus einer rechtlichen Sicht betrachtet (vgl. FACHSTELLE FÜR DAS PFLEGEKINDERWESEN 2001). Eine der wenigen groß angelegten Untersuchungen der Platzierung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien wurde von ARNOLD et al. im Rahmen einer Nationalfondstudie durchgeführt (vgl. ARNOLD et al. 2008). Zu erwähnen sind die psychologisch und weitgehend quantitativ ausgerichteten Untersuchungen von Yvonne GASSMANN; ausgehend von besonderen Entwicklungsaufgaben von Pflegekindern wird das Gelingen der Pflegebeziehung als Basis zur Bewältigung von allgemeinen Entwicklungsaufgaben der Adoleszenz betrachtet (vgl. GASSMANN 2000; GASSMANN 2010).¹⁵ Privatheit und Öffentlichkeit spielen aufgrund der psychologischen Ausrichtung eine untergeordnete Rolle, respektive insbesondere Privatheit wird normativ gesetzt: Sie bezieht sich auf die Beziehungsaspekte des Psychologen SCHNEEWIND (1998), worunter Privatheit als ein Merkmal gefasst wird. "Das Kriterium Privatheit bezieht sich dementsprechend auf einen räumlichen Ort oder eine Kommunikationsmöglichkeit, um sich auszutauschen. Die für Pflegefamilien geforderte öffentliche Kontrolle *kontrastiert* vertraute Privatheit zwar, dennoch ist es eine allgemeine 'Familienentwicklungsaufgabe', sich als Familie zwischen Abgrenzung und Öffnung zu organisieren" (GASSMANN 2010, S. 22; Hervorhebung im Original).

Wie eingangs bereits erwähnt wird der Pflegefamilienbereich in der Schweiz aktuell insbesondere in historischer Hinsicht untersucht: Resultat hiervon sind zahlreiche historische und regional ausgerichtete Untersuchungen des Verdingwesens und der Aufarbeitung der vorwiegend lokalen Strukturen bei Behörden und Institutionen (LEUENBERGER et al. 2011; LEUENBERGER/SEGLIAS 2008; LEUENBERGER/SEGLIAS 2015). Eine historisch übergreifende Untersuchung der Geschichte von Pflegefamilien und der Pflegekinder in der Schweiz besteht hingegen nicht. Die Autorinnen und Autoren einer 2012 durch das schweizerische Bundesamt für Justiz in Auftrag gegebene Bestandsaufnahme über die bestehenden Forschungsprojekte zu Verding- und Heimkindern und zur Thematik der Fremdplatzierung beschreiben die vorliegenden Ergebnisse als disparat und lückenhaft (vgl. LENGWILER et al. 2013). "Verschiedene Einzelstudien beschäftigten sich mit dem Pflege- und Verdingkinderwesen in ausgewählten Kantonen, mit der Entwicklung einzelner Heimeinrichtungen sowie der Modernisierung und Professionalisierung der Jugendfürsorge in einzelnen Städten" (LENGWILER et al. 2013, S. 3). Der Historiker Thomas HUONKER bearbeitet seit längerem die historischen

¹⁵ In ihrem geplanten Habilitationsprojekt beschäftigt sich GASSMANN (2015) mit der Frage nach der Vulnerabilität von Pflegeeltern. Privatheit und Öffentlichkeit spielen hierbei gemäß der ersten Ergebnisse keine größere Rolle, außer dass Pflegeeltern aufgrund der geforderten Transparenz gegenüber Behörden eher bereit sind, über allfällige Verletzungen zu reden: "Sie müssen zum Beispiel in ihrem privaten Rahmen ein enges emotionales, möglichst normales, authentisches Eltern-Kind-Verhältnis leben und gleichzeitig bereit sein, Persönliches von sich preiszugeben" (GASSMANN 2015, S. 26).

Aspekte der Fremdplatzierungen und des Fürsorgebereichs in der Schweiz und legt dabei insbesondere ein kritisches Augenmerk auf die damit verbundenen Missbräuche von Kindern und Jugendlichen (vgl. HUONKER 1990; HUONKER 2002; HUONKER 2003; HUONKER 2014; HUONKER/LUDI 2000).¹⁶ SCHOCH, TUGGENER und WEHRLI haben 1989 eine historische Analyse von Fremdplatzierungen in der Schweiz vorgelegt, die sich unter anderem mit dem Verhältnis von Familien und Institutionen in der Sozialpädagogik beschäftigt (vgl. SCHOCH et al. 1989). Hierbei handelt es sich noch immer um einen der wenigen Versuche, die Geschichte der außerfamiliären Erziehung von Kindern und Jugendlichen für zumindest den deutschsprachigen Teil der Schweiz aufzuarbeiten. Für den Heimbereich stellte Urs HAFNER aktuell die bestehende Literatur und Forschung unter dem Titel "Heimkinder. Eine Geschichte des Aufwachsens in der Anstalt" zusammen (vgl. HAFNER 2011). Dass der Pflegefamilienbereich in seiner Darstellung nur am Rande berücksichtigt wird, erklärt er einerseits mit der Ausrichtung seiner Analyse auf die institutionalisierten Formen der Fremdplatzierung und andererseits mit der vernachlässigten Forschung der Unterbringung von Kindern bei Verwandten und fremden Familien (vgl. HAFNER 2011, S. 8). "Während Institutionen wie Klöster, Spitäler, Armenhäuser und Heime zumindest offizielle und offiziöse Quellen produzieren, die von ihrer Entstehung, Gründung, Finanzierung, Leitung, den möglichen baulichen Veränderungen und so weiter und am Rande von den Insassinnen und Insassen zeugen, hat der Aufenthalt von Kindern bis ins 19. Jahrhundert kaum Spuren hinterlassen. Wer etwas darüber wissen wollte, müsste umso intensiver suchen" (HAFNER 2011, S. 8f.). Allerdings weist auch HAFNER darauf hin, dass es sich bei der Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien ebenfalls um eine institutionalisierte Fremdplatzierung handelt, "wenn politische oder geistliche Behörden diese Maßnahme systematisch und mit bestimmten pädagogischen Zielen anordnen" (HAFNER 2011, S. 9). Im Auftrag des Schweizerischen Fachverbands für Sozial- und Sonderpädagogik Integras beschäftigte sich der Historiker Wolfgang HAFNER mit der Frage, auf welches Wissen im Kontext stationärer Einrichtungen im Zusammenhang mit Fremdplatzierungen zurückgegriffen wird (vgl. HAFNER 2014).¹⁷ HAFNER legt den Fokus auf den Heimbereich und dessen Entwicklung von 1920 bis 1980 und bezieht sich

¹⁶ Staatliche Eingriffe ins Privatleben unter dem Aspekt der Fürsorge erfolgten des Öftern mittels eugenischer Argumentationen (vgl. HAUSS et al. 2012). Zur Entstehung der Jugendfürsorge im 20. Jahrhundert siehe Nadja RAMSAUER und Elena WILHELM, die diese für den Schweizer Kontext herausgearbeitet haben (RAMSAUER 2000; WILHELM 2005). Eine detaillierte Bibliographie zu Kindswegnahmen und Fremdplatzierungen findet sich auf http://www.kinderheime-schweiz.ch/de/kinderheime_schweiz_literatur_liste.php [zuletzt besucht: 27.8.2013].

¹⁷ Der Schweizerische Fachverband für Sozial- und Sonderpädagogik hiess vorgängig "Verband für Schwererziehbare", ab 1972 "Schweizerischer Verband für Erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche" und gab sich im Jahr 2000 den Namen "Integras" (vgl. auch www.integras.ch). Aktuell werden laufende Forschungsprojekte seitens des Fachverbands getragen, welche sich unter anderem mit der Entwicklung von Indikatoren für den Fremdplatzierungsprozessen und Abbrüchen von Pflegeverhältnissen im Kindes- und Jugendalter beschäftigen.

in seiner Analyse insbesondere auf die im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen durchgeführten Vorträge und Diskussionen.

Als sozialwissenschaftlich ausgerichtete Untersuchung lässt sich das Forschungsprojekt von Anne JUHASZ und Carlos SUNITSCH (vgl. JUHASZ/SUNITSCH 1997) erwähnen, in welchem sich die Autorin und der Autor aus einer soziologischen Perspektive mit den familiären Normalitätsverständnissen bei Pflegefamilien beschäftigen und Pflegefamilientypen unter der Annahme von Professionalisierungstendenzen herausarbeiten. Als ein Kerneergebnis stellen JUHASZ und SUNITSCH Kommunikationsprobleme zwischen Behörden und Pflegefamilien fest, welche sie darauf zurückführen, dass die Behörden rational argumentieren und die Familien auf Intimität und Emotionen ausgerichtet sind (vgl. JUHASZ/SUNITSCH 1997). Sie sprechen dabei von einer notwendigen Vermittlungsfunktion zwischen den beiden Sphären, welche durch Professionelle der Sozialpädagogik zu gewährleisten ist. Weiter zu erwähnen ist das international ausgerichtete Projekt "Quality4children", in dem Qualitätsstandards für die Betreuung von fremdplatzierten Kindern in Europa definiert wurden (vgl. INTERESSENSGEMEINSCHAFT QUALITY4CHILDREN SCHWEIZ 2009). In diesem Kontext wurde aktuell ein Handbuch zur Unterstützung der Mitwirkungspraxis in der außerfamiliären Erziehung publiziert (vgl. WIGGER/STANIC 2012).

Im deutschsprachigen Raum lassen sich aktuell Bestrebungen im Hinblick auf eine Forcierung von Forschungsaktivitäten im Pflegekinderbereich erkennen, so ist beispielsweise die Forschungsgruppe Pflegekinder an der Universität Siegen zu erwähnen, die sich insbesondere mit dem Thema "Aufwachsen in Pflegefamilien" beschäftigt (vgl. REIMER 2008; REIMER 2009; WOLF 2006; WOLF 2015). Die Untersuchungen von Walter GEHRES und Bruno HILDENBRAND betonen die Verknüpfung von Soziologie und Sozialisationstheorie (vgl. GEHRES/HILDENBRAND 2008) und verweisen auf die grundlegende Annahme, dass die Familienform der Herkunftsfamilie durch diejenige der Pflegefamilie nicht zu ersetzen ist. Dabei greifen sie die Debatte rund um Pflegefamilien als Ersatz- oder Ergänzungsfamilie auf (vgl. BONHOEFFER/WIDEMANN 1974; NIENSTEDT/WESTERMANN 1989), um sie gleichsam dahingehend zu überwinden, dass es sich bei der Pflegefamilie um eine "Familie-als-ob" handle (GEHRES 2005; GEHRES 2007; GEHRES/HILDENBRAND 2008; vgl. zur Debatte um Pflegefamilien als Ersatzfamilien auch KOTTHAUS 2009). In einem aktuellen Bericht zu den Grundleistungen der Schweizer Kinder- und Jugendhilfe erlangt der Pflegefamilienbereich eine eher untergeordnete Rolle (vgl. SCHNURR 2012): Pflegefamilien werden im Kontext der sogenannten Familienpflege verortet, deren Ziel es ist, "dem Kind eine [sic!] hinsichtlich seiner Bedürfnisse nach Verlässlichkeit, nach Bindung und Nähe zu verlässlichen Bezugspersonen angemessenes

Lebensumfeld zu bieten. Von den Pflegeeltern wird erwartet, dass sie die Eltern des Pflegekindes vertreten, eine auf dem Kontinuum von 'Exklusivität' und 'Rollendistanz' ausbalancierte Bindung zum Kind eingehen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Verantwortung für seine bestmögliche Förderung und Entwicklung übernehmen" (SCHNURR 2012, S. 87). Öffentlichkeit wird hierin verstanden als professionalisierte Dienste, Verfahren und Instrumente zur Sicherung des Gelingens von Pflegeverhältnissen (vgl. SCHNURR 2012, S. 87). Für die Schweizer Verhältnisse wird eine klare Trennung zwischen der Familie als privatem Raum und den professionellen und staatlichen Institutionen als Teil der Öffentlichkeit festgehalten, was sich auch in der folgenden Einschätzung von ZATTI bezüglich der Pflegefamilien niederschlägt: "Dass das Pflegekinderwesen insgesamt ein Schattendasein führt und wenig im öffentlichen Bewusstsein verankert ist, hat wesentlich damit zu tun, dass die Familie generell in der Schweiz dem privaten Bereich zugeordnet wird. Die Familie gilt als eine vor der Öffentlichkeit explizit geschützte Sphäre. Die gesamte Erziehung von Kindern ist seit je zur Privatsache erklärt worden – dies gilt auch für die Erziehung von Pflegekindern. Historisch hat sich das Pflegekinderwesen – die Unterbringung von elternlosen Kindern – in eine Familie denn auch so entwickelt [sic!]. Das Pflegekinderwesen ist so gesehen nichts anderes als ein Bereich privater Selbsthilfe in Notsituationen" (ZATTI 2005, S. 28). Darauf macht auch Stefanie SAUER in ihrer Untersuchung der Zusammenarbeit zwischen Pflegefamilie und Herkunftsfamilie aufmerksam, indem Pflegefamilien "im Unterschied zur Normalfamilie [...] einerseits Privatfamilien und andererseits Bestandteil der Jugendhilfe mit staatlicher Beratung, Kontrolle und Finanzierung" (SAUER 2008, S. 31) sind. Die damit verbundenen Spannungsfelder werden bisweilen einzeln bearbeitet, allerdings kaum je systematisch in einen größeren sozialwissenschaftlichen Kontext eingebettet. Monika GÖTZÖ, Mandy SCHÖNE und Annegret WIGGER greifen in ihrer Untersuchung der Perspektiven von (ehemaligen) Pflegekindern auf ihren Lebenslauf eine dezidiert sozialwissenschaftliche Orientierung auf und betrachten das Pflegefamiliensetting in Anlehnung an Norbert ELIAS als Figuration komplexer Machtverhältnisse und interdependenter Verflechtungen (vgl. GÖTZÖ/SCHÖNE/WIGGER 2014).¹⁸ Hierbei werden – in Anlehnung an WOLFS figurationstheoretische Analyse der Heimerziehung (WOLF 1999) – die vier Machtquellen emotionale Interessiertheit, materielle Leistung und Versorgung, Erziehungsgewalt und Expertenwissen herausgearbeitet, durch welche die Beteiligten im Pflegefamilienbereich aufeinander verwiesen sind (vgl. GÖTZÖ et al. 2014, S. 47ff.). Die

¹⁸ Hierbei handelt es sich um das Forschungsprojekt "Unterstützungspotentiale professionell begleiteter Pflegefamiliensettings im Lebenslauf von Pflegekindern" an der Fachhochschule St. Gallen, welches von Annegret WIGGER, Monika GÖTZÖ, Claudia NEF, Nikolina STANIC und Sylvia BECK durchgeführt wurde. Im Vordergrund steht die Frage, "wie ehemalige Pflegekinder, Pflegeeltern und Beiständinnen oder Vormunde im Rückblick die spezifische Hilfe einschätzen, die sie gemeinsam gestaltet bzw. erlebt haben" (GÖTZÖ 2013, S. 166).

Untersuchung bringt eine hohe Normativität von Familienvorstellungen hervor, die durch den Pflegefamilien immanenten "Widerspruch zwischen privater Familie und öffentlichem Auftrag" alltäglich herausgefordert werden (GÖTZÖ 2013, S. 171). Sie stellen fest, dass gerade die normative Orientierung der Pflegefamilie an der Idylle der Kernfamilie die soziale Situation anfällig macht. Heinz SÜNKER und Thomas SWIDEREK beziehen diese Thematik in ihrem laufenden Forschungsprojekt allgemeiner auf die erzieherischen Hilfen und stellen die Arbeitshypothese auf, dass "im bisherigen System der erzieherischen Hilfen [...] nicht das Recht des Kindes auf gesunde körperliche und emotionale Entwicklung im Fokus [steht], sondern die Aufrechterhaltung konservativer Familienvorstellungen".¹⁹

Mit der eingangs bereits erwähnten These der "Re-Familialisierung" (BECKMANN et al. 2009; JURCZYK 2008; JURCZYK/OECHSLE 2008b) lässt sich die aktuelle Debatte in der sozialpädagogisch orientierten Familienforschung kontextualisieren: Die "Re-Familialisierung" geht gleichsam mit einer "Veröffentlichung" der Familie einher, was sich an verstärkten staatlichen Eingriffen in die Familie und entsprechenden, pädagogisch begründeten Steuerungsversuchen verdeutlichen lässt. OELKERS macht eine Unterscheidung von Eltern fest: "Die große Gruppe der Eltern, die auch in potentiell belastenden Situationen (z.B. bei Trennung, Scheidung und Geburten außerhalb der Ehe) ihrer elterlichen Verantwortung für das Wohlergehen der Kinder gerecht werden – hier wird auf die Autonomie der Eltern gesetzt, die an dieser Stelle als Garant für die Entwicklung der Kindern gilt – und die vom Umfang unbestimmbare, aber politisch nicht mehr zu vernachlässigende Gruppe der 'gefährlichen Eltern', die ihre Kinder vernachlässigen und misshandeln" (OELKERS 2009b, S. 142). Mittels dieser Unterscheidung werden die Aufrechterhaltung der elterlichen Autonomie auf der einen und die Kontrolle der Familien auf der anderen Seite begründet. Die familiären Erziehungskompetenzen von Unterschichtfamilien werden beispielsweise in der Frage der Ernährung der Kinder abgewertet, wie das SCHORB hinsichtlich einer epidemie-artigen Diskussion um adipöse Kinder festgestellt hat (vgl. SCHORB 2014). Elternerziehungskurse lassen sich als Versuche der Steuerung von Familien verstehen, die gleichsam von normativen Familienkonzepten ausgehen, wie es sich im Programm wie beispielsweise "Stark durch Erziehung" des Schweizerischen Bundes für Elternbildung erkennen lässt.²⁰ Sogenannte

¹⁹ Das oben genannte Zitat findet sich auf der Homepage von Thomas SWIDEREK (www.sozpaed.uni-wuppertal.de/sozialpolitik [zuletzt besucht: 1.10.2016]). SÜNKER und SWIDEREK untersuchen in ihrem Forschungsprojekt das Thema "Kindheit zwischen Nähe und Distanz in Pflegefamilien" (vgl. zum laufenden Forschungsprojekt: <http://www.izkg.uni-wuppertal.de/projekte/forschungsprojekt-kindheit-zwischen-naehe-und-distanz-in-pflegefamilien.html> [zuletzt besucht: 1.10.2016]). Im Fokus des Projekts steht die Frage, wie Kinder das Leben in ihren Pflegefamilien subjektiv wahrnehmen.

²⁰ Auffallend ist die Ähnlichkeit des Mottos "Stark durch Erziehung" zum Motto "Mut zur Erziehung", dem Titel eines Kongresses aus dem Jahre 1978, der sich gegen die emanzipatorische Pädagogik richtete und eine

Frühförderungsmaßnahmen, in denen danach gestrebt wird, Eltern so früh wie möglich zu erreichen, beziehen sich immer auf allfällige Problemlagen, die potentiell verhindert werden könnten. Über die Bestimmung von familiären Risiken wird ein Gefährdungspotential vermutet, dem es zu begegnen gilt (vgl. BÜTOW et al. 2014). Die damit verbundene "Sichtbarmachung von Familien" (RICHTER 2013) dient der Rechtfertigung der Steuerung von Familien und gleichsam der Installation des Denkens, dass die Kinder vor der Familie geschützt werden müssen. Mit der stärkeren Kontrolle und der Sichtbarmachung der Familie geht gleichsam eine Veröffentlichung der Familie einher. "Mit einer offensichtlich stärkeren Thematisierung, Problematisierung, Politisierung und damit 'Ver-Öffentlichung' verliert das Private damit gegenwärtig vermehrt 'den Nimbus seiner scheinbaren Natürlichkeit' (Jurczyk/Oechsle, 2008: 8)" (RICHTER et al. 2009, S. 1). Das Öffentlich-Machen der Familie unterfüttert einen verstärkten Sicherheitsdiskurs, indem einerseits Risiken in Familien vorgebeugt werden sollen und andererseits eine Logik eingeführt wird, die Kinder vor der Familie zu schützen. Fernseh-Sendungen wie "die Super Nanny" schaffen eine selbstverständliche Akzeptanz, dass die Erziehung von Kindern zunehmend Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit wird. Verschiebungen von Privatheit und Öffentlichkeit zeigen sich allerdings auch in Unterhaltungsformen wie "Frauentausch", "Familiентаausch" oder auch in bereits wieder etwas älteren Formaten wie "Big Brother".²¹ Im Gegensatz zur früheren Rolle des Staates, die gegenüber Familien nicht minder normativ war, ist die aktuelle Handlungsweise stärker pädagogisch inszeniert und hinterlässt die betroffenen Familien ohne die staatlichen Absicherungsleistungen in verstärkter Abhängigkeit.²² "Die gesellschaftlichen Gegebenheiten haben sich so verändert, dass die vermehrt zugestandene Autonomie und zugeschriebene Verantwortung nicht mit der Bereitstellung von Ressourcen einher geht, die als Voraussetzung für Verantwortlichkeit zu betrachten sind" (OELKERS 2009b, S. 145). Für die vorliegende Untersuchung ist von Interesse, wie sich Interventionen in Pflegefamilien als hegemoniale Formen der staatlichen Kontrolle diskutieren lassen.

konservative Wende der Erziehung einforderte (vgl. STUDER 2007). Es ist demzufolge interessant zu beobachten, inwiefern die Re-Familialisierung sozialer Probleme mit der Hinwendung zu einer konservativeren Pädagogik einhergeht und gleichzeitig die Erziehungsprozesse in den Familien zu prägen versucht.

²¹ Beate RÖSSLER (2001b) verweist in ihrer Analyse der Fernsehserie „Big Brother“ auf die Analysen zum Fernsehen von Theodor W. ADORNO und zieht Schlüsse hinsichtlich der medialen Darstellung des Privaten: Das Fernsehen wird zum Ersatz einer Unmittelbarkeit, welche dem Menschen versagt wird (vgl. ADORNO 1966). Diese Überlegung wurde in der "Dialektik der Aufklärung" gesellschaftstheoretisch begründet, sie liefert eine passende Folie zur Analyse der aktuellen medialen Darstellung des Privaten: Je vollständiger die Welt als Erscheinung erfasst wird, desto undurchdringlicher wird die Erscheinung als Ideologie (vgl. HORKHEIMER/ADORNO 1997 (1969)).

²² Vgl. hierzu die Analysen zum sogenannten aktivierenden Sozialstaat (vgl. GALUSKE 2004; KESSL 2006). Es wäre falsch, den Wohlfahrtsstaat aus heutiger kritischer Perspektive gegenüber dem aktivierenden Sozialstaat zu idealisieren, da dieser ebenfalls auf entfremdeten Produktionsbedingungen beruhte und sich auf die Norm der bürgerlichen Kleinfamilie bezog. Nicht minder problematisch ist aber die aktuelle Darstellung des Wohlfahrtsstaats als soziale Hängematte (vgl. zur Kritik hieran: NADAI 2007).

2.1.2 Privatheit und Öffentlichkeit in der Sozialpädagogik

Vor dem Hintergrund der vorgängig genannten Verschiebungen im Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit durch die Re-Familialisierung gesellschaftlicher Probleme lassen sich die folgenden Ausführungen zur sozialpädagogischen Perspektive auf Privatheit und Öffentlichkeit betrachten. Es lässt sich im Schweizer Pflegefamilienbereich ein Forschungsdefizit im Bereich sozialwissenschaftlicher Forschungszugänge konstatieren: Die Pflegefamilie als gesellschaftliche Institution innerhalb eines sozialstaatlichen Kontextes unterschiedlicher Abhängigkeiten ist bislang vernachlässigt worden und das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit im Pflegefamilienbereich wird zwar wiederholt als relevante Thematik aufgeführt, allerdings kaum je systematisch einbezogen. Die Untersuchung von RISTAU-GRZEBELKO zu Öffentlichkeit und Privatheit im Pflegekinderbereich verdeutlicht den Zuschnitt der Forschungsperspektiven in diesem Bereich, da sie der Frage nachgeht, was die Professionalisierung von Pflegefamilien als eine tätigkeitsspezifische Qualifizierung hinsichtlich der Erweiterung und Veränderung ihrer Sichtweisen und Deutungen bewirkt (vgl. RISTAU-GRZEBELKO 2009). Sie kommt in ihrer Untersuchung zum Ergebnis, dass Professionalisierung auf die Entwicklung eines familienpädagogischen Verständnisses mit dem Ziel von Handlungssicherheit in einer komplexen Lebenswelt hinstrebt und arbeitet drei Lernfelder heraus: Die Familien- und berufsbiografischen Erfahrungen, die tätigkeitsfeldspezifische Ausbildung und der personenbezogene Lernprozess durch Supervision (vgl. RISTAU-GRZEBELKO 2009, S. 242ff.). Die Perspektive von Öffentlichkeit und Privatheit ist sogleich pädagogisch vermittelt, die folgenden Ausführungen sollen stärker verdeutlichen, wie die Thematik im Kontext der Sozialpädagogik behandelt wird.

Im deutschsprachigen Raum ist es insbesondere Franz HAMBURGER, welcher Öffentlichkeit im Kontext der Sozialpädagogik kritisch diskutiert (vgl. HAMBURGER 2012) und zusammen mit Hans-Uwe OTTO in einem Sammelband aufgreift (vgl. HAMBURGER/OTTO 1999b). Mit dem Hinweis auf das Buch von MARCHAL und SPURA (1981) wird gleichsam das Ende einer Epoche verbunden, in welcher Öffentlichkeit als "Herrschaftszusammenhang bürgerlicher Gesellschaften" (HAMBURGER/OTTO 1999b, S. 7) gefasst wird. Die Herstellung von Öffentlichkeit wurde als Gegenkonzept zur Verdinglichung durch die herrschende Öffentlichkeit verstanden und Öffentlichkeit durch die Herstellung von Gegenöffentlichkeiten seitens Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen zum Inbegriff demokratischer Selbstbestimmung. Seit den 1990er-Jahren des letzten Jahrhunderts wird Öffentlichkeit nun verstärkt als ein instrumentelles Modell diskutiert, welches weitgehend pragmatisch funktioniert. Öffentlichkeit stellt nach HAMBURGER und OTTO ein ambivalenter Begriff mit verschiedenen Facetten an

politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen dar, beschreibt aber gleichzeitig auch ein normatives Konzept als Reflexionsmöglichkeit einer kritischen Sozialpädagogik. In dieser Ambivalenz bewegt sich die von HAMBURGER und OTTO entwickelte Strukturskizze, welche die drei Dimensionen der Akteure und deren Sprechern, den Medien und dem Publikum umfasst (vgl. HAMBURGER/OTTO 1999a, S. 12). Die oben genannte Unterscheidung lässt sich auch als die Differenz zwischen einer fachinternen, binnenprofessionellen Öffentlichkeit und der medialen Öffentlichkeit und der damit einhergehenden Darstellung gegen außen interpretieren. Andreas SCHAARSCHUCH verweist auf die Verschiebungen von einer aktiven zu einer reaktiven Haltung im Verhältnis von Sozialpädagogik und Öffentlichkeit: Das öffentliche Anprangern und die Skandalisierung gesellschaftlicher Missstände galten Ende der 1960er-Jahre als legitime Vorgehensweise einer politisierten Sozialarbeit (vgl. SCHAARSCHUCH 1999). Nach SCHAARSCHUCH ist Öffentlichkeit mittlerweile "in die institutionelle Struktur staatlicher Einrichtungen eingelassen, Soziale Arbeit kann Öffentlichkeit deshalb in ihr Binnenverhältnis aufnehmen, muss also nicht mehr Öffentlichkeit zum Zweck der Skandalisierung 'herstellen' oder als Stigmatisierungsinstanz abwehren" (HAMBURGER/OTTO 1999a, S. 15). Damit agiert die Soziale Arbeit nicht mehr aktiv mit der Herstellung von Gegenöffentlichkeiten und den Versuchen, über Skandalisierungen öffentlichen Druck herzustellen, sondern sie legt eine defensive Variante an den Tag, "in dem Soziale Arbeit auf den medial erzeugten und von den politischen Instanzen im legislativen Prozess transformierten öffentlichen Druck mit Binnenanpassung *reagiert*" (SCHAARSCHUCH 1999, S. 46; Hervorhebung im Original). Skandalisierungen von sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Maßnahmen sind mittlerweile vorwiegend in der Hand der Medien und haben ein Eigenleben entwickelt, wie das Felix BRANDHORST in seiner Untersuchung des "Falls Kevin" herausarbeitet (vgl. BRANDHORST 2015).²³ Die Sozialpädagogik ist nach Michael WINKLER zusehends in die Mediengesellschaft eingebettet und bringt eine Sprache mit sich, die medial aufgegriffen wird: "Damit verliert sie allerdings ihre Distinktion und Differenz, damit verliert sie ihre Fachlichkeit und wird ausgeliefert an die Medienlogiken" (WINKLER 1999, S. 75). Es sind also nicht nur Skandalisierungen, welche die Rolle der Sozialpädagogik in der medialen Öffentlichkeit verändert darstellen, sondern auch die professionellen Muster der Sozialpädagogik sind

²³ Am sogenannten "Fall Kevin" entbrannte eine heftige mediale Diskussion um Kinderschutz: Die Eltern sind suchtmittelabhängig, mit der Erziehung des 2-jährigen Kindes überfordert und quälen das Kind, wie letztlich nachgewiesen werden kann. "Der Leichnam des unter Amtsvormundschaft stehenden Kleinkindes Kevin wurde am 10. Oktober 2006 in der Wohnung seines Ziehvaters im Bremer Stadtteil Gröpelingen aufgefunden. Einen Tag darauf trat die Bremer Sozialsenatorin von ihrem Amt zurück. Der Bremer Bürgermeister gestand öffentlich behördliches bzw. staatliches Versagen im 'Fall Kevin' ein. In der Folge befand sich das ganze Land in Aufruhr: Schlagzeilen über Schlagzeilen, Artikel in jeder Zeitung, Berichte auf allen Kanälen. Eine mediale Entrüstungskampagne über menschliche Abgründe und institutionelles Versagen rollte an" (BRANDHORST 2015, S. 17).

gewissermaßen in der Mitte der Gesellschaft angekommen, was sich als Schattenseite der Professionalisierung bezeichnen lässt, da dadurch das professionelle Alleinstellungsmerkmal der Zuständigkeit verloren zu gehen droht.

Die in der Diskussion dominierende Perspektive besteht einerseits in einer räumlichen Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit und andererseits in der Orientierung an einem normativen Öffentlichkeitsverständnis, das die Rahmenbedingungen einer gemeinsamen Entscheidungsfindung einfordert. "Der private Bereich des Individuums und der Familie unterliegt einer autonomen Kontrolle und persönlichen Entscheidungsfreiheit, die selbst wiederum staatsrechtlich und verfassungsmäßig – und insofern öffentlich – definiert und respektiert werden. Der öffentliche Bereich ist dagegen derjenige der Kritik und Auseinandersetzung, der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, an denen alle privat-autonom konstituierten Subjekte partizipieren (sollen)" (HAMBURGER 2012, S. 1002). HAMBURGER verdeutlicht damit, dass die räumliche Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit schwer aufrechtzuerhalten ist, da das Private immer auch bereits rechtlich geprägt ist. Öffentlichkeit ist kein abgesonderter Bereich, sondern Bestandteil jeder staatlicher Institution (vgl. HAMBURGER 2012, S. 1003). Innerhalb der Sozialen Arbeit stellt Öffentlichkeit die konkrete Praxis der diskursiven Klärung durch die beteiligten Personen dar, "im Außenverhältnis ist Soziale Arbeit der Akteur, der die sozialen Rechte der Benachteiligten artikuliert" (HAMBURGER 2012, S. 1004). Dies rekurriert auf das aufklärerische Verständnis von Öffentlichkeit und deren normative Referenz, dass alle politischen Entscheidungen vom Publikum einer kritischen Prüfung unterzogen werden müssen. "Auch wenn faktisch viele Entscheidungen nicht öffentlich stattfinden, so müssen sie potenziell legitimierbar und öffentlich begründbar bleiben" (HAMBURGER 2012, S. 1004).

Bezüglich der konkreten institutionellen Ebene wird das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit auch damit verbunden, dass die *private Erziehung* der Familie vorbehalten bleiben soll, während sich die sogenannte *öffentliche Erziehung* auf Heiminstitutionen und Pflegefamilien bezieht (vgl. auch Kap. 2.2). Diese Unterscheidung schlägt sich in der langanhaltenden Diskussion um das Verhältnis von Familie und Organisation nieder (vgl. u.a. HAFNER 2011; SCHOCH et al. 1989). Josef Martin NIEDERBERGER und Doris BÜHLER-NIEDERBERGER (1988) entwickelten eine Typologie der außerfamiliären Erziehung zwischen Familie und Organisation, respektive zwischen Privatheit und Öffentlichkeit: Hierbei wird Familie als primärer Grundtyp und die Organisation als sekundärer Grundtyp sozialen Lebens verstanden. Zwischen diesen beiden Grundtypen sozialen Lebens lassen sich unterschiedliche Ausformungen definieren: Erstens das Heim, zweitens quasi-familiale Abteilungen von Heimen, drittens synthetische Gemeinschaften wie Jugendwohngruppen und sozialpädagogische

Wohngemeinschaften und als vierte Form die Pflegefamilie. Ausgehend von diesem Spannungsfeld zwischen Familie und Organisation bearbeitete Martin SAUER die Frage, inwiefern es im Hinblick auf die Installation eines kultivierenden Schutzraumes zur Entwicklung von Individualität und Produktivität sinnvoll ist, das Familienprinzip in den Heiminstitutionen zu verstärken (vgl. SAUER 1979, S. 1f.). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich laut SAUER "keine eindeutig fortschreitende Entwicklungslinie und keine zwingenden Gesetzmäßigkeiten" (SAUER 1979, S. 121) in der Geschichte der öffentlichen Erziehung erkennen lassen; "anstaltsmäßige Unterbringung, Erziehung in Pflegefamilien und Mischformen (familienanaloge Heimerziehung, Kinderdörfer, familienähnliche Pflegenester und Kleinstheime, Kinderhäuser und Kinderwohngruppen) werden abwechselnd oder gleichzeitig verwendet" (SAUER 1979, S. 121). Dieses diffuse Verhältnis zwischen Familie und Organisation und den entsprechenden Mischformen hat ihren Ursprung in der normativen Orientierung an der familiären Erziehung im Privaten und bringt des Öftern eine unkritische Glorifizierung der Kleinfamilie mit sich (vgl. auch Kap. 2.2.2 und 5.3). Familie wird sowohl als Sozialisations- wie auch als Rückzugsort etikettiert, welcher Intimität, Geborgenheit, Schutz und Liebe zu gewährleisten hat. Diese idealisierende Perspektive auf Familie wurde insbesondere in den 1970er-Jahren seitens der Familiensoziologie kritisch diskutiert und die Familie stärker in ihrer ambivalenten gesellschaftlichen Funktion beleuchtet (vgl. bspw. ROSENBAUM 1978). HANSELMANN und WEBER machen vor diesem Hintergrund den Widerspruch als ein charakteristisches Grundproblem der Heimerziehung fest, "dass die Einrichtungen im Interesse der Betroffenen gleichzeitig ein hohes Maß an *Öffentlichkeit* und *Privatheit* gewährleisten sollten" (HANSELMANN/WEBER 1986, S. 65; Hervorhebungen im Original). Beides dient gleichermaßen dem Schutz der betroffenen Kinder und Jugendlichen, indem eine ausreichende Öffentlichkeit einerseits vor einer institutionellen Bemächtigung schützt, während Privatheit im Sinne von Rückzugsbereichen und Orten persönlicher Intimität als Grundlage der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu verstehen ist (vgl. HANSELMANN/WEBER 1986, S. 65f.).

Resümierend lässt sich festhalten, dass Privatheit und Öffentlichkeit in der Forschung und Theoriediskussion der Sozialpädagogik *erstens* im Hinblick auf die Kritik an bestehenden Herrschaftsformen beleuchtet wird, indem Sozialpädagogik einen Beitrag zur Herstellung von Gegenöffentlichkeiten leistet. *Zweitens* wird diese aktiv-kritische Perspektive der Sozialpädagogik aufgrund der Professionalisierung zusehends durch ein passives-reaktives Handeln ersetzt, indem die Medien gleichsam die skandalisierende Öffentlichkeitsfunktion übernehmen. *Drittens* wird Öffentlichkeit als ein normatives Konzept eingebracht, welches das

sozialpädagogische Handeln bezüglich der Orientierung an gemeinsamen Entscheidungsfindungsprozessen steuert. *Viertens* werden Privatheit und Öffentlichkeit unter dem Verhältnis von Familie und Organisation gefasst, während gerade im Bereich der Sozialpädagogik diese Differenzlinien nicht mehr abschließend aufrechterhalten werden können.²⁴

2.2 Der Pflegekinderbereich in der Schweiz

Wie einleitend bereits erläutert, ist der Pflegekinderbereich in der Schweiz eher wenig erforscht, was sich auch im fehlenden systematischen Wissen über die Situation des Pflegekinderbereichs niederschlägt. Der Pflegekinderbereich ist in der Schweiz aufgrund der föderalistischen Strukturen weitgehend kantonale organisiert und rechtlich demzufolge den kantonalen Gesetzen unterstellt. Gegenüber anderen Ländern kann in der Schweiz von wenigen verbindlichen Verfahrensregeln bei der Planung und dem Vollzug einer Fremdplatzierung auf nationaler Ebene gesprochen werden. Dieser Sachverhalt hat seinen Ursprung maßgeblich in der historisch gewachsenen Staatsstruktur der Schweiz, die eine weitgehend einzigartige Konstruktion staatlicher Institutionen nach sich zieht. Das Kapitel 2.2.1 liefert einen Abriss der demokratischen Strukturen der Schweiz und der damit verbundenen Bedeutung für die Rolle des Staates in der Schweiz. Im darauffolgenden Kapitel 2.2.2 wird der Pflegefamilienbereich in der Schweiz vor dem Hintergrund besagter Staatsstrukturen historisch verortet.

2.2.1 Die Rolle des Staats in der Schweiz

Die staatliche Macht ist in der Schweiz auf den Bund, die Kantone und die Gemeinden verteilt, indem durch direktdemokratische, subsidiäre und föderalistische Strukturen und Verfahren die staatlichen Institutionen und die Verwaltung maßgeblich an den Willen und die Entscheidungsgewalt der Bürgerinnen und Bürger rückgebunden werden.²⁵ Hintergrund des föderalistischen Staatsverständnisses ist die historische Ausgangslage der Bundesstaatsgründung von 1848, welche den Föderalismus im Sinne der Bewahrung der größtmöglichen Autonomie

²⁴ Eine detailliertere Darstellung der historischen Entwicklung des Verhältnisses von Familie und Organisation findet sich im folgenden Kapitel 2.2.2.

²⁵ Aus einer politikwissenschaftlichen Warte wird die Schweiz als halbdirekte Demokratie verstanden, da auf Bundesebene der Bundesrat nicht durch das Volk, sondern durch die Bundesversammlung gewählt wird (vgl. bspw. FENNER/HADORN/STRAHM 1993). Gegenüber der parlamentarischen und präsidentialen Demokratie wird bisweilen trotzdem von direkter Demokratie gesprochen, da durch Referendum und Initiative sachpolitische Entscheidungen größtmöglich durch den Souverän gefällt werden. Eine diesbezügliche Debatte ergab sich in der Schweiz auf Bundesebene aufgrund der Volksinitiative der Schweizerischen Volkspartei SVP zur "Volkswahl des Bundesrats", welche in der Volksabstimmung vom 9. Juni 2013 von allen Kantonen und von rund 76% der Stimmenden abgelehnt wurde (vgl. <http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis380.html> [zuletzt besucht: 31.7.2016]). GROSS et al. argumentierten hierzu vorgängig, dass es sich bei der Wahl des Bundesrats nur um eine vermeintliche Erhöhung von Demokratie handelt, da sich die direkte Demokratie in erster Linie auf die Abstimmung von Sachfragen bezieht (vgl. GROSS et al. 2013).

der Kantone in der Bundesverfassung verankerte und damit die Macht des Bundes auf ein Minimum beschränkte (vgl. u.a. FAHRNI 2002 (1982); HETTLING et al. 1998; MAISSEN 2010). Insofern kommt den Kantonen ein besonderes Gewicht zu und der Bund erhält nur Entscheidungskompetenzen im Falle neuer Aufgabenbereiche.²⁶ Der schweizerische Staat hat aufgrund seines historischen Hintergrunds als "Willensnation" (KÖHLER 2010), die über keine ethnische, sprachliche oder religiöse Einheit verfügt, einen föderalistischen Charakter und ist darauf ausgerichtet, den Kantonen und den Gemeinden die Autonomie in politischen Entscheidungsprozessen zu belassen. Der *Bund* ist aufgrund der Ermächtigung durch die Schweizer Bundesverfassung für die Außen- und Sicherheitspolitik, für das Zoll- und Geldwesen, die landesweit gültige Rechtsetzung und die Verteidigung zuständig. "Die Kantone sind souverän," so die schweizerische Bundesverfassung, "soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind" (SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT 1999, Art. 3).²⁷ Es sind vor allem die Bereiche Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, in denen die Kantone über einen großen Handlungs- und Entscheidungsspielraum verfügen. Historisch hängt dies maßgeblich mit dem Bewahren der kantonalen Selbstbestimmung in diesen Bereichen zusammen, während insbesondere die Verteidigung der Landesgrenze dem Bund überlassen wird. Mittlerweile sind allerdings kantonsübergreifende Vereinbarungen in Form von Konkordaten die Regel, was sich beispielsweise an der politischen Kontroverse zur kantonalen Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Schulsysteme zeigt.²⁸ Beispielsweise das Führen der Einwohner-Register oder

²⁶ Ausdruck der Stärke der 26 Kantone gegenüber dem Bund ist unter anderem der Ständerat als die zweite Kammer auf Bundesebene, welche mit dem Nationalrat die Bundesversammlung bildet. "Die Aufspaltung des nationalen Parlaments in eine sog. Volksvertretung und eine sog. Gliedstaatenvertretung ist für Bundesstaaten bezeichnend (andere Beispiele: Deutschland, Österreich, USA, Australien) [...] Im Nationalrat ist jeder Kanton mit einer der Stärke der Wohnbevölkerung entsprechenden Anzahl Sitzen vertreten. In den Ständerat können alle Kantone ungeachtet ihrer Größe zwei Vertreterinnen oder Vertreter entsenden" (FENNER et al. 1993, S. 162). In der Schweiz liegt der Unterschied gegenüber anderen Staaten allerdings darin, dass beide Kammern gleichberechtigt sind. Dies bedeutet, dass sämtliche Geschäfte in den beiden Kammern einzeln beraten werden und von beiden für gültig erklärt werden müssen. Als zweiter Indikator für die starke Rolle der Kantone ist das sogenannte Ständemehr zu nennen. So ist nach der schweizerischen Bundesverfassung gemäß Artikel 140, Absatz 1 bei einer Änderung der Bundesverfassung (über Volksinitiative oder obligatorisches Referendum), bei der Frage nach dem Beitritt zu Organisationen kollektiver Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften und im Fall dringlich erklärter Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage mit Geltungsdauer über einem Jahr nicht nur eine Mehrheit der abstimmenden Bevölkerung, sondern auch die Zustimmung der Mehrheit der Kantone notwendig. Dies führt zum Schutz der kleineren Kantone, bei Abstimmungen durch bevölkerungsreiche Kantone überstimmt zu werden.

²⁷ Laut Bundesverfassung ist das Volk der Souverän des Landes, also die oberste politische Instanz, welche alle staatlichen Hoheitsrechte unumschränkt ausübt. Die politischen Rechte haben alle mündigen Frauen und Männer mit Schweizer Bürgerrecht, auf Bundesebene ausgeschlossen werden unter 18-Jährige und ausländische Staatsangehörige. Damit hat rund ein Drittel der Bevölkerung in der Schweiz keine politischen Rechte auf Ebene des Bundes. Auf der Ebene der Gemeinden und der Kantone werden die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern bisweilen weniger restriktiv verteilt.

²⁸ Mit dem sogenannten HarmoS-Konkordat ("Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule") wird erstmals eine nationale Harmonisierung der Dauer, der wichtigsten Ziele der

die Organisation des Zivilschutzes sind Aufgaben, welche die *Gemeinden* im Auftrag des Bundes oder der Kantone übernehmen. Hingegen im Schul- und Sozialwesen, in der Energieversorgung, im Straßenbau, bei der Ortsplanung, den Steuern usw. weisen die Gemeinden eine eigene Zuständigkeit auf.

Aufgrund dieser starken Reduzierung der Aufgaben und Kompetenzbereiche des Bundes kann davon gesprochen werden, dass der Staat in der Schweiz gegenüber anderen demokratischen Rechtsstaaten verhältnismäßig schwach ist. Es wurden demokratisch legitimierte Gremien und Funktionen eingerichtet, welche den Staat zu kontrollieren haben. Hierzu lassen sich nicht nur gewählte Parlamentarier, sondern gerade auch öffentliche Gremien wie die Vormundschafts- und Fürsorgebehörden, Schulpflegen, etc. auf Gemeindeebene rechnen. Grundsätzliches Ziel stellt die Verhinderung von Machtballungen bei einzelnen Personen dar. "Genau dies leisten in der Schweiz die vielfältigen Teilungen, Brechungen und Zerklüftungen der politischen Macht und die Formen, in denen sich trotz allen Differenzen immer wieder gemeinsame Entscheidungen herausbilden: Föderalismus und direktdemokratische Verfahren haben zur Folge, dass wenige viel und viele immer wieder etwas weniger zu sagen haben, so dass alle sich immer wieder miteinander verständigen müssen über das gemeinsam zu Leistende oder zu Unterlassende" (GROSS 1998, o.S.). Der Staat hat gewissermaßen die Funktion eines *Dienstleistungserbringers* gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, hiervon rührt auch der kontrovers diskutierte Begriff des "Service Public", dessen Leistungen seitens der öffentlichen Hand als Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen für die Allgemeinheit verstanden werden. Neoliberale Privatisierungsprozesse fordern, dass auch diese Dienstleistungen Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt werden sollen (vgl. MEISTER/DIETL/AVENIR SUISSE 2012).

Für die nachträgliche Diskussion des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit wird an dieser Stelle vorgängig das Verhältnis von *Staat und Zivilgesellschaft* diskutiert, wie es insbesondere für die schweizerischen Verhältnisse gilt: Moderne Demokratien können die gesellschaftliche Integration nicht alleine über den Staat und die rechtsstaatliche Verfasstheit gewährleisten, sondern sind vielmehr auf zivilgesellschaftliche Kräfte und eine kritische Öffentlichkeit jenseits des Staates angewiesen. HABERMAS bezeichnet Zivilgesellschaft, kritische Öffentlichkeit und Rechtsstaat als Integrationsmodi komplexer demokratischer Gesellschaften (vgl. HABERMAS 1992). Was im Kontext parlamentarischer Demokratien als zivilgesellschaftliches Engagement innerhalb der Gesellschaft jenseits staatlicher und

Bildungsstufen sowie deren Übergänge angestrebt. Die Kantone entscheiden selber, ob sie dem Konkordat beitreten wollen. Am 21. Mai 2006 haben die Stimmenden und alle Stände den revidierten Bildungsartikel in der Bundesverfassung mit 86% Ja-Stimmen angenommen. Nationale Konkordate dieser Art sind der Versuch, die föderalen Eigenheiten der Kantone zu vereinheitlichen.

professioneller Aufgabenstellung verstanden wird, ist in direkten Demokratien strukturell stärker eingebunden: Die direkte Demokratie ermöglicht die Rückbindung allgemeiner Sachfragen an die gesellschaftliche Basis, die über direktdemokratische Einflussnahme sachbezogene Entscheidungen fällen kann. Staatliche Institutionen wie auch gewählte Repräsentanten werden damit einer größtmöglichen Kontrolle durch den Souverän unterworfen. Gegenüber parlamentarischen Demokratien sind in der direkten Demokratie die Mehrheiten der sozialen Interessen und damit ebenso zivilgesellschaftliche Interessengruppen ins System eingebunden (vgl. GRAF/GRAF 2008, S. 208).²⁹ Die Macht wird nicht an die Repräsentanten abgegeben, sondern bleibt der Basis der Bevölkerung über Initiative und Referendum auf allen staatlichen Ebenen erhalten. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, über Initiativen und Referenden Sachfragen dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.³⁰ Dies in der Schweiz umgesetzte Demokratieverständnis ist nahe an dem von HABERMAS postulierten Rechtspositivismus: Ausgehend von der Problematik, dass der Rechtsstaat wie auch die festgelegte Verfassung in institutionalisierter Form ein Legitimationsdefizit aufweisen, da selbst die verfassungsgebende Versammlung die Legitimität ihrer Regeln nicht verbürgen kann, nach denen sie selber konstituiert worden ist (vgl. HABERMAS 2001, S. 143), plädiert HABERMAS dafür, die Verfassung moderner Demokratien als grundsätzlich offen und als ein "traditionsbildendes Projekt mit einem klar markierten Anfang in der Zeit" (HABERMAS 2001, S. 144) zu verstehen. Das demokratische Verfahren selbst muss als berechtigt wahrgenommen werden. Dies stellt deshalb ein Problem dar, "weil es nicht genügt, dass eine Regelung durch ein legitimes Verfahren zustande kam: sie muss selbst wiederum inhaltlich den moralischen Ansprüchen [...] genügen" (vgl. GRAF/GRAF 2008, S. 44). Insofern ist es in direktdemokratischen Prozessen auch durchaus möglich, dass der in der Abstimmung geäußerte Volkswille dem in der Verfassung festgelegten Volkswillen widerspricht. HABERMAS leitet für eine solche

²⁹ Martin GRAF hat für die Schweizer Verhältnisse herausgearbeitet, inwiefern HABERMAS' Konzept des herrschaftsfreien Diskurses für die direkte Demokratie anschlussfähig ist, und gleichsam kritisiert, weshalb HABERMAS den Bezug zur direkten Demokratie der Schweiz nicht deutlicher hergestellt hat (vgl. GRAF 1996; GRAF 2012).

³⁰ Diese Möglichkeit soll weder darüber hinweg täuschen, dass das Einreichen von Volksinitiativen von personalen und finanziellen Ressourcen abhängt, noch vergessen machen, dass die Schweiz über ein ausgesprochen rigides Einbürgerungsrecht verfügt und entsprechend einen großen Teil der wohnhaften Bevölkerung von den konkreten direktdemokratischen Rechten ausschließt. Für die Einreichung einer Volksinitiative müssen innert 18 Monaten 100'000 Unterschriften von stimmberechtigten Personen gesammelt werden. Seit der Einführung der eidgenössischen Volksinitiative im Jahr 1891 sind von 429 eingereichten Volksinitiativen deren 311 zustande gekommen, über 191 wurde durch die Stimmberechtigten abgestimmt und 21 Volksinitiativen wurden von Volk und den Ständen angenommen (vgl.: http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis_2_2_5_9.html [zuletzt besucht: 26.8.14]). Das Bundesparlament ist seit der Gründung des Bundesstaats in bürgerlicher Hand, entsprechend werden Initiativen und Referenden vor allem seitens der Linken als politische Intervention angewendet.

Situation das Recht auf symbolischen Widerstand ab.³¹ Die Entwicklung der Verfassung wird als ein gesellschaftlicher Lernprozess aufgefasst, welcher in seinen Vorstößen und Rückschlägen immer an der Idee einer selbstbestimmten Assoziation freier und gleicher Bürgerinnen und Bürger zu spiegeln ist. Der politische Kampf und gegebenenfalls die Formen zivilen Ungehorsams orientieren sich nach HABERMAS an der Kommunikationsform des Diskurses, also an der Inklusion aller Betroffenen, der kommunikativen Gleichberechtigung, dem Ausschluss von Täuschung und der Bedingung fehlenden Zwangs (vgl. GRAF/GRAF 2008, S. 209f.). Das in der Schweiz institutionalisierte System der direkten Demokratie stellt diejenige politische Form dar, welche sich größtmöglichst am idealen Diskurs orientiert und dabei die Macht von Repräsentanten stark einschränkt. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass die Entscheidungen durch das Bundesparlament durch Referenden korrigiert oder widerrufen werden können. Gleichzeitig besteht bei der Bevölkerung eine Skepsis gegenüber Expertenkulturen, weil diese größtmöglichst in den Alltag übertragbar sein müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind durch die direktdemokratischen Prozessen und die behördliche Mitarbeit innerhalb von Laiengremien stärker an den Staat gebunden, als dies in anderen Nationen der Fall ist. Staatliche Institutionen sind damit nicht immer deutlich isolierbar und gleichsam demokratisch stärker kontrolliert. Gleichzeitig obliegt es aber dem Staat, die individuellen Rechte des bürgerlichen Subjekts aufrechtzuerhalten. Für die Schweiz kann festgehalten werden, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure durch die direktdemokratischen Institutionen von Initiative und Referendum in die etablierten Politstrukturen eingebettet sind. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass theoretische Konzepte wie Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft in politischen oder sozialwissenschaftlichen Debatten in der Schweiz eine untergeordnete Rolle spielen.

³¹ Vgl. zur Frage der Legitimität rechtsstaatlicher Strukturen, welche Basis eines gerechtfertigten zivilen Ungehorsams sind, die Ausführungen bei HABERMAS (1985 (1983)) und GRAF/GRAF (2008). "Jede rechtsstaatliche Demokratie, die ihrer selbst sicher ist," so HABERMAS, "betrachtet den zivilen Ungehorsam als normalisierten, weil notwendigen Bestandteil ihrer politischen Kultur" (HABERMAS 1985 (1983), S. 81). Nach der sogenannten Minarett- und der Ausschaffungsinitiative ist eine politische Debatte um eine notwendige Verfassungsgerichtsbarkeit entbrannt (die Minarett-Initiative wurde am 29. November 2009 mit 57.5%, die Ausschaffungsinitiative am 28. November 2010 mit 52.3% der Abstimmenden angenommen. Weitere Informationen finden sich unter www.admin.ch). Der Forderung nach einem Schweizer Verfassungsgericht (vgl. beispielsweise BINSWANGER 2010, S. 16) ist der Vorrang der Volkssouveränität entgegenzuhalten, da ein Verfassungsgericht etwas absolutes darstellt, das in einer direkten Demokratie keine Legitimität erfährt: Die Verfassung kann nicht das letzte, sondern immer nur vorläufiges Resultat politischer Auseinandersetzungen sein.

2.2.2 Historische Verortung des Pflegekinderbereichs

Die folgenden Ausführungen zur historischen Einbettung des Pflegekinderbereichs greifen die Überlegungen von SCHOCH, TUGGENER und WEHRLI auf, dass sich die Sozialpädagogik in der Schweiz maßgeblich in der Spanne zwischen Pflegefamilie und Heiminstitution entwickelt hat (SCHOCH et al. 1989).³² Die sozialpädagogischen Institutionen hatten meistens das Bestreben, eine familienähnliche Atmosphäre zu gewährleisten (vgl. SCHOCH et al. 1989, S. 30). TUGGENER (1989, S. 134ff.) beschreibt einen Prozess der institutionellen Differenzierung im Verhältnis von Institution und Familie: Er verortet den Anfang in den beiden Einrichtungen Hospital und Pflegefamilie. Das Hospital reichte bis ins Mittelalter zurück und diente bis ins 18. Jahrhundert "der Armen- und Krankenversorgung, aber auch als Erziehungsanstalt, Straf- und Untersuchungsgefängnis" (TANNER 1998, S. 186). Hannes TANNER verweist auf drei Institutionalisierungsschritte entlang der Kategorien Alter, Gesundheit-Krankheit und letztlich der Zuschreibung von Normalität und Abweichung (vgl. TANNER 1998, S. 186). Im späten Mittelalter wurde das Hospital zusehends mit einem medizinischen Auftrag zur Betreuung von Betagten und Kranken ausgestattet. Bis ins 17. Jahrhundert dominierte die Unterbringung elternloser Kinder in Hospitälern und Pflegefamilien und wurde erst mit der Entwicklung von Waisenhäusern in den Städten abgelöst (vgl. TUGGENER 1989, S. 135). Die Waisenhäuser waren bis Ende des 18. Jahrhunderts meistens mit Zucht- und Arbeitshäusern verknüpft, wodurch Kinder und Jugendliche mit erwachsenen Kriminellen in den gleichen Institutionen leben mussten. Erst im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts kam es unter dem Einfluss der Aufklärung zu einer Verselbständigung dieser Institutionen mit einem pädagogischen Auftrag (vgl. TANNER 1998, S. 187). "Alle diese Stätten waren nicht spezifische Institutionen für Kinder. Diese lebten oft samt Eltern und Verwandten dort, aber auch die alleinstehenden Waisenkinder lebten mit den erwachsenen Insassen dieser Institutionen zusammen" (HUONKER 2004, S. 1). Die Waisenhäuser

³² Bei den meisten der nachfolgend genannten Autorinnen und Autoren handelt es sich um Personen, welche in einem ähnlichen Forschungszusammenhang der Sozialpädagogik in der Deutschschweiz arbeiteten: Heinrich TUGGENER war der erste Inhaber der Professur für Pädagogik mit besonderer Berücksichtigung der Sozialpädagogik, die er von 1976 bis 1989 an der Universität Zürich besetzte. Er trieb die wissenschaftliche Bearbeitung der Sozialpädagogik und allgemein des Schweizer Sozialwesens maßgebend voran, insbesondere auch betreffend der Erforschung der Heiminstitutionen. Doris BÜHLER-NIEDERBERGER, Kitty CASSÉE, Erich Otto GRAF, Martin NIEDERBERGER, Hannes TANNER und andere waren zeitweilen Mitarbeitende an der Universität Zürich und beschäftigten sich in den 1980er- und 1990er-Jahren mit der Erforschung der Konzepte der außerfamiliären Erziehung und den Einrichtungen zur Arbeitserziehung (BÜHLER/GRAF/NIEDERBERGER 1984; GRAF 1988; GRAF 1990; NIEDERBERGER 1997; NIEDERBERGER/BÜHLER-NIEDERBERGER 1988; TANNER 1988; TANNER/UNIVERSITÄT (ZÜRICH) CENTRE DE RECHERCHE EN PÉDAGOGIE SOCIALE 1988).

waren von Anbeginn mit der Ambition verbunden, die Kinder und Jugendlichen zu arbeitstüchtigen Menschen zu erziehen.³³

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts entbrannte insbesondere im Kontext des sogenannten "Waisenhausstreits" in Deutschland eine Debatte um den Nutzen von Waisenhäusern (vgl. BLANDOW 2004, S. 27ff.; SAUER 1979), die allerdings in der Schweiz wenig Beachtung fand (vgl. TANNER 1998, S. 187). Die Kritik gegenüber den Institutionen ging einher mit dem Hervorheben der Vorbildfunktion von Pflegefamilien: "Wenn man nur mit etwas Sorgfalt die richtigen Familien aussuche, werde das Beispiel tugendhafter Eltern und Verwandter allein schon unterrichtend auf die Kinder wirken – der Knabe sähe die Arbeit des Vaters und lerne von ihm, das Mädchen erlebe die Mutter beim Kochen, Nähen, Putzen, Waschen usw. und werde unmerklich an diese Tätigkeiten herangeführt und gewöhnt" (SAUER 1979, S. 27). Gegenüber den Städten fehlten in ländlichen Gegenden entsprechende Angebote an Waisenhäusern, sodass in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das sogenannte "Verkostgeldungssystem" eingeführt wurde (vgl. TUGGENER 1989, S. 138f.). "Wenn Kinder nicht in der weiteren Verwandtschaft untergebracht werden konnten, wurden sie zur finanziellen Entlastung der sorgepflichtigen Gemeinden 'verkostgeldet' und meistens an Markttagen oder andern öffentlichen Anlässen als Kostkinder angeboten, die als billige Arbeitskräfte eingesetzt wurden" (TANNER 1998, S. 187).³⁴ Der Mangel an unterschiedlichen Institutionen führte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Entwicklung alternativer Einrichtungen: Die Armenerziehungs- und Rettungsanstalten (TANNER 1998; TUGGENER 1989) orientierten sich in ihrer Organisation verstärkt am Modell der Familie, was auch als hauptsächliche Argumentation zur Koedukation von Mädchen und Jungen verwendet wurde.³⁵ Das Familienkonzept entsprach der vorindustriellen Form des "ganzen Hauses" und umfasste damit den gesamten Haushalt wie auch die entsprechende, patriarchalische Organisationsform. Hierzu gehörte insbesondere auch die Verbindung mit einem Landwirtschaftsbetrieb, da es sich nicht nur um eine Lebens-, sondern auch um eine Produktionsgemeinschaft handelte (vgl. TUGGENER 1989, S. 141; TUGGENER 2002). Aufgrund dieses Bezugs zur Landwirtschaft und wegen der unter dem Einfluss der Industrialisierung verstärkt entstehenden Massenarmut wurden die Standorte der Armenhäuser zusehends aufs Land verschoben. Die Fremdplatzierung in Pflegefamilien diene maßgeblich der Verhinderung

³³ Ausdruck hiervon sind die noch immer bestehenden Heiminstitutionen für Jugendliche und die Verknüpfung mit dem Arbeitsbereich, respektive dem Ziel der Integration in die Arbeitsgesellschaft. In der deutschsprachigen Schweiz heißen die früheren Lehrlingsheime und Arbeiterziehungsanstalten mittlerweile Maßnahmenzentren.

³⁴ Diese Institutionen stiessen unter anderem im Buch "Der Bauernspiegel" von Jeremias GOTTHELF bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf Kritik (vgl. GOTTHELF 1837).

³⁵ Während sich die Armenerziehungsanstalten an Leitideen humanitär-philanthropischer Gemeinnützigkeit orientierten, sahen sich die Rettungsanstalten in ihrer Ausrichtung an evangelisch-pietistischen Werten der Rettung zur wahren Gottseligkeit verpflichtet (vgl. TUGGENER 1989).

von Armut und deren familiärer Vererbung, wie auch der Verhinderung eines verderblichen Milieus (vgl. LEUENBERGER et al. 2011, S. 29). Der Pauperismus sollte durch die Heimerziehung und Fremdplatzierung zum Verschwinden gebracht werden, indem die verwahrlosten Kinder und Jugendlichen der Armut entzogen wurden.

Eine zweite Phase der Heimkritik erfolgte nach dem sogenannten Waisenhausstreit in den 1930er-Jahren durch Carl Albert LOOSLI, welcher als ehemaliges Heimkind die Anstaltsordnung kritisierte und die bedingungslose Abschaffung der Einrichtungen fordert (LOOSLI 2006 (1924)). Neben seiner Kritik an den Institutionen verfolgte LOOSLI auch eine dezidierte Staatskritik: "Immer wieder übersieht man – oder ist zu träge, sich darüber Rechenschaft abzulegen –, dass der Mensch, vor allem das Kind und der Jugendliche nicht verstaatlicht werden darf, sondern dass der Staat mit allen seinen Institutionen vermenschlicht werden muss, anders wird dem unvermeidlichen gesellschaftlichen Zusammenbruch anheimfallen" (LOOSLI 2006 (1924), S. 356). LOOSLI war ein klarer Verfechter der Auffassung, dass die "beste Erziehung immer die Familienerziehung ist und bleiben wird" (LOOSLI 2006 (1924), S. 98). Die kontrovers diskutierte Position LOOSLIS gegenüber dem Verdingwesen findet sich bei HAFNER dargestellt (vgl. HAFNER 2011, S. 127ff.).

Anfangs der 1970er-Jahre erfolgte eine dritte Phase der Kritik an den Heiminstitutionen: Die Heimkampagne kritisierte nicht alleine die Einrichtungen, sondern vielmehr auch die gesellschaftlichen Bedingungen, welche Heimeinrichtungen erst ermöglichen (vgl. SCHOCH et al. 1989, S. 99ff.). Mit der Heimkampagne wurde erstmals die Diskussion um die konservative und herrschaftsstabilisierende Funktion der Sozialpädagogik öffentlich ausgetragen (vgl. u.a. auch AHLHEIM 1971; HAFNER 2011, S. 152ff.; SCHOCH et al. 1989, S. 99ff.; TANNER 1998). Allerdings werden die politischen Positionen der Zürcher Heimkampagne in der aktuellen Darstellung bisweilen ausgeklammert und es wird gleichsam suggeriert, als wären die notwendigen Anpassungen des Heimbereichs ohnehin auf dem Tisch gelegen und die Heimkampagne hätte den bereits anstehenden Prozess nur beschleunigt.³⁶ Im Zuge der Heimkampagne geht die Kritik in der Sozialpädagogik gegenüber den Heiminstitutionen insofern mit einer Hinwendung zur Familie einher, dass die positiven Aspekte familiärer Sozialisation in der Pflegefamilie aufrechtzuerhalten sind, ohne aber die bürgerlichen, konservativen und reaktionären Momente der Familie beizubehalten. Bei Hans THIERSCH hatte die Hinwendung zur Familie in den 1970er-Jahren eine politische Bedeutung angesichts der

³⁶ Vgl. hier beispielsweise HERZOG (1991) oder die aktuelle Darstellung HAFNERS: "Abgesehen von der sozialistischen 'Selbstverwaltung', die zum einen stark zeitgeistbedingt erscheint und zum anderen die organisatorischen Kompetenzen der Jugendlichen über- und deren Bedürfnis nach Auseinandersetzung mit Autoritäten unterschätzt, wirken die Forderungen der 'Heimkampagne' nicht realitätsfern" (HAFNER 2011, S. 155). Eine differenzierte Darstellung findet sich bei SCHÄR (2008).

damaligen Verzweiflung an der Heimerziehung (vgl. bspw. THIERSCH/FROMMANN/SCHRAMM 1977). Die lebensweltorientierte Soziale Arbeit bezieht sich auf das, was als Alltag die Basis des Lebens ist und in seiner Ambivalenz gleichsam ein Widerstandspotential gegenüber den systemischen Zwängen der Gesellschaft aufweist. Die Zürcher Heimkampagne sah sich ebenfalls damit konfrontiert, die aus den Heimen entflohenen Jugendlichen privat unterzubringen (vgl. SCHÄR 2008).

Für den Heim- und Pflegekinderbereich lässt sich *erstens* festhalten, dass eine Verrechtlichung, Verberuflichung und Differenzierung erst im 20. Jahrhundert erfolgen (vgl. SCHOCH et al. 1989, S. 32ff.). "Im Hinblick auf die institutionelle Differenzierung ist an diesen Beispielen bemerkenswert, dass auf privater gemeinnütziger Basis erstmals Funktionen geschaffen und ausgeübt wurden, die im frühen 20. Jahrhundert dann von den Gemeinden und den Kantonen übernommen wurden. Die Triage der zu versorgenden Kinder sowie die Überwachung der Pflegeplätze und die Sicherstellung der erforderlichen Kostgelder wurden durch diese freiwilligen intermediären Gremien gewährleistet. Mit der Einführung des Zivilgesetzbuches von 1907 und den dadurch geforderten kantonalen Gesetzgebungen und Regelungen gingen diese Funktionen allmählich an öffentlich-rechtliche Trägerschaften und Instanzen über wie z.B. Vormundschaftsbehörden, Jugendämter, Jugendsekretariate" (TUGGENER 1989, S. 148f.). Für die Differenzierung der unterschiedlichen Institutionen macht TUGGENER deutlich, dass die nachfolgenden staatlichen Institutionen maßgeblich auf vorgängigen privaten Initiativen beruhen. "Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein war in einigen Kantonen die Aufnahme von Kindern in Pflegefamilien gesetzlich nicht geregelt" (HAFNER 2011, S. 148). Erst ab 1978 regelt die Pflegekinderverordnung die Pflegekinderverhältnisse in der ganzen Schweiz verbindlich (vgl. SCHOCH et al. 1989, S. 44). Der Pflegekinderbereich ist eng mit dem Armen- und Fürsorgewesen verknüpft, welches wesentlich auf überlieferten Sitten und Gebräuchen sowie Gesetzen beruht, welche bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen (vgl. LEUENBERGER et al. 2011, S. 28). Den Begriff des Pflegekindes gibt es erst ab 1928 (LEUENBERGER et al. 2011, S. 47). Dies hängt maßgeblich mit dem neuen Tuberkulosegesetz zusammen; das Kind, aber auch die Pflegefamilien müssen getestet werden, dadurch musste das Pflegekind als Rolle in der Familie einen spezifischen Begriff erhalten. Einen strafrechtlichen Schutz von Pflegekindern gibt es erst ab 1942 mit der Einführung des Strafgesetzbuches. *Zweitens* lässt sich festhalten, dass die Formen der Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen maßgeblich von den gesellschaftlichen Bedingungen abhängen: "Seit der Mechanisierung der Landwirtschaft ist die Fremdplatzierung von Kindern als Kostkinder, Verdingkinder oder Hütekinder bei Bauern stark zurückgegangen. In Reaktion auf die Untersuchungen zu Hospitalismus- und

Deprivationssyndromen bei Anstaltskindern sowie auf Kritikwellen am schweizerischen Anstaltswesen Mitte der 1940er- und anfangs der 1970er-Jahre, schließlich auch im Zug eines neoliberal inspirierten Kostensenkungsefforts im Sozialwesen ab den 1980er-Jahren, ging auch die Zahl der in Heimen und Anstalten fremdplatzierten Kinder zurück. Zugenommen hat hingegen die Zahl von fremdplatzierten Kindern bei Pflegefamilien oder die in Krippen, Spielgruppen, Horten, in Tagesschulen oder bei Tagesmüttern. Der allerdings praktisch überall noch hinter dem Bedarf her hinkende Ausbau der letztgenannten Platzierungsformen bezweckt keine Trennung von der Herkunftsfamilie mehr, sondern soll dem aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen der Gleichberechtigung zeitgemäßen neuen Familienmodell Hilfestellung bieten, in dem Vater und Mutter Erwerbsarbeit verrichten" (HUONKER 2004, S. 4). Unter anderem sind es nach HUONKER also die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen der Erwerbsarbeit und nicht in erster Linie pädagogische oder professionelle Überlegungen, welche veränderte Angebote außerfamiliärer Betreuung nach sich ziehen.

2.3 Kontextualisierung der vorliegenden Untersuchung

Das folgende Kapitel beinhaltet erstens eine Einbettung des Untersuchungsgegenstandes im Kanton Zürich und dessen konkrete Handhabungen des Pflegekinderbereichs im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe (Kap. 2.3.1). Darin werden die Akteure vorgestellt, welche innerhalb des Pflegekinderbereichs eine zentrale Rolle spielen. Anschließend folgen allgemeine Ausführungen zur rechtlichen Situation von Pflegekindern und Pflegefamilien (Kap. 2.3.2), abgeschlossen wird dieses Kapitel mit der Verknüpfung mit der Evaluationsstudie, von welcher die vorliegende Untersuchung ausgegangen ist (Kap. 2.3.3).

2.3.1 Organisation des Pflegekinderbereichs im Untersuchungsfeld

Diese Untersuchung bezieht sich auf den Pflegekinderbereich, wie er in einer Region im Kanton Zürich gehandhabt wird. Ich gehe dabei von Pflegefamilien aus, welche nicht über eine einschlägige pädagogische oder sozialpädagogische Ausbildung und den entsprechenden professionellen Hintergrund verfügen. Dadurch unterscheidet sich das untersuchte Feld von sogenannten sozialpädagogischen oder heilpädagogischen Pflegefamilien, welche von professionell ausgebildeten Pädagogen organisiert werden.³⁷ Durch diese Unterscheidung wird

³⁷ So hat beispielsweise der Verein Contetto, eine privat organisierte Institution der Kinder- und Jugendhilfe im Kanton Zürich, festgelegt, dass in sozialpädagogischen Familien mindestens ein Elternteil über eine sozialpädagogische Ausbildung verfügen muss (www.contetto.ch [zuletzt besucht: 1.10.2016]). Eine weitere Differenz wird bisweilen zwischen Tagesfamilien, Wochen/Dauer-Pflegefamilien und SOS-Pflegefamilien gemacht "Wenn Kinder während des Tages in einer Familie – meist Tagesfamilie genannt – betreut werden, spricht man von Tagespflege" (ZATTI 2005, S. 10). Tagesfamilien verstehen sich gegenüber den Dauerpflegefamilien als

bei den untersuchten Pflegefamilien der Aspekt der Ehrenamtlichkeit höher gewichtet und damit rückt auch die Frage nach der Motivation, ein Pflegekind aufzunehmen, in den Vordergrund. Bei sozialpädagogischen Pflegefamilien lässt sich die Motivationsthematik mit der beruflichen Ausbildung der Eltern zu Sozialpädagoginnen und -pädagogen erklären. Im Falle von nicht pädagogisch ausgebildeten Pflegeeltern erlangt die Eignungsabklärung durch die involvierten Behörden eine größere Relevanz, da die Eignung nicht über die professionelle Lizenzierung qua Qualifikation gewährleistet wird.

Der Pflegekinderbereich im Untersuchungsfeld durchläuft während der Untersuchungszeit von 2007 bis 2010 auf unterschiedlichen Ebenen Veränderungsprozesse: *Einerseits* sind Revisionen rechtlicher Belange im Gange (so das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht und die Pflegekinderverordnung auf Bundesebene, vgl. das folgende Kapitel 2.3.2), *andererseits* werden konkrete organisatorische Umstrukturierungen vorgenommen, welche die in dieser Untersuchung erhobenen Daten prägen. Grundsätzlich wird die Situation des Pflegekinderbereichs in der Weise dargestellt, wie sie sich zum Zeitpunkt der Datenerhebung gezeigt hat. Auf allfällige Änderungen werde ich in den jeweiligen Kontexten aufmerksam machen. Die Untersuchung fällt also in einen Zeitraum, der durch einige Umbrüche und Gleichzeitigkeiten unterschiedlicher Organisationsformen geprägt ist, was bei der Datenanalyse bisweilen einen erhöhten Erklärungsbedarf der kontextuellen Bedingungen nach sich zieht.

Es werden folgende *Aufgaben und Tätigkeitsfelder im Pflegekinderbereich* ausgewiesen, welche unter den jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen vor allem durch staatliche Institutionen organisatorisch bearbeitet werden. Hierbei handelt es sich um die weitgehend abstrakt formulierten Tätigkeiten und Strukturmomente, die sich aktuell im Pflegekinderbereich zeigen und welche die betroffenen Akteure in unterschiedlicher Weise tangieren. Bei der folgenden Darstellung werden sie auch hinsichtlich der konkreten Schwierigkeiten thematisiert:

- Grundsätzlich ist der Pflegekinderbereich durch den Wechsel von Kindern aus einer Gemeinschaft in eine andere geprägt. In der bürgerlichen Gesellschaft stellt die Aufrechterhaltung der Kleinfamilie ein relevantes Ziel dar, sodass das Scheitern der einen

familienergänzende Maßnahmen und sind mittlerweile weitgehend über private Tagesfamilienvereine organisiert. Während die Pflegekinder bei Wochenpflegefamilien am Wochenende meistens zu den leiblichen Eltern zurückkehren, handelt es sich bei Dauerpflegefamilien in den meisten Fällen um eine familienersetzende Maßnahme. Die sogenannten SOS-Pflegefamilien werden auch als Bereitschaftspflege verstanden. "Bei diesen speziellen Pflegeverhältnissen wird ein Kind oder eine Jugendliche aufgrund einer Notsituation, die ein sofortiges Handeln erfordert, für eine von vornherein begrenzte Zeit (in der Regel maximal drei Monate) in einer (in der Regel besonders vorbereiteten und qualifizierten) Pflegefamilie untergebracht" (ZATTI 2005, S. 9). Die Platzierungen in SOS-Pflegefamilien dienen in den meisten Fällen einer Intervention oder einer Übergangslösung, um für die jeweiligen Kinder und Jugendlichen eine passende Lösung in einer Pflegefamilie oder eine adäquate Fremdplatzierung in einer Heimeinrichtung zu finden. Mit dem Begriff des Pflegeverhältnisses wird das "Arrangement bezeichnet, innerhalb dessen ein Kind in einer Pflegefamilie lebt. An einem Pflegeverhältnis sind verschiedene Personen und institutionelle wie behördliche AkteurInnen beteiligt" (ZATTI 2005, S. 9).

Familie durch das Ersetzen durch eine funktionierende Familie kompensiert wird. Gleichzeitig stellt die Pflegefamilie unter dem Aspekt des Kindesschutzes eine neue Sozialform dar, die den Schutz und die Pflege des Kindes übernehmen soll. Deshalb obliegt den staatlichen Institutionen ein besonderes Interesse, die *Eignung* von Pflegefamilien zur Aufnahme von Pflegekindern abzuklären. Zentral ist hierbei die Frage, was eine gute Pflegefamilie ausmacht, respektive ob es zu dieser Beurteilung einheitliche Maßstäbe benötigt und wie sich die verwendeten Kriterien entwickeln und begründen lassen. "Im Unterschied zur Schweiz haben Pflegeeltern in Großbritannien, Deutschland und Österreich einen in den jeweiligen Kinder- und Jugendhilfegesetzen festgeschriebenen Anspruch auf Abklärung, verbunden mit der entsprechenden Pflicht. Die Abklärung von Pflegeeltern ist in den genannten drei Ländern also verbindlich" (ZATTI 2005, S. 43). In der Schweiz besteht eine Bewilligungspflicht, hingegen ist die Abklärung von Pflegeeltern nicht rechtlich verankert. Insofern bestehen auch keine national anerkannten Anforderungs- und Abklärungskriterien für Pflegeeltern.

- Mit der Eignungsabklärung wird gegebenenfalls eine *Bewilligung* durch staatliche Institutionen ausgesprochen. Diese Bewilligung beinhaltet die Berechtigung der Pflegeeltern, fremde Kinder in die Familie aufzunehmen. Strukturell ist durch diese Formalisierung eine Absicherung der betroffenen Personen und deren Entscheidungen verbunden. Unter dem Aspekt der Bewilligung geht allerdings die Tatsache verloren, dass viele Pflegekinder im familiären oder näheren sozialen Umfeld untergebracht werden, ohne dass eine Bewilligung seitens der bevollmächtigten Behörden ausgesprochen wird (vgl. u.a. GASSMANN 2013). Der Pflegekinderbereich ist historisch mit diesen Formen von Unterstützung durch die Familie und das soziale Umfeld verbunden, die weitgehend ohne staatliche Einflussnahme und Kontrolle stattfanden.
- Dem Entscheid, ein Kind oder eine Jugendliche in eine Pflegefamilie zu platzieren, geht eine *Abklärung der Problemlage des Kindes* voraus. Es erfolgt ein Entscheid, dass die betroffenen jungen Menschen in der Herkunftsfamilie nicht mehr angemessen aufwachsen können. Diese Entscheidungsgrundlagen variieren historisch und hängen genuin mit den vorherrschenden Lebensbedingungen zusammen. So sind erwiesenermaßen ökonomische Missstände, respektive lebensbedrohliche Armutssituationen prägend für das Aufwachsen von Kindern, die letztlich auch dazu führen, dass Eltern sich gezwungen sehen, Kinder abzugeben oder sie als Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Josef Martin NIEDERBERGER macht in seiner historischen Untersuchung von Kindern in Heimen und Pflegefamilien deutlich, dass die Entsendung von Kindern in andere Familien nicht unbedingt mit dem heutigen Phänomen

der Fremdplatzierung erklärbar ist, vielmehr können damit auch notwendige ökonomische Interessen zur Aufrechterhaltung der größeren Gemeinschaft verbunden sein (vgl. NIEDERBERGER 1997). Diese Aspekte drohen durch die tendenzielle Idealisierung von Familie und Kindheit bisweilen aus der Diskussion zu fallen. Die Abwertung nicht-bürgerlicher Lebensformen, wie es sich beispielsweise am Umgang mit den Fahrenden durch das Projekt "Kinder der Landstraße" verdeutlichen lässt, ist ein weiterer prägender Hintergrund der Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen.³⁸

- Im Zusammenhang mit der Platzierung in eine Pflegefamilie wird von der sogenannten *Indikation* gesprochen, welche die mit der Abklärung der Situation der betroffenen Personen einhergehende Begründung einer möglichen Maßnahme umfasst. Bei der Indikation im Kontext von Fremdplatzierung handelt es sich um einen aus der Medizin entlehnten Begriff, welcher im Sinne einer Heilanzeige für das Verfahren und die medizinische Maßnahme steht, die im Falle eines bestimmten Krankheitsbildes vorzunehmen ist. Die Indikation bezeichnet also die für das betroffene Kind als geeignet eingestufte Maßnahme im Zusammenhang mit einer Fremdplatzierung. Inwiefern sich die gewählten und als adäquat eingeschätzten Maßnahmen im historischen Verlauf unterscheiden und mit unterschiedlichen Interessenlagen zusammenhängen, zeigen die Analysen von Mario ERDHEIM (2006) und Gisela HAUSS (2006). Dass sich die Argumentation bei der Indikation nicht zwangsläufig am Kindeswohl orientiert, sondern vielmehr auch finanzielle Aspekte eine bedeutsame Rolle spielen können, ob ein Kind oder Jugendlicher in ein Heim oder eine Pflegefamilie platziert wird, schreibt AEBISCHER in ihrem Beitrag zu den aktuellen Entwicklungen bei Fremdunterbringungen (vgl. AEBISCHER 2012, S. 12).
- Wenn ein Kind in einer Pflegefamilie platziert ist, stellt sich die Aufgabe, ob und wie dieses Betreuungsverhältnis zwischen Pflegekind, Pflegefamilie und Herkunftsfamilie begleitet wird. Das hierbei maßgeblich strukturierende Element ist die staatliche Kontrolle des Kindeswohls in den Pflegefamilien: Für die *Aufsicht* des Pflegeverhältnisses werden Akteure mit einem Mandat ausgestattet, die Situation in der Pflegefamilie fortan dahingehend zu kontrollieren, ob Bedingungen der Pflegefamilie noch dem Erziehungsbedarf des platzierten Kindes entsprechen. Vergleichsweise neu ist die Diskussion darüber, ob die Pflegeeltern neben der Aufsicht ein Recht auf Unterstützung, Begleitung und Ausbildung haben sollen. Es

³⁸ Bei dem Hilfswerk ‚Kinder der Landstraße‘ handelt es sich um ein Projekt der Schweizer *Stiftung Pro Juventute*, welches von 1926 bis 1972 existierte und mit Unterstützung der Vormundschaftsbehörden fahrenden Eltern die Kinder wegnahm (vgl. GALLE 2016; GALLE/MEIER 2009; HUONKER 2004; HUONKER 2014; LEIMGRUBER/MEIER/SABLONIER 1998; LEUENBERGER/SEGLIAS 2008).

stellt sich auch die Frage, ob diese spezifischen Leistungen von öffentlichen oder privaten Trägern und Dienstleistungsanbietern zu erbringen sind.

- Mit der Platzierung von Kindern in Pflegefamilien rückt des Öftern die Frage nach der *zeitlichen Dauer* in den Vordergrund: Wie die Übergänge nach dem Ende von Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe zu bewerkstelligen sind, ist Gegenstand der sogenannten "Care-Leaver"-Debatte (vgl. GABRIEL/KELLER 2015; SIEVERS/THOMAS/ZELLER 2015).³⁹ Problematisiert werden hierbei unerwartete Abbrüche von Pflegeverhältnissen oder auch von Platzierungen in Heiminstitutionen. Beendigungen von Pflegeverhältnissen gehen formal mit dem Erreichen der Volljährigkeit des Pflegekindes oder der Pflegejugendlichen einher (vgl. SCHENK 2013). Die Beendigung des Pflegeverhältnisses hängt mit dem Ende der Beistandschaft des Kindes zusammen⁴⁰, die mit der Volljährigkeit in eine Erwachsenenbeistandschaft umgewandelt werden müsste. "Eine Beistandschaft setzt voraus, dass das volljährige Pflegekind seine Angelegenheiten nur teilweise oder gar nicht besorgen kann, sei es wegen einer geistigen Behinderung, einer psychischen Störung oder sei es auch nur wegen einer Verzögerung der Reife" (ANDERER 2013, S. 26). Mit der Volljährigkeit des Pflegekindes haben die Pflegeeltern kein Anrecht mehr auf finanzielle Unterstützung in Form des Pflegegeldes, ausser die finanzielle Unterstützung wird entweder von Seiten der Behörden frühzeitig aufgelegt oder das Pflegekind stimmt einer Erwachsenenbeistandschaft zu.

Aktuell werden diese Aufgabenbereiche unter den vier Aspekten der *Abklärung* der Pflegefamilie, der *Platzierung* von Pflegekindern, der *Begleitung und Aufsicht* während des Betreuungsverlaufs in der Pflegefamilie und der *Beendigung* des Pflegeverhältnisses gefasst. Es handelt sich hierbei wie auch bei den nachfolgend dargestellten Aufgabenbereichen um die weitgehend professionelle Sicht der Sozialen Arbeit auf die anfallenden Themen im Pflegekinderbereich. Inwiefern sich dabei auch Widersprüche zu den real vorfindlichen Begebenheiten in diesem Bereich zeigen lassen, wird Gegenstand der folgenden Analysen sein.

³⁹ "Als Care Leaver werden im internationalen Diskurs junge Menschen bezeichnet, die einen Teil ihres Lebens in öffentlicher Erziehung – z.B. in Heimen, Wohngruppen oder Pflegefamilien – verbracht haben und sich nach Beendigung der Hilfe am Übergang in ein eigenständiges Leben befinden" (ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGENDHILFE 2014, S. 1).

⁴⁰ Bei den Beiständinnen und Beiständen handelt es sich um Personen, welche von den Behörden mandatiert werden, den Eltern in der Sorge um das Kind beizustehen. Mit dieser Aufgabe werden sowohl Privat- als auch Berufsbeistände versehen. Privatbeistände sind meistens Personen aus dem nahen sozialen oder verwandtschaftlichen Umfeld, welche die Unterstützung freiwillig übernehmen. Im Falle des Kinderschutzes sind allerdings meistens fachlich ausgebildete Personen als Berufsbeistände involviert. Im vorliegenden Untersuchungsfeld sind die fallführenden Sozialarbeitenden auf den Jugend- und Familienberatungsstellen bei Platzierungen in Pflegefamilien meistens auch die beauftragten Beiständinnen und Beistände der betroffenen Pflegekinder und bisweilen auch deren Eltern (zur rechtlichen Situation siehe im folgenden Kapitel 2.3.2.).

Neben der Pflegefamilie, dem Pflegekind und der Herkunftsfamilie sind folgende professionellen und ehrenamtlichen Akteure in den Pflegekinderbereich im Untersuchungsfeld involviert:

- 1) *Sozialarbeitende auf den Jugend- und Familienberatungsstellen*: Bei den Jugend- und Familienberatungsstellen handelt es sich um dezentral organisierte, meistens auf Gemeindeebene angesiedelte Beratungs- und Unterstützungsstellen, welche üblicherweise für alle Aufgaben im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zuständig sind.⁴¹ Auch der Pflegekinderbereich ist bis anhin ein Teilbereich dieser Jugend- und Familienberatungsstellen, indem ein einzelner Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin auf den jeweiligen Stellen mit dieser Thematik beauftragt ist und insbesondere die Eignungsabklärung von Pflegefamilien vorzunehmen hat. Mit der Einführung der Fachstelle für Pflegekinder (siehe gleich anschließend) fällt dieser Aufgabenbereich weg und die Sozialarbeitenden übernehmen in erster Linie die fallführende Verantwortlichkeit gegenüber den Pflegekindern. Hierunter kann auch die Verantwortung als Beistand oder Beiständin der Pflegekinder fallen, es ist allerdings auch möglich, dass die Beistandschaft auf privater Basis organisiert und trotzdem Sozialarbeitende involviert sind.
- 2) *Fachstelle Pflegekinder*: Die neu entwickelte und regional zentralisierte Fachstelle⁴² übernimmt den Pflegefamilienbereich von den dezentral organisierten Jugend- und Familienberatungsstellen und ist zuständig für die Rekrutierung und Abklärung, wie auch die Begleitung und allfällige Weiterbildung von Pflegefamilien. In dieser Fachstelle werden

⁴¹ Im Falle von kleineren Gemeinden sind "Jugend- und Familienberatungsstellen" bisweilen auch für mehrere Gemeinden zuständig. Die "Jugend- und Familienberatungsstellen" haben die folgenden Aufgabenbereiche: "Unterhalt, Vaterschaft, gemeinsame elterliche Sorge, Kleinkinderbetreuungsbeiträge, Alimentenhilfe, Mütter- und Väterberatung, Erziehungsberatung, Jugend- und Familienberatung. Weitere Tätigkeitsfelder sind Elternbildung, Adoption, Tagesbetreuung, Gemeinwesenarbeit, unbegleitete minderjährige Asylsuchende, Pflegefamilien, Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik, Vor- und Nachschulbereich und Förderung von Gemeinde- und Schulbibliotheken" (download unter: http://www.ajb.zh.ch/internet/bildungsdirektion/ajb/de/kinder_jugendhilfe.html [zuletzt besucht: 29.9.2016]). Der Begriff der "Beratung" ist etwas irreführend, da es sich dabei nicht alleine um beratende Aufgaben handelt, sondern beispielsweise auch familienersetzende Maßnahmen umgesetzt werden. Die rechtliche Legitimation liegt allerdings bei den Vormundschaftsbehörden und nicht bei den Jugend- und Familienberatungsstellen.

Im Rahmen einer Reform durch die neue kantonale Amtsleitung wurden die "Jugend- und Familienberatungsstellen" in "Kinder- und Jugendhilfezentren (KJZ)" umbenannt, bewahren aber ihre Funktionalität innerhalb der Beratungen gegenüber Kindern, Jugendlichen und Familien weitgehend (http://www.ajb.zh.ch/internet/bildungsdirektion/ajb/de/kinder_jugendhilfe/kjz.html [zuletzt besucht: 2.4.2014]). Bis vor dieser Reform wurde der Begriff der Kinder- und Jugendhilfe in der konkreten Praxis kaum verwendet. Mit dieser Umstellung sind auch Tendenzen zu beobachten, dass die Aufgabenbereiche zentraler organisiert werden, während die "Jugend- und Familienberatungsstellen" weitgehend dezentral und räumlich und sozial nahe an den Gemeinden aufgebaut waren. So nennt Sozialarbeiter die "Jugend- und Familienberatungsstelle" einen "Gemischtwarenladen" (Sozialarbeiter Cotti, Z581), da die Institution eine geringe Spezialisierung aufweist und alle Aufgaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe abdeckt.

⁴² Genauere Ausführungen zu dieser Fachstelle finden sich im anschließenden Kapitel 2.3.3.

Fachpersonen der Sozialen Arbeit angestellt, denen die Aufgabe der Qualitätssicherung im Pflegefamilienbereich zugeschrieben wird.⁴³

- 3) *Betreuerinnen* der Pflegefamilien: Im Kanton Zürich wurden durch Sozialarbeitende diese Pflegekinderbetreuerinnen rekrutiert und begleitet, welche die Pflegekinderaufsicht in den Gemeinden wahrnehmen und Pflegeplätze vermitteln (vgl. HÄFELI 2001, S. 23).⁴⁴ Diese haben auch die Rekrutierung von Pflegefamilien übernommen. Allerdings bestanden im Kanton Zürich selber regionale und kommunale Differenzen, wie und ob die Betreuerinnen eingesetzt werden. Bisweilen übernehmen die Sozialarbeitenden die Betreuung der Pflegefamilien selber. Nach dem Juristen und Sozialarbeiter Christoph HÄFELI handelt es sich hierbei um ein gutes Modell, da es ermöglicht, dass die Betreuerinnen besonders anspruchsvolle Aufgaben im Bedarfsfall an sozialarbeiterische Fachkräfte übergeben können. "Schulungsunterlagen und Hilfsmittel (Musterpflegeverträge, Richtlinien für die Bemessung von Pflegegeldern, Gesuchsformulare, etc.) werden von einer Fachgruppe Pflegekinderwesen unter der Leitung einer Fachkraft des Kantonalen Jugendamtes erarbeitet. Diese Fachgruppe organisiert auch jährliche Fortbildungsveranstaltungen" (HÄFELI 2001, S. 23). Gleichzeitig sollte allerdings mitbedacht werden, dass es sich bei den ehrenamtlichen Betreuerinnen auch um ein finanziell attraktives Modell handelt, indem die kosten- und arbeitsintensive Betreuung von Pflegefamilien nicht von professionellen Mitarbeitenden geleistet, sondern quasi externalisiert wird. Diese Betreuerinnen werden durch die Fachstelle und damit professionelles Personal ersetzt.
- 4) *Vormundschaftsbehörden*: Bei den kommunalen Vormundschaftsbehörden handelt es sich vorwiegend um Laiengremien, welche vor allem in der Deutschschweiz – mit Ausnahme der Behörden in Großstädten – existieren. Die Vormundschaftsbehörden werden durch demokratisch gewählte Bürgerinnen und Bürger besetzt, welche für dieses spezifische Amt gewählt werden können oder durch ihr Amt in der Gemeinde – beispielsweise der Exekutive – auch gleich in der Vormundschaftsbehörde verantwortlich tätig sind.⁴⁵ Vormundschafts-

⁴³ Auch in anderen Kantonen sind ähnliche Fachstellen zur Betreuung von Pflegefamilien eingerichtet. Eine Auflistung zu den einzelnen Kantonen findet sich im Handbuch der Fachstelle für das Pflegekinderwesen (2001).

⁴⁴ Nachfolgend werden diese *Pflegekinderbetreuerinnen* abgekürzt *Betreuerinnen* genannt.

⁴⁵ Während in der französischsprachigen Schweiz die vormundschaftlichen Maßnahmen in den meisten Fällen von Gerichten vorgenommen werden, sind die Vormundschaftsbehörden in der deutschsprachigen Schweiz größtenteils politisch gewählte Laienbehörden (vgl. WIDER 2010, S. 19f.). "In den welschen bzw. zweisprachigen Kantonen, mit Ausnahme der Kantone Jura, Bern und Wallis, sind die Vormundschaftsbehörden Gerichte (Genf, Neuenburg) oder Friedensgerichte (Waadt, Fribourg), die praktisch für alle Entscheide im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes zuständig sind. In vielen Kantonen der deutschen Schweiz ist dagegen der Gemeinderat, d.h. die Exekutive der Gemeinde, oder eine besondere Kommission die Vormundschaftsbehörde" (SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT 2006, S. 7020). Die Debatte in der Vernehmlassung zu den neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden drehte sich maßgeblich um die Fragen, ob die Fachgremien als Gerichte oder Verwaltungsbehörden eingeführt werden sollten, ob Kanton oder Gemeinde die Trägerschaft zu übernehmen

behörden haben den Auftrag, auf Basis des schweizerischen Zivilrechts die individuelle Rechts-, Handlungs- und Urteilsfähigkeit zu beurteilen und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen einzuleiten. Der Begriff der Vormundschaft "ist auf den althochdeutschen Wortstamm 'munt' zurückzuführen. Munt heißt soviel wie Schirm, Schutz. Im Mittelalter lag der Sinn einer Vormundschaft allein darin, für die Familienverbände oder die sogenannten Sippen das Vermögen zu erhalten [...] Vormund wurde immer der nächste volljährige männliche Verwandte. Im Laufe der Zeit nahm der Staat oder die Obrigkeit mehr und mehr Einfluss auf die Vormundschaften" (AESCHLIMANN-VOGEL/NOSER 2002, S. 7). Die Vormundschaft diente vormals primär der Aufrechterhaltung familiärer Strukturen und wurde auch entsprechend innerfamiliär verantwortet. Das Vormundschaftsrecht von 1912 orientiert sich ebenfalls stark am Vorbild der Familie, die Vormundschaften werden des Öftern auf privatem Weg und über familiäre Lösungen erstellt. Dass Bürgerinnen und Bürger eine Vormundschaft als Beruf übernehmen – hierfür steht der Begriff des Amtsvormunds, respektive der Amtsvormundin – ist in der ersten Fassung des Vormundschaftsrechts nicht vorgesehen: "Als das Vormundschaftsrecht 1912 in Kraft trat, ging man davon aus, dass ein solches Amt immer von einer Privatperson, also von Bekannten oder Verwandten ausgeübt werden würde" (AESCHLIMANN-VOGEL/NOSER 2002, S. 15). Per 1. Januar 2013 werden die Vormundschaftsbehörden im Rahmen der Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts durch professionell und interdisziplinär besetzte Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ersetzt.⁴⁶ Die Vormundschaftsbehörde war für die Durchführung der Maßnahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzes verantwortlich, wie für die Errichtung einer Beistandschaft, den Entzug der elterlichen Obhut, den erleichterten Entzug der elterlichen Sorge sowie für den Vermögensschutz. Im Pflegekinderbereich sind die Vormundschaftsbehörden insbesondere verantwortlich für die Bewilligung des

hat, wie das Gremium fachlich auszugestalten ist, etc. (vgl. HÄFELI 2010, S. 10). Dabei wird die Konfliktivität deutlich, welche mit den kantonalen Differenzen und der geforderten kantonalen Organisationsautonomie einhergeht. Das neue Gesetz spricht von einer Fachbehörde, damit steht es den Kantonen offen, eine Verwaltungsbehörde oder ein Gericht als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde einzusetzen. Auch wird es den Kantonen überlassen, ob sie die Fachbehörde auf Gemeinde-, Bezirks-, Kreis- oder Regionsebene organisieren. Damit wird ebenfalls den kantonalen Gepflogenheiten Rechnung getragen und es wird auch die Möglichkeit offen gehalten, dass sich kleinere Gemeinden zusammenlegen und eine gemeinsame, übergreifende Fachbehörde organisieren können.

⁴⁶ Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht im Schweizer Zivilgesetzbuch (ZGB) sieht keine konkreten Richtlinien vor, wie die Fachbehörden zu besetzen sind, es wird einzig festgelegt, dass die Fachbehörde aus mindestens einem dreiköpfigen Gremium zu bestehen habe: "Auf jeden Fall muss ein Jurist oder eine Juristin für eine korrekte Rechtsanwendung verantwortlich sein. Daneben sollten je nach Situation, die es zu beurteilen gilt, Personen mit einer psychologischen, sozialen, pädagogischen, treuhänderischen, versicherungsrechtlichen oder medizinischen Ausbildung mitwirken. Bei vermögensrechtlichen Fragen oder bei der Abnahme der Rechnung sind beispielsweise auch Personen mit Kenntnissen in der Vermögensverwaltung oder der Rechnungslegung erwünscht" (SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT 2006, S. 7073). Grundsätzlich sollten also die Bereiche Soziale Arbeit, Psychologie/Pädagogik und das Recht durch die Behördenmitglieder abgedeckt werden.

Pflegeplatzes in der Pflegefamilie und die Bewilligung der konkreten Fremdplatzierung. Somit kommt es des Öfters vor, dass bei einer Fremdplatzierung zwei verschiedene Behörden involviert sind, "diejenige, die das Kind platziert, und jene, die den Pflegeplatz bewilligt" (WIGGER 2012, S. 11). Die Vormundschaftsbehörden stellen die demokratisch legitimierte Instanz dar, welche Fremdplatzierungen vornimmt. Für die vorliegende Arbeit wird von den früheren Vormundschaftsbehörden ausgegangen, da zum Zeitpunkt der Datenerhebung die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden noch nicht eingeführt waren.⁴⁷

Es bestehen noch weitere professionelle Akteure im Pflegekinderbereich, die in diesem Projekt keine direkte Berücksichtigung finden. So sind Personen zu nennen, die in erster Linie pädagogische, medizinische oder therapeutische Unterstützung leisten, oder auch weitere Personen aus dem nahen sozialen oder verwandtschaftlichen Umfeld der Pflegekinder oder Pflegefamilien (vgl. beispielsweise die Untersuchung von GÖTZÖ et al. 2014). Für die vorliegende Untersuchung von Privatheit und Öffentlichkeit wurde ein besonderes Gewicht auf die Pflegeeltern, die Sozialarbeitenden und die Betreuerinnen gelegt, während die Vormundschaftsbehörden am Rande beleuchtet werden.

Die Struktur des Pflegefamilienbereichs im Untersuchungsfeld lässt sich zusammenfassend folgendermaßen beschreiben: Es bestehen auf Ebene der Gemeinden dezentral organisierte Jugend- und Familienberatungsstellen, die mehrere Aufgabenbereiche der Kinder- und Jugendhilfe und unter anderen auch den Pflegefamilienbereich unter sich hatten. Einige dieser Beratungsstellen hatten den Pflegefamilienbereich maßgeblich ehrenamtlichen Betreuerinnen übergeben, die von Sozialarbeitenden fachlich begleitet und unterstützt wurden. Mit der Fachstelle Pflegekinder wurde übergreifend auf regionaler Ebene eine Fachstelle eingeführt, welche den Pflegefamilienbereich für die Jugend- und Familienberatungsstellen übernehmen sollte. Für die vorliegende Untersuchung ist also vor allem von Relevanz, dass sich der Pflegefamilienbereich strukturell von einer dezentralen Organisation zu einer fachspezifisch und zentraler organisierten Form in der Region entwickelte. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass

⁴⁷ Aufgrund der kurzen Zeit seit der Einführung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden kann noch keine Aussage darüber gemacht werden, inwiefern diese Veränderung einen konkreten Einfluss auf den Pflegefamilienbereich hat. Annegret WIGGER kritisiert in erster Linie die fehlende Fachlichkeit der bis anhin verantwortlichen Laienbehörden, welche der erhöhten Komplexität von menschlichen Lebens- und Problemlagen nicht mehr gerecht werden. Gleichzeitig macht sie prospektiv auf das Problem größerer örtlicher Distanzen professioneller Behörden aufmerksam. Die Behörden sind auf das lokale Wissen angewiesen und deshalb müssen die "Fachkräfte vor Ort mit Schulen, Sozialen Diensten und Gemeindebehörden zusammenarbeiten. Dadurch können sie sich in den Dörfern bzw. Regionen als Fachpersönlichkeiten Vertrauen aufbauen und so die Schwelle für Anfragen zum Kindes- und Erwachsenenschutz auch in Zukunft [...] niedrig halten" (WIGGER 2012, S. 12). Auch eine im Mai 2016 publizierte Untersuchung der Organisationsformen der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden ermöglicht keine Aussage zu den fallbezogenen Veränderungen durch die Professionalisierung der Laienbehörden (vgl. RIEDER et al. 2016).

die rechtlichen Instanzen der Vormundschaftsbehörden auf der Ebene der Gemeinden organisiert sind.

Es lassen sich für das Untersuchungsfeld dieser Forschung folgende *Aufgabenbereiche* im Pflegekinderbereich definieren, die sich an der Prozesslogik einer Fremdplatzierung in einer Pflegefamilie orientieren und in denen sich Privatheit und Öffentlichkeit festmachen lassen (vgl. auch Abbildung 2 zum Ablauf einer Fremdplatzierung in einer Pflegefamilie in Kap. 6.2):

- 1) Erstens geht es um die *Eignungsabklärung* von Familien, welche sich für die Aufnahme eines oder mehrerer Pflegekinder interessieren. Das Untersuchungsfeld ist dadurch geprägt, dass einerseits zum Zeitpunkt der Untersuchung die Fachstelle Pflegekinder mit der Abklärung von Pflegefamilien beauftragt ist, dass aber andererseits an unterschiedlichen Orten auch eine routinierte Praxis hinsichtlich der Abklärung durch die Betreuerinnen und die Sozialarbeitenden besteht. Zweitens wird die Abklärung auch dann nötig, wenn ein Kind bereits in einer Pflegefamilie lebt und die Fachstelle nachträglich das Pflegeverhältnis abzuklären und eine Bewilligung zu erwirken hat. Dies ist vor allem bei verwandtschaftlichen und sozialräumlichen Platzierungen der Fall, wenn beispielsweise die Großeltern ein Enkelkind längerfristig aufnehmen. Drittens erfolgt die Abklärung durch die Fachstelle oder die Sozialarbeitenden, wenn – beispielsweise im Falle einer SOS-Platzierung – ein Kind kurzfristig in eine potentielle Pflegefamilie platziert werden soll.
- 2) Im Falle einer *Platzierung* eines Kindes in eine Pflegefamilie wird seitens der Vormundschaftsbehörde auf diese Abklärung zurückgegriffen und gegebenenfalls eine Bewilligung für das Pflegeverhältnis ausgesprochen. Hierbei wird unterschieden zwischen der Bewilligung für das Pflegeverhältnis am Ort der Platzierung durch die örtliche Vormundschaftsbehörde und der Bewilligung der Platzierung durch die Vormundschaftsbehörde des Wohnortes des Kindes. Wenn das Kind nicht am Wohnort fremdplatziert wird, sind zwei Behörden involviert. Die Planung von Platzierungen obliegt der Verantwortung von Sozialarbeitenden, welche die Abklärung der Indikation vornehmen und entsprechende Schritte initiieren. Strukturell ist es zum Zeitpunkt der Datenerhebung so, dass die Fachstelle als abklärende Instanz beizuziehen und deren Urteil in den Entscheidungsfindungsprozess zu integrieren ist. Hierbei wird vom sogenannten "Vier-Augen-Prinzip" gesprochen, welches davon ausgeht, dass jede Fremdplatzierung mindestens von zwei betroffenen Professionellen eingeschätzt wird. Die Platzierungen werden auch über private Familienplatzierungsorganisationen vorgenommen, welche ab dem 1. Januar 2014 gemäß der teilrevidierten

Pflegekinderverordnung einer Aufsicht durch die Kantone unterstellt sind.⁴⁸ Eine Bewilligung durch die Vormundschaftsbehörde ist auch im Falle einer Verwandtenpflege notwendig. Beim Ablauf einer Platzierung macht es einen Unterschied, ob es sich um eine SOS-Platzierung oder um eine längerfristig angelegte Wochen- oder Dauerpflege handelt. Im ersten Fall besteht ein erhöhter Druck, möglichst rasch eine passende Pflegefamilie zu finden, während im zweiten Fall einer längeren Suche Zeit eingeräumt werden kann.

- 3) Die *Betreuung* der Pflegeverhältnisse ist strukturell unterteilt organisiert: Den fremdplatzierten Pflegekindern wird eine fallführende Sozialarbeiterin oder ein fallführender Sozialarbeiter zugeteilt sowie gegebenenfalls ein Beistand oder eine Beiständin. Die Beistandschaft wird im Sinne einer allfälligen Kindesschutzmaßnahme von der Vormundschaftsbehörde errichtet und soll die Eltern gemessen am eruierten Bedarf in der Sorge um das Kind unterstützen. Die Pflegefamilie wird durch die Fachstelle Pflegekinder betreut, respektive vorgängig durch die Sozialarbeitenden oder nicht professionell ausgebildete Betreuerinnen. Damit verbunden ist die *Aufsicht* der Pflegeverhältnisse durch die fallführenden Sozialarbeitenden.
- 4) Ein letzter Aufgabenbereich stellt die *Auflösung*, respektive Beendigung des Pflegeverhältnisses dar. Dies obliegt ebenfalls der Verantwortung der Sozialarbeitenden oder Beiständinnen und Beiständen, mit den Herkunftseltern, respektive den Trägern der elterlichen Sorge, dem Pflegekind und den Pflegeeltern zu klären.

Damit sind die zentralen organisatorischen Eckpunkte und professionellen Aufgabenbereiche im Pflegekinderbereich zumindest so weit dargestellt, wie sie sich für das Untersuchungsfeld vereinheitlichen lassen.

2.3.2 *Rechtliche Grundlagen des Pflegekinderbereichs*

Gegenstand dieses Kapitels ist eine kurze Erläuterung der rechtlichen Situation von Pflegefamilien in der Schweiz, indem die rechtlichen Grundlagen auf der Ebene des Bundes und des Kantons vorgestellt werden. Der Pflegekinderbereich untersteht rechtlich den eidgenös-

⁴⁸ Familienplatzierungsorganisationen (abgekürzt FPO genannt) sind private Organisationen, die im Auftragsverhältnis Kinder in Pflegefamilien platzieren und auch weitere Dienstleistungen wie beispielsweise die Begleitung des Pflegeverhältnisses oder die Abklärung und Ausbildung von Pflegefamilien anbieten. Bei den Familienplatzierungsorganisationen handelt es sich meistens um private Anbieter, die in den 1980er und 1990er-Jahren aus dem Mangel an staatlichen Unterstützungsangeboten heraus eigene, noch nicht weiter institutionalisierte Angebote entwickelten. Mittlerweile haben sich diese Angebote stark entwickelt und sind zu ökonomisch relevanten Institutionen geworden, die eine entsprechende Regelung nach sich ziehen. Da für diese Organisationen seitens der Pflegekinderverordnung aber keine Bewilligungspflicht besteht, hat der Schweizerische Dachverband für Sozial- und Sonderpädagogik Integras ein Label zur Qualitätssicherung der Familienplatzierungs-Organisationen entwickelt (vgl. <http://www.integras.ch/de/sozial-sonderpaedagogik/familienplatzierungsorganisationen-fpo> [zuletzt besucht: 1.10.2016]).

sischen und kantonalen Bestimmungen über das Pflegekinderwesen. Grundlage des schweizerischen Rechts ist auf *Bundesebene* die Bundesverfassung (BV), das schweizerische Zivilgesetzbuch (ZGB) und die "Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und Adoption" (PAVO). Auf der Ebene der Bundesverfassung ist das Recht auf Ehe und Familie gewährleistet (SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT 1999, Art. 14).⁴⁹ Nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuch stehen die Kinder, solange sie minderjährig, also unter 18 Jahren sind, unter elterlicher Sorge (SUTTER-SOMM 2010, Art. 296).⁵⁰ Die elterliche Sorge stellt das Recht und die Pflicht dar, für das Kind zu entscheiden, wo es das noch nicht selbst kann. Wer die elterliche Sorge innehat, entscheidet über Schul- und Berufswahl, religiöse Erziehung, medizinische Eingriffe usw. Die elterliche Obhut beinhaltet das Recht der Eltern, mit dem Kind zusammen zu wohnen und mit ihm in häuslicher Gemeinschaft zu leben. Der Artikel 273 im schweizerischen Zivilgesetzbuch sieht vor, dass die Eltern auch im Falle des Sorgerechtsentzugs oder Obhutsrechtsentzugs einen Anspruch auf angemessenen persönlichen Verkehr mit dem Kind haben. Welche Rechte und Pflichten haben nun Pflegeeltern im Schweizer Rechtsstaat? Nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuch vertreten Pflegeeltern, "unter Vorbehalt abweichender Anordnungen, die Eltern in der Ausübung der elterlichen Sorge, soweit es zur gehörigen Erfüllung ihrer Aufgabe angezeigt ist" (ZGB Art. 300). Vor wichtigen Entscheidungen betreffend des Pflegekindes sollen die Pflegeeltern angehört werden. Formalrechtlich haben die Pflegeeltern aber keine Verantwortung gegenüber dem Pflegekind. Die Vormundschaftsbehörde hat die Möglichkeit, die elterliche Obhut aufzuheben, wenn das Kind längere Zeit bei den Pflegeeltern gelebt hat und eine Rücknahme das Kindeswohl gefährden würde (ZGB, Art. 310,4). Nach Artikel 294 des ZGB haben Pflegeeltern ein Anrecht auf ein Entgelt (Pflegegeld), sofern es sich nicht um verwandtschaftliche Pflege oder eine Platzierung mit dem Ziel der Adoption handelt.⁵¹ Wenn Pflegefamilien ein Pflegekind aufnehmen, ist dazu

⁴⁹ Das Verhältnis des Staates gegenüber der Privatsphäre seiner Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz ist im Artikel 13 der Eidgenössischen Bundesverfassung in folgender Weise geregelt: "1) Jede Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihres Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs. 2) Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten" (SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT 1999, Art. 13). Damit wird der Schutz des Privat- und Familienlebens verdeutlicht und das Recht einer jeden Person unterstrichen, "ihr Leben selbst zu organisieren und Beziehungen mit anderen Personen zu unterhalten, ohne vom Staat daran gehindert zu werden" (BOUVERAT 2003, S. 104).

⁵⁰ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die 22. Auflage des schweizerischen Zivilgesetzbuches aus dem Jahr 2010 (vgl. SUTTER-SOMM 2010). Allfällige Gesetzesänderungen, die für die vorliegende Untersuchung von Relevanz sind, werden gesondert ausgewiesen. So wurde per 1. Juli 2014 eine Änderung der Zivilgesetzordnung vorgenommen und die gemeinsame elterliche Sorge gesetzlich verankert. Dabei wurde auch der Begriff des Kindeswohls im Zivilgesetzbuch eingesetzt:¹ Die elterliche Sorge dient dem Wohl des Kindes. ² Die Kinder stehen, solange sie minderjährig sind, unter der gemeinsamen elterlichen Sorge von Vater und Mutter" (vgl. ZGB Art. 296, in: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19070042/index.html#a296> [zuletzt besucht: 7.10.2015]).

⁵¹ Die Höhe der Entschädigung ist im Kanton Zürich bei Dauerpflegeverhältnissen 855.- SFr. pro Kind, im Falle einer SOS-Pflege 1885.- SFr. (mit zunehmendem Alter des Pflegekindes nimmt die Höhe der Entschädigung ab)

eine Bewilligung der Behörden notwendig. Außerdem erfolgt durch die zuständige Behörde eine Aufsicht. ¹ Wer Pflegekinder aufnimmt, bedarf einer Bewilligung der Vormundschaftsbehörde oder einer anderen vom kantonalen Recht bezeichneten Stelle seines Wohnsitzes und steht unter deren Aufsicht. ² Der Bundesrat erlässt Ausführungsvorschriften" (ZGB Art. 316). Diese Ausführungsvorschriften werden in der nachfolgend diskutierten "Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und Adoption" (PAVO) verfasst.

Zivilrechtliche Kindesschutzmaßnahmen sind nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuch (Art. 307ff.) folgendermaßen vorgesehen:⁵² "Ist das Wohl des Kindes gefährdet und sorgen die Eltern nicht von sich aus für Abhilfe oder sind sie dazu außerstande, so trifft die Vormundschaftsbehörde die geeigneten Maßnahmen zum Schutz des Kindes" (ZGB Art. 307, 1). Die geeigneten Maßnahmen lassen sich entlang von Eskalationsstufen vornehmen. Die *1. Stufe* beinhaltet geeignete Maßnahmen aller Art, wie Mahnung, Weisungen für Pflege, Erziehung, Ausbildung und Kontakte, Bezeichnung einer Person, welcher Auskunft zu geben ist (ZGB Art. 307, 3). Als *2. Stufe* ist die Errichtung einer Beistandschaft vorgesehen: "Erfordern es die Verhältnisse, so ernennt die Vormundschaftsbehörde dem Kind einen Beistand, der die Eltern in ihrer Sorge um das Kind mit Rat und Tat unterstützt" (ZGB Art. 308, 1). Dem Beistand können besondere Befugnisse übertragen werden, namentlich die Vertretung des Kindes bei der Wahrung seines Unterhaltsanspruchs und anderer Rechte und die Überwachung des persönlichen Verkehrs. Das bedeutet auch, dass die elterliche Sorge entsprechend beschränkt werden kann (vgl. ZGB Art. 308, 2-3). Die *3. Stufe* beinhaltet die Aufhebung der elterlichen Obhut: Wenn nun der Gefährdung des Kindes nicht anders begegnet werden kann, dann kann die Vormundschaftsbehörde das Kind den Eltern wegnehmen und es in angemessener Weise platzieren (vgl. ZGB Art. 310, 1). Es kommt zu einer Fremdplatzierung in einer Pflegefamilie oder einer Heiminstitution. Die elterliche Sorge ist bezüglich des Bestimmungsrechts über den Aufenthaltsort und die tägliche Pflege und Erziehung außer Kraft gesetzt. Als *4. Stufe* kann den Eltern die elterliche Sorge und damit die Pflicht und das Recht der gesetzlichen Vertretung, der

und bei einer Wochenpflege 640.- SFr. (vgl. Pflegegeld-Richtlinien für Dauer- und Wochenpflegeplätze des Kanton Zürich, die per 1. Januar 2016 in Kraft treten). Werden die weiteren Bestandteile des Pflegegeldes wie Ernährung, Unterkunft, Bekleidung und Nebenkosten dazu gerechnet, erhalten Pflegeeltern pro Tag für eine Dauerpflege rund 60.- SFr., im Falle einer SOS-Platzierung 90.- SFr. und für eine Wochenplatzierung ebenfalls rund 60.- SFr. Das kantonale Amt hat die Höhe der Beiträge an die Pflegefamilien per anfangs 2016 nochmals bestätigt. Die Entschädigung der Pflegeeltern gilt als Erwerb und unterliegt deshalb sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen.

⁵² Mit dem am 1. Januar 2013 in Kraft getretenen neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht wird der Begriff der Vormundschaftsbehörde in den folgenden Artikeln des Zivilgesetzbuches durch den Begriff der Kindesschutzbehörde ersetzt und es sind auch vereinzelte inhaltliche Änderungen in den Artikeln verbunden, auf die gegebenenfalls eingegangen wird. Ansonsten beziehen sich die Rechtszitate aus dem ZGB noch auf die Rechtsetzung vor der Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (vgl. SUTTER-SOMM 2010).

Erziehungsbefugnis, der Vermögensverwaltung, etc. entzogen werden. Das Kind erhält einen Vormund, sofern beiden Elternteilen das Sorgerecht entzogen wird (ZGB Art. 311, 2). "Die Vormundschaftsbehörde entzieht die elterliche Sorge. 1. wenn die Eltern aus wichtigen Gründen darum nachsuchen; 2. wenn sie in eine künftige Adoption des Kindes durch ungenannte Dritte eingewilligt haben" (ZGB Art. 312). Die rechtliche Situation der Eltern beinhaltet, dass sie immer noch die Unterhaltspflicht haben und das Besuchsrecht bleibt ebenfalls bestehen, sofern das Kindeswohl damit nicht gefährdet wird.

Neben den gesetzlichen Vorgaben gibt auf Bundesebene die "Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption" (PAVO) Vorschläge, wie die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf kantonaler Ebene umgesetzt werden können.⁵³ Bei Verordnungen handelt es sich um nicht abschließend verbindliche Umsetzungsvorschläge, die der Bund auf der Basis von Gesetzesartikeln den Kantonen vorlegen kann. Veränderungen von Verordnungen werden durch den Bundesrat vorgenommen und müssen dem Bundesparlament als gesetzgebende Instanz nicht unbedingt vorgelegt werden (vgl. MÖCKLI 2008). Im Falle politisch umstrittener Themen kann der Bundesrat das Bundesparlament, Fachpersonen und Nichtregierungsorganisationen im Rahmen einer Vernehmlassung einbeziehen, wie das beispielsweise im Falle der Revision der Pflegekinderverordnung vorgenommen wurde. Mit der "Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption" wurden am 19. Oktober 1977 für die Schweiz auf Bundesebene erstmals einheitliche Rahmenbedingungen festgelegt, welche den Pflegekinderbereich auf der Basis des Zivilgesetzbuches vor allem hinsichtlich der Bewilligung und der Aufsicht von Pflegeverhältnissen regeln. "Weitergehende Bestimmungen, namentlich die Förderung des Pflegekinderwesens, delegiert die PAVO an die Kantone. Einheitliche Standards für Abklärung, Platzierung, Begleitung, Qualifizierung existieren aber bis heute nicht" (FACHSTELLE FÜR DAS PFLEGEKINDERWESEN 2001, S. 14).

Die "Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption" umfasst allgemeine Bestimmungen über Bewilligung und Aufsicht von Pflegeverhältnissen, die örtliche Zuständigkeit der Vormundschaftsbehörde für die Unterbringung und die Ermächtigung der Kantone, Bestimmungen zum Schutz von Pflegekindern erlassen zu können, die über die Verordnung hinausgehen (PAVO, Abschnitt 1)⁵⁴. Die Bewilligungspflicht strebt insbesondere im Bereich der Familienpflege (PAVO, Abschnitt 2) die Gewährleistung an, dass ungeeignete

⁵³ Diese Vorschläge basieren auf dem Artikel 316, 2 des Zivilgesetzbuches, dass der Bundesrat "Ausführungsvorschriften erlässt". Die konkrete Umsetzung des Pflegekinderbereichs bleibt den Kantonen überlassen. Die Pflegekinderverordnung (PAVO) findet sich auf der Homepage des Bundes: <https://www.admin.ch/opc/declassified-compilation/19770243/index.html> [zuletzt besucht: 1.10.2014].

⁵⁴ Die Auszüge aus der Pflegekinderverordnung beziehen sich auf die Version vor der Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts.

Familien keine Pflegekinder aufnehmen können.⁵⁵ Im Falle einer Bewilligung soll durch die entsprechende Aufsicht darüber gewacht werden, "dass die bei der Bewilligung als gegeben betrachteten Voraussetzungen auch während der Dauer des Pflegeverhältnisses noch bestehen" (HÄFELI 2001, S. 19). Die Aufsicht wird dadurch gelöst, dass die Behörde eine geeignete Person bezeichnet, "welche die Pflegefamilie sooft als nötig, jährlich aber wenigstens einmal besucht" (PAVO, Art. 10, 1).⁵⁶ Die Tagespflege (PAVO, Abschnitt 3) ist im Gegensatz zur Familienpflege nach der PAVO nicht bewilligungspflichtig, es besteht allerdings gegenüber der Vormundschaftsbehörde eine Meldepflicht, wer "Kinder unter zwölf Jahren gegen Entgelt regelmäßig tagsüber in seinem Haushalt [betreut]" (PAVO, Art. 12, 1).

Im Jahr 2002 wurde der Bundesrat mittels eines Postulats der SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr dazu aufgefordert, die Revisionsbedürftigkeit der Pflegekinderverordnung zu überprüfen. Der Auftrag an den Bundesrat wurde in folgender Weise begründet: "Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem Bericht aufzuzeigen, wie das Pflegekinderwesen in der Schweiz professionalisiert werden könnte, sodass es den heute international anerkannten Qualitätsanforderungen entspricht. Dabei sollen auch die Möglichkeiten gesetzlicher Mindestanforderungen diskutiert werden, welche die Kantone in den Bereichen Aus- und Fortbildung der Vermittlungspersonen, der Pflegekinderaufsichten und der Pflegeeltern zu erfüllen hätten. Auch soll aufgezeigt werden, welche Rolle eine eidgenössische Koordinationsstelle bei der Vernetzung aller kantonalen und regionalen Stellen übernehmen könnte und inwiefern eine solche Koordinationsstelle ebenfalls mit allgemein verbindlichen Richtlinien und Standards beitragen könnte, das Pflegekinderwesen Schweiz weiter zu entwickeln" (Postulat Fehr 2002)" (ZATTI 2005, S. 5).⁵⁷ Was unter den Stichworten

⁵⁵ Die PAVO beinhaltet unter dem Titel "Allgemeine Voraussetzungen der Bewilligung" den folgende Passus: "Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Pflegeeltern und ihre Hausgenossen nach Persönlichkeit, Gesundheit und erzieherischer Eignung sowie nach den Wohnverhältnissen für gute Pflege, Erziehung und Ausbildung des Kindes Gewähr bieten und das Wohl anderer in der Pflegefamilie lebender Kinder nicht gefährdet wird" (PAVO, Abschnitt 2, Art. 5).

⁵⁶ Der Artikel 10 der PAVO zur Regelung der Aufsicht sieht im Weiteren folgende Aufgaben vor: "² Der Besucher vergewissert sich, ob die Voraussetzungen für die Weiterführung des Pflegeverhältnisses erfüllt sind; er berät die Pflegeeltern und hilft ihnen, Schwierigkeiten zu überwinden. ³ Besteht Gewähr dafür, dass das Pflegeverhältnis durch den gesetzlichen Vertreter oder Versorger genügend überwacht wird, oder erscheint eine Gefährdung aus andern Gründen ausgeschlossen, so kann die Behörde die Besuche aussetzen. ⁴ Die Behörde wacht darüber, dass die gesetzliche Vertretung des Kindes ordnungsgemäß geregelt ist". Dieser Passus besagt, dass die Aufsichtsbesuche durch die Behörde oder die mandatierte Person ausgesetzt werden können, wenn die gesetzliche Vertretung – also beispielsweise der Beistand des Kindes – die Überwachung der korrekten Lebensbedingungen in der Pflegefamilie gewährleistet. Die Bewilligung des Pflegeplatzes kann der Pflegefamilie seitens der Vormundschaftsbehörde entzogen werden, wenn "Mängel oder Schwierigkeiten auch in Zusammenarbeit mit dem gesetzlichen Vertreter oder dem Versorger nicht behoben werden [können] und [...] andere Maßnahmen zur Abhilfe nutzlos [erscheinen]" (PAVO, Art. 11, 1).

⁵⁷ Resultat des eingereichten Postulats war ein Expertenbericht im Auftrag des schweizerischen Bundesamts für Justiz, der von Kathrin Barbara ZATTI, Mitarbeiterin der "Fachstelle für das Pflegekinderwesen der Pflegekinder-Aktion Schweiz" erarbeitet wurde (ZATTI 2005). Dieser Bericht liefert einen Überblick über den

Professionalisierung und Qualitätssteigerung im Pflegekinderbereich in diesem Expertenbericht als Ziele und Empfehlungen formuliert wird, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen (vgl. ZATTI 2005, S. 52ff.): Es wird im Expertenbericht empfohlen, auf Bundesebene gesetzlich zu regeln, was die Kantone im Pflegekinderbereich zu leisten haben: "Insbesondere muss den Kantonen verbindlich vorgeschrieben werden, was sie auf kantonaler Ebene für ein effizientes Pflegekinderwesen zu gewährleisten haben – von der finanziellen Gleichstellung mit dem Bereich der institutionellen Betreuung von Kindern und Jugendlichen bis zum Anspruch von Pflegeeltern auf Begleitung, Unterstützung, Aus- und Fortbildung" (ZATTI 2005, S. 55). Damit wird *einerseits* die föderalistische Struktur von Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Pflegekinderbereich angesprochen und eine Vereinheitlichung der kantonalen Praktiken empfohlen. HÄFELI verweist darauf, dass die Pflegekinderverordnung an sich nicht revisionsbedürftig wäre, hingegen von den Kantonen nicht angemessen umgesetzt wird (vgl. HÄFELI 2001). Hierin manifestiert sich ein für die Schweiz typisches Bestreben, Vereinheitlichungsversuche auf Bundesebene abzulehnen und die Entscheidungshoheit größtmöglichst bei den einzelnen Kantonen zu belassen. Es kommt durch diese Besonderheit zu den im Expertenbericht ebenfalls beanstandeten fehlenden gesamtschweizerischen Statistik über die fremdbetreuten Pflegekinder und einer fehlenden begrifflichen Klärung im Pflegekinderbereich (vgl. ZATTI 2005, S. 52). Damit lässt sich eine Tendenz wiedergeben, kantonale Entscheidungsbefugnisse mit dem Argument der Professionalisierung zusehends zu beschneiden (vgl. STUDER 2013a). *Andererseits* lässt sich diesem Expertenbericht die Empfehlung entnehmen, Pflegefamilien sozialpädagogischen Heimen gleichzustellen und ihnen sowohl Unterstützung wie auch Aus- und Weiterbildung zukommen zu lassen. Damit werden unterschiedliche Ebenen berührt, indem *erstens* durch die geforderte Gleichstellung mit sozialpädagogischen Institutionen die Frage nach der Anerkennung und der Positionierung von Pflegefamilien innerhalb der Profession diskutiert wird. Dabei wird zu wenig unterschieden zwischen ehrenamtlichen und professionellen Pflegefamilien, welche sich meistens in Interessenverbänden zusammengeschlossen haben und aufgrund der sozialpädagogischen Ausbildung der Eltern einen anderen Status und auch ein bedeutsam höheres Einkommen haben.⁵⁸ Es führt innerhalb der Profession zu Spannungen bezüglich des Werts und der Anerkennung von Qualifikationen, wenn ehrenamtliche Pflegefamilien, in denen die Eltern nicht

Pflegekinderbereich in der Schweiz und formuliert, basierend auf dem Auftrag des Bundesrats, Empfehlungen für dessen Entwicklung.

⁵⁸ Hier sei auf den bereits genannten Verein Contetto im Kanton Zürich verwiesen, welcher einen Zusammenschluss von sozialpädagogischen Familien beinhaltet, bei denen mindestens ein Elternteil über eine qualifizierte Fachausbildung in Sozialpädagogik und über praktische Erfahrung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe verfügt (vgl. www.contetto.ch; [zuletzt besucht: 7.9.15]).

unbedingt eine sozialpädagogische Ausbildung absolviert haben und die eine Entschädigung in Form des Pflegegeldes anstelle eines Lohnes erhalten, auf die gleiche Stufe mit sozialpädagogischen Institutionen gesetzt werden. Jede Profession ist strukturell durch ihr gesondertes Recht darauf geprägt, Personen qua Qualifikation mit einer Lizenz zur Tätigkeit im entsprechenden Arbeitsfeld zu versehen (vgl. u.a. MÜLLER 2002). Dadurch ist es mit der Forderung nach einer finanziellen Gleichstellung von Heimen und Pflegefamilien alleine nicht getan, sondern dies zieht vielmehr eine größere Auseinandersetzung um die Bedeutung von Kinder- und Jugendhilfe und die sozialpädagogische Ausbildung nach sich. Der nachfolgend konstatierte Anspruch und das Recht der Pflegeeltern auf Aus- und Fortbildung greift ein erwiesenes Bedürfnis von Pflegefamilien auf, sich für ihre Tätigkeit als Pflegefamilien zu qualifizieren und diesbezügliches Wissen anzueignen (vgl. beispielsweise GASSMANN 2010). Diese Ebene der Ausbildung von Pflegeeltern ist allerdings *zweitens* zu einseitig auf den Aspekt der Qualifikation ausgerichtet, der von Seiten der Pflegeeltern bedeutend differenzierter gehandhabt wird und vor allem auch an die Motivlagen und familienbiografischen Hintergründe zurückzubinden ist. Pflegefamilien nehmen die Pflegekinder nicht unbedingt aus beruflichen oder finanziellen Gründen auf. Entsprechend dient das Aneignen von Wissen für die Tätigkeit als Pflegeeltern auch dem Verständnis ihrer pflegefamilienspezifischen Situation. Es handelt sich insofern in erster Linie um eine Überlegung Professioneller, die Pflegeeltern aus- und fortzubilden.⁵⁹ Unter dem Aspekt des Kindeswohls ist der Qualifizierung von Pflegeeltern kaum etwas entgegenzuhalten, allerdings lässt sich dies nur unter der Prämisse aufrechterhalten, dass ausgebildete Pflegeeltern eher im Sinne des Wohls der ihnen anvertrauten Kinder handeln als das nicht-ausgebildete Pflegeeltern tun würden. Damit verbunden ist der *dritte* Aspekt der Unterstützung der Pflegefamilien, welcher darauf zurückgeht, dass nicht nur die Pflegeeltern zu qualifizieren sind, sondern dass in erster Linie die Begleitung der Pflegefamilien zu professionalisieren ist.

Rund um die Revision der Pflegekinderverordnung findet eine ausgeprägt heftige Debatte um das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit statt: Während die verstärkte Berücksichtigung des Wohls von Kindern, die in einer fremden Familie oder in einer Institution betreut werden, weitgehend unbestritten ist, entbrennt die öffentliche Diskussion unter anderem an der geforderten staatlichen Bewilligungspflicht auch für die Tagespflege.⁶⁰ Medial wurden die

⁵⁹ ZATTI macht in ihrem Bericht darauf aufmerksam, dass sich Pflegeeltern in Deutschland, Österreich und Großbritannien im Unterschied zur Schweiz für ihre Aufgabe qualifizieren müssen (vgl. ZATTI 2005, S. 57).

⁶⁰ Die gesamte Debatte zur Vernehmlassung dieser Verordnung findet sich zusammenfassend dargestellt auf der Homepage des schweizerischen Bundesamts für Justiz unter dem Stichwort der außerfamiliären Betreuung von Kindern: <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/gesetzgebung/archiv/kinderbetreuung.html> [zuletzt besucht: 31.7.16].

angestrebten Anpassungen in der Verordnung unter anderem dahingehend kritisiert, dass damit eine "Lizenz zum Kinderhüten", wie das die liberale Neue Zürcher Zeitung am 5. Juli 2009 titelte (BAER 2009), oder ein "Führerschein zum Erziehen" eingeführt werde (vgl. die Hinweise bei GÖTZÖ 2013, S. 172).⁶¹ Aus liberaler Warte greift der Staat zu stark in die Familie ein, wenn auch die Tagesbetreuung von Kindern bewilligungspflichtig wird. Die Schweizer Pflegekinderaktion beanstandet eine fehlende Unterscheidung zwischen der Kinderbetreuung, welche im Rahmen familiärer Verhältnisse stattfindet, wie beispielsweise Tagesfamilien oder AuPairs, und der außerfamiliären Betreuung von Kindern und Jugendlichen, welche meistens von einer behördlichen Maßnahme begleitet werde.⁶² Letztlich wurde nur ein Teilbereich der Pflegekinderverordnung revidiert: "Die Vermittlung von Pflegekindern sowie die Begleitung der Pflegefamilien unterstehen künftig einer Melde- und Aufsichtspflicht. Mit dieser Neuerung will der Bundesrat Missbräuche bei der Platzierung und Betreuung von Minderjährigen verhindern. [...] Auf die ursprünglich vorgesehene umfassende Bewilligungspflicht bei der so genannten Tagesbetreuung verzichtet der Bundesrat hingegen" (siehe unter: <http://www.ejpd.admin.ch/content/ejpd/de/home/dokumentation/mi/2012/2012-10-100.html> [zuletzt besucht: 31.7.16]). Die seit dem 1. Januar 2013 in Kraft gesetzte teilrevidierte Verordnung definiert im Weiteren die Altersgrenze von Pflegekindern neu mit der Volljährigkeit.⁶³ "Wer ein Pflegekind in seinen Haushalt aufnehmen will, benötigt eine Bewilligung der Behörde, wenn das Kind: a. für mehr als einen Monat entgeltlich aufgenommen wird; oder b. für mehr als drei Monate unentgeltlich aufgenommen wird" (PAVO revidiert, Art. 4, 1)⁶⁴. Hiermit wird der früheren Regelung Rechnung getragen, welche generell erst nach 3 Monaten eine Bewilligung erforderlich machte.⁶⁵ Gegenüber der früheren Pflegekinderverordnung wird neu ein Artikel zum Kindeswohl

⁶¹ Dieser Aspekt wird beispielsweise in Deutschland im Zusammenhang mit geforderten Elternkursen im Kontext der sogenannten Frühen Hilfen diskutiert (vgl. SCHÄFER/SANN 2014).

⁶² Vgl. hierzu die Stellungnahme der Schweizer Pflegekinderaktion: <http://pflegekinder.ch/Dokumente/KiBeV-Stellungnahme-kurz.pdf> [zuletzt besucht: 1.10.2016]. Bei der schweizerischen Pflegekinderaktion handelt es sich um einen gemeinnützigen, politisch unabhängigen Verein, der auf das Jahr 1948 zurückgeht und im Kontext der Skandalisierung der Verhältnisse in Pflegefamilien nach dem zweiten Weltkrieg entstand (vgl. RIETHMÜLLER 2015).

⁶³ Bis zur Revision der PAVO war die Altersgrenze auf 15 Jahren festgesetzt, was den Hintergrund hatte, dass die Pflegekinder in diesem Alter die Volksschule abschließen und in die Arbeitswelt eintreten. Dies basiert auf der Überlegung, dass die Jugendlichen damit in einen neuen Lebensabschnitt eintreten und nicht mehr auf die Pflegefamilie angewiesen sind. Indem die Altersgrenze auf 18 Jahre erhöht wird, wird immerhin schon mal ein wenig der irigen Tatsache Rechnung getragen, dass die Jugendlichen mit dem Beginn der Berufsbildung automatisch nicht mehr auf Unterstützung angewiesen sind.

⁶⁴ Es wird im Folgenden zwischen den unterschiedlichen Versionen der Pflegekinderverordnung unterschieden: "PAVO revidiert" bezieht sich auf die seit dem 1. Januar 2013 in Kraft getretene revidierte Fassung der Verordnung, während sich "PAVO" auf die vorgängige Fassung bezieht.

⁶⁵ Die Bewilligung des Pflegeverhältnisses wird durch die Vormundschaftsbehörde am Wohnsitz der Pflegeeltern ausgesprochen. Mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sind die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) für die Bewilligung zuständig: "Die für die Bewilligung oder die Entgegennahme von Meldungen und die Aufsicht zuständige Behörde (Behörde) ist: a. im Bereich der Familien-,

eingefügt: "¹ Beim Entscheid über die Erteilung oder den Entzug einer Bewilligung sowie bei der Ausübung der Aufsicht ist vorrangig das Kindeswohl zu berücksichtigen. ² Die Kindesschutzbehörde sorgt dafür, dass das Kind, das in einer Pflegefamilie oder in einem Heim betreut wird: a. über seine Rechte, insbesondere Verfahrensrechte, entsprechend seinem Alter aufgeklärt wird; b. eine Vertrauensperson zugewiesen erhält, an die es sich bei Fragen oder Problemen wenden kann; c. an allen Entscheidungen, die einen wesentlichen Einfluss auf sein Leben haben, entsprechend seinem Alter beteiligt wird" (PAVO revidiert, Art. 1a).

Auf *kantonalen* Ebene ist der Pflegekinderbereich einerseits durch das "Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge" und andererseits durch die "Verordnung über die Pflegekinderfürsorge" geregelt.⁶⁶ Die Kantone haben die Möglichkeit, eigene Ausführungsvorschriften einzuführen, die allerdings der Gesetzgebung auf Bundesebene nicht widersprechen dürfen. Für die aktuelle Situation des Kantons Zürich lassen sich zwei konkrete Beobachtungen festhalten: Das "Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge" soll *erstens* nach dem Zürcher Regierungsrat⁶⁷ einer Totalrevision unterzogen werden, die insbesondere die neuen Entwicklungen im "Verständnis der Leistungs- und Versorgungssteuerung und die damit verbundene Rolle der öffentlichen Hand" gesetzlich verankern und ein zeitgemässes Finanzierungsmodell einführen soll.⁶⁸ Hierbei ist eine betriebswirtschaftliche Terminologie auffallend: "Deshalb sollen einerseits die Leistungsabgeltung verbessert und andererseits Anreize sowohl für eine hohe Angebotsqualität und -entwicklung als auch für die Wirtschaftlichkeit geschaffen werden. Der Kanton soll die sozialpädagogischen Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien künftig über Leistungsaufträge bestellen und an Normaufwendungen orientiert steuern und insbesondere hinsichtlich des Hauptkostenfaktors 'Personalaufwand' finanzieren bzw. mitfinanzieren können" (Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich; Sitzung vom 19. Juni 2013, S. 4). Im Kanton Zürich oblag *zweitens* die Aufsicht über die Pflegeverhältnisse der sogenannten Bezirksjugendkommission, respektive der regionalen Jugendkommission.⁶⁹ Die Aufsichtsfunktion oblag rechtlich also diesen Behörden, die konkrete,

Heim- und Tagespflege die Kindesschutzbehörde am Ort der Unterbringung des Kindes [...]" (PAVO revidiert, Art 2).

⁶⁶ Die beiden Gesetzestexte finden sich auf der Homepage des Kantons Zürich: www.zh.ch/internet/de/home.html [zuletzt besucht: 2.10.2016].

⁶⁷ Beim Regierungsrat handelt es sich um die kantonale Exekutive, während der Kantonsrat die Legislative, also das Parlament auf kantonaler Ebene darstellt.

⁶⁸ Dieser und der nachfolgende Auszug entstammen dem öffentlich zugänglichen Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich der Sitzung des 19. Juni 2013 (S. 3). Siehe auf der Homepage: [http://data.rrb.zh.ch/appl/rrbzhch.nsf/0/C12574C2002FAA1FC1257B870023CAF3/\\$file/706.pdf?OpenElement](http://data.rrb.zh.ch/appl/rrbzhch.nsf/0/C12574C2002FAA1FC1257B870023CAF3/$file/706.pdf?OpenElement) [zuletzt besucht: 29.9.2016].

⁶⁹ So heisst es in der kantonalen Verordnung über die Pflegekinderfürsorge in §14: "Die Aufsicht über die Pflegekinderfürsorge obliegt der Bezirksjugendkommission. Sie kann die Ausübung der unmittelbaren Aufsicht dem

tätige Aufsicht wurde hingegen an die Sozialarbeitenden respektive an die oben genannten Betreuerinnen delegiert. Die Bezirksjugendkommissionen wurden 1919 mit dem damaligen Jugendamt – heute Amt für Jugend und Berufsberatung – des Kantons Zürich gegründet und steuern die gemeindenahen Jugend- und Familienberatungsstellen. Gleichzeitig stellten sie strukturell eine Verbindung zwischen den Gemeinden und dem Kanton her. Per 1. Januar 2012 wurden diese Bezirksjugendkommissionen abgeschafft und durch eine einzige kantonale Jugendhilfekommission ersetzt, welche weitgehend beratenden Charakter hat und sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Gemeinden sowie Persönlichkeiten aus dem Sozialwesen, der Bildung und der Wissenschaft zusammensetzt. Mit diesem Wegfall der Bezirksjugendkommissionen fällt eine legitime Institution der Aufsicht der Pflegefamilien weg, es kommt zu einer Unklarheit, weil die Sozialarbeitenden die Aufsicht übernehmen, das Mandat an sich aber bei dieser Kommission liegt (AMT FÜR JUGEND UND BERUFSBERATUNG et al. 2008).

2.3.3 Einordnung der Untersuchung

Die vorliegende Untersuchung steht im Zusammenhang mit einer Auftragsforschung, welche sich mit der Evaluation der besagten Fachstelle Pflegekinder beschäftigte.⁷⁰ Vor dem politischen Hintergrund der oben beschriebenen Revision der Pflegekinderverordnung hatte sich eine Region im Kanton Zürich dazu entschieden, den Pflegekinderbereich in einer Fachstelle zu zentralisieren, da die zuständigen Personen für den Pflegekinderbereich vorgängig in den einzelnen Jugend- und Familienberatungsstellen angesiedelt waren. Begründet wurde das Projekt mittels der Kritik an einer fehlenden Professionalität und Qualität im Bereich der Betreuung und Begleitung von Pflegeeltern: Die Pflegeeltern wurden vorgängig teilweise von den oben genannten Betreuerinnen rekrutiert und begleitet, welche in den wenigsten Fällen über eine einschlägige fachliche Ausbildung verfügten (vgl. STUDER et al. 2010; STUDER et al. 2008). Diesen Betreuerinnen oblag im Kontakt mit dem zuständigen Sozialarbeitenden die Begleitung der Pflegefamilien und gleichsam die Aufsicht über die Pflegeverhältnisse. Vor allem der Bereich der Aufsicht der Pflegeeltern wurde aus Sicht der ProjektinitiatorInnen und laut dem Expertenbericht zum Schweizer Pflegekinderbereich (vgl. ZATTI 2005) nicht ausreichend wahrgenommen. Mit der Fachstelle wurde die Begleitung und die Aufsicht der Pflegefamilien

Bezirksjugendsekretariat übertragen und dafür weitere geeignete Personen aus einzelnen Gemeinden (=Betreuerinnen) beiziehen".

⁷⁰ Es handelt sich dabei um ein Evaluationsprojekt am Pädagogischen Institut (heute: Institut für Erziehungswissenschaft) der Universität Zürich, welches im Auftrag des Amts für Jugend und Berufsberatung des Kantons Zürich durchgeführt wurde. Die Evaluation hatte eine Laufzeit von 2007 bis 2010. Die Evaluation wurde von mir und bis 2009 zusammen mit Thomas Gabriel geleitet. Im Rahmen dieser Untersuchung waren im Weiteren Stefania Calabrese, Philipp Eigenmann und Verena Odermatt als Mitarbeitende beteiligt.

neu organisiert: Die Fachstelle begleitet die Pflegefamilie während einer Platzierung, während die platzierenden Sozialarbeitenden bezüglich des Pflegekinds fallführend bleiben. Ihnen obliegt gleichzeitig auch die tätige Aufsicht und sie übernehmen weiterhin die Beistandschaft, sofern eine Kindesschutzmaßnahme vorliegt. Es wurde hinsichtlich der Rekrutierung neuer und bedarfsgerechter Plätze, bei der Vermittlung von und Platzierung in Pflegefamilien, wie auch bei der Begleitung und Betreuung von Pflegeeltern eine Qualitätsverbesserung angestrebt.

Die Evaluation der Fachstelle verfolgte vor dem Hintergrund besagter Überlegungen des Auftraggebers folgende Fragestellungen: 1) Inwiefern führt die Umstrukturierung des Pflegekinderwesens in Form der regionalisierten Fachstelle zu einer Verbesserung der fachlichen Betreuung der Pflegefamilien? 2) Inwiefern werden die vorhandenen Ressourcen zur Betreuung optimiert und wo treten Reibungsverluste auf? Zur Bearbeitung dieser Fragestellungen setzte die Evaluation in einer ersten Phase mittels eines multiperspektivischen Ansatzes bei den unterschiedlichen Verständnissen von Qualität an (vgl. auch HÜNERSDORF/STUDER 2008; STUDER et al. 2010; STUDER et al. 2008). Hierin wurden mittels leitfadengestützter Interviews die Perspektiven aller beteiligten Akteure eingeholt, indem die Prozesse bei der Platzierung, respektive der Aufnahme von Pflegekindern eruiert wurden. Die erhobenen Daten werden im Kapitel 3.3 genauer beschrieben.

Für die vorliegende Untersuchung sind folgende Ergebnisse der Evaluation von Relevanz (STUDER et al. 2010): Über die Installation der Fachstelle konnte die fachliche Betreuung der Pflegefamilien zwar verbessert werden, hingegen war aufgrund der räumlichen Distanz eine Erhöhung der Besuchs- und Aufsichtskadenz in den Familien nicht festzumachen. Hierbei handelte es sich sowohl um eine rechtliche Forderung wie auch um eine fachlich diskutierte Notwendigkeit (vgl. ZATTI 2005). Hinsichtlich der Fachlichkeit konnte eine Differenz zwischen einem für die Fallführung notwendigen, situationsspezifischen Wissen und einem expliziten Expertenwissen deutlich gemacht werden. "Mit der Fachstelle erfolgt aus Sicht der Pflegeeltern der positive Effekt einer Ansprechperson, die eine anwaltschaftliche Funktion für die Pflegeeltern einnehmen kann. Vor allem im Moment von Konflikten wird der Fachstelle die Kompetenz zugeteilt, zu vermitteln oder ihre Interessen zu verteidigen" (STUDER et al. 2010, S. 41). Gleichzeitig wurden der Fachstelle unterschiedliche institutionelle Funktionen zugeschrieben, die zu Spannungen zwischen den Akteuren führen: Die Fachstelle sollte sowohl die fachliche Beratung und Betreuung für Pflegefamilien, andere Fachpersonen und Behörden übernehmen, wie aber auch bei der Vermittlung von Pflegeplätzen und bei der Indikation beteiligt sein. So war für eine Fremdplatzierung unklar, zu welchem Zeitpunkt die Fachstelle ihre Expertise hinsichtlich der Indikationsstellung einbringt. Die Fachstelle brachte eine kritische

Stimme im Moment der Fremdplatzierung ein, allerdings fehlte ihr die strukturelle Position, um allfällige Fremdplatzierungen letztlich tatsächlich verhindern zu können, selbst wenn sie eine Platzierung in einer Pflegefamilie als ungeeignet einschätzte. In diesem Zusammenhang ist aufgefallen, dass sich ein Großteil der Auseinandersetzungen rund um die Fachstelle um bürokratische Fragen dreht; damit einher ging die Dokumentation von Prozessabläufen und die Klärung der professionellen Rollen. Die Implementierung einer Institution – so liessen sich die Prozesse rund um die Einführung der Fachstelle theoretisch plausibilisieren – verliefen in den allermeisten Fällen nicht ohne Konflikte; dies hat nach Gerhard SCHWARZ damit zu tun, dass eine Gruppe von Individuen per se hinsichtlich der eigenen Kommunikation selbstgenügsam ist. Die Gruppe verlangt keine Kommunikation mit Aussengruppen, wenn sie nicht dazu gezwungen ist (vgl. SCHWARZ 1985, S. 147). "Für eine Organisation oder Institution, die eben eine gegliederte Grossgruppe darstellt, die sich aus kleineren Gruppen zusammensetzt, bedeutet dies eine der wichtigsten Hemmungen gegenüber erfolgreicher Kooperation: je besser die einzelnen Kleingruppen integriert sind und in sich funktionieren, desto wahrscheinlicher werden Abgrenzungen und allenfalls auch Verweigerungen gegenüber anderen Gruppen, auch innerhalb derselben Organisation" (GRAF/GRAF 2008, S. 57). Laut SCHWARZ mussten sich die Formen der Interaktion ändern, damit Kommunikation zwischen Gruppen entstehen konnte. Demzufolge kann es bei der Weiterentwicklung von Strukturen in einer Organisation auch zu Problemen kommen, da durch eine Kompetenzverschiebung oder eine Veränderung der Leitungsperson eine nachhaltige Lösung nicht einfach per se erreicht werden kann (vgl. GRAF/GRAF 2008, S. 57f.). "Erfolg stellt sich erst ein, wenn die von dieser Struktur Betroffenen in einen Lernprozess eintreten, der die Änderungen der Kommunikationsstruktur zur Folge hat und als dessen Resultat erst organisatorische Massnahmen entstehen" (SCHWARZ 1985, S. 150). Die Konflikte lassen sich auch unter diesem Aspekt der Aushandlung von Positionen betrachten und müssen nicht vorschnell als Probleme gefasst werden, die es zu beheben gilt. Im Rahmen der Evaluation konnte gezeigt werden, dass diese Aushandlungsprozesse von Rollen und Positionen dort weniger konflikthaft ablaufen, wo eine nähere Zusammenarbeit möglich ist. Die Interaktionen konnten da vereinfachter stattfinden, wo die Leute am gleichen Standort arbeiten. Bei grösseren Distanzen wurden diese Prozesse erschwert.⁷¹ Die Komplexität wurde im Weiteren dadurch erhöht, dass die Betreuung der Pflegeeltern und des Pflegekindes getrennt wurde: Der Sozialarbeitende blieb fallführend und damit zuständig für die Betreuung des Pflegekindes und der leiblichen Eltern, während die Fachstelle für die Pflegefamilie verantwortlich war. Dies hatte

⁷¹ Dies äußert sich auch in einer strukturellen Unklarheit: So ist die Fachstelle organisatorisch auf regionaler Ebene angesiedelt, konkret arbeitet die Fachstelle aber am gleichen Ort wie die beiden Sozialarbeitenden Ammann und Degen. Für die Sozialarbeiterin Degen erscheint die Fachstelle gleichsam ins lokale Team eingebunden zu sein.

einen kommunikativen Klärungsbedarf zwischen den lokal verankerten Sozialarbeitenden und der regional angesiedelten Fachstelle zur Folge. Institutionen erlauben eine Entlastung der Betroffenen hinsichtlich des Entscheidungsbedarfs in den Situationen, entsprechend wurden für die Fachstelle und die Sozialarbeitenden formale Abläufe geschaffen, welche indirekte Kommunikation und damit eine Entlastung ermöglichten. Diese Institutionalisierung von Kommunikationsabläufen birgt aber auch die Problematik, dass es Themen und Probleme gibt, "die für die Betroffenen nur in direkter Kommunikation, im selber ausgehandelten Kompromiss oder im Konsens liegen können" (GRAF/GRAF 2008, S. 63). Dies ließ sich an den Konflikten zwischen den Sozialarbeitenden und der Fachstelle erkennen: Die Reibungsverluste entstanden "durch die Delegation der tätigen Aufsicht an die Fallführenden: Damit wird die Kontrolle gegenüber den Sozialarbeitenden erhöht, was gleichsam im Kontrast steht zur geforderten kollegialen Aushandlung im Falle von Platzierungen" (STUDER et al. 2010, S. 48). An der Form der Kommunikationsabläufe lassen sich Spannungen ablesen, welche aber mit der Struktur der Organisation zusammenhängen. "Das was als Widerstand bei den Betroffenen erscheint, enthält oft genug wichtige Hinweise auf Planungsfehler gerade auch in dieser Dimension" (GRAF/GRAF 2008, S. 63). Reformen in den Organisationen müssten gerade ein besonderes Augenmerk auf die Kommunikationsstruktur zwischen den beteiligten Akteuren legen. Inwiefern allerdings die Spannungen, welche durch die Einführung dieser Fachstelle hervorgerufen wurden, auch mit den generellen Verhältnissen im Pflegekinderbereich zusammenhängen, soll Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sein.

3 Methodologie und Methode

Die Klärung des Verhältnisses zwischen Theorie und Methode lässt sich als eine Kernproblematik qualitativer Sozialforschung bezeichnen: Dieses Kapitel verfolgt zwei Ziele, es befasst sich einerseits mit der Frage nach dem sinnvollen Einbezug von theoretischen Konzepten in empirischen Forschungszugängen und stellt andererseits die in der vorliegenden Untersuchung verwendeten Methoden vor. Welche Bedeutung der Theorie in empirischen Untersuchungen zukommt, hat die Kritische Theorie Mitte des letzten Jahrhunderts begründet. "Die kritische Sozialforschung möchte die Empirie durch ihre theoretische Entschlüsselung erst ganz produktiv machen" (ADORNO 1970, S. 82). Die theoretischen Konzepte gilt es im Rahmen der empirischen Vorgehensweise zu systematisieren oder in den Worten ADORNOS sollte sich die Theorie gegenüber der vorherrschenden Übermacht des Seienden analytisch bewähren, respektive dazu dienen, die Fakten zum Sprechen zu bringen (vgl. ADORNO 1970, S. 76). Im Verlauf der vorliegenden empirischen Analyse wurde eine Heuristik entwickelt, welche die empirische Analyse und die theoretischen Rahmungen in einem gemeinsamen Konzept verdichtet (vgl. Kap. 5). Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass Theorie jeweils konkrete Erfahrungen strukturiert, was eine vollständig "objektive" Perspektive in der Forschung verunmöglicht. "Die Methode ist in der qualitativen Sozialforschung nachgeschaltet und wird während des Forschungsprozesses in der Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand zur Strukturierung der Forschungsperspektive und zur Stabilisierung der ForscherInnenrolle notwendig" (STUDER/VOGEL 2010, S. 10). Eine qualitative Sozialforschung ist ohne die Verwendung und Offenlegung von Methoden nicht denkbar, die Methode sollte aber in erster Linie der Systematisierung der eigenen Forschungsperspektive dienen und nicht der Strukturierung des Forschungsgegenstandes. Der Umgang mit Methoden wurde von Erich Graf mit dem "Theorie-Methoden-Zusammenhang" hinsichtlich einer systematischen Verknüpfung von Theorie und Methode diskutiert (vgl. GRAF 1990, S. 43ff.). So geht Graf davon aus, dass Theorie und Methoden immer in einem "diskursiven Zusammenhang" (GRAF 2008, S. 35) stehen. Diese Diskursivität wird maßgeblich über die Subjektivität des Forschers und der Forscherin hergestellt.

Methodisch wird in der vorliegenden Arbeit in der Tradition qualitativer Sozialforschung vorgegangen: Das methodische und theoretische Fundament ist hierbei die tiefenhermeneutische Kulturanalyse, welche sowohl eine Berücksichtigung der Subjektperspektive in der Forschung als auch eine systematische Bearbeitung des Verhältnisses von Struktur und Kommunikation ermöglicht und gleichsam einfordert. Das folgende Kapitel ist so aufgebaut, dass in einem ersten Schritt Forschung als Interaktionsprozess diskutiert wird (Kap. 3.1): Zu forschen bedeutet, mit

unterschiedlichsten Kontexten konfrontiert zu sein, welche die klare Trennung zwischen Forschungssubjekt und -objekt erschweren. Der Subjektivität als Ort der Erkenntnis wird ein besonderes Gewicht beigemessen, wie das vor allem in der ethnopsychoanalytischen Perspektive theoretisch und methodisch entwickelt wurde. Der Ansatz der Kontextinterpunktion ermöglicht eine systematische Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Ebenen, welche ein Forschungsprojekt bestimmen. Vor diesem Hintergrund wird die tiefenhermeneutische Kulturanalyse vorgestellt (Kap. 3.2). Anschließend an diese methodologischen Überlegungen werden drittens die Datenerhebung, die Datenauswertung, wie auch das konkrete Sample diskutiert (Kap. 3.3).

3.1 Forschung als Interaktionsprozess

Die qualitative Sozialforschung sieht sich damit konfrontiert, dass die Forschenden zwangsläufig mit ihrem Forschungsgegenstand interagieren. Mit dem Eintreten in ein konkretes Forschungsfeld finden nicht nur Interaktionen mit den Forschungsgegenständen, sondern auch gleichsam Interventionen in das jeweilige Forschungsfeld statt. Wer Menschen erforscht, kommt nicht darum herum, mit den beforschten Menschen in Beziehung zu treten, so weit die These in Georges DEVEREUX's Auseinandersetzung "Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften" (1976). "Dies gilt sogar noch in einer Untersuchung, die nach den Regeln des Doppelblindversuchs durchgeführt wird, der in der medizinischen Behandlungsforschung als Standard zur Anwendung gelangt. Auch hier ist eine Art der zwischenmenschlichen Beziehung eingebaut, jene der explizit nicht bekannten Beziehung, in welcher weder die behandelnde MedizinerIn noch die behandelte PatientIn wissen, ob das verabreichte Medikament nun das Placebo ist oder nicht. Grundlegend gilt, dass Menschen sich zueinander nicht nichtverhalten können" (GRAF 2008, S. 53). Durch den Eintritt der Forschenden in ein Forschungsfeld erfolgt seitens dieses sozialen Kontextes eine Reaktion; die Akteure im Forschungsfeld reagieren vor dem Hintergrund ihres kulturellen Rahmens auf die Intervention durch die Forschenden.⁷² Damit sieht sich der Forschende wiederum gezwungen, auf die Handlungsweisen im Feld zu reagieren. "Wie wird die Feldforscherin von den Interakteuren im Feld organisiert, und wie lässt sie sich organisieren" (HILDENBRAND 1999, S. 22). Der forschenden Person stellt sich damit die Schwierigkeit, entscheiden zu müssen, wie nahe sie sich den Forschungsgegenstand kommen lassen will, wie stark sie sich dem Feld anpassen will und wie sie merken kann, wie sie durch das Feld in ihrer Perspektive beeinflusst wird.

⁷² In diesem Zusammenhang lassen sich Reaktionen von Pflegefamilien erklären, welche in, respektive nach den Interviews mit Inszenierungen von Familie reagieren, indem beispielsweise das schlafende Pflegekind geweckt und dem Interviewer gezeigt wird, wie das im Falle der Pflegefamilie Brigitte geschieht.

Diese Unklarheiten lassen sich durch die Einführung eines klar definierten Forschungssettings kontrollierbarer machen. Durch die Einrichtung eines Forschungssettings in Form einer eingegrenzten Fragestellung, eines methodischen Rahmens und theoretischer Referenzen wird eine Klärung des Verhältnisses von Forschungssubjekt und Objekt der Forschung ermöglicht (vgl. GRAF 2008, S. 53). Das Setting liefert einen Rahmen, innerhalb dessen die forschende Person Forscherin oder Forscher sein kann. Dies impliziert in Forschungszusammenhängen eine entsprechende Inszenierung mittels forschungstechnischer Utensilien und Verhaltensmustern: Über die Definition der Forschungsrolle erfolgt eine Trennung zwischen der Person und dem, was als Objekt bezeichnet wird. So wird in teilnehmenden Beobachtungen beispielsweise mit der offensichtlichen Verwendung des Notizblocks eine Distanz eingeführt, was analog zum Interview über das Aufnahmegerät geschieht. Vereinnahmungsprozessen seitens der Forschungsobjekte wird mittels der Einführung eines klaren zeitlichen Rahmens vorzubeugen versucht.⁷³ Die Forschungsrolle dient letztlich aber in erster Linie auch der Forscherin und dem Forscher, sich selber im Forschungsfeld adäquat zu verorten und mittels dieser Zuschreibung eine entsprechende Rollenperformanz wahrnehmen zu können. Wo die Forschungsrolle nicht adäquat gefüllt werden kann – sei es beispielsweise aufgrund einer zu großen Altersdifferenz gegenüber dem Feld oder zur geringem Erfahrungshintergrund – kann es zu Konflikten und Irritationen zwischen dem Forschungsfeld und der Person führen.⁷⁴ Ein besonderes Gewicht ist auf das Subjekt der Forschung als Moment der Erkenntnis zu legen (Kap. 3.1.1). Die Theorie der Kontextinterpunktion wurde von Erich GRAF als Beitrag zu einer methodologischen Auseinandersetzung geleistet, welche Forschen als ein Interagieren zwischen unterschiedlichen Kontexten betrachtet (Kap. 3.1.2).

3.1.1 Subjektivität im Forschungsprozess

Das Forschungssubjekt ist Resultat unterschiedlicher institutioneller Regelungen im Kontext der Wissenschaft und der Forschung (vgl. das folgende Kapitel). Es vollzieht sich im Weiteren über die Abgrenzung gegenüber einem Forschungsobjekt, über die entlang von wissenschaftlichen

⁷³ Insbesondere in sozialpädagogischen und therapeutischen Forschungskontexten sind des Öftern Erwartungen seitens des Forschungsfeldes an die Forschenden vorhanden (vgl. u.a. HILDENBRAND 1994). So erhoffen sich Probanden innerhalb eines Forschungskontextes beispielsweise Hilfe oder Unterstützung seitens der Forschenden.

⁷⁴ So wies HILDENBRAND auf die Schwierigkeit hin, wenn die Rollenperformanz aufgrund fehlender Forschungserfahrung noch nicht entsprechend wahrgenommen werden kann: "Einer meiner Studenten plante eine Diplomarbeit über die Biographie von Menschen, die als Katholiken aufgewachsen waren und sich durch die nationalsozialistische Rassengesetzgebung plötzlich als Juden definiert sahen. Da nicht auszuschließen war, dass der in fallrekonstruktiven Verfahren, insbesondere im Interviewen noch unerfahrene Student den psychosozialen Belastungen auf beiden Seiten, die ein solches Thema mit sich bringt, nicht gewachsen sein könnte, führten wir die ersten beiden Interviews gemeinsam – zu Recht, wie sich herausstellte" (HILDENBRAND 1994, S. 5).

Kriterien gezogene Grenze zwischen einem Forschungsgegenstand und den Forschenden. "Je fremder der Beobachtungsgegenstand, je geringer das Vorwissen über diesen Gegenstand, desto leichter erschließt sich dieser" (HILDENBRAND 1994, S. 4). Über die Fremdheit eines Forschungsgegenstands lässt sich eine klarere Abgrenzung vornehmen, indem damit eine deutliche Trennung zwischen dem Fremden, das es zu erforschen gilt, und dem Eigenen eingeführt wird. Damit können eigene, subjektive Anteile im Forschungsgegenstand ausgeklammert werden, das Gegenüber als Forschungsgegenstand wird zu dem unergründlichen Fremden stilisiert, dem es als Forschende auf den Grund zu gehen gilt. Wo sich hingegen die Trennung zwischen dem fremden Objekt und dem Subjekt der Forschung nicht mehr aufrechterhalten lässt, kommt es auf Seiten der Forschenden zu Verunsicherungen. Insbesondere die ethnopsychoanalytischen Zugänge haben sich systematisch mit dieser Problematik beschäftigt und dabei die subjektiven Irritationen als Ausgangspunkt der Untersuchung angenommen. So wies Maya NADIG in ihrer Untersuchung von Bäuerinnen in Mexiko auf die unterschiedlichen Rollenzuschreibungen hin, welche sie als Forschende erfuhr und welche ihr einen Zugang zu ihrem Forschungsfeld erschwerten (vgl. NADIG 1986). Erst die systematische Auseinandersetzung mit den Rollenzuschreibungen ermöglichte ihr einen Zugang zu den Frauen, wie auch ein Erschließen der Fremdheit der Forschungsobjekte (vgl. ERDHEIM 1997). Diese Auseinandersetzung mit dem Fremden impliziert unter Umständen ein vorübergehendes Aufgeben der sozialen Rolle des Forschenden und ein Hinterfragen der eigenen Annahmen, mit denen ans Forschungsfeld gegangen wird. Die theoretischen Vorannahmen und die biographisch gestützten und erhärteten Erfahrungen, wie auch die hehren Ziele und Visionen, welche mit dem Feldzugang verbunden werden, drohen zu erodieren. Die Auseinandersetzung mit dem Forschungsobjekt kann für die Forschenden Ängste und Irritationen auslösen, welche allenfalls vorschnell über die Anwendung eines rigiden Forschungssettings bewältigt, respektive kompensiert werden. Auf der Seite des Forschungsfeldes wird durch die Anwesenheit der Forscherin oder dem Forscher ebenfalls eine Irritation ausgelöst: "Die Rolle, die dem Ethnologen zugeschrieben wird, kann oft einer Abwehrstrategie der untersuchten Gruppe zugehören. Jeder Fremde ist ein Störfaktor, der das soziale Gleichgewicht durcheinander zu bringen droht und folglich neutralisiert werden muss" (ERDHEIM 1982, S. 30). Indem dem Eindringling eine klare Rolle zugeschrieben wird, wird er als Störfaktor fassbar und damit kontrollierbar. So kann auch seitens des Forschungsfeldes das Drinnen und das Draußen definiert, respektive geklärt werden, wer dazu gehört und wer außen vorbleiben muss.

Die Identifikation mit der Rolle der Forscherin oder des Forschers und die damit verbundene Distanzierung zum Forschungsobjekt nehmen eine zentrale Funktion zur Stabilisierung des

Forschungssettings wie auch des Forschungssubjekts ein (vgl. STUDER/VOGEL 2010). Die Subjektivität der Forschenden manifestiert sich nicht nur in der Wahl der Methoden und des Forschungssettings, als vielmehr auch in den ausgelösten Ängsten und Irritationen auf der einen Seite, in der Neugier gegenüber dem Forschungsgegenstand auf der anderen Seite. Diese Ängste seitens der Forschenden beruhen maßgeblich auf unbewussten Interaktionen zwischen der Person und dem Forschungsgegenstand. "Nach seiner [DEVEREUX', ts] Ansicht sind viele Schwierigkeiten in den Verhaltenswissenschaften darauf zurückzuführen, dass versucht wird, solche Interaktionen abzuwehren und zu ignorieren. Das betrifft besonders stark den Umstand, dass der Beobachtung des Objekts durch den Beobachter die Gegenbeobachtung des Beobachters durch das Objekt entspricht, und so könnte man in der Logik des hier Gesagten behaupten, dass auf diese Gegenbeobachtung die ForscherIn mit ihrer Gegenübertragung reagiert, da der Forschungsprozess zunächst aus nichts anderem besteht als aus Sequenzen von 'Beobachtungen', die nur deshalb gemacht werden, weil geforscht wird" (GRAF 2008, S. 57). Damit lässt sich deutlich machen, dass es sich bei Forschungsprozessen nicht um einseitige Beobachtungen des Objekts durch den Beobachter handelt. "An ihre Stelle muss die Vorstellung treten, dass es um die Analyse der Interaktion zwischen beiden geht, wie sie in einer Situation stattfindet, in der beide zugleich für sich Beobachter und für den anderen Objekt sind" (DEVEREUX 1976, S. 309). Es geht also um die Berücksichtigung dessen, dass jede methodische Strukturierung, welche als Filter zwischen Forschungssubjekt und –objekt geschoben wird, einige Verzerrungen und Störungen im Forschungsprozess korrigiert, gewöhnlich aber gleichsam neue und eigene Verzerrungen produziert (vgl. DEVEREUX 1976, S. 19). Die Forscherin oder der Forscher sind generell gezwungen, an einem bestimmten Punkt des Forschungsprozesses eine Entscheidung vorzunehmen: "Und dies nehme ich wahr" und "dies bedeutet, dass..." Diese Entscheidungen können nur von der forschenden Person getroffen werden, Subjektivität kann damit also nie vollumfänglich ausgeschlossen werden, vielmehr obliegt es der Verantwortung der forschenden Person, eine Interpretation des vorliegenden Materials vorzunehmen. "Ich befürworte deshalb nicht etwa die Elimination von Filtern, sondern dringe lediglich darauf, sich die Illusion aus dem Kopf zu schlagen, sie könnten jegliche Subjektivität ausschalten und die Angst gänzlich neutralisieren. Sie tun keins von beidem; sie verrücken nur *leicht* den Ort der Trennung zwischen Objekt und Beobachter und *schieben* den exakten Moment, in dem das subjektive Element (in Form der Entscheidung) interveniert, *hinaus*" (DEVEREUX 1976, S. 19; Hervorhebungen im Original). Die Forscherin oder der Forscher als Subjekt der Forschung sehen sich gezwungen, eine Trennung zwischen sich und dem Forschungsobjekt zu vollziehen und die damit verbundenen Unsicherheit und Ängste zu reflektieren. Die folgenden Überlegungen

greifen nun einen methodologischen Vorschlag auf, wie diese Trennung zwischen Forschungssubjekt und -objekt als unterschiedliche Kontexte erkenntnisleitend systematisiert werden könnte.

3.1.2 Kontextinterpunktion in der Forschung

Wer forscht, ist gezwungen, einen übergeordneten Referenzrahmen zu berücksichtigen, vor dessen Hintergrund geforscht wird. Über diesen kann die forschende Person nur beschränkt verfügen, sie kann also keinen außenstehenden Punkt der Erkenntnis im Sinne des archimedischen Punktes einnehmen.⁷⁵ Hierbei handelt es sich um das zentrale Problem der Hermeneutik, dass sie nicht über den eigenen Referenzrahmen verfügen kann, vor dessen Hintergrund gedacht und gehandelt wird. Das hermeneutische Grundverständnis basiert auf dem Muster, "nach dem ein bestimmtes Vorverständnis als *Kontext* dazu dient, den Gegenstand bzw. den *Text* zu verstehen" (VOGEL 2007, S. 26; Hervorhebungen im Original). Für die Sozialwissenschaften weist das hermeneutische Modell aber Grenzen auf, weil der Interpret immer auch Teil der sozialen Welt ist, die er zu verstehen versucht. GRAF radikalisierte das hermeneutische Modell in der sozialpädagogischen Forschung, um sie im Bereich sozialwissenschaftlicher Forschung als methodologische Grundlage zu entwickeln (vgl. GRAF 1990; GRAF 2008): "Was der zu interpretierende 'Text' ist und was dafür als 'Kontext' in Anspruch genommen werden kann, wird selber zur Disposition gestellt, so dass das, was in einem Fall als Kontext dient, um einen Sachverhalt zu deuten, im anderen Fall selber Gegenstand der Interpretation werden kann und umgekehrt" (VOGEL 2007, S. 26).⁷⁶ Zwei Kontexte dienen also wechselseitig als Interpretationsfolie, zwischen denen jeweils eine Interpunktion eingeführt werden muss.⁷⁷ In dieser Trennung zwischen den unterschiedlichen

⁷⁵ Der archimedische Punkt geht auf die Aussage des griechischen Philosophen ARCHIMEDES zurück, der behauptete, er könne die Welt aus den Angeln heben, wenn er einen außenstehenden, festen Punkt und einen ausreichend langen Hebel hätte.

⁷⁶ Christian VOGEL liefert eine gesellschaftstheoretische Analyse von Schulsozialarbeit (vgl. VOGEL 2006), in der er ein methodisches und theoretisch fundiertes Modell zur Analyse von Interaktionen im schulischen Kontext entwickelt. Dieses Modell wurde für die Analyse sozialpädagogischen Handelns im Allgemeinen weiterentwickelt und als Entwurf zur Diskussion gestellt (vgl. VOGEL 2007).

⁷⁷ Der Begriff der *Kontextinterpunktion* wurde von Erich GRAF in Anlehnung an die Lerntheorie Gregory BATESONS (BATESON 1981, S. 377) zur Unterscheidung von Kontexten verwendet, in welchen Forschung jeweils stattfindet: Interpunktion bezieht sich bei BATESON auf die Information, die durch den Unterschied bestimmt wird, der den Unterschied macht (vgl. BATESON 1987). BATESON definiert Lernen als eine Veränderung irgendeiner Art (BATESON 1981, S. 366). Das Lernen (1, wie BATESON das einführt) impliziert eine Annahme über den Kontext (vgl. BATESON 1981, S. 372). Der Lernende geht von der Annahme aus, dass der Kontext zum Zeitpunkt 1 und 2 jeweils der gleiche ist. "Ohne die Annahme eines wiederholbaren Kontexts (und ohne die Hypothese, dass die Abfolge der Erfahrung für den Organismus, den wir studieren, tatsächlich irgendwie in dieser Weise interpunktiert ist) würde folgen, dass alles 'Lernen' von einem Typ wäre: nämlich 'Lernen null'" (BATESON 1981, S. 373). Die Position wurde von WATZLAWICK und anderen kommunikationstheoretisch weiterentwickelt (vgl.

Kontexten – dem Kontext der Forschung und dem Forschungskontext – manifestiert sich erst die Forschungsrolle.

Der *Kontext der Forschung* wird als das definiert, was die Forscherin oder den Forscher die Rolle der Forscherin oder des Forschers einnehmen lässt (vgl. GRAF 2008, S. 80ff.). Hierbei wird in erster Linie die Geschichte der Person respektive des Forschungsteams genannt. Dessen biographische Heterogenität ist maßgebend für die Heterogenität der Deutungen. Die individuelle Lebensgeschichte der forschenden Person liefert einen Referenzrahmen, vor dessen Hintergrund die Wahrnehmung der Forschendenrolle erst möglich und gleichsam beeinflusst wird. Hieraus ergeben sich Forschungsinteressen und –fragestellungen, methodische Vorlieben und theoretische Positionen, mittels denen sich die Forschenden mit einem Forschungsgegenstand befassen. Zweitens wird die institutionelle Einbettung der Forschung erwähnt: Wenn die Forschung im Rahmen einer universitären Studie stattfindet, können sich die Forschenden auf die mit der Institution gestützte und gesicherte Rolle der Forschenden verlassen. Der Habitus des Forschens wird durch die institutionelle Einbettung in der Wissenschaft geschaffen und permanent reproduziert. Damit verbunden ist die Reglementierung von Wissen und theoretischen Positionen, indem die Definition von disziplinenem und –fremdem Wissen eine Zuordnung dessen ermöglicht, was im Rahmen von Forschungsprojekten bearbeitet wird. Drittens werden die Art des Forschungssettings und der Forschungsauftrag erwähnt, welche über die Unterscheidung zwischen Objekt und Subjekt der Forschung entscheiden. Damit gehen Interessen einher, welche im Forschungsauftrag angelegt sind. Diese gilt es in den Erkenntnisprozess zu integrieren, um die damit verbundenen Verzerrungen nicht systematisch zu reproduzieren. Der *Forschungskontext* beinhaltet nach GRAF das, was klassischerweise als der Forschungsgegenstand bezeichnet wird. Er geht davon aus, dass in der qualitativen Sozialforschung die Schwierigkeit darin liegt, dass die Person in beiden Kontexten interagiert und gezwungen ist, die Interpunktion zwischen den beiden Kontexten zu variieren.

Forschung lässt sich als eine Interaktion von Kontexten verstehen. Als Forschende haben wir also gewissermaßen die Wahl, wo wir hauptsächlich unsere Schwierigkeiten haben werden; in der Interaktion mit dem Forschungskontext oder in der Interaktion mit dem Kontext der Forschung (vgl. GRAF 2008, S. 83). Die Kontextinterpunktion gilt es deshalb zu reflektieren, weil Strukturähnlichkeiten im Forschungskontext gegenüber dem Kontext der Forschung zu Gegenübertragungsreaktionen der Forschenden führen (vgl. GRAF 2008, S. 84). Die Irritationen auf der Seite der Forschenden werden auf den Gegenstand übertragen und als Teil des

WATZLAWICK/BAVELAS/JACKSON 2011): Die Qualität einer Beziehung hängt von den Interpunktionen ab, welche die Gesprächspartner in den Kommunikationsabläufen vornehmen (vgl. WATZLAWICK et al. 2011, S. 69f.).

Forschungsobjekts wahrgenommen. Es gilt zu reflektieren, welche Deutung aus welchem Kontext heraus vorgenommen wird und was es jeweils für den anderen Kontext bedeutet. Eine Dynamisierung der Trennlinie zwischen den beiden Kontexten ermöglicht eine derartige Analyse und damit eine Eröffnung neuer Facetten des Forschungsfeldes. Diese Dynamisierung der Trennung zwischen den beiden Kontexten durch die Interpunktion bedeutet nach VOGEL für das Analyseverfahren dreierlei (VOGEL 2007, S. 27): "1. Die Analyse muss prinzipiell doppelseitig erfolgen: Jede Interpretation in eine Richtung hat eine Entsprechung in der anderen. 2. Es müssen systematisch verschiedene Arten von Kontextinterpunktionen erzeugt werden können, um den Ort der Interpunktion zu variieren. 3. Beide Kontexte sind sozialer Art. Sie haben je eigene soziale Strukturen, zwischen denen Strukturanalogien bestehen können und die im Kontext der gesamten gesellschaftlichen Figuration stehen". Aus der Perspektive des Forschenden wird der Forschungskontext zu einer Reaktion gezwungen. Der Forschende kann für den Forschungskontext eine Gefahr darstellen, die dadurch gebannt wird, dass die Person für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren versucht wird. Die Forschenden können allerdings erst durch die Provokation einer Reaktion Daten gewinnen und sind insofern darauf angewiesen, dass der Forschungsgegenstand sich als ein Forschungsobjekt verhält.⁷⁸ Der Theorie kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu, weil sie zwischen Forschungskontext und dem Kontext der Forschung eine vermittelnde Funktion wahrnimmt (vgl. GRAF 2008, S. 84). Wer mit dem Forschungsgegenstand interagiert, bringt zwangsläufig seine eigene Lebendigkeit, seine Biografie, seine institutionelle Eingebundenheit ein und beeinflusst damit den Forschungskontext. Das Verständnis der eigenen Reaktionsweisen im Hinblick auf die Interaktionen mit dem Forschungsgegenstand gibt Hinweise darauf, welche unbewussten Anteile Gegenübertragungen auf den Forschungsgegenstand hervorrufen, respektive ermöglichen es, diese als solche zu erkennen und der Erkenntnisgewinnung über den Gegenstand zuzuführen. Die tiefenhermeneutische Kulturanalyse greift diese Überlegungen als Methode insofern auf, dass sie ein besonderes Gewicht auf das Verhältnis von Struktur und Kommunikation legt. Damit wird die Frage in den Vordergrund gerückt, wie Struktur als Ausdruck von gesellschaftlichen Relationen sozialer Positionen und die konkrete Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren systematisch analysiert werden kann.

⁷⁸ Vgl. hierzu den "Landvermesser" von Georges LAPASSADE (1976), in dem er beschreibt, wie der Forscher als Analysator in die Institution der Universität eintritt und bereits durch sein Auftreten Daten produziert. "Der Analysator, der in einem Institutionsfeld zu Zwecken der Analyse konstruiert wird, ist gleichsam ein Simulator, eine Institution in Verkleinerung, welche die wirkliche Institution nachahmt" (LAPASSADE 1976, S. 27; zit. nach VOGEL 2006, S. 67).

3.2 Tiefenhermeneutische Kulturanalyse⁷⁹

In diesem Kapitel wird das Verhältnis von Struktur und Kommunikation hinsichtlich methodologischer Fragen des Analysierens einem besonderen Augenmerk unterzogen und dargestellt, welcher analytische Gewinn in einer tiefenhermeneutischen Theorie- und Methodenperspektive liegt. Die zentralen Fragen bei der Analyse von Struktur und Kommunikation lauten: Wie können strukturelle Verhältnisse in der Kommunikation abgelesen werden und wie lässt sich menschliches Handeln und Kommunizieren nicht als rein strukturdeterminiert verstehen? Die Struktur steht hierbei für die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse und die Positionen, an denen die untersuchten Personen teilhaben und die sie einnehmen. Formale Merkmale von Struktur lassen sich nach REICHERTZ schwer festlegen, da sich Strukturen aufbauen, "indem sie die Menschen handeln lassen; an jedem Ort und auf jeder Ebene, an der Sozialität sich als solche zu erkennen gibt, agieren Strukturen" (REICHERTZ 2002, S. 126). Die beiden Ebenen stehen nicht in einem dichotomen Verhältnis, sondern vielmehr in einem wechselseitig verschränkten Verhältnis zu einander. An der Kommunikation und der Gestaltung der Interaktionen lassen sich strukturelle Bedingungen ablesen, wie auch durch die Kommunikation die Struktur reproduziert wird.

Neben der oben formulierten Grenze der Hermeneutik, nicht über den eigenen Kontext verfügen zu können, kommt die hermeneutische Vorgehensweise dadurch an Grenzen, dass in bestimmten sozialen Situationen aufgrund von strukturellen Bedingungen nicht alles zur Sprache gebracht werden kann.⁸⁰ Bestimmte Gehalte werden aus der Kommunikation ausgeschlossen, respektive

⁷⁹ Es handelt sich bei der Tiefenhermeneutik nicht alleine um eine spezifische Methode der qualitativen Sozialforschung, sondern vielmehr um eine theoretische Perspektive, welche insbesondere durch Alfred LORENZER (1922-2002) geprägt wurde, welcher das Ziel einer systematischen Verknüpfung soziologischer und psychologischer Theoriebezüge unter der führenden Perspektive der Psychoanalyse verfolgte (LORENZER 1971; LORENZER 1977; LORENZER 1995 (1973); LORENZER 2006). Klaus HORN (1934-1985) war maßgeblich beteiligt an der Entwicklung einer "Kritischen Theorie des Subjekts", in welcher er sich ebenfalls auf psychoanalytische und soziologische Theorien bezog (HORN 1971; HORN 1990). Hans-Dieter KÖNIG setzte deren theoretische Überlegungen im Hinblick auf eine stärker methodisch fundierte Analyse in der qualitativen Sozialforschung um (KÖNIG 2001). Diese Aspekte der Tiefenhermeneutik hat der oben erwähnte Sozialpädagoge und Soziologe Christian VOGEL aufgegriffen und sie einerseits mit einer soziologischen Strukturtheorie und andererseits mit der Kommunikationstheorie HABERMAS' verknüpft. Daraus entwickelte er ein Modell, welches sowohl zur interaktionstheoretischen Analyse von Forschungsdaten wie auch zur Fallanalyse im Kontext sozialpädagogischer Handlungsfelder dient (VOGEL 2010; VOGEL 2013).

⁸⁰ VOGEL hat für die Schulsozialarbeit aufgezeigt, dass die strukturellen Bedingungen einen maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung von Interaktionen und Kommunikation zwischen den einzelnen Akteuren im Kontext der Schule haben. Die Spannungen zwischen den einzelnen Rollenträgern, welche ihren Ursprung in der Legitimation sozialer Ungleichheit hat, können auf der Ebene der Kommunikation nicht mit diesem Ursprung verbunden werden. So können zwar Konflikte im schulischen Kontext zwischen den Rollenträgern auftauchen, allerdings nicht als strukturelles Problem besprochen werden. Als interessantes Beispiel analysiert VOGEL Kooperationen in der Schule zwischen Lehrpersonen, Schulleiter und Schulsozialarbeiter: Der Beziehungsaufbau zu den Schülerinnen und Schülern jenseits der schulischen Funktion der Selektion könnte an sich als das zentrale Ziel des Schulsozialarbeiters verstanden werden. Die damit verbundene Chance der Vertrauensentwicklung zwischen Schülerinnen und Schulsozialarbeiter wird in dem konkreten, analysierten Fall aber strukturell durch die geforderte Kooperation zwischen Schulsozialarbeiter und Lehrperson erschwert und kann nicht entsprechend genutzt werden

fallen aus dem Rahmen der kommunikativen Verständigung hinaus. In Anlehnung an LORENZER, welcher diesen Vorgang als Desymbolisierung von Erfahrungsgehalten (LORENZER 1995 (1973); LORENZER 2006) bezeichnet, verwendet VOGEL hierfür den Begriff der Ex-Kommunikation (vgl. VOGEL 2006, S. 48ff.). Reale Erfahrungen fallen aus der Kommunikation raus: "Es entstehen sprachliche Gebilde, die zwar in sich durchaus grammatikalisch stimmig sein können, die jedoch keinen Bezug zur Realität aufweisen. Sprache besteht dann nur noch aus leeren Worthülsen und verliert ihren symbolischen Charakter im Sinn einer Rückbindung an Erfahrungsgehalte"(VOGEL 2006, S. 51). LORENZER spricht hierbei von "Klischees" als unbewusste Repräsentanten, welche nicht mit der entsprechenden Symbolisierung verbunden sind: "Klischees, d.h. unbewusste Repräsentanzen, stammen von symbolischen Repräsentanzen ab, die im Symbolisierungsprozess gebildet – und im Vorgang der Verdrängung 'exkommuniziert', d.h. aus der Kommunikation in Sprache und Handeln ausgeschlossen wurden. Dass sie dabei ihre Wirksamkeit für Verhalten, ihre dynamisch-energetische Relevanz nicht verloren, hat die psychoanalytische Erfahrung klarstellen können" (LORENZER 1995 (1973), S. 113). Für die Situation der Schulsozialarbeit hat VOGEL Formen der Ex-Kommunikation herausgearbeitet, die auch Hinweise auf Ex-Kommunikationen in anderen sozialpädagogischen Felder geben: Ex-Kommunikationen lassen sich da vermuten, wo strategische Felder auf- und offene Räume der Kommunikation abgebaut werden. Das äußert sich beispielsweise in den kommunikativen Situationen, in denen die Hierarchien anstelle der kommunikativen Aushandlungsprozesse hervorgehoben werden (vgl. VOGEL 2006). Weitere Formen der Ex-Kommunikation sind mangelnde terminologische Differenzierungen, wie sich das beispielsweise durch die Verwendung von inhaltlich nicht gefüllten Worthülsen zeigt.⁸¹ "Eine weitere Form, wie Erfahrungsgehalte der Kommunikation entzogen werden, besteht darin, dass diese in einer solcherart formalisierten Terminologie geäußert werden, dass die Realität, auf die die Rede verweist, aus dieser praktisch gänzlich getilgt ist" (VOGEL 2006, S. 223). Die formale Darstellung rückt an die Stelle der inhaltlichen

(vgl. VOGEL 2013). Vielmehr wird das widerständige Verhalten der Schülerinnen individualisiert und nicht als Ausdruck der durch die involvierten Pädagogen geschaffenen Situation verstanden. Von Relevanz für die Weiterentwicklung von Problemlösungsmöglichkeiten der schulischen Institution ist, ob diese Spannungen bearbeitet werden können oder durch Verlagerungen auf anderweitige soziale Orte verdrängt werden. Resultat von zweiterem ist dann beispielsweise die Verlagerung auf die Familie, indem die allgemeinen ‚schwierigen Familienverhältnisse‘ in den Vordergrund rücken, ohne einen Blick auf den gesellschaftlichen Charakter der Schule, beispielsweise deren Selektionsfunktion und die damit verbundenen Erfahrungen zu werfen (vgl. VOGEL 2006, S. 30).

⁸¹ So zeigt Vogel in der Analyse von Sitzungen von Lehrpersonen, wie der Konflikt in einer Schulklasse nicht in die Kommunikation eingeführt werden kann. Die konkreten Sachverhalte werden nicht geklärt, vielmehr werden Begriffe wie "Eskalation" verwendet, die einerseits inhaltlich anschlussfähig erscheinen, andererseits die konkrete Problematik aber nicht verdeutlichen, auch wenn sich alle Personen etwas darunter vorstellen können. Die Machtdifferenzen in der Institution Schule werden klischiert, indem sie an andere soziale Orte, respektive auf andere Beziehungen transferiert werden.

Auseinandersetzung, konkrete Geschichten über die Erfahrungen und Abläufe werden nicht erzählt. Diese Formen der Ex-Kommunikation dienen der Vermeidung, strukturelle Themen der Kommunikation zuzuführen und Verständigung darüber anzustreben.

Woran lassen sich nun Ex-Kommunikationen im Datenmaterial erkennen? Hierzu verwendet VOGEL den Begriff der Emergenten, der auf das Konzept der operativen Gruppe nach Armando BAULEO zurückgeht (vgl. BAULEO 1988).⁸² Als Emergenten werden Störungen in der Interaktion verstanden. "Auffälligkeiten, Irritationen, Auslassungen usw., kurz: Anzeichen eines Verständigungsproblems im weitesten Sinne" (VOGEL 2007, S. 27). Emergenten stellen *erstens* forschungstechnisch das dar, was strukturell durchdrückt, woran sich aufgrund der zugrundeliegenden Struktur Erkenntnis über die gesellschaftliche Verfasstheit festmachen lässt. An den Emergenten lässt sich etwas erkennen, was nicht stillschweigend vor dem Hintergrund der eigenen Annahmen verstanden werden kann. Sie geben – im Sinne des Konzepts der operativen Gruppe – Hinweise auf latente Gehalte, auf Themen, die ex-kommuniziert werden. Der von LORENZER verwendete Begriff des Klischees entspricht in der Kommunikation dem, was nicht mehr mit den Erfahrungen verknüpft werden kann. *Zweitens* hat die tiefenhermeneutische Kulturanalyse die Bedeutung von Forschungsgruppen hervorgehoben: Die Emergenten zeigen sich nicht nur im Datenmaterial, sondern werden auch in der Besprechung der Daten durch Forschungsgruppen re-aktualisiert und können dadurch der Analyse zugänglich gemacht werden.⁸³ Damit lässt sich hervorheben, dass es weniger darum geht, die verdrängten Gehalte als ein individuell zu bearbeitendes Problem zu analysieren, sondern vielmehr als Ausdruck struktureller Verhältnisse. Das Struktur-Kommunikations-Verhältnis wird nicht als starr dualistisch, sondern vielmehr als wechselseitig bedingend verstanden. Kommunikation und Interaktion lassen sich als strukturbedingt und damit gleichsam als strukturierend auffassen. Die am Material vollzogenen Interpretationen werden an strukturellen Annahmen gespiegelt. Im Hinblick auf die Analysen von Institutionen muss es auch darum gehen, nicht nur die offizielle Perspektive einzunehmen, sondern auch "das nicht Gewusste zum Gegenstand der Analyse" (VOGEL 1998, S. 16) zu machen. Die empirische Analyse hat sich also nicht alleine für das zu

⁸² Das Konzept der operativen Gruppe wurde ursprünglich vom argentinischen Psychoanalytiker Enrique PICHON-RIVIÈRE entwickelt: Es handelt sich um eine Technik der Gruppenkoordination, welche die Aufgabe der Gruppe ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt und dabei eine entsprechende Gruppenstruktur zur Bearbeitung der Aufgabe entwickelt (vgl. BAULEO 1988; GRAF/SALIS 2003). Das Konzept basiert auf der psychoanalytischen Grundannahme, dass die Kommunikation in Gruppen immer durch unbewusste Anteile geprägt ist. Als Emergenten werden Zeichen während der Bearbeitung einer Gruppenaufgabe verstanden, an denen sich der Sinn der Gruppe verdeutlichen lässt, respektive eine Verschränkung der individuellen und gruppalen Latenz möglich wird. Das können beispielsweise Versprecher, besonders gefühlsbetonte Äußerungen oder auch sehr theatralische Momente in der Gruppe sein.

⁸³ Vgl. die anschließenden Ausführungen zur konkreten Datenauswertung (Kap. 3.3).

interessieren, was gesagt wird, sondern für das, was verdeckt – quasi latent – bleibt und eben gerade nicht gesagt wird.⁸⁴

3.3 Datenerhebung, Datenauswertung und Sample

Datenerhebung: Für die vorliegende Untersuchung wurden leitfadengestützte Interviews mit den Akteuren durchgeführt, welche im Pflegekinderbereich involviert sind: Pflegeeltern, fallführende Sozialarbeitende auf den Jugend- und Familienberatungsstellen, Sozialarbeitende der Fachstelle Pflegekinder, Vertreter der Vormundschaftsbehörde und ehrenamtliche Betreuerinnen von Pflegefamilien. Die erhobenen Daten wurden erstmalig im Rahmen besagter Evaluationsstudie untersucht, in der der Beitrag der Fachstelle Pflegekinder zur Qualitätssteigerung im Pflegekinderbereich untersucht wurde (vgl. Kap. 2.3.3). Für die Evaluationsstudie wurden auch die Leitungspersonen der Jugend- und Familienberatungsstellen telefonisch interviewt; die Gespräche wurden digital aufgenommen, aber nicht transkribiert, sondern nur in Auszügen notiert. Diese Gespräche werden für die vorliegende Untersuchung nicht berücksichtigt, da sie in erster Linie organisatorische Aspekte im Kontext der Evaluation berücksichtigten, die für diese Untersuchung nicht von Relevanz sind. Die Interviews wurden auf schweizerdeutsch geführt und auch auf schweizerdeutsch transkribiert. Zur erleichterten Verständlichkeit wurden die gewählten Interviewauszüge in der vorliegenden Arbeit jeweils ins Hochdeutsche übersetzt.⁸⁵ Angesichts der geplanten Dissertation in diesem Forschungsbereich wurden die Interviews in einer für eine Evaluationsstudie dieser Größenordnung eher ungewöhnlichen Detailliertheit geführt.⁸⁶ Die Daten hatten einen doppelten Zweck zu erfüllen, indem sie einerseits der Beantwortung der Evaluationsfragen zuträglich, andererseits aber genügend narrativ ausgerichtet sein mussten, um als Datenbasis zur vorliegenden qualitativen Untersuchung auszureichen. Dem wurde dadurch Rechnung getragen, dass der Interviewleitfaden zwar eine Strukturierung bot, gleichzeitig aber eine größtmögliche Offenheit für die Themen der interviewten Personen gewährleistete. Die Perspektive beispielsweise der Pflegeeltern wurde entlang der Platzierungsgeschichte eines Pflegekindes und der konkreten

⁸⁴ Für die vorliegende Untersuchung ist anzumerken, dass nicht in erster Linie konkrete Interaktionen untersucht werden, wie das VOGEL (2006) in seiner Untersuchung der Schulsozialarbeit durch die Erfassung von Interaktionsprotokollen gemacht hat, sondern dass vor allem Interviews geführt wurden. Es handelt sich also um eine durch die Interviewsituation geprägte Form der Interaktion.

⁸⁵ Der spezifische Duktus der schweizerdeutschen Mundartsprache wurde bestmöglichst beibehalten, dadurch erlangen die Interviewauszüge bisweilen etwas Befremdliches.

⁸⁶ Mit dem Auftraggeber der Evaluationsstudie wurde vereinbart, dass die erhobenen Daten für Qualifikationsarbeiten verwendet werden dürfen. Neben der vorliegenden Dissertation sind aus der Evaluationsstudie die beiden Lizentiatsarbeiten von Stefania CALABRESE und Verena ODERMATT hervorgegangen (CALABRESE 2011; ODERMATT 2011).

Erfahrungen bei der Rekrutierung und Begleitung als Pflegeeltern erfasst. Dabei wurden sowohl die Beweggründe der Pflegeeltern wie auch der Kontakt mit Behörden und Akteuren der Sozialen Arbeit befragt. So bieten die Interviews ausreichend thematische Fokussierung aber auch narrative Anteile, indem in den Interviews der eigenen Gewichtung der Themen durch die interviewten Personen ausreichend Platz gelassen wurde. Bei den Pflegeeltern wurde aus pragmatischen Gründen ein Einzelinterview mit der Pflegemutter oder dem Pflegevater angestrebt. Konkret ergab sich dann in zwei Fällen (Interview mit der Pflegefamilie Andermatt und Bauer; siehe nachfolgen in der Tabelle 1), dass zum Zeitpunkt des Interviews doch beide Personen anwesend waren oder sich die zweite Person während des Interviews dazu setzte.

Die Interviews wurden durch mich und durch Personen durchgeführt, welche im Rahmen des Evaluationsprojektes mitgearbeitet haben. Jeweils nach den Interviews wurden Erinnerungsprotokolle verfasst, in welchen Notizen über den Kontaktaufbau, zur Interviewatmosphäre, zu den Interaktionen im Interview und zu besonderen Situationen während des Interviews festgehalten wurden. Die Pflegeeltern wurden außerdem aufgefordert, ein Pseudonym für die Transkription anzugeben. Die Interviews fanden zwischen Februar 2008 und März 2009 statt und dauerten in den meisten Fällen rund eine Stunde.

Das konkrete **Sample** dieser Untersuchung besteht aus den *17 Interviews*, die in der anschließenden Tabelle 1 im Überblick aufgeführt werden: Für das Sample wurde insofern eine Auswahl getroffen, dass bei den Sozialarbeitenden und der Vormundschaftsbehörde diejenigen Interviews ausgewählt wurden, die einen ausdrücklichen Bezug zum Pflegekinderbereich auswiesen. Die Gespräche mit den Leitungspersonen der Jugend- und Familienberatungsstellen wurden aus genannten Gründen nicht berücksichtigt. Bei den *7 Pflegefamilien* handelt es sich erstens um nicht-professionelle Pflegefamilien, auch wenn bei einzelnen Pflegeeltern eine pädagogische Ausbildung vorhanden ist. Zweitens werden keine Interviews mit Tagesfamilien oder Tagesmüttern angestrebt, in erster Linie sollten Pflegefamilien interviewt werden, welche die Pflegekinder auf Dauer in die Familie aufnehmen. Für das Sample hat sich ergeben, dass letztlich eine einzelne Pflegefamilie nur als SOS-Pflegefamilie tätig ist. Außerdem hat sich herausgestellt, dass sich diese Unterscheidungen nicht trennscharf durchhalten lassen, da einige der Pflegefamilien als Tagesfamilien begonnen haben oder teilweise noch immer Tages- und SOS-Plätze für Kinder und Jugendliche anbieten. Es werden 6 Interviews mit fallführenden *Sozialarbeitenden* und ein Doppelinterview mit den Sozialarbeiterinnen der Fachstelle Pflegekinder in die Analyse einbezogen. Die Interviews orientieren sich an der Schilderung eines konkreten "Falls" bei der Platzierung in einer Pflegefamilie: Der "Fall" beinhaltet hierbei die Frage nach den involvierten Akteuren und die Darstellung der Entscheidungsprozesse. Es geht

insofern weniger um die Rekonstruktion des Falles als um die Argumentation und Selbstdarstellung als Professionelle in diesem Kontext. In den Interviews mit den *zwei Betreuerinnen* wurde ebenfalls nach den konkreten Erfahrungen mit der Fremdplatzierung in Pflegefamilien und der Rekrutierung und Abklärung von Pflegefamilien gefragt. Bei der *Vormundschaftsbehörde* wurde das Interview mit der Vormundschaftssekretärin geführt. Es handelt sich dabei um die Person, welche die Abläufe im Pflegekinderbereich überwacht. Sie selber hat keine Entscheidungskompetenz, sondern bereitet die Geschäfte für die Vormundschaftsbehörde vor. Auch in diesem Interview wurde nach einem konkreten Fall im Pflegefamilienbereich gefragt.

	Pflegefamilien	InterviewpartnerIn	Pflegefamilien"typ"
1	Pflegefamilie Brigitte	Interview mit Pflegemutter	Dauerpflegefamilie: 1 Pflegekind.
2	Pflegefamilie Andermatt	Interview mit Pflegemutter und Pflegevater	Dauerpflegefamilie: 1 Pflegekind.
3	Pflegefamilie Martin	Interview mit Pflegevater	Dauerpflegefamilie: 1 Pflegekind.
4	Pflegefamilie Hartmeier	Interview mit Pflegevater	Dauerpflegefamilie: 2 Pflegekinder (Zwillinge).
5	Pflegefamilie Zurbuchen	Interview mit Pflegemutter	SOS-Pflegefamilie: 1 Pflegekind
6	Pflegefamilie Bauer	Interview mit Pflegemutter, der Pflegevater ist während dem Interview anwesend.	Dauerpflegefamilie: 1 Pflegekind.
7	Pflegefamilie Müller	Interview mit Pflegemutter	Dauerpflegefamilie: 2 Pflegekinder SOS-Pflegefamilie: 1 Pflegekind

	Sozialarbeitende	Institutionelle Verortung
8	Sozialarbeiter Ammann	Mitarbeiter einer Jugend- und Familienberatungsstelle, der vor der Gründung der Fachstelle die Abklärung der Pflegefamilien übernahm. Er arbeitet in derselben Gemeinde, in der auch die Fachstelle Pflegekinder angesiedelt ist.
9	Sozialarbeiterin Bernard	Mitarbeiterin einer Jugend- und Familienberatungsstelle in einer Gemeinde, die eng mit der Betreuerin Bucher zusammenarbeitet.
10	Sozialarbeiter Cotti	Mitarbeiter einer Jugend- und Familienberatungsstelle einer größeren Gemeinde.
11	Sozialarbeiterin Degen	Mitarbeiterin einer Jugend- und Familienberatungsstelle, die eng mit der Fachstelle Pflegekinder zusammenarbeitet. Sie arbeitet in der gleichen Gemeinde, in der auch die Fachstelle Pflegekinder angesiedelt ist.
12	Sozialarbeiterin Eder	Mitarbeiterin einer Jugend- und Familienberatungsstelle, die mit einer anderen Sozialarbeiterin auf der Jugend- und Familienberatungsstelle zusammenarbeitet, die vor der Gründung der Fachstelle für den Pflegekinderbereich zuständig war.
13	Sozialarbeiterin Frieden	Mitarbeiterin einer Jugend- und Familienberatungsstelle.
14	Sozialarbeiterinnen Riesen und Sanders der Fachstelle Pflegekinder	Mitarbeiterinnen der neu eingerichteten, regionalen Fachstelle.

	Betreuerinnen:	Institutionelle Verortung
15	Betreuerin Bucher	Mitarbeiterin auf einer Jugend- und Familienberatungsstelle als freiwillige Mitarbeiterin im Pflegekinderbereich. Arbeitet mit der Sozialarbeiterin Bernard zusammen.
16	Betreuerin Frei	Die Betreuerin Frei ist vor allem für Tagesfamilien zuständig. Sie wird direkt von einer Jugend- und Familienberatungsstelle begleitet.

	Vormundschaftsbehörde	
17	Vormundschaftssekretärin	Die Vormundschaftssekretärin arbeitet für die Vormundschaftsbehörde auf einer größeren Gemeinde und hat die Funktion, die Geschäfte für die Vormundschaftsbehörde vorzubereiten.

Tabelle 1: Überblick über das Sample

Datenauswertung: Die erhobenen Daten wurden mit der tiefenhermeneutischen Analyse­methode ausgewertet: Es handelt sich bei der tiefenhermeneutischen Vorgehensweise im Sinne KÖNIGS um eine "szenische Fallrekonstruktion", welche für die Interpretationen maßgeblich auf Forschungsgruppen zurückgreift (vgl. KÖNIG 2001, S. 178; vgl. auch das szenische Verstehen nach LORENZER 2006). In dieser Untersuchung wurden vor allem die vorliegenden Texte in Form der erhobenen Interviews analysiert. Es wurde davon ausgegangen, dass die strukturell bedingten Inkonsistenzen zwischen den manifesten und latenten Gehalten des Textes sich durch die Wirkung auf die Interpretationsgruppe im Texterleben der Gruppe, aber auch beim einzelnen Interpreten wiedergeben lassen. In den Emotionen der Interpreten kommt etwas zum Ausdruck, was im Datenmaterial latent gehalten wird; die Interaktionssequenzen aus dem Datenmaterial werden in der Gruppe reaktualisiert. Es wird also versucht, die Latenz im Datenmaterial über die Reaktionen in der Gruppe oder auch beim Einzelnen zum Vorschein zu bringen. Während die objektive Hermeneutik von einer sequenzanalytischen Vorgehensweise ausgeht (vgl. OEVERMANN 2000), legt die Tiefenhermeneutik in der Fallrekonstruktion ein besonderes Gewicht auf die Irritationen und Emotionalitäten, da diese einen Hinweis darauf geben, wo sich ein Gehalt im Datenmaterial verdichtet. BOHNSACK spricht hierbei von Fokussierungsmetaphern (vgl. BOHNSACK 2003). Ausgegangen wird von der Leseform im Sinne der Psychoanalyse, indem die Leserin und der Leser dem Text gegenüber eine gleichschwebende Aufmerksamkeit entgegenbringen. Ziel ist eine zunehmende Verdichtung einer Interpretation. Das theoretische Begreifen einer Fallrekonstruktion vollzieht sich in einem nächsten Schritt über Kontrastierungen der empirischen Fälle, welche über die Theorie vermittelt werden. Der dritte Schritt der Analyse beschäftigt sich mit der Verschriftlichung (vgl. KÖNIG 2001).

Die Auswertung der Daten fand in unterschiedlichen Gruppenkontexten statt: Einerseits in einer Auswertungsgruppe, in welcher anhand des tiefenhermeneutischen Auswertungsverfahrens vorgegangen wurde, andererseits alleine und im Austausch der Interpretationen mit Kolleginnen und Kollegen. In den jeweiligen Auswertungssitzungen wurde eingangs eine Person bestimmt, welche als Beobachterin oder Beobachter den Blick vor allem auf die Dynamiken in der Gruppe warf, ohne sich an der Diskussion zu beteiligen (vgl. BAULEO 1988). Dieser Person kam die Verantwortung zu, die Dynamiken und Interaktionen in der Gruppe zu beobachten und sie gegen Ende der Sitzung in die Gruppe zurückzuspeisen und sie damit der Diskussion zugänglich zu machen. Die Beobachterin oder der Beobachter orientierte sich dabei an folgenden Fragen: Wie entwickelt sich die Diskussion? Welche Emotionalitäten verteilen sich in der Gruppe? Welche Emotionen aus dem Material manifestieren sich in der Gruppe? Und es ging vor allem auch darum, darauf zu achten, welche Deutungen und Interpretationen bei den Diskussionen

rausfallen oder verdrängt wurden. In der Interpretationsgruppe wurden in einer ersten Runde Emotionen, Irritationen und allgemeine Befindlichkeiten formuliert, welche aufgrund der Lektüre der Interviews auftauchen, ohne diese vorschnell zu theoretisieren. In einem zweiten Schritt wurden die Emotionen anhand konkreter Textstellen zwischen den unterschiedlichen Teilnehmenden diskutiert, kontrastiert und die Interpretationen gegebenenfalls verdichtet. Der Heterogenität der Teilnehmenden innerhalb der Interpretationsgruppe kommt damit ein besonderes Gewicht zu, da sich damit die Deutungshorizonte erhöhen lassen. In Anlehnung an HILDENBRAND wurden die objektiven Daten zu Beginn der Interviewanalysen jeweils analytisch ausgewertet und in Form erster Fallstrukturhypothesen der Untersuchung zugrundegelegt.⁸⁷ Diese Fallstrukturhypothesen entwickelten sich im Sinne der Tiefenhermeneutik vor allem über Irritationen und Auffälligkeiten im Datenmaterial. Außerdem wurde während des ganzen Forschungsprozesses ein Forschungstagebuch geführt, anhand dessen die Reinszenierungen von Interaktionssequenzen beobachtbar gemacht werden konnten (vgl. GRAF 2011). Nebst den Interviewdaten und den Notizen aus dem Forschungstagebuch floßen weitere Dokumente in die Analyse ein. Es waren dies zum einen Dokumente, welche mir im Zusammenhang mit der Evaluation der Fachstelle Pflegekinder zur Verfügung gestellt wurden: Hierbei handelte es sich unter anderem um offizielle Papiere, welche die Abläufe und die Kompetenzen im Falle von Fremdplatzierungen regeln. Außerdem sind die rechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe öffentlich zugänglich und wurden – wo sie der Klärung der strukturellen Bedingungen von Pflegefamilien dienen – beigezogen.⁸⁸ In den Analysen der Interviews wurden im Weiteren auch die Erinnerungsprotokolle berücksichtigt, da diese Hinweise auf erste Auffälligkeiten im Datenmaterial geben.

⁸⁷ Deshalb wird in der Analyse der Eingangssequenz ein besonderes Gewicht zugemessen, weil hierbei die Strukturiertheit der familiären Lebenspraxis am deutlichsten zum Ausdruck kommt (vgl. HILDENBRAND 1999).

⁸⁸ Vgl. die Dokumente auf www.lotse.zh.ch [zuletzt besucht: 30.6.2015].

4 Öffentlichkeit und Privatheit aus sozialwissenschaftlicher Perspektive

Öffentlichkeit und Privatheit stellen zentrale theoretische Referenzkategorien moderner Gesellschaften dar, die insbesondere im Zusammenhang mit der sozialen und politischen Beteiligung als Bedingung demokratischer Gesellschaften von hoher Relevanz sind.⁸⁹ Die beiden Kategorien werden in der sozialwissenschaftlichen Diskussion überwiegend als Begriffspaar aufgefasst, um damit einen Hinweis auf deren systematischen Zusammenhang in modernen Gesellschaften anzubringen. Beide Begriffe sind – wenn auch mit unterschiedlichen Konnotationen – normativ besetzt: Öffentlichkeit impliziert eine räumliche Offenheit, die Zugänglichkeit aller und Vorstellungen eines Allgemeinen. Mit Privatheit wird die Vorstellung eines abgeschlossenen Raumes und eines privilegiert Zugänglichen suggeriert. Die beiden Begriffe werden aktuell insbesondere durch die jeweiligen Grenzlinien zwischen den beiden Bereichen thematisch (vgl. RÖSSLER 2001a, S. 12): Sei es beispielsweise durch eine verstärkte Privatisierung des Öffentlichen, indem vornehmlich öffentliche Güter einer ökonomischen Verwertungslogik untergeordnet werden (vgl. ALTVATER 2003) oder aber Intimitäten des Privaten Einzug in den öffentlichen Raum halten, wie das beispielsweise an der Personalisierung der Politik zu beobachten ist (vgl. IMHOF 1999; IMHOF/ROMANO 1996; SENNETT 1986). Dabei wird deutlich, dass die Trennung zwischen den beiden Begriffen trotz der Tendenz zur Ontologisierung nicht trennscharf ist.

Gegenstand dieses Kapitels ist eine historisch-systematische Auseinandersetzung mit dem Begriffspaar vor dem Hintergrund einer sozialwissenschaftlichen Perspektive. Dabei werden in einem ersten Schritt Diskurse über die historische Genese von Privatheit und Öffentlichkeit dargestellt (Kap. 4.1) und ein besonderes Gewicht auf eine allgemeine sozialwissenschaftliche Perspektive gelegt. In einem zweiten Schritt erfolgt eine systematische Auseinandersetzung mit den Begrifflichkeiten entlang unterschiedlicher theoretischer Betrachtungsweisen (Kap. 4.2). Die Darstellung orientiert sich hierbei an den demokratietheoretisch relevanten Modellen des liberalen und deliberativen Verständnisses des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit.

⁸⁹ Etymologisch wird der Begriff "öffentlich" mit "allgemein, allen zugänglich, für alle bestimmt" konnotiert (DUDENREDAKTION 2001, S. 568). Der Begriff "privat" wiederum hat seinen Ursprung etymologisch bei "persönlich; vertraulich, familiär; nicht öffentlich, außeramtlich": Das Adjektiv wurde im 16. Jh. aus lat. Privatus '(der Herrschaft) beraubt; gesondert, für sich stehend; nicht öffentlich' entlehnt, dem Partizipialadjektiv von lat. privare 'berauben; befreien; sondern'. Dies gehört zu lat. privus, 'für sich stehend, einzeln', das als Bestimmungswort in Privileg erscheint" (DUDENREDAKTION 2001, S. 630).

4.1 Diskurse über die historische Genese der Begriffe Privatheit und Öffentlichkeit

Das Begriffspaar Privatheit und Öffentlichkeit geht meistens mit dem aufklärerischen Impetus moderner Gesellschaften einher: Im Verlauf des 18. Jahrhunderts entwickelt sich eine bürgerliche Öffentlichkeit, die sich der absolutistischen Gleichsetzung von Staat und Öffentlichkeit widersetzt (vgl. BENHABIB 2008). Öffentlichkeit als die erkämpfte Möglichkeit der öffentlichen Meinungsbildung und -äußerung setzt sich der staatlichen Allmacht entgegen (vgl. IMHOF/ROMANO 1996) und bedingt gleichsam eine Vorstellung von Privatheit, indem erst private Lebenswelten Widerständigkeiten gegenüber verabsolutierten öffentlichen Strukturen ermöglichen. Die folgenden Ausführungen beinhalten keine umfassende Darstellung der unterschiedlichen Positionen und Analysen im Hinblick auf die Geschichte von Öffentlichkeit und Privatheit, sondern den Versuch, für die vorliegende Untersuchung relevante Diskurse herausarbeiten.⁹⁰

Der Ursprung des Privaten und des Öffentlichen als konkrete lokal definierbare Sphären wird historisch in der *Antike* angesetzt und bezieht sich auf unterschiedliche Lebensweisen wie auch auf die Möglichkeit des Politisierens in dafür vorgesehenen abgegrenzten Räumen: Die Trennung des Privaten und Öffentlichen geht "auf das Athen des Perikles im 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung zurück" (IMHOF 2008, S. 3). Der Marktplatz, die Agora, wird als das Reich der Freiheit verstanden, welcher auf dem Oikos als dem Reich der Notwendigkeit basiert. Die Agora ist allen freien Bürgern gemeinsam und zugänglich, während der Oikos als Sphäre davon getrennt und nur jedem einzelnen zu eigen ist. Der Oikos als das Landgut der besitzenden und damit freien Bürger wird mit dem Privaten gleichgesetzt, zu dem alles gehört, was zur Reproduktion der Gattung benötigt wird, also insbesondere die Arbeit, das Herstellen von Nahrungsmitteln, etc. Das öffentliche Leben wiederum spielt sich auf der Agora ab. Erst im tätigen Leben auf der Agora wird der Mensch in der gemeinschaftlichen Sorge um das Allgemeinwohl seiner Bestimmung gerecht, so die Position von ARISTOTELES in der Nikomachischen Ethik (vgl. ARISTOTELES 1995). Diese Unterscheidung zwischen zwei Orten greift Hannah ARENDT⁹¹ theoretisch auf und bearbeitet sie typisierend hinsichtlich einer Differenzierung zwischen Vita Contemplativa und Vita Activa (ARENDT 2003 (1967)): Das

⁹⁰ Für detailliertere Analysen der historischen Entwicklung von Öffentlichkeit und Privatheit sei beispielsweise auf das Buch von GERHARDT (2012) verwiesen, welcher die These der "Weltöffentlichkeit des Bewusstseins" entwickelt und dabei vom Tatbestand ausgeht, "dass alles auf sachliche Verständigung ausgerichtete Bewusstsein eine *gemeinsame Welt* unterstellt, unter deren Bedingungen die Verständigung allererst möglich wird" (ebd., S. 14).

⁹¹ Hannah ARENDT (1906-1975) gilt als politische Theoretikerin und wird aufgrund ihrer philosophischen Auseinandersetzungen auch als Philosophin diskutiert. Großen Bekanntheitsgrad erlangte ihr Totalitarismusbuch "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" (ARENDT 1986b) und ihr Engagement im Eichmann-Prozess im Jahre 1961 (ARENDT 1986a). Für diese Untersuchung ist vor allem ihr Buch "Vita activa" (2003 (1967)) von Relevanz, da sie darin die Bedeutung von Öffentlichkeit und Privatheit in der modernen Gesellschaft herausarbeitet.

erstrebenswerte Ziel der Vita Contemplativa liegt darin, hinter die ewige Komponente des Daseins zu gelangen. Das Ewige wird repräsentiert durch das Gute, das Wahre und das Schöne. Die Vita Activa wiederum verkörpert die Notwendigkeit der Reproduktion des Lebens und hierbei die drei Lebensweisen des Arbeitens, des Herstellens und des Handelns. Diese drei Lebensweisen stellen menschliche Grundtätigkeiten dar, "weil jede von ihnen einer der Grundbedingungen entspricht, unter denen dem Geschlecht der Menschen das Leben auf der Erde gegeben ist" (ARENDT 2003 (1967), S. 16). Den tiefsten Status menschlicher Tätigkeiten hat das Arbeiten, während das Handeln dem Menschen ermöglicht, Mensch zu werden. Nach ARENDT ist das Handeln neben dem Arbeiten und dem Herstellen in Abgrenzung zu den Überlegungen Karl MARX' die einzige der drei Tätigkeiten, welche den Menschen vom Tier unterscheidet (vgl. VOWINCKEL 2004). "Der Handlungsraum par excellence ist die griechische Agora, auf der alle öffentlichen Angelegenheit [sic!] durch Diskussionen (und Abstimmungen) geregelt werden. Der Raum des Politischen, der als Raum überhaupt erst durch Handlungen konstituiert wird, steht mitsamt seinen Verfallsformen im Zentrum von Arendts Interesse" (VOWINCKEL 2004, S. 61). Das Eindringen von Kategorien aus dem Oikos in die Welt des Politischen muss in der ARENDT'schen Perspektive verhindert werden, da sie zur Zersetzung des Politischen führen würden (vgl. KERSTING 1996, S. 3).⁹² Dem privaten Bereich wird eine Gleichheit der einzelnen Personen als biologische Lebewesen zugeschrieben, die Voraussetzung dafür ist, Differenzen im Öffentlichen aushandeln zu können. Im Raum der Polis ist Zwang und Gewalt abwesend, die Menschen können sich als Gleiche begegnen und als Sprechende handelnd den politischen Raum erschaffen (vgl. BAUHARDT 2009). Dies liefert die Grundlage einer Vorstellung von Öffentlichkeit, welche sich im Gespräch konstituiert. Es handelt sich nach GERHARDT aber bei den griechischen Stadtstaaten auch um real öffentliche Räume, in denen Gottesdienste und letztlich Beratungen stattfinden. "*Agora* ist der Platz, auf dem das Überreden und Überzeugen stattfindet; er bietet den Raum, in dem die Personen zur Beratung (*agore*) versammelt sind. Hier muss etwas die Zustimmung der Versammelten gefunden haben, wenn es als die gemeinsame Handlung Aller [sic!] verstanden werden soll" (GERHARDT 2012, S. 65; Hervorhebungen im Original). Im Gespräch der Bürger miteinander kommen die gesellschaftlich relevanten Dinge zur Sprache, die Aushandlungsprozesse bringen die Themen ans Licht. Im Oikos als Reich der Notwendigkeit erfolgt die Bearbeitung der notwendigen menschlichen Bedürfnisse, die weitgehend Aufgabe von Frauen, Sklaven, Mägden und Knechten bleibt. Somit bleiben die Lebensnotwendigkeiten und wohl auch die Lebensnot der betroffenen Personen dem allgemeinen Blick verborgen, während die Agora den Ort darstellt, an welchem Ruhm erlangt

⁹² Diese These des Verfalls der Öffentlichkeit wird im folgenden Kapitel 4.2 genauer erläutert.

werden kann. Es handelt sich um eine Form der Sklavenhaltergesellschaft, welche es ermöglicht, dass sich eine kleine Minderheit vermögender Männer den allgemeinen gesellschaftlichen Fragen widmet, was nur dadurch funktioniert, dass andere die körperliche Arbeit für diese erledigen und ihnen dadurch den individuellen Freiraum politischer Auseinandersetzungen schaffen.⁹³

Neben der antiken Bezugnahme wird Öffentlichkeit maßgeblich mit der *Entwicklung des modernen Staates* in der Frühneuzeit und der Einführung einer Rechtssprechung verknüpft.⁹⁴ GERHARDT macht allerdings auf den Irrtum aufmerksam, dass Öffentlichkeit noch immer als moderne Zeiterscheinung verstanden wird. Die herrschaftsbedingten Einschränkungen in der Vormoderne sind zwar unbestritten, die Unruhen und Machtkämpfe blieben dem Volk aber nicht verborgen, selbst wenn es noch keine über Bücher, Zeitungen und Debattierclubs vermittelte Öffentlichkeit gab (vgl. GERHARDT 2012, S. 136). Eine kritische Wahrnehmung gesellschaftlicher Umstände ist also auch bereits in vormodernen Gesellschaften möglich. "Im 16. Jahrhundert der Renaissance, der Glaubenspaltung und der Herausbildung des frühneuzeitlichen Staatensystems absolutistischen Zuschnitts treten uns im deutschen Sprachgebrauch im Adverbiale 'öffentlich' bzw. 'öffentlich' – welches aus dem althochdeutschen 'offen' gebildet worden ist – drei Bedeutungsschichten entgegen, die heute noch mitschwingen, wenn von 'Öffentlichkeit' die Rede ist: Erstens der alte Dualismus von *Licht* und *Finsternis*; zweitens die Rede von Zusammenhängen, die 'offensichtlich' im Sinne von *klar* und eindeutig sind; und drittens die neue Verbindung des Terminus 'öffentlich', bzw. 'publicus' mit den sich herausbildenden staatlichen Institutionen, insbesondere der Rechtssprechung. 'Öffentlichkeit' setzt sich damit ab von der Finsternis, vom Unklaren und bloß Geahnten und immer stärker von allem, was als nicht-staatlich betrachtet wird" (IMHOF/ROMANO 1996, S. 114; Hervorhebungen im Original). Der Dualismus von Licht und Finsternis findet sich in religiös fundierten Gesellschaften auch in der Rechtssprechung wieder, indem Verstöße gegen die religiös begründete Moral auszugleichen sind. Die Gerichtsbarkeit hat dabei am hellen Tag stattzufinden: "Das Böse musste am Licht oder eben öffentlich gerichtet werden, damit der finstere Verstoß gegen das Gute vor allen Augen abgegolten wird" (IMHOF/ROMANO 1996, S. 115; Hervorhebungen im Original). IMHOF und ROMANO verbinden die Entwicklung von

⁹³ Diese gesellschaftlichen Bedingungen der Sklavenhaltergesellschaft als Grundlage der hellenischen Unterscheidung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit werden bislang in der Debatte zur Orientierung an antiken Demokratiestrukturen vernachlässigt (vgl. zur Kritik u.a. BENHABIB 1995; DEMIROVIĆ 1991).

⁹⁴ Unter der Frühneuzeit wird die Zeitspanne zwischen dem Ende des 15. Jahrhunderts und dem Übergang zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert verstanden, welche insbesondere mit der Renaissance, also der Wiederaufnahme von Überlegungen aus der Antike, und dem Humanismus einhergeht. Nach MAISSEN umfasst die frühe Neuzeit grob die drei Jahrhunderte, die durch die Entdeckung Amerikas im Jahr 1492 und dem Sturm auf die Bastille im Jahr 1789 gerahmt werden (vgl. MAISSEN 2013, S. 6).

Nationalstaaten mit der Verhinderung der Religionskriege, indem eine Angleichung der Konfessionsgrenzen an die Staatsgrenzen vorgenommen wird (vgl. IMHOF/ROMANO 1996, S. 117). "Um den Krieg aller gegen alle im Innern zu verhindern, muss also die religiös aufgeladene Kollektivmoral der Bürgerkriegsparteien auf das rein *private* Gewissen der Untertanen reduziert werden, die gleichzeitig alle Macht an den Staat delegieren. Die Konzentration aller Macht bei der höchsten öffentlichen – und das bedeutet jetzt: staatlichen – Instanz reduziert die politische Entscheidungsfindung zur bloßen *Staatsraison*, die die politische Macht nur zum Machterhalt nutzt und damit das Politische entmoralisiert" (IMHOF/ROMANO 1996, S. 117; Hervorhebungen im Original).⁹⁵ Das Moralische wird durch die Reduktion auf das private Gewissen politisch funktionslos. Diese absolutistische Staatsstruktur umfasst eine Entpolitisierung des Privaten, während das Öffentliche mit dem Staat gleichgesetzt wird.⁹⁶ Diese absolutistische Gleichsetzung von Staat und Öffentlichkeit zerfällt mit den Revolutionen und der Aufklärung im 18. Jahrhundert. Aus dem Privaten heraus entwickelt sich eine neue Form der politisierten Öffentlichkeit freier und aufgeklärter Bürger, welche sich in einem herrschaftsemanzipierten Raisonement mit den allgemeinen Belangen beschäftigen. Damit schiebt sich eine bürgerliche Öffentlichkeit zwischen das private Leben und die staatliche Herrschaft (vgl. IMHOF/ROMANO 1996, S. 120). Nach KANT setzt eine politisierte Öffentlichkeit die Existenz von Privatheit voraus. "Privatheit – mit der familiären Intimsphäre als ihrem Kern – meint jenen Bereich, in dem Privatleute ihren *privaten* Geschäften nachgehen. Aus dieser Sphäre privater wirtschaftlicher Konkurrenz treten die Privatleute heraus, um nun als *Bürger* in öffentlichem, *vernünftigem* Diskurs über die Belange der Allgemeinheit zu befinden. In diesem Bereich der Öffentlichkeit kristallisiert sich die 'öffentliche Meinung' als ein im herrschaftsfreien Raisonement der *Gleichen* erreichtes 'Zusammenstimmen'" (KANT 1923 (1790), S. 467; Hervorhebungen im Original). Dieses Verständnis der Privatperson basiert auf der Trennung des Bürgers als Citoyen im Staate und als Bourgeois in der bürgerlichen Gesellschaft, wie das in der HEGELSchen Gesellschaftstheorie angelegt ist. "In der Familie geht der Einzelne völlig auf, in der bürgerlichen Gesellschaft ist er Wirtschaftsbürger und Eigentümer und verfolgt eigene Interessen, und im Staat ist er Teil eines Ganzen, das aber als Mitglied aus freien Stücken" (NASSEHI 2008, S. 19). Gerade in diesem Zitat zeigt sich die Trennung zwischen Citoyen und Bourgeois. Der Citoyen als Staatsbürger hat sich Kollektivinteressen unterzuordnen, während

⁹⁵ Diese Thematik des Abtretens individueller Entscheidungsrechte an eine Staatsobrigkeit ist Gegenstand der Vertragstheorien und wurde von Thomas HOBBS im Leviathan beschrieben (vgl. HOBBS 1966). Zu Gunsten der individuellen Selbsterhaltung ordnet der einzelne seinen Willen dem Willen des Leviathan – oder dem der staatlichen Obrigkeit – unter.

⁹⁶ Noch heute drückt ein Restbestand dieser Gleichsetzung von Staat und Öffentlichkeit bei den öffentlich-staatlichen Institutionen (Ämter) und der öffentlichen Landeskirche durch (vgl. IMHOF/ROMANO 1996, S. 118).

der Bourgeois als Wirtschaftsbürger eigene ökonomische Interessen verfolgt. In dieser Unterscheidung manifestiert sich das Spannungspotential zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, welches mit der Konstitution des modernen Staats einhergeht: Der Bürger hat als Wirtschaftsbürger im anbrechenden Kapitalismus unter Bedingungen individueller Privatheit das eigene finanzielle Fortkommen zu bewältigen und sich gleichzeitig als Staatsbürger für die allgemeinen Interessen einzusetzen.

Der Begriff des *Privaten* als *Enteignung des Allgemeinen* geht historisch auf das Phänomen der Enteignung dessen zurück, was allen und damit gleichsam niemandem gehört, und ist damit eng an das Privateigentum geknüpft. Die feministische und marxistische Philosophin Silvia FEDERICI zeigt dies in ihrer historischen Analyse eindrücklich an der Enteignung der Allmende als allgemeiner, öffentlicher Raum auf (vgl. FEDERICI 2012b). Mit dem Begriff der ursprünglichen Akkumulation hatte Karl MARX die gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnung beschrieben, welche die Konzentration von Kapital und Arbeit und die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln beinhaltet (vgl. MARX 1969). Damit einher ging eine Enteignung der Bauern und eine Landenteignung, um die Arbeiter von den Subsistenzmitteln zu trennen und sie vom Geld abhängig zu machen (vgl. FEDERICI 2012b, S. 91). FEDERICI verfolgt in ihrem Buch "Caliban und die Hexe" die These, "dass wir die Veränderungen analysieren müssen, die der Kapitalismus im Prozess der gesellschaftlichen Reproduktion und insbesondere in der Reproduktion der Arbeitskraft herbeigeführt hat, wenn wir die Geschichte der Frauen im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus verstehen wollen. Das Buch untersucht also, wie Hausarbeit, Familienleben, Kindererziehung, Sexualität, Geschlechterverhältnisse und das Verhältnis von Produktion und Reproduktion im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts neu geordnet wurden" (FEDERICI 2012b, S. 9). Das Private impliziert eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse und damit sowohl mit der oben genannten Thematik, was real an allgemeinen Gütern enteignet und privatisiert wird, als auch mit den Lebensentwürfen, welche in der gesellschaftlichen Entwicklung verloren gehen. So spielt die Person der Hexe in FEDERICIS Analyse die Rolle weiblicher Subjekte, welche der Kapitalismus zerstören musste, um damit Widerstände von weiblicher Seite brechen und die Unterwerfung unter das Patriarchat aufbauen zu können. FEDERICI kritisiert die marxistische Perspektive auf den Übergang zwischen Feudalismus und Kapitalismus als eine Fiktion, da der Begriff des Übergangs "die Vorstellung einer allmählichen, linearen historischen Entwicklung hervor[ruft], wo doch die Zeit, auf die er verweist, zu den blutigsten und diskontinuierlichsten der Weltgeschichte zählt" (FEDERICI 2012b, S. 76f.). Sie weist vielmehr darauf hin, dass die unter dem Titel der Hexenjagd im 16. und 17. Jahrhundert verfolgte Vernichtung der widerständigen

Frauen die Vertreibung der europäischen Bauern von den vormals gemeinschaftlich genutzten Ländereien erleichterte (vgl. FEDERICI 2012b, S. 78). Zu den Konsequenzen der Privatisierung gehört, dass sich die Reproduktion der Arbeitskraft vom öffentlichen ins private verlagert: "[...] vom offenen Feld in den Haushalt, von der Gemeinschaft in die Familie, vom öffentlichen Raum (der Allmende, der Kirche) in den privaten" (FEDERICI 2012b, S. 101).

Diesen Aspekt der Privatisierung findet sich auch in der Analyse des amerikanischen Soziologen Richard SENNETT zum "Verfall und Ende des öffentlichen Lebens", wenn auch bezogen auf die Entwicklung der Öffentlichkeit seit dem sogenannten "Ancien Régime" und die Auswirkungen des Industriekapitalismus auf die Stadtöffentlichkeit im 19. Jahrhundert (vgl. SENNETT 1986, S. 36): SENNETTs Hauptthese besteht darin, dass sich eine aus dem Gleichgewicht geratene Privatsphäre und eine leere Öffentlichkeit festmachen lassen, welche das Ende eines langen Prozesses markieren und maßgeblich mit der neuen kapitalistischen, säkularen und städtischen Kultur zusammenhängen (vgl. SENNETT 1986, S. 31). Einerseits besteht ein Privatisierungsdruck, andererseits werden die materiellen Verhältnisse unerkennbar in der Öffentlichkeit. Er konstatiert den Wunsch der Menschen, sich gegenüber den Schocks der Wirtschaft abzusichern und sich davor zu schützen. Die Familie übernimmt hierbei die Funktion eines Schutzwalles. "Im Laufe des 19. Jahrhunderts trat die Familie als Zentrum eines spezifischen nichtöffentlichen Raumes allmählich zurück und wurde immer mehr zu einer idealistischen Zufluchtsstätte, einer völlig eigenständigen Welt, die der öffentlichen Sphäre moralisch überlegen war. Die bürgerliche Familie wurde als eine Lebensform idealisiert, in der Ordnung und Autorität unangefochten waren, in der sich materielle Sicherheit mit ehelicher Liebe verbinden konnte und in der der Umgang der Familienmitglieder miteinander den prüfenden Blick von außen nicht zuließ" (SENNETT 1986, S. 36). Die Familie wurde moralisch aufgeladen und damit zum sittlichen Vorbild. Das öffentliche Leben erschien dem gegenüber als moralisch fragwürdig. Die Wirkung des Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert war die Aushöhlung des öffentlichen Lebens als moralisch legitime Sphäre (vgl. SENNETT 1986, S. 39). Die Privatisierung lässt sich als die Reduktion des Öffentlichen als der Ort und die Möglichkeit verstehen, mit "Fremden auf eine emotional zufriedenstellende Weise umzugehen und doch Distanz zu ihnen zu wahren" (SENNETT 1986, S. 35). Die Öffentlichkeit verliert damit ihre kritische Funktion eines Raumes gemeinsamer Auseinandersetzungen um allgemeine Belange. Was die Menschen aber durch den Wegfall des "Fremden" im öffentlichen Raum verlieren, suchen sie verstärkt im Bereich der Intimität. Es besteht eine Komplementarität zwischen dem Absterben des öffentlichen Raumes und einer Veröffentlichung des Privaten: "Wenn etwa eine Person glaubt, sich in der Öffentlichkeit vor der Beobachtung durch andere mit Schweigen und Isolation schützen zu

müssen, dann wird sie das kompensieren, indem sie sich gegenüber denen, mit denen sie in Berührung kommen will, entblößt" (SENNETT 1986, S. 30). Der Zerfall des öffentlichen Lebens hat auch deformierende Auswirkungen auf die intimen Beziehungen, "die nun sämtliche Interessen der Menschen mit Beschlag belegen" (SENNETT 1986, S. 19). Die Reduktion der kritischen Öffentlichkeit geht allerdings einher mit der Entwicklung von Wissenschaft und Forschung, welche eine neue öffentliche Sphäre schaffen. IMHOF und ROMANO sprechen in Anlehnung an SENNETT von der Wissenschaft als "semiautonomer Sphäre" (vgl. IMHOF/ROMANO 1996, S. 236ff.), welche es neben der Kunst und der Religion ermöglicht, neue Diskurse gegenüber den vorherrschenden Verhältnissen einzuführen.

4.2 Systematische Perspektive auf das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit einer systematischen Auseinandersetzung mit Öffentlichkeit und Privatheit unter Berücksichtigung der einschlägigen theoretischen Positionen. Hier werden das liberale und deliberative Verständnis von Öffentlichkeit und Privatheit aufgegriffen, mittels denen sich die in dieser Arbeit vorliegenden Problematisierung des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit verdeutlichen lässt. Im Kontext von Demokratietheorien erfolgt die Systematisierung des Öffern entlang der drei Modelle des republikanischen, liberalen und deliberativen Demokratieverständnisses. Für die folgenden Überlegungen wird das republikanische Modell als theoretische Basis des deliberativen Modells mitgeführt und an entsprechenden Stellen eingebaut.⁹⁷

Privatheit und Öffentlichkeit aus der liberalen Perspektive

Im liberal-demokratischen Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit wird von negativen Freiheitsrechten als Grundlage des menschlichen Handelns ausgegangen (vgl. TAYLOR 1988). Diese Freiheitsrechte garantieren eine selbstgewählte Lebensführung innerhalb der liberal-demokratischen Grenzen und sind auf den "spezifischen Schutz der privaten Person im sozialen Raum angewiesen" (RÖSSLER 2001a, S. 147). Das Menschenrecht auf Freiheit, Leben und Eigentum soll durch die liberale Verfassung nicht zuletzt auch gegenüber der Willkürlichkeit des Staates verteidigt werden. Dem Begriff des *Privaten* lässt sich aus einer liberalen Perspektive nicht nur einen deskriptiven, sondern auch einen stark normativen Gehalt zuschreiben. Der Schutz des Privaten ist oberste Maxime des Liberalismus. Der liberale Begriff der Privatheit ist durch die Widersprüchlichkeit geprägt, dass er sowohl das Verständnis der privaten Freiheit als

⁹⁷ Eine andere Systematisierung liefern beispielsweise JURCZYK und OECHSLE, welche disziplinäre Perspektiven auf Privatheit entlang der Geschichtswissenschaft, der Politik-, Rechtswissenschaft und (Sozial-)Philosophie, der Soziologie und der Medienwissenschaft beiziehen (vgl. JURCZYK/OECHSLE 2008a, S. 12-26).

die Vorstellung beinhaltet, das Leben nach den eigenen Präferenzen bezüglich eines guten Lebens führen zu können, wie auch mit einer geschlechtsspezifischen Konnotation von Lebensführung einhergeht, die dem Privaten vorwiegend den familiären Bereich zuordnet (vgl. RÖSSLER 2001a, S. 44). Für die liberale Theorie ergibt sich der Widerspruch, dass die liberalen Freiheitsrechte grundlegend für alle Personen zu gelten haben, dass aber gleichsam von quasi-natürlichen Differenzen entlang der Geschlechterkategorie ausgegangen wird. In diesem Zusammenhang besteht ein Spannungsverhältnis zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, das Richard RORTY mit der Frage verdeutlicht, wie sich Selbsterschaffung und Gerechtigkeit zusammenbringen lassen. "Das Vokabular der Selbsterschaffung ist zwangsläufig privat, wird von niemandem geteilt, ist ungeeignet zur Argumentation. Das Vokabular der Gerechtigkeit ist zwangsläufig öffentlich, wird von vielen geteilt, ist Medium für den Austausch von Argumenten" (RORTY 1992, S. 13). Private Erfüllung und öffentliche Solidarität können also nicht aus den gleichen Quellen entstammen. In Anlehnung an das liberale Modell von John Stuart MILL (MILL/BORRIES 1969) wird bei RÖSSLER mit RORTY (1992) die Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre als diejenige eingeführt, in der "zwischen der öffentlichen Sphäre der liberalen Gerechtigkeit einerseits, in der die bürgerlichen Freiheiten gesichert werden und in der möglichst für soziale Gerechtigkeit, für, wie Rorty sagt, Frieden und Wohlstand, gesorgt wird, und der privaten Sphäre andererseits, in der sich die Freiheit zur je individuellen Lebensführung als Selbsterschaffung verwirklicht" (RÖSSLER 2001a, S. 150). Es obliegt im liberalen Sinne den staatlichen Institutionen, einen rechtlichen Rahmen zur individuellen Selbsterschaffung zu gewährleisten.

Das liberale Verständnis von privat und öffentlich hat sich in bürgerlichen Gesellschaften auf vielerlei Ebenen durchgesetzt: Dies gilt insbesondere für die Vorstellung eines privaten Raums, welcher als Gewähr für eine frei und autonom gewählte Lebensführung verstanden wird, gegenüber einem Raum öffentlicher Debatten und politischer Entscheidungsfindungsprozesse. Mit dem Privaten geht in liberalen Gesellschaften insofern ein normatives Verständnis einher, dass die Privatheit als Basis der Entwicklung individueller Autonomieentwicklung verstanden wird, von dem in ganz unterschiedlichen Kontexten gesprochen wird: Im Falle der individuellen Religionsausübung, bei persönlichen Daten, bei der Kleidungswahl oder beispielsweise der Berufswahl. Geprägt sind alle Bereiche, die man als Privatsache bezeichnet, durch die Kontrolle des Zugangs (vgl. RÖSSLER 2001a); "als privat gilt etwas dann, wenn man selbst den Zugang zu diesem 'etwas' kontrollieren kann" (RÖSSLER 2001a, S. 23). Die Entwicklung einer freien Lebensführung ist nur zu gewährleisten, wenn geschützte private Bereiche und Dimensionen des Lebens vorhanden sind (vgl. RÖSSLER 2001a). Hierbei spielen nach RÖSSLER drei Aspekte eine

zentrale Rolle; erstens die Möglichkeit der eigenen Entscheidungen über die individuelle Lebensführung, zweitens die Bestimmung über den Zugang zu Informationen über die eigene Person und drittens die Möglichkeit einer räumlichen Privatheit. Analytisch geht RÖSSLER von einer weiteren Differenzierung aus: Das liberale Privatheitsverständnis umfasst einerseits die rechtlich-konventionelle Dimension, welche auf subjektiven Freiheitsrechten basiert und eine demokratisch legitimierte Übereinkunft beinhaltet, wo die Grenze zwischen privat und öffentlich zu setzen ist (vgl. RÖSSLER 2001a, S. 45f.). Andererseits wird neben dem rechtlichen Aspekt die zweite Dimension von Privatheit unterschieden, die quasi-natürliche. "Hier bedeutet das Private die Sphäre, in der die Familienarbeit, die 'Beziehungsarbeit' generell stattfindet, und überhaupt die psycho-physische Versorgung der Personen des liberaldemokratischen Staates" (RÖSSLER 2001a, S. 46).⁹⁸ Die sogenannte *dezisionale Privatheit* beinhaltet nach RÖSSLER den Anspruch auf die Entscheidungshoheit bei der autonomen Lebensgestaltung. "Die Idee einer selbstbestimmten Lebensweise zieht also in alle sozialen Beziehungen eine Grenzlinie ein, diesseits deren ein Einmischen zurückgewiesen werden kann" (RÖSSLER 2001a, S. 155). Der öffentliche Raum wird dabei durch eine notwendige Distanz zur Aufrechterhaltung der Nicht-Einmischung in die dezisionale Privatheit beschrieben. Was im öffentlichen Raum thematisch werden darf, hängt maßgeblich mit dem liberalen Freiheitsrecht der Meinungsfreiheit, aber auch mit der dezisionalen Privatheit zusammen, sich beispielsweise gewisse Kommentare nicht anhören zu müssen. "Und die Trennlinien zwischen dem, was als *öffentlich*, und dem, was als *privat* zu gelten hat [...], sind häufig geschlechtsspezifisch und –hierarchisch kodiert und billigen so den Geschlechtern unterschiedliche Möglichkeiten der Selbstdarstellung im öffentlichen Raum zu" (RÖSSLER 2001a, S. 159; Hervorhebungen im Original). Die hierbei zentrale Frage richtet sich danach, wie radikal die einzelne Person ihr eigenes Leben, ihre eigene Lebensführung gegenüber den anderen Personen abheben kann. Die *informationelle Privatheit* beinhaltet zweitens die Kontrolle über das Wissen, über welches andere Personen über einen selber verfügen können. Damit wird der Zugang zum Wissen über die eigene Person kontrolliert. Das Verhalten der Personen ist maßgeblich dadurch geprägt, dass davon ausgegangen wird, dass sie von niemandem beobachtet werden. Die selbstbestimmte Darstellung gegenüber anderen Personen wird durch diese Beobachtung, die den Personen nicht bewusst ist, eingeschränkt; "der Schutz informationeller Privatheit ist deshalb so wichtig für Personen, weil es für ihr Selbstverständnis als autonome Personen konstitutiv ist, (in ihr bekannten Grenzen) Kontrolle

⁹⁸ Diese Sphäre wird – ausgehend von der Vorstellung einer Natürlichkeit der Zuordnung von Aufgaben – als Hort der Ruhe verstanden und der Frau und Mutter zugeschrieben. RÖSSLER verdeutlicht die kategoriale Unterscheidung zwischen diesen beiden Dimensionen dadurch, dass "etwa die Frage von Religionsfreiheit als "Privatsache" auf der einen Seite und die der Verbundenheit von Frauen und privater Kindererziehung auf der anderen Seite nichts miteinander zu tun haben" (RÖSSLER 2001a, S. 46).

über ihre Selbstdarstellung zu haben, also Kontrolle darüber, wie sie sich wem gegenüber in welchen Kontexten präsentieren, inszenieren, geben wollen, als welche sie sich in welchen Kontexten verstehen und wie sie verstanden werden wollen" (RÖSSLER 2001a, S. 209). Ohne die Aufrechterhaltung der Kontrolle über das, was die anderen Personen über einen selber wissen, sind die Bedingungen autonomen Handelns nicht gegeben, weil die Person gegebenenfalls unter falschen Annahmen handelt und nicht sicher sein kann, ob sie getäuscht wird. Damit ist die Authentizität im individuellen Handeln als äußere Bedingung von Autonomie nicht gegeben: Die Erwartungshorizonte sind nicht mehr deutlich ausgesteckt, das Handeln wird verunsichert. "Wenn man [...] nicht mehr von der Kontrolle über die informationelle Selbstbestimmung ausgehen kann und davon, nicht (permanent) beobachtet zu werden; wenn man sich folglich (permanent) darstellen muss, als werde man beobachtet: dann bedeutet dies einen Verlust an Autonomie im Sinne der Authentizität des Verhaltens, da das eigene Verhalten immer zugleich ein Verhalten *als ob* wäre, ein entfremdetes Verhalten, weil es sich nicht mehr an der selbstbestimmten Diversität von Beziehungen orientieren könnte, ein entfremdetes Verhalten, weil es sich nicht mehr einer Kontrolle über die eigenen Selbstdarstellungen verdanken würde" (RÖSSLER 2001a, S. 233; Hervorhebung im Original). Rössler definiert informationelle Privatheit im Zusammenhang mit unbestimmten anderen als relevant für die liberale Demokratie, weil diese auf autonome, respektive auf sich als autonom verstehende Subjekte angewiesen ist. Die *lokale Privatheit* als dritter Aspekt beinhaltet dasjenige, was bisweilen als Kernmoment des Privaten interpretiert wird. "Hier geht es also um die Privatheit des Hauses, der Wohnung, des Zimmers und damit auch um die Privatheit persönlicher Gegenstände, die jedenfalls auch die Privatheit der Räume mitkonstituieren" (RÖSSLER 2001a, S. 255). Mit dem Begriff der Selbstdarstellung als Verhältnis zu sich selbst "verweist [die Autorin] darauf, dass Personen in unterschiedlichen Beziehungen und Kommunikationen immer auch unterschiedliche Rollen spielen wollen, auf unterschiedliche Weise ein Selbst darstellen, so dass man umgekehrt davon ausgehen muss, dass es Rückzugsmöglichkeiten gibt, in denen solcherlei Selbstdarstellung nicht nötig ist, und mehr noch: in denen gleichsam Rollen für die Formen von Selbstinszenierung erprobt werden können, ohne dass damit übrigens schon behauptet werden müsste, dass Personen allein dann authentisch sind, wenn sie keinerlei Rollen anderen gegenüber präsentieren" (RÖSSLER 2001a, S. 262). In liberalen Demokratien wird nach Rössler davon ausgegangen, dass Menschen unterschiedliche Rollen wahrnehmen können, je nachdem, ob sie sich beispielsweise gerade als Familienmutter oder Staatsbürgerin begreifen (vgl. RÖSSLER 2001a, S. 335). Als zweiten Aspekt wird mit dem Konzept der *Selbsterfindung* darauf hingewiesen, dass individuelle Prozesse des Werdens darauf angewiesen sind, "sich so mit sich

selbst zu konfrontieren, dass man sich in der Tat vor jeglichem Blick eines anderen geschützt wissen kann" (RÖSSLER 2001a, S. 263). Die lokale Privatheit liefert eine normative Grundlage hinsichtlich eines räumlichen Rückzugsortes, mit sich allein zu sein und so autonom und authentisch wie möglich danach "zu suchen, was man will und 'wer man sein möchte'" (RÖSSLER 2001a, S. 304).

Diese spezifische Auslegung des liberalen Modells von Privatheit wurde unter anderem aus der Perspektive der Diskursanalyse kritisch beleuchtet. Stellvertretend sei hier Raymond GEUSS erwähnt, welcher seine Kritik am Liberalismus dahingehend formuliert, dass er die scheinbare Neutralität des liberalen Denkens und des liberalen Vokabulars in Frage stellt (vgl. GEUSS 2002): Aus einer diskursanalytischen Kritik steht nicht die klare Definition dessen im Vordergrund, was als privat zu verstehen ist, sondern vielmehr die Praxis und die darin enthaltenen Implikationen, die mit der Unterscheidung zwischen privat und öffentlich einhergehen. Geuss formuliert die These, "dass es nicht *eine* einzige klare Unterscheidung zwischen öffentlich und privat gibt, sondern vielmehr eine Reihe überlappender Gegensätze, und dass der Unterscheidung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten daher nicht die Bedeutung beigemessen werden sollte, die ihr oft zugeschrieben wird" (GEUSS 2002, S. 17; Hervorhebung im Original). Er arbeitet mehrere Bedeutungen der Unterscheidung zwischen öffentlichen und privat heraus, die erstens von der Idee ausgehen, "dass manche Dinge (besonders Charakteristika von uns selbst oder von Handlungen) bei anderen Anstoß erregen könnten, so dass wir versuchen sollten, sie für uns zu behalten und keinesfalls der Kenntnis anderer aufzudrängen" (GEUSS 2002, S. 95). Zweitens geht mit der Unterscheidung die Definition von Interessen von Einzelpersonen oder Gruppen gegenüber der Allgemeinheit einher und drittens beschreibt GEUSS die Ontologisierung, die mit dem Begriff des Privaten einhergeht. Vor dem Hintergrund RÖSSLERS Überlegungen lässt sich ein Grundproblem des liberalen Verständnisses von Privatheit und Öffentlichkeit dahingehend formulieren, dass von einem Recht auf Privatheit ausgegangen und damit eine klare Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit gesetzt wird. GEUSS bezweifelt nicht, dass es berechtigterweise Dinge geben kann, die privat sind, vielmehr kritisiert er die Annahme einer übergreifend geltenden substantiellen Unterscheidung. Es müsste vielmehr um die Rekonstruktion dessen gehen, "wozu" die Unterscheidung dient (vgl. GEUSS 2002, S. 125). Gegenüber der Position RÖSSLERS, dass Autonomie als Prämisse quasi gesetzt wird, lässt sich die Forderung formulieren, zu schauen, wie Autonomie hergestellt wird und welche Inhalte mit dem Argument der Autonomie als privat definiert werden. GEUSS beschreibt es im Kontext politischen Handelns als einen "Fehler, die Frage 'Warum sollten wir uns darin nicht einmischen?' damit zu beantworten, dass man sagt: 'Weil es privat ist', und dann meint, dies sei

ganz offenkundig das Ende der Diskussionen. Denn dies besagt für sich genommen lediglich und überdies in tautologischer Weise, wir sollten uns nicht einmischen, weil es sich um etwas handelt, von dem wir glauben, es vertrage keine Einmischung" (GEUSS 2002, S. 126; Hervorhebung im Original). Aus einer kritischen diskursanalytischen Perspektive geht es um die Rekonstruktion der vorgenommenen Unterschiede im Diskurs, respektive um die Frage, wie und bei welchen Themen Differenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit eingeführt werden. Als Beispiel lässt sich die Unterscheidung zwischen der staatlichen Kontrolle von Schwangerschaftsabbrüchen und der Privatisierung öffentlicher Dienste wie der Post erwähnen. Während Schwangerschaft als intime Begebenheit dem Privaten zugeordnet wird, erscheint die Legitimation des Schwangerschaftsabbruchs als eine öffentlich relevante Angelegenheit, die politisch geklärt und bestimmt werden muss. Entscheidend sind also die Unterschiede, die zur Begründung eingeführt werden, weshalb bestimmte Phänomene als privat, anderen hingegen als von öffentlichem Interesse bestimmt werden. Der Schutz des Individuums vor dem Privaten rückt hierbei in den Vordergrund, während im Falle der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungsbetriebe mit der Abwehr staatlicher Kontrolle zugunsten eines selbstregulierten Marktes argumentiert wird.

Privatheit und Öffentlichkeit aus der deliberativen Perspektive

Das deliberative Modell stellt eine Antwort auf die einseitige Gewichtung der Volkssouveränität, wie sie der republikanischen Position zugrunde liegt, oder der negativen Freiheitsrechte des Liberalismus dar. Vertreter dieser theoretischen Position, zu denen sich unter anderen John RAWLS und Jürgen HABERMAS zählen lassen, gehen von einem Zusammenhang zwischen liberalen Werten und Demokratie aus.⁹⁹ Das Modell geht hierbei davon aus, dass sich in demokratischen Prozessen Zustimmung finden lässt, die sowohl den liberalen Freiheitsrechten als auch der demokratischen Legitimität entspricht, wie sie über die Annahme des souveränen

⁹⁹ Das republikanische Modell des Öffentlichen und Privaten basiert auf dem Verständnis einer Staatsform, bei welcher das Volk die höchste ausübende Gewalt innerhalb des Staates darstellt. Der Begriff des Republikanismus leitet sich ab vom lateinischen Begriff "res publica" ("öffentliche Sache") und umfasst eine Position der politischen Philosophie, welche auf Jean-Jacques ROUSSEAU zurückgeht (vgl. ROUSSEAU 2006 (1762)). Den Bürgerinnen und Bürgern wird die Funktion zugeschrieben, als Souverän die allgemeinen Belange in einem gemeinsamen Willensbildungsprozess im öffentlichen Raum zu klären (vgl. MARTI 2006). Die Volkssouveränität stellt das unhintergehbare Prinzip demokratischer Prozesse im Sinne des Republikanismus dar, die Bürgerinnen und Bürger können sich dabei nicht vertreten lassen (vgl. GRAF/GRAF 2008). Der Republikanismus basiert auf der oben genannten Bestimmung des Bürgers als Citoyen (Staatsbürger), welcher als Teilhaber des Souveräns Initiator der staatlichen Gesetze ist. Das republikanische Modell geht von der Annahme aus, dass sich die Staatsbürger den Gesetzen zu unterwerfen haben, deren Urheber sie gleichsam sind. In diesem Sinne kann es möglich sein, dass der Mensch einen besonderen Willen hat, "der dem allgemeinen Willen [volonté générale, ts], den er als Staatsbürger [citoyen, ts] hat, zuwiderläuft oder mit dem er doch nicht überall in Einklang steht" (ROUSSEAU 2006 (1762), S. 47). Damit wird im Sinne Rousseaus vorausgesetzt, dass der einzelne Mensch in der Lage ist, von seinen eigenen Bedürfnissen gegenüber den gesellschaftlichen Erfordernissen an seine Rolle als Staatsbürger zu abstrahieren.

Volkes gewährleistet wird. Ein Bezugspunkt ist die Theorie Hannah ARENDTS, indem dem Handeln und Sprechen in einem herrschaftsfreien Raum eine zentrale Bedeutung als Ort des Politischen zugesprochen wird. HABERMAS positioniert sich mit seiner diskurstheoretischen Konzeption einer deliberativen Demokratie zwischen der liberalen und republikanischen Orientierung, indem er die Volkssouveränität und die Menschenrechte als gleichursprünglich gewichtet, ohne das eine gegenüber dem anderen vorzuziehen (vgl. HABERMAS 1992; HABERMAS 1996 (1992); HABERMAS 2001). *Öffentlichkeit* umfasst nach Habermas diejenige Sphäre, welche zwischen Ökonomie und Staat vermittelt und dem Publikum die öffentliche Meinungsbildung ermöglicht (vgl. HABERMAS 1973 (1964), S. 62). Öffentlichkeit wird gegenüber feudalistischen Strukturen als der Ort raisonnierender Privatleute zur Klärung allgemeiner gesellschaftlicher Belange verstanden und geht als "demokratisches Ideal" (RITTER 2008) mit der Gestaltung einer *privaten Sphäre* einher. Das deliberative Moment in der Theorie HABERMAS' liegt in der Institutionalisierung des Diskursprinzips in Form der verfassungsrechtlichen Sicherung der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer mit politischen Mitteln auf sich selbst einwirkende Gesellschaft. Entsprechend muss, "wenn die deliberative Kompetenz der Bürger zum Tragen kommen soll, mit der privaten Freiheit gleichzeitig ihre öffentliche Autonomie als Mitglieder eines Gemeinwesens gegeben sein. In dieser Gleichursprünglichkeit [der liberalen Freiheitsrechte und der republikanischen Souveränität der Bürgerinnen und Bürger, ts] besteht Habermas zufolge das normative Selbstverständnis des demokratischen Rechtsstaates" (MÜLLER-DOHM 2008, S. 98).

Eine Auseinandersetzung mit der angesprochenen Zerfallsthese ARENDTS (vgl. Kap. 4.1) ermöglicht eine kritische Diskussion von Grenzen und Möglichkeiten des deliberativen Verständnisses von Privatheit und Öffentlichkeit und der zugrundeliegenden republikanischen Perspektive: ARENDTS Kernargument zielt darauf ab, dass die Errungenschaft des öffentlichen Raums, in welchem Handeln als höchste menschliche Tätigkeit ermöglicht wird, durch den Aufstieg des Gesellschaftlichen bedroht wird. Seyla BENHABIB interpretiert den Aufstieg des Gesellschaftlichen dahingehend, dass "Hannah Arendt darin die institutionelle Binnendifferenzierung moderner Gesellschaften in den politischen Bereich im engen Sinn einerseits, die Wirtschaft (den 'Markt') und die Familie andererseits [behandelt]. Als Folge dieser Veränderungen hätten sich wirtschaftliche Prozesse verselbständigt, die vorher im 'Dunkel des Hauses' abliefen, und seien so zu öffentlichen Angelegenheiten geworden. Derselbe historische Prozess, der den modernen Verfassungsstaat hervorgebracht habe, bringe auch 'die Gesellschaft' hervor, jenen Bereich sozialen 'Zusammenhandelns', der sich zwischen den 'Haushalt' und den politischen Staat schiebe [...] Die Ausweitung dieses Bereichs bedeutete

zugleich das Verschwinden der 'allgemeinen', der gemeinschaftlich getragenen Sorge um die politische Gemeinschaft, die *res publica*, aus den Köpfen und Herzen der Menschen. Arendt sieht in diesem Prozess die Verdrängung des Politischen durch das Gesellschaftliche, die Verwandlung des öffentlichen Raums in einen Raum, in dem die einzelnen nicht mehr wirklich 'handeln', sondern 'sich nur mehr verhalten' – als Erzeuger in der Wirtschaft, als Konsumenten und Großstädter" (BENHABIB 1995, S. 97f.; Hervorhebung im Original). Nach BENHABIB handelt es sich um den phänomenologischen Versuch, die ursprüngliche Bedeutung von Politik und die verloren gegangene Unterscheidung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten zu rekonstruieren (vgl. BENHABIB 2006, S. III). Die im Buch "vita activa" (ARENDT 2003 (1967)) dargestellte Verfallsgeschichte erscheint als eine Darstellung des Niedergangs der politischen Öffentlichkeit und des Aufstiegs einer gesellschaftlichen Sphäre der Wirtschaftstätigkeit und der bürokratischen Herrschaft. "Die Moderne war für Arendt keine nahtlose historische Entwicklung, sondern ein Prozess voller Widersprüche. Die universalistischen Versprechen der Aufklärung, der verschiedenen bürgerlichen Revolutionen, der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte standen wiederholt in einem Spannungsverhältnis zu den Formen partikularistischer Identität" (BENHABIB 2006, S. 13). Es gilt den normativen Gehalt der Öffentlichkeit als ein demokratisches Kriterium zu bewahren: "Hannah Arendts Werk hat uns in aller Schärfe daran erinnert, dass die Öffentlichkeit als ein regulatives Ideal für die demokratische Form von Selbstverwaltung nicht nur eine soziologische Größe ist, sondern eine Norm und ein Prinzip darstellt, in deren Namen wir die Fairness von Ergebnissen, die Vernünftigkeit von Entscheidungen und die Klugheit von Beratungen kritisieren können" (BENHABIB 2006, S. 325).

In diesem Zusammenhang lässt sich die Position BENHABIBS hervorheben, die das deliberative gegenüber dem liberalen und republikanischen Modell insofern als überlegen einschätzt, dass es auch die normativen gesellschaftlichen Grundlagen dem Diskurs mündiger Menschen zuführt: "Die diskursive Theorie der Legitimität und der Öffentlichkeit geht somit über die traditionelle Gegenüberstellung von Mehrheitspolitik und liberalen Garantien der Grundrechte und Grundfreiheiten in dem Maß hinaus, in dem die normativen Diskursbedingungen anfechtbare Spielregeln darstellen – unter der Voraussetzung, dass sich die Beteiligten grundsätzlich bereit erklären, sich nach den Spielregeln zu richten, das heißt, sich überhaupt auf das Spiel einzulassen" (BENHABIB 1995, S. 121). Sowohl die Legitimität von gesellschaftlichen Normen wie auch die für deren Entwicklung zur Verfügung stehenden institutionellen Rahmenbedingungen können nur über einen praktischen Diskurs hergestellt werden. "Öffentlichkeit entsteht überall dort und immer dann, wenn alle von allgemeinen

gesellschaftlichen und politischen Handlungsnormen Betroffenen an einem praktischen Diskurs teilnehmen, indem sie die Gültigkeit dieser Normen beurteilen" (BENHABIB 1995, S. 118). Öffentlichkeit liefert – analog zur Theorie Hannah ARENDTS – eine normative Referenz politischer Entscheidungsfindungen. BENHABIB grenzt sich aber mindestens in einem Punkt von HABERMAS' Diskursethik als Basis des deliberativen Modells ab, indem sie die einseitige Orientierung am rationalen Dialog in Frage stellt, da emotionale und affektive Momente des moralischen Urteilens ausgeklammert werden (vgl. BENHABIB 1995, S. 66ff.). Sie setzt den Überlegungen HABERMAS' in Anlehnung an ARENDT ein narratives Modell entgegen, welches sich gegenüber dem kommunikativen Handeln nicht an gelingender Verständigung unter Konversationspartnern orientiert, sondern ein Handeln versteht, "das in ein 'Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten und in ihm dargestellter Geschichten' eingebettet ist" (BENHABIB 2006, S. 202). Sie kritisiert, dass sich der rationale Kern so eindeutig nicht aus den Sprechakten herauslösen lässt, "wie Habermas es gern sähe und wie er es mit seinem Begriff der Geltungsansprüche zu tun versucht" (BENHABIB 2006, S. 202). Vielmehr ist das Leben immer schon geführt, das individuelle moralische Urteilen "[...] ist koextensiv mit dem Beziehungsgeflecht der sozialen Interaktion in der Lebenswelt ganz allgemein" (BENHABIB 1995, S. 136f.).¹⁰⁰ Gegenüber der Diskursethik von HABERMAS, die sich am Konsens orientiert, bezeichnet BENHABIB das gegenseitige Verständnis als Ziel des Diskurses. Es besteht insofern eine stärkere Orientierung am Konsens als Prozess und nicht als Endziel des kommunikativen Handelns (vgl. BENHABIB 1995, S. 51). Mit der Kritik an der rationalen Orientierung geht die Frage einher, wer durch diese Orientierung aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen wird. Aus einer feministischen Perspektive wird die Thematisierung von Verwundbarkeit als Teil von Öffentlichkeit problematisiert. Das Thematisieren von Verwundbarkeit oder Schwäche wird ins Private verbannt und kann nur erschwert Gegenstand der Öffentlichkeit werden. So weist Judith BUTLER darauf hin, dass durch die Abtrennung eines privaten Bereichs private Bedürfnisse und die entsprechenden Emotionen nur beschränkten Eingang in die öffentlichen Debatten finden, da dieser Bereich nicht zum Bereich der Politik gerechnet wird. "Vielmehr ist dieser Bereich der Entrechtung, der unbezahlten Arbeit und des kaum lesbaren oder unlesbaren Menschen dasjenige, was Politik voraussetzt und zugleich ausschließt" (BUTLER/SPIVAK 2007, S. 15). BUTLER kritisiert das Öffentlichkeitsverständnis insbesondere dahingehend, dass die Frage des Ausschlusses, respektive der Zugehörigkeit zu wenig Berücksichtigung findet. "Kann Öffentlichkeit je als solche konstituiert werden ohne eine bestimmte Bevölkerung, die auf das

¹⁰⁰ Die diesbezüglichen Ausführungen finden sich bei ARENDT im Kapitel 25 mit dem Titel "Das Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten und die in ihm dargestellten Geschichten" (vgl. ARENDT 2003 (1967), S. 222ff.).

Private und demzufolge das Vor-Politische zurückverwiesen wird, und ist dies nicht für jede radikale demokratische Vision von Politik radikal unannehmbar?" (BUTLER/SPIVAK 2007, S. 19).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es sich beim Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit um eine auf die Antike zurückgehende Trennung zweier Sphären handelt, denen unterschiedliche Funktionen zugeschrieben werden. Es handelt sich allerdings nicht um ontogenetische Konzepte, sondern vielmehr ist die Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit Resultat politischer Prozesse und vorherrschender sozialer Verhältnisse. Es ist abhängig von den hegemonialen Strukturen, welche Themen in welcher Form in die öffentliche Diskussion eingeführt werden können. Hieran schließt die diskurstheoretische Kritik am liberalen Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit an, welches von einer Essentialisierung ausgeht, anstatt den Fokus auf die konkreten Unterscheidungsprozesse zu legen. Das deliberative Verständnis berücksichtigt die Problematik der Essentialisierung der beiden Sphären und unterwirft auch die institutionellen Bedingungen einer konkreten diskursiven Klärung. Durch die konsensorientierte Diskursethik wird allerdings eine rationale Orientierung gesetzt, welche gerade das Moment der Verwundbarkeit aus der Öffentlichkeit verbannt und auf das Private reduziert. Dieser Aspekt wird im folgenden Kapitel zur feministischen Kritik (vgl. Kap. 5.2) aufgegriffen und für die vorliegende Untersuchung fruchtbar gemacht. Die im folgenden Kapitel entwickelte Heuristik orientiert sich an hegemoniethoretischen und feministischen Positionen, mittels denen Privatheit und Öffentlichkeit nicht mehr als essentialistische Konzepte, sondern als symbolische Ordnungen verstanden werden, welche gerade die Frage des Ausschlusses besonders berücksichtigen.

5 Symbolische Ordnungen. Eine hegemonietheoretische Heuristik

Der hegemonietheoretische Zugang ermöglicht eine differenzierte Perspektive auf das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit, indem ein besonderes Gewicht auf die individuellen Gestaltungs- und Deutungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund gesellschaftlich dominanter Positionen gelegt wird. Ausgehend vom Hegemoniebegriff, wie er von Antonio GRAMSCI entwickelt wurde, werden aktuelle theoretische Positionen rund um das Hegemoniekonzept diskutiert und die zentralen Aspekte für die vorliegende Arbeit furchtbar gemacht (Kap. 5.1). Feministische Theorien liefern einen bis anhin noch immer uneingeholten analytischen Beitrag zum kritischen Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit und im Weiteren zur Auseinandersetzung mit Familie in der modernen Gesellschaft (Kap. 5.2). Die kritische Familiensoziologie stellt ein theoretisches Fundament zur Erläuterung dar, inwiefern es sich bei Pflegefamilien um gesellschaftliche Institutionen handelt, welche abhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen sind (Kap. 5.3). Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sozialwissenschaftliche Perspektiven auf den Pflegefamilienbereich eher knapp ausfallen. Aus einer hegemoniekritischen Perspektive lässt sich die Normativität des Familienkonzepts hinsichtlich gesellschaftlich dominanter Positionen genauer beleuchten. Vor diesem Hintergrund wird in Anlehnung an eine Unterscheidung von ALEX DEMIROVIĆ das heuristische Konzept von Privatheit und Öffentlichkeit als symbolische Ordnungen entwickelt (Kap. 5.4). Die nachfolgend diskutierten theoretischen Konzepte und Begriffe liegen teilweise auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen und können nicht bruchlos ineinander überführt werden können. Trotzdem dienen sie in ihren unterschiedlichen Reichweiten der Systematisierung der Forschungsperspektive auf das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit bei Pflegefamilien und weniger zur Entwicklung einer Systematik der empirischen Untersuchung. Die vorliegende Heuristik stellt den theoretischen Rahmen zur Gewinnung neuer Erkenntnisse dar und zielt im Allgemeinen darauf, die Forschenden in der Analyse sehend zu machen, hier im Speziellen geht es darum, die einzelnen Aspekte aus einer hegemoniekritischen Perspektive zu lesen.

5.1 Hegemonietheorie

Der Begriff der Hegemonie wurde insbesondere von ANTONIO GRAMSCI geprägt, welcher damit die Prozesse umschreibt, die der Stabilisierung von Herrschaft dienen.¹⁰¹ Er geht auf den

¹⁰¹ Der italienische Marxist Antonio GRAMSCI (1891-1937) initiierte in den 1930er-Jahren die Analyse der fordistischen Produktionsweise (vgl. bspw. GRAF 2011), welche einen maßgeblichen Einfluss auf die Weiterentwicklung der marxistischen Analysen hatte, wie das in den Überlegungen der französischen Theoretiker deutlich wird: Zu nennen sind hier unter anderen Louis ALTHUSSER und Michel FOUCAULT, von GRAMSCI beeinflusst waren aber auch Nicos POULANTZAS, Judith BUTLER, Ernesto LACLAU, Chantal MOUFFE, Antonio NEGRI, Michael HARDT, etc. Welche internationalen Beziehungsnetze in der Linken im 20. Jahrhundert existierten

altgriechischen Begriff der 'hegemonia' zurück und beschreibt die Vorherrschaft einer Institution oder eines Staates. Der 'Hegemon' stellt den Anführer oder Heerführer dar, gegenüber dessen Position kaum eine alternative Perspektive eingebracht werden kann. "Die 'normale' Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes zeichnet sich durch die Kombination aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt, sondern im Gegenteil sogar versucht wird, zu erreichen, dass der Zwang auf den Konsens der Mehrheit gestützt scheint, wie er von den sogenannten Organen der öffentlichen Meinung – Zeitungen und Verbände – ausgedrückt wird, die deshalb in gewissen Situationen künstlich vervielfacht werden" (GRAMSCI et al. 2012, S. 1610). Innerhalb einer bürgerlichen Gesellschaft ist Öffentlichkeit durch hegemoniale Diskurse geprägt, respektive davon, welche Themen sich öffentlich durchzusetzen vermögen. Angestrebt wird das Ziel des Konsenses der Regierten, bestenfalls kann im Sinne der Herrschenden davon ausgegangen werden, dass Zwang und Konsens in einander fallen. "Hegemonie wird hier verstanden als Fähigkeit herrschender Gruppen und Klassen, ihre Interessen durchzusetzen, so dass sie von subalternen Gruppen und Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden und es weitgehend gemeinsame gesellschaftliche Vorstellungen über die Verhältnisse und ihre Entwicklung gibt" (BRAND 2005, S. 9). Die Herrschaft ist in den Köpfen der Menschen verankert, aber nicht mehr als solche zu erkennen. Der Begriff der Hegemonie ermöglicht es zu analysieren, "inwiefern sich gesellschaftliche Prozesse auch losgelöst von den Absichten der Individuen reproduzieren und eine Dynamik entfalten, die letztlich wiederum alle, auch diejenigen, die sich nicht zu den Beherrschten zählen, umfasst" (WYER 2014, S. 57). Die Kritik an den Herrschaftsverhältnissen ergibt sich über den Kampf der Unterdrückten um die Hegemonie. GRAMSCIs pädagogische und politische Bestrebungen beziehen sich nicht alleine auf die Hegemonie als die Herstellung eines Konsenses, sondern gehen davon aus, dass nicht nur die Regierten lernen, sondern dass immer auch von den Regierten gelernt wird. "Er interessiert sich [...] nicht nur für die Mechanismen, mit denen Herrschaft stabilisiert wird, sondern auch für die Kämpfe subalternen Gruppen um

und inwiefern die unterschiedlichen theoretischen Positionen wechselseitige Bezüge herstellen, findet sich in den Ausführungen zur "Analyse institutionelle" bei GRAF (2011). LACLAU und MOUFFE (1991) verorten die Bedeutung GRAMSCIs in ihrer postmarxistischen Analyse auf einer allgemeinen theoretischen Ebene, was über die allgemeinen Lesarten GRAMSCIs hinausgeht: "In der einen Interpretation war Gramsci ein vornehmlich italienischer Theoretiker, dessen begriffliche Innovationen auf die besonderen Bedingungen der Rückständigkeit Italiens bezogen werden [...] Gramsci war ein origineller Theoretiker und ein politischer Stratege der ‚ungleichen Entwicklung‘, nur sind seine Begriffe für die Bedingungen des entwickelten Kapitalismus kaum von Bedeutung. Eine zweite, divergierende Lesart stellt ihn als Theoretiker der Revolution im Westen dar, dessen strategische Konzeption auf der Komplexität fortgeschrittener industrieller Zivilisationen und der Dichte ihrer gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse beruhte" (LACLAU/MOUFFE 1991, S. 100f.). Mittels GRAMSCIs Position lassen sich nach LACLAU und MOUFFE die hegemonialen Verknüpfungen theoretisieren.

Hegemonie" (STERNFELD 2009, S. 63). GRAMSCI verwendet für diese Kämpfe den Begriff des Stellungskriegs anstelle des Bewegungskriegs (vgl. MOUFFE 2005). "Er kritisiert den Leninismus, indem er nicht den 'Bewegungskrieg', sondern den 'Stellungskrieg' in den Vordergrund rückt, oder anders gesagt: indem er nicht den einen aufrührerischen Schlag gegen die herrschenden Mächte propagiert, sondern eine ausgedehnte Reihe von Schlachten in der kulturellen und in der politischen Sphäre, um der Bourgeoisie die Hegemonie zu entwinden" (HARDT/NEGRI 2010, S. 372). Damit berücksichtigt GRAMSCI die Problematik des fehlenden revolutionären Subjekts in Form der Arbeiterklasse und sieht die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im langen Marsch durch die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft. "Hegemonie ist u.a. der Kampf um die Aktivierung bestimmter Elemente des Alltagsverstands, ihre Verknüpfung mit dem eigenen hegemonialen Projekt, und um die Desaktivierung anderer. Der hegemoniale Stellungskrieg findet also wesentlich auf dieser kulturellen Ebene des Alltagsverstands und um den Alltagsverstand statt" (MARCHART 2013, S. 90). Gegenüber marxistischen Positionen, welche vor dem Hintergrund des Basis-Überbau-Verhältnisses den Fokus auf die ökonomischen Bedingungen legen, befassen sich hegemonietheoretische Ansätze vor allem mit der Kultur, also mit den individuellen und kollektiven Sinngebungen.¹⁰²

¹⁰² Diese Gegenüberstellung ökonomischer und kultureller Ausrichtungen hegemonietheoretischer Positionen zeigt sich auch in der Debatte im Marxismus um die angemessene politische Organisationsform: Während GRAMSCI als einer der Begründer der kommunistischen Partei Italiens im Jahr 1921 (vgl. ABENDROTH 1967) noch von der Notwendigkeit politischer Parteien und gleichzeitig von einer gewichtigen Rolle der Intellektuellen ausging, sehen beispielsweise HARDT und NEGRI die Multitude im Sinne einer Vielfalt an Singularitäten gegenüber traditionellen organisatorischen Formen, welche auf Einheit und Hierarchie beruhen, als die angemessene Form der politischen Organisation (vgl. HARDT/NEGRI 2010, S. 179). Zur ausführlichen Argumentation bei Antonio NEGRI und Michael HARDT siehe deren Trilogie *Empire*, *Multitude* und *Common Wealth* (HARDT/NEGRI 2002; HARDT/NEGRI 2004; HARDT/NEGRI 2010), wie deren Auseinandersetzung mit der Occupy-Bewegung (HARDT/NEGRI 2013). HARDT und NEGRI gehen im Kern davon aus, dass die Multitude aufgrund der neuen, globalen Organisationsform jenseits nationalstaatlicher Strukturen bereits im *Empire* angelegt ist: "On one face, Empire spreads globally its network of hierarchies and divisions that maintain order through new mechanisms of control and constant conflict. Globalization, however, is also the creation of new circuits of cooperation and collaboration that stretch across nations and continents and allow an unlimited number of encounters. This second face of globalization is not a matter of everyone in the world becoming the same; rather it provides the possibility that, while remaining different, we discover the commonality that enables us to communicate and act together. The multitude too might thus be conceived as a network: an open and expansive network in which all differences can be expressed freely and equally, a network that provides the means of encounter so that we can work and live in common" (HARDT/NEGRI 2004, S. XIII f.). Diese Position wird nun beispielsweise von MOUFFE dahingehend kritisiert, dass es sich bei der theoretischen Analyse des "Empire" um eine entpolitisierte Debatte handelt, dass es als Gegner zu diffus bleibe und für politische Kämpfe nicht taue (vgl. MOUFFE 2005, S. 19). Die Stärke der Multitude resultiere aus "ihrer eigentlichen Heterogenität und dem Fehlen formaler Strukturen" (vgl. MOUFFE 2005, S. 27), während sich MOUFFE in Bezugnahme auf GRAMSCI dafür ausspricht, "dass ohne eine organisierende Kraft kein gegen-hegemonialer 'kollektiver Wille' zu stabilisieren ist" (MARCHART 2005, S. 20). MOUFFE verweist auf die Natur radikaler Politik, wie sie sich im Kontext der Antiglobalisierungsbewegung zeigte: Auf der einen Seite die Weigerung zur Mitarbeit in den existierenden Institutionen, wie sie das mit dem geforderten "Exodus" seitens HARDT und NEGRI kritisiert, und auf der anderen Seite die Anerkennung, dass eine solche Politik "immer innerhalb von Institutionen lokalisiert werden muss, um eine Strategie der Desartikulation/Reartikulation zu verfolgen, die von Gramsci als 'Stellungskrieg' bezeichnet wurde" (MOUFFE 2005, S. 29f.).

Mit dem Konzept der *Zivilgesellschaft* liefert GRAMSCI eine Grundlage für die "Analyse der Produktion von Subalternität als Voraussetzung für zukünftige Hegemoniegewinnung" (ADOLPHS/KARAKAYALI 2007, S. 123). ADOLPHS und KARAKAYALI weisen auf die Bedeutung der Studentenbewegungen hin: "Die Revolte von 1968 ist im Sinne BUCI-GLUCKSMANNs und GRAMSCIs eine 'Aktivierung' der Subalternen, eine Mobilisierung ihrer schöpferischen Potenziale und damit tatsächlich ein Gegenmodell zu den Momenten der Passivierung, die mit der fordistischen Lebensweise verbunden waren" (ADOLPHS/KARAKAYALI 2007, S. 133). Die Zivilgesellschaft ist nach GRAMSCI der Ort der Kämpfe um Hegemonie (vgl. BRAND 2005, S. 9f.), allerdings widerspiegeln sich die Herrschaftsverhältnisse auch in der Konstitution der Zivilgesellschaft.¹⁰³ Teilen der Zivilgesellschaft wird eine gegenhegemoniale Kraft zugestanden, welche sie in Form von alternativen Strategien, bzw. "'gegen-hegemonialen' Projekten" (BRAND 2005, S. 10) gegen die bürgerliche Hegemonie ins Feld führen kann.¹⁰⁴ Die Zivilgesellschaft stellt das Terrain dar, "auf dem sich das Ringen um Hegemonie vollzieht bzw. auf dem Hegemonie verwirklicht wird" (NEUBERT 2001, S. 69).¹⁰⁵ Hegemonie lässt sich in zwei Richtungen lesen: Einerseits hinsichtlich der vorherrschenden Deutungen um das Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit, andererseits hinsichtlich der konkreten Umsetzungsmacht von Vorstellungen über Privatheit und Öffentlichkeit.¹⁰⁶

LACLAU und MOUFFE greifen in ihrem Werk "Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus" GRAMSCIs Hegemoniebegriff mit dem Ziel der Entwicklung

¹⁰³ GRAMSCI umfasst das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in der Formel Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft (vgl. GRAMSCI et al. 2012, S. 783). Neben der politischen Gesellschaft als Regierungsapparat wird die Zivilgesellschaft bei GRAMSCI als "'privater' Hegemonieapparat" verstanden (GRAMSCI et al. 2012, S. 816). Die Zivilgesellschaft ist damit nicht per se demokratisch und fortschrittlich, sondern vielmehr ebenfalls mit der Klassenherrschaft verknüpft, weist also gleichsam eine widersprüchliche Konstellation sozialer Kräfte auf (vgl. DEMIROVIĆ 1991, S. 42). Nach GRAMSCI kann hier von einem integralen Staat gesprochen werden, indem in der Zivilgesellschaft Kämpfe um die kulturelle Hegemonie stattfinden, die Gramsci mit dem Stellungskrieg beschreibt.

¹⁰⁴ BRAND verwendet den Begriff der gegen-hegemonialen Perspektiven zur Entdeckung der Möglichkeiten emanzipativen Handelns, welche dadurch die herrschenden politischen Diskussionen und Sichtweisen hinterfragen (vgl. BRAND 2005, S. 200). Der Begriff der Gegen-Hegemonie ist logisch unschön und analytisch nicht zu Ende gedacht: Wenn eine Position hegemonial ist, kann nicht von einer Gegen-Position als Gegen-Hegemonie auf der gleichen logischen Ebene gesprochen werden. Vielmehr ist von Kämpfen der betroffenen Personen um Hegemonie zu sprechen. Diese Kämpfe lassen sich unter dem Begriff gegen-hegemonialer Perspektiven dahingehend fassen, dass Deutungen und Interpretationen gegen-hegemonial, also gegen die Hegemonie angeführt werden.

¹⁰⁵ Diesen Kampf um Hegemonie problematisieren beispielsweise NEGt und KLUGE anhand der Zuordnung von gesellschaftlichen Bereichen zu privaten und öffentlichen Sphären: "Bundestagswahlen, Feierstunden der Olympiade, Aktionen eines Scharfschützenkommandos, eine Uraufführung im Großen Schauspielhaus gelten als öffentlich. Ereignisse von überragender öffentlicher Bedeutung wie Kindererziehung, Arbeit im Betrieb, Fernsehen in den eigenen vier Wänden gelten als privat. Die im Lebens- und Produktionszusammenhang wirklich produzierten kollektiven gesellschaftlichen Erfahrungen der Menschen liegen quer zu diesen Einteilungen" (NEGt/KLUGE 1973, S. 7). Hierin spiegelt sich die liberale Annahme, dass es sich bei Privatheit und Öffentlichkeit um reale, topographisch zu fassende Sphären handelt, deren Zugang durch potentiell autonome Subjekte reguliert werden kann.

¹⁰⁶ Dieser Aspekt wird im folgenden Kapitel zu den "symbolischen Ordnungen" (Kapitel 5.4) konkreter aufgegriffen.

einer radikalen und pluralen Demokratie zur Reformulierung des linken Projekts auf (vgl. LACLAU/MOUFFE 1991). Ihr zentraler theoretischer Ansatzpunkt liegt in der Dekonstruktion von Subjekt, Gesellschaft und weiteren essentialistischen Konzepten, wie das insbesondere in der marxistischen Perspektive auf die Klassengesellschaft zugrundegelegt wurde.¹⁰⁷ Die theoretischen Überlegungen von LACLAU und MOUFFE werden hier weder in ihrer Gesamtheit dargestellt, noch ordnet sich diese Untersuchung streng genommen im dekonstruktivistischen und postmarxistischen Kontext ein. Vielmehr liegt der Gewinn dieses theoretischen Verständnisses in der Öffnung sozialer und politischer Räume, die sich empirisch bearbeiten lassen. Gemäß MARCHART bewegen sich LACLAU und MOUFFE sowohl innerhalb wie außerhalb des Marxismus, respektive verfolgen mit ihrer Dekonstruktion des Marxismus eine doppelseitige Strategie der Destruktion wie auch der Konstruktion: "die Totalitäts- und Determinationsvorstellungen des Marxismus wird destruiert, während das Soziale und die Politik als diskursive Räume neu konzeptualisiert und damit hegemonialer Artikulation aufgeschlossen werden" (MARCHART 2013, S. 91). LACLAU und MOUFFE kritisieren die marxistische Annahme vordiskursiv vorhandener Klassen, die sich – ähnlich wie Ökonomie, Politik, Gesellschaft, etc. – nicht als objektiv gegebene Sachverhalte, sondern vielmehr als Resultate sedimentierter Diskurse verstehen lassen. Gesellschaft als "das Soziale" ist ein diskursiver und offener Raum, welcher Gegenstand individueller und kollektiver Kämpfe um hegemoniale Deutung ist. Die Offenheit und Unbestimmtheit des Sozialen hängen bei LACLAU und MOUFFE mit der Verabschiedung universeller Positionen zusammen, an deren Stelle – in Anlehnung an die Sprachwissenschaft DE SAUSSURES – ein Modell politischer Artikulation eingeführt wird. Erst die "artikulatorische Praxis" (LACLAU/MOUFFE 1991, S. 131) konstituiert die sozialen Verhältnisse über eine diskursive Struktur. Über die Artikulation werden Relationen zwischen Elementen hergestellt, deren Bedeutung und Identität damit über eine gewisse Zeit im Diskurs fixiert werden. Als Artikulation wird bei LACLAU und MOUFFE konkret "jede Praxis [verstanden], die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird. Die aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität nennen wir *Diskurs*. Die differentiellen Positionen, insofern sie innerhalb eines Diskurses artikuliert erscheinen, nennen wir *Momente*. Demgegenüber bezeichnen wir jede Differenz, die nicht diskursiv artikuliert ist, als *Element*" (LACLAU/MOUFFE 1991, S. 141; Hervorhebungen im Original). Dies lässt sich am Beispiel von Privatheit und Öffentlichkeit konkretisieren: "Die Unterscheidungen öffentlich/privat, bürgerliche/politische Gesellschaft sind

¹⁰⁷ Die theoretische Position von LACLAU/MOUFFE (1984 erstmalig erschienen, 1991 in der deutschen Sprache publiziert) hat als politische Theorie die Debatten rund um die poststrukturalistische Herangehensweise stark geprägt, wurde aber von der politischen Linken auch kritisch aufgenommen (vgl. beispielsweise OPRATKO 2015).

nur das Resultat eines bestimmten Typs hegemonialer Artikulation und ihre Grenzen verändern sich gemäß den jeweils existierenden Kräfteverhältnissen. Es ist zum Beispiel offensichtlich, dass der neo-konservative Diskurs gegenwärtig darum bemüht ist, den Bereich des Politischen zu beschränken und das Feld des Privaten wieder zu bekräftigen angesichts der Reduzierung, die dieses Feld in den letzten Jahrzehnten unter der Einwirkung verschiedener demokratischer Kämpfe erfahren hat" (LACLAU/MOUFFE 1991, S. 229). Die gegenwärtige Stärkung des Privaten ist also Resultat einer Verschiebung politischer Kräfte, kann sich aber durchaus in andere Richtungen verschieben. Die Differenzlinien zwischen Privatheit und Öffentlichkeit sind Gegenstand hegemonialer Kämpfe um Deutungsmacht und keine natürlichen Grenzen. Ein zentraler Aspekt bei LACLAU und MOUFFE ist die Dekonstruktion jeglicher essentialistischer Identitäten, sowohl was individuelle Kategorien als auch politische Konzepte wie Privatheit und Öffentlichkeit anbelangt. Es ist nach dieser Theorie nicht möglich, eindeutige Fixierungen von Identitäten und Gruppen von Menschen vorzunehmen, sondern vielmehr ergeben sich zeitlich und örtlich gebundene Zugehörigkeiten. Die unterschiedlichen, einander gegenüber stehenden Kräfte entstehen also erst in der konkreten diskursiven Auseinandersetzung.¹⁰⁸

Die hegemonietheoretische Perspektive ermöglicht die Analyse des Politischen in den sozialen Beziehungen, das Politische wird nicht auf Öffentlichkeit reduziert. "Das Politische ist nicht auf eine bestimmte Sphäre – wie z.B. die Öffentlichkeit – begrenzt, sondern es ist eine Dimension, die überall in menschlichen Gesellschaften zum Tragen kommen kann (vgl. Mouffe 1993: 3)" (WÖHL 2007, S. 143). Soziale Räume lassen sich demzufolge öffnen und hinsichtlich ihrer politischen Implikationen untersuchen.¹⁰⁹ Entsprechend geht es um die Rekonstruktion hegemonialer und gegen-hegemonialer Artikulationen bei der politischen Herstellung der Differenz zwischen privat und öffentlich. "Mit der Logik des Politischen soll in erster Annäherung ausgedrückt werden, dass prinzipiell alle gesellschaftlichen Beziehungen

¹⁰⁸ Stephanie WÖHL zeigt diese Problematik anhand der Genderdiskussion, da beispielsweise die Artikulation der Ungleichbehandlung von Arbeiterinnen nicht unbedingt auch diejenige der Migrantinnen einschließen muss (vgl. WÖHL 2007, S. 144). Bestehende Unterdrückung lässt sich MOUFFE zufolge immer nur zum Teil artikulieren, da es – wie WÖHL aufzeigt – kein homogenes feministisches Subjekt geben kann. Wie im folgenden Kapitel zur feministischen Theorie gezeigt wird, haben LACLAU und MOUFFE durch ihre Kritik das Thema aufgegriffen, dass die marxistische Theorieposition durch das Primat des Ökonomischen andere Differenzkategorien ausschließt.

¹⁰⁹ Die marxistische Diskussion bezog sich lange auf die explizit politischen Widerstandsformen in den sozialen Bewegungen und Parteien, während Kritik und Widerstand in den alltäglichen sozialen Situationen ausgeklammert wurden. Dies wurde von LACLAU und MOUFFE aufgegriffen und von John HOLLOWAY konkretisiert, indem er von gesellschaftlichen Brüchen als der "Schaffung eines Raumes oder eines Augenblicks [sprach], in dem [sic!] wir auf einer anderen Art des Tätigseins bestehen" (HOLLOWAY 2010, S. 25). Es müsste darum gehen, die Brüche zu entdecken und die verbindenden Momente herzustellen, ohne gleichsam Protestformen gegeneinander auszuspielen: "Anstatt scharfe Trennlinien zu ziehen, wie die zwischen dem Guerillaführer und der samstagabends einsamen Hausfrau, zum Beispiel, müssen wir Wege finden, diese so oft verschütteten Verbindungslinien sichtbar zu machen und zu stärken. Daher reden wir von Brüchen: um zu verstehen, dass unsere vielfältigen Rebellionen und die von uns geschaffenen Alternativen durch unsichtbare, oder kaum sichtbare und sich schnell verschiebende Bruchlinien in der Gesellschaft verbunden sind" (HOLLOWAY 2010, S. 41).

verhandelbar bzw. Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sind. Die politische Dimension ist demnach konstitutiv für jede gesellschaftliche Beziehung und Identität. Das Politische ist hierbei weder auf einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich reduzierbar noch durch eine andere Logik (z.B. eine ökonomische oder kulturelle) determiniert. Alle sozialen Beziehungen haben folglich einen politischen Ursprung" (WULLWEBER 2012, S. 35). Unter hegemonialen gesellschaftlichen Bedingungen lassen sich alternative Deutungen und Widerstände schaffen und Formen von Zusammengehörigkeiten in den sozialen Beziehungen als sogenannte Äquivalenzketten artikulieren. LACLAU/MOUFFE meinen damit, "dass scheinbar selbstverständliche 'Assoziationen' im Alltagsverstand hergestellt werden, die sich gegen ein radikal anderes 'Außen' richten und unser Handeln anleiten" (OPRATKO/PROBST 2015, o.S.). Damit sind beispielsweise auch Koalitionen von Menschen gemeint, die sich für ein konkretes Thema zusammentun, auch wenn sie ansonsten politisch nur wenig gemein haben. Hierzu lassen sich Widerstandsformen im Kontext der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung nennen (vgl. z.B. HOLLOWAY 2010).

Welchen Beitrag vermag nun ein hegemoniekritischer Zugang zum Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit zu leisten und welche theoretischen Hinweise lassen sich hieraus für eine Heuristik zur Analyse des Pflegefamilienbereichs ableiten? Durch die hegemonietheoretische Perspektive wird eine Analyse vorherrschender Deutungen im Bereich von Privatheit und Öffentlichkeit ermöglicht, welche unter Bedingungen liberaler Dominanz essentialistisch aufgefasst werden. Gleichzeitig lassen sich mit diesem Konzept gegen-hegemoniale Artikulationen herausarbeiten. LACLAU betont diesbezüglich, dass die Analyse, an dem Punkt anzusetzen habe, wo die Menschen kämpfen. Der Zweck des Kampfes kann auch Opposition gegen das System sein: "In einem Klima außerordentlicher Repression wird jede Mobilisierung auf einzelne Ziele hin nicht nur als mit den konkreten Forderungen oder Zielen dieses Kampfes verbunden wahrgenommen, sondern auch als ein Akt der Opposition gegen das System" (LACLAU 2002, S. 70f.). Die Opposition gegen das System im Kontext dieser Untersuchung bezieht sich unter anderem auf die Widerstände gegen die staatlichen Kontrollen und Eingriffe. Es geht um die Analyse konkreter alltäglicher kultureller Muster der Auseinandersetzung mit den vorliegenden Verhältnissen. Für die vorliegende Untersuchung von Pflegefamilien ist also von theoretischem Interesse, wie sich Brüche und Widersprüche im Kontext von Pflegefamilien als konkrete Praktiken analysieren lassen. Diese lassen sich als gegen-hegemoniale Artikulationen interpretieren und geben Hinweise auf Momente von widerständiger Praxis, von Eigensinn und individueller Autonomie bei Pflegefamilien. Aus einer hegemoniekritischen Perspektive gegenüber den vorherrschenden Strukturen werden die konkreten sozialen Praxen

beleuchtet, in denen sich Pflegefamilien für die Pflegekinder einsetzen und damit eine spezifische Rolle in der Zivilgesellschaft einnehmen. Die artikulatorischen Praxen im Bereich der Pflegefamilien sind als politische zu interpretieren und der Umgang mit den Pflegekindern ist nicht nur pädagogisch zu diskutieren. Indem das Politische nicht mehr alleine auf die organisierten Formen des Widerstands reduziert wird, können auch Momente widerständiger Praxis von Pflegefamilien in den Fokus geraten.

5.2 Feministische Kritik

Insbesondere feministisch und postkolonial argumentierende Autorinnen und Autoren haben die Verengung von GRAMSCIS Hegemoniebegriff auf das Klassenverhältnis kritisiert und das Gewicht stärker auf die Reproduktion von Ungleichheitsverhältnissen insgesamt gelegt (vgl. hierzu u.a. DZUDZEK/KUNZE/WULLWEBER 2012). Indem der Hegemoniebegriff auf die Kultur bezogen wird, rücken die konkreten Alltagsmomente in den Fokus, die sich als hegemoniale und gegen-hegemoniale Artikulationen in der Auseinandersetzungen mit Macht interpretieren lassen (für die Geschlechterthematik siehe u.a. LUDWIG 2012). Der Feminismus kritisierte insbesondere die hegemoniale Deutungshoheit bei der Zuschreibung von Privatheit, da sich die Differenz zwischen privat und öffentlich maßgeblich entlang von Geschlechterdifferenzen manifestiert. Das Private bleibt aufgrund der liberalen Ausrichtung bürgerlicher Gesellschaften verschlossen und entsprechend bleiben vor allem die familiären Verhältnisse weitgehend geheim. Die Kritik an dieser Unterscheidung des Privaten und Öffentlichen geht mit einer Politisierung des Verhältnisses einher, was sich im Slogan der Frauenbewegung "Das Private ist politisch!" niederschlägt (vgl. u.a. JURCZYK/OECHSLE 2008b; RABE-KLEBERG 1997). "Warum nicht endlich die vielen Mogelpackungen an ehrenamtlichen und unbezahlten Arbeiten vor allem von Frauen aufnehmen in den Fundus gesellschaftlich notwendiger Arbeit und die Herausforderung, die ein solches Unterfangen im Ernst für die Kapitalverwertung bedeutet, offensiv mitartikulieren" (HAUG 2008, S. 71).¹¹⁰ Die feministischen Einwände gegenüber dem liberalen Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit finden sich unter anderen bei Seyla BENHABIB (1995, S. 121ff.). "In der westlichen Tradition des Nachdenkens über Politik hat die Art, wie diese Grenzen zwischen den öffentlichen und den privaten Bereichen gezogen wurden, bis zum heutigen Tag dazu gedient, die Frauen und 'typisch weibliche' Handlungsbereiche wie Hausarbeit, reproduktive Tätigkeiten, Pflege und Sorge um den Nachwuchs, die Kranken und die Betagten auf die 'private' Domäne zu beschränken und sie von der 'öffentlichen Tagesordnung' des liberalen

¹¹⁰ Eine feministische Kritik an der marxistischen Position zur Reproduktion der Arbeitskraft und eine Darstellung der unterschiedlichen feministischen Perspektiven findet sich bei FEDERICI (2012a) oder auch bei HAUG (2008, S. 326ff.).

Staates fernzuhalten" (BENHABIB 1995, S. 121f.). BENHABIB geht von der Annahme aus, dass jede Theorie der Öffentlichkeit nach den Regeln einer binären Opposition eine Unterscheidung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten voraussetzt (vgl. BENHABIB 1995, S. 124). "Die Frauenbewegung und die feministischen Theoretikerinnen der vergangenen zwei Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, dass die Art, wie diese Unterscheidung bisher vollzogen wurde, Teil eines Herrschaftsdiskurses sind [sic!], der die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen im privaten Bereich legitimiert" (BENHABIB 1995, S. 124f.).

Die feministische Kritik am liberalen Verständnis von Privatheit richtet sich *erstens* vor allem auf die normativ gesetzte Annahme der autonomen Lebensführung. Hierbei handelt es sich um die vorgängig vorgestellte liberale Perspektive (vgl. Kap. 4.2), welche Autonomie als Grundbestandteil des Privaten und dies wiederum als Voraussetzung des Handelns in der Öffentlichkeit bestimmt. Nach RÖSSLER ist das liberale autonome Subjekt "männlich, autogenetisch, atomistisch, individualistisch, selbstinteressiert, dominanz- und herrschaftsfixiert, könne Sorge-Beziehungen, überhaupt Beziehungen von Personen nicht berücksichtigen respektive ignoriere, dass autonome Subjekte sich nur *in* Beziehungen bilden und dass außerdem die Wirklichkeit von vielen Personen nicht die sei, unabhängig und getrennt von anderen zu sein, sondern gerade abhängig und verbunden" (RÖSSLER 2001a, S. 188; Hervorhebung im Original). Das liberale Autonomieverständnis ignoriert die Tatsache individueller Abhängigkeiten und unterschätzt damit die fehlenden Voraussetzungen des autonomen Redens in der Öffentlichkeit. In der Weiterentwicklung der feministischen Kritik wurde eine Kontextualisierung des Subjekt- und Autonomieverständnisses vorgenommen und auf die konstitutive Relationalität des Begriffs der Autonomie verwiesen. Feministische Theoretikerinnen kritisieren den Autonomiebegriff dahingehend, dass er nicht angemessen in Relation zu den bestehenden gesellschaftlichen Beziehungen und Abhängigkeitsverhältnissen gesetzt wird. Das Festhalten an einem nicht-relationalen Verständnis von Autonomie ermöglicht nach RÖSSLER gerade abhängigen Personen, sich auf eine normative Referenz von Autonomie berufen zu können.¹¹¹ Dies ist aber

¹¹¹ RÖSSLER plädiert für einen dezidiert normativen und nicht-relationalen Autonomiebegriff, welcher dem einzelnen Individuum die Möglichkeit belassen soll, sich aus Bindungen zu lösen und damit gesellschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse in Frage zu stellen: "[...] auch autonome Entscheidungen bleiben kritisierbar, sind nicht immer moralisch die richtigen und müssen gegebenenfalls in Situationen, in denen Interessenkonflikte bestehen, gegeneinander abgewogen werden. Doch auch bei der Lösung solcher Konflikte würde es nicht helfen, in den Begriff der Autonomie selbst das Moment der Relationalität einzuschreiben" (RÖSSLER 2001a, S. 193). RÖSSLER hält dem entgegen, "dass das Problem der liberalen Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Sphäre nicht ein kategorisches ist, dass es *prinzipiell* problematisch wäre, die Differenz zu ziehen; und das heißt auch, dass der Schutz der Privatheit von intimen Beziehungen, wie etwa der Familie, nicht an sich kritikwürdig ist, sondern dass vielmehr die Frage ist, wie beides, Schutz der Intimbeziehungen *und* genereller Schutz individueller Freiheiten als private Lebensdimensionen, mit dem Postulat liberaler Gleichheit vereinbar ist, also mit einer Kritik an der *geschlechtsspezifischen Chiffrierung* des Begriffspaares privat-öffentlich" (RÖSSLER 2001a, S. 49; Hervorhebungen im Original). Das feministische Postulat zur Auflösung der Trennung von privat und öffentlich hätte zur Folge, dass

gleichbedeutend, quasi zur Privatheit verurteilt zu sein, da die individuellen Abhängigkeiten als solche nicht problematisiert werden können. RÖSSLER argumentiert damit, dass ein nicht-relationaler Autonomiebegriff für die einzelne Person Schutz gewährleisten kann, während die feministische Position dafür plädiert, die individuelle Verwundbarkeit als Teil der Öffentlichkeit zu verstehen, damit darauf auch entsprechend reagiert werden kann. "Seyla Benhabib (1998) überwindet", so HÜNERSDORF und WISCHMANN, "die Dichotomisierung zwischen dem öffentlichen Raum und dem privaten Raum, indem sie den konkreten Anderen mit seinen moralischen Gefühlen und Verpflichtungen, seiner Schutzbedürftigkeit und seiner Würde mit in den öffentlichen Raum einbezieht" (2016, S. 8). Wenn die Öffentlichkeit diesen Schutz nicht gewährleisten kann, ist ein autonomes Sprechen der einzelnen Person nicht möglich. Hierin zeigt sich eine kritische Auseinandersetzung mit HABERMAS' Diskursethik, indem dessen Öffentlichkeitsverständnis dahingehend ergänzt wird, dass die einzelnen Personen mit ihrer Verwundbarkeit Eingang in die Öffentlichkeit finden müssen.¹¹² BENHABIB verfolgt gegenüber HABERMAS das Ziel, dass die individuellen Bedürfnisse und Emotionen Eingang in die kommunikative Verständigung finden. "Der sprachliche Zugang zur inneren Natur ist Distanzierung und Annäherung zugleich. In dem Masse, wie wir in der Lage sind, zu benennen, was uns umtreibt und bewegt, werden wir auch fähiger, uns von der Gewalt, die es über uns ausübt, zu befreien" (1992, S. 224). Der Soziologe Klaus EDER ergänzt dieses Argument dahingehend, dass der Diskurs Sprachlosigkeit aushalten müsse, "damit Bedürfnisse artikulierbar werden. Der Diskurs muss irrationale Äußerungen zulassen, damit Wünsche zutage treten können. Zu den *formalen* Voraussetzungen des Diskurses treten also zusätzliche *empirische*

auch der rechtlich-konventionelle Aspekt des Privaten verloren geht, "der sich in der Idee privater Freiheiten zum Ausdruck bringt und auf der Notwendigkeit und dem Sinn einer privaten Sphäre für jede Person einer Gesellschaft gleichermaßen beharrt, einer Sphäre, die frei ist von Einspruchs- und Eingriffsmöglichkeiten des Staates und die auch – ohne die geschlechtsspezifische Chiffrierung – den Schutz von Haus und Familie einschloss" (RÖSSLER 2001a, S. 51). RÖSSLER spricht sich vor diesem Hintergrund dafür aus, dass sich die feministische und die liberale Position nicht widersprechen, sofern von einem "liberalen Begriff *gleicher Freiheiten* und damit vom liberalen normativen Postulat des *gleichen* staatlichen und gesellschaftlichen Anspruchs aller Personen auf den Schutz privater Räume und privater Lebensdimensionen [ausgegangen wird], um den Sinn individueller Freiheit zu gewährleisten" (RÖSSLER 2001a, S. 54; Hervorhebungen im Original).

Das Konzept der Autonomie im Bereich des Privaten sieht RÖSSLER im weiteren durch die kommunitaristische Kritik in Frage gestellt, welche Autonomie weniger als einen individuellen Anspruch als vielmehr einen seitens der Gemeinschaft zugestandenen betrachte (vgl. RÖSSLER 2001a, S. 179ff.). Der Kommunitarismus stellt eine Reaktion auf die liberale Gerechtigkeitstheorie von John RAWLS dar, welcher universell gültige Gerechtigkeitsgrundsätze auf der Basis des Gesellschaftsvertrags entwickelte (RAWLS 1975). Die Kommunitaristen – hierzu lassen sich unter anderen Michael SANDEL, Amitai ETZIONI, Michael WALZER zählen – halten dieser Position die Annahme entgegen, dass Menschen erst durch die Einbettung in einer klar definierten Gemeinschaft in der Lage sind, über Gerechtigkeit zu befinden. RÖSSLER kritisiert diese Position dahingehend, dass die Subjekte auf eine bestimmte Distanziertheit angewiesen sind, um – "in der Spannung zwischen ihrer kulturellen Situiertheit und Verankerung einerseits und ihrem Streben, das eigene Leben zu leben, die eigenen Erfahrungen wenn nötig gegen die Werte und Deutungsmuster der Gemeinschaft nicht zu nur zu machen, sondern auch zu interpretieren, andererseits" (RÖSSLER 2001a, S. 186f.) – die bestehenden sozialen Praktiken in einer kreativen Weise zu gestalten und zu verändern.

¹¹² vgl. auch die kritischen Ausführungen zum deliberativen Demokratiemodell im Kap. 4.2.

Voraussetzungen hinzu" (EDER 1985, S. 80; Hervorhebungen im Original). EDER bezeichnete die Problematik, die Bedingungen der kommunikativen Verständigung im idealisierten handlungsentlasteten Diskurs zu klären oder die realen Bedingungen diskursiver Aushandlung mit seinen konkreten empirischen Schwierigkeiten einzubeziehen, als offene Diskussion (vgl. EDER 1985, S. 498f.). Hierauf liefert BENHABIB die deutliche Antwort, gerade die individuellen Abhängigkeiten in den Diskurs einzuführen und damit gleichsam auch die empirischen gesellschaftlichen Bedingungen diskursiv zu klären (vgl. BENHABIB 2006). Öffentlichkeit soll in diesem Sinne die Herstellung von geteilten Überzeugungen als ein Prozess ermöglichen, der sich an den konkreten Bedürfnissen der Beteiligten orientiert (vgl. HÜNERSDORF/WISCHMANN 2016, S. 8).

Die feministische Kritik am liberalen Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit bezieht sich *zweitens* auf die fehlende Berücksichtigung der Abhängigkeiten in ökonomischer Hinsicht. Die Forderung nach gleichen Freiheiten wird idealisiert, solange die gesellschaftlichen Bedingungen nicht mitbedacht werden. Privatheit im liberalen Sinn hat ihr Fundament auf den geschlechtlich getrennten Aufgabenbereichen zwischen Produktion und Reproduktion und fußt damit auf strukturellen Hintergründen: Der Markt an sich kann die Reproduktion der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht leisten, deshalb ist er auf die private Reproduktionssphäre angewiesen. Hierbei handelt es sich nach KRECKEL um eine strukturelle Schwachstelle des kapitalistischen Systems (vgl. KRECKEL 1997, S. 255). Die bürgerliche Ökonomie funktioniert nur, wenn die Frauen die Reproduktionsarbeit übernehmen. Frigga HAUGs Vorschlag, Geschlechterverhältnisse immer auch als Produktionsverhältnisse zu diskutieren (vgl. HAUG 2008), geht noch über die geschlechterspezifische Reproduktion der Produktionsverhältnisse hinaus: "Er unterstellt, dass alle Praxen in der Gesellschaft durch Geschlechterverhältnisse bestimmt sind, einen Geschlechtersubtext haben, auch in dieser Weise herrschaftlich kodiert sind und wir zum Begreifen von Gesellschaft genötigt sind diesen Zusammenhang grundlegend zu untersuchen" (HAUG 2008, S. 323). Das Verständnis von Geschlechterverhältnissen als Produktionsverhältnissen impliziert die Auseinandersetzung mit den Veränderungen in der zunehmend technologischen Produktionsweise, wie das HAUG in ihrer Forschungsskizze nahelegt: "Die neue Produktionsweise stürzt das Verhältnis von körperlicher zu geistiger Arbeit um, sie braucht weniger Arbeitskräfte anderen Typs und wird entsprechend anders hegemonial durchgesetzt, benötigt einen anderen staatlichen Eingriff, bringt eine andere Ordnung auf der Ebene der Zivilgesellschaft hervor usw. Die Frage nach den neuen Arbeitssubjekten muss die Neubestimmung der Geschlechterverhältnisse einschließen, eben weil es immer um Lebensführung, -erhaltung und -entwicklung geht, die gewissermaßen so etwas wie ein

‘marginales Zentrum‘ gesellschaftlicher Verhältnisse sind" (HAUG 2008, S. 325). Die Frage nach der Organisation der Lebensformen und der Konstruktion von Geschlechtern muss entlang der Veränderungen der Arbeitsgesellschaft und der damit verbundenen Rolle des Staates betrachtet werden. Damit einher geht die Analyse der veränderten Bedeutung der Familie. In diesem Zusammenhang verweist HAUG auf FRASERS Kritik an HABERMAS' Gesellschaftsanalyse, in der von der systemischen Integration des kapitalistischen ökonomischen Systems und der sozial integrierten Kleinfamilie ausgegangen wird (vgl. HAUG 2008, S. 333). Damit blockiere HABERMAS die Möglichkeit, "Familien als ökonomische Systeme zu analysieren, das heißt als Stätten der Arbeit, des Tausch, der Berechnung, der Verteilung und Ausbeutung" (FRASER 1994, S. 183). HABERMAS vernachlässigt nach FRASER in seinem Modell von Öffentlichkeit und Privatheit den Subtext der Geschlechtlichkeit, der den Rollen des Arbeitsnehmenden und des Staatsbürgers unterlegt ist. So wird neben den beiden Rollen die Rolle, welche die Kinderbetreuung und -erziehung übernimmt, ausgelassen, obwohl dieser Aufgabenbereich im Kontext von Familie und Ökonomie unerlässlich ist. "Denn wer anders als die/der Kinderbetreuer/in versieht die unbezahlte Arbeit der Beaufsichtigung bei der Produktion 'angemessen sozialisierter Arbeitskraft', die von der Familie gegen Löhne getauscht wird? [...] Eine Berücksichtigung der Rolle der/des Kinderaufzieherin/ziehers in diesem Kontext hätte auf die zentrale Bedeutung der Geschlechtlichkeit für die institutionelle Struktur des Kapitalismus verweisen können" (FRASER 1994, S. 192). Dies bedingt, die Familie als einen ökonomischen Teil mit einer gesamtgesellschaftlichen Funktion innerhalb des Kapitalismus zu diskutieren.¹¹³ In diesem Zusammenhang ist die internationale "Lohn für Hausarbeit"-Kampagne in den 1970er-Jahren zu nennen, welche laut FEDERICI in erster Linie auf eine Sensibilisierung von Reproduktionsarbeit als Arbeit abzielte (vgl. FEDERICI 2012a, S. 13). Auch BACHINGER verweist darauf, dass das zentrale nicht eine Geldleistung für Hausfrauen war, "sondern vielmehr die Politisierung der Arbeitsteilung und der geschlechtsspezifischen Zuweisung der privaten, unbezahlten Sorgearbeit an Frauen [...]" (BACHINGER 2011, S. 36). Die Forderung nach Lohn für Hausarbeit ist ursprünglich ein linkes Ansinnen und geht nach BACHINGER "auf die italienische Operaistin Dalla Costa zurück. Dalla Costa kritisierte die marxische Theoretisierung der Reproduktionsarbeit als nicht produktive Arbeit. Marx zufolge ist reproduktive Arbeit keine kapitalistische Arbeit, da sie keinen Mehrwert erwirtschaftet, sondern lediglich Gebrauchswerte" (BACHINGER 2011, S. 41). Kritikerinnen und Kritiker der Forderung nach Entlohnung von Hausarbeit, die vor allem die Gefahr der Zementierung der geschlechtergetrennten

¹¹³ Weitere Ausführungen zur kritischen Auseinandersetzung mit der Familie in der modernen Gesellschaft finden sich im anschließenden Kapitel 5.3.

Aufgabenteilung befürchteten, geben den aktuellen neoliberalen Entwicklungen weitgehend recht: Die Löhne in Haus- und Sorgearbeit liegen weit unter den auf dem Markt erzielbaren Einkommen und auch die soziale Anerkennung der Tätigkeit ist nicht gleichwertig zur Erwerbsarbeit auf dem Markt.¹¹⁴ "Die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen bewirkte keine Gleichverteilung der Hausarbeit zwischen den Geschlechtern. Haushalts- und Sorgearbeit verlagerte sich zum Teil in den Markt, und zwar weniger in den formellen, sondern primär in den informellen und irregulären Markt. Dem Vorschub leisteten gerade Tendenzen der Monetarisierung und Ökonomisierung von Sozialleistungen in europäischen Wohlfahrtsstaaten" (BACHINGER 2011, S. 37).¹¹⁵ Der Emanzipationsgedanke, der ursprünglich mit der feministischen Lohnforderung für Hausarbeit verbunden war, entfällt zusehends zugunsten einer Differenzierung der Emanzipationsansprüche, indem sich einige Frauen *von* der Hausarbeit und andere *durch* die Hausarbeit emanzipieren (vgl. BACHINGER 2011, S. 41). Für die vorliegende Untersuchung ist nun von Interesse, welche Bedeutung der Familie zukommt, wenn sie selber zum Teil eines ökonomischen Systems und die Reproduktionsarbeit als das Andere zur Arbeit ebenfalls zu einer auf Tausch basierenden Tätigkeit werden.

Die feministische Kritik am liberalen Verständnis von Privatheit macht deutlich, dass die Differenz zwischen Privatheit und Öffentlichkeit entlang von Geschlechterdifferenzen gezogen wird und damit die Problematik einer Essentialisierung von konkreten Lebensbereichen droht. Es lassen sich zwei Aspekte für die vorliegende Untersuchung ableiten: Gegenüber dem liberalen und deliberativen Modell von Öffentlichkeit wird *erstens* die Möglichkeit betont, als Person in der Öffentlichkeit zu stehen und Äquivalenzketten bilden zu können, ohne sich durch die Verwundbarkeit angreifbar zu machen. "Die Artikulation der Bedürfnisse, die vorher als privat angesehen worden, ist die Voraussetzung dafür, dass diese in der Öffentlichkeit anerkannt und damit entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden" (HÜNERSDORF/WISCHMANN 2016, S. 8f.). *Zweitens* lässt sich mittels der feministischen Perspektive die Familie als ökonomisches System kritisch reflektieren. Es geht um die Rekonstruktion der Unterscheidungen bei Pflegefamilien, was in welchem Zusammenhang als privat und was als öffentlich verstanden

¹¹⁴ vgl. hierzu die Ausführungen zu den Entschädigungen von Pflegefamilien im Kapitel 2.3.2.

¹¹⁵ Dass diese Entwicklungen und Ökonomisierungsprozesse aus gleichstellungspolitischer Sicht problematisch sind, hat unter anderem Sarah SCHILLIGER für den Bereich der privaten Pflege herausgearbeitet: Sie weist darauf hin, dass sich im Bereich der 24-Stunden-Pflege in Privathaushalten ein vergeschlechtlichter und ethnisierter Arbeitsmarkt entwickelt hat (vgl. SCHILLIGER 2015). "Im Kontext der Transnationalisierung des Arbeitsmarkt-Regimes durch die seit 2011 erleichterten Mobilitätsbestimmungen für temporäre Arbeitnehmer_innen aus Osteuropa erschließt sich den Unternehmen auf dem privaten Care-Markt ein Reservoir an flexiblen weiblichen Arbeitskräften" (SCHILLIGER 2015, S. 170). An diesem Beispiel lässt sich verdeutlichen, dass die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen werden und die konkrete Frage nach der alltäglichen Versorgung pflegebedürftiger Menschen weiterhin privatisiert bleibt.

wird. Das Private kann auch öffentlich sein, das zeigt sich beispielsweise da, wo die Tätigkeit der Pflegefamilien als öffentlich bezeichnet und durch staatliche Institutionen entsprechend kontrolliert wird. Wo verläuft die Grenze, welche Implikationen sind damit verbunden und welche Bedeutungen werden der Tatsache zugeschrieben, dass familiäre Sorgearbeit entlohnt wird? Familien werden ebenfalls öffentlich und bei Pflegefamilien lässt sich dieses Moment deshalb besonders gut zeigen, weil es sich bei Pflegefamilien quasi um eine radikale Ausgestaltung des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit handelt. In den folgenden familiensoziologischen Ausführungen werden diese Aspekte aufgegriffen und insbesondere hinsichtlich der gesellschaftlichen Rolle der Familie und des Verhältnisses zur staatlichen Kontrolle beleuchtet.

5.3 Familiensoziologische Perspektive auf Pflegefamilien

Familiensoziologische Perspektiven setzen sich in erster Linie mit der Gestaltung von Eltern-Kind-Beziehungen sowie deren Bedeutung für gesellschaftliche Strukturen auseinander (vgl. die Einführungsliteratur von HILL/KOPP 2013; HUININK/KONIETZKA 2007). Zurückgehend auf die Analysen des Soziologen René KÖNIG (1974) stellen Mikro- und Makro-Perspektive die zwei Grundbetrachtungsweisen auf Familie dar. Familien lassen sich erstens als eine bestimmte Lebensform hinsichtlich ihrer soziokulturellen Dimension gegenüber anderen gesellschaftlichen Teilsystemen betrachten. Zweitens kann die Perspektive auf die familiäre Beziehungsebene gelegt und damit innerfamiliäre Interaktionen und Sozialisationsprozesse analysiert werden. Drittens lässt sich die Individualperspektive auf Familie einnehmen, welche damit den individuellen Alltag und die familiären Auswirkungen auf individuelle Lebensläufe fokussiert. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die erste Dimension und stellen Familie dabei *erstens* in historischer Hinsicht als Institution dar, um Familie und Pflegefamilie bezüglich deren gesellschaftlichen Funktion zu analysieren. Familiensoziologische Analysen im Pflegefamilienbereich sind gerade deshalb angebracht, weil sich in diesem Feld hochgradig normative Familienvorstellungen finden lassen, wie das in den Untersuchungen von Monika GÖTZÖ und anderen herausgearbeitet wurde (vgl. GÖTZÖ 2013; GÖTZÖ et al. 2014). Hegemonietheoretisch interessant ist die Dominanz bestimmter theoretischer Positionen im Diskurs rund um Familie. *Zweitens* wird das Spannungsverhältnis zwischen Familie und Organisation als Gesellungsformen diskutiert, da sich diese beiden unterschiedlichen Formen gerade bei Pflegefamilien in besonderer Weise zeigen: Die Pflegefamilie wird durch die staatliche Kontrolle zur Organisation, soll aber noch in erster Linie als Familie funktionieren.

(1) Die *historische Perspektive* auf Familie ermöglicht eine Öffnung hinsichtlich der Entwicklung des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit und macht deutlich, dass sich ein bestimmter Familientypus in der Entwicklung moderner Gesellschaften durchgesetzt hat. Als Gemeinsamkeit wird dabei die Trennung zwischen Erwerbstätigkeit und häuslichem Leben angenommen, die sich in einer nach außen abgekapselten Privatsphäre abspielt (vgl. ROSENBAUM 1982, S. 13). Es ist allerdings genauer zu analysieren, inwiefern die normativen Vorstellungen über Familie mit der Realität des Familienlebens nicht deckungsgleich sind, "sondern [...] in einem Spannungsverhältnis zueinander [stehen], das entsprechend der realen Situation der Familien variiert" (ROSENBAUM 1982, S. 14). Der Begriff der Familie hat seinen etymologischen Hintergrund in der Dienerschaft aller Personen, welche unter einem Dach leben. So nannte der antike Patriarch die von ihm abhängigen Frauen, Kinder, Diener und Sklaven (vgl. NAVE-HERZ 2006). Der Familienbegriff entstammt der römischen antiken Kultur und verweist auf den Herrschaftszusammenhang innerhalb der Hausgemeinschaft. "Famulus bezeichnete den Haussklaven, familia das Gesinde, die Dienerschaft" (GRAF 1996, S. 85). In der vorindustriellen Gesellschaft war die Familie weder begrifflich noch sozialstrukturell von der Gemeinschaft der Hausbewohner zu unterscheiden (vgl. SIEDER 1987, S. 282). Es bestand das Kollektiv des "Ganzen Hauses", welches den einzelnen Menschen Sicherheit bot. Der "Hiwon" bedeutete pluralistisch "die Hausgenossen", welche sich unter einem persönlichen Vertragsverhältnis dem Haus angeschlossen hatten (vgl. BECKMANN/BECKMANN 1996, S. 224f.). "Der fro war kein 'Herr', die 'hiwon' keine Untertanen, ihm auf Gedeih und Verderb und lebenslänglich untertan. Der fro war nichts anders als ein kräftiger Mann, der per Sippenvertrag das Recht zur Hausgründung erhalten hatte, der sein Schwert zu führen wusste und sich und seine Leute in rechtsunsicheren Zeiten verteidigen musste, ein 'kerl', ein 'karl' [...] Der fro war nie unumschränkter Eigentümer des Hauses. Er musste 'Rat und Tat' von den hiwon annehmen, zu denen zuerst der künftige Erbe und schließlich, wenn seine Kraft nachließ, er selber gehörte. Zur hiwon des großen Hauses eines durchsetzungsfähigen fro zu gehören, bedeutete – so schwer wir uns das auch heute vorstellen können – nicht Selbstaufgabe und 'Fron'arbeit, es bedeutete in rechtsunsicheren Zeiten ohne Zentralgewalten die einzige Chance des Individuums auf relative Selbstverwirklichung und relative Freiheit" (BECKMANN/BECKMANN 1996, S. 224). Dies beinhaltete auf der einen Seite keine Reduktion der Zugehörigkeit auf die Blutsverwandtschaft, wie das für die moderne Kleinfamilie als strukturierendes Element bestimmt wird, auf der anderen Seite gab es für den einzelnen keine Möglichkeit des Rückzugs, da im Haus keine Trennung zwischen Arbeitstätigkeit und häuslichem Leben vorgenommen wurde. In der vorindustriellen Zeit war Familie in keiner Weise privat, sondern das Haus der Familie war eine

öffentliche Angelegenheit, das nicht in erster Linie den familiären Angehörigen vorbehalten war (vgl. BECKMANN/BECKMANN 1996, S. 9).

Im späten 18. und im Verlauf des 19. Jahrhunderts entwickelt sich mit dem Bildungsbürgertum eine diesbezügliche Differenzierung zwischen Wohnbereich und Erwerbsleben, der Ursprung der bürgerlichen Familie hängt mit der Verabschiedung des "Ganzen Hauses" zusammen. "Familie als gesonderter, vornehmlich gefühlsbetonter, 'privater' Lebensbereich ist in seiner Existenz und Denkbarkeit historisch gebunden an die kapitalistische Gesellschaft" (ROSENBAUM 1978, S. 21). Voraussetzung des heutigen Verständnisses von Familie ist offenbar "die Herauslösung der engeren städtischen Kleinfamilie aus der Gesamtheit des Hauses. Im 'ganzen Hause' wurden Ratio und Gefühl in immer wiederkehrenden, sicherlich oft schmerzlichen Spannungen gegeneinander ausgeglichen. Mit seiner Aufspaltung in Betrieb und Haushalt tritt der 'Rationalität' des Betriebs die 'Sentimentalität' der Familie gegenüber" (BRUNNER 1978, S. 89). Die Herausbildung des bürgerlichen Familienmodells hatte durch die verstärkte Ausgliederung der Produktionsaufgaben aus dem Haushalt auch eine Stärkung des Patriarchalismus zur Folge (vgl. SIEDER 1987, S. 283). "Damit war die Entstehung eines separaten Arbeitsbereichs für Mann und Frau sowie die weitere Spezifikation der Sozialisation von Mädchen und Knaben verbunden [...] Die Frau wurde in die von produktiver Arbeit zunehmend geschiedene Sphäre der 'Hausarbeit' verwiesen ('Verhäuslichung' der Frau). Das bedeutet eine Stärkung der Vormacht des Mannes, war doch die Frau nun nicht mehr seine Arbeitsgefährtin und die Wirtschaftsleiterin einer umfassenden Hauswirtschaft" (SIEDER 1987, S. 283).¹¹⁶ Damit geht eine juristische Benachteiligung einher, was die Rechte der Frau in der bürgerlichen Ehe und Familie umfasst. Dies beschreibt Engels in seiner Analyse zum "Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats": "Die rechtliche Ungleichheit beider, die uns aus früheren Gesellschaftszuständen vererbt, ist nicht die Ursache, sondern die Wirkung der ökonomischen Unterdrückung der Frau.

¹¹⁶ Nach SIEDER erfolgte dadurch, dass die Tätigkeit des Mannes nicht mehr vor den Augen der anderen geschah, eine Entlegitimation der Herrschaft des Mannes innerhalb der Hausgemeinschaft, welche zusehends ideologisch abgestützt werden musste. Diese Überlegungen wurden seitens der Kritischen Theorie ausgebaut (vgl. FROMM et al. 1987; INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG 1991 (1956)). Die Folgen für die Entwicklung und die Erziehungsprozesse der nachfolgenden Generation hat Alexander MITSCHERLICH in seiner Analyse der vaterlosen Gesellschaft bearbeitet (vgl. MITSCHERLICH 1973). "Zuerst wird die Arbeitswelt von der Welt des familiären Lebens weggerissen [...] Für das Kind ist die für die Lebensfristung wichtigste Lebenspraktik, die Berufsausübung des Vaters, nicht mehr unmittelbar anschaulich. Aber vielleicht kann der Vater noch davon berichten und Teile seiner erlernten Handfertigkeiten im Milieu der Familie zur Anschauung bringen. Für die Väter, denen der nächste Schritt der Technisierung den Beruf bestimmt, die in Verwaltungen tätig sind, ist nicht einmal dies mehr möglich, da ihr Beruf keinerlei Anschaulichkeit mehr in sich birgt und also auch von ihm, außer Ärger und Büroklatsch, nichts mehr in die familiäre Welt mit nach Hause gebracht werden kann. Dann aber taucht der Vater häufig nur noch als ein Schreckgespenst in der Welt des Kindes auf" (MITSCHERLICH 1973, S. 188). Des Vaters Autorität im häuslichen Kontext droht durch den Übergang vom selbständigen Produzenten zum abhängigen Arbeiter und Angestellten zu erodieren und kann da zu einem Problem innerhalb der Familie werden, wo der Vater an der autoritären Position festhält, obwohl diese zusehends entleert ist. Vgl. zur Entwicklung des Arbeiters zum Angestellten auch die Analyse von Siegfried KRACAUER (1971 (1929)).

In der alten kommunistischen Haushaltung, die viele Ehepaare und ihre Kinder umfasste, war die den Frauen übergebene Führung des Haushalts ebensogut eine öffentliche, eine gesellschaftlich notwendige Industrie wie die Beschaffung der Nahrungsmittel durch die Männer. Mit der patriarchalischen Familie und noch mehr mit der monogamen Einzelfamilie wurde dies anders. Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein *Privatdienst*; die Frau wurde erste Dienstbotin, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt" (ENGELS 1972 (1884), S. 75; Hervorhebung im Original). Bis hin zum Kapitalismus und der industrialisierten Produktionsweise erfolgte die Grenze zwischen Arbeit und Nichtarbeit fließend (vgl. SIEDER 1987, S. 290). Die Familie stellt auch dann, wenn sie systematisch von der Sphäre der Produktion getrennt wird, eine zentrale Agentur zur langfristigen Stabilisierung der Arbeitsbereitschaft und Arbeitsfähigkeit dar (vgl. SIEDER 1987; TYRELL 1979): Es wird am Familienbild als dem primären Ort menschlicher Fürsorge und Solidarität, an dem es sich "lohnt", sich für die nächsten Angehörigen aufzuopfern, festgehalten (vgl. TYRELL 1979, S. 31).

Erst anfangs des 20. Jahrhunderts – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der bürgerlichen Frauenbewegung – wurde verstärkt die Frage nach den Auswirkungen der industriellen Produktionsweise auf die Familien und die Entwicklung der Kinder gestellt (vgl. NAVE-HERZ 2006, S. 43). So hat die Kritische Theorie das Verhältnis von individueller Autoritätsgläubigkeit und familiärer Lebensverhältnisse analysiert und dabei die Dialektik der Familie herausarbeitet. "Die Familie ist eine Agentur der sozialen Platzierung der Individuen in einer Gesellschaft. Sie schafft, selber eine Institution der Gesellschaft, Individuen, die bereit und imstande sind, sich den jeweils herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen. In diesem dialektischen Verständnis des Verhältnisses von Familie und Gesellschaft erhält die Kenntnis der Geschichte der Familie ihre eigentliche gesellschaftspolitische Bedeutung" (SIEDER 1987, S. 293). Die politische Bedeutung der Analyse von Familien liegt also darin, dass die Gesellschaft sich diejenigen Familien schafft, die sie zur eigenen Aufrechterhaltung benötigt. Die Familie dient der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und gleichsam als Agentur zur individuellen Anpassung an die gesellschaftlichen Verhältnisse, indem politische und juristische Ordnungen dazu beitragen, dass Eigentums- und Erbverhältnisse geregelt werden (vgl. ECARIUS/KÖBEL/WAHL 2011, S. 13).

(2) Die Dialektik der Familie zeigt sich in einem widersprüchlichen Verhältnis gegenüber den ökonomischen Verwertungsprozessen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, einerseits die zu erlernende Autoritätsgläubigkeit zu vermitteln, andererseits aber ein Moment von unbedingter

Solidarität aufrechtzuerhalten und erfahrbar zu machen.¹¹⁷ Michael WINKLER kritisiert in seiner aktuellen Analyse des zunehmenden gesellschaftlich dominierenden Misstrauens gegenüber der Familie die Orientierung an der Autorität als zu einseitig und geht von der Familie als Lebenszusammenhang aus, "der systematisch Autonomie ermöglicht" (WINKLER 2015, S. 78). Das erfahrbare "Grundmuster der familiären Interaktion in der Sorge um einander und für einander" (WINKLER 2015, S. 76) ermöglicht für Kinder und Jugendliche auf der Basis eines geschützten Ortes das Überschreiten von Grenzen und schafft damit Formen des Lernens. Die aktuelle Debatte um Familie ist davon geprägt, dass Familie und familiäre Erziehung Gegenstand von professioneller und staatlicher Skepsis werden (vgl. GROßKOPF/WINKLER 2015).¹¹⁸ Nach WINKLER sind es allerdings weniger die konkreten Praktiken der familialen Lebensführung, die sich verändern, sondern vielmehr die Urteile über diese, welche auch bis in die professionelle Praxis der Sozialen Arbeit hineinreichen (vgl. WINKLER 2015, S. 66). Familie gerät unter den Generalverdacht der Kindeswohlgefährdung. Deutlich wird die Thematik im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, worin ein politisch übergreifend und weitgehend anerkanntes Mentalitätsmuster verstanden wird. Die Vorstellung, Kinder im geschützten Raum der Familie aufwachsen zu lassen, erfährt einen konservativen Anstrich und wird entsprechend verdächtig. Ungeachtet der Frage nach individuell privilegierten Lebensentwürfen setzt sich die politische Forderung nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch, allerdings kaum je aus dem Blickwinkel des Ziels der größtmöglichen Ausbeutung von Arbeitskraft.¹¹⁹ WINKLER

¹¹⁷ Die Kritische Theorie spricht in diesem Zusammenhang von einem antagonistischen Charakter der Familie in der bürgerlichen Gesellschaft: Inmitten einer auf dem Tausch und der vorausgesetzten Rationalität der einzelnen Bürger beruhenden Gesellschaft bewahrt die Familie ein feudales Moment durch die ihr innewohnende Orientierung an der Blutsverwandtschaft (vgl. INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG 1991 (1956), S. 120). Die Berechenbarkeit der Beziehungen geht mit der Marktorientierung einher, indem die Steuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse über Angebot und Nachfrage kontrolliert werden soll. "Demgegenüber war die bürgerliche Familie in gewissem Sinne stets anachronistisch. Gerade dadurch aber wirkte sie als Instanz der gesellschaftlichen Anpassung: nur die in der Familie verkörperte irrationale Autorität vermochte in der Folge die Menschen zu jenen Anstrengungen zu veranlassen, deren sie bedurften, um als von der Verfügung über die Produktionsmittel getrennte Lohnarbeiter ihre Arbeitskraft und damit ihr Leben zu reproduzieren" (INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG 1991 (1956), S. 121). Familien produzieren eigentlich eine Spannung in der modernen, bürgerlichen Leistungsgesellschaft, da das Vererben nicht-persönlicher Dinge, insbesondere von Vermögenswerten in einem eklatanten Widerspruch zur Leistungsideologie steht. So zeigt sich der Anachronismus der aktuellen neoliberalen Ideologie nach GRAF und GRAF (2008, S. 42) beispielsweise daran, dass in der Schweiz über eine Erbschaftssteuer diskutiert und nicht das Erben als Tradierungsmöglichkeit von Eigentum abgeschafft wird. Die Familienideologie ist mit dem Besitzanspruch verbunden; über die Familie lässt sich die soziale Ungleichheit, welche sich im Akt des Vererbens verdeutlicht, legitimieren, was GRAF und GRAF als Versittlichung des Privatbesitzes und damit dessen, was dem Allgemeinen geraubt wird, bezeichnen. "Die Familie ist das notwendige Korrelat auf der institutionellen Ebene zum Eigentum. Erst wenn klar ist, wer zu wem gehört, kann akkumuliertes surplus zu Eigentum werden und weitergegeben werden, da wir ja nichts [in den Tod, ts] mitnehmen können" (GRAF 2013, S. 135). Die oben genannte Spannung zur Leistungsideologie lässt sich über die moralische Aufwertung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft und über die gleichzeitige Hochhaltung der Leistungsideologie lösen.

¹¹⁸ Siehe auch die Überlegungen in der Einleitung (Kap. 1).

¹¹⁹ Diese Thematik hat Peter STRECKEISEN in seiner Analyse des sogenannten Familienartikels zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus einer dezidiert linken Perspektive aufgegriffen (siehe auch die Ausführungen in der

verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass auch die politische Linke die Bedeutung der Familie vernachlässigt und greift auf GRAMSCI'S rare Überlegungen zur Familie in einem Zeitungsartikel vom 9. Februar 1918 zurück: Nach GRAMSCI werden die Sozialisten als "Feinde der Familie" (GRAMSCI 1987, S. 76) wahrgenommen, was mit der Annahme zusammenhängt, dass die Abschaffung des Privateigentums als sozialistische Forderung damit einherginge, die Kindererziehung staatlichen Institutionen zu überlassen. Dem hält GRAMSCI die Familie als "Organ des moralischen Lebens" entgegen, welche "die allererste soziale Keimzelle [ist], die über das Individuum hinausgeht, dem Individuum Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten auferlegt" (GRAMSCI 1987, S. 76).¹²⁰ Innerhalb der Familie sind nach GRAMSCI emotionale Bindung und moralisches Handeln möglich, er hatte den Eindruck, "dass diese Qualitäten vor allem in Arbeiter- und Bauernfamilien vorhanden waren" (GINSBORG 2014, S. 228). Unter den Bedingungen des Kapitalismus können die Familien diese Aufgaben und ihre Funktion des Schutzes nicht gewährleisten, da die Lösung durch das Privateigentum, an sich zur Sicherung der Nachkommen eingeführt, zum Privileg weniger und damit unmenschlich wird. Erst die Abschaffung des Privateigentums und die Umwandlung in kollektives Eigentum ermöglichen die Sicherung der zum Schutz der Nachkommen notwendigen Mittel. "Die Eltern werden nicht mehr von der angstvollen Sorge bedrängt sein, wie sie das Brot für ihre Kinder heranschaffen sollen, und sie werden ruhigen Sinnes ihre moralische Aufgabe als Erzieher ausüben können" (GRAMSCI 1987, S. 77f.). Damit wird die Familie seitens GRAMSCI weniger ökonomisch gedacht, indem er zwar die Abschaffung des Privateigentums als marxistische Position übernahm, es aber ablehnte, "die Aufgaben der Familie nach und nach auf den sozialistischen Staat zu übertragen" (GINSBORG 2014, S. 229). Die Stärke von GRAMSCI'S Familienbegriffs liegt in der Möglichkeit, Natur und Moralität zusammenzubringen: Er versteht sich nach WINKLER als ein Plädoyer für "die familiäre Lebenspraxis als eines Zusammenhangs [sic!], der Geschichte sichert und fordert, die Kontinuität von Familien zu wahren – weil ihnen die Legitimität als des sozialen Ortes

Einleitung): Er fordert hierbei eine Position ein, "welche die Reproduktion des Lebens von einer Generation zur nächsten ins Zentrum stellt und auch das Recht einfordert, dass wir uns Zeit nehmen dürfen für unsere Nächsten, statt immer nur 'Vollzeit' für das Kapital, den Staat und/oder die eigene Karriere zu arbeiten. Es geht auch darum zu anerkennen, dass Menschen in verschiedenen Lebensphasen abhängig voneinander sind (Kindheit, Krankheit, Alter, biografische Krisen usw. usf.) und andere Menschen brauchen, die persönlich für sie da sind. Wenn wir sie in diesen Phasen weggeben – in die Krippe, in die Psychiatrie, ins Altersheim – ist das kein Akt der 'Emanzipation' oder 'Gleichstellung'" (STRECKEISEN 2013, S. o.S.).

¹²⁰ GRAMSCI stellt nach GINSBORG eine Ausnahme unter den linken Theoretikern dar, welche dazu tendieren würden, die Familie durch staatliche Erziehungsinstitutionen zu ersetzen. "Er [Gramsci] warnte vor einer 'Anbetung des Staates' und bestand darauf, dass mit einer sozialistischen Regierung die Kindererziehung nicht staatlichen Institutionen übergeben werden dürfe, da diese 'unpersönlich, mechanisch und bürokratisch' agierten" (GINSBORG 2014, S. 229). Neben der politischen Begründung wird diese Position von GINSBORG auf die katholische Sozialisation GRAMSCI'S und dessen Erfahrungen mit seiner alleinerziehenden und liebevollen Mutter zurückgeführt (vgl. GINSBORG 2014, S. 228/230).

zukommt, an dem Biologie und Moral praktisch verknüpft werden" (WINKLER 2015, S. 59). Anhand dieser normativen Position lässt sich die Familie als kritisches Gegenüber zu den kapitalistischen Verwertungsprozessen, respektive als "Antidot gegenüber dem unsäglichen Einfluss des Kapitals" (WINKLER 2015, S. 61) verstehen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen lassen sich für die aktuelle Debatte um die gesellschaftliche Rolle der Familie folgende Aspekte problematisieren: Im Zusammenhang mit Arbeit und Familie scheint *erstens* die Annahme, dass die Familie die Reproduktion von Arbeitskräften und die Vermittlung entsprechender Anpassungsleistung übernimmt, zusehends in Frage gestellt zu werden. Entsprechend werden von staatlicher Seite mehr Kontrollen der Familien eingeführt, das Private – einst aus liberaler Warte als starkes Gegengewicht zum Staat verstanden – steht zusehends zur Disposition. Je stärker die Familie aber veröffentlicht wird, desto mehr erfolgt ein Rückzug der Menschen ins Private und in den familiären Lebensentwurf. Das Private als abgegrenzter und selbstbestimmter Raum des Familiären wird zu einem Fluchtpunkt angesichts "der ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen und emotionalen Verheerungen in den modernen Gesellschaften [...]" (WINKLER 2015, S. 70). Hierin zeigt sich die Dialektik der Familie zwischen der Ermöglichung von Autonomie, Sorge und Schutz und der Erziehung zur Anpassung an die gesellschaftlichen Verhältnisse.¹²¹

Die Veröffentlichung der Familie zeigt sich *zweitens* an der Frage, inwiefern es sich bei der Familie um eine auf Tausch basierende Institution handelt, in der die Sorgearbeit zur Lohnarbeit wird. Bei Pflegefamilien lässt sich das daran diskutieren, dass sie an sich wie Organisationen funktionieren, aber den familiären Charakter bewahren sollen. Durch die Öffentlichkeit und damit die staatlichen Kontrollen sehen sich Pflegefamilien gezwungen, sich stärker als Organisation zu strukturieren, gleichzeitig aber eine Familie zu verbleiben. Dieses Spannungsverhältnis rührt in erster Linie daher, dass der Organisation als soziales Gebilde eine Zweckorientierung unterstellt wird (vgl. u.a. MAYNTZ 1963). Die oben genannte Dialektik zeigt sich in Pflegefamilien im Verhältnis von Familie und Organisation als zwei spezifische Gesellungsformen, welche WOLF in Anlehnung an eine ältere Untersuchung der Formenvielfalt in der Fremderziehung von BÜHLER-NIEDERBERGER und NIEDERBERGER (1988) zur Differenzierung der geltenden Regeln und der Kommunikation einführt (vgl. WOLF 2012, S. 406). Entlang von HABERMAS' Begrifflichkeit von Sozial- und Systemintegration greift er die

¹²¹ Als eine andere Position lassen sich hierzu die Überlegungen DORNES' erwähnen, welcher die Familie hinsichtlich ihrer zunehmenden Deinstitutionalisierung kritisiert: Die Familie erzieht nicht mehr für die Gesellschaft, sondern nur noch in erster Linie für das eigene private Glück (vgl. DORNES 2012). Die Fähigkeit zur Abstraktion lasse nach, die Eltern repräsentieren nichts mehr Gesellschaftliches, sondern sind nur noch sich selbst (ebd., S. 258). Bezugnehmend auf SENNETTs These der "Tyrannei der Intimität" spricht er von einer Überwärmung im Verhältnis von Familie und Gesellschaft, indem die soziale Funktion der Familie der Einübung in die Gesellschaft nachlässt (vgl. ebd., S. 255).

Kolonialisierung des Familiären in den Hilfen zur Erziehung auf und kritisiert dabei, dass durch die zunehmende Kolonialisierung der lebensweltlichen Praxis von Familien deren Sozialisationsleistungen gefährdet werden. Diese stärkere Steuerung hängt mit der irrtümlichen Forderung nach Professionalisierung bei den Pflegefamilien statt bei den professionellen sozialpädagogischen Einrichtungen zusammen, welche Pflegefamilien begleiten und kontrollieren. "Je weniger leistungsfähig ein Sozialer Dienst ist, desto stärker fordert er die Professionalisierung des privaten Lebens; je leistungsfähiger er ist, desto umfassender respektiert er das Eigenartige des privaten Lebens" (WOLF 2012, S. 395). An dieser Überlegung zeigt sich das Spannungsverhältnis zwischen Organisation und Familie im Pflegefamilienbereich, das sich nach BÜHLER-NIEDERBERGER und NIEDERBERGER (1988) und WOLF (2012) entlang von vier Merkmalsdimensionen hinsichtlich des Aufeinanderbezogen-Seins von Individuen kontrastieren lässt: a) Kündbarkeit versus Dauerhaftigkeit, b) Austauschbarkeit versus Einmaligkeit, c) Schemenhaftigkeit versus Körperlichkeit und d) Explizitheit versus Implizitheit der Beziehungsgestaltung (vgl. BÜHLER-NIEDERBERGER 1999, S. 334).¹²²

Die genannten Dimensionen werden in dieser Form analytisch auf die beiden Gesellungsformen Organisation und Familie zugespitzt formuliert, lassen aber im Konkreten noch unterschiedliche Variationen zu. Sie lassen sich quer zum Verhältnis von Lohnarbeit und unentgeltlicher Sorgearbeit bei Pflegefamilien lesen, die in unterschiedlicher Weise für widersprüchliche Situationen sorgen. Bei diesen Dimensionen handelt es sich zwar um analytische Kategorien, gleichzeitig sind es aber auch Chiffren für das, was unter Organisation und Familie idealtypisch konstruiert wird. Es geht an sich weniger um die Frage, ob es bei der Pflegefamilie um eine Organisation oder eine Familie handelt, sondern darum, wie sich die gesellschaftlichen Widersprüche in dieser Formation niederschlagen, wie sich die Pflegefamilien darin bewegen und welche Ordnungen sie herstellen.¹²³ a) Die Kündbarkeit der Beziehungen auf Seiten der Organisation und die Dauerhaftigkeit der Beziehungen bei der Familie zeichnen den grundlegenden Widerspruch zwischen Lohnarbeit und unentgeltlicher Tätigkeit ab: Während die Verhältnisse zwischen den Personen in der Organisation auf einer Vertragslogik basieren, die sich stärker mit einer Dienstleistungsvorstellung vereinbaren lässt und davon ausgeht, dass auf

¹²² Der Hintergrund dieser Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Organisation und Familie als Gesellungsformen ist eine Untersuchung der unterschiedlichen Formen von Maßnahmen zur Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz (vgl. NIEDERBERGER/BÜHLER-NIEDERBERGER 1988).

¹²³ Während sich WOLF dezidiert gegen eine Professionalisierung der Pflegefamilien ausspricht und vielmehr eine solchige der betreuenden Dienste rund um Pflegefamilien einfordert, findet sich in der Auseinandersetzung von ROHWETTER/BÖNER ZOLLENKOPF (2016) eine gegenteilige Argumentation: Pflegefamilien sollen hier gerade nicht als Familie, sondern als zu professionalisierende Organisation verstanden werden, was insbesondere mit der zunehmenden Komplexität von Pflegeverhältnissen begründet wird (vgl. ROHWETTER/BÖNER ZOLLENKOPF 2016, S. 87ff.).

Verträge basierende Beziehungen gekündigt werden können, beruhen die Beziehungen in Familien auf der Vorstellung dauernder und nicht zeitlich begrenzter Verhältnisse. Diese Problematik manifestiert sich beispielsweise bei der Beendigung des Pflegeverhältnisses: Rechtlich ist das Pflegekind mit der Volljährigkeit ein selbständiger Bürger oder eine selbständige Bürgerin mit Rechten und Pflichten, gleichzeitig besteht aber eine ökonomische Abhängigkeit, die mit dem Statuswechsel nicht automatisch wegfällt. "Die für die Organisation völlig selbstverständliche Begrenztheit – die Dauer in Abhängigkeit vom Verwaltungsakt, die Beendigung der Hilfe zur Erziehung nach Erreichung der Ziele – bringt die Menschen in der Pflegefamilie in ein gravierendes Dilemma, weil sie sich nicht als Organisation verstehen, sondern als Familie mit eigenzeitlichen Vorstellungen. Diese Merkmale und Selbstverständnisse treffen hart aufeinander" (WOLF 2012, S. 408). An sich muss es sich nicht um ein Dilemma handeln, vielmehr stellt sich die Frage, weshalb im Falle von Pflegefamilien nicht diskursiver mit dem Thema des Abbruchs von Beziehungen umgegangen wird. Für ein Pflegekind könnte es gerade auch eine Chance sein, die Beziehung zu den Pflegeeltern wieder aufzulösen. Die Dauerhaftigkeit ist beispielsweise bei SOS-Pflegefamilien auch nicht per se gegeben, vielmehr müssen Pflegefamilien damit rechnen, dass ein Pflegekind auch bei einer Dauerplatzierung wieder zu den Eltern rückplatziert wird. b) Der Aspekt der Kündbarkeit, respektive Beständigkeit der Beziehungen zeigt sich auch im zweiten bedeutsamen Moment der Austauschbarkeit, respektive Einmaligkeit von Rollen im Kontext von Organisation und Familie. Organisationen sind durch die Austauschbarkeit von Personen in der jeweiligen Rolle gekennzeichnet, dies birgt auf der einen Seite eine gewisse Unabhängigkeit der Betroffenen von Einzelpersonen, da diese in ihrer Funktion austauschbar sind. Organisationen sind dadurch aber gezwungen, die inner-organisationale Kommunikation zu erhöhen, um die Austauschbarkeit der Personen zu gewährleisten. Auf der anderen Seite ist mit der Austauschbarkeit der Personen die Gefahr einer erhöhten Anonymität verbunden, das Sich-Einlassen auf eine Beziehung zum Gegenüber ist davon bedroht, dass das Gegenüber ohne grössere Schwierigkeiten durch eine andere Person ersetzt werden kann. Die Familie wiederum geht von der Einmaligkeit der darin relevanten Rollen aus, das ermöglicht im Erziehungskontext eine Sicherheit und Stabilität für alle Beteiligten, allerdings auch eine erhöhte Abhängigkeit der Kinder von den jeweiligen erwachsenen Personen. Diese Spannung zeigt sich im Falle von Pflegefamilien dahingehend, dass die erhöhte Autonomie der Pflegeeltern, was im Falle von Familien als Normalität akzeptiert wird, nicht nur eine Chance, sondern auch eine Problematik für das Pflegekind werden kann. Hieran lässt sich die Dialektik der Familie zwischen Ermöglichen der Sorgebeziehung und der gesellschaftlichen Integrationsfunktion erkennen. c) "Schon bei der Kündbarkeit und

Austauschbarkeit wurde deutlich, dass die Existenz der Organisation nicht vom einzelnen Mitglied abhängt. Ihre Existenz hängt von Entscheidungen derjenigen ab, die über die einschlägigen Rechte verfügen, nicht von der Existenz der Menschen. Hingegen ist die körperliche Existenz der Menschen für Familien ein selbstverständliches Merkmal, und viele Themen beziehen sich auf die Körperlichkeit" (WOLF 2014, S. 33). Körperlichkeit ist in der Familie als Folge des unmittelbaren, alltäglichen Zusammenlebens angelegt, bleibt in Organisationen hingegen abstrakter und – in den Worten von NIEDERBERGER und BÜHLER-NIEDERBERGER – schemenhafter. "Organisationen programmieren einen eigenen Zeitverlauf, setzen eigene Interpunktionen, jenseits von Entstehung, Aufbau und Vorgehen des natürlichen Lebens. Ihre Zeit formt sich nicht zu Zyklen, wie die der Familie, sondern verläuft linear-fortschreitend, und das ist nur möglich, weil ihr Bestehen kein körperliches ist, sondern ein schemenhaftes, gedachtes" (NIEDERBERGER/BÜHLER-NIEDERBERGER 1988, S. 34; in WOLF 2012, S. 409. Es würde allerdings zu kurz greifen, Familien auf Körper und Organisationen auf Schemen zu beziehen: "Wir sprechen nur von der unterschiedlichen *Geltung*, die Körper respektive Schemen in den Beziehungen und Bezügen dieser Sozialformen einnehmen, und davon, dass sie über diese Geltung dem Beziehungssystem eine Ausrichtung, den einzelnen Handlungen ihren Bezug verleihen" (NIEDERBERGER/BÜHLER-NIEDERBERGER 1988, S. 35; Hervorhebung im Original). Die Differenz im Umgang mit Körperlichkeit zeigt sich besonders bei der Sexualität. Sexualität als Körperlichkeit ist in Organisationen nicht vorgesehen, das gilt in der Kinder- und Jugendhilfe insbesondere für Heimeinrichtungen. Körperlichkeit wird in diesen Institutionen strukturell bereits durch die Rhythmisierung der Arbeitsbedingungen der angestellten Sozialarbeitenden (Schichtbetrieb, Nachtdienste durch externes Personal, Therapieformen ausserhalb des Wohnkontextes, etc.) ausgeklammert. Ausserdem haben Organisationen als Reaktion auf aktuelle Missbrauchserfahrungen Reglementierungen eingeführt, welche zulässige Nähe und gebotene Distanz im Verhältnis von Adressatinnen und Adressaten und Sozialarbeitenden zu definieren versuchen.¹²⁴ In Pflegefamilien ist Körperlichkeit nicht nur aufgrund der familiären Exklusivität ein zentrales Thema, sondern auch aufgrund der konkreten Form, wie das Zusammenleben in Pflegefamilien gestaltet wird. Wenn der Umgang mit Körperlichkeit in Pflegefamilien – so WOLF – aus einer organisationalen Perspektive gelesen wird, kommt es zu einer Uminterpretation des im Familienkontext plausiblen Verhaltens: WOLF schildert am Beispiel der Situation einer Pflegemutter, welche das

¹²⁴ Dies scheint jedoch mittlerweile in eine grundlegende, beinahe hysterische Verdächtigung von Pädagoginnen und Pädagogen umzuschlagen, die in bisweilen skurrilen Reglementierungen von Körperkontakt in pädagogischen Institutionen gipfelt. Eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und institutionellen Gefährdungslagen von Missbrauch erscheint zusehends erschwert (vgl. HOFMANN 2004).

erkrankte Pflegekind zu sich ins Bett nimmt, wie seitens des Jugendamtes ein familiär weitgehend anerkanntes Verhalten verdächtig und sexualisiert wird. "[Die] erfolgreiche und für das Familienleben durchaus passende Lösung [der Pflegemutter] wird dekontextualisiert – aus dem Kontext Familie herausgerückt in einen Organisationsrahmen – und mutiert dort zum verdächtigen Verhalten, das plötzlich in einer Reihe mit Formen sexualisierter Gewalt steht" (WOLF 2014, S. 33). Hierin verortet WOLF eine Kolonialisierung der Familie durch die Organisationslogik, die d) sich *viertens* in der Orientierung des Handelns am Zweck äussert: "In Organisationen wird Erziehung demnach als explizite pädagogische Maßnahme inszeniert: Sie wird geplant, Erziehungsziele werden definiert und rational begründet und geeignete Methoden gesucht, um die Ziele zu erreichen" (WOLF 2012, S. 411). Die familiäre Erziehung ist hingegen stärker implizit orientiert, sie ist eingebettet in das konkrete Zusammenleben. Es ist nicht so, dass sich das Handeln in der Familie nicht auch an konkreten Zwecken orientieren würde, diese sind aber im Familienalltag in einen Handlungs- und Sinnkomplex eingebettet, "der mehreren Zwecken dienen muss" (NIEDERBERGER/BÜHLER-NIEDERBERGER 1988, S. 47). "Der Versuch, starke Elemente eines linearen zweckrationalen Handelns – wie es dem professionellen Handeln in Organisationen zugrunde liegt – in ein System, dessen Stärke in der impliziten Erziehung liegt, zu implementieren, führt zu dem, was wir als Kolonialisierung bezeichnen könnten" (WOLF 2012, S. 412).

Resümierend kann gesagt werden, dass die Tätigkeit von Pflegefamilien in der Lohnarbeit alleine nicht aufgeht und sich nicht auf die Tauschlogik reduzieren lässt. Die damit einhergehenden Widersprüche, wenn Pflegefamilien als Organisationen verstanden werden, zeigen sich an den vorgängig ausgeführten Dimensionen. Die Position WOLFS, Pflegefamilien nicht als Organisationen, sondern als "unkonventionelle Familien" (WOLF 2013; WOLF 2014)¹²⁵ und zivilgesellschaftliche Ressourcen zu verstehen, verweist auf das Bestreben, die Stärken von Pflegefamilien als Familien für das Aufwachsen von Kindern zu nutzen. Das ambivalente Verhältnis zwischen Organisation und Familie wie auch zwischen Lohn- und Sorgearbeit zeigt sich *erstens* in der Zuschreibung von Dauerhaftigkeit und Einmaligkeit der Beziehungen in Pflegefamilien, deren Sorgearbeit damit eine Autonomieentwicklung bei Pflegekindern ermöglichen, gleichsam aber auch eine erhöhte Abhängigkeit der Pflegekinder von der Pflegefamilien schaffen kann. "Menschen, die öffentlich leben, mithin nicht über die Begrenzungen ihrer Existenz und der Praxis in ihren eigenen Räumen verfügen, haben kaum

¹²⁵ Der Begriff der "unkonventionellen Familie" geht auf einen Text von FUNCKE und HILDENBRAND zurück (vgl. FUNCKE/HILDENBRAND 2009). GEHRES und HILDENBRAND wiederum beschreiben die Pflegefamilie in diesem Zusammenhang als "Familie-als-ob", indem die Pflegefamilie mit dem Pflegekind zusammen lebt, "als-ob" ihre Beziehungsgrundlage auf einer biologischen Basis beruhte (vgl. GEHRES/HILDENBRAND 2008).

Chancen, erfolgreich Familie zu leben. Wachsen die Kinder in einem insofern öffentlichen Raum auf, gefährdet das ihre Entwicklung. Die Öffentlichkeit des Privaten schadet offensichtlich den Bindungen und verhindert die Entstehung einer Familiengeschichte" (WINKLER 2015, S. 75). Während Organisationen einen privaten Raum herstellen müssen, fällt dies Pflegefamilien leichter, da der private Schutzraum zur Entwicklung der Kinder vorausgesetzt wird. BLANDOW weist hierbei auf Fremdheit als ein prägendes Strukturmerkmal von Pflegefamilien hin: "Was in der Normalfamilie Ergebnis eines biologisch fundierten und sozial gestützten Kontinuums von dialogischen Einigungsprozessen und Perspektivenverschränkung ist und was ihr darüber gewissermaßen einfach zufällt, generationsübergreifende biographische Kontinuität, Zusammengehörigkeits-Wissen, wechselseitige Verantwortung, muss in der Pflegefamilie in bewusster Anstrengung hergestellt werden" (BLANDOW 2006, S. 16). Strukturell sind mit der Aufrechterhaltung der familiären Autonomie der Pflegefamilien zwei Aspekte verbunden, die gleichsam zusammenhängen: Auf der einen Seite wird damit den Pflegefamilien ein großer Gestaltungsfreiraum nicht zuletzt in familienbiografischer Hinsicht zugestanden, der auf der anderen Seite die Frage nach sich zieht, wie das Wohl des Pflegekindes in der Pflegefamilie gewährleistet werden kann. Die Autonomie der Pflegefamilie kann für das Kind zum Problem werden. Diese Ambivalenz ist Gegenstand fortwährender Diskussionen um staatliche Kontrolle privater Freiräume. Diese Diskussion zeigt sich *zweitens* gerade besonders im Umgang mit Körperlichkeit: Was im Falle von Familien als Normalität und gesellschaftlich anerkannt verstanden wird, sorgt bei Pflegefamilien für Kontroversen, wenn verstärkt eine Organisationsperspektive angelegt wird. Allerdings ist aber gerade der Umgang mit Körperlichkeit, insbesondere derjenige mit Sexualität ein zentrales und ambivalent gehandeltes Thema von Familien. Für Pflegefamilien ist es insbesondere hinsichtlich der Missbrauchsthematik im Kontext von Sorgetätigkeiten von hoher Relevanz.

Zwischenfazit

Das vorherrschende Verständnis von Privatheit und Öffentlichkeit geht von klar abgrenzbaren Sphären aus, denen unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen zugeschrieben werden. Mit der *Hegemonietheorie* lässt sich verdeutlichen, dass die Differenzziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Machtverhältnisse und politischer Interessen geschieht. Der Begriff der Hegemonie umfasst einerseits die konkreten Herrschaftsprozesse, also die ausgeübte Herrschaft über andere Personen. Andererseits aber auch die kulturelle Hegemonie im Sinne eines vorherrschenden Denkens. Der hegemonietheoretische Zugang ermöglicht eine Öffnung sozialer und politischer Räume, wo sich gegen-hegemoniale

Positionen zeigen können. Hierfür verwendet GRAMSCI den Begriff des Stellungskriegs, um die Kämpfe um Hegemonie durch die Regierten in der kulturellen und politischen Sphäre fassbar zu machen. Die *feministische Perspektive* auf das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit bringt in erster Linie eine Kritik an einer rationalistisch orientierten Teilhabe am Öffentlichen und die Forderung danach mit sich, sich im Öffentlichen verwundbar zeigen zu können. Zweitens lässt sich mittels der feministischen Perspektive die Familie als ökonomisches System kritisch reflektieren und insbesondere die Frage der Entlohnung in Pflegefamilien analysieren. Es geht um die Re- und Dekonstruktion der Unterscheidungen bei Pflegefamilien, was in welchem Zusammenhang als privat und was als öffentlich verstanden wird. Eine kritische *Familiensoziologie* ermöglicht die Analyse von Familie als gesellschaftliche Institution mit einer dialektisch angelegten Funktion: Die vermittelte Sorge für einander ermöglicht die Entwicklung von Autonomie bei den Kindern und Jugendlichen und gleichzeitig obliegt der Familie die Funktion der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse.

5.4 Heuristik: Privatheit und Öffentlichkeit als symbolische Ordnungen

Vor dem Hintergrund der vorherigen Überlegungen verfolgt dieses Kapitel das Ziel eine Heuristik zu entwickeln, welche die Analyse des vorhandenen Datenmaterials zu leiten vermag. Alex DEMIROVIĆ¹²⁶ kritisiert sowohl das liberale Privatheitsverständnis wie auch die HABERMAS'sche Entwicklungslogik von Öffentlichkeit unter Bezugnahme auf hegemonietheoretische Konzeptionen. Wie vorgängig ausgeführt, lassen sich Privatheit und Öffentlichkeit nicht als zwei essenzialistisch bestimmte und voneinander getrennte Bereiche moderner Gesellschaften bestimmen (vgl. DEMIROVIĆ 2004), sondern vielmehr manifestiert sich das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit entlang von hegemonialen und gegen-hegemonialen Zuschreibungsprozessen. Damit basiert die Unterscheidung auf politischen Interessen und ist insbesondere durch die staatlichen Institutionen geprägt. "Was als öffentlich und privat gilt, wird vom Staat definiert – vom Staat, der als gesellschaftliches Kräfteverhältnis zu begreifen ist, mit dem ein Teil der herrschenden Kräfte sich in einem selbstbezüglichen Akt den Charakter des Öffentlichen gibt" (DEMIROVIĆ 2004, S. 8). Diese Form der Selbstbezüglichkeit wird durch die staatliche Einflussnahme geprägt, welcher der Herrschaft den Charakter der Allgemeingültigkeit verleiht und damit schwer kritisierbar macht. Es handelt sich

¹²⁶ Alex DEMIROVIĆ beschäftigt sich insbesondere mit staats- und demokratietheoretischen Aspekten moderner Gesellschaften und entwickelte die Kritische Gesellschaftstheorie unter Verwendung aktueller ökonomiekritischer Ansätze weiter. Er nahm in unterschiedlicher Weise Anleihen bei den theoretischen Positionen Antonio GRAMSCIS oder Nicos POULANTZAS'. Die wissenschaftsgeschichtliche Entwicklung der Kritischen Theorie bearbeitete er in seiner Habilitation "Der nonkonformistische Intellektuelle" (vgl. DEMIROVIĆ 1999).

hierbei um soziale Praktiken, welche entlang symbolischer Differenzierungen in einem Raum stattfinden, den DEMIROVIĆ Zivilgesellschaft (*società civile*) nennt. "Das ist der weitgespannte Bereich der kulturellen Organisation einer Gesellschaft, der als privat gilt – wie ja auch Zeitungen und Fernsehen häufig Privateigentum sind –, den Gramsci aber als Erweiterung des Staates betrachtet, weil eben der Staat die Unterscheidung von privat und öffentlich festlegt und vollzieht. Während der Staat im engeren Sinn aus dem Gewaltapparat, Regierung und Verwaltung, besteht, ist die Zivilgesellschaft ein Bereich, in dem sich umfassende soziale Parteien bilden und ihre Interessen durch politische Bündnisse verallgemeinern und ihre partikulare Weltsicht anderen aufzuherrschen versuchen" (DEMIROVIĆ 2004, S. 8f.). DEMIROVIĆ zufolge werden in der Zivilgesellschaft in den alltäglichen Konflikten die Kräfteverhältnisse zwischen den Menschen vermittelt und gelernt, wie sie sich durch die staatlichen Institutionen zu regieren lassen haben (vgl. DEMIROVIĆ 2004, S. 9). Der Begriff der Zivilgesellschaft umfasst nach DEMIROVIĆ in Anlehnung an die Theorie von GRAMSCI den Raum, in welchem die symbolischen Einteilungen und Begrenzungen von sozialen Praktiken stattfinden, wie beispielsweise die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit (vgl. DEMIROVIĆ 2004, S. 8). Mit dem Begriff der kulturellen Hegemonie werden Prozesse beschrieben, die dazu beitragen, gesellschaftlich dominante Werte zu reproduzieren. Hierunter beschreibt beispielsweise Mark TERKESSIDIS die Familie neben der Schule als relevante Institution und bezieht sich auf einen Effekt der kulturellen Hegemonie, dass im Migrationskontext 'die deutsche Familie' als Norm gesetzt wird (vgl. TERKESSIDIS 2004, S. 149). Zivilgesellschaft ist allerdings nicht mit Öffentlichkeit gleich zu setzen, vielmehr lässt sich durch die Zivilgesellschaft ein Kräfteverhältnis abbilden, indem die Achse privat-öffentlich Hinweise auf Verschiebungen dessen andeuten, was von staatlicher Seite als konsensual interpretiert wird.¹²⁷ DEMIROVIĆ' Verständnis der Hegemonietheorie basiert darauf, dass sie sich gegenüber dem Begriff der Öffentlichkeit metatheoretisch verhält, indem sie zwar einerseits die konkreten Prozesse der Konsensbildung (vgl. das Öffentlichkeitsverständnis von HABERMAS) beleuchtet, andererseits aber auch "versucht, die Logik des Öffentlichen und der Unterscheidung von privat und öffentlich selbst noch im Rahmen der Zivilgesellschaft verständlich zu machen" (DEMIROVIĆ

¹²⁷ Als konkretes Beispiel lässt sich die Strategie der Stadt Zürich erwähnen, welche Ende 2014 medial wirksam homosexuelle Paare als Pflegefamilien aufruft. Hierdurch kommt es zu leichten Verschiebungen in der hegemonialen Ausrichtung an bürgerlichen Kleinfamilien, während gleichzeitig die rechtliche Diskriminierung homosexueller Paare hinsichtlich ihres Rechts auf Adoption von Kindern aufrechterhalten bleibt. Interessanterweise wird allerdings im März 2016 das Adoptionsrecht leicht modernisiert, indem Homosexuelle künftig die Kinder ihrer Partner adoptieren können sollen (Der Ständerat hat der Revision des Adoptionsrechts als Erstrat zugestimmt, siehe Medienmitteilung auf der Homepage des eidgenössischen Parlament; www.parlament.ch). Aus hegemonietheoretischer Sicht ist diese Vorgehensweise deshalb interessant, weil homosexuelle Pflegeeltern an sich rechtlich legitim sind. Hegemoniale Familienvorstellungen führen aber dazu, dass homosexuelle Paare vergleichsweise selten Pflegeeltern werden. Insofern ist es von politischer Relevanz, diese auch offensiv als Pflegeeltern zu bewerben.

2004, S. 9). Das Problem ist insofern auf einer höheren Ebene, da DEMIROVIĆ die liberale Vorstellung kritisiert, dass Autonomie in der Unterscheidung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit liege. Vielmehr liegt das Problem darin, dass durch die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit bereits ein Zwang zur Unterscheidung einhergeht. Die Individuen oder soziale Gruppen werden dazu gezwungen, "sich als Private oder Öffentliche von sich selbst zu unterscheiden" (DEMIROVIĆ 2004, S. 9). Gerade an diesem Aspekt kann die Analyse der sozialen Praktiken von Pflegefamilien anknüpfen, da diese aufgrund ihrer Rolle als Pflegefamilien gegenüber den Behörden aufs Neue entscheiden müssen, was sie an ihrer Familie öffentlich machen wollen. Privatheit und Öffentlichkeit sind nicht als klar abgrenzbare Sphären, sondern vielmehr "als ein symbolisches Dispositiv zu begreifen, als eine symbolische Ordnung, die eine spezifische Repräsentation des sozialen Raums organisiert" (DEMIROVIĆ 2004, S. 2). Diese Konzipierung ermöglicht es, die "symbolischen Einteilungen und Begrenzungen von sozialen Praktiken" (DEMIROVIĆ 2004, S. 8) innerhalb der Zivilgesellschaft zu beleuchten, da sich jedes Subjekt dazu gezwungen sieht, das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit selbständig herzustellen. Dadurch werden durch das Handeln soziale Räume hervorgebracht und mit Sinn versehen. Im Sinne von DEMIROVIĆ werden Ordnungen geschaffen, die mit Bedeutungen, also mit Symbolen versehen sind. Im Handeln und Sprechen manifestieren sich die Definitionen der beiden Bezüge von privat und öffentlich, entsprechend können sie im Datenmaterial analysiert werden. Die durch die einzelnen Personen hergestellten symbolischen Ordnungen werden in der bürgerlichen Gesellschaft allerdings durch hegemoniale Vorstellungen dessen beeinflusst, was eine Familie ausmacht, wie das Private einzurichten sei, was ein kindergerechtes Aufwachsen ermöglicht, wie sich die Menschen im öffentlichen Raum zu verhalten haben, etc. Die symbolische Ordnung wurde "vom Bürgertum als eine der Formen der Hegemonie entwickelt. Das Bürgertum hat es bald nach seiner Entstehung verstanden, sich virtuos in diesem symbolischen Raum zu bewegen und gleichzeitig andere soziale Akteure auszugrenzen" (DEMIROVIĆ 2004, S. 2). Die dominierende symbolische Ordnung ist bürgerlich geprägt, wodurch es nach DEMIROVIĆ zentral wird, neben dieser hegemonialen symbolischen Ordnung alternative Öffentlichkeiten zu entwickeln, wie sie sich in Form von Gegenöffentlichkeiten zeigen.

Die Vorstellung von Privatheit und Öffentlichkeit als symbolische Ordnung haben KOIVISTO und VÄLIVERRONEN bereits 1993 hinsichtlich der Nützlichkeit des Öffentlichkeitsbegriffs angedacht, "wenn er zur Analyse der Formen der Vergesellschaftung mit Begriffen wie Hegemonie, Diskurs und soziales Geschlecht in Beziehung gesetzt wird. Wie im vergleichbaren Fall der *Zivilgesellschaft* sind wir gezwungen, um die dynamische Realität überhaupt zu erfassen, über

abstrakte und normative Vorstellungen von *Öffentlichkeit* hinauszugehen. Dies erfordert die Untersuchung der Vorgänge, wie *öffentliche* Formen der Vergesellschaftung entstehen, wie sie sich von *privaten* unterscheiden und auf sie beziehen und sie jeweils durch Herrschafts- und Widerstandsverhältnisse, durch Hegemoniekämpfe geprägt werden. Es ist wichtig, Öffentlichkeit nicht nur als einen besonderen Bereich sondern zugleich (wie im Fall der Zivilgesellschaft) als ein Aspekt verschiedener gesellschaftlicher Praxen wahrzunehmen" (KOIVISTO/VÄLIVERRONEN 1993, S. 729; Hervorhebungen im Original). Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Überlegungen lassen sich die beiden Begriffe Privatheit und Öffentlichkeit als symbolische Ordnung sowohl in ihrem wechselseitig bedingenden Verhältnis, wie aber auch im Hinblick auf normative Konnotationen verstehen, die insbesondere unter den Bedingungen des liberalen Rechtsstaats vorhanden sind. Es müssten also auch Praxen und Deutungen fassbar gemacht werden können, welche nicht den hegemonialen Strukturen entsprechen.

In Anlehnung an die vorherigen hegemonietheoretischen und feministischen Ausführungen lässt sich ein heuristisches Modell als Basis der folgenden Analysen entwickeln (vgl. das nachfolgende Schema Abbildung 1): Ausgangspunkt der Heuristik sind die *sozialen Praktiken* (Nr. 1 in der Abbildung 1) im Pflegekinderbereich. Bei den sozialen Praktiken handelt es sich um komplexe Tätigkeiten, welche alleine oder kollektiv vorgenommen werden (vgl. JAEGGI 2014, S. 95) und sich nach DEMIROVIĆ entlang von symbolischen Differenzierungen in der Zivilgesellschaft entwickeln. Im Pflegekinderbereich lassen sich folgende Tätigkeiten als soziale Praktiken beschreiben (vgl. auch Kap. 2.3.1): Die Aufnahme von Pflegekindern, die Abklärung von Pflegefamilien durch staatliche Institutionen, die Betreuung und Kontrolle der Pflegefamilien und letztlich die Beendigung der Pflegeverhältnisse. Hierbei handelt es sich um Momente sozialer Praktiken, in denen idealtypisch Vereinbarungen zwischen staatlichen Akteuren und den Pflegefamilien getroffen werden. Die Pflegefamilien brauchen sich also nicht zu verstecken, sondern werden zu diesen konkreten Zeitpunkten sichtbar. An diesen vier Punkten wird verhandelt, ob das Private noch in Ordnung ist, es werden Erwartungen ausgehandelt, damit die Pflegefamilien die Pflegekinder behalten können. Es handelt sich also um Momente, wo die Pflegefamilien und die staatlichen Akteure sich bewusst machen, dass die Pflegefamilien öffentlich werden.

Die Darstellungen zu den jeweiligen Zeitpunkten im Rahmen der Interviews stellen die zur Verfügung stehenden Diskurse dar, in denen durch die jeweils interviewten Personen symbolische Ordnungen hergestellt werden. Die vorgängig eingeführte artikulatorische Praxis nach LACLAU und MOUFFE generiert Bedeutungen und Identitäten, die über eine gewisse Zeit im Diskurs fixiert werden (vgl. Kap. 5.1). Die Diskurse ergeben sich im vorliegenden Projekt über

die Darstellungen der unterschiedlichen Akteure in den jeweiligen Interviews. Die darin vorfindlichen Artikulationen orientieren sich an hegemonialen und gegen-hegemonialen Deutungsmustern, welche in der Analyse der symbolischen Ordnungen rekonstruiert werden (Nr. 2.1 in der Abbildung 1). In den Interviews mit den Pflegefamilien manifestieren sich in den Artikulationen also gleichsam die gesellschaftlichen Strukturen als hegemoniale Deutungsmuster, es lassen sich aber auch Momente widerständiger Praxis erkennen. Diese gilt es herauszuarbeiten. Die in den Interviews generierten Diskurse basieren auf dem Kontext der Forschung der besagten Evaluation, welche unter Umständen hegemoniale Deutungsmuster bei den unterschiedlichen Akteuren hervorbringt. Deshalb ist es notwendig, die Diskurse im Hinblick auf die unterschiedlichen Kontexte zu analysieren, wie das mit dem Konzept der Kontextinterpunktionen (vgl. Kap. 3.1.2) vorgeschlagen wurde. Damit wird es unumgänglich, einerseits die eigenen hegemonialen Deutungen als Forscher zu berücksichtigen. Andererseits ist darauf zu achten, inwiefern sich in der Forschung das Feld reproduziert: Die Pflegefamilien verschließen sich gegenüber dem Forschenden, ich kriege als Forscher im Feld nur beschränkten Zugang und erkenne von der Familie nur Auszüge. Bis zu einem gewissen Grade werde ich als Forscher instrumentalisiert, damit reproduziert sich die Logik des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit, wie sie sich auch den Sozialarbeitenden zeigt. In diesem Zusammenhang wird nachfolgend (vgl. Kap. 6.3) auf die konkrete Ausgestaltung des Feldzugangs und der Forscherrolle im Feld eingegangen, um diese Momente der Instrumentalisierung des Forschenden als Teil der Analyse zu verwenden. Entscheidend ist nun allerdings auch, was aus den Diskursen verdrängt, respektive in den Interviews nicht artikuliert wird (Nr. 2.2 in der Abbildung 1). Die Tiefenhermeneutik liefert hierzu einen passenden methodischen Rahmen, indem sie die Möglichkeit zur Verfügung stellt, dasjenige zu rekonstruieren, was aus den Diskursen verdrängt wird. Die hegemoniekritische Analyse der Diskurse kann hermeneutisch begründet werden, indem die vorliegenden Texte als Diskurse hinsichtlich verdrängter Gehalte analysiert werden (vgl. hierzu die methodischen Ausführungen zur tiefenhermeneutische Kulturanalyse im Kap. 3.2). Hinweise auf verdrängte Gehalte finden sich nach der tiefenhermeneutischen Vorgehensweise insbesondere an den Orten, wo sich Widersprüche im Text und Irritationen in der Analyse festmachen lassen (vgl. die methodologischen Ausführungen im Kap. 3.1.2).

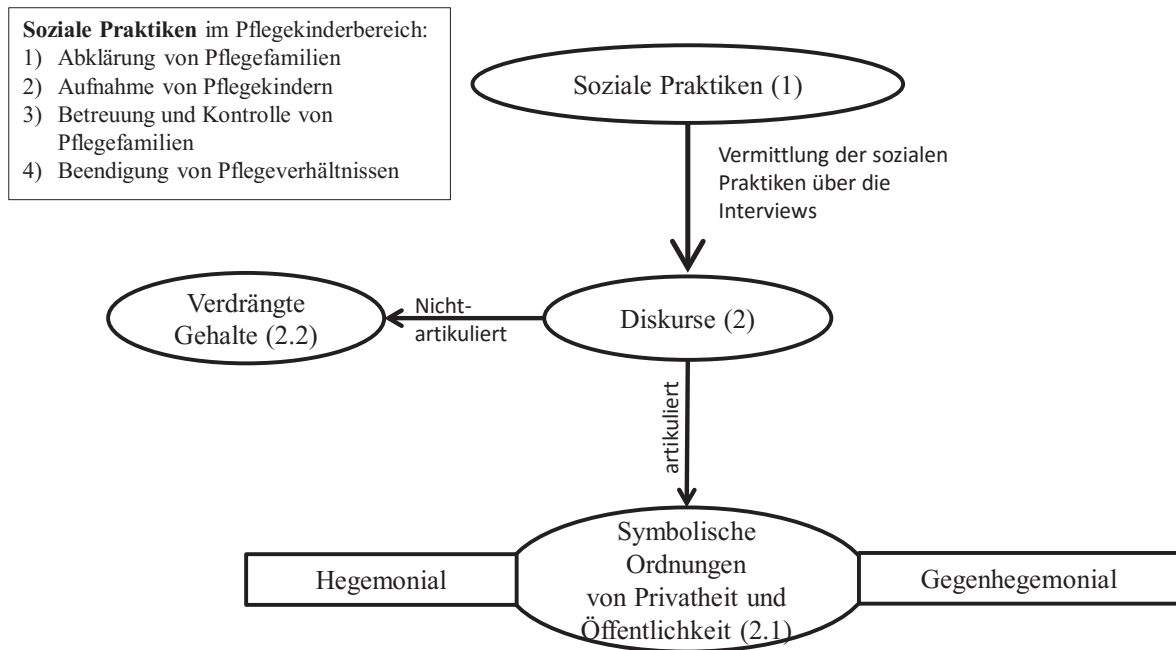


Abbildung 1: Heuristisches Schema

6 Analysen und Ergebnisse

Das folgende Kapitel dient der Darstellung der Ergebnisse aus den Analysen der Interviews. Die Erinnerungsprotokolle zu den jeweiligen Interviews und das Forschungstagebuch werden zur Stützung der Interpretationen beigezogen und ermöglichen einen Einblick in die Konstruktionen von Öffentlichkeit und Privatheit von Pflegefamilien. Die in den Interviews dargestellten Erfahrungen der Pflegeeltern mit Behörden und Sozialarbeitenden sind Gegenstand des ersten Kapitels (6.1). Die familiären Geschichten der Pflegefamilien geben Einblick in Motivlagen der Pflegeeltern, biographische Brüche, staatliche Steuerungsversuche und professionelle Interventionen seitens der Sozialarbeit, sowie auch in die Art und Weise der Beziehungsgestaltung gegenüber den Pflegekindern. Es lassen sich an dieser Stelle Darstellungen und Inszenierungen widerständiger Praxis, aber auch konformes Handeln gegenüber staatlichen Institutionen aufzeigen. Die Interviews mit den Sozialarbeitenden, den Betreuerinnen und der Vormundschaftssekretärin werden im Hinblick auf die unterschiedlichen Prozessschritte im Pflegefamilienbereich im anschließenden Kapitel exemplarisch diskutiert (Kapitel 6.2), um damit die Heterogenität professioneller Sichtweisen auf Privatheit und Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Perspektiven und Interessenlagen bezüglich des Datenmaterials wird im darauffolgenden Kapitel die Forschungsperspektive systematisch reflektiert (Kapitel 6.3): Dazu gehört einerseits die Analyse des Feldzugangs und die damit verbundenen Erfahrungen im Forschungskontext. Die tiefenhermeneutische Kulturanalyse setzt hierbei bei den wahrgenommenen Irritationen an und nutzt diese als erste zu analysierende Forschungsdaten. Dabei wird auch berücksichtigt, wie und unter welchen Bedingungen die Interviews zustande gekommen sind. Das Forschungsprojekt wird als Interaktion unterschiedlicher Kontexte verstanden, die systematisch im Zusammenhang mit dem Eröffnen des Feldes des Pflegekinderbereichs analysiert werden. Andererseits werden anhand konkreter Beispiele die Interpretationen und Diskussionen aus einer Interpretationsgruppe beigezogen: Die Reflexion der Gruppendynamiken gibt im Sinne der Tiefenhermeneutik Hinweise auf verdrängte Gehalte, respektive ermöglicht eine Analyse der Übertragungsprozesse in der Gruppe. Im Kapitel 6.4 werden bezugnehmend auf das heuristische Modell hegemoniale und gegen-hegemoniale Artikulationen sozialer Praxen zur Herstellung symbolischer Ordnungen von Privatheit und Öffentlichkeit dargestellt. Das Kapitel 6.5 bezieht sich auf die herausgearbeiteten Themen, die im Pflegefamilienbereich im Rahmen der Interviews verdrängt werden: Hierbei handelt es sich um die Themen Liebe, Religion, Lohnarbeit und Anerkennung und Besitz am Kind.

6.1 Erfahrungen der Pflegefamilien

Die folgenden Darstellungen der sieben Pflegefamilien orientieren sich an deren Erfahrungen mit der Aufnahme eines oder mehrerer Pflegekinder (eine Übersichtstabelle findet sich gleich anschließend zu Beginn der einzelnen Darstellungen der Pflegefamilien; Tabelle 2). Ziel dieser Falldarstellungen ist eine Aufbereitung der Geschichten und Hintergründe der befragten Pflegefamilien für die nachfolgenden Analysen des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit. Diese wird grundsätzlich entlang der Form des Pflegeverhältnisses unterteilt: Zuerst werden die Dauer- und Wochenpflegefamilien und anschließend die SOS-Pflegefamilie vorgestellt. Die Falldarstellungen orientieren sich an objektiven Daten (1) der Pflegefamilien wie der Konstellation von Erwachsenen und Kindern, der beruflichen Hintergründe und der Wohnsituation. Ein besonderes Augenmerk wird im Folgenden auf die Geschichte der Pflegefamilien (2) gelegt: Wie sind die Pflegefamilien zu einer Pflegefamilie geworden, respektive wie hat sich der Prozess der Aufnahme des Pflegekindes abgespielt? Wie wird die Zeit mit dem Pflegekind und der Kontakt mit Behörden und Sozialarbeitenden wahrgenommen und wie kommen die Pflegeverhältnisse letztlich – sofern das bereits der Fall ist – zu einem Abschluss? Die Beschreibungen versuchen den Eigenheiten der Geschichte der jeweiligen Pflegefamilien und der entsprechenden Selbstdarstellung im Interview gerecht zu werden. Drittens werden die Momente der Herstellung von Privatheit und Öffentlichkeit ausgeführt (3), insbesondere was Aspekte wie Körperlichkeit, Beziehungsgestaltung und Finanzierung anbelangt. Hierzu weise ich darauf hin, dass nicht bei allen Pflegefamilien in gleicher Weise auf die Darstellungen konkreter Situationen eingegangen wird. Das hängt maßgeblich mit den sehr unterschiedlichen Selbstdarstellungen und Detailliertheitsgraden der Erzählungen der Pflegeeltern zusammen. Abschließend werden die Art der Erzählung und die Interviewsituation noch etwas genauer ausgeführt, respektive darauf hingewiesen, wie narrativ die Interviews aufgebaut sind (4).

Hinsichtlich der Unterscheidung zwischen den einzelnen Personen in der Pflegefamilie wird unterschieden zwischen Pflegemutter/ Pflegevater und Kindsmutter/ Kindsvater. Diese begriffliche Unterscheidung ist insofern unglücklich, da dadurch die Trennung zwischen biologischer und sozialer Zugehörigkeit gleichsam reproduziert wird. Die Unterscheidung dient in erster Linie der vereinfachten Nachvollziehbarkeit und greift damit auch auf eine im Pflegekinderbereich weitgehend anerkannte Begrifflichkeit zurück.

	Pflegefamilie	Objektive Daten der Pflegefamilie ¹²⁸	Hintergrund der Pflegefamilie
Dauerpflegefamilien	Pflegefamilie Hartmeier	PM: Lehrerin PV: Architekt PK: Zwei Zwillingsgeschwister ♀ und ♂ (10)	Die Pflegeeltern wollten an sich keine eigenen Kinder haben und nehmen Pflegekinder als "Kompromiss" auf.
	Pflegefamilie Martin	PM: Gärtnerin PV: Finanzverwalter PK: Doris (15); Rolf (18) und Petra (15) wohnen nicht mehr in der PF Eigene Kinder: Moritz (21), Philipp (9)	Das PK Petra wurde als Freundschaftsdienst gegenüber dem Kindsvater aufgenommen. Die PK Doris und Rolf wurden fremdplatziert. Diese beiden PK stehen stellvertretend für das Familienprojekt. Die Pflegefamilie hat einen religiösen Hintergrund.
	Pflegefamilie Brigitte	PM: Krankenschwester, arbeitet nicht mehr auf dem Beruf PV: Informatiker PK: Brigitte (2) Eigene Kinder: Tochter (10), Sohn (9)	Die PM Brigitte nahm zu Beginn ein Tageskind als eine Art Nachbarschaftshilfe auf. Sie formuliert den expliziten Wunsch nach einer Großfamilie. Die PF hat einen religiösen Hintergrund und ist Mitglied in einer christlichen Freikirche.
	Pflegefamilie Andermatt	PM: Leiterin einer Kinderspielgruppe PK: Keine Angaben PK: Thomas (14) Eigenes Kind: Sohn (20), wohnt nicht mehr zu Hause	Die PF nahm zuerst SOS-Pflegekinder auf. Auch beim PK Thomas handelt es sich um eine SOS-Platzierung, die mittlerweile in eine Dauerplatzierung umgewandelt wurde.
Dauer- und SOS-Pflegefamilie	Pflegefamilie Müller	PM: Heilpädagogin PV: Computer-Ingenieur PK: zwei Dauer-PK; ein SOS-PK Eigene Kinder: sechs (keine genaueren Altersangaben vorhanden)	Es bestand der explizite Wunsch nach einer Großfamilie. Zentrales Thema in diesem Interview ist die Kritik der Behörden an der PM, dass sie zu viele Kinder betreue.
	Pflegefamilie Bauer	PM: Keine Angaben PV: Keine Angaben PK: Gian (16), ♀ SOS-PK (12) Eigene Kinder: 4, alle bereits erwachsen und ausgezogen	Zu Beginn unterstützte die Familie einen Freund bei der Betreuung der Kinder, der das Sorgerecht zugesprochen erhalten hatte. Zum Zeitpunkt des Interviews haben sie seit 11 Jahren ein hörbeeinträchtigtes Pflegekind aufgenommen und nehmen regelmäßig SOS-Pflegekinder auf.
SOS-Pflegefamilie	Pflegefamilie Zurbuchen	PM: Keine Angaben, vor allem als Pflegemutter tätig PV: Keine Angaben PK: SOS-Pflegekind ♂ (9), seit 4 Wochen in der Familie; ein Tageskind Eigene Kinder: 4 (2 Töchter; 2 Söhne im Alter zwischen 9 bis 17 Jahren)	Es bestand der Wunsch nach einer Großfamilie. Die PM betreut seit 12 Jahren ein Tageskind und bietet SOS-Plätze an. Es ist zu vermuten, dass die Pflegefamilie einen religiösen Hintergrund hat.

Tabelle 2: Überblick über die objektiven Daten der Pflegefamilien

¹²⁸ Aus Platzgründen werden in dieser Tabelle folgende Abkürzungen verwendet: PM = Pflegemutter, PV = Pflegevater, PK = Pflegekind. Die Zahl in Klammern hinter den jeweiligen Namen ist die Altersangabe. Fett markiert sind die Personen, mit welchen das Interview durchgeführt wurde.

Pflegefamilie Hartmeier

(1) Die Pflegefamilie Hartmeier besteht zum Zeitpunkt des Interviews aus den beiden Elternteilen und den 10-jährigen Zwillingsgeschwistern, die seit acht Jahren in der Familie leben. Es handelt sich um ein Mädchen und einen Jungen. Der Pflegevater ist Architekt und die Pflegemutter Sportlehrerin. Das Interview findet mit dem Pflegevater statt, allerdings nicht zu Hause, sondern an der Universität. Die Wohnlage der Pflegefamilie ist mir bekannt, es handelt sich um eine Stadt und die Pflegefamilie lebt zum Interviewzeitpunkt an einer Wohnlage, welches der Pflegevater als ein "kinderreiches Mehrfamilienhausquartier" (Hartmeier Z953) beschreibt. Bei den beiden Pflegekindern handelt es sich um Kinder einer alleinstehenden Mutter aus den Philippinen, die zum Zeitpunkt der Platzierung in der Pflegefamilie zweijährig sind.

(2) Zu den Hintergründen der Pflegefamilie Hartmeier lässt sich sagen, dass es sich um ein Paar handelt, welches zur Zeit, als sie Pflegekinder aufnehmen möchten, zusammen mit einer dritten erwachsenen Person in einer Wohngemeinschaft lebten. Der Pflegevater legt die Situation, die letztlich zur Aufnahme von Pflegekindern führt, sehr offen: Die Erzählung beginnt damit, dass er und seine Partnerin seit längerem zusammenleben und sich irgendwann die "Kinderfrage" (ebd. Z8) stellte. Der Begriff der "Kinderfrage" impliziert einerseits die Vorstellung der Planbarkeit einer Familiengründung und andererseits die generelle Frage danach, ob zum individuellen Lebensentwurf Kinder dazu gehören. Der Pflegevater möchte "nicht unbedingt" (ebd. Z11) eigene Kinder haben, könnte sich aber Pflegekinder gut vorstellen. Da er zehn Jahre älter als seine Partnerin ist, ist die Frage nach Kindern für ihn schon eindeutig verneint worden. Pflegekinder stellen innerhalb des Lebensentwurfs der beiden Personen gewissermaßen ein Kompromiss dar, ohne dass in der Darstellung des Pflegevaters genauer begründet wird, wie sie letztlich zu diesem Entscheid kommen und weshalb Pflegekindern gegenüber eigenen Kindern der Vorrang gegeben wird.

Sie meldeten sich daraufhin bei der Jugend- und Familienberatungsstelle und durchliefen eine Art "Aufnahmeprozedere" (Hartmeier Z16) durch die Gemeindebehörden, wie das der Pflegevater nennt. Dieser Prozess bestand allerdings in erster Linie daraus, dass sie Unterlagen zugeschickt bekamen und einen "Wunschkatalog" (ebd. Z18) ausfüllten, auf welchem sie Kriterien ankreuzen konnten, welche Pflegekinder sie sich vorstellen: Diese Kriterien orientierten sich am Geschlecht, der Nationalität und der Gesundheit der Kinder. Zwei Wochen nach der Anmeldung bekam die Pflegefamilie eine Anfrage, ob sie zwei Geschwister aufnehmen möchte. Diese Anfrage erfolgte, bevor der Pflegeplatz überhaupt abgeklärt worden war. Die Abklärung des Pflegeplatzes und die Anfrage für die Platzierung lief über zwei Sozialarbeitende und fand quasi in einem einzigen Schritt statt.

"Also es ist dann einfach wirklich also so ein bisschen sehr sehr sch:nell gegangen, also innerhalb eines (4) guten Monats vielleicht nach der Anfrage sind sie [die beiden Pflegekinder, ts] nachher schon bei uns gewesen" (Hartmeier Z32-34).

Der Pflegevater bringt selber die Irritation ein, ob sie als Pflegeeltern überhaupt anerkannt werden: Zum Zeitpunkt der Anfrage waren sie nicht verheiratet und beide arbeitslos, "das sind alles so Sachen, wo wir auch nicht gewusst haben (.) also sind das Kriterien, wo man sagen würde, nein das geht nicht?" (ebd. Z52f.). Pflegevater Hartmeier verweist im Weiteren darauf, dass er als Pflegevater unbedingt einen Teil der Erziehungsaufgaben übernehmen wolle und stellt sich die Frage nach einem allfälligen kulturellen Konflikt mit der philippinischen Mutter. Hier wäre eine fachliche Klärung von Seiten der Sozialarbeitenden gewünscht gewesen. Es handelte sich um eine freiwillige Platzierung, die alleinerziehende Mutter sah sich nicht mehr in der Lage, die Kinder alleine zu betreuen und gleichzeitig ihrer Arbeit nachzugehen. Die Tagesbetreuungsstrukturen wurden ihrer Arbeit in der Gastronomie und der damit verbundenen Arbeit in der Nacht nicht gerecht. Außerdem wechselte die Großmutter, welche einen Teil der Kinderbetreuung übernommen hatte, ihren Wohnsitz und zog auf die Philippinen um. Aufgrund dieser Situation wird die Platzierung seitens Pflegevater Hartmeier als gedrängt beschrieben. Aus der Darstellung wird allerdings nicht deutlich, weshalb es zu diesem zeitlichen Druck kommt, da die meisten anstehenden Themen (Umzug der Großmutter, Arbeitstätigkeit der Kindsmutter) absehbar und entsprechende Maßnahmen längerfristig planbar gewesen wären. Durch das Einverständnis der Mutter für die Platzierung kam es – in den Worten des Pflegevaters – zu einem "Arbeitsvertrag" (ebd. Z105) zwischen der Kindsmutter und den Pflegeeltern, welcher von beiden Seiten innerhalb von drei Monaten kündbar war.¹²⁹

Zu Beginn der Platzierung blieben die beiden Pflegekinder abwechselnd bei den Pflegeeltern und bei der Kindsmutter, es handelte sich um eine tageweise Betreuung, auch wenn die Kinder dann bei den Pflegeeltern übernachteten. Die Kindsmutter wird vom Pflegevater als unzuverlässig beschrieben, insbesondere was die Übergabe der Pflegekinder betrifft. Dem begegneten die Pflegeeltern, indem sie einen regelmäßigen Rhythmus der Kinderbetreuung bei der Kindsmutter und in der Pflegefamilie vereinbarten. Gleichzeitig macht der Pflegevater einen interessanten Hinweis darauf, dass sie als Pflegeeltern in den ersten drei Monaten glücklicherweise arbeitslos waren und damit viel Zeit für die beiden Pflegekinder hatten. Das ist vor dem Hintergrund interessant, weil die Arbeitslosigkeit im Fall der Pflegeeltern als positiv, bei der Kindsmutter

¹²⁹ Es handelt sich dabei um einen sogenannten Pflegevertrag, der zwischen den Erziehungsberechtigten und den Pflegeeltern abgeschlossen wird und bei dem die Behörden nur im Falle einer vormundschaftlichen Maßnahme involviert werden. Bei einer vormundschaftlichen Maßnahme nach dem Zivilgesetzbuch ZGB würde der Pflegevertrag zwischen den Pflegeeltern und den Behörden abgeschlossen.

hingegen als problematisch eingeschätzt wird. In der Wahrnehmung des Pflegevaters ging die Abklärung der Kindsmutter zu wenig weit, er beschreibt sie als depressiv und nicht in der Lage, einer regelmäßigen Arbeitstätigkeit nachzugehen. Die Vorbereitung durch die Sozialarbeitenden geschah vor allem hinsichtlich formaler Belange, die konkrete Problemsituation der Mutter wurde nicht angeschaut. Nach zwei Jahren wurde seitens der Behörden die Frage erörtert, wo die Pflegekinder aufwachsen sollen. Dies geschah notabene zu einem Zeitpunkt, wo die Kinder in absehbarer Zeit in den Kindergarten kommen, respektive eingeschult werden. Hierbei handelt es sich um einen Moment, wo aus Sicht der Behörden der Wohnort fixiert werden muss, da die Kinder grundsätzlich am Ort in die Schule gehen, an dem sie wohnen. Letztlich wurde seitens der Vormundschaftsbehörde ein zwischenzeitlicher Obhutsentzug als vormundschaftsrechtliche Maßnahme vorgenommen und die Frage erörtert, bei wem die Kinder längerfristig aufwachsen sollen. Die Kindsmutter wollte die Kinder nicht abschließend abgeben, woraufhin seitens der Behörden die Betreuungstage der Kindsmutter erhöht wurden. Der Pflegevater Hartmeier beschreibt, dass die Betreuung aber nicht klappte, respektive nur durch die Unterstützung der Großeltern, die einen großen Teil der Betreuung übernahmen. Auf den Vorschlag hin, dass die Kinder bei den Großeltern auf den Philippinen aufwachsen könnten, erhielten die Großeltern eine Probezeit von zwei Monaten. Sowohl die Kindsmutter wie auch die Großeltern äußerten sich laut dem Pflegevater Hartmeier dahingehend, dass sie die Erziehung der Kinder nicht vollumfänglich übernehmen können. Die Kindsmutter entschied sich daraufhin, dass die Kinder lieber in der Nähe und bei Fremden und dafür nicht bei ihren Verwandten und auf den Philippinen aufwachsen sollen. Es erfolgte darauf eine Abmachung, dass die Kinder bei den Pflegeeltern aufwachsen werden. Dadurch ergab sich für den Pflegevater Hartmeier eine Klärung:

"Oder einfach so (.) wieder nochmal so ein bisschen es (.) sich mehr (.) niederlassen können oder einfach so ein bisschen wissen ok @ dass ist jetzt so ein bisschen @ (.) also ich selber ich kann mir (.) nicht vorstellen, was ich in zehn Jahren mache oder so (.) aber einfach trotzdem wissen, es ist einfach // ja // es ist eine andere Perspektive, wie wenn man so sagt, gut in zwei Jahren geht ihr [die Pflegekinder, ts] dann sowieso wieder" (Hartmeier Z457-462).

Mit diesem Entscheid der Behörde, der auch von der Mutter getragen wurde, und der damit verbundenen längerfristigen Perspektive wurde der Pflegevater, wie er von sich sagt, sesshaft und ließ sich auf die Beziehung zu den Pflegekindern ein.

(3) Die Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit wird in dieser Pflegefamilie da deutlich, wo öffentliche Institutionen involviert sind. Konkret schildert der Pflegevater die Situation in der Schule als schwierig: Die Lehrerin kam mit dem Jungen nicht klar, was letztlich in der Diagnosestellung ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung) endete.

Hierbei wird die besondere Erfahrung geschildert, dass mit einer solchen Thematik im Falle eines Pflegekindes unzählige professionelle Akteure involviert sind.

"Auf jeden Fall (.) es ist einfach (.) schwierig gewesen dann eine Umplatzierung [in eine andere Klasse oder ein anderes Schulhaus, ts] zu machen weil immer (.) also wie für ein Pflegekind sind dann sofort sehr viele Leute involviert // ja // das nu- man kann eigentlich wie nicht selber bestimmen // ja // das hab ich manchmal ein bisschen so empfunden in diesen acht Jahren manchmal so ein bisschen immer (.) die @Haufen Leute rundherum@ // mhm // also sind dann sofort (.) immer schnell einmal so zehn Leute involviert im Ganzen also das i- gibt dann natürlich Abklärungen (.)" (Hartmeier Z540-550).

Für die Pflegeeltern war es schwierig, in der Schule selber etwas für die Pflegekinder zu entscheiden, da waren laut Pflegevater Hartmeier umgehend viele weitere Akteure involviert. Allerdings ist es aufgrund der Schulpflicht generell für Eltern nicht einfach handhabbar, ihre Kinder beispielsweise in einer anderen Schule unterrichten zu lassen. Beteiligt waren nach dem Pflegevater der schulpsychologische Dienst, der Sozialdienst, die Jugend- und Familienberatung, weitere werden nicht explizit erwähnt. Als relevante Problematik wird die fehlende Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure erwähnt, die er mittels eines Runden Tisches zusammenzubringen versucht. Dies gelang aus ihm unklaren Gründen – er vermutet Animositäten zwischen den einzelnen Stellen (Hartmeier Z658) – nicht. Damit zeigt sich eine etwas irritierende Situation, dass der Pflegevater eigentlich derjenige ist, der die involvierten Akteure versucht zu vernetzen, während dies an sich die Aufgabe des Beistandes oder der Sozialarbeitenden wäre. Deutlich wird dabei außerdem, dass durch die zahlreichen Akteure eine bürokratische Struktur aufgebaut wird, die nicht mehr entschlussfähig ist.

(4) Beim Interview mit dem Pflegevater Hartmeier handelt es sich um das einzige Interview, das nicht bei der Pflegefamilie zu Hause stattfindet, sondern in einem Sitzungsraum an der Universität. Das Interview ist stark politisch orientiert, der Pflegevater legt am Ende der Sitzung Unterlagen vor, mittels denen er bei der Fachstelle die Rahmenbedingungen des Pflegeverhältnisses klären möchte. Gleichzeitig ist das Interview auch von gesellschaftspolitischen Positionen durchdrungen. Es fällt auf, dass die Pflegekinder im Interview eine weniger prominente Rolle einnehmen. Hingegen verfügt der Pflegevater über ausgewiesenes Fachwissen im Pflegekinderbereich, kennt zum Zeitpunkt des Interviews die formalen Abläufe und auch die relevanten Begriffe sehr gut. Das Interview ist über weite Teile wenig narrativ, sondern stark rationalisierend. Es handelt sich bei dem Pflegevater um eine sehr engagierte Person, die an Weiterbildungsangeboten, Super- und Interventionen im Pflegekinderbereich teilnimmt. Die Hinweise auf verbesserte Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung sind auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die Zeitschrift "Netz" ein halbes

Jahr vor dem Interview eine Herausgabe zum Thema "Dienende statt Verdienende? Arbeitsbedingungen und Entschädigung von Pflegeeltern" (2007) publizierte.¹³⁰ Interessant ist in diesem Zusammenhang sein Hinweis auf den Widerspruch, dass die Anforderungen an Pflegefamilien hinsichtlich Aus- und Weiterbildung zusehends steigen, während die finanzielle Anerkennung damit nicht standhält.

Pflegefamilie Martin

(1) Die Pflegefamilie Martin besteht aus Vater, Mutter, dem 21-jährigen leiblichen Sohn Moritz und dem 9-jährigen Sohn Philipp, den Pflegekindern Doris und Rolf (Halbgeschwister) und zeitweise dem Pflegekind Petra. Die Pflegefamilie Martin hatte insgesamt drei Pflegekinder aufgenommen, beim Pflegekind Petra handelt es sich um eine vorübergehende Platzierung, während die beiden Pflegekinder Doris (15-jährig) und Rolf (18-jährig) auf Dauer platziert werden sollten. Zum Interviewzeitpunkt wohnen die beiden leiblichen Söhne und das Pflegekind Doris in der Pflegefamilie. Der Pflegejugendliche Rolf ist gelegentlich anwesend. Daneben werden im Interview weitere Personen genannt: In der Darstellung der Pflegefamilie durch den Pflegevater spielt vor allem auch Lisa, die leibliche Mutter der Pflegekinder Doris und Rolf, eine bedeutsame Rolle. Es wird im Interview darauf hingewiesen, dass sie größere Suchtprobleme hat. Der Vater von Doris und Rolf findet keine größere Erwähnung, außer dass dessen Tochter Doris erfolglos mit ihm Kontakt aufzunehmen versucht. Die Mutter des Pflegekinds Petra stirbt an HIV, der Vater Walter sucht aufgrund dieser Situation die Unterstützung der Familie Martin, welche die Tochter Petra für eine beschränkte Zeit als Pflegekind aufnimmt. Weiter kommt ein Ärztepaar vor, deren Namen nicht erwähnt werden, die aber in Bezug auf die Vermittlung der Pflegekinder Doris und Rolf eine relevante, allerdings nicht genauer beschriebene Rolle einnehmen. Das Ehepaar kann aus medizinischen Gründen keine Kinder mehr kriegen und wünscht sich eigentlich Adoptivkinder. Erst im Laufe des Interviews wird klar, dass das Paar letztlich doch noch einen zweiten Sohn kriegt. Das Interview findet mit dem Pflegevater statt, der zum Interviewzeitpunkt in der kommunalen Finanzverwaltung arbeitet. Die Pflegemutter arbeitete als Gärtnerin.

(2) Zur *Geschichte* der Pflegefamilie Martin ist zu sagen, dass das Pflegekind Petra von den Pflegeeltern als "Freundschaftsdienst" in die Familie aufgenommen wurde. Zu diesem Zeitpunkt

¹³⁰ Bei der Zeitschrift "Netz" handelt es sich um ein Organ der Pflegekinder-Aktion Schweiz, in welchem Pflegeeltern und Fachleute Berichte und Informationen finden, die sie in ihrer Arbeit mit Pflegekindern unterstützen. Die Zeitschrift greift Themen aus dem Pflegekinderbereich auf und dient als Informationsplattform für Veranstaltungen, Fachliteratur und Weiterbildungsangebote.

arbeiteten die Pflegeeltern in einer stationären Einrichtung für Drogentherapie.¹³¹ Es wird kein formaler Weg des Wechsels in die Pflegefamilie beschrieben, respektive es wird im Interview nicht ausgeführt, inwiefern eine Behörde bei der Aufnahme von Petra in die Pflegefamilie involviert war. Hierzu ist zu erwähnen, dass die Pflegeeltern zu einem Zeitpunkt in der Suchttherapie arbeiteten, wo dieser Bereich noch sehr gering professionell entwickelt war. "Dazumal war die Behandlung von Aids noch sehr in den Kinderschuhen, sind sehr viele Leute auch gestorben von unseren Leuten (1) und (3) unter anderem haben wir dann auch angefangen Ehepaare zu begleiten, wo der eine Teil krank geworden ist (1)" (Martin Z11-13). Als Grund, weshalb Petra in die Pflegefamilie aufgenommen wurde, wird die Entlastung des Kindsvaters aufgrund des Todes seiner Frau genannt. Zu diesem Zeitpunkt war das Kind Petra anderthalb Jahre alt. Der Pflegevater Martin beschreibt eine Abmachung mit dem Kindsvater, dass dieser das Kind Petra zurücknehme, sobald er wieder in der Lage, respektive in einer festen Beziehung sei. "Eben wir haben gesagt, wie wären bereit, Petra aufzunehmen (.) einfach wenn Not am Mann ist (2) für einen Tag oder ein Jahr oder für immer (2)" (ebd. Z20-22). Nach anderthalb Jahren heiratete der Vater wieder und Petra ging zurück zu ihrem Vater. Die Situation des Kindsvaters wird nicht genauer geschildert, hingegen wird die weitere Entwicklung von Petra durch den Pflegevater als nicht gut dargestellt; zum Zeitpunkt des Interviews ist sie in einer stationären Einrichtung der Kinder- und Jugendpsychiatrie untergebracht. Als Petra die Pflegefamilie verließ, entschieden sich die Pflegeeltern, die Tätigkeit in der Drogentherapie abubrechen, da die Arbeit und die Tätigkeit als Pflegefamilie als zu anstrengend wahrgenommen wurde. Sie wechselten mit den Pflegekindern neben dem Arbeits- auch den Wohnort.

Als die Pflegefamilie das Kind Petra aufnahm, lebten die beiden Pflegekinder Doris und Rolf – vermittelt über ein Ärztepaar – bereits in der Familie. Es wird aus den Ausführungen nicht klar, über wen oder welche Behörde die Anfrage für die beiden Pflegekinder kam. Allerdings wurde im Interview auch nicht genauer nachgefragt. Der Pflegevater betont allerdings das "stümperhafte" Arbeiten der Vormundschaftsbehörde. Doris war eine Frühgeburt und wurde als Baby im Spital abgeholt, während Rolf in der Beschreibung von Pflegevater Martin verwahrlost zu Hause abgeholt wurde. Die Beziehung zu den beiden Kindern und zu deren Mutter Lisa war dadurch geprägt, dass die Mutter die Kinder nicht freiwillig abgegeben hat. Die Mutter – so der Pflegevater Martin – habe das Gefühl, dass die Pflegeeltern ihr die Kinder weggenommen hätten (Martin Z54f.). Der Pflegevater Martin äußert sich dahingehend, dass die Mutter ihre Kinder nur

¹³¹ Der Begriff der "Drogentherapie" wird vom Pflegevater Martin so im Interview erwähnt. Der Begriff ist insofern irritierend, da es an sich um die Therapie der Sucht und nicht der Drogen ginge. Der Begriff findet im Schweizer Kontext wenig Verwendung.

in einem "guten Moment" abgeben würde (Martin Z184f). Der gute Moment wird nicht genauer ausgeführt, es könnte sich einerseits auf den psychischen Zustand der Kindsmutter beziehen. Andererseits kann sich darin ein Hinweis auf eine Einsicht der Kindsmutter ausdrücken, dass die Kinder bei den Pflegeeltern besser aufgehoben sind.

Es bestehen große Unterschiede darin, wie und unter welchen Bedingungen die drei Kinder zur Pflegefamilie Martin kamen: Während die Situation von Petra hinsichtlich der Aufenthaltsdauer in der Pflegefamilie geklärt scheint, wurden Doris und Rolf als Pflegekinder aufgenommen, die gleichsam auf Dauer in der Familie verbleiben sollen. "Wir sind ganz, wir sind unbefangen gewesen (2) weil wir gewusst haben, Petra hat ihren 'Papi', er kommt jeden Tag (2) das ist und trotzdem sind wir für sie 'Vati' und 'Mutti' geworden denn (1) der Vat- ihr leiblicher Vater ist der Papi (2)" (Martin Z82-84). Die Pflegeeltern waren gegenüber dem Vater von Petra unbefangen, kamen mit der Unterscheidung von sozialen und biologischen Elternrollen bestens zurecht. Hingegen waren sie gegenüber der Mutter von Doris und Rolf befangen, also im wörtlichen Sinne voreingenommen oder un-frei. Diese Voreingenommenheit und Befangenheit hängen mit der Rolle zusammen, welche den beiden Pflegekinder zugeschrieben wurde: Sie sollten zur Erfüllung des gemeinsamen Familienprojekts beitragen.

"(10) Und wir haben gewusst, es [der Aufenthalt der Kindes Petra, ts] hört dort auf, es wird zeitlich begrenzt sein oder (.) bei den anderen Kindern [Doris und Rolf, ts] ist das anders also (2) meine Frau und ich (.) wo wir gewusst haben, wir kriegen keine eigenen Kinder mehr [...] ist natürlich zuerst für uns eine Welt zusammengebrochen" (ebd. Z122-129).

Bei den beiden Pflegekindern Rolf und Doris gingen die Pflegeeltern davon aus, dass sie die Rolle der geplanten Kinder in ihrer Familien kompensieren. Familie wird als Idylle und anzustrebendes Ideal verstanden: "so der Traum vom Schönen von der Familie und (.) idyllisch und weiß nicht was, ist alles das Loch runter" (ebd. Z129f.). Der Lebensentwurf als Familie drohte zu zerfallen, muss – in einer drastischen Formulierung – die Toilette runtergespült und damit entsorgt werden. Das Adoptieren von Kindern wurde aufgrund finanzieller Probleme ausgeschlossen, die Aufnahme von Pflegekindern schien das "Familienprojekt" aufrechterhalten zu wollen. Es fällt in der Selbstdarstellung des Pflegevaters auf, dass die Tatsache, dass sie Pflegekinder aufgenommen haben, stark rationalisiert wird: Die Pflegefamilie wird als eine Erfahrung beschrieben, von der alle Familienmitglieder "profitiert" (ebd. Z1291) hätten. Diese Darstellung steht in einem auffallenden Widerspruch zu den erfahrenen Schwierigkeiten und lässt vermuten, dass das Familienprojekt derart stark aufgeladen wird, dass es auf keinen Fall scheitern darf und auf jeden Fall aufrechterhalten werden muss.

Die *Beziehungsgestaltung* zu den involvierten Personen ist durch große Unterschiede geprägt: Während der Vater von Petra als wertgeschätzte Person beschrieben wird, bezeichnet der Pflegevater Martin die Mutter Lisa von Doris und Rolf als einen "Paradiesvogel", als einen "bunten Hund" und als eine Frau, welche schnell Männer finde.

"für die Kinder [Doris und Rolf, ts] ist es natürlich schon schwierig (.) sie ist ein bunter Hund (2) sie kommt in Lederstiefeln und im Leopardlook (1) und das nächste Mal kommt sie wieder (.) die Haare ganz kurz geschnitten und (3) und es ist für die Kinder ein Spießbratenlauf mit der Lisa durch das Dorf zu gehen (1)" (Martin Z773-776).

Die Abwertung der Mutter ist einerseits vor dem Hintergrund des oben genannten Familienprojekts zu verstehen, da die Mutter gewissermaßen dem familiären Glück mit den Pflegekindern im Weg steht. Andererseits bleibt die Begründung der Fremdplatzierung der beiden Kinder latent. Der Pflegevater erwähnt nicht, mit welcher Begründung ein Obhuts- oder gar ein Sorgerechtsentzug vollzogen wird. Das Legitimationsproblem der Fremdplatzierung verdeutlicht sich in seiner Beschreibung gegenüber der Mutter, wo die Kinder hingehören:

"Lisa (2) du kannst die Kinder nicht jeden Tag besuchen (.) das ist unmöglich (2) weil der Rolf der ist so hin und her verrissen / jo / der muss bei uns jetzt (1) eben anwachsen können (2) // mhm // wir nehmen ihn dir nicht weg das (.) das, du bist seine Mami, das (.) und er ist dein Sohn oder wie ändert (.) das ist gar kein Thema aber (2) er muss könn- (.) wenn er immer hin und her gerissen (.) und jedes Wochenende kommt er zu dir (.) der weis- (.) der weiß nicht mehr wo er hingehört (2)" (Martin Z308-317).

Es besteht eine Widersprüchlichkeit zwischen dem Anwachsen in der Pflegefamilie und der Vorstellung, dass Rolf der Kindsmutter nicht weggenommen wird. Die Beziehung wird auf die biologische Komponente reduziert, die Kindsmutter wird aus der Perspektive immer die Mutter der beiden Kinder bleiben. Die Kindsmutter nimmt aber auch die soziale Funktion von Mutterschaft für sich in Anspruch, wogegen sich die Pflegeeltern zur Wehr setzen. Die Frage der Zugehörigkeit wird auf das Kind übertragen, allerdings scheint es eher ein Problem der Erwachsenen zu sein, nicht zu wissen, wo das Kind hingehört. Die ersten drei bis vier Jahre nach der Aufnahme der beiden Pflegekinder werden aufgrund der Auseinandersetzungen mit der Mutter als "extrem schwierig" (Martin Z303) bezeichnet. Der Pflegevater kritisiert die Vormundschaftsbehörde, dass sie sich in diesem Zusammenhang gegenüber der Mutter nicht klar positioniert hätte: Er beanstandet, dass von Seiten der Behörden niemand "hinsteht und der Kindsmutter die Regeln durchgibt" (ebd. Z383). Die Behörde wird als "stümperhaft" (ebd. Z186) bezeichnet, da sie im Zusammenhang mit der Fremdplatzierung der beiden Pflegekinder "nichts durchziehen" (ebd. Z187) könne. Statt dass die Vormundschaftsbehörde die Verantwortung für die Fremdplatzierung übernimmt, stellt der Pflegevater die Situation so dar, als würden die

Pflegeeltern der Mutter das Kind wegnehmen: "Wir sind die Bösen gewesen (.) wir haben die Kinder weggenommen" (ebd. Z383f.). Vielmehr hätte er erwartet, dass die Behörden die Tätigkeit der Pflegeeltern gegenüber der Mutter der Pflegekinder legitimiert. Ein Wechsel des Beistands der Kindsmutter und der beiden Kinder brachte eine Erleichterung; der ehemalige Landwirt als Privatbeistand übernimmt mehr Verantwortung gegenüber der Kindsmutter und der Vormundschaftsbehörde, indem er, wie der Pflegevater das beschreibt, gegenüber den besagten Personen "hinsteht" (ebd. Z471). Im Verlauf der Platzierung ließ die Vormundschaftsbehörde aufgrund der Rückmeldungen der Pflegefamilie zu den Schwierigkeiten mit der Mutter ein kinderpsychiatrisches Gutachten verfassen, welches zum Schluss kam, dass die Kinder nicht zu oft bei der Mutter sein sollten.

"Und nachher hat man 'gesagt' (.) also gut es gibt jetzt die Regelung auf Grund dieses Gutachtens wirklich (.) einmal in sechs Wochen [darf die Mutter die Kinder sehen, ts] oder irgend so etwas (.) weiß auch nicht mehr genau (2) und dann ist die Lisa wieder ausgerastet und dann ist die Vormundin gekommen und hat gesagt (.) 'eben, müssen jetzt eben trotzdem nochmals schauen' (2) also das Gutachten war auch umsonst (3) und dann später ist einmal sogar da der Vormundschaftssekretär aufgetaucht bei uns (.) will wir einfach gesagt haben (.) es ist einfach schwierig so (3) und er hat dann gesagt (.) ja also wenn's natürlich nicht geht (2) mit uns (.) dann (1) müsste man für die Kinder einen anderen Platz suchen (4) wir haben gewusst (.) das ist unmöglich (.) das kannst du nicht machen jetzt:: (3) also (2) die haben einfach mit uns eigentlich (.) die haben ja genau gewusst (.) wenn sie uns, sie können uns (.) sie können uns eigentlich unter Druck setzen als Pflegeeltern, dass wir irgendwie (3) es ist einfach auf unserem Rücken abgelaufen" (Martin Z349-359).

Das Gutachten könnte ein Beitrag seitens der Behörde sein, um vor dem Hintergrund des Kindeswohls Rationalität einzuführen, welche die Pflegefamilie in ihrer Tätigkeit als Pflegefamilie bestätigen würde. Stattdessen wurde das Gutachten als Kritik wahrgenommen, als ob sie nicht bereits gewusst hätten, dass sie für Doris besser passend als die Kindsmutter sind. In anderen Worten: Was per se zusammenpasst, braucht keine Bestätigung von außen. Der Hinweis des Vormundschaftssekretärs, dass man die Pflegekinder möglicherweise auch in einer anderen Pflegefamilie unterbringen könnte, bedroht die Pflegefamilie in ihren Grundfesten: Die Aussage "das kannst du nicht machen", also die Pflegekinder umzuplatzieren, verweist darauf, dass die Pflegefamilie dadurch unter Druck gerät, weil sie sich emotional stark an die Pflegekinder gebunden hat.

Zum Interviewzeitpunkt wohnt der Pflegesohn Rolf nicht mehr bei der Pflegefamilie Martin. Die Situation mit dem pubertierenden Jugendlichen gerät außer Kontrolle (so zündet Rolf beispielsweise in seinem Zimmer ein Feuer an) und endet letztlich damit, dass er mit sechzehn Jahren in eine sozialpädagogische Großfamilie wechselt. Die Familie droht in der Beschreibung von des Pflegevaters an der Situation zu zerbrechen, die Pflegemutter erleidet ein Burnout. Der

leibliche Sohn ruft den Beistand aus eigenen Stücken an, dass die Eltern an der Situation "drauf gehen" (Martin Z947). Erst nach dieser Intervention durch den leiblichen Sohn kam Bewegung in die Situation und der Pflegejüngdliche Rolf wird in eine sozialpädagogische Großfamilie umplatziert. Das Interview endet letztlich mit der Schilderung der Situation, dass das Pflegekind Doris den Nachnamen der Pflegefamilie übernehmen möchte und dass sich die Kindsmutter für die Arbeit beim Pflegevater bedankt.

(3) Das zentrale Thema in diesem Interview zeigt sich in einer Idealisierung von Familie. Der familiäre Lebensentwurf ist gewissermaßen zum Gelingen verurteilt, ein Scheitern der Familie ist undenkbar. Die zeitweilige Überforderung in der Pflegefamilie kann kaum gezeigt werden, es gilt sie auszuhalten: Es ist zwar eine "schwierige Zeit", die aber trotzdem noch einen Nutzen hat. Die Situation wird letztlich im Sinne eines göttlichen Auftrags rationalisiert: "Das ist unser Auftrag, der (1) und darum haben wirs auch überstanden" (Martin Z1427f.). Die familiäre Situation der Pflegefamilie Martin ist durch den christlichen Glauben geprägt, der ihnen "Kraft gibt" (ebd. Z1249). Inwiefern dies die konkrete Alltagssituation der Pflegefamilie prägt, geht aus der Schilderung des Pflegevaters nicht hervor. Zumindest kriegen die Pflegekinder "Götti" und "Gotte"¹³² aus dem engeren Familienkreis, wie beispielsweise der Schwester des Pflegevaters Martin. Die Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit wird entlang eines symbiotischen Familienverständnisses gezogen, das sich vor allem in der Verwendung von naturbezogenen Metaphern zeigt. Für die Beziehung zu den Pflegekindern verwendet der Pflegevater die Metapher des "Eintopfens" und des "Wurzeln-Schlagens".

"Wir haben auch gewusst, die Petra wird nie (1) bei uns (1) also (2) wir haben ja die Gärtnerei, meine Frau ist Gärtnerin (1) ich nicht (2) für uns war es immer ein wichtiges Ding (.) Geranien werden eingetopft (.) die verwurzeln in einem Kistchen die sind dort ein Teil von dem (1) Doris und der Rolf (.) die sind bei uns (.) wir haben gewusst, die werden bei uns ganz (1) gründlich tiefe solide Wurzeln haben (1) die Petra wird nach einer Zeit [nach eme Ziitli] wieder ausgetopft werden (1) wenn nämlich ihr Vater wieder heiraten würde (.)" (Martin Z58-63).

Die klassische pädagogische Metapher des Gärtners und das Schlagen der Wurzeln einer Pflanze suggerieren die Vorstellung einer naturhaften Entwicklung, die von konkreten Interaktionsprozessen befreit ist. Nur das Ein- und Austopfen der Pflanze wird als Interaktion einbezogen, letztlich geht es darum, der Pflanze einen optimalen Rahmen des Gedeihens zu ermöglichen. Im hier vorliegenden Fall geht das Wurzelschlagen allerdings noch weiter, es geht um die Verankerung in der Familie; das Pflegekind lässt sich so schnell nicht mehr aus der

¹³² Es handelt sich dabei um die Begriffe des Paten und der Patin, die sich vom kirchlichen Taufpaten und der Taufpatin ableiten. Hierbei handelt es sich um ein Ehrenamt der christlichen Kirche, das mit der Aufgabe verbunden ist, das Kind auf dem Weg zur Taufe zu begleiten und weiter im christlichen Sinne zu erziehen. Mittlerweile werden die Aufgaben auch in säkularen Kreisen verteilt und Pate und Patin übernehmen dann für das Kind vor allem die Rolle von weiteren erwachsenen Anspruchspersonen neben dem engeren familiären Umfeld.

Pflegefamilie entfernen. Die Tendenz zur Vereinnahmung der Pflegekinder zeigt sich im Weiteren in der Metapher des Kuckucks:

"Das ist unser Ziel (2) ist der Weg mit diesen Kindern (2) wir haben auch, das Bild ist bei uns einmal aufgetaucht (2) es gibt ja (2) einen Vogel in unserem Breitengrad (3) in unseren Breitengraden tut seine Eier anderen ins Nest (1) glaube s'ist der Kuckuck (2) oder die Lerche / Kuckuck / der Kuckuck tuts bei anderen rein (1) bei viel kleineren bei Singvögeln (3) und bei uns (.) haben wir das Gefühl sind die (2) sind zwei Eier in unser Nest gekommen (.) weil die in ihrem eigenen Nest (3) es ist irgendwie nicht gegangen (2) und die sie sind jetzt da reingekommen und sind in der Wärme von unserem Nest (2) konnten sie aufwachsen und wenn man jetzt an der Doris schmeckt (3) an dem Vögelchen schmeckt das Vögelchen wie alle andere Vögel (2) oder (1) sie hört es nicht gern (2) ich habs ihr auch schon gesagt (.) sie hört das gar nicht gern weil sie weiß dass es so ist oder (2) aber ä (.) sie schmecken nach uns [sie schmöcked nach üs] (2)" (Martin Z1232-1243).

Mit dem Bild des Kuckucks wird die Situation dieses Vogels mitgeliefert, welcher anderen Wirtsvögeln seine Eier ins Nest legt. Übertragen auf die Pflegefamilie wird ihr quasi ein anderes Kind untergeschoben, etwas Fremdes ins "warme Nest" reingelegt. In diesem konkreten Fall wird in der Darstellung des Pflegevaters auch suggeriert, dass vorgängig kein umsorgendes Nest vorhanden ist. Was allerdings in der Metapher vernachlässigt wird, ist die Tatsache, dass der Kuckuck nicht einfach seine eigenen Eier ins Nest legt, sondern dass die Eier des Wirtsvogels bisweilen auch aus dem Nest geworfen, getötet oder letztlich gar gegessen werden. Der Pflegevater schildert das Bild des Kuckucks so, als wäre es im eigenen Nest des Kuckucks "irgendwie" nicht mehr gegangen. Damit wird von der konkreten Situation abstrahiert, es wird nicht bedacht, dass die Mutter ihre Kinder nicht freiwillig weggegeben hat. Körperlichkeit spielt in dieser Darstellung da eine besondere Rolle, wo es um die sinnliche Wahrnehmung des Schmeckens oder Riechens geht. Dass das Pflegekind wie die Pflegefamilie schmecke, bringt eine Unmittelbarkeit zum Ausdruck, der sich das Pflegekind kaum mehr entziehen kann. Eine Distanzierung des Pflegekindes ist schwierig, das Schmecken der anderen Person bringt damit eine Übergriffigkeit zum Ausdruck.

In dieser Darstellung der Geschichte dieser Pflegefamilie fällt auf, dass die Behörden des Öftern sehr bürokratisch und formalistisch handeln. Unter dem Vorbehalt, dass die Darstellung in erster Linie aus der Perspektive des Pflegevaters erfolgt, ist es trotzdem überraschend, dass zu wenig berücksichtigt wird, dass die Pflegefamilie gegenüber den Pflegekindern einen hohen Kontinuität gewährleistet hat, die es an sich hochzuhalten gilt. Dabei soll nicht vergessen gehen, dass es sich um eine zweiseitige Angelegenheit handelt, da diese Kontinuität gleichzeitig auf einer rigiden Familienvorstellung beruht.

(4) Der Pflegevater Martin erzählt sehr detailliert und emotional über die jeweiligen Geschichten, die geprägt sind von konkreten Erlebnissen und Darstellungen in Form von

Metaphern. Insbesondere die Geschichte der beiden Mädchen, die als Pflegekinder aufgenommen werden, nehmen sehr viel Platz ein, wenn man bedenkt, dass es schon sehr lange her ist. Es handelt sich allerdings auch um ein einschneidendes biografisches Ereignis. Insofern handelt es sich um ein Interview, in dem sich der Interviewpartner vor allem retrospektiv auf die Erfahrungen mit den Pflegekindern beschäftigt. Die Geschichte wird im Weiteren nicht chronologisch erzählt, sondern der Pflegevater Martin beginnt mit der Geschichte von Petra, auch wenn an sich zuerst die beiden Pflegekinder Doris und Rolf aufgenommen wurden und auch von der Gewichtung fürs Familienprojekt im Vordergrund stehen würden.

Pflegefamilie Brigitte

(1) Die Familie Brigitte besteht zum Interviewzeitpunkt aus der Pflegemutter und dem Pflegevater, der 10-jährigen Tochter, dem 9-jährigen Sohn und dem 2-jährigen Pflegekind Erika, das seit einem Jahr in der Pflegefamilie lebt. Die Pflegemutter hat eine Ausbildung als Krankenschwester abgeschlossen und ist zur Zeit des Interviews hauptsächlich als Hausfrau und Mutter tätig. Der Pflegevater arbeitet als Informatiker. Die Pflegefamilie lebt in einem ländlichen Gebiet in einem Quartier aus mehreren neu gebauten Reiheneinfamilienhäusern.¹³³ Das Interview findet mit der Pflegemutter statt, zum Zeitpunkt des Interviews ist neben der Pflegemutter nur das Pflegekind zu Hause. Die Pflegemutter gibt sich als Pseudonym den Namen des ersten Pflegekindes, der für den vorliegenden Text aus Anonymisierungsgründen geändert wurde. Die Pflegemutter bezeichnet sich und den Pflegevater als Christen, die Mitglieder in einer Freikirche sind. Der Wunsch nach einer größeren Familie lässt sich aus gesundheitlichen Gründen letztlich nicht verwirklichen. Der Wunsch nach einer größeren Familie rührt daher, dass zwei Kinder als spießig ("bünzlig" (Brigitte Z623)) wahrgenommen werden.

(2) Die Geschichte der Familie Brigitte als Pflegefamilie besteht aus drei Pflegekindern, welche die Familie aufgenommen hat. Das erste Pflegekind wurde als Tageskind aufgenommen, dessen Mutter war Witwe und arbeitete auf einer Teilzeitstelle (Brigitte Z11f.). Pflegemutter Brigitte wurde als Tagesmutter angefragt, das Tageskind verblieb etwa während drei Jahren in der Familie und ist teilweise auch am Wochenende bei der Pflegefamilie. Als die Mutter des Kindes

¹³³ Ein kurzer Auszug aus dem Erinnerungsprotokoll gibt einen Einblick in die Wohnsituation der Pflegefamilie Brigitte: "Die Wohnung ist im Erdgeschoss, ich kann draußen einen kleinen Sitzplatz erkennen. Dahinter eine größere Grünfläche [...] Wir setzen uns an den großen Esstisch, welcher Stühle für sechs Leute hat. Sie reagiert etwas erschreckt und peinlich berührt, als sie auf dem Stuhl Krümel bemerkt. Auf dem Tisch liegt sauber aufgeräumtes Bastel- und Zeichenmaterial, ebenfalls das Spiel Scrabble. Es ist ein geräumiges Wohnzimmer, welches mit einem großen Sofa, einem Gestell und einem Klavier eingerichtet ist. Das ganze wirkt sehr aufgeräumt und verbreitet eine angenehme Stimmung. Ich fühle mich in diesem Raum wohl. Ins Auge gestochen ist mir eine Holzkiste auf dem Sitzplatz, auf welchem ein biblischer Psalm angebracht war. An den Text mag ich mich nicht mehr erinnern, außer dass unten rechts Psalm stand" (Auszug aus dem Erinnerungsprotokoll).

in die Psychiatrie eingewiesen wurde, wohnte das Tageskind während einiger Monate auch bei der Pflegefamilie. Daraufhin meldete die Familie ihr Interesse an einem Pflegekind bei der Jugend- und Familienberatungsstelle an. Nach dieser Anmeldung warteten sie ab und nahmen zwischenzeitlich einen Freund des eigenen Sohnes als zweites Pflegekind auf.

"[...] so zwischenzeitlich haben wir privat so eine Anfrage gehabt von einem Schulkollegen (1) unseres Sohnes (2) un::d (1) das war dann eben so, dass der Bub ein halbes Jahr bei uns gewesen ist (.) aber an den Wochenenden nicht also auch eigentlich als Pflegekind (1) aber es ist alles ein bisschen privat gelaufen, bis die Mutter in einem anderen Kanton dann eine Pflegefamilie gefunden hat" (Brigitte Z32-36).

Dieses Kind brachte in den Worten der Pflegemutter "viel Unruhe" in die Familie und sie beschreibt die Situation als "relativ schwierig", weil der Junge ein Aufmerksamkeitsdefizit-syndrom hatte (Brigitte Z37). Zur manifesten Problematik wurde die Situation in der Familie dadurch, dass die beiden eigenen Kinder das Pflegekind nicht mehr in der Familie haben wollten, woraufhin das Pflegekind die Familie verlassen musste, respektive die Kindsmutter eine andere Pflegefamilie fand. Die Pflegemutter beschreibt die Situation nach dieser Familie dahingehend, dass gut darauf zu achten sei, "was gut ist für unsere Familie" (ebd. Z45). Obwohl die Familie eigentlich kein kleines Kind als Pflegekind möchte, nahmen sie die 2-jährige Erika auf Anfrage der Jugend- und Familienberatungsstelle als drittes Pflegekind in die Pflegefamilie auf. Das Pflegekind Erika ist unter der Woche bei der Pflegefamilie und am Wochenende teilweise bei den Eltern. Die aktuelle Situation der Pflegefamilie ist zum Zeitpunkt des Interviews durch die Ablehnung des Pflegekindes durch die beiden eigenen Kinder geprägt. Die Pflegemutter sucht Wege, um mit dieser Situation klar zu kommen und spricht das mir gegenüber als Interviewer auch sehr deutlich an. Die Darstellung der Geschichte der Pflegefamilie Brigitte fällt vergleichsweise knapp aus, das Pflegekind ist allerdings auch erst seit kurzem in der Familie. Das Tageskind kam in die Familie, als die größere Tochter 5-jährig und damit im Kindergarten war.

(3) Es lassen sich einige konkrete Situationen darstellen, in denen durch die Pflegefamilie Öffentlichkeit hergestellt wird. Öffentlich wird die Pflegefamilie *erstens* besonders im Moment des Abklärungsgesprächs zur Platzierung des Pflegekindes Erika in der Pflegefamilie. Es wird durch den Beistand und Sozialarbeitenden ein Treffen zwischen der Pflegefamilie und den Eltern von Erika in der Familie Brigitte vereinbart. Die Mutter ist psychisch krank, wie das die Pflegemutter beschreibt, ohne allerdings dies genauer auszuführen, und lässt deshalb das Kind unter der Woche fremdbetreuen. Die Pflegemutter schildert die Situation in folgenden Worten:

"Es ist eigentlich komisch- (.) ja (2) eigentlich das Kind das es betrifft (.) sie hat natürlich von dem nichts mitbekommen (.) sie war da knapp zwei Jahre alt und (.) sie hat dann einfach ein

bisschen gespielt und so und (1) ja man versucht so ein bisschen (.) man stellt sich ein bisschen vor oder dass man (.) ja ungefähr weiß, mit wem dass man es zu tun hat aber und der Herr M. [Beistand] hat da immer wieder so ein bisschen (2) ja ein bisschen die Fäden gezogen // ja // ja (2) 'vielleicht je nachdem ein bisschen Fragen gestellt' (3) ähm (7) ja: und (1) ähm (7) ja also ich glaube der wichtige Teil ist dann eigentlich nachher gewesen (.) er ist dann etwa nach einer Stunde gegangen (3)" (Brigitte Z213-221).

Die Situation dient dazu, den Übergang des Pflegekindes zwischen den beiden Familien zu moderieren. So wird keine Klärung angesprochen, ob das Pflegekind wieder zu den Eltern zurückgehen könnte, falls es der Mutter wieder besser geht. Auch wird nicht deutlich, weshalb das Kind nicht beim eigenen Vater leben kann. Die Wortwahl "komisch" der Pflegemutter verweist einerseits auf eine Irritation darüber, dass in Anwesenheit des Pflegekindes über dasselbige entschieden wird. Andererseits geben die verkleinernden Worte "ein bisschen" und "eigentlich" Hinweise auf eine emotional besetzte Situation, die ein Unwohlsein auslöst und in einer konkreten Weise bewältigt werden muss. Am Ende dieser Sequenz erfolgt eine längere Pause, bevor die Pflegemutter dann auf die Situation eingeht, als der Beistand den Rahmen verlassen hatte. Der von ihr so genannte wichtigste Teil besteht dann darin, dass sich die beiden Elternpaare genauer kennenlernen. Die beiden Väter sprechen über ihre Berufe und die beiden Mütter gehen ins Kinderzimmer, welches das Pflegekind kriegen wird:

"Ich bin dann spielen gegangen, also wir sind dann ins Kinderzimmer gegangen, das dann der Erika gehören würde und (3) dort wurde es dann ein bisschen persönlicher und man hat dann schon ein bisschen gemerkt (.) ja (1) dort hat man sich ein bisschen kennenlernen können und so // ja // und das ist noch (.) ja (2) ä::hm (4) ja es ist noch speziell gewesen (.) weil: (.) Erikas Mutter musste dann recht weinen (2) will das für sie eigentlich sehr schwierig ist, ihres Kind abzugeben (1) sie ist psychisch krank seit der Geburt. (.) und (3) ja man merkt oder wie (.) wie wie (.) ja eigentlich (3) ja so die beiden Situationen oder (1) wir äh (.) also warten auf ein Kind oder einfach wir sind gespannt, was da für ein Kind kommt, aber für die Eltern ist das eigentlich sehr schwierig oder (1) // ja // das Kind abzugeben // ja // ja (.) ja (3) und darum:(3) ja (2) hab ichs äh wichtig gefunden einfach dass (.) dass wir wirklich auch viel von uns (2) also erzählen oder einfach das da schon ein bisschen ein Kontakt (.) man will ja wissen (.) wem dass man sein Kind (2) // mhm // anvertraut" (Brigitte Z231-250).

Die Pflegemutter erscheint vielmehr bemüht zu sein, diese emotionale Situation möglichst rational zu beschreiben. Es ist also eine grundsätzlich spannungsvolle Situation, welche durch die Kindeswegnahme geschaffen wird. Anhand der Darstellung im Interview kann vermutet werden, dass die Eltern das Kind "freiwillig" abgeben. Das Kind wird in dieser Situation zum Objekt des familiären Scheiterns auf der einen Seite und zum Objekt eines familiären Traums zur Verwirklichung einer Großfamilie auf der anderen Seite. Der Hinweis auf die beiden unterschiedlichen Situationen der Familie bringt die Spannung kurz zum Vorschein: Die Pflegefamilie Brigitte wartet auf ein Pflegekind und auf der anderen Seite muss jemand sein eigenes Kind weggeben, damit sie eines aufnehmen können. Die Pflegemutter scheint zu

merken, dass die Aussage des "auf ein Kind warten" angesichts der Situation der Fremdplatzierung nicht passend ist und relativiert die Aussage dahingehend, dass sie "einfach gespannt" sind auf das Kind, das zu ihnen kommt. Die in der Struktur angelegte Spannung, dass eine Familie, die aufgrund gesundheitlicher Gründe keine Kinder mehr kriegen kann, darauf angewiesen ist, dass eine andere Familie aus gesundheitlichen Gründen ihr Kind abgibt, wird nicht thematisch. Das schlägt sich im Abschluss dieser Sequenz nieder, in der die Pflegemutter auf den spannungsfreien Platzierungsprozess verweist: "Das ist dann eigentlich so (.) ja reibungslos gegangen" (Brigitte Z 264f.).¹³⁴

Zweitens lässt sich die Situation mit den eigenen Kindern beschreiben, die dadurch geprägt ist, dass die beiden Kinder das Pflegekind Erika nicht akzeptieren. Die damit verbundenen Umgangsformen in der Pflegefamilie geben einerseits Hinweise darauf, wie Öffentlichkeit hergestellt wird, und lassen andererseits interessante Ausführungen zur Konstitution der Familie als Privates zu: Die Pflegemutter beschreibt sehr deutlich, dass sich die beiden Kinder nach der Erfahrung mit dem zweiten Pflegekind gegen ein weiteres Pflegekind aussprechen. Wie und ob sie in den oben beschriebenen Entscheidungsprozess zur Aufnahme des Pflegekinds Erika einbezogen werden, geht aus der Darstellung nicht hervor. Sie werden im Gespräch zumindest als Teilnehmende nicht explizit erwähnt, es kann also vermutet werden, dass sie nicht dabei waren. Ob über ihren Kopf hinweg entschieden wurde, lässt sich anhand des vorliegenden Interviewmaterials nicht klären. Die Pflegemutter konstruiert im Interview unterschiedliche Bewältigungsstrategien für diese konflikthafte Situation mit den beiden leiblichen Kindern und dem jungen Pflegekind Erika: Die Thematik wird in einer Supervision angesprochen und damit eine Öffnung der Familie erwirkt. Es wird als ein entwicklungspsychologisches Thema der Kinder rationalisiert, indem die Pubertät als Begründungsfolie für das wankelmütige Verhalten der Kinder gegenüber dem Pflegekind angeführt wird. Durch diese konstruierte Gegenüberstellung der pubertierenden eigenen Kinder versus des jungen Pflegekindes kann sie die Mutterphase in der Betreuung des Pflegekindes verlängern. Indem es als Pubertätsthematik deklariert wird, werden familiäre Konflikte durch die große Altersdifferenz der Kinder normalisiert. Oder in den Worten der Pflegemutter: "Es ist halt immer etwas am laufen" (Brigitte Z300f.). Eine weitere Rationalisierungsstrategie stellt die pädagogische Begründung dar, dass die Kinder durch das Pflegekind lernen, auf ein kleineres Kind einzugehen und es zu betreuen. Beim

¹³⁴ Sie bringt ein klares Bewusstsein dahingehend mit sich, dass die Pflegefamilie ihr Haus zu öffnen hat, wenn sie ein Pflegekind aufnimmt: "Man hat dann nicht nur ein Kind im Haus (2) das (2) grade wenns noch klein ist, ist es einfach oder (.) man fühlt sich nicht verletzt in der Privatsphäre (.) aber trotzdem (.) die [leiblichen, ts] Eltern sind dann auch noch da, die dann / mhm / halt (3) sicher auch einiges mitbekommen (1) und ähm (3) das einem bewusst wird (2) ähm (1) das man schon sein (.) ja sein Haus ein bisschen öffnen muss (.)" (Brigitte Z700-706).

eigenen Sohn funktioniert das allerdings nur, indem sie ihm etwas bezahlt, damit er in ihrer Abwesenheit auf das Pflegekind aufpasst.

"Unser Sohn würde ja nie mit ihr [dem Pflegekind spielen (1) aber wenn er dafür bezahlt ist (.) dann macht er das (.)@tiptop@ gibt er sich die größte Mühe @ @2@ dann sieht er so seinen Lohn und (.) äh jaja @4" (Brigitte Z377-382).

Mit dieser Vorgehensweise ist seitens der Pflegemutter eine Irritation verbunden, die mit der romantischen Vorstellung von Familie zusammenhängt, die einerseits keine Lohnarbeit in der Familie vorsieht und andererseits die Zuneigung zwischen den Familienmitgliedern stillschweigend voraussetzt. Zugleich handelt es sich bei der Tätigkeit der Pflegemutter ebenfalls um eine Form der Lohnarbeit, was durch sie hier aber ausgeblendet wird. Der Sohn muss sich quasi rechtfertigen, weshalb er das Pflegekind als kleine Schwester nicht mag. Die Gründe hierfür erschließen sich aus dem Interview nicht, die Erfahrungen mit dem zweiten Pflegekind mögen durchaus einen Beitrag zur Ablehnung leisten. Die Entlohnung des Sohnes nimmt hier eine Funktion ein, indem es ihm dadurch möglich wird etwas zu tun, was ihm vorher nicht möglich war. Übers Geld kann er die Rolle des großen Bruders wahrnehmen, was ihm vorher nicht gelungen ist. Die Rolle dessen, der seine Schwester gern haben muss. Jetzt kann er sich so verhalten, selbst wenn er das Kind immer noch nicht mag. Nicht thematisch wird allerdings, ob das Pflegekind möglicherweise über den Willen der eigenen Kinder hinweg aufgenommen wurde. Ein Wechsel des Pflegeplatzes zur Stabilisierung der Familie wird als mögliche Option ebenfalls nicht angedacht.

Nach dem Interview stellt sich *drittens* eine irritierende Situation hinsichtlich der Konstruktion von Öffentlichkeit, die ich im Erinnerungsprotokoll folgenderweise festhalte:

"Just nach wenigen Minuten, nachdem ich das Aufnahmegerät abgeschaltet und verräumt habe, meint sie, dass sie jetzt Erika wecken müsste. Bis zu dem Zeitpunkt wusste ich gar nicht, dass das Pflegekind im Haus ist. Ich höre, wie sie das Kind weckt und meint, da sei noch ein Mann, der jetzt dann gleich gehen würde. Sie kommt mit dem verschlafenen Kind auf dem Arm ins Wohnzimmer und verabschiedet mich. In der Situation habe ich ein Déjà-Vu aus einem früheren Forschungsprojekt, in welchem sich nach einem Elterninterview die ganze Familie versammelt und in einer Art "Familienfoto" zur Verabschiedung bereit steht, als müsste die intakte Familie bekräftigt werden. Auch in dieser Situation hatte es den Charakter einer Demonstration. Sie hätte das Kind auch gut erst wecken können, nachdem ich weg bin" (Auszug aus dem Erinnerungsprotokoll zum Interview mit der Pflegemutter Brigitte).

Familie wird in einer bestimmten Weise inszeniert, das Pflegekind wird mir als Interviewer demonstrativ vorgeführt. Sie kann sich als fürsorgliche Mutter darstellen und das Kind wird dadurch noch konkretisiert, während es im Interview weitgehend abstrakt bleibt. Es wird damit signalisiert, worum es sich eigentlich im Pflegekinderbereich drehen sollte; das Wohlergehen des Kindes ist das Ziel und wird hier deutlich präsentiert. In einer ähnlichen Weise, so könnte ich

mir vorstellen, würde ein Aufsichtsbesuch der Sozialarbeitenden in der Pflegefamilie aussehen. Gegenüber dem oben erwähnten Familienfoto handelt es sich allerdings nur um die Inszenierung der Beziehung zwischen Mutter und Kind, da der Pflegevater bei der Arbeit und die Kinder in der Schule sind. Außerdem kann damit auch signalisiert werden, dass sie sich das Kind nicht mehr wegnehmen lässt.

(4) Das Interview findet im Wohnzimmer der Pflegefamilie statt, die Erzählweise ist eher zurückhaltend und durch viele, auch längere Pausen geprägt. Dies ist allerdings auch meinem Interviewstil geschuldet: Es handelt sich um das erste Interview im Rahmen des Projekts, bisweilen führe ich an unterschiedlichen Stellen des Interview selber Brüche ein, was den Erzählfluss nicht weiter fördert.

Pflegefamilie Andermatt

(1) Die Familie Andermatt besteht zum Zeitpunkt des Interviews aus Mutter, Vater und dem 14-jährigen Pflegesohn Thomas. Der 20-jährige eigene Sohn wohnt nicht mehr bei der Familie. Die Pflegefamilie lebt auf dem Land, etwas abgelegen und in unmittelbarer Nähe eines Waldes. Die Wohnlage wirkt so, als würde man als "Neuzukömmeling" sofort erkannt werden, da sich an dem Ort alle Einwohner bereits kennen. Die Pflegemutter leitet im Wohnhaus selber eine Kinderspielgruppe, die durch eine Türe in der Küche erreichbar ist. Der Pflegevater arbeitet als Ingenieur. Die Pflegefamilie hatte zuerst SOS-Pflegeplätze angeboten und auch der Pflegesohn Thomas war drei Jahre früher bereits als SOS-Platzierung in der Pflegefamilie. Mittlerweile ist diese Platzierung in eine Dauerplatzierung umgewandelt worden, zum Interviewzeitpunkt wohnt der Jugendliche seit drei Monaten in der Pflegefamilie.

(2) Die Darstellung der Geschichte der Pflegefamilie ist maßgeblich durch die Erfahrungen mit dem Pflegekind Thomas geprägt: Dass die Pflegeeltern zuvor bereits SOS-Plätze angeboten haben, begründen sie damit, dass sie "sozial so ein bisschen helfen" (Andermatt Z390) wollen.¹³⁵ Sie sehen sich als eine "Auffangstation für die Kinder, die grad in Not sind" (ebd. Z385f.) und können sehr flexibel innert 24 Stunden ein Angebot zur Verfügung stellen. "Wir leben im Glauben, wir würden wir würden der Gesellschaft etwas Gutes tun" (ebd. Z431f.). Das Pflegekind Thomas kam drei Jahre vor dem Interview als SOS-Platzierung in die Pflegefamilie. Aufgrund einer psychischen Erkrankung der Mutter ("psychisch angeschlagen" (ebd. Z10)) musste er als 11-jähriger innerhalb von 24 Stunden platziert werden. Es wird nicht erwähnt,

¹³⁵ Im Interview wird eher nebenbei ein Pflegejugendlicher genannt, der nur sehr kurz in der Pflegefamilie und aufgrund seiner "Sexualisierung", wie sie die Pflegeeltern ihm zuschreiben, in der Pflegefamilie nicht mehr tragbar war. Dieser Jugendliche wird gelegentlich als Hintergrundfolie verwendet, vor der der Pflegejugendliche Thomas als unproblematisch und "pflegeleicht" bezeichnet wird.

weshalb der Kindsvater keine tragendere Rolle übernimmt. Gleich zu Beginn des Interviews wird zweimal betont, dass die Pflegefamilie mit dem Pflegekind "ganz eine tolle Zeit gehabt hat" (ebd. Z9). Die Beziehung mit dem Pflegekind wird so dargestellt, dass dieser nach den sechs Wochen SOS-Platzierung wieder zur Pflegefamilie zurückkommen möchte.

"Er [Thomas] hat immer gesagt nach diesen sechs Wochen, ich komme wieder (2) ich komme wieder hier her (2) und jetzt haben sich aber die Behörden (1) quer gestellt und haben gefunden, nein das äh kommt nicht in Frage, er solle zum Vater gehen" (Pfleagemutter Andermatt, Z13-16).

Die Situation der Pflegefamilie wird von Anbeginn an so dargestellt, als würde da etwas zusammenkommen, was schon immer zusammengehörte. Die Behörden werden durch die Pflegeeltern als diejenigen interpretiert, welche dies verhindern. Das Pflegekind selber äußert sich in den Worten der Pflegeeltern sehr deutlich, dass er nicht beim Kindsvater leben möchte, da dieser wieder neu geheiratet habe und mit der Stiefmutter zwei Kinder habe und noch zwei weitere Kinder aus deren ersten Ehe mitbringe. Das Pflegekind Thomas blieb letztlich erstmal bei der Kindsmutter, welche aber zwischenzeitlich hospitalisiert wurde, wodurch der 12-jährige Thomas über mehrere Wochen alleine in der Wohnung lebte. Sein Gesundheitszustand dramatisierte sich, er erlitt eine Alkoholvergiftung, beging einen Suizidversuch und landete letztlich in einer Kriseninterventionsstelle. Von Seiten der Pfleagemutter wird im Interview bezweifelt, dass die Behörde über die Situation des Pflegekindes informiert war. Von Seiten der Pflegeeltern werden die Behörden dahingehend kritisiert, dass der Wunsch von Thomas, zur Pflegefamilie zurückkehren zu wollen, nicht berücksichtigt wurde. Die Pflegeeltern beschreiben zu Beginn in erster Linie die drei Jahre zwischen der SOS-Platzierung bei ihnen und der letzten Dauerplatzierung. Thomas landete aufgrund seines Suizidversuchs in einer Kriseninterventionsstelle; als sich dessen Heimleiter dafür einsetzte, kann er letztlich wieder zur Pflegefamilie Andermatt gehen. In den Sommerferien ein Jahr zuvor holte die Pfleagemutter den Jugendlichen mitten in der Nacht bei der Polizei ab, nachdem er aus den Ferien mit dem eigenen Vater abgehauen war. Die Pflegeeltern wurden darauf von den Behörden kritisiert, auch wenn der Kindsvater der Vorgehensweise zugestimmt hatte. Es wird von Seiten der Pflegeeltern so dargestellt, dass der Heimleiter der Kriseninterventionsstelle darüber entscheidet, dass der Jugendliche zu den Pflegeeltern zurückkehren soll und die einweisende Vormundschaftsbehörde der zuständigen Gemeinde damit vor Fakten stellt.

Die Pflegeeltern schließen einen Pflegevertrag ab, der das Pflegeverhältnis noch bis zum 16. Geburtstag des Pflegekindes regelt, also zum Interviewzeitpunkt noch für knapp anderthalb Jahre. Diese Vorgehensweise lässt sich als Ausdruck einer fehlenden Hilfeplanung interpretieren. Zu diesem Zeitpunkt galt die Pflegekinderverordnung aus dem Jahr 1978, die

noch vom Ende des Pflegeverhältnisses mit 16 Jahren ausging. Dies hängt mit dem Ende der Volksschule und dem angenommenen Beginn einer Berufslehre zusammen, welche gleichsam eine größere finanzielle Unabhängigkeit impliziert. Im Sinne des Kindeswohls argumentieren die Pflegeeltern für mehr Stabilität und Sicherheit für den Pflegejugendlichen, was beispielsweise mit einer längerfristig angelegten Platzierung in der Pflegefamilie bis zur Volljährigkeit oder dem Ende der Berufslehre gewährleistet werden könnte. An diesem Punkt weisen die Pflegeeltern aus meiner Perspektive eine hohe Fachlichkeit aus, ohne diese genauer als eine solche zu benennen.

Zum Zeitpunkt des Interviews lebt der Jugendliche Thomas wieder bei der Pflegefamilie, die vorherigen drei Jahre zwischen der notfallmäßigen Platzierung bei der Pflegefamilie und der aktuellen Dauerplatzierung wird als eine Art Odyssee des Pflegekindes beschrieben. Bisweilen nimmt die Beschreibung den Charakter des "verlorenen Sohnes" an, der wieder zur Familie zurückkehrt. Im Gegensatz zur christlichen Geschichte des verlorenen Sohns stellt das Pflegekind eine Aufgabe dar, die sich plötzlich ergeben hat und die nun zu Ende zu bringen ist:

"Und wenn wir gläubige Menschen wären, würden wir sagen, da hätte der liebe Gott uns nen Aufgäbli [Verkleinerungsform von Aufgabe, ts] gegeben, was wir einfach zu Ende bringen müssen ne. Aber nicht dass wir uns um das Kind jetzt gerissen hätten oder finanziell (1) da irgendwelche Anreize aber der kam einfach da und jetzt haben wir halt und wir freuen uns, dass er da ist also" (Andermatt Z206-211).

(3) Die Herstellung von Öffentlichkeit durch die Pflegeeltern vollzieht sich maßgeblich über das Einsetzen für das Wohlergehen des Pflegekinds und die damit verbundenen Kontakte zu öffentlichen Akteuren. Die Pflegeeltern weigern sich, die Pathologisierung des Pflegekinds zu akzeptieren und wehren sich gegen die Einschätzungen der Fachpersonen. Der Jugendliche Thomas wird aufgrund eines psychiatrischen Gutachtens als erziehungsschwierig eingestuft und eine Platzierung bei einer Pflegefamilie als unpassend eingeschätzt. Sie selber bezeichnen den Jugendlichen als pflegeleicht und betonen gleichzeitig, dass nicht sie als Pflegefamilie die einzige richtige Lösung für den Jugendlichen seien. Vielmehr könnten alle "normale Personen" mit diesem Jugendlichen klar kommen. Das Problem liege darin, dass der Jugendliche ein Etikett erhalten hat, welche eine alternative Unterbringung in der Pflegefamilie verunmöglicht:

"Man hat einfach aufgrund von Statements [bezogen auf die Gutachten, ts], die man sehr früh abgegeben hat, aus denen man später auch nicht mehr raus konnte, hat man: der Junge ist ein ganz schwieriger Fall, der kann nicht zu Pflegeeltern" (Andermatt Z354-357).

Die Fachpersonen sind "in diesem einen Gutachten gefangen" (Andermatt Z377) und müssen diesem dann auch entsprechend genügen. Die Pflegefamilien allerdings setzen stärker auf die Einschätzung, welche sie aufgrund der täglichen Arbeit mit dem Pflegejugendlichen vornehmen

können. Diese Distanz durch die Gutachten lassen sich auch mit dem Aspekt der Verantwortung zusammenbringen, die die Pflegeeltern monieren:

"Also es gibt keinen der wirklich hoffentlich einfach mal ad hoc und schnell eine Entscheidung fällen kann, sondern (1) ein X. [der Beistand des Pflegekindes, ts] kann bloß beantragen, der andere kann nur verfügen" (Andermatt Z786-789).

Als Kritik an den Behörden und auch den Professionellen im Pflegekinderbereich wird seitens der Pflegefamilie angemerkt, dass alle involvierten Personen nicht in der Lage seien, Entscheidungen zu fällen.¹³⁶ Es kommt einerseits zu einer Diffusion der Verantwortlichkeit, die auch mit den vielen Personalwechseln bei den betreuenden Sozialarbeitenden zusammenhängt. Andererseits stehen die alltäglichen kurzfristig angelegten Entscheidungen in einem Kontrast zu den längerfristigen Planungen für die Hilfeleistungen, wie sie in der Verantwortung der Sozialarbeitenden liegt. Im vorliegenden Fall irritiert, dass die Pflegefamilie aufgrund der Diagnosestellung des Jugendlichen als ungeeignete Maßnahme bezeichnet wird. Dies kollidiert laut den Pflegeeltern mit dem Willen des Jugendlichen, in die Pflegefamilie zurückzukehren. Irritierend ist diese Situation im Weiteren, weil das Angebot der Pflegefamilie Andermatt als nicht geeignet betrachtet wird, hingegen aber keine Alternativen für den Jugendlichen entwickelt werden. Zumindest wird diesbezüglich im Interview nichts genaueres erzählt. Die Pflegeeltern äußern sich dezidiert positiv zu einer Abklärung von Pflegeeltern und auch bezüglich der Erfassung von Profilen der Pflegefamilien durch Fachpersonen:

"Auf der einen Seite finde ich es richtig, dass die Behörde Pflegeeltern kontrolliert, schaut, wie geht's diesen Pflegeeltern, aber für das ist auch der Beistand (2) zuständig (1) und anhand von dem kann man dann weiter schauen oder kann da ein bisschen recherchieren (1) aber nicht einfach so aus heiterem Himmel" (Andermatt Z573-578).

Die Kontrolle durch den Beistand in Vertretung der Vormundschaftsbehörde wird gewünscht, eine solche Abklärung erhöht im positiven Fall auch die Legitimation der Pflegefamilie. Problematisiert wird einzig die Willkür der Behörde, die aus heiterem Himmel über die Eignung der Pflegefamilie entscheidet. Die systematische Abklärung von Pflegefamilien dient damit dem Verhindern von Willkür bei der Zu- oder Absprache der Eignung von Familien.

(4) Das Interview findet im Esszimmer in der Wohnung der Pflegefamilie statt. An sich war das Interview mit der Pflegemutter vereinbart, der Pflegevater ist aber ebenfalls zu Hause, hat

¹³⁶ Grundsätzlich entspricht das einer Form der Gewaltenteilung in der Schweiz, die dazu führt, dass in verschiedenen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe eine einzelne Person beispielsweise die Finanzierung einer sozialstaatlichen Leistung nicht selber bewilligen kann. Vielmehr muss beispielsweise ein Sozialarbeiter einen Finanzierungsantrag formulieren, der von einer Sozialbehörde geprüft und letztlich bewilligt oder verfügt wird. Diese Trennung erschwert eine Ballung von zu viel Macht auf eine einzelne Person, kann allerdings auch die Bürokratie stark erhöhen und die Abläufe verkomplizieren.

zufälligerweise frei und nimmt letztlich auch an dem Interview teil. Der Pflegevater ist während des Interviews teilweise aufbrausend und dominiert das Gespräch weitgehend. Das Interview nimmt bisweilen den Charakter einer Abrechnung mit den Behörden an. Die Pflegeeltern wirken nach den Erfahrungen der vergangenen Monate noch immer emotional sehr betroffen, was sich auch in der Darstellung der Geschichte der Pflegefamilie niederschlägt. Es wird im gesamten Interview ein großes Gewicht auf die Geschichte und die Erfahrungen des Pflegekinds gelegt, allerdings erfolgt die Darstellung nicht chronologisch und ist insofern nicht immer leicht nachvollziehbar.

Pflegefamilie Müller

(1) Bei der Pflegefamilie Müller leben zum Zeitpunkt des Interviews sechs eigene Kinder (der älteste Junge ist 17-jährig) und drei Pflegekinder, deren Alter nicht bekannt ist. Der Pflegevater arbeitet als Computer-Ingenieur und beteiligt sich an der Renovation des Hauses. Die Pflegemutter ist ausgebildete Heilpädagogin. Beim ältesten Pflegekind handelt es sich um ein geistig und körperlich behindertes Mädchen. Die Pflegefamilie Müller wohnt in einem kleinen Weiler auf dem Land in einem älteren, teilweise renovierten Haus. Vor dem Haus befindet sich ein neu gebauter Stall, in welchem Tiere gehalten werden. Gegenüber den anderen Interviews fällt im Interview mit der Pflegefamilie Müller auf, dass ich als Forscher mit meinem Eintritt in die Familie sofort am Leben teilhabe, respektive vieles der Familie mitkriege. Ich nehme die Pflegefamilie in ihrem Alltag als authentisch war, dies mag allerdings auch eher mit dem Anschluss an meine eigene Lebenswelt zusammenhängen. Aus diesem Grund wird der Feldzugang zu dieser Familie im Folgenden etwas detaillierter beschrieben: Das Haus und die Umgebung machen von außen betrachtet einen ungeordneten Eindruck. Der Auszug aus meinem Forschungstagebuch verdeutlicht meinen ersten Eindruck:

"Die Wohnsituation erinnert mich sehr an meine erste Wohngemeinschaft. Frau Müller kommt aus dem Stall direkt nebenan und begrüßt mich herzlich. Sie habe gerade die Ziege(n) gefüttert. Im Esszimmer steht ein großer Tisch für etwa 10 Personen, an dem gerade noch ein Erwachsenenpaar frühstückt. Daneben sitzt ein kleines, neugieriges Kind" (Auszug aus dem Forschungstagebuch).

Die beiden Erwachsenen werden als Freunde vorgestellt, die zu Besuch sind. Das Wohnzimmer macht auf mich einen ebenfalls etwas unaufgeräumten und unsauberen Eindruck, allerdings handelt es sich hier um einen Ort, an dem gelebt wird, wie sich im Verlauf des Interviews herausstellt.¹³⁷ Während die anderen Orte der Interviews so wirken, als wäre die Situation für das

¹³⁷ Diese Wahrnehmung hängt mit meinen eigenen normativen Annahmen über familiäres Aufwachsen und Zusammenleben zusammen: Diese Situation löst bei mir die Vorstellung aus, dass ein intensives Zusammenleben es

Interview bewusst angepasst worden, lässt sich die Pflegemutter Müller durch den Interviewer nicht aus der Ruhe bringen, das Leben läuft in seinen bekannten Bahnen weiter. Während des Interviews tritt eine Jugendliche hinzu, welche schüchtern fragt, ob sie einkaufen gehen solle. Die Pflegemutter bejaht das erfreut und schreibt für sie eine Einkaufsliste. Danach kommt das Mädchen zurück und beginnt die Küche zu putzen und das Geschirr abzuwaschen. Später klopft ein Getränkelieferant an die Türe, welcher die Getränkeharassen abholt. Gleichzeitig schleicht ein Hund durch die Küche und will gestreichelt werden. Das Haus und die Situation während des Interviews verkörpert die gewünschte Wohnform von der Pflegemutter:

"Schöne Erlebnisse sind für mich, alle am Tisch, das ist für mich so das Highlight, alle am Tisch, inklusiv die Große, und einfach so, was abläuft am Tisch, das, das sind für mich, für mich persönlich schöne Schlüsselerlebnisse. Das ist das, was ich halt auch einfach auch liebe, denn ich hab am liebsten einen riesigen vollen Tisch" (Müller Z1150-1155).

Die Pflegefamilie Müller symbolisiert die Idee der Großfamilie, in der nicht nur die Kinder, sondern auch weitere Menschen aus dem sozialen Umfeld Platz finden. Außerdem ist die Offenheit ihres Hauses auch dasjenige, was sie für sich als Qualität in Anspruch nimmt. Umso mehr ärgert sie sich darüber, dass die Sozialarbeitenden und Beistände aus formalen Gründen über sie geurteilt haben, ohne sie aber überhaupt einmal in ihrem Haus zu besuchen. Die Pflegefamilie Müller ist insofern speziell, weil sie sich in einem Graubereich zwischen konventionellen und professionellen Pflegefamilien bewegen: Sie verfasst eine Broschüre, in der sie ihr Angebot als Pflegefamilie verbreitet. Gleichzeitig sind sie aber nicht in Zusammenschlüssen professioneller Pflegefamilien integriert. Irritierend bleibt es, dass sie durch die Behörden bisweilen kritisiert wurden, diese aber kontinuierlich weiter Pflegekinder in der Familie platzierten. Insofern bleibt die Kritik der Behörde formalistisch und wird nicht konkret gefüllt.

(2) Die Geschichte der Pflegefamilie wird in der Selbstdarstellung einerseits über die Pflegekinder und deren Geschichten und andererseits über die Zusammenarbeit mit den Beiständinnen und Beiständen der Pflegekinder fassbar. Grundsätzlich verfolgte die Pflegemutter seit früh die Vorstellung einer Großfamilie ("Ich hab immer viele Kinder gewollt, also am liebsten wahrscheinlich zwölf gehabt" (Müller Z715), dabei wurden auch Pflegekinder mitgedacht. Zu Beginn nahm die Pflegefamilie zwei Wochenpflegekinder im Alter der beiden ältesten Söhne auf, "eigentlich über privat, würde ich nie mehr machen" (ebd. Z745f.). Die Pflegeeltern machten zu Beginn (14 Jahre vor dem Interviewzeitpunkt) Pflegeelternkurse einer

bisweilen auch mit sich bringt, dass beispielsweise das Aufräumen der Wohnung untergehen kann, respektive als nicht so relevant eingeschätzt wird. Es handelt sich also um eine normative Annahme, dass an einem unaufgeräumten Ort mehr oder intensiver als an einem aufgeräumten Ort gelebt wird.

heute als Familienplatzierungsorganisation bekannten Institution, die sie aus der heutigen Sicht als "Schnellbleiche" (ebd. Z777) bezeichnet.

Insgesamt wurden in den vergangenen Jahren vier Pflegekinder in der Familie Müller platziert, wobei es in einem Fall zu einem Abbruch kam. Die älteste 11-jährige Pflgetochter wurde über die Sozialarbeiterin eines Spitals an die Pflegefamilie vermittelt und lebt zum Interviewzeitpunkt seit 9 Jahren in der Pflegefamilie. Während dieser Zeit wechselte die Sozialarbeiterin mehrmals und der Umgang mit dem geistig und körperlich behinderten Pflegekind wurde zusehends schwieriger.

"Die Beiständin, die jetzt ist, sie ist an und für sich eine gute Beiständin, ich hab ihr aber letztthin geschrieben, es werde zunehmend schwieriger mit dem Kind, es ist sehr schwierig, äh, es ist, einfach wirklich geistig und psychisch behindert, und ich kämpf seit vier Jahren für eine Psychotherapie und hab immer noch keine, hier in der Nähe. Und dann hab ich ihr ein Mail geschrieben und hab ihr geschrieben, ja, es sei einfach wirklich schwierig und es werde einfach zunehmend schwieriger, kommt ein Mail zurück: 'Was heißt, ist sie nicht mehr tragbar? Soll ich eine neue Pflegefamilie suchen?'" (Müller Z482-488).

Während die Pflegemutter in dieser konkreten Situation eine professionelle Unterstützung für das Pflegekind suchte und das mit der zusehends schwierigen Situation begründete, schien die Sozialarbeiterin eine Überforderung in einem Maß herauszuhören, die eine Umplatzierung des Pflegekindes nach sich ziehen würde. Auf der einen Seite handelt es sich für Sozialarbeitende um ein gängiges Muster, ein Betreuungssetting im Zweifelsfall durch ein anderes zu ersetzen. Auf der anderen Seite wird die Aussage zum Wechsel der Pflegefamilie seitens der Pflegemutter gleichsam als Drohung interpretiert. Die Pflegemutter reagierte darauf hin mit der Forderung nach einem klärenden Gespräch, das Pflegekind blieb weiter in der Pflegefamilie, eine Therapie für das Pflegekind ergab sich aber trotzdem nicht. Das zweite Pflegekind war ein Junge, der vorgängig in einem Heim lebte und für die Wochenenden und Ferien in die Pflegefamilie kam. Mittlerweile ist er seit drei Jahren in der Pflegefamilie. Als seine Mutter starb und der Vater laut Aussagen der Pflegemutter nicht in der Lage war, die Betreuung des Kindes zu übernehmen, setzten sich die Pflegeeltern dafür ein, dass der Junge zu ihnen kommen kann. Die Platzierung des Pflegekindes wurde durch den Sozialpädagogen des Heims im Übergang begleitet. Die dritte Platzierung erfolgte über eine Beiständin und wird von der Pflegemutter so dargestellt:

"Sie [die Beiständin] ist am Morgen mit der Mutter und dem Kind gekommen, hat sich das hier angeschaut, hat dann gesagt, sie hätten noch einen anderen Platz, sie würden jetzt gehen. Nach zehn Minuten kommen sie zurück und sagen: Ach wissen Sie, der Mutter vom Kind gefällt's grad so gut hier, ähm, könnten wir es nicht grad hier lassen. Wissen Sie, sie muss am Nachmittag noch an ein Vorstellungsgespräch. Sie [die Pflegemutter] nimmt es sicher. Und ich natürlich, wie ich bin: Jaja, doch doch" (Müller Z173-177).

Die Pflegemutter nimmt das Kind sehr unkompliziert auf, beschreibt die Situation aber so, als würden die Erwachsenen einen Gegenstand bei der Familie zurücklassen. Das Kind erfuhr gemäß der Pflegemutter einen Schock, von dem es sich nicht erholte. Letztlich wurde das Pflegeverhältnis aber aufgelöst, weil die Pflegemutter eigenhändig und in Absprache mit der Kindsmutter für die Ferien eine Unterkunft für das Kind organisierte. Die Pflegemutter äußert sich einsichtig, dass sie nicht ohne Einverständnis der Beiständin hätte vorgehen sollen. Es wird allerdings nicht klar, weshalb das sogleich zu einem Wechsel der Pflegefamilie führte. Das vierte Pflegekind erfolgte als Notfallplatzierung, die Platzierung soll aber letztlich in eine Dauerplatzierung umgewandelt werden.

(3) Zentrales Thema der Pflegefamilie ist die fehlende Unterstützung durch professionelle Akteure und die wahrgenommene Abwertung ihres Lebensentwurfs als Pflegefamilie. Hierbei ist zu betonen, dass die Pflegemutter durchaus Unterschiede zwischen den einzelnen Beiständen und Beiständinnen formuliert. Ein durchgehendes Thema ist allerdings, dass die Pflegemutter für die große Anzahl an Kindern kritisiert wird, respektive dafür, dass sie neben den eigenen sechs Kindern und den drei Pflegekindern noch weitere Pflegekinder aufnehmen möchte.¹³⁸ Mit der großen Anzahl an Kindern wird die Überforderung der Pflegemutter seitens der Behörden angenommen.

Die Pflegemutter ist durchaus bereit, bezüglich ihres Hauses Öffentlichkeit herzustellen; dies illustriert sie auch sehr eindrücklich dadurch, dass sie mir als Forscher das ganze Haus sehr detailliert zeigt und mich auch, siehe die Ausführungen oben, für eine kurze Zeit am Leben der Pflegefamilie teilhaben lässt. Sie geht davon aus, dass die Behörden diejenigen sind, die sich von Amtes wegen für die Pflegefamilien interessieren sollten und sie auch entsprechend besuchen kommen.

"Tatsache ist, dass ich in diesen neun Jahren, seit ich das erste Kind habe, habe ich vielleicht im Ganzen drei Mal jemanden gesehen, der für die Aufsicht quasi gekommen ist. / (lacht) / Ja. / Ja, das ist schon ein bisschen mager, hä / Es ist mager, und es liegt nicht daran, dass wir finden: Ja, nein, wir haben nicht gern und, ich sage immer, kommt vorbeischaun, dann kommt vorbeischaun, schaut euch das an" (Müller Z597-605).

Es ist einerseits die Bereitschaft vorhanden, das Haus zu öffnen und die Aufsicht durch die Behörde damit zu ermöglichen, andererseits ist der Pflegemutter durchaus bewusst, dass damit allfällige Problemlagen in der Pflegefamilie ebenfalls öffentlich gemacht werden. Um anfallende

¹³⁸ Rechtlich ist es in der eidgenössischen Pflegekinderverordnung PAVO nicht festgelegt, wie viele Kinder – Pflegekinder und eigene Kinder – in einer Pflegefamilie betreut werden dürfen. In der kantonalen Verordnung über die Pflegekinderfürsorge ist im §3 festgehalten, dass "für Pflegeorte, an denen mehr als fünf Pflegekinder aufgenommen werden, [...] die Bestimmungen über die Jugendheime [gelten].

Probleme in der Pflegefamilie angemessen einbetten und einschätzen zu können, braucht es aber eine Kenntnis der Situation der Pflegefamilie über eine regelmäßige Zeitdauer.

(4) Als Hintergrund dieses Interviews ist zu erwähnen, dass ich das Interview im Rahmen des Evaluationsprojekts an sich nicht mehr durchführen wollte, da wir schon ausreichend Interviews mit Pflegeeltern durchgeführt hatten. Ich wurde dann aber seitens des Auftraggebers nochmals auf diese Pflegefamilie hingewiesen; nachträglich wird mir dann auch klar, dass der Auftraggeber ein besonderes Interesse an dieser Pflegefamilie hat, weil dabei eine erfolgreiche Intervention der Fachstelle Pflegekinder durchgeführt wurde. Die Fachstelle war die erste behördliche Instanz, welche sich die Wohnverhältnisse anschaute, die Perspektive der Pflegemutter ernst nahm und die Tätigkeit der Pflegefamilie als passend für die Pflegekinder einschätzte.

Pflegefamilie Bauer

(1) Die Pflegefamilie Bauer besteht zum Zeitpunkt des Interviews aus vier Personen: Mutter und Vater, beide bereits über sechzig Jahre alt, der 16-jährige, gehörlose Pflegejugendliche Gian, der seit fast 11 Jahren in der Pflegefamilie lebt, und ein Mädchen, dass als SOS-Pflegekind in der Familie wohnt. Außerdem nehmen sie als Gast-Familie alle paar Wochen ein Kind aus einem Heim übers Wochenende zu sich. Die Pflegefamilie wohnt in einem alten, kleinen Häuschen in einer ländlichen Gegend, im Garten befindet sich ein Hühnerstall. Die Pflegeeltern haben vier eigene Kinder, die erwachsen sind und teilweise bereits eigene Kinder haben. Es handelt sich um die einzige Pflegefamilie im Sampling, welche mit einer Familienplatzierungsorganisation zusammenarbeitet.

(2) Die Pflegefamilie nimmt seit über 35 Jahren Pflegekinder und dabei insbesondere SOS-Pflegekinder auf, die Pflegemutter schildert, dass sie bereits mit 25 Jahren Pflegekinder aufgenommen hat.

"Wir haben angefangen mit Pflegekindern und (2) aus Zufall (2) von einem Kollegen meines Mannes, ihm sind die Kinder (2) bei der Scheidung dem Vater zugesprochen worden und dann sind vier Kinder verstellt worden (2) das hat man damals noch // ja // so gemacht (2). Und wir haben dann (1) Tageskinder gehabt oder, weil wir eigene Kinder gehabt haben (2) und dann haben wir zwei Kinder vier Jahre lang gehabt, die eigentlich (1) dauerplatziert gewesen sind die Mutter ist gestorben in dieser Zeit (2) und der Vater war auch krank (2) [...] aber die sind dann nachher / Jaja / wieder zurückplatziert worden, wo er eine Freundin hatte" (Bauer Z7-18).

Die Pflegemutter weist darauf hin, dass diese Pflegekinder eine schwierige familiäre Geschichte hatten und äußert die Vermutung, dass diese Kinder heute vermutlich nicht mehr in Pflege-

familien untergebracht würden. Sie selber sei damals durch die Behörden mit 25 Jahren als zu jung eingeschätzt worden, um Pflegekinder aufzunehmen.

"Ja also sie hatten noch ein bisschen Mühe, weil ich so jung bin oder (1) mit 25 für für den zwölf jährigen Buben (2) aber das ist nie ein Problem gewesen //mhm// und jetzt haben die gleichen Leute Bedenken, weil ich schon so alt bin oder aber die sind gleich alt wie oder ((lacht)) die Gleichen ((lacht)) man wird miteinander alt also in diesen Behörden" (Bauer Z80-84).

Als die eigenen Kinder auszogen, entschieden sie sich nach der Anfrage einer Familienplatzierungsorganisation ein gehörloses Kind aufzunehmen, das zu diesem Zeitpunkt 5-jährig war. Die Schule des Pflegekindes nahm mit der Familienplatzierungsorganisation Kontakt auf, welche sich an die Pflegemutter Bauer wendete. Die Pflegemutter richtete sich direkt an den Vormund des Kindes, worauf das Kind bei der Pflegefamilie platziert wurde. Das Pflegekind ist Waise und die Platzierung in der Pflegefamilie schien weitgehend unbürokratisch abzulaufen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Familienplatzierungsorganisation einen großen Teil der bürokratischen Angelegenheiten abfedert. Die Pflegeeltern erlernten für das Kind die Gebärdensprache, sie wurden dadurch für die Behörden und für Ärzte und Sozialarbeitende zu relevanten Akteuren, da ansonsten für Gespräche Dolmetscher beigezogen werden müssen.

Die Erfahrungen mit dem Pflegejugendlichen Gian waren zeitweilig durch eine hohe Konfliktivität und Aggressivität des Jugendlichen geprägt. Auf die Frage nach einer schwierigen Situation erfolgt die Schilderung des Ausrastens des Pflegejugendlichen aufgrund einer schulischen Situation: Im Zusammenhang mit einem Wechsel in der Schule – das Pflegekind weigerte sich auf Empfehlung der Lehrerin, von der Volksschule in eine Schule für Schwerhörige zu wechseln – "rastete" das Pflegekind Gian aus und warf alle Fenster des Wohnhauses ein. Es wird dabei sehr eindrücklich deutlich, wie sich die Pflegeeltern gegen die Stigmatisierung des Pflegejugendlichen durch den Wechsel in die Sonderschule einsetzten. Bei Übergängen in der Schule zeigen sich die strukturellen Probleme der Verantwortlichkeit besonders deutlicher Weise. Pflegeeltern haben bei Fragen rund um Einschulung oder Wechseln der Pflegekinder nur ein geringes Mitspracherecht:

"Jetzt die normalen Eltern können sich da ja noch wehren, aber bei uns Pflegeeltern hat sie [die Lehrerin des Pflegejugendliche, ts] uns immer wieder gesagt, das entscheidet nicht ihr, das tut die Behörde entscheiden" (Bauer Z134-137).

Darin zeigte sich die Entscheidungshoheit der Behörde, da im vorliegenden Fall aufgrund des Todes beider Elternteile eine Vormundschaft eingerichtet wurde. Rechtlich lag die Lehrerin also richtig, den Pflegeeltern die Entscheidungsgewalt über schulische Fragen zum Pflegejugendlichen abzusprechen. Die damit verbundene Distanzierung und möglicherweise

auch eine Abwertung der Pflegeeltern lenkt davon ab, dass eigentlich eine Aushandlung der besten Lösung zwischen den konkret involvierten Personen – Pflegekind, Pflegeeltern und Lehrperson – hätte stattfinden können, um sie sodann den Behörden vorzulegen.¹³⁹ Stattdessen wird die Entscheidungsbefugnis einer nicht genauer definierten Behörde zugeschrieben.

Bei der Pflegemutter lässt sich eine hohe Reflexivität festmachen, was die Situation des Pflegejugendlichen und insbesondere auch die Auseinandersetzung mit seiner Biographie anbelangt: "in der Pubertät kommt halt einfach die ganze Geschichte nochmals hoch" (Bauer Z275f.). Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Pflegekindes scheint von Seiten der Pflegeeltern geplant und durchgeführt zu werden, ohne eine Unterstützung von Fachkräften zu erhalten. Auf die Frage nach einer schönen Erfahrung mit dem Pflegekind schildert sie die Geschichte, dass sie mit dem Pflegekind zum Grab der Kindsmutter gehen:

"Und dann sind wir mal auf den Friedhof gegangen, in dem kleinen Dorf und es hat nichts gehabt am Grab (1) der Mutter, einfach dürre Ware noch vom Herbst und dann haben wir es angefangen auszutun, sind zum Gärtner gegangen und dann hat er Stiefmütterchen gekauft, von jeder Farbe eins / Pflegevater: Das wollte er, er durfte es auswählen / Ja (3) und mit einem Ast hat er das Grab umgeackert und das angepflanzt. Ich glaube, das ist für uns ein schönes Erlebnis gewesen (2) ein Akzeptieren seiner Geschichte (3)" (Bauer Z437-446).

Neben diesem sensiblen Umgang mit der Geschichte des Pflegekindes beginnen sie mit ihm den Kontakt zu seiner Familie aufzubauen, woraufhin eine Cousine den Pflegejugendlichen mehrmals besuchen kommt.

Der Bezug zu den SOS-Pflegekindern wird unter anderem über die Reaktion des sozialen Umfelds beschrieben: Die "Umgebung" findet die Arbeit der Pflegefamilie "großartig [...], aber wenn irgendwo eine Scheibe kaputt geht oder etwas dreckig ist, dann ist sicher, es komme von uns" (Bauer Z489-492). Die Pflegefamilie sieht sich damit konfrontiert, dass meistens ihre Pflegekinder verdächtigt werden, falls im Dorf etwas kaputt geht. Bei den SOS-Pflegeplätzen, die sie zur Verfügung stellen, handelt es sich um eine Form der Dienstleistung:

"Ich sage mir, es ist ein Job für mich (2) den ich gern mache (2) das ist jetzt nicht eine religiöse Sache, dass ich denen helfen muss und und weiß nicht was, ich finde es spannend und äh (2) grad die SOS-Kinder, das sind ja uh schwierige Kinder (1) immer wieder und so ganz verschieden //mhm// (2) es reizt mich (2) // ja // und manchmal bin ich auch froh, wenn sie wieder gehen ((lacht))" (Bauer Z514-520).

¹³⁹ Interessanterweise besteht in dieser Aussage "die Behörde entscheidet" eine große Ähnlichkeit zum Titel des Buches "'Die Behörde beschließt.' Zum Wohle des Kindes? Fremdplatzierte Kinder im Kanton Bern 1912-1978" von LEUENBERGER et al. (2011). Die Autorinnen und Autoren arbeiten aus historischer Sicht die fehlende Nachvollziehbarkeit von Fremdplatzierungsentscheidungen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen heraus. Was an behördlichen Entscheidungen unter dem Stichwort des Kindeswohls geschieht, kann bei den fremdplatzierten Kindern und Jugendlichen als Ohnmacht und Ausgeliefert-Sein wahrgenommen werden.

Es geht nicht um die Hilfe, die angeboten wird, sondern in erster Linie um einen interessanten "Job", sich immer wieder auf unterschiedliche Kinder und Jugendliche einzulassen. Als Gegenkonstruktion erwähnt sie die religiöse Motivation – vermutlich auch in Abgrenzung zu anderen Pflegefamilien –, während sie für sich selber die Herausforderung, sich mit den Geschichten auseinanderzusetzen, als Begründung in Anspruch nimmt. In diesem Zusammenhang weist die Pflegemutter eine fachlich differenzierte Sichtweise aus, indem sie auf das fehlende öffentliche Verständnis der Situation von Pflegefamilien verweist:

"Ich glaub, sie sehen auch nicht (1) was dahinter steckt (2) in so Pflegekindern, dass das nicht einfach jetzt eines mehr am Tisch ist, sondern dass die die Geschichte in die Familie bringen (1) die Auseinandersetzung mit deren Familie (2)" (Bauer Z686-690).

(3) Das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit zeigt sich im Falle der Pflegefamilie Bauer *erstens* im spezifischen Kontakt mit den Behörden, die sich hier exemplarisch am Umgang der zuständigen Vormundin mit dem Konflikt mit dem Pflegekind illustrieren lassen: Als Reaktion auf die vorgängig ausgeführten Wutausbrüche des Pflegekindes reagiert die Vormundin in den Worten der Pflegemutter, "ja wenns halt nicht geht, müssen wir halt einen anderen Platz suchen" (Bauer Z310f.). Auf Probleme mit dem Pflegekind wird mit der Option des Platzierungsabbruchs argumentiert, die für die Pflegefamilie Bauer nicht in Frage kommt, zumindest zum Zeitpunkt des Interviews nicht als mögliche Option gesehen wird. Hierbei handelt es sich um ein wiederkehrendes Muster seitens der zuständigen Sozialarbeitenden, die im Konfliktfall – zumindest in der Darstellung der Pflegeeltern – sehr früh mit einem Wechsel der Bezugspersonen argumentieren, während die Pflegeeltern dazu tendieren, den Konflikt durchzustehen und hieraus als Familie zu wachsen. Der Appell für Unterstützung seitens der Pflegemutter wird von der Sozialarbeitenden nicht als solchen wahrgenommen.

Die Pflegemutter stellt hinsichtlich der finanziellen Belange eine interessante Veränderung fest, die sich als Ausdruck eines zunehmenden öffentlichen Misstrauens gegenüber den Pflegefamilien deuten lässt: Statt eines fixen Pauschalbetrags für die Anschaffung von Kleidern für das Pflegekind wird neu für jedes Kleidungsstück ein Beleg eingefordert, die Anschaffungen werden entsprechend kontrolliert:

"Zum Beispiel der der das Kind jetzt hab ich elf Jahre oder und im Kanton X. hab ich einfach zum Beispiel für die Kleider einen festen Preis bekommen, so viel //mhm// mit dem hab ich dann machen können, was ich will, ich habe gerne schöne Kleider gekauft und oder ein Markendings und wenn es halt zu klein ist, kann ich es einem Grosskind weitergeben ohne Hemmungen und da muss ich jetzt für jede (1) jedes Kleid, das ich kaufe, brauche ich eine Quittung, brauche den Zettel, der dran hängt (1) muss das noch kopieren und eine Liste machen [...] und ich hab dann gesagt, ich hab lieber 20 Franken ["Stutz"] oder 30 Franken ["Stutz"] weniger aber ähm (2) muss das nicht machen, ich finde das so (1) so misstrauisch das (2) geht nicht (2) ja (4) das ist beleidigend für mich (1)" (Bauer Z608-622).

Während bei einem Pauschalbetrag die Verantwortung an die Pflegefamilien abgegeben und ein grundsätzliches Vertrauen unterstellt wird, ist die Vorgehensweise über Quittungen der Versuch, die Pflegefamilien stärker zu kontrollieren und gleichsam die Bürokratie zu erhöhen. Interessant ist die Argumentation der Pflegemutter, für eine höhere Handlungsautonomie auch eine finanzielle Einbuße in Kauf zu nehmen.

Für die Pflegemutter nimmt *zweitens* die Organisation von Normalität des Pflegekindes Gian im Privaten einen großen Raum ein. Sie spricht davon, dass es sich mittlerweile um einen "ganz normalen" pubertierenden Jugendlichen" (Bauer Z394) handle, für den die Peers – in seinem Fall "die gehörlosen Kollegen" (ebd. Z398) – wichtiger als die Familie werden. Die Organisation von Normalität rückt in den Vordergrund, die Pflegeeltern bemühen sich darum, dass der Jugendliche in die Jungwacht gehen kann und auch einen Leiterkurs absolviert.¹⁴⁰ Diese Teilnahme in der kirchlichen Jugendarbeit ermöglicht Gian, sich gegenüber anderen Gleichaltrigen zu positionieren:

"Wo er noch in der Wohngruppe war, in der fünften Klasse, war er von den 35 Kindern, die es da gab, der Stärkste (2) einfach weil sie auch so viele, auch sonst Behinderte haben und er nie aufs Dach bekommen hat (2) oder er konnte die anderen runterdrücken ["abdrücken"] aber er hat nie ein Gegengewicht gehabt bei den Internen (2) und bei der Jungwacht, das sind dann nicht immer Sozialpädagogen drum rum da streiten sie halt mal //mhm// (2) ja (1) er musste da ein bisschen durch (2) und heute geht er mit in alle Lager, Pfingsten, Winterlager, Sommerlager (2) jetzt macht er auch den Grundkurs für Leiter, sie haben zuerst gefunden, das geht nicht, ein Gehörloser (2) er bekomme das ja nicht mit (1) und dann haben wir über die Kantonsleitung wieder geschaut, was man da machen kann und er kriegt an vier Tagen einen Dolmetscher (1) ja (1) //Ja, super // Das Zeug müssen wir uns einfach wehren, das müssen wir selber machen" (Bauer Z411-425).

Das "selber machen" bezieht sich einerseits auf die fehlende Unterstützung seitens Behörden und Fachpersonen, andererseits auf die wahrgenommene Verantwortung der Pflegeeltern, sich für die Entwicklungsmöglichkeiten des Pflegekindes einzusetzen.

(4) Das Interview findet mit der Pflegemutter statt, der Pflegevater setzt sich während des Gesprächs dazu, nimmt aber nur auf Anfrage der Pflegemutter am Gespräch teil. Das Interview ist dadurch geprägt, dass einerseits die Geschichte des Pflegekindes Gian beschrieben wird, gleichzeitig aber immer wieder auf die Erfahrungen mit den SOS-Pflegekindern Bezug genommen wird. Die Pflegemutter äußert sich im Interview zu Beginn sehr zurückhaltend und beginnt erst auf die Frage nach einer schwierigen Situation mit dem Pflegekind genauer zu

¹⁴⁰ Bei der Jungwacht handelt es sich um den zweitgrößten Kinder- und Jugendverband der Schweiz, der mit der katholischen Kirche zusammenhängt und sich maßgeblich über ehrenamtliche Tätigkeiten organisiert. Blauring ist die Abteilung für die Mädchen, während die Jungwacht die Jungs anspricht.

erzählen. Das Interview ist insgesamt sehr narrativ ausgerichtet und von der anfangs schwierigen Situation mit dem Pflegejugendlichen geprägt, die sich zusehends verbessert.

Pflegefamilie Zurbuchen

Bei der Pflegefamilie Zurbuchen handelt es sich um die einzige Pflegefamilie, die zum Interviewzeitpunkt ausdrücklich nur SOS-Pflegekinder aufnimmt. Der Inhalt der Falldarstellung unterscheidet sich insofern von den vorherigen Darstellungen, dass die Pflegekinder hierbei eine geringere Rolle spielen. In einem ersten Schritt werden die objektiven Daten der Pflegefamilie Zurbuchen dargestellt, zweitens wird weniger auf die Geschichte der Pflegefamilie eingegangen, als vielmehr die konkreten Abläufe hinsichtlich einer SOS-Platzierung beschrieben. Diese stellen sich insofern anders dar, da die zeitliche Begrenzung Grundlage der Beziehungsgestaltung in der Pflegefamilie ist, auf die in dieser Darstellung ein besonderes Gewicht gelegt wird.

(1) Bei Frau Zurbuchen handelt es sich um eine Pflegemutter, welche selber vier Kinder hat, als Tagesmutter zu Beginn Kinder betreute und zum Interviewzeitpunkt bereits seit längerer Zeit regelmäßig SOS-Pflegekinder aufnimmt. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass es sich bei sogenannten SOS-Platzierungen um kurzfristig nötig werdende Notfallplatzierungen handelt. Diese finden vor allem bei Kindeswohlgefährdungen statt und stellen ein weitgehend äquivalentes Angebot zu Kriseninterventionsstellen dar. Eine SOS-Platzierung sollte nicht länger als drei Monate dauern und dient meistens der Abklärung weiterer Interventionen und allfälliger Kindesschutzmaßnahmen.¹⁴¹ Die Pflegemutter selber macht das Pflegegeld explizit, sie verdiene 90 Franken pro Tag.

(2) Die Pflegemutter Zurbuchen schildert den Ablauf einer SOS-Platzierung folgendermaßen: Sie erhält von der Jugend- und Familienberatungsstelle eine Anfrage, ob sie "Kapazität" für ein Kind oder einen Jugendlichen frei hätte.

"Dann ist das so, ich handhabe das so, dass ich das mit der Familie abspreche (2) oder vor allem auch die Kinder frage, du, ich hab wieder eine Anfrage bekommen (3) es ist ein::: (.) es ist ein junger Bursche (2) er geht (3) er geht in die zweite Sek¹⁴² (.) ja (1) und wenn die Kinder einverstanden sind, dann rufe ich nachher zurück (2) und sage (.) ok wir haben (.) einen Platz frei, der Bub kann kommen (1)" (Zurbuchen Z5-9).

Daraufhin wird ein Termin mit der zuständigen Person vereinbart, am Treffen werden konkrete Themen besprochen, wie Schulbesuch, der weiter fortgesetzt wird, Regelung des Mittagessen

¹⁴¹ Die Begrenzung auf drei Monate hängt damit zusammen, dass eine Fremdbetreuung gesetzlich laut Pflegekinderverordnung (PAVO revidiert, Art. 4, 1) ab der Dauer von drei Monaten bewilligungspflichtig ist.

¹⁴² "Sek" steht für Sekundarschule, das ist die höchste Bildungsstufe in der Volksschule auf der Sekundarstufe I. Bei der zweiten Sek handelt es sich um das zweite Jahr der Oberstufe, im vorliegenden Fall wäre das das achte Schuljahr. Dies gilt allerdings im vorliegenden Fall für den Kanton Zürich, bei den Bildungssystemen bestehen in der Schweiz in den einzelnen Kantonen große Differenzen.

und der Organisation des Schulwegs, und es wird ein entsprechender Vertrag aufgesetzt. Auch wird das Besuchsrecht der Eltern festgelegt, respektive geklärt, wie der Kontakt zwischen dem Kind und den Kindseltern organisiert werden soll. Die Pflegemutter beschreibt diese Situation zu Beginn als ein "Dilemma", da sie nicht wissen kann, ob das Pflegekind in die Familie passt oder ob es Unruhe gibt. Ein Dilemma ist es einerseits deswegen, weil diese Unsicherheit bleibt, und andererseits weil sie als Pflegemutter auch nicht so viel über das Pflegekind wissen möchte, um möglichst vorbehaltlos an das Kind heranzutreten und auch keine allzu intensive Beziehung eingehen zu müssen. Das bringt dann allerdings das Dilemma mit sich, aufgrund der fehlenden Kenntnisse über das Pflegekind nicht angemessen einschätzen zu können, ob es in die Familie passt.

Zum Hintergrund der Pflegefamilie ist zu sagen, dass sie selber mit ihrem Mann eine Großfamilie anstrebte (Zurbuchen Z88)). Neben ihren eigenen vier Kindern nahm sie Tageskinder auf, "wenn sie gefragt wird" (ebd. Z96). Hieran äußert sie die Kritik, dass von Tagespflegefamilien in erster Linie Frauen profitieren würden, welche arbeiten und ihre Kinder loswerden wollten. Sie selber geht aus Überzeugung nicht außer Haus arbeiten, sie wolle immer "da sein (.) wenn die Kinder von der Schule nach Hause kommen und Mittagessen und so" (ebd. Z423-425). An diese Stelle rückt sie argumentativ die Tätigkeit als SOS-Pflegefamilie, in welcher sie aktiv werden und für die Pflegekinder da sein kann.

"Das ist äh (1) nicht etwas wo (3) wo andere wahnsinnig profitieren, also jetzt Frauen, die einfach arbeiten gehen und die Kinder abgeben oder irgendwie so, sondern es ist wirklich (3) die Zeit kann ich (3) kann ich äh (2) ja ich finds einfach eine sinnvolle @Zeit@ // ja // und wirklich auch (.) auch für ein Kind, dass ich (.) für eine (.) für eine kurze Zeit (3) mit dem Wissen darum, nach drei Monaten ist es fertig (2) // mhm // und das ist mir eigentlich (.) wichtig (.) ich finde drei Monate kann ich voll investieren" (Zurbuchen Z100-109).

Sie schafft mit ihrer Tätigkeit als SOS-Pflegemutter keinen Mehrwert (niemand profitiert im ökonomischen Sinn davon), die Tätigkeit steht für sich, darüber hinaus wird nichts erarbeitet, was irgendjemandem einen Gewinn ermöglichen würde. Gleichzeitig bleibt die Selbstdarstellung aber durch die Investitionslogik einem ökonomischen Argument verhaftet. Die Tätigkeit der SOS-Pflegefamilie ermöglicht der Pflegemutter, "sofort reagieren zu können" (Zurbuchen Z97). In dieser Unmittelbarkeit kommt nicht nur eine bestimmte Zeitstruktur, sondern auch eine Beziehungsstruktur zu den Pflegekindern zum Ausdruck: Innerhalb eines klar begrenzten Zeitrahmens wird eine familiäre Ausnahmesituation geschaffen, in der die Pflegemutter für die betroffenen Pflegekinder "da sein" und "sich voll investieren" kann. Durch diese zeitliche Begrenztheit wird auch die emotionale Beziehung zwischen der Pflegemutter und dem Pflegekind gerahmt. Philippe ARIÈS macht in seiner historischen Analyse zur Kindheit deutlich,

dass eine emotionale Zuwendung seitens der Eltern zu den Kindern historisch nicht einfach vorausgesetzt werden kann, sondern vielmehr mit der Reduktion der Kindersterblichkeit zusammenhängt (vgl. ARIÈS 2007 (1975)). Übertragen auf die Situation der Pflegefamilien lässt sich davon sprechen, dass Eltern im Falle einer Unsicherheit über den Verbleib eines Kindes nicht zu viel Emotionalität in die Beziehung einbringen, da der Schmerz im Falle einer Trennung ansonsten zu groß wäre. Im Falle der Pflegemutter Zurbuchen kann diese Perspektive unter umgekehrten Vorzeichen betrachtet werden: Wenn die Pflegekinder längerfristig in der Familie verbleiben würden, sähe sich die Pflegemutter gezwungen, sich auf eine stärkere Bindung an die Kinder einzulassen. Die Beziehungen zwischen der Pflegemutter und den jeweiligen Pflegekindern sind in einem klaren Rahmen geregelt: Sie hat einen Vertrag, kriegt einen Lohn, bietet für die Zeit eine Beziehung an und nach drei Monaten bricht sie die Beziehung wieder ab. Entsprechend strikt wird seitens der Pflegemutter an den drei Monaten festgehalten, danach müssen die SOS-Pflegekinder die Familie wieder verlassen. Hinsichtlich der Aufnahmekriterien von Pflegekindern formuliert die Pflegemutter Zurbuchen klare Vorstellungen, in denen sich die Beziehungsstruktur ebenfalls verdeutlicht: Sie macht die Aufnahme von Pflegekindern davon abhängig, dass diese keine Babys mehr sind und im Alter ihrer eigenen Kinder stehen. Sie dürfen also nicht älter als das älteste und nicht jünger als das jüngste Kind sein. Babys will sie nicht als Pflegekinder aufnehmen, weil sie ihnen zu nahe kommen könnten. Das wäre etwas anderes, so die Pflegemutter, "wenn man wüsste, das Kind würde für immer bleiben" (Zurbuchen Z538f.). Ihr ist bewusst, dass es bei den älteren Pflegekinder, die auf Zeit in die Familie kommen, durchaus sein kann, dass "die Chemie mit einem Kind oftmals sicher nicht stimmt" (ebd. Z115f.).

"und das man da einfach kann (.) einfach äh sagen kann, du schau [zu den eigenen Kindern, ts] nach drei Monaten geht's wieder (2) wenn es drei Monate bleibt? (2) ich hatte auch schon Kinder, die sind nur vierzehn Tage geblieben (2) oder ein Monat und dann hat sich ein Plätzchen [ein Aufnahmeplatz, ts] gefunden oder dann sind sie wieder nach Hause (2) // mhm // aber (3) die Kinder, die kommen, da ist es einfach beschränkt bis::: (1) drei Monate" (Zurbuchen Z 118-124).

Es scheint ihr durchaus bewusst zu sein, dass die Aufnahme von Pflegekindern in Notsituationen für die Familie eine aufreibende Zeit sein kann. Es scheint für sie aber nicht in Frage zu kommen, dies nicht mehr zu tun, vielmehr verweist sie darauf, dass die Pflegekinder nach drei Monaten wieder gehen. Selbst wenn die Chemie nicht stimmt, wird das Pflegekind nicht weggeschickt, sondern die konfliktive Situation muss ausgehalten werden. Auch wenn sie als SOS-Pflegefamilie grundsätzlich die Möglichkeit hätte, die Platzierung in einer problematischen Situation frühzeitig zu beenden, habe sie davon noch nie Gebrauch gemacht.

Die Pflegemutter Zurbuchen macht als SOS-Pflegefamilie ein zeitlich und räumlich klar definiertes Angebot, innerhalb dessen sie explizit keinen erzieherischen Auftrag wahrnimmt, sondern vielmehr einen Möglichkeitsraum schafft, in welchem die Kinder und Jugendlichen eine Chance bekommen. Wie dieser Möglichkeitsraum geschaffen wird, lässt sich beispielhaft an ihrer Darstellung des Jungen zeigen, den sie zum Interviewzeitpunkt als SOS-Pflegekind aufgenommen hat. "Ich meine (2) an dem (1) ist nichts gut (2) | und ich erlebe ihn ganz anders" (Zurbuchen Z262f.). Wenn man die Interpunktion nach dem "gut" und der Pause setzt, kann diese Aussage als eine starke Abwertung des Jugendlichen verstanden werden, den sie gerade als Pflegekind aufgenommen hat. An dem Jungen ist "nichts gut". Es gibt nichts an ihm, was gut wäre, alles ist schlecht. Es kann aber auch als eine Kritik gelesen werden, dass an ihm nichts gut gelassen wird, alles was er macht, wird als falsch oder schlecht taxiert. Der Junge kann strampeln und sich abrackern wie er will, an ihm wird kein gutes Haar gelassen. Mit der Aussage, dass sie ihn aber ganz anders erlebe, wird eine andere Realität eingeführt. Ein veränderter Kontext ermöglicht ein anderes Verhalten oder eine veränderte Bewertung des Verhaltens des Pflegekindes. Es geht nicht darum, eine Veränderung des Pflegekindes über erzieherische Maßnahmen zu erwirken, sondern vielmehr einen Rahmen zu bieten, in dem die Kinder und Jugendlichen andere Erfahrungen machen dürfen.

Ihre Tätigkeit als Pflegemutter ist innerhalb dieses zur Verfügung gestellten Möglichkeitsraum auch mit der Hoffnung verbunden, dass sich die Pflegekinder an sie zurückerinnern werden, dass sie den Aufenthalt in ihrer Familie als ein gutes Erlebnis in Erinnerung behalten werden.

"Aber ich (3) ich hab einfach immer irgendwo auch die Hoffnung, dass die Kinder irgendwann einmal zurück erinnern werden oder (2) so (3) au weisst du (.) dort (.) dort ist es doch noch eine (2) die haben mir (.) das war doch noch ein gutes Erlebnis" (Zurbuchen Z489-491).

Sie ist davon überzeugt, dass die Erfahrung in ihrer Familie für die Pflegekinder "gut sein muss"; es ist gut für den Weg und die Geschichte des Kindes. Es handelt sich bei den SOS-Platzierungen meistens um Kriseninterventionen, die auf Notsituationen reagieren und als Überbrückung zu verstehen sind, bis sich eine Anschlusslösung für das betroffene Kind abzeichnet. Die Pflegemutter ist sich der entlastenden Funktion durchaus bewusst, die sie in diesem Zusammenhang wahrnimmt.

"Und da (.) da seh ich mich einfach, dass ich die Infrastruktur biete, dass ich äh (.) ja, natürlich meine Zeit und meine Energie und so (.) aber ich nehme mich da eher zurück (2) so meine Person ist da nicht so // ja // ich will es auch nicht Personenabhängig machen oder (1) dass sie findet äh (3) sie müssen nachher weiter leben (.) sie müssen nachher ohne mich weiterleben (3) oder ohne uns (4) / ja" (Zurbuchen Z520-526).

Sie scheint einen schützenden Rahmen für die Pflegekinder anzubieten, entlastet damit andere Systeme wie beispielsweise die Herkunftsfamilie oder auch die Behörden, welche in der Krisensituation nach einer Lösung suchen. Gleichzeitig ist sie aber drauf bedacht, keine allzu große Abhängigkeit von ihrer Person aufzubauen. Das "Da-Sein" im Sinne einer physischen Präsenz für die Kinder und Jugendlichen stellt sie als einen Möglichkeitsraum guter Erfahrungen dar.¹⁴³ Sie lässt sich hierzu nicht in eine bestimmte Rolle drängen:

"Ich denke, ich bin einfach (3) da für sie (2) / ja (4) / Freundin kann man in dem Sinne auch nicht wirklich (1) irgendwo sagen oder (5) ich denke, wir sind einfach die Familie (1) es hat (1) nicht einmal wahnsinnig viel mit mir zu tun, aber es ist einfach (3) das ist einfach (2) bei dieser Familie bin ich jetzt einfach // mhm // (5) weiß es nicht" (Zurbuchen Z395-402).

Hierzu fällt auf, dass die eigene Familie aus der Erzählung weitgehend ausgeklammert wird und eigentlich nur an den Stellen kurz eingeführt wird, an denen es um die Entscheidungsfindung zur Aufnahme eines Pflegekindes geht. Indem die Familie zur Privatsache erklärt wird, werden auch die Kinder und Jugendlichen geschützt. Die Familie wird nur da gegenüber den Behörden eingeführt, wenn das Private im Handeln mit den Pflegekindern durchdrückt. Dies zeigt sich beispielsweise in einem "Ausrasten" des Pflegevaters gegenüber einem Pflegekind. Der Vorfall wird nicht genauer beschrieben, die Pflegemutter informiert in diesem Fall die Behörde, um das Handeln abzusichern. Die Familie wird diesbezüglich öffentlich gemacht, allerdings bleibt das Private hinsichtlich der eigenen Kinder aufrechterhalten, was sich darin niederschlägt, dass diese auch im Interview kaum eine Rolle spielen. Eine Offenheit hinsichtlich der Pflegekinder setzt in diesem Fall eine Geschlossenheit bezüglich der eigenen Kinder voraus.

Gegenüber den anderen Pflegefamilien definiert die Pflegemutter Zurbuchen ihre Arbeit explizit als eine Dienstleistung und geht von einem vertraglich geregelten Anstellungsverhältnis aus. "Ich machs ja nicht wegen dem Geld oder oder (2) aber ich finde es ist eine Dienstleistung, die ich mache" (Zurbuchen Z767). Damit verbunden ist eine vertragsgemäße und pünktliche Bezahlung, die in ihrer Darstellung des Öfters zu spät erfolgt. Es wird in dieser Aussage allerdings auch deutlich, dass die Arbeit als Pflegemutter zwar als Dienstleistung verstanden werden kann, dass hingegen sogleich abgewehrt wird, dass der Lohn das ausschlaggebende Kriterium für die Arbeit ist.

¹⁴³ Sehr oft machen Kinder und Jugendliche in der stationären Kinder- und Jugendhilfe biographisch die Erfahrung fehlender Kontinuität sozialer Bezüge und ausbleibender Beziehungsstabilität. Inwiefern diese Problematik auch der Größe von Institutionen geschuldet ist, hat Klaus WOLF aufgezeigt (WOLF 2007). Die biographische Bedeutung von Heimkarrieren wurde eindrücklich von Matthias HAMBERGER dargestellt (HAMBERGER 2008). Die fehlende Stabilität und Kontinuität der sozialen Beziehungen im institutionellen Kontext ist vor dem Hintergrund der fehlenden Beziehungsstabilität im familiären Kontext zu betrachten.

In diesem Interview fällt die geringe Narrativität auf, es ist vielmehr geprägt durch viele Unterbrechungen und längere Pausen. Es kommen kaum längere Erzählungen oder Beschreibungen zustande, die Darstellung der Platzierung von Kindern in der Pflegefamilie bleibt weitgehend abstrakt. Diese Strukturierung durch die interviewte Person lässt sich auf der individuellen Ebene als ein Versuch zur bestmöglichen Kontrolle der Interviewsituation interpretieren. Gleichzeitig spiegelt sich darin auch das strukturelle Angebot von SOS-Pflegefamilien wider, die kurzfristig und entlang formal klarer Kriterien agieren. Die fehlende Narrativität anhand konkreter einzelner Geschichten von Pflegekindern hängt also auch mit der Situation zusammen, dass SOS-Platzierungen auf drei Monate angelegt und die Platzierungen stärker formalisiert sind. Die Form der Selbstdarstellung kann als eine Inszenierung von Professionalität als SOS-Pflegefamilie verstanden werden. Diese äußert sich beispielsweise in einer sehr abgeklärten und selbstverständlichen Darstellung der Vorgehensweise, wenn ein Pflegekind notfallmäßig platziert wird.

Anhand dieser Beschreibungen der Erfahrungen der Pflegefamilien und deren familienbiographischen Bezügen lassen sich unterschiedliche Themen hervorheben: Grundsätzlich fällt auf, dass in den sieben Interviews mit Pflegeeltern in vier Interviews die Pflegeväter involviert waren; zwei Interviews wurden mit Pflegevater und Pflegemutter, zwei nur mit dem Pflegevater und drei nur mit den Pflegemüttern durchgeführt. Das ist insofern auf den ersten Blick etwas erstaunlich, weil in der Debatte rund um Pflegefamilien des Öftern zwar von den Pflegeeltern gesprochen wird, die relevante Arbeit aber vor allem von den Müttern übernommen wird. Die Teilnahme der Pflegeväter an den Interviews bedeutet nicht unbedingt, dass sie auch die wesentliche Arbeit mit den Pflegekindern übernehmen. Vielmehr reproduziert sich hier die Gender-Thematik, dass die Männer das Öffentliche repräsentieren und die Frauen für das Private zuständig sind. Hinsichtlich der *Lebensverhältnisse und Wohnform* der Pflegefamilien fällt auf, dass die meisten der Pflegefamilien dörflich und ländlich in Einfamilien- oder bisweilen Reiheneinfamilienhäusern wohnen: Einzig die Familie Hartmeier wohnt in einer Stadt und auch als einzige Familie – zumindest zu Beginn der Pflegekinderplatzierung – in einer anderen Wohnform. Sie leben zu Beginn zu dritt mit einer anderen erwachsenen Person als Wohngemeinschaft. Die Pflegefamilien Martin, Zurbuchen, Brigitte, Müller, Bauer und Andermatt wohnen allesamt in ländlichen Gegenden, meistens in einem Einfamilienhaus mit Garten. Im Falle der Familie Müller handelt es sich um ein älteres Haus mit anliegendem Stall. Familie Brigitte wohnt in einem neu gebauten Reiheneinfamilienhaus im Parterre und entsprechend mit Garten und Sitzplatz. Es handelt sich also in sechs von sieben Pflegefamilien

um eine Lebensform, die sich am Ideal des ländlich gelegenen Eigenheims orientiert. Das Ideal der bürgerlichen Familie schlägt sich in der Organisation der Arbeitsteilung in den Pflegefamilien nieder. Im Falle der Familien Bauer und Brigitte handelt es sich um das Alleinernährermodell der familiären Arbeitsteilung, in dem eine der beiden erwachsenen Personen einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Bei den Familien Hartmeier und Andermatt herrscht das Verständnis der Doppelverdiener-Familie vor, wobei in der Familie Andermatt neben dem 14-jährigen Pflegekind keine weiteren Kinder im Haus wohnen. Bei der bürgerlichen Familie handelt es sich um ein bevorzugtes Familienmodell für Pflegefamilien, respektive es sind eher Familien, die sich an diesem Modell orientieren, die Pflegekinder aufnehmen. Bezogen auf die Fragestellung kann davon gesprochen werden, dass Privatheit im Falle bürgerlicher Familien stärker vorausgesetzt und legitimerweise vor den Eingriffen des Staates geschützt wird. Im Hinblick auf die Arbeitstätigkeit fällt auf, dass nur bei den beiden Familien Zurbuchen und Müller der Aspekt der Dienstleitung durch die Einkommen als SOS-Pflegefamilien stärker in den Vordergrund rückt. Der Pflegevater Hartmeier bringt den Aspekt der Entlohnung ebenfalls ein und verweist auf die gegenüber Heiminstitutionen schlechte Finanzierung von Pflegeplätzen. Bei der Beschreibung der konkreten Wohnverhältnisse der befragten Pflegefamilien handelt es sich um meine eigene Wahrnehmung, die ebenfalls von normativen Annahmen durchdrungen ist. So fällt es auf, dass ich selber als Forscher bei der Beschreibung der Wohnverhältnisse des Öftern auf die Sauberkeit der Räumlichkeiten hinweise. So greife ich auf eigene biografisch bedingte Verständnisse von familiärem Aufwachsen zurück, wie beispielsweise bei der Beschreibung der sauberen und aufgeräumten Wohnräume in der Pflegefamilie Brigitte. Oder aber die lebhaften Umstände in der Pflegefamilie Müller, die ich selber mit der Lebensform der Wohngemeinschaft assoziiere.

Es fällt im Weiteren auf, dass die Pflegefamilien meistens in gering institutionalisierten Formen beginnen, Pflegekinder aufzunehmen. Es ist zu vermuten, dass sie aus der aktuellen Sicht hinsichtlich der Aufnahme von Pflegekindern argumentieren, wenn auch die Hintergründe anders gelagert sind: So beispielsweise als Freundschaftsdienst (Martin, Bauer), als Tagespflege zur Unterstützung (Brigitte, Müller, Zurbuchen) oder auch Unterstützung im Notfall (Andermatt). Des Öftern erfolgt der Hinweis, dass die Aufnahme von Pflegekindern auf "privater Basis" beruhte, also ohne staatliche Institutionen vonstatten ging. Es fällt in den Interviews mit den Pflegeeltern auf, dass die genannten "Behörden" des Öftern ein Sammelbegriff für staatliche Institutionen und bisweilen auch für deren Willkür sind. Hierbei sind meistens die Beiständinnen und Beistände der Pflegekinder angesprochen, die an sich eine Unterstützungsaufgabe gegenüber den Pflegekindern wahrzunehmen haben. Das beinhaltet in erster Linie die Gewährung des

Kindesschutzes, indem die Lebensbedingungen in den Pflegefamilien zu überwachen sind. Der staatliche Anspruch an eine Kontrolle der Pflegefamilien während des Pflegeverhältnisses korrespondiert keinesfalls mit den realen Erfahrungen der Pflegefamilien: Kaum eine Pflegefamilie wird durch die staatlichen Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig besucht. Gemäß der Pflegekinderverordnung ist zum Zeitpunkt der Datenerhebung vorgesehen, dass "die Behörde [die Vormundschaftsbehörde, ts] eine geeignete Person bezeichnet, welche die Pflegefamilie sooft als nötig, jährlich aber wenigstens einmal besucht" (PAVO, Art. 10). Dieser Person obliegt rechtens die Verantwortung, die Befähigung der Pflegeeltern zur Betreuung der Pflegekinder fortwährend zu überprüfen. Die Erfahrungen der Pflegeeltern variieren zwischen ausbleibenden Besuchen von Beiständinnen und Beiständen in der Familie über Jahre hinweg (beispielsweise im Falle der Pflegefamilie Müller) und dem regelmäßigen Austausch im Falle der Pflegefamilie Zurbuchen. Bei der zweiten ist allerdings zu bedenken, dass es sich hierbei um SOS-Platzierungen handelt, die also kurzfristiger angelegt sind und vermutlich auch intensiver durch die platzierende Stelle begleitet werden. Auffallend ist allerdings eine übergreifende Haltung der Pflegeeltern gegenüber den Behörden, dass sie in ihren Entscheidungen wahrnehmbar und transparent sein sollten. Im Falle der Pflegemutter Zurbuchen besteht ein Verständnis dahingehend, dass die Behörden im konkreten Alltag ihrer Familie nicht involviert sind und entsprechend auch keinen Einfluss nehmen können. Vielmehr wird der Beistand kontaktiert, wenn es in der Pflegefamilie zu einer außeralltäglichen Problematik kommt, wie sich das beispielsweise im Falle des "Ausrasters" des Pflegevaters zeigte. Auch die Pflegemutter Bauer beschreibt die Situation, von den Behörden in der Betreuung des gehörbeeinträchtigten Pflegekindes keine Unterstützung zu erfahren und "es selber machen zu müssen". In der Aussage des Pflegevaters Martin, dass der Beistand "hinzustehen" habe, kommt die Erwartungshaltung der Pflegeeltern gegenüber den Behörden zum Ausdruck: Den Behörden kommt eine legitimierende Funktion des Pflegeverhältnisses zu. Die Legitimation des Pflegeverhältnisses beinhaltet in erster Linie die Rechtfertigung der Fremdplatzierung des Pflegekindes in der Pflegefamilie sowohl gegenüber den Eltern wie auch gegenüber weiteren staatlichen Instanzen.¹⁴⁴ Die Pflegeeltern sind besonders im Moment der Einschulung der Pflegekinder gezwungen, die Situation der Pflegekinder öffentlich zu machen. Dies wird am Beispiel der Familie Hartmeier und Bauer deutlich, wo den Pflegeeltern vermittelt wird, dass schulische

¹⁴⁴ Zum Begriff der Fremdbetreuung formuliert BRACHES-CHYREK eine interessante Anmerkung, die sich graduell auch auf den Begriff der Fremdplatzierung beziehen lässt: "Es wird mit diesem Begriff unterstellt, dass jede Person, die nicht die leibliche Mutter ist, für das Kind fremd ist" (BRACHES-CHYREK 2010, S. 75). Der Begriff des Fremden in diesem Zusammenhang wird damit auch nicht der Tatsache gerecht, dass die Mehrheit der Pflegeverhältnisse verwandtschaftlicher oder sozialräumlicher Art ist. Dies ist allerdings im vorliegenden Sampling nicht der Fall, hierbei handelt es sich nicht um verwandtschaftliche und es sind auch keine ersichtlichen Platzierungen von Pflegekindern im nahen sozialen Umfeld vorhanden.

Fragen zum Pflegekind "die Behörden und nicht die Pflegeeltern entscheiden". Der Schuleintritt stellt allerdings generell ein biografisch relevanter Moment dar, in welchem durch den Wechsel von der Familie zur Schule eine Form von Öffentlichkeit hergestellt wird.

Im vorliegenden Datenmaterial fällt auf, dass viele der geschilderten Pflegeverhältnisse rechtlich weitgehend unklar sind, respektive dass des Öftern seitens der Pflegefamilien nicht klar zu sein scheint, welche Rechte sie gegenüber dem Pflegekind haben und inwiefern eine längerfristige Planung des Pflegeverhältnisses vorliegt. So bleibt insbesondere ungeklärt, ob die Pflegekinder nach einer gewissen Zeit wieder in die eigene Familie zurückgehen können und was hierfür gegebenenfalls seitens der Behörden an Betreuungsleistungen beigesteuert wird.¹⁴⁵ Hierbei handelt es sich um ein zentrales Thema im Kontakt zwischen Sozialarbeitenden und Pflegeeltern, indem im Moment von Problemen in der Pflegefamilien seitens der Sozialarbeitenden rasch mit der Option der Umplatzierung des Pflegekindes argumentiert wird. Die Pflegeeltern nehmen das als Drohung wahr, ihnen das Pflegekind wegzunehmen. Dies zeigt sich sowohl bei der Pflegefamilie Martin, die durch die emotionale Bindung an die Pflegekinder aufgrund ihres Familienprojekts quasi erpressbar wird. Die Pflegemutter Müller beschreibt dieses Moment explizit, dass sie sich durch die Drohung der Umplatzierung des Pflegekindes nicht erpressbar machen darf.

6.2 Prozesse im Pflegekinderbereich aus Sicht der Sozialen Arbeit

Neben der Sichtweise auf die Pflegeeltern und deren Wahrnehmung und Erfahrung soll das folgende Kapitel die Perspektive der involvierten Akteure der Sozialen Arbeit auf den Pflegekinderbereich wiedergeben. Die Darstellung orientiert sich an den fachlich bedingten Prozessstufen im Falle einer Fremdplatzierung (vgl. auch Kap. 2.3.1): Erstens die Abklärung von Pflegefamilien (Kap. 6.2.1), zweitens die Organisation der Fremdplatzierung von Pflegekindern (Kap. 6.2.2), drittens die Begleitung und Aufsicht der Pflegeverhältnisse (Kap. 6.2.3) und viertens die Auflösung des Pflegeverhältnisses (Kap. 6.2.4). Es werden weder die Fachpersonen als Einzelpersonen noch die von ihnen vorgestellten Fälle in den Vordergrund gerückt, sondern vielmehr die Perspektiven auf die einzelnen Prozessstufen im Pflegekinderbereich in Bezug auf die hegemonialen Vorstellungen von Privatheit und Öffentlichkeit beleuchtet. Damit verbunden ist auch die Darstellung der normativen Vorstellungen über Familie, die sich im Kontext des professionellen Handelns im Pflegekinderbereich zeigen. So lassen sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen genauer erfassen, unter denen Pflegefamilien ausgewählt, begleitet und

¹⁴⁵ WOLF benennt die klare Perspektive und die Sicherheit über den Lebensmittelpunkt als wesentliche Faktoren für ein Gelingen einer Platzierung in einer Pflegefamilie und für eine gute Entwicklung des Pflegekindes (vgl. WOLF 2014).

auch bewertet werden. Es handelt sich bei den Akteuren wie eingangs eingeführt um die Sozialarbeitenden auf den Jugend- und Familienberatungsstellen und auf der Fachstelle, die Betreuerinnen der Pflegefamilien und die Sekretärin einer Vormundschaftsbehörde. Das nachfolgende Schema (siehe Abbildung 2) stellt den idealen Verlauf dar, wie er insbesondere seitens der Sozialarbeitenden begründet wird. Die anschließenden Ausführungen machen allerdings deutlich, dass in der konkreten Praxis maßgebliche Unterschiede gegenüber diesem idealen Prozessverlauf bestehen.

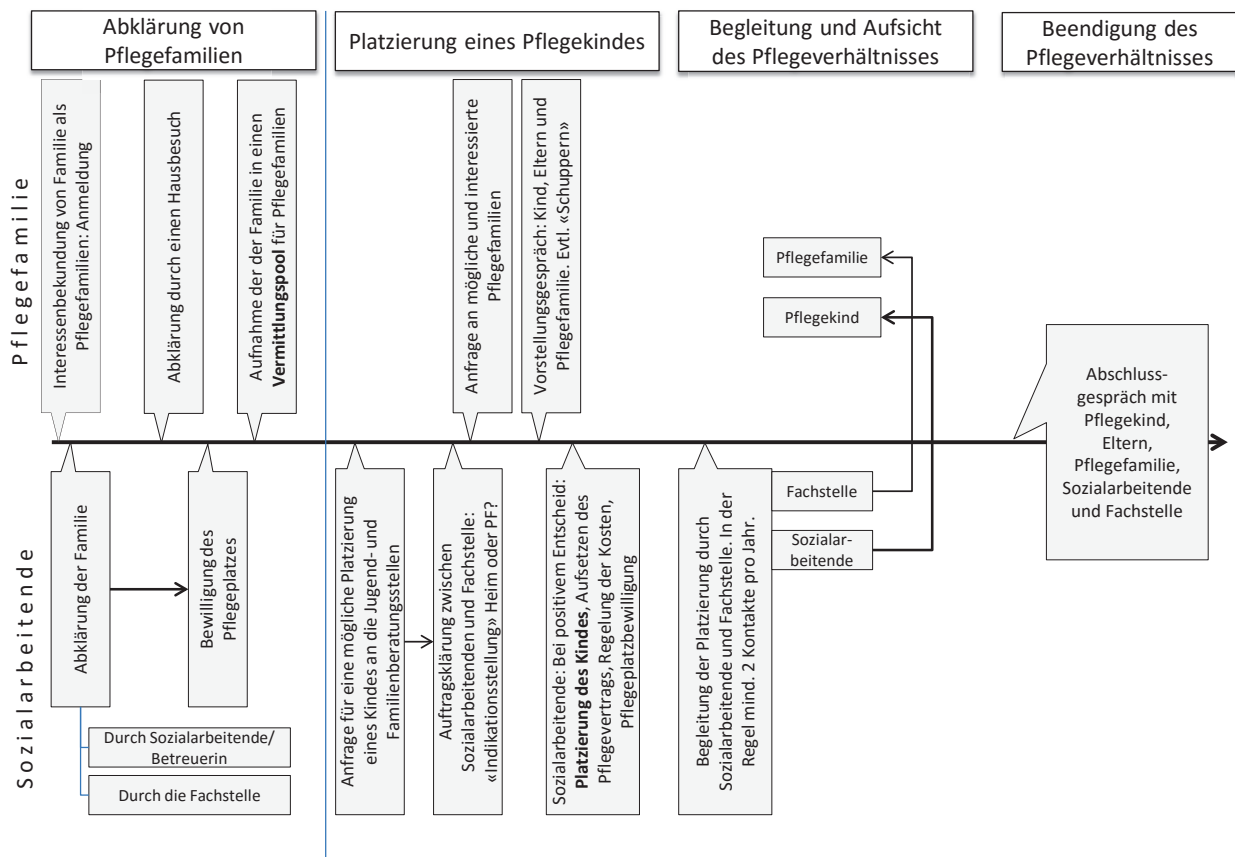


Abbildung 2: Ablauf einer Fremdplatzierung in einer Pflegefamilie

Die nachfolgende Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Akteure, die in einer bestimmten Weise im Pflegefamilienbereich involviert sind. Der zentrale Inhalt der Interviews wird wiedergegeben sowie die von ihnen jeweils dargestellten Fälle werden kurz beschrieben und anschließend in der Analyse in Auszügen wieder aufgegriffen. Die Darstellung dient in erster Linie einem Überblick über die Beschreibungen der ausgewählten Fälle von Fremdplatzierungen und über den fachlichen Umgang aus der jeweiligen Perspektive. Die Akteure werden im Folgenden hinsichtlich der konkreten Zusammenarbeit geordnet: Die Sozialarbeiterin Degen und der Sozialarbeiter Ammann arbeiten in der gleichen Jugend- und Familienberatungsstelle, an der auch die Fachstelle örtlich angesiedelt ist. Die Sozialarbeiterin Frieden arbeitet in einer anderen

Jugend- und Familienberatungsstelle und eng mit der Fachstelle zusammen. Die Sozialarbeiterin Bernard und die Betreuerin Bucher arbeiten in der gleichen Jugend- und Familienberatungsstelle und zum Interviewzeitpunkt eng zusammen. Der Sozialarbeiter Cotti und die Vormundschaftssekretärin arbeiten in der gleichen Gemeinde, verweisen in den Interviews aber nicht auf einander.

	Institutionelle Verortung	Interviewbeschreibung
Sozialarbeiterin Degen	<p>Mitarbeiterin einer Jugend- und Familienberatungsstelle, die eng mit der Fachstelle Pflegekinder zusammenarbeitet. Sie arbeitet am selben Ort, an dem auch die Fachstelle angesiedelt ist.</p> <p>-----</p> <p>Durch die Arbeit am gleichen Standort klären die Sozialarbeiterin und die Fachstelle die wechselseitigen Zuständigkeiten anhand der Bearbeitung konkreter Fälle. Sie spricht hierbei explizit von einem "Standortvorteil" (Z472).</p>	<p>Sie liefert Hinweise darauf, dass die <i>Abklärung</i> von Pflegeeltern mit der Fachstelle professionalisiert wird. Die Bezüge auf konkrete Fälle sind aktuell, entsprechend spielen die Betreuerinnen in der Darstellung keine Rolle.</p> <p>Schilderung einer Situation von häuslicher Gewalt, bei der die 17-jährige Tochter <i>in eine SOS-Pflegefamilie platziert</i> wird. Es handelt sich um eine "bedrohliche Fremdplatzierung" (Z141f.), wo die Sozialarbeiterin nach der Notfallunterbringung eine Weiterplatzierung außerhalb der Familie anstrebt. Dies gelingt letztlich nicht, das Mädchen geht zurück zur Familie.</p>
Sozialarbeiter Ammann	<p>Mitarbeiter einer Jugend- und Familienberatungsstelle, der vor der Installierung der Fachstelle die Abklärung der Pflegefamilien übernahm. Er arbeitet am gleichen Ort, an dem auch die Fachstelle angesiedelt ist.</p> <p>-----</p> <p>Vor der Einführung der Fachstelle hat der Sozialarbeiter Ammann die Verantwortung für den Pflegekinderbereich inne.</p>	<p>Die Ausführungen im Interview werden stark rationalisiert, der Sozialarbeiter Ammann schildert wenige konkrete Erfahrungen. Der Ablauf einer allfälligen Fremdplatzierung in eine Pflegefamilie entspricht etwa in abstrakter Form der oben dargestellten Idealform (siehe Abbildung 2). Die Fachstelle wird als passende Institution für die Professionalisierung des Pflegekinderbereichs dargestellt.</p> <p>Als konkrete Problematik werden nicht mehr tragfähige Familienverhältnisse, sowie psychische und Suchtprobleme beschrieben. In dieser Situation braucht es bisweilen eine Pflegefamilie als "Ersatzfamilie".</p>
Sozialarbeiterin Frieden	<p>Mitarbeiterin einer Jugend- und Familienberatungsstelle in einer kleineren Gemeinde.</p>	<p>Die Sozialarbeiterin Frieden schildert eine <i>SOS-Platzierung</i> zweier Kinder aufgrund einer Erkrankung der Mutter. Sie findet die Pflegefamilie über die Vermittlung der Fachstelle, kennt die Pflegefamilie aber bereits vorher. Die Pflegefamilie wohnt am gleichen Ort, die Sozialarbeiterin legt ein großes Gewicht auf die direkte und unkomplizierte Betreuung und Begleitung der Pflegefamilien.</p> <p>Die <i>Eignungsabklärung</i> von Pflegefamilien sollte aus Sicht der Sozialarbeiterin komplett der Fachstelle übergeben werden; vor allem im Hinblick auf die Aussonderung von Pflegefamilien.</p>
Sozialarbeiterin Bernard	<p>Mitarbeiterin einer Jugend- und Familienberatungsstelle, die eng mit der Betreuerin Bucher zusammenarbeitet.</p>	<p>Die Sozialarbeiterin Bernard schildert zwei konkrete Fälle von SOS-Platzierungen, in der erstens ein Jugendlicher für ein Time Out in eine SOS-Pflegefamilie platziert werden soll, da er seine Mutter geschlagen hat. Zweitens geht es um eine zweitägige Unterbringung eines Kindes aufgrund der Erschöpfung der Mutter.</p> <p>Zentraler Inhalt des Interviews ist die Kritik an der Bürokratie, die durch die Fachstelle eingeführt wird und den Abbau der konkreten lokalen Beziehungen zu den Pflegefamilien, insbesondere für die Platzierung in SOS-Pflegefamilien. Im Falle von Dauerplatzierungen ist der Zeitdruck für die Suche einer geeigneten Pflegefamilie geringer.</p>

Betreuerin Bucher	Sie arbeitet als "freiwillige Mitarbeiterin" auf einer Jugend- und Familienberatungsstelle. Sie ist seit 13 Jahren als Betreuerin im Pflegekinderbereich und mit der Sozialarbeiterin Bernard in der gleichen Gemeinde tätig.	Die Betreuerin schildert einerseits abstrakt den Ablauf von <i>Abklärungen</i> von Pflegefamilien und von SOS- und Dauerplatzierungen bei Pflegefamilien. Andererseits beschreibt sie den konkreten Ablauf, wie ein Geschwisterpaar bei einer Bauernfamilie platziert wird. Die Bauernfamilie wird anderen möglichen Pflegefamilien aufgrund des Naturbezugs und des dörflichen Rahmens vorgezogen. In Bezug auf die <i>Begleitung</i> der Pflegefamilien formuliert die Betreuerin das Vertrauen als Basis der Zusammenarbeit zwischen ihr als Betreuerin, den Sozialarbeitenden und den Pflegefamilien.
Sozialarbeiter Cotti	Mitarbeiter einer Jugend- und Familienberatungsstelle einer größeren Gemeinde.	Der Sozialarbeiter schildert den Fall einer SOS-Platzierung in einer Pflegefamilie für einen 14-jährigen Jugendlichen, dessen Mutter schwer erkrankt. Zum Zeitpunkt des Interviews geht die SOS-Platzierung des Jugendlichen zu Ende, die Pflegefamilie klärt selbständig mit der Mutter, ob der Jugendliche zu ihr zurückkehren kann. Die Platzierung erfolgt aufgrund des Zeitdrucks und mit der Begründung des Kindeswohls in der Pflegefamilie. Bei einem zweiten Fall (vor der Einführung der Fachstelle) geht es um ein kleines Mädchen, für welches der Sozialarbeiter selber eine Pflegefamilie für eine Dauerplatzierung sucht. Die Maßnahme basiert auf einer freiwilligen Beistandschaft für das Pflegekind. In einem dritten Fall platziert der Sozialarbeiter ein 14-jähriges Mädchen in einer Pflegefamilie, die er noch selber abklärt. Auch hierbei handelt es sich um eine Fall, der vor der Einführung der Fachstelle stattfand.
Vormundschaftssekretärin	Die Vormundschaftssekretärin arbeitet für die Vormundschaftsbehörde auf einer größeren Gemeinde und hat die Funktion, die Geschäfte für die Vormundschaftsbehörde so weit vorzubereiten. Bei der Vormundschaftssekretärin handelt es sich um eine juristisch ausgebildete Fachperson.	Die Vormundschaftssekretärin <i>überwacht</i> die Abklärungsverfahren von Pflegefamilien. Beim Aussprechen einer vormundschaftlichen Maßnahme folgt die Vormundschaftsbehörde der Empfehlung der Beiständin/des Beistandes. Die Umsetzung einer Platzierung obliegt dann wieder den Sozialarbeitenden oder dem Beistand/der Beiständin. Die Vormundschaftsbehörde gewährleistet das Anhörungsrecht der Eltern im Falle einer Maßnahme. Vor dem Hintergrund eines Falles, in welchem einer Frau mit einem Alkoholproblem beinahe eine Pflegeplatzbewilligung ausgesprochen wird, fordert die Vormundschaftssekretärin im Namen der Behörde eine vertiefte <i>Abklärung</i> und verstärkte Begleitung von Pflegefamilien: Hierzu gehören medizinische Tests, ein Test auf Suchtmittel, ein Leumundszeugnis und ein Hinweis auf eine allfällige Verschuldung der Pflegeeltern. In Bezug auf die <i>Begleitung</i> erhält die Vormundschaftsbehörde einen Bericht der Sozialarbeitenden zur Situation in den Pflegefamilien "und dann haben wir gewusst, doch (3) das geht gut" (Z224f.).

Sozialarbeiterin Eder	<p>Mitarbeiterin einer Jugend- und Familienberatungsstelle in einer kleineren Gemeinde. Die Sozialarbeiterin hat nicht direkt mit der Fachstelle zu tun.</p> <p>Sie arbeitet mit einer anderen Sozialarbeiterin auf der Jugend- und Familienberatungsstelle zusammen, die vor der Fachstelle für den Pflegekinderbereich zuständig war.</p>	<p>Die Sozialarbeiterin schildert eine Situation mit einer Pflegefamilie, in der sich ein Mädchen nach dem Tod der Mutter eine Pflegefamilie "sucht". In einem zweiten Beispiel handelt es sich um ein verwandtschaftliches Pflegeverhältnis. In einem dritten Beispiel sucht sie eine SOS-Pflegefamilie in ihrem eigenen Umfeld. Es handelt sich um aktuelle Fälle, bei denen der Fachstelle letztlich die entsprechenden Dokumente zugestellt werden. Die weitere konkrete Suche nach Pflegefamilien ergibt sich hier über eine private Familienplatzierungsorganisation. Außerdem nutzt sie die Kontakte einer erfahrenen Sozialarbeiterin, um Pflegefamilien zu finden. Die Sozialarbeiterin spricht sich explizit dafür aus, dass die <i>Begleitung</i> der Pflegefamilien bei der fallführenden Person vor Ort bleiben sollte.</p>
<p>Sozialarbeiterinnen der Fachstelle Pflegekinder</p> <p>Nachfolgend Fachstellenmitarbeiterinnen Riesen und Sanders genannt.¹⁴⁶</p>	<p>Die beiden Mitarbeiterinnen der Fachstelle sind auf regionaler Ebene angestellt.</p>	<p>Das Interview mit den beiden Mitarbeiterinnen ist stark durch die Evaluation geprägt und durch die Tatsache, dass die Fachstelle zum Interviewzeitpunkt noch wenige konkrete Vermittlung von Pflegefamilien vorgenommen hat. Großes Thema des Interviews ist die Indikation von SOS-Platzierungen und die damit verbundene Zusammenarbeit mit fallführenden Sozialarbeitenden.</p> <p>Hinsichtlich der <i>Abklärung</i> werden mehrere konkrete Erfahrungen mit Pflegefamilien erwähnt, insbesondere aber auch die Abklärung bestehender verwandtschaftlicher Pflegeverhältnisse, die noch legitimiert werden müssen.</p>
Betreuerin Frei	<p>Die Betreuerin Frei arbeitet mit einem Sozialarbeiter der Jugend- und Familienberatungsstelle zusammen, der sie begleitet. Dieser hat die Aufsicht über die Betreuerin. Mit der Einführung der Fachstelle wird diese Funktion von der Fachstelle übernommen.</p> <p>Die Betreuerin betreut in erster Linie Tagesfamilien, ist damit also im familienergänzenden und nicht im familienersetzenden Bereich tätig.</p>	<p>Die Anfragen von Familien zur Aufnahme von Tageskindern werden entgegengenommen, die Familien aber erst im konkreten Bedarf abgeklärt.</p> <p>Der Kontakt zwischen den beiden Familien wird hervorgehoben, als erwachsene Menschen können sie "miteinander kutschieren" (Z96).</p> <p>In einem konkreten Beispiel schildert die Betreuerin die Konflikte zwischen Tagesfamilie und Mutter, weil die Mutter aufgrund von Schulden den Beitrag nicht zahlen kann. Gleichzeitig ist sie gezwungen, das Kind abzugeben, um einer Arbeit nachgehen zu können. Das Thema der finanziellen Problematik wird nicht weiter bearbeitet, es endet in einem Akteneintrag bei der Fachstelle.</p>

Tabelle 3: Übersicht über die involvierten Akteure der Sozialen Arbeit

6.2.1 Eignungsabklärung von Pflegefamilien

Im konkreten Untersuchungsfeld zeigen sich unterschiedliche Formen, wie die Eignung von Pflegefamilien abgeklärt wird. Was die *Vorgehensweise* anbelangt, wird *erstens* seitens der

¹⁴⁶ Die beiden Mitarbeiterinnen der Fachstelle werden nicht gesondert vorgestellt. Es wurde ein Doppelinterview durchgeführt und der besseren Nachvollziehbarkeit halber wird bei der Darstellung von Datenmaterial aus diesem Interview nicht genauer unterschieden, es sei denn in der konkreten Interviewsequenz kommen beide Mitarbeiterinnen zur Sprache.

involvierten Personen ein sogenannter "Vermittlungspool" (eine Adresskartei) an Adressen von Eltern aufgebaut, die sich für die Aufnahme von Pflegekindern interessieren. Das übernehmen auf der einen Seite die Sozialarbeitenden oder die Betreuerinnen auf den jeweiligen Jugend- und Familienberatungsstellen und auf der anderen Seite die regional verankerte Fachstelle für Pflegekinder. Konkret wird von der Fachstelle geschildert, dass sich in dieser Adresskartei viele interessierte Eltern befinden, die aber noch nicht genauer abgeklärt wurden. *Zweitens* lässt sich die Beobachtung festhalten, dass erst im Hinblick auf die konkrete Bedarfslage einer Fremdplatzierung eine Pflegefamilie gesucht wird. Dies geschieht dann – so die Betreuerin Bucher – auch mal über ein Zeitungsinserat, über das konkrete Pflegefamilien gesucht werden. Es handelt sich in diesem Fall um eine pflegekindspezifische Abklärung einer geeigneten Pflegefamilie. Die Pflegefamilie wird also dahingehend abgeklärt, ob sie für das konkrete, zu platzierende Kind passt. Der Zeitfaktor spielt damit eine zentrale Rolle, respektive die von den fallführenden Sozialarbeitenden festgemachte Notwendigkeit, in vielen Fällen möglichst rasch eine passende Pflegefamilie finden zu müssen. Auch wenn es sich um Verwandtschaftspflege handelt, indem ein Kind von Verwandten betreut wird, werden konkrete Pflegeverhältnisse abgeklärt. Hierbei geht es des Öftern auch um die Legitimation bereits bestehender Pflegeverhältnisse, wenn also beispielsweise das Pflegekind bereits längere Zeit und ohne Kenntnis der Behörden bei Verwandten lebt.

Die im vorherigen Kapitel dargestellten Situationen der befragten Pflegeeltern geben allerdings Hinweise darauf, dass nur in wenigen Fällen konkrete Eignungsabklärungen durch professionelle Akteure der Kinder- und Jugendhilfe stattgefunden haben. Es sind unterschiedliche Akteure in die Eignungsabklärung von Pflegeeltern involviert, die ebenfalls unterschiedliche Kriterien anwenden. So haben zum Zeitpunkt der Datenerhebung drei Akteure mit der Eignungsabklärung von Pflegefamilien zu tun (vgl. Abbildung 2): Bei den *Betreuerinnen* handelt es sich um die nicht einschlägig pädagogisch ausgebildeten Personen, welche im Austausch mit den *Sozialarbeitenden* der Jugend- und Familienberatungsstellen Abklärungen vornehmen. Die *Fachstelle Pflegekinder* wird als eine dritte Instanz eingeführt, welche übergreifend über alle Gemeinden die Abklärungen von Pflegefamilien vornehmen soll. Gemäß einem offiziellen amtlichen Dokument zur "Vorabklärung und Beurteilung von Tages- und Pflegeplätzen" kann die Vorabklärung nach Interessenbekundung von Eltern durch die Sozialarbeitenden oder die Betreuerin durchgeführt werden. Es handelt sich um ein Gespräch von maximal 1,5 Stunden im Haus der Familie, in welchem folgende Themen angesprochen werden sollen: Die Wohnsituation wird daraufhin eingeschätzt, ob sie kindergerecht ist. Als kindergerecht wird die

Wohnsituation dann beurteilt, wenn sie "sauber und ordentlich – aber nicht steril" ist.¹⁴⁷ Kindergerechte Räume sollen freundlich, gemütlich und nicht überfüllt sein. Die Umgebung sollte ebenfalls kindgerecht und sicher sein. Zweitens werden Lebensgewohnheiten und der Tagesablauf angesprochen, hierbei wird in dem Dokument besonders die Regelmäßigkeit der Tätigkeiten hervorgehoben. Diese bezieht sich auf das Einnehmen von Mahlzeiten, das Wahrnehmen von Pausen und nicht weiter ausgeführten Beschäftigungen. Drittens werden Persönlichkeit, Vergangenheit und die familiäre Situation der zukünftigen Pflegeeltern thematisiert. Hierunter werden die berufliche Situation, der Erziehungsstil und – hierbei hervorgehoben – die Einstellung gegenüber bestrafenden Erziehungsmethoden, religiöse und weltanschauliche Haltung, Angaben zu den eigenen Kindern und die Unterstützung der Pflegeeltern durch das soziale Umfeld und den Verwandten angesprochen. Ein weiterer Fokus liegt viertens auf der Motivation der Eltern, ein Pflegekind aufnehmen zu wollen. Hierbei sollen auch Vorstellungen der Eltern abgefragt werden, wie sie sich das Zusammenleben mit einem Pflegekind in der Familie vorstellen, respektive wie ihre Einstellung gegenüber der Zusammenarbeit mit den Eltern des Pflegekinds und der Behörde aussieht.

Als explizite "Ausschlusskriterien" zur Aufnahme von Pflegekindern werden folgende genannt: Erstens nicht kindgerechte Erwartungen und Beweggründe der Pflegeeltern. Dabei wird einerseits erwähnt, dass die Pflegeeltern ihren Lebenssinn in der Aufnahme von Pflegekindern sehen, und andererseits darauf verwiesen, dass die Eltern nur einen einzelnen Grund für die Aufnahme von Pflegekindern nennen können. Hier wird ausdrücklich auf die finanzielle Entschädigung als Motivation verwiesen. Es ist also im Pflegekinderbereich grundlegend so angelegt, dass die Aufnahme von Pflegekindern nicht als Lohnarbeit gedacht wird. Weitere nicht anerkannte Erwartungen liegen darin, dass die Pflegekinder in der Wahrnehmung der möglichen Pflegeeltern bestimmte Rollen übernehmen müssen: So ist es beispielsweise nicht angemessen, dass das Pflegekind die Rolle eines Adoptivkindes übernimmt oder ein eigenes Kind ersetzt. Das gilt auch für die Erwartung an das Pflegekind, bei der Erziehung der eigenen Kinder zu helfen. Zweitens wird auf die Situation der Pflegefamilie verwiesen, so beispielsweise das Alter der Pflegeeltern, partnerschaftliche oder familiäre Probleme, instabile Familiensituation durch Wohnortswechsel, Berufswechsel, Erwerbslosigkeit oder Klinikaufenthalt. Hierbei werden allerdings nur die Kategorien aufgeführt, konkrete Ausführungen, wie diese Kategorien ausgefüllt werden, fehlen hingegen. Als Ausschlusskriterium gilt die Krankheit oder Invalidität eines oder mehrerer Familienmitglieder. Problematisiert werden auch die Abgeschlossenheit der

¹⁴⁷ Diese Aussage findet sich im oben genannten amtlichen Dokument zur "Vorabklärung und Beurteilung von Tages- und Pflegeplätzen".

Familie in der Nachbarschaft und in der Gemeinde, wie auch "fundamentalistische, fanatische Einstellungen religiöser, politischer oder anderer Art". Drittens werden zu enge Erziehungsvorstellungen und die Akzeptanz von Körperstrafen als Ausschlusskriterien aufgeführt. Als ungeeignet werden Pflegeeltern viertens eingeschätzt, wenn sie explizit keinen Kontakt zu den leiblichen Eltern des Pflegekindes wünschen.¹⁴⁸

Wie wird das Vorgehen seitens der drei genannten Akteure hinsichtlich ihrer Alltagspraxis konkret begründet? Die Kriterien finden sich bei der *Betreuerin Bucher* wieder, wenn sie ihre Vorgehensweise bei der Abklärung der Pflegeeltern darstellt:

"Dann machen wir eine Vorabklärung, in der Regel hab ich das gemacht, je nach Fall, dass ich mal hin gegangen bin und wir befragen die Leute (.) also wir schauen, ob die Rahmenbedingungen (.) äh da sind, also man fragt vieles nach (.) ja äh Erziehungsstil ist wichtig (2) und ähm ja was die Familie macht, wie die Familiensituation ist, ist sehr wichtig, ist auch ist der Ehemann einverstanden wenn vorhanden oder dass er ähm und sind die anderen Kinder, wenns größere Kinder sind, die (2) ähm wie soll ich sagen sind die ja auch (.) äh tragen die das mit, sind die auch einverstanden, sind sie informiert und ähm (.) also viele Sachen werden angesprochen, auch die Aktivitäten der Familie, was sie machen ihre Hobbys pflegen und (2) ja-a und äh wie sie ja wie de- was ihre Motivation ist, ist wichtig die Motivation um ein Pflegekind aufzunehmen. Viele sagen, sie haben schon eigene Erfahrungen, also sie haben schon Kinder betreut oder auch noch oft ist mir vorgekommen, dass sie selber in ihrer Familie Pflegekinder gehabt haben und das als gute Erfahrung erlebt haben oder auch äh (2) dass sie selber ein Pflegekind gewesen waren, das gibt's auch ja ja (.) und wir sprechen die Sachen an, eben der Erziehungsstil ist mir noch wichtig und wir sagen deutlich und klar, dass körperliche Strafen nicht erlaubt sind das ist wichtig, vielfach sind sie ein bisschen erstaunt, weil sie finden, so ein Klaps sei ja nicht so schlimm oder und da ist es ja immer so ein bisschen heikel weil wo /Mhm (2) ja / ist die Grenze oder (.)" (Betreuerin Bucher, Z11-36).

¹⁴⁸ Ab November 2015 ist ein neues Dokument online erhältlich, welches einen bedeutend kürzer gehaltenen Katalog an Kriterien aufführt (http://www.ajb.zh.ch/internet/bildungsdirektion/ajb/de/kinder_jugendhilfe/pflegefamilien/formulare.html [zuletzt besucht: 1.10.2016]): Der Katalog enthält unter dem Titel "Was Sie sich fragen, wenn Sie ein Kind in Pflege nehmen möchten" konkrete Themen und jeweils dazugehörige, tendenziös formulierte Fragen: *Motivation*: Weshalb möchten wir ein Pflegekind aufnehmen? *Familien- und Wohnsituation*: Sind alle Mitglieder unserer Familie mit der Aufnahme eines Pflegekindes einverstanden? Sind alle in unserem Haushalt lebenden Personen mit der Aufnahme eines Pflegekindes einverstanden? *Zeit*: Haben wir genügend Zeit, uns ausreichend um das Pflegekind zu kümmern? *Stabilität und Flexibilität*: Sind wir gesund und belastbar? Können wir uns leicht auf neue Situationen einstellen? *Lebenshaltung*: Haben wir eine positive Lebenseinstellung? *Konfliktfähigkeit*: Sind wir als Familie und als Pflegeeltern bereit und in der Lage, Konflikte miteinander zu besprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen? *Offenheit*: Sind wir anderen Menschen und anderen Meinungen gegenüber aufgeschlossen? *Toleranz*: Wie gehen wir mit anderen Kulturen, Religionen, Sitten und Gewohnheiten um? *Zusammenarbeit*: Sind wir bereit, mit Behörden und Fachpersonen zusammen zu arbeiten (z.B. anlässlich von Aufsichtsbesuchen)?

ZATTI verweist in ihrem Expertenbericht (2005) auf einen Leitfaden, der bei der Pflegekinderaktion Schweiz erhältlich ist und von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Fachpersonen aus dem Pflegekinderbereich, entwickelt wurde. Er umfasst die folgenden Bereiche: "Persönliche Voraussetzungen (Motivation und aktuelle Lebenssituation), Biografie (Bereitschaft zur Reflexion über Verlauf der eigenen Kindheit, Krisenbewältigung in der eigenen Herkunftsfamilie etc.), Erzieherische Kompetenzen und Erfahrung, Beziehungs- und Bindungsfähigkeit (gegenüber dem Kind und den Herkunftseltern), Kooperationsfähigkeit im Rahmen des Pflegeverhältnisses (Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Behörden, Fachpersonen etc.), Formale Voraussetzungen (ausreichender Wohnraum, gesicherte finanzielle Verhältnisse etc.)" (ZATTI 2005, S. 44).

Zu den familiären "Rahmenbedingungen" gehören der Erziehungsstil und die Tatsache, dass die Aufnahme von Pflegekindern von allen unterstützt wird. Es irritiert an dieser Stelle im ersten Moment, dass das Einverständnis des Ehemannes als nicht selbstverständlich angenommen wird. Diese Irritation basiert allerdings maßgeblich auf der Annahme, dass die Tätigkeit als Pflegefamilie nicht von einer Person alleine übernommen werden kann, sondern auf der gesamten Familie und insbesondere dem Elternpaar basiert. Interessanterweise wird in den meisten untersuchten Pflegefamilien die Betreuung des Pflegekindes allerdings von einem Elternteil, in den meisten Fällen von der Pflegemutter geleistet. Damit bleibt bei diesen Schilderungen des Abklärungsprozesses offen, ob eine Pflegefamilie eine Bewilligung auch dann erhielte, wenn die Pflegemutter die Betreuung ohne größere Unterstützung des Mannes leisten würde. In dieser Vagheit der Argumentation seitens der Betreuerin besteht auf der einen Seite ein freiheitliches Moment, indem der Pflegefamilie überlassen wird, wie sie die Betreuung des Pflegekindes organisieren. Auf der anderen Seite rückt damit aber auch das Bild der intakten Familie in den Vordergrund, die gemeinsam über die Aufnahme eines Pflegekindes entscheidet. Dass es sich bei der Betreuung des Pflegekindes um einen "Job" der Pflegemutter handeln könnte, wird nicht angesprochen. Vielmehr bleiben die Überlegungen zur Motivation der Pflegeeltern weitgehend beschreibend: Die Erfahrungserfahrungen der Eltern mit eigenen Kindern wie auch die Erfahrungen mit Pflegekindern in der eigenen Familie werden als Motive aufgeführt. Ebenfalls wird nicht genauer darauf eingegangen, wie mit der Tatsache umgegangen wird, wenn interessierte Eltern selber Erfahrungen als Pflegekinder gemacht haben. Die Biografie der Eltern spielt keine größere Rolle in dieser Abklärung. Einzig eine klare Stellungnahme erfolgt hinsichtlich des körperlichen Strafens als Erziehungsstil, was "deutlich und klar" abgelehnt wird. Allerdings wird auch das relativiert, indem die Betreuerin darauf verweist, dass es "heikel sei, wo die Grenze liege".

Hierbei handelt es sich um die Darstellung der Vorgehensweise bei der Eignungsabklärung von Pflegefamilien durch die Betreuerin Bucher. Die zentrale Frage richtet sich nun dahin, wie letztlich die *Entscheidung* gefällt wird, ob es sich um eine geeignete Familie handelt. Dies geschieht kaum entlang bestimmter Verfahren. Interessanterweise macht auch das vorgängig diskutierte kantonale Dokument zur "Vorabklärung und Beurteilung von Tages- und Pflegeplätzen" Hinweise darauf, dass die Kriterien keine "Checkliste" zur Eignungsprüfung darstellen, sondern vielmehr als "Warnsignale" interpretiert werden können: "Kann sich der bzw. die Beurteilende kein eindeutiges Bild machen, bleiben also Unsicherheiten und ein 'ungutes Gefühl' zurück, können die nachstehenden Ausschlusskriterien zur Urteilsbildung und Entscheidungsfindung dienen. Sie machen aufmerksam auf kritische Tatbestände, können als

‘Warnsignal‘ gedeutet werden [...]“ (“Vorabklärung und Beurteilung von Tages- und Pflegeplätzen“, S. 4). Als "Warnsignale" geben die erwähnten Themen Hinweise auf kritische Tatbestände, bei denen eine nicht klarer definierbare Unsicherheit bleibt. Das "ungute Gefühl" wird gewissermaßen über diese vermeintlich klar fassbaren Kriterien versucht zu objektivieren, faktisch bleibt aber letztlich das "Bauchgefühl" die zentrale Referenz bei der Entscheidungsfindung. Diese basiert in der Schilderung der Betreuerin Bucher maßgeblich auf der eigenen *Intuition*: "Wir [sie als die Betreuerin und die fallführende Sozialarbeiterin, ts] sind da hingegangen und haben das Gefühl gehabt, doch [hends Gfühl gha, moll]" (Betreuerin Bucher, Z127f.). Die Intuition stützt sich auf die eigene Wahrnehmung der anderen Person, respektive auf das, was sich als "der erste Eindruck" fassen ließe:

"Dann sind wir zu einer Bau- Bau-, zuletzt haben wir eine Bauernfamilie besucht, wo du schon, wo sie uns am Bahnhof abgeholt haben, hab gedacht, das könnte es noch sein, auf sie zu, sie ist so natürlich, so robust, wie soll ich sagen (3) ähm natür-" (Betreuerin Bucher, Z121-125).

Die Betreuerin schildert das Bild einer Bauersfrau, die auf sie einen offenen Eindruck macht, indem sie die beiden Besucher am Bahnhof abholt. Diese Offenheit steht im Kontrast zur Darstellung der vorgängig abgeklärten Familien, die als zu "gediegen" und zu "gepflegt" beschrieben werden. Dem gegenüber wird das Bild der "natürlichen, robusten Mutter" konstruiert, die als Kontrastfolie aufgebaut wird. Dazu passt die Ergänzung, dass sie selber vier erwachsene Kinder hat, von denen noch eines zu Hause wohnt. "Sie will, hat hat das Gefühl gehabt, sie will nochmal die Aufgabe auf sich nehmen" (Betreuerin Bucher, Z126f.) und ein weiteres Kind aufziehen. Das Bild von "Mütterlichkeit" wird sodann über die Rahmenbedingungen und die Wohnsituation weiter konkretisiert. Einerseits sollten die Pflegefamilien über ausreichend Wohnraum für ein zusätzliches Kind verfügen und andererseits wird dem Leben in der Natur ein großes Gewicht beigemessen. Das gilt auch für die Orientierung an der Gemeinschaft im Dorf: "wir fanden einfach, es ist einfach dort äh es ist in einem kleinen Dorf (2) wo so einfach so Dorfgemeinschaft spielt" (ebd. Z132-134). Die Kinder werden nach der Betreuerin in einem ländlichen und dörflichen Milieu schneller aufgenommen. Das ländliche Milieu wird so gerechtfertigt, dass es den Bedürfnissen des Jungen besser gerecht wird:

"Vor allem dieser Bauernhof und für den Bub ist es so, eben wir haben ihn nicht so in einer perfekten Wohnung gesehen, er kann sich da [auf dem Bauernhof, ts] abreagieren. Wo ich ihn das erste Mal besucht habe, haben sie ein Loch ausgegraben, eine Grube, und ist in einem Overall dort gewesen, drin in den Stiefeln @ist herrlich oder ja@" (Betreuerin Bucher, Z138-142).

Die Einschätzung der Betreuerin beruft sich auf die Annahme, dass eine "perfekt" ausgestattete Wohnung für das konkrete Pflegekind nicht geeignet ist, hingegen ein Bauernhof den Raum bietet, wo sich ein Kind abreagieren kann. Dieses Abreagieren wird mit körperlicher Tätigkeit verbunden, das Kind ist notabene beim nächsten Besuch in Arbeitskleidung auf dem Hof am arbeiten. Es scheint allerdings kein Bewusstsein darüber vorhanden zu sein, dass dieses Bild des arbeitenden Kindes Assoziationen mit der Situation von Verdingkindern weckt, die bis in die 1970er-Jahre auf Bauernhöfen teilweise als Arbeitskräfte verwendet und ausgebeutet wurden. Das Arbeiten auf dem Bauernhof wird gleichsam als pädagogische Maßnahme begründet:

"Eben und die Pflegemutter sagt, wenn er, äh, wenns nicht geht, wenn sie an die Grenzen kommen, weil er provoziert schon stark, dann schickt sie ihn raus, dann kann er Steine auflesen gehen, er er hat Holz spalten gelernt und jeder hat ein Tier, er hat ein Kalb [es Chälbli], das sein Kalb ist, das nicht zum Metzger geht und äh eben ums Haus rum hat es ganz viele Tiere, es hat Pferde und sie dürfen reiten und sie sie dürfen, sie haben Ziegen und mit diesen Ziegen geht man durchs ganze Dorf spazieren, es ist richtig, es ist gut für die Kinder, sehr gut" (Betreuerin Bucher, Z144-152).

Auf der einen Seite dient die körperliche Arbeit (Steine auflesen, Holz spalten) der Entlastung der Situation in der Pflegefamilie, auf der anderen Seite wird die Betreuung eines Tieres (Kalb) als Maßnahme dargestellt, dessen Ziel allerdings nicht genauer definiert wird. Zu vermuten ist, dass es sich dabei um den Versuch handelt, dem Kind einen stabilen Beziehungsaufbau über den Kontakt zu einem Tier zu ermöglichen. Es handelt sich quasi um das vermittelnde Dritte, das "tertium comparationis", welches als pädagogisches Mittel zum Beziehungsaufbau mit den Pflegeeltern dient. Für die Betreuerin scheint allerdings alleine die Anwesenheit der Tiere ausschlaggebend dafür zu sein, dass es für die Pflegekinder ein gutes Milieu des Aufwachsens darstellt. Pferdereiten hat auf der einen Seite den Charakter eines Hobbys, das Spazieren mit den Ziegen im Dorf suggeriert auf der anderen Seite eine urtümliche Naturhaftigkeit und eine öffentliche Präsenz in der Dorfgemeinschaft. In diesem Verständnis des idealen Aufwachsens von Pflegekindern zeigt sich ein klassisches Motiv der Pädagogik, die Natur als die eigentliche positive Erzieherin, die Kultur als die negative und gleichsam entfremdende Erzieherin zu interpretieren (vgl. die negative Erziehung bei ROUSSEAU 1998). Natur als positive Erzieherin wird in der vorliegenden Argumentation "verweiblicht" und mit der "natürlichen Mutter" verknüpft. Hierin spiegelt sich der von FLESSNER herausgearbeitete Begriff der "Mütterlichkeit" wider, welcher Fürsorge und Empathie als naturwüchsig den Müttern zugeordnete Fähigkeiten interpretiert.

Die Naturhaftigkeit und die räumliche Größe des Hauses der Pflegefamilie kontrastiert mit der Lebenssituation der leiblichen Mutter in diesem konkret dargestellten Fall:

"Sie hat eine Einzimmerwohnung und dann sind alle drei [die Mutter und die beiden Kinder] drin am Wochenende. Das find ich nicht gut, aber- und sie ist eine, die nicht viel unternimmt, da wird wieder Fern gekuckt und das ist wieder schwierig natü- das ist die Schwierigkeit am Montag Morgen, dann sind sie unausgeschlafen und (.) die Probleme sind da (3)" (Betreuerin Bucher, Z208-212).

Es handelt sich dabei um das klisierte Bild einer Unterschichtfamilie, die auf engstem Raum lebt und die freie Zeit vor dem Fernseher verbringt. Die fehlende Aktivität der Mutter wird kritisiert, ohne deren Lebenssituation genauer zu beschreiben.¹⁴⁹ Auch hierin zeigt sich das oben genannte klassische Motiv zwischen Natur und Kultur: Die Pflegefamilie wird mit dem Bezug zu den Tieren und den landwirtschaftlichen Tätigkeiten als positiver, natürlicher und den Kindern angemessener Erziehungsraum konstruiert, während das Leben in einer kleinen – vermutlich eher städtischen – Wohnung als problematischer und entsprechend negativer Erziehungsraum dargestellt wird.

Die Abklärungen von Pflegefamilien sind von *normativen Annahmen über Familien* durchdrungen, die sich auch in der Schilderung eines Pflegeplatzes durch die *Betreuerin Frei* zeigen. Es handelt sich dabei an sich um eine Tagesbetreuung, die von der Mutter selber vorgeschlagen wird. Hieran zeigt sich aber insbesondere auch ein strukturelles Element staatlicher Eingriffe in Familien:

"Sie [die Familie, die eine Tagesbetreuung sucht] hätten jetzt jemand anders gefunden (5) und sie:: (4) ja ich solle grad so einen Vertrag [Pflegevertrag zwischen Eltern und Pflegeeltern] nochmal schicken sie m- (.) oder sie machen grad dann noch einen Vertrag @ da musste ich sagen, halt stopp oder @ ich muss ja den Platz (2) müsste man noch anschauen (4) und dann (3) ist das dort weiter gegangen ist dann ein Platz gewesen, den ich eigentlich nicht empfehlen konnte (2) es ist ein sehr junges Mädchen (.) also achtzehnjähriges Mädchen gewesen (2) musste ich sagen, gut (.) von dem Mädchen hatte ich einen sehr guten Eindruck gehabt (1) die (2) hätte das sicher sehr gut gemacht mit dem Kind, aber das Mädchen hatte noch keine Ausbildung noch nichts (1) hat ähm (1) eine Lehre abgebrochen (3) hab ich sagen müssen (3) eigentlich sollte man einen Platz auf Dauer suchen für das Kind // mhm // oder (2) so wie die Familiensituation ist (2) // ja // dass die Mutter eigentlich noch über längere Jahre denke ich (1) berufstätig und und (3) braucht es einen Platz für das Kind (2) und wie lange kann so eine junge Frau das machen und auf eine Ausbildung verzichten (2) und ist noch in einer Beziehung mit einem noch verheirateten Mann (1) und zieht nächstens zu dem (.) mit dem zusammen in eine Wohnung und in was rein wird das Kind gezogen oder (2) also das ist dann also (3) noch schwierig gewesen also in dem Fall (.) ist denn so gewesen ich hab dann auch einen Bericht geschrieben über (2) über die Abklärung von dem Platz (2) dass ich (1) den Platz aus denen und denen Gründen äh (1) Frage habe (3) dass also dass schon ein bisschen (2) fragwürdig finde (2) eigentlich (2) von (.) von dieser jungen Frau selber an und für sich hab ich das Gefühl gehabt, die würde das schon gut machen (1) aber (2) ob jetzt das gescheit sei oder (2) ist natürlich dann die Mutter mir äh, fast durchs Telefon (.) angesprungen (.) oder (3) was ich jetzt wieder da verhindern wolle und (.) da ginge es dem Kind gut (.) hab es ihr dann auch versucht zu erklären (.) ich hätte schon auch den Eindruck gehabt, es ginge ihr dort gut eigentlich (2) mir ginge es mehr darum, dass man ein bisschen auf länger denkt" (Betreuerin Frei, Z164-195).

¹⁴⁹ Diese Problematik bei der Eignungsabklärung wird im Kapitel 6.4.2 genauer unter dem Aspekt der Absicherung als hegemoniale Praxis diskutiert.

Die Mutter sucht selbständig nach einer alternativen Tagesbetreuung und findet ein 18-jähriges Mädchen, die die Betreuung des Kindes übernehmen würde. Die genaue Form der Abklärung wird nicht beschrieben, jedoch bringt die Pflegekinderbetreuerin Gründe ein, die gegen die Bewilligung dieses Pflegeplatzes sprechen. Als Hauptargument wird eingeführt, dass die Tagesbetreuung durch die junge Frau zu kurzfristig angelegt ist. Das Wohl des Kindes kann argumentativ nur einseitig seitens der Betreuerin eingeführt werden, das Argument der Mutter, dass es dem Kind bei der jungen Frau gut geht, wird nicht gelten gelassen. Es kommt zu einer Vermischung der jeweiligen Situationen, indem die Lebenssituation der jungen Frau (Lehrstelle abgebrochen, Beziehung zu einem verheirateten Mann) als ungeeignet für die Entwicklung des Kindes betrachtet wird. Die Betreuerin hat in erster Linie darauf zu achten, dass es dem Kind gut geht, während die Situation der jungen Frau nicht im Vordergrund steht. Vor diesem Hintergrund würde einer Bewilligung dieses Betreuungsverhältnisses an sich nichts entgegensprechen. Vielmehr kommt es zu einer moralischen Abwertung dieser jungen Frau, dass sie die Berufsausbildung nicht auf die Reihe kriegt und mit einem verheirateten Mann zusammenwohnen möchte.

"Wir haben dann äh (3) also ich hab dann das auch mit der Frau X. von der Fachstelle so besprochen (.) und hab ihr den Bericht geschickt (2) hab (3) wir fanden, man müsste das der Jugend- und Familienberatung geben (.) weil das Kind hat dort eine Beiständin (2) damit die das auch beurteilt (1) also dass man einfach mal mit dieser Familie zusammen ein bisschen @umfassender@ schaut (1) was es braucht (1) die sind jetzt auch noch grad umgezogen in eine andere Gemeinde, also das ist alles so ein bisschen komplex gewesen @oder@ (.) ähm (2) dass man da schaut (.) weil auch die (1) die junge Frau wo (1) wo jetzt das Kind da betreut (1) hat (.) in dem Moment (1) die ist auch (1) äh bekannt gewesen auf der Jugend- und Familienberatungsstelle aus ihrer Familiensituation her" (Betreuerin Frei, Z195-202)

Die Abklärung durch die Betreuerin wird sodann an die Fachstelle und letztlich an die Sozialarbeiter auf der Jugend- und Familienberatungsstelle mit dem Bestreben weitergereicht, die Situation der Familie umfassender anzuschauen. In der Darstellung wird deutlich, dass die Mutter in dem Moment umzieht, wo die Betreuung durch die involvierten Professionellen umfassender werden, also alle Lebensbereiche über einen längeren Zeitraum hinweg tangieren soll. Es ist auch die Interpretation möglich, dass die Familie den Wohnort aus ganz anderen Gründen wechselt, ohne sich der staatlichen Kontrolle entziehen zu wollen. Ob möglicherweise tatsächlich eine Gefährdung des Kindes in der beschriebenen Situation vorliegt, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht abschließend klären. Dies ist auch nicht Ziel dieser Analyse, sondern es geht darum, die sich in der Darstellung abbildenden hegemonialen Muster herauszuarbeiten. Der Hinweis auf die Komplexität des "umfassenden Anschauens" dieser Familie verweist auf ein Strukturproblem, das sich in der Tat des Öfters durch den Wechsel des

Wohnorts ergibt. Durch den Umzug in eine andere Gemeinde wird auch ein Wechsel der Zuständigkeiten notwendig, die Mutter kann sich damit dem Zugriff der Behörden entziehen und Widerstand gegen die staatliche Kontrolle leisten. Aufgrund der Gemeindeautonomie in der Schweiz ist die jeweilige Gemeinde, wo die Bürgerinnen und Bürger wohnen, für die soziale Unterstützung und Kinderschutzmaßnahmen zuständig. Dies wird von professioneller Seite insbesondere in Bezug auf den Kinderschutz kritisiert, weil sich Eltern, die der Kindeswohlgefährdung verdächtigt werden, durch den Umzug in eine andere Gemeinde der Kontrolle entziehen können.¹⁵⁰ Hierin bildet sich ein grundlegendes Strukturmoment der staatlichen Kontrolle von Familien in einem liberalen und gleichzeitig föderalistischen Staatsverständnis ab: Grundsätzlich gilt gemäß der schweizerischen Bundesverfassung der Schutz des Privaten (BV Art. 13) und damit auch das Recht auf den Wechsel des Wohnsitzes. Auch haben die Eltern das Recht auf die Obhut ihrer Kinder und damit auf die Bestimmung des Wohn- und Lebensortes der Kinder. Daneben besteht eine Dominanz der bürgerlich-sesshaften Lebensweise, die allzu viele Wechsel des Wohnsitzes nicht befürwortet.¹⁵¹ Im Zusammenhang mit dem Schutz des Kindeswohls wird nun bisweilen für eine gemeindeübergreifende Kontrolle plädiert, indem die Fallbearbeitungen an die nächste Gemeinde übergeben werden können. Damit droht allerdings eine politische Beschränkung der individuellen Freiheitsrechte durch die Hintertüre, respektive durch das Argument des Kindeswohls eingeführt zu werden. Aufgrund der Geschichte der Kindswegnahmen der "Kinder der Landstraße" ist allerdings stärker zu bedenken, inwiefern damit auch der Schutz der Familien vor der übergreifenden Kontrolle der staatlichen Behörden hervorzuheben wäre. So hatte das Projekt "Kinder der Landstraße" – wie GALLE und MEIER (2009) aufzeigen – ein Interesse daran, dass die Behörden die Heimatgemeinde der Familien und nicht den konkreten Wohnort für zuständig erklärten. "Damit konnte er [Alfred Siegfried, der Leiter des Hilfswerks "Kinder der Landstraße", ts] verhindern, dass bei einem Wegzug der Familie die Vormundschaftsbehörde des neuen Wohnsitzes die Familienverhältnisse

¹⁵⁰ Dies zeigt sich beispielsweise in der Diskussion um Pädophilie, wo eine bundesweite, sogenannte "Schwarze Liste" von Pädophilen diskutiert wurde, um zu verhindern, dass die verurteilten Pädophilen jemals in einem anderen Kanton oder einer anderen Gemeinde in pädagogischen Berufen, insbesondere in Schulen arbeiten können. Die SVP-Nationalrätin Natalie Rickli reichte am 5. März 2008 eine Motion ein, um die gesetzlichen Grundlagen für ein nationales Register von verurteilten pädophilen Sexualstraftätern zu schaffen. HOFMANN weist in diesem Zusammenhang auf eine problematische gesellschaftliche Entwicklung hinsichtlich des Umgangs mit der kindlichen Sexualität hin, die sich im Bedürfnis nach einer größtmöglichen Kontrolle der Beziehungen zwischen den Kindern und den Pädagoginnen und Pädagogen äußert. "Die Haltung der Gesellschaft gegenüber sexuellen Übergriffen kann schon fast als hysterisch bezeichnet werden" (HOFMANN 2010, S. 4). Entsprechend aufgeheizt sind öffentlichen Debatten, die mit einem Verdacht auf Übergriffe einhergehen. Insbesondere in diesem gesellschaftlich heiklen Feld suggeriert die "schwarze Liste" eine Sicherheit vor sexuellem Missbrauch.

¹⁵¹ Die Sesshaftigkeit als normative Vorstellung einer bürgerlichen Lebensweise hat sich im Zusammenhang mit den Kindswegnahmen bei den jenen Familien durch das Projekt "Kinder der Landstraße" sehr deutlich gezeigt. "Die Vormunde nutzten ihre machtvollen Stellung, um ein Ziel zu erreichen: die Sesshaftmachung der 'Kinder der Landstraße'" (GALLE/MEIER 2009, S. 70).

auf Antrag der Eltern neu beurteilen musste und die bestehenden vormundschaftlichen Verfügungen aufhob oder abänderte" (GALLE/MEIER 2009, S. 44).

Der Zugriff auf die Familie schlägt sich auch in der Begriffswahl der Betreuerin nieder, dass die junge Frau, welche die Tagesbetreuung des Kindes übernehmen sollte, bei den Sozialarbeitenden auf der Jugend- und Familienberatungsstelle "bekannt" ist. Sinngemäß handelt es sich bei der jungen Frau nicht um ein unbeschriebenes Blatt, sprich sie ist mit großer Wahrscheinlichkeit bei den Behörden aktenkundig. Die konkrete Problematik, was die Familiensituation der jungen Frau anbelangt, wird zwar nicht benannt, durch die Bekanntheit, respektive die Annahme der Aktenkundigkeit wird allerdings ein Verdachtsmoment suggeriert, dass die junge Frau nicht in der Lage ist, das Kind angemessen zu betreuen, respektive eine längerfristige Betreuung zu gewährleisten.

Normative Annahmen finden sich auch im Falle des *Sozialarbeiters Cotti*, welcher für eine 14-jährige Jugendliche, welche in einer Institution für Kriseninterventionen untergebracht ist, möglichst schnell eine Pflegefamilie sucht:

"Ich musste eine Lösung haben, und, ich hab (2) ich hab nur einen Hinweis gehabt, dass sich mal jemand gemeldet hat und interessiert, aber es ist nicht abgeklärt worden, wer das ist, was haben die für Voraussetzungen und so, und dann bin ich mal, da hab ich, wie sagt man, selber [eine Pflegefamilie, ts] rekrutiert, in dem Sinn, ist/ ja, hat die überhaupt die Voraussetzungen, um das zu machen? (.) und das ist sehr anspruchsvoll, also, ich hab gemerkt, da hab ich wie kein Hintergrundwissen, auf was schau ich jetzt alles oder? Und das hat (.) zum/ glücklicherweise @saugut@ geklappt, oder, aber, das hätte auch anders rauskommen können" (Sozialarbeiter Cotti, Z615-621).

Der Sozialarbeiter klärt die Voraussetzungen ab, ohne diese allerdings an dieser Stelle genauer auszuweisen. Es braucht ein nicht genauer definiertes und anspruchsvolles Hintergrundwissen, um den Blickwinkel bei der Eignungsabklärung zu schärfen.¹⁵² Ausgangslage ist die Suche nach einer Pflegefamilie, um eine möglichst rasche Lösung für das 14-jährige Mädchen zu finden. Er klärt daraufhin selbständig eine Pflegefamilie ab und findet eine Familie, die Interesse an einem Pflegekind bekundet hat. Dass es letztlich gut klappt mit den Pflegeeltern, scheint eher Zufall zu sein, respektive mit Glück zusammenzuhängen. Worin allerdings das "saugute Klappen" besteht, weist er nicht genauer aus. Bezüglich des Verfahrens scheint auch er auf ein Bauchgefühl zurückzugreifen und betont gleichzeitig die Relevanz klar ausgewiesener Kriterien:

"Es gibt vielleicht auch/ ich denke, es macht Sinn, wenn man, äh, wie wenn man äh, wie sagt man, Kriterien hat, ja, dass, ja, man sagt, das sind die Standards, also, auf das und das und das schauen wir, ähm, das/ das muss so eine Pflegefamilie bringen können" (Sozialarbeiter Cotti, Z623-626).

¹⁵² Der Hinweis auf das fehlende Hintergrundwissen für die Abklärung der konkreten Pflegefamilie ist auch als Hinweis auf die Fachlichkeit der Fachstelle zu interpretieren, die sich hierfür als Expertin ausweisen soll.

Es bleibt auch an dieser anschließenden Stelle abstrakt, welche konkreten Kriterien anzuwenden sind, allerdings betont er die Wichtigkeit von Standards, von denen Pflegefamilien nicht abweichen dürfen und die sie erfüllen sollten. Die Inhalte der Kriterien bleiben ungeklärt. Die Standardisierung kann sich aber auf sehr unterschiedliche Faktoren beziehen, der Sozialarbeiter verbindet sie im Folgenden in erster Linie mit seiner Unsicherheit bezüglich des Beziehungsstatus:

"und zum Beispiel bin ich da schon angestanden, denn ich hab gemerkt, äh, ein Paar äh, Konkubinat, im Konkubinat lebend, er hat mal Kinder gehabt, vor vielen Jahren, oder, die schon erwachsen sind, sie hat keine Erfahrungen, ähm, ist auch noch berufstätig, wie bringen die das alles unter ein Hut? Das sind für mich so Fragen gewesen // @ (2) @ // Ja, da wär ich (2) da muss ich jetzt einfach sagen, natürlich, ist/ hab ich, ja, es ist nicht fahrlässig gewesen, aber ich bin/ ich bin mindestens an ein paar Punkten angestanden" (Sozialarbeiter Cotti, Z628-634).

Er steht beim Thema der Wohn- und Lebensform des Paares an, da das Paar nicht verheiratet ist. Das ist allerdings weniger eine Frage konkreter Standards, hierzu besteht rechtlich keine Einschränkung, es handelt sich also in erster Linie um eine subjektiv normative Frage, ob nicht-verheiratete Paare Pflegekinder aufnehmen sollen. Das zweite einschränkende Kriterium ist die Tatsache, dass die Frau berufstätig ist, während dieser Aspekt beim Mann nicht angesprochen wird. Die Möglichkeit, dass der Mann die Rolle des Pflegevaters und der Kindererziehung übernimmt und die Frau der Berufstätigkeit nachgeht, scheint bei der Frage, wie "das alles unter einen Hut zu bringen ist" nicht in Betracht gezogen zu werden. Damit wird auch deutlich, dass eine Pflegefamilie nur dann in Frage kommt, wenn nicht beide Elternteile einer Berufstätigkeit nachgehen. Das entspricht weitgehend der Situation bei den interviewten Pflegeeltern, bei denen nur in der Familie Hartmeier sowohl die Mutter als auch der Vater einer Erwerbstätigkeit nachgehen.¹⁵³ Das eingangs formulierte Glück bei der Abklärung wird insofern nochmals aufgegriffen, dass er betont, dass es sich nicht um eine fahrlässige Vorgehensweise gehandelt habe, auch wenn sie nicht entlang klar ausgewiesener Kriterien stattgefunden habe. Der Sozialarbeiter mag damit versuchen, den Eindruck abzuschwächen, dass sein Vorgehen in seiner eigenen Darstellung weitgehend zufällig und unkontrolliert wirkt.

¹⁵³ Verglichen mit den Erwerbsmodellen in der Schweiz kann gemäß des Bundesamtes für Statistik für das Jahr 2014 festgehalten werden, dass die Erwerbsarbeit insbesondere für Familienhaushalte ungleich verteilt ist. "Meist reduziert die Frau ihr Erwerbspensum oder verzichtet (vorübergehend) ganz auf eine Erwerbstätigkeit, wenn Kinder im Haushalt leben. Am häufigsten wird ein Modell mit vollzeiterwerbstätigem Vater und teilzeiterwerbstätiger Mutter gewählt: Jeder zweite Paarhaushalt mit jüngstem Kind unter 7 Jahren und rund sechs von zehn Paarhaushalten mit jüngstem Kind zwischen 7 und 14 Jahren wählten im Jahr 2014 dieses Modell (50%, resp. 58%). Der Anteil Familienhaushalte mit vollzeiterwerbstätigem Vater und nicht erwerbstätiger Mutter liegt bei rund 27%, wenn das jüngste Kind unter 7 Jahre alt ist" (vgl. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/05/blank/key/Vereinbarkeit/03.html> [zuletzt besucht: 6.5.16]).

Auf die Frage nach einem guten Pflegeverhältnis und nach den entsprechenden Kriterien antwortet die *Sozialarbeiterin Eder*, dass es sich um eine *intakte Familie* handeln müsste:

"Also es muss sicher eine Familienstruktur sein, die als solche gut [das "gut" ist auf hochdeutsch ausgesprochen, ts] funktioniert, also @eine intakte Familie@ also das ist ja, eben, was ist eine intakte Familie, also da können wir uns ja, äh, tagelang drüber unterhalten, aber ich denke, es ist eine Familie, muss es sein, die, ähm (3) einen gesunden Umgang untereinander hat oder, aus Familie, die keine zusätzlichen äh, übermäßigen Probleme hat, und die äh gut in der Gemeinde integriert ist, also die, die, die stabil ist, die, die, die auch motiviert ist, also ich denke, das ist eine große, die motiviert ist für die Bedürfnisse vom Kind und nicht, nicht das Geld die treibende Kraft ist, sondern wirklich die Situation von dem Kind, und, und, und das Aussehen, ja, das ist eine Notsituation, wie, wir wollen das unterstützen, weil, die Überforderung, also, die Realität ist denn schon ganz anders, oder wenn denn mal die Kinder dort drin sind, dann ist das ganz anders, als wenn man sichs einfach vorstellt, das dann zu leben, das ist sehr viel, ähm, schwieriger und, und komplexer, ähm (.) und darum brauchts wirklich Voraussetzungen, äh, die da sein müssen oder, dass man sagen kann, doch, die Familie, die ist in sich äh, so strukturiert und stark, dass sie das noch tragen können // mhm (2) // und bis jetzt hab ich die Familien, die ich habe, und ich muss sagen, die, die funktionieren alle so. Also die haben klar Probleme mit ihrer Familie, aber es ist alles in einem normalen Bereich, und sie machen das nicht, aus finanziellen Gründen, sondern weil ihnen die Jugendlichen am Herzen sind und das Wohlbefinden von diesen Jugendlichen (3)" (Sozialarbeiterin Eder, Z363-380).

Eine intakte Familie ist gemäß dieser Sozialarbeiterin eine Familie, die über eine Struktur verfügt und die funktioniert. Der Begriff des "Intakten" definiert sich etymologisch über ihre Funktionsfähigkeit, respektive über die Unberührtheit und Unversehrtheit (vgl. DUDENREDAKTION 2001, S. 365). Dass eine Familie intakt ist, lässt sich gemäß dieser Sozialarbeiterin an der Gestaltung der Beziehungen erkennen; die Familienmitglieder haben einen gesunden Umgang untereinander und keine weiteren Probleme. Die Familie sollte in der Gemeinde gut integriert und stabil sein. Auch wenn diese Kriterien nicht genauer definiert werden, verweisen sie auf ein bürgerliches Verständnis einer Kleinfamilie, die unversehrt ist, wo also beispielsweise die Beziehung zwischen den Eltern nicht getrennt oder zumindest gefährdet ist. Eine Pflegefamilie sollte auch nicht isoliert leben, sondern innerhalb der Gemeinde integriert sein, also am Leben in der Gemeinde teilnehmen. Hierunter ist mit großer Wahrscheinlichkeit die politische Gemeinde gemeint, die Integration in die Gemeinde beinhaltet also in erster Linie die aktive Teilnahme am Zusammenleben mit den anderen Bürgerinnen und Bürgern. Hierunter werden beispielsweise lokale Vereinsmitgliedschaften, Freiwilligenarbeit oder politische Tätigkeiten im Ehrenamt gefasst. Sinnigerweise ließe sich die Integration auch als Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinde und nicht unbedingt einer politischen interpretieren. Über den Begriff der "intakten Familie" wird ein Bild einer Familie konstruiert, die in sich stabil und möglichst konfliktfrei ist, sich aber gegen außen nicht zu stark abgrenzt und als aktiver Teil der dörflichen Gemeinschaft wahrgenommen wird. Als Ausschlusskriterium wird genannt, dass die Entlohnung, respektive das Geld die treibende Motivation darstellt. Vielmehr wird das Interesse

an den Bedürfnissen der Pflegekinder als Motivation zur Aufnahme von Pflegekindern vorausgesetzt. Es wird an dieser Stelle im Interview zweifach betont, dass die Pflegeeltern, mit denen die Sozialarbeiterin zu tun hat, Pflegekinder nicht wegen des Geldes aufnehmen, sondern weil die Kinder und Jugendlichen "ihnen am Herzen liegen". Dass es sich bei der Tätigkeit als Pflegeeltern auch um eine Form der Lohnarbeit handeln könnte, scheint schwer denkbar zu sein. Allerdings wird auch nicht gesagt, dass es sich dabei um eine Form der Liebe oder Zuneigung zu den Pflegekindern handelt. Die Tragfähigkeit einer intakten Familie ergibt sich auch darüber, dass die Pflegekinder den Pflegeeltern ein (Herzens-)Anliegen sind. Damit lässt sich im Umkehrschluss sagen, dass eine Pflegefamilie, die Pflegekinder aus finanzieller Motivation aufnimmt, nicht die angemessene Tragfähigkeit entwickeln kann. Es kommt zu einer starken Idealisierung von Familie, die in erster Linie durch eine entsprechend starke Emotionalität geprägt ist.

Ausgeklammert wird allerdings, dass die Bestimmung einer intakten Familie auch gemeinsam ausgehandelt werden kann. Trotzdem findet sich im Zusammenhang mit der Motivation von Pflegeeltern, ein Pflegekind aufzunehmen, bei den Sozialarbeitenden ein durchgehendes Muster, bei der Eignungsabklärung der interessierten Familien möglichst *"in die Tiefe zu gehen"*. Dies zeigt sich beispielsweise an der Äußerung der Sozialarbeiterin Degen:

"Ich hab zum Beispiel (.) wo es die Fachstelle noch nicht gab (.) platziert (.) bei einem jungen Paar (.) und dann wirds ein bisschen schwierig, wenn ich mit der Familie dort bin mit einem Kind (.) die Motivation zu fragen (.) und dann sinds sinds vielleicht, ja manchmal ganz persönliche Geschichten oder (.) vielleicht eben (.) sie kann vielleicht keine eigenen Kinder bekommen (.) und das finde gehört nicht in diesen Rahmen hinein oder (.) aber ich finds noch wichtig, dass man das eben auch wüsste oder einfach so ein bisschen mehr (.) so in die Tiefe gehen ja" (Sozialarbeiterin Degen, Z558-563).

Diese Interviewsequenz ist im Kontext der Frage nach der Bedeutung der Fachstelle verortet, die keine direkten Betreuungsaufgaben der Eltern und Pflegekinder zu übernehmen hat. Entsprechend kann die Abklärung der Motivation an die Fachstelle delegiert werden, die nicht direkt involviert ist und die Abklärung mit den Pflegeeltern unabhängig von diesem beschriebenen Gespräch durchführen kann. Das löst allerdings die Thematik nicht auf, wenn im Gespräch zwischen Eltern und Pflegeeltern die als relevante eingeschätzte Frage nach der Motivation auftaucht. Es stellt sich dabei auch die Frage, ob die leiblichen Eltern nicht ein Recht darauf haben zu erfahren, weshalb die Pflegeeltern ein Pflegekind aufnehmen möchten. Die Sozialarbeiterin formuliert einerseits gerade diese Schwierigkeit, das Thema des Kinderkriegens in Anwesenheit der leiblichen Eltern des Pflegekindes anzusprechen. Diese Thematik wird als zu persönlich bewertet und soll deshalb in diesem Rahmen nicht angesprochen werden müssen. Das

ist insofern irritierend, weil ja die leiblichen Eltern ebenfalls von der sehr persönlichen Situation der Fremdplatzierung ihres Kindes betroffen sind. Es besteht eine Hemmung, diese sowohl bei den Pflegeeltern als auch den leiblichen Eltern als schwierig eingeschätzte Thematik anzusprechen. Andererseits findet die Sozialarbeiterin es wichtig, dass die Behörden darüber informiert sind, dass die Pflegeeltern das Pflegekind möglicherweise auch aus der Motivation heraus aufnehmen wollen, weil sie keine eigenen Kinder kriegen können. Damit bleibt die Thematik aber als Wissen bei einer Behörde und wird nicht in die klärende Kommunikation zwischen Eltern und Pflegeeltern eingeführt. In die "Tiefe zu gehen" steht im Kontrast dazu, nur an der Oberfläche zu bleiben. Allerdings bleibt es auch hierbei vage, da das tiefe Bohren, beispielsweise in der Biografie der Pflegeeltern, noch nichts über den Umgang mit den hervorgebrachten Informationen aussagt. Es verbleibt eine doppeldeutige Situation, einerseits die Wichtigkeit der tiefgründigen Abklärung als fachlich relevant einzuschätzen, andererseits im Konkreten gerade die relevante Frage nach der Motivation, wie beispielsweise dem allfälligen Kinderwunsch für die eigene Familiengründung, auszuklammern.

Von der *Fachstelle* wird seitens der Sozialarbeitenden erwartet, dass sie diese vertieften Analysen bei der Eignungsabklärung von Pflegeeltern vollziehen. Es fällt auf, dass die Fachstelle eine kommunikative Vorgehensweise bei den Abklärungen anstrebt und sich der damit einhergehenden bestehenden Unsicherheiten durchaus bewusst zu sein scheint. Diese Unsicherheiten im Moment der Eignungsabklärung von Pflegefamilien zeigen sich als Angst vor dem "Sich-Täuschen", also auf der einen Seite allfällige Missstände in der Familie nicht zu erkennen und auf der anderen Seite von den Pflegeeltern instrumentalisiert zu werden. Dies wird in einer Aussage der Sozialarbeitenden der Fachstelle deutlich: "Wir fallen [...] drauf rein" (Fachstelle Z253).

Fachstellenmitarbeiterin Riesen: Wir haben auch die Erfahrung gemacht, die Platzierungen die (1) die so schnell schnell [husch husch] gegangen sind, die sind, das sind in der Regel schwierige Platzierungen, wo es Abbrüche gegeben hat, also das ha- also das ist ja zum Teil noch vor unserer Zeit gewesen also Umplatzierungen dieeee ja (1) das also kenn- also, ich kenne jetzt das zum Beispiel auch aus dem Tagesfamilienbereich das sind all die Platzierungen, die schief laufen wenn man wirklich so die (1) die Schritte, die eigentlich wichtig sind, übergeht. Das ist die Haupt() (1) aber manchmal ist es auch sehr verführerisch also

Fachstellenmitarbeiterin Sanders: Ja, wir fallen auch drauf rein, also das ist einfach oder (2) (Fachstelle Z244-253).

Die Textstelle im Interview lässt sich allerdings auch als Versuch der Selbstlegitimation der Fachstelle interpretieren, da sie durch die Sozialarbeitenden als zu langsam und zu wenig effizient bei der Abklärung und Rekrutierung von Pflegefamilien taxiert wird. Ob eine

überhastete Platzierung in einer Pflegefamilie die Wahrscheinlichkeit eines problematischen Abbruchs tatsächlich erhöht, kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht bestätigt werden.¹⁵⁴ In dieser Darstellung der Eignungsabklärung durch die Fachstelle wird jedenfalls suggeriert, dass eine ausführliche Abklärung von Pflegeeltern erfolgsversprechend ist, indem es in diesen Familien nicht zu Abbrüchen der Platzierung der Pflegekinder kommt. Angestrebt wird, dass möglichst alle Eventualitäten und Unwägbarkeiten seitens der Familien angesprochen werden können. Es stellt sich also gerade in diesem Bereich die Frage, inwiefern bestimmte Themen von möglichen Pflegeeltern, aber auch von den abklärenden Sozialarbeiterinnen ausgeklammert werden. Das "Reinfallen" muss mit der vorgängig dargestellten Gefahr des "Verführerns" verbunden werden, welches im Sinne dessen verstanden wird, jemanden dazu zu bringen, "etwas Unkluges, Unerlaubtes zu tun" (DUDENREDAKTION 2001, S. 241). Es zieht mindestens zwei Lesarten nach sich: Einerseits handelt es sich darum, auf die Verführung reinzufallen, sich also von einer Situation oder einer Person verführen zu lassen. Die Verführung liegt dann darin, den Abklärungsprozess nicht vollständig abzuschließen, sondern vielmehr gewisse Schritte zu überspringen. Dies geht von der Annahme aus, dass eine detaillierte Abklärung entlang nicht genauer definierter Schritte erfolgsversprechend ist.¹⁵⁵ Es ist verführerisch, den Prozess abzukürzen, da er aufwändig und anscheinend bisweilen auch unangenehm ist. Es ist also auch verführerisch, von der gegebenen Struktur abzuweichen und einen eigenen Weg zu gehen. Damit verbunden sind dann allerdings eine erhöhte Unsicherheit und gleichzeitig eine verstärkte Verantwortlichkeit bei den betroffenen Akteuren. Andererseits beinhaltet das Reinfallen auf die Familie den bedrohlichen Moment, von den Familien verführt zu werden. Den Familien kommt dadurch die immer vorhandene Möglichkeit zu, Aspekte der Familie anzusprechen, respektive sie den Sozialarbeiterinnen bewusst vorzuenthalten. Die damit verbundene Macht auf Seiten der Familie ist nicht kontrollierbar und schafft eine Unsicherheit, die sich als Täuschung interpretieren lässt.

"und ich hab das Gefühl in dem Bereich, vielleicht ist es, manchmal gehört es auch dazu" (Fachstelle Z 253-255).

Es folgt eine Rationalisierung dieser Täuschung, indem darauf verwiesen wird, dass man im Pflegekinderbereich getäuscht wird. Es handelt sich um einen Bereich der Sozialpädagogik, in

¹⁵⁴ Interessante Ergebnisse hierzu verspricht ein laufendes Forschungsprojekt an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zum Thema "Unerwartete Abbrüche von Pflegeverhältnissen im Kinder- und Jugendalter", in welchem die Gründe erforscht werden, warum Kindspflegschaften in der Schweiz abgebrochen werden (vgl. <https://www.zhaw.ch/de/sozialearbeit/forschung/kindheit-jugend-und-familie/> [zuletzt besucht: 7.7.16]).

¹⁵⁵ Vermutlich handelt es sich um die vorgängig ausgeführten drei Schritte bei der Abklärung einer Pflegefamilie (drei Gespräche und das letzte findet dann im Haus der Pflegeeltern statt).

dem es strukturell bedingt dazu gehört, dass man die staatlichen Instanzen täuscht, respektive täuschen kann. Was auf der einen Seite unter liberalen gesellschaftlichen Bedingungen als gerechtfertigte Abgrenzung des eigenen privaten Raumes betrachtet werden kann, indem den staatlichen Instanzen auch Informationen vorenthalten werden, wird im Zusammenhang mit der Abklärung von Pflegefamilien als problematisch betrachtet. Auf der anderen Seite handelt es sich beim "Sich-Täuschen" um einen genuinen Bestandteil des sozialpädagogischen Handelns, was in der Aussage von SozialpädagogInnen zum Ausdruck kommt, sich in den KlientInnen zu täuschen oder von ihnen ent-täuscht zu werden. Der Begriff des "Täuschens" basiert etymologisch auf der Tatsache, unwahr und lügnerisch zu reden (vgl. DUDENREDAKTION 2001, S. 840). Damit bedeutet das Phänomen ent-täuscht zu werden, den Täuschungszusammenhang in diesem Feld der Sozialpädagogik zu erkennen, respektive aus der Täuschung herausgerissen zu werden. Mit dem Täuschungszusammenhang ist die vermeintliche Sicherheit gemeint, die im Moment der Abklärung von Pflegefamilien qua professionelle Akteure hergestellt werden soll.

"aber man muss sich einfach bewusst sein, wieso man jetzt da eine Ausnahme macht und im Vorfeld überlegen und was heißt das für uns (1) und nicht einfach so ein bisschen, äh rein schliddern (1) also in gewissen Fällen ich denke da wir- da haben wir auch mehr Erfahrung wir schliddern immer wieder in Sachen rein" (Fachstelle Z 255-259).

Das Reinschliddern wird nun versucht in die Ausführungen einzubinden, indem die Bedeutung der Ausnahme im Prozess der Abklärung bewusst gemacht werden soll. Welche konkrete Bedeutung nun aber damit verbunden ist und um welche Phänomene oder ausgelassenen Schritte es sich handelt, bleibt abschließend latent. Es erfolgt aber der Hinweis, die Auslassungen im Verfahren vorgängig mitzubedenken. Es bleibt letztlich die Erkenntnis des bisweilen unkontrollierten "Reinschlidderns", wenn es um die Abklärung der Eignung von Familien als Pflegefamilien geht.

Insgesamt fällt auf, dass bezüglich der Eignungsabklärung von Pflegefamilien an sich formal bestimmte *Kriterien* bestehen, die aber nicht konkret gehalten werden. Auch werden diese von den involvierten Personen nicht als ausgewiesene Aspekte hervorgehoben. In der Darstellung der Eignungsabklärungsgespräche schlagen sich vielmehr subjektive Annahmen über Familien und Erziehungskontexte nieder: So ist eine Konstruktion von Natur und Mütterlichkeit zu nennen, welche als Orientierungspunkt für die Eignung von Pflegefamilien angeführt wird. Die Gegenüberstellung von Natur und Kultur ist ein gängiges Motiv, das sich auch im Kontext von sozialpädagogischen Heimeinrichtungen findet. Die Institutionen wurden bewusst aufs Land verlegt, um den Kindern und Jugendlichen – fernab von den kulturellen Verführungen der Stadt – einen möglichst reizarmen Erziehungsrahmen zu bieten. Für Pflegefamilien ist daneben zu

berücksichtigen, dass durch die räumlichen Anforderungen an die Familien entsprechender Wohnraum in Städten auch kaum zu finden ist. Argumentiert wird auch damit, dass eine ländliche Umgebung ein "kindergerechtes Aufwachsen" ermöglicht. Kindergerecht ist eine Umgebung dann, wenn sie sicher ist, was mit der ländlichen Umgebung gewährleistet zu sein scheint. Dies ist insofern interessant, da das Wohnen auf dem Land nicht der Realität der meisten Kinder und Jugendlichen entspricht.¹⁵⁶ Die *Vorgehensweise* ist an sich auch definiert, wird allerdings von den jeweiligen Personen sehr unterschiedlich gehandhabt. Es ist auffallend, dass sowohl seitens der Betreuerinnen wie auch der Sozialarbeitenden in der Schilderung der Vorgehensweise weder auf wissenschaftliches Wissen oder auf entsprechende Methoden und Verfahrensweisen bei der Gestaltung der Abklärungsgespräche verwiesen noch thematisiert wird, dass die Standards vorgängig diskursiv ausgehandelt werden müssten.¹⁵⁷ Es besteht ein Widerspruch zwischen den rechtlichen Erwartungen und den individuellen Vorstellungen über diese Gespräche einerseits und den konkreten Durchführungen andererseits, was sich in der grundsätzlichen Erwartung niederschlägt, bei der Abklärung "in die Tiefe zu gehen" (Sozialarbeiterin Degen), vor heiklen Themen aber gleichsam zurückzuschrecken. Interessanterweise wird auch darauf verwiesen, dass sie bei der Abklärung auch Glück haben, dass es letztlich mit der Fremdplatzierung gelingt. Bei diesem Phänomen der Abklärung handelt es sich um die schwer auszuhaltende Problematik, dass vom menschlichen Handeln keine Prognose erstellt werden kann. Diese Situation kann allerdings individuell schlecht ausgehalten werden.¹⁵⁸

6.2.2 Platzierung in Pflegefamilien

Im idealen Verlauf (siehe Abbildung 2) erfolgt nach der Eignungsabklärung einer Pflegefamilie die Platzierung eines Kindes oder Jugendlichen in eine Pflegefamilie. Im Folgenden wird dieser Prozess beschrieben, wie er von den involvierten Personen wahrgenommen, respektive dargestellt wird. Im Moment der konkreten Platzierung in Pflegefamilien zeigen sich maßgebliche Unterschiede, ob es sich um eine SOS- oder eine Dauerplatzierung handelt. Im

¹⁵⁶ Gemäß des schweizerischen Bundesamts für Statistik ist die Zunahme der Bevölkerung seit Ende 1990 in den Städten höher als diejenige auf dem Land. Auch setzt sich die Urbanisierung der Schweizer Bevölkerung weiter fort. Im Jahr 2014 lebten 84% der Schweizer Bevölkerung in städtischen Gebieten (vgl. http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/02/blank/key/raeumliche_verteilung/agglomerationen.html [zuletzt besucht: 7.7.16]).

¹⁵⁷ So macht die Sozialarbeiterin Eder den interessanten Hinweis, dass man sich über das Verständnis einer "intakten Familie" tagelang unterhalten könnte (vgl. S. 190). Gerade hierin würde der Kern einer kommunikativen Aushandlung liegen, die auch eine konsequente Auseinandersetzung mit den individuellen normativen Annahmen mit sich bringen würde.

¹⁵⁸ Siehe hierzu die nachfolgenden Ausführungen zur Absicherung als hegemoniale Praxis (Kap. 6.4.2).

Falle einer SOS-Platzierung handelt es sich meistens um kurzfristig anfallende Notsituationen, in denen ein Kind oder ein Jugendlicher im bestehenden Kontext nicht mehr verbleiben können. Das können sowohl Familien als auch andere Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe sein, in denen das Kind oder der/die Jugendliche zeitweilig nicht mehr verbleiben können. Wie auch bei Dauerpflegeplatzierungen werden hierbei insbesondere zwei Schritte erwähnt: Erstens beschäftigen sich die involvierten Personen mit der Indikationsstellung, also mit der Klärung der Frage, welche Unterstützungsmaßnahme im konkreten Fall als angemessen betrachtet wird. Zweitens geht es um das Finden einer passenden Pflegefamilie. Bei einem Notfall wird innerhalb eines Tages eine SOS-Pflegefamilie gesucht, während bei einer Dauerplatzierung von einem längerfristig angelegten Verfahren zur Klärung der "Passung" zwischen Pflegekind und Pflegefamilien ausgegangen wird.¹⁵⁹ Im Folgenden wird zuerst auf den Prozess im Falle einer SOS-Platzierung eingegangen und anschließend die Situation bei einer Dauerplatzierung beschrieben.

a) SOS-Platzierung

Die Sozialarbeitenden auf den Jugend- und Familienberatungsstellen haben neben den unterschiedlichen Aufgaben (siehe Kap. 2.3.1) auch mit Gefährdungsmeldungen zu tun und organisieren gegebenenfalls Fremdplatzierungen von Kindern und Jugendlichen. So schildert die Sozialarbeiterin Bernard den konkreten Fall einer Mutter und deren 14-jährigen Sohn, die zu ihr in die Erziehungsberatung kommen:

"Die Mutter kommt eines Tages mit einem blauen Auge in die Beratung. Es stellt sich heraus, dass der Sohn zugeschlagen hat. Und wir kommen dann zum Schluss, er muss jetzt sofort für ein, zwei Wochen so wie ein Timeout haben" (Sozialarbeiterin Bernard, Z8-11).

Die Sozialarbeiterin begründet eine SOS-Pflegefamilie als Ort für ein Timeout nicht weiter, das scheint vielmehr als passende Option gesetzt zu sein ("wir kommen dann zum Schluss"). Dies lässt sich allerdings auch in zweierlei Hinsichten interpretieren: Einerseits ist das Interview auf die Schilderung eines Falles ausgerichtet, in dem es um die Platzierung in einer Pflegefamilie geht. Damit wird dem Aspekt der Indikation möglicherweise keine weitere Beachtung geschenkt, sondern ein Fall zur Darstellung ausgewählt, der als Illustration gegenüber dem Interviewer als am passendsten eingeschätzt wird. Andererseits lässt es sich auch dahingehend interpretieren, dass es sich bei dem Fall der häuslichen Gewalt durch den Jugendlichen gegenüber der Mutter um eine Situation handelt, die in dieser konkreten Jugend- und Familienberatungsstelle

¹⁵⁹ Es ist zu erwähnen, dass Pflegefamilien gerade für Kriseninterventionsstellen bei Notfällen willkommene Alternativen sind. Das mag allerdings auch mit den geringeren Kosten von Pflegefamilien zu tun haben. Diese Begründung taucht in den Darstellungen der Sozialarbeitenden allerdings kaum auf.

üblicherweise so gelöst wird. Es kann durchaus sein, dass sich in dieser Jugend- und Familienberatungsstelle die Praxis entwickelt hat, in so einem und ähnlichen Fällen auf SOS-Pflegefamilien zurückzugreifen. Hierzu ist zu erinnern, dass es sich bei der Sozialarbeiterin Bernard und der Betreuerin Bucher um zwei Personen handelt, die auf der gleichen Jugend- und Familienberatungsstelle arbeiten, welche insgesamt gegenüber der Fachstelle skeptisch eingestellt ist. Diese Skepsis hängt maßgeblich mit der nachstehend ausgeführten lokalen Distanz zusammen, die die Fachstelle gegenüber der Jugend- und Familienberatungsstelle und der Betreuerin aufweist. Die Fachstelle ist den Jugend- und Familienberatungsstellen funktional nicht übergeordnet, vielmehr ist die Fachstelle auf der gleichen Stufe wie die Jugend- und Familienberatungsstellen und gleichzeitig ist der Pflegefamilienbereich damit thematisch in Form der Fachstelle an einem einzelnen Ort organisiert (vgl. Kap. 2.3.1 und 2.3.3). Durch die Einführung der Fachstelle Pflegekinder wird eine Bündelung des Fachwissens vorgenommen und gleichsam eine lokale Distanz eingeführt, indem die Sozialarbeitenden in den einzelnen Jugend- und Familienberatungsstellen mit dem Pflegefamilienbereich nichts mehr zu tun haben. Die Suche nach einer Pflegefamilie für die kurzfristige Platzierung dieses 14-jährigen Jugendlichen stellt sich in der Wahrnehmung der Sozialarbeiterin als schwierig heraus. Sie argumentiert dabei mit der lokalen Distanz der regional angesiedelten Fachstelle Pflegekinder, dass sie kein Angebot an Pflegefamilien für diesen konkreten Jugendlichen erhalte. Hiergegen argumentiert sie mit der Betreuerin, welche diese Aufgabe der Suche und Vermittlung einer SOS-Pflegefamilie vorgängig übernommen hatte:

"Die [Betreuerin Bucher], die vorher da gearbeitet hat, die hat einfach solange gesucht, bis sie jemanden gefunden hat. Und sie hat immer jemanden gefunden. Sie ist aus dem Ort, hat Connections, ein Netz aufgebaut und gewusst, wen sie im Notfall noch fragen könnte" (Sozialarbeiterin Bernard, Z27-29).

Gegenüber der Fachstelle ist die Pflegekinderbetreuerin zwar keine Fachperson, wird von der Sozialarbeiterin aber als jemand dargestellt, die lokale Bezüge zu Pflegefamilien hat, die sie kurzfristig anfragen kann. Sie hat Beziehungen zu Familien, die bei Notfällen kurzfristig Pflegekinder aufnehmen. Dem gegenüber schildert sie den Prozess mit der Fachstelle in folgender Weise:

"Es geht über vier Stellen [Ergänzung ts: Es wird nicht deutlich, ob es sich wirklich um vier Stellen handelt oder ob damit die Länge der Interaktionskette zum Ausdruck gebracht werden soll] und am Schluss weiß man gar nicht mehr, worum es sich handelt. Das ist es gewesen, wo ich gemerkt habe, so kann es nicht funktionieren. Wenn jemand eine Familie suchen muss, der gar keine Ahnung hat, worum es eigentlich geht und Rückfragen nicht beantworten kann" (Sozialarbeiterin Bernard, Z48-51).

Im konkreten Fall äußert sich dies in der Problematik, dass sich durch die Distanz vom konkreten Sachverhalt und die fehlende Kenntnis des Jugendlichen durch die Beschreibung der Fachstelle letztlich das Bild eines gewalttätigen Jugendlichen verfestigt, worauf sich keine Pflegefamilie bereit ist einzulassen. "Wenn ich [eine Pflegefamilie] anrufe und es genau sage, dann hab ich in zwei Minuten eine Familie. Dann hab ich gemerkt, dass der Ablauf einfach nicht geht" (Sozialarbeiterin Bernard, 46-48). Aus Sicht der betroffenen Sozialarbeiterin ist es *erstens* die *Verlängerung der Interaktionskette* durch die zusätzlich involvierten Personen, die es zusehends erschwert, die konkrete Thematik des Jugendlichen, der für ein Timeout in einer SOS-Pflegefamilie untergebracht werden soll, ausreichend detailliert zu kennen. Es können Missverständnisse produziert werden und gleichzeitig wird der Prozess entschleunigt, indem mit den zusätzlichen Professionellen eine weitere Einschätzung der geplanten Maßnahme eingeholt werden kann. Dies hängt mit dem sogenannten "Vier-Augen-Prinzip" zusammen, welches davon ausgeht, dass Entscheidungen im Falle einer Fremdplatzierung mindestens von zwei Personen fachlich beurteilt werden.¹⁶⁰ Vor diesem Hintergrund ist es die Aufgabe der Fachstelle, diese Timeout-Unterbringung in einer Pflegefamilie aus einer fachlichen Perspektive als quasi zweites Augenpaar ebenfalls einzuschätzen und die Platzierung damit doppelt abzusichern. Durch diese Verlängerung der Interaktionskette aufgrund der Involviertheit der zusätzlichen Fachstelle und deren größerer Distanz werden die Entscheidungsprozesse verlangsamt, indem die Unterbringung detaillierter geklärt werden müsste, wie die vorgängige Beschreibung zeigt. Durch die Distanzierung ist die Fachstelle nachvollziehbarerweise nicht mehr auf die Schnelle in der Lage, den konkreten Fall in seiner Gänze breit einschätzen zu können. Es wird dabei auch deutlich, welche Bedeutung den Aspekten der Effizienz und der schnellen Intervention zugeschrieben wird. Die Möglichkeit, dass durch eine weitere Person eine zusätzliche fachliche Einschätzung eingeholt werden könnte, wird seitens der Sozialarbeiterin weitgehend ausgeklammert. Die Mitarbeitenden der Fachstelle schildern diesen Fall in einer ähnlichen Weise und verweisen auf die fachlichen Kriterien einer fehlenden Indikation für eine SOS-Platzierung in einer Pflegefamilie. Der Jugendliche wird zu einem "gewalttätigen Jugendlichen", für den eine Pflegefamilie als Intervention unpassend ist. Eine Alternative zur SOS-Platzierung wird allerdings nicht genannt. Ein interessanter Hinweis der Fachstelle wird nicht weiter aufgegriffen: Eine Platzierung in einer Pflegefamilie im gleichen Ort ("im gleichen Dorf" (Fachstelle Z326)) kann für den Jugendlichen auch gewisse Schwierigkeiten der Abgrenzung mit sich bringen. Gleichzeitig wird damit ein Strukturmerkmal deutlich, da solche unkomplizierten Platzierungen auf die schnelle und mit lokalen Kenntnissen nur in einem kleinen Dorf so stattfinden können.

¹⁶⁰ Vgl. hierzu auch die Ausführungen im Kapitel 2.3.1.

Die lokale Distanz der Fachstelle bringt *zweitens* aber auch eine größere Unabhängigkeit von einzelnen Personen mit sich. So besteht neben der Möglichkeit, dass durch die Fachstelle noch eine zusätzliche fachliche Perspektive eingeführt wird, auch eine größere Unabhängigkeit hinsichtlich der Position der Sozialarbeitenden und der Betreuerin. Die Betreuerin nimmt die Rolle einer informellen Kontaktperson wahr, die sich vor Ort auskennt, die konkret da wohnt und lebt und Kontakte zu Familien pflegt, die im Notfall Kinder und Jugendliche kurzfristig und für eine kurze Zeit aufnehmen würden. Das wird von der Sozialarbeiterin insofern als ein wichtiges Potential betrachtet, da es sich bei SOS-Pflegefamilien um spezielle Familien handelt, die einer besonderen Beziehungspflege bedürfen: "Weil es braucht einfach spezielle Connections, um solche Familien zu finden, die das machen. Die machen das nicht, wenn irgendeine Fachstelle anfragt, oder" (Sozialarbeiterin Bernard, Z380-382). Zu den SOS-Pflegefamilien muss gemäß der Betreuerin Bucher ein besonders enger Kontakt gepflegt werden.

"So wie es jetzt gelaufen ist (2) so wie wirs [auf der Jugend- und Familienberatungsstelle, ts] gehandhabt haben, dort haben wir halt schon, wir haben unsere SOS-Familien gehabt, die wir kennen, wir wussten immer, welches Kind wohin passt und wir haben zu den Eltern wirklich schon einen engeren Kontakt gepflegt, oder. Und wir haben sicher immer fertig gebracht – also die Regel ist ja, innerhalb von 24 Stunden die Kinder zu platzieren und das haben wir mit denen, nicht so vielen Familien, aber wir haben das immer gewährleisten können" (Betreuerin Bucher, Z519-526).

Die Anfrage einer Fachstelle reicht nach der Sozialarbeiterin nicht aus, um Familien zu motivieren, als SOS-Pflegefamilien kurzfristig und in Notfällen Pflegekinder aufzunehmen. Es wird damit vor allem auch suggeriert, dass die Pflegefamilien nur dann kurzfristig Pflegekinder im Notfall aufnehmen, wenn sie die Personen gut kennen, die bei ihnen anfragen.

Die Fachstelle stellt mit ihrer fachlichen Perspektive die grundsätzliche Frage nach der Legitimation von SOS-Platzierungen in Pflegefamilien: Da sie als Stelle erst angefragt wird, wenn der Entscheid durch die fallführende Sozialarbeiterin für eine kurzfristige Platzierung bereits gefällt wurde, fehlt ihr die genauere Kenntnis der Hintergründe, um die Situation angemessen aus einer zweiten Sichtweise beurteilen zu können.

"Das ist ein schwieriger Punkt oder (1) weil wir werden ja nur angefragt, das ist so ein bisschen der Teil, wo ich merke, das reizt mich dann auch mehr zu wissen oder (1) aber eige- das ist so ein bisschen die Frage, was müssen wir wissen (2) weil wir haben nichts mit den Abgebenden [Eltern, ts] zu tun" (Fachstelle Z390-393).

Da die Fachstelle mit den Hintergründen der Herkunftsfamilien nichts zu tun hat, steht sie vor der Situation, die Einschätzung der Sozialarbeiterin zu teilen oder in Frage zu stellen und damit den Prozess zu entschleunigen. Um eine angemessene zweite Beurteilung vornehmen zu können, müsste eine genauere und zeitintensivere Klärung der Thematik stattfinden. Gleichzeitig wird –

und das zeigt sich an dieser Geschichte deutlich – mit der "Intervention" der Fachstelle einerseits die bestehende Routine bei der Sozialarbeiterin in Frage gestellt und andererseits die Sozialarbeiterin in der Rolle der verantwortlichen und entscheidungsfähigen Fachperson tangiert.¹⁶¹ Vor dem Hintergrund ist die Forderung der Fachstelle nachvollziehbar, dass sie als Fachpersonen möglichst früh in Entscheidungsprozesse im Kontext von Fremdplatzierungen integriert werden sollten. Eine andere Strategie stellt die ebenfalls von der Fachstelle eingeforderte Festlegung der Indikation von SOS-Pflegefamilien dar: Hierbei bleibt der kommunikative Aushandlungsprozess einer passenden Maßnahme allerdings stärker außen vor und beschränkt sich auf die Klärung von Kriterien, in denen eine SOS-Platzierung in Pflegefamilien geboten ist und in welchen Fällen eher nicht.

b) Dauerplatzierung

Wenn es um eine Dauerplatzierung in einer Pflegefamilie geht, wird laut der Sozialarbeiterin Degen "sorgfältiger" abgeklärt. Bei einer SOS-Platzierung werden hingegen viele Punkte nicht abgeklärt, da es sich nicht um eine längerfristige Platzierung handelt:

"Bei einer SOS-Platzierung ist es einfach, die Familie haben wir (.) Punkt. und da muss nicht so vi- a ja da tut man nicht (.) ist ja nichts langfristiges // ja // da gibts viele Punkte wo man gar nicht abklärt (.) bei einer Dauerplatzierung läuft das natürlich schon ähm (.) ein bisschen auch sorgfältiger in dem Sinn, weil man redet von einer längeren Zeit, wo ein Pflegekind in dieser Familie ist, man macht sich mehr Gedanken, es gibt ein Vorstellungsgespräch, es gibt Schnuppertage // mhm // man schaut nochmal (1) e- e- es es ist (.) so ein bisschen (.) es geht mehr in die Tiefe, denke ich" (Sozialarbeiterin Degen, Z238-248).

Bei einer Dauerplatzierung werden andere Schritte vorgenommen: Ein Vorstellungsgespräch und Schnuppertage sollen der Klärung dienen, ob es sich für die konkrete Platzierung eines Pflegekindes um eine passende Pflegefamilie handelt. Auch hier erfolgt die Vorstellung, bei der konkreten Abklärung stärker "in die Tiefe zu gehen", als das im Falle einer SOS-Platzierung gemacht würde. Bei der Darstellung der konkreten Vorgehensweise fällt allerdings auf, dass auch bei einer angestrebten Dauerplatzierung *der lokale Bezug* und *die persönlichen Kontakte* aus Sicht der Sozialarbeitenden zentrale Faktoren darstellen.

"Also, wenn wir wirklich Pflegeeltern gesucht haben, dann haben wir ab und zu über X. [eine private Familienplatzierungsorganisation] // mhm // also die wo, wo, die haben ja wie verschiedene, ähm, äh, Zweige, wo sie Arbeit haben, und durch das, dass sie auch im/ in der Nähe von A., ähm, Familie haben, oder wo relativ, B. oder so situiert sind und, und gut machbar ist, ist das für uns eigentlich eine bewährte äh, Adresse gewesen, wo, wo wir auch, äh, einen regen

¹⁶¹ Diese Einschränkung der Verantwortung der Sozialarbeitenden ist im Zusammenhang mit der Spezialisierung auf den Jugend- und Familienberatungsstellen zu betrachten. Während die Sozialarbeitenden bis anhin die meisten Themen und Problemstellungen in der Kinder- und Jugendhilfe bearbeiten konnten, kommt es mit der Ausgliederung des Pflegefamilienbereichs in der Fachstelle auch zu einer Spezialisierung, sodass die Sozialarbeitenden nicht mehr die gleiche Verantwortung für diesen Bereich übernehmen können.

Kontakt hatten, oder immer noch haben, äh, klar fragen wir in erster Linie mal die Fachstelle für Pflegekinder an, merken aber, dass da eigentlich (.) nichts im Jackpot ist, also, dass wenn wir anrufen, äh, oder eine SOS-Familie brauchen, dass es dann @aber schlussendlich trotzdem wieder zu uns zurück kommt@ weil wir irgendwie nicht eine befriedigende Lösung suchen/ äh finden, und ähm (3) das passiert halt sehr viel über per/ über persönliche Kontakte, also wir haben auch eine Sozialarbeiterin, die hier arbeitet auf der Stelle, die schon ein Urgestein ist oder, von A., quasi, und die kennt einfach die Leute, oder, und sie weiss, wo hin/ wo hin muss ich anrufen, und das nutzen wir nach wie vor, all die Kontakte // mhm // weil, die sind verlässlich, man weiß, ok, äh, dann läuft's und es, es, äh, wir können dann schaffen, oder. Bei der Fachstelle hab ich's auch schon versucht, für eine SOS-Familie und dann hats einfach keine gehabt (.) und dann, ja, dann muss man etwas anders suchen, oder, dann, eine andere Variante (3)" (Sozialarbeiterin Eder, Z271-288).

Die Sozialarbeiterin geht in ihrer Beschreibung erstens davon aus, dass die Suche von konkreten Pflegefamilien – besonders im Falle eines akuten Bedarfs – über den bewährten Kontakt zu privaten Familienplatzierungsorganisationen läuft. Zweitens wird die Fachstelle erwähnt, die grundsätzlich als erste Stelle für mögliche Pflegefamilien angefragt werde. Zum Zeitpunkt des Interviews mit der Sozialarbeiterin verfügt die Fachstelle noch nicht über die entsprechenden Kontakte zu Pflegefamilien und kann dadurch – in den Worten der Sozialarbeiterin – keinen hohen "Gewinn" im Sinne des Jackpots ausschütten. Das Bild des leeren Jackpots vernachlässigt allerdings, dass der Jackpot als besonders hohe Gewinnquote impliziert, dass es im vorausgehenden Gewinnspiel oder mehreren Gewinnspielen keine Gewinner gegeben hat, sprich dass andere Sozialarbeitende keine Pflegefamilien nachgefragt haben. Es wird gewissermaßen suggeriert, als handle es sich bei der Suche nach einer geeigneten Pflegefamilie um ein Glücksspiel, in dem jemand "das große Los ziehen können", während andere leer ausgehen. Vielmehr aber müsste es im Falle einer Platzierung in einer Pflegefamilie um ein Abwägen unterschiedlicher Interessenlagen gehen, während das vorgängig dargestellte Bild des abzuschöpfenden Jackpots von einem Dienstleistungsangebot seitens der Fachstelle mit einem größtmöglichen Gewinn ausgeht. Vor dem Hintergrund dieses Bildes des leeren Jackpots wird die Argumentation aufgebaut, dass die Suche nach einer geeigneten Pflegefamilie letztlich bei der Sozialarbeiterin liegt und sie entsprechend auf bewährte Kontakte zurückgreift. Hierbei handelt es sich um eine andere Sozialarbeiterin, die ebenfalls auf dieser Jugend- und Familienberatungsstelle arbeitet und für die Abklärung und Betreuung der Pflegefamilien zuständig ist. Analog zur oben genannten Betreuerin Bucher hat diese Sozialarbeiterin persönliche Kontakte in der Gemeinde, es handelt sich bei ihr um ein "Urgestein". Mit dem Begriff des "Urgesteins" wird ein pathetisches Bild dieser Sozialarbeiterin abgegeben, indem sie als Person mit einer großen Erfahrung dargestellt wird, welche die Prozesse schon von früh auf kennt. In erster Linie geht es darum, dass sie in der Gemeinde, in sie bereits länger arbeitet, die entsprechenden Leute kennt, die sie im Falle einer anfallenden Platzierung in einer Pflegefamilie

anfragen kann. Ein relevantes Kriterium scheint die Tatsache zu sein, dass auf die Pflegefamilien Verlass ist. "Man weiß, ok, äh dann läuft's [mit den Pflegeeltern]". Die Sozialarbeiterin kann über ihre persönlichen Kontakte gewähren, dass "es läuft", allerdings bleibt dabei unklar, was genau in welcher Form läuft, respektive reibungslos funktioniert. Vor allem scheint davon ausgegangen zu werden, dass durch die persönlichen Kontakte eine Sicherheit gewährleistet wird und dass dadurch vor allem erst mal überhaupt eine mögliche Pflegefamilie gefunden wird. Die Pflegeeltern übernehmen die Verantwortung für das Pflegekind und die Sozialarbeitenden haben damit für den Moment nichts mehr mit dem Pflegekind zu tun.

Die persönlichen Kontakte zu den Pflegefamilien werden durch die Sozialarbeitenden auch in informeller Weise genutzt. So fragt die Sozialarbeiterin Frieden direkt bei den Pflegeeltern nach, wenn sie für ein Kind eine Pflegefamilie sucht: "Weil manchmal/ ich kenne die Leute so gut und wohne auch im Dorf, äh, da kann's auch vorkommen, dass ich einfach dann frage, habt ihr Platz?" (Sozialarbeiterin Frieden, Z146f.). Dieser dörfliche Charakter des Austausches zwischen Sozialarbeitenden und Pflegeeltern ermöglicht eine unkomplizierte und unbürokratische Klärung möglicher Plätze für Pflegekinder. Die Erstgespräche zwischen Eltern und Pflegekindern finden aus Sicht der Sozialarbeiterin in einem *informellen Rahmen* statt, der nun durch die Einführung der Fachstelle tangiert wird:

"Aber was wir jetzt eben neuerdings, also seit jetzt dieser Woche, seit dem Dienstag, äh, die Auflage haben, dass wir beim Erstgespräch mit der Pflegefamilie und der Herkunftsfamilie das Gespräch mit/ also/ die Fachstelle involviert ist, das ist bis jetzt nie gewesen, oder, also das ist jetzt neuerdings / beim Erstgespräch? / beim Erstgespräch (.) Und das Erstgespräch hab ich natürlich zwischen Tür und Angel gemacht, also dann, wenn's mir gegangen ist / jaja, klar / weil bei meinen vielen Fällen, @muss ich auch schauen@ // @(.)@ // wenn jetzt/ und wenn ich dann auf die Fachstelle auch noch Rücksicht nehmen muss, dann wird das ganz schwierig, weil dann wird's träger // mhm // das Ganze. Und so haben wir das wunderbar miteinander regeln können" (Sozialarbeiterin Frieden, Z335-350).

Mit der Fachstelle kommt ein zusätzlicher Akteur ins Spiel, welcher beim ersten Gespräch zwischen Eltern und Pflegeeltern dabei sein sollte und damit die informelle Klärung durch die Sozialarbeitenden unmöglich macht. Dieser zusätzliche Akteur im Moment der Klärung einer passenden Platzierung hängt einerseits mit dem oben genannten "Vier-Augen-Prinzip" zusammen, welches die Entscheidung auf die fachliche Einschätzung von mindestens zwei Personen fundiert. Andererseits wird damit auch signalisiert, dass die Fachstelle als Ansprechpartnerin für die Pflegefamilien von Beginn an involviert ist. Diese Erstgespräche zwischen Pflegeeltern und Eltern dienen dem ersten Kennenlernen und finden nicht in einem formellen, sprich rechtlich klar definierten und von allen Beteiligten vereinbarten Rahmen statt.

Vielmehr führt die Sozialarbeiterin diese Gespräche "zwischen Tür und Angel" durch. Solche Gespräche sind durch Spontanität und Unplanbarkeit geprägt und signalisieren damit seitens der Sozialarbeitenden ein Interesse an den Personen. In der Elternarbeit werden sie als Möglichkeit zum Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen Pädagogen und Eltern verstanden (vgl. BERNITZKE 2006). Solche "Tür-und-Angel-Gespräche" dienen dazu, eine ungezwungene Atmosphäre zu schaffen, welche die Kontaktaufnahme zwischen den Personen erleichtern soll. In der Darstellung der Sozialarbeiterin wird diese Vorgehensweise als selbstverständlich ("Und das Erstgespräch hab ich natürlich zwischen Tür und Angel gemacht") wahrgenommen und mit den vielen zu bearbeitenden Fälle begründet. "Weil bei meinen vielen Fällen, @muss ich auch schauen@ // @(.)@ //". Der Hinweis auf die vielen Fälle zur Legitimation der informellen Gespräche wird auch durch mich als Interviewer in seiner Selbstverständlichkeit bestätigt. Damit wird der Begründung Vorschub geleistet, dass es aufgrund vieler Fälle nicht mehr möglich ist, alle Fälle bis "in die Tiefe" zu bearbeiten, vielmehr werden informelle Gespräche als angemessen und effizient verstanden. Die Effizienz drückt sich auch darin aus, dass der Prozess durch die Teilnahme der Fachstelle als zusätzlicher Akteur als "träger" beschrieben wird. Ohne Fachstelle kann sie als Sozialarbeiterin die anfallenden Aufgaben "wunderbar" mit den Personen klären. Bei dieser Vorstellung von informellen Gesprächen wird allerdings nicht darauf eingegangen, dass solche Gespräche auch die Basis von Willkür sein können, da Abmachungen und Vereinbarungen nicht festgehalten und im Zweifelsfall nicht beanstandet werden können. So können in informellen Gesprächen auch Themen vergessen gehen, was in formell vereinbarten Gesprächen durch das Erstellen eines Protokolls gelöst wird.

Zusammenfassend lässt sich für die Phase der Platzierung festhalten, dass an sich über die Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigen Platzierungen in Pflegefamilien hinweg die lokale Verankerung der entscheidenden Sozialarbeitenden als gewichtig dargestellt wird: Hierbei fällt *erstens* auf, dass die "alte" Vorgehensweise (die Platzierung läuft über die Kenntnisse der Betreuerin oder der Sozialarbeitenden) gegenüber der "neuen" Vorgehensweise mit der Fachstelle, welche im Falle einer Fremdplatzierung als Vermittlungsstelle von Pflegefamilien angefragt wird, als effizientere Lösung präsentiert wird. Als Effizienz wird hierbei verstanden, dass es "funktioniert", respektive dass die Prozesse reibungslos "laufen". Der Fachstelle werden komplexe Abläufe und Ineffizienz zugeschrieben, weitgehend ausgeblendet wird die Möglichkeit der Fachlichkeit, die durch die Fachstelle eingebracht werden könnte und die länger angelegte, aber möglicherweise nachhaltigere Entscheidungsprozesse hervorbringen könnte. Bei kurzfristigen Unterbringungen wird vielmehr darauf hingewiesen, dass die Fachlichkeit in diesen Momenten nicht so stark zu gewichten ist. Es handelt sich bei der Effizienz um ein normatives

Konzept, welches das Funktionieren von Pflegefamilien an erste Stelle setzt, ohne aber genauer zu definieren, was eine (gut) funktionierende Pflegefamilie konkret ausmacht. *Zweitens* lässt sich dieses Hochhalten der lokalen Bezüge zu den involvierten Personen und die damit verbundene Nähe und Erfahrungen durch die Sozialarbeitenden als Ausdruck hegemonialer Strukturen verstehen: Die Sozialarbeitenden verweisen auf die Nähe zu den betroffenen Personen als Ressource, was ihnen eine unmittelbarere Beziehung sowohl zu den Pflegekindern und Eltern als auch zu den Pflegefamilien ermöglicht. Diese Möglichkeit der unkomplizierten Beziehung aufgrund der räumlichen Nähe wird durch die Einführung der Fachstelle erschwert und ist damit auch gleichsam Ausdruck einer Professionalisierung, welche eine zunehmende Skepsis gegenüber der Nähe zwischen Sozialarbeitenden und Adressatinnen und Adressaten entwickelt. Neben der oben genannten Effizienz im Sinne einer möglichst schnellen und reibungslosen Vorgehensweise wird damit auch ein Moment deutlich, die Möglichkeiten als Sozialarbeitende durch die Kenntnisse der konkreten Situation vor Ort als fachliche Ressource zu nutzen. Mittlerweile besteht aber eine Tendenz, diese Nähe verstärkt zu problematisieren, da sich die konkreten Beziehungen schlecht kontrollieren lassen und damit immer auch wieder Gegenstand von Verdächtigungen werden.¹⁶² Dies zeigt sich beispielsweise an diesen "Tür-und-Angel-Gesprächen", welche durch den informellen Charakter auch einen Moment von Willkür enthalten können. Durch die lokale Distanz der Fachstelle kann auch eine Unabhängigkeit von den Personen vor Ort ermöglicht werden, die Eltern sind also beispielsweise nicht abhängig von der Sozialarbeiterin, die sie auch "aus dem Dorf" kennt. Damit wird die Ambivalenz deutlich, die sich in dieser Auseinandersetzung um die lokale Nähe abbildet: Die Nähe der Sozialarbeitenden in der Gemeinde zu den betroffenen Personen auf der einen Seite ermöglicht eine genauere Kenntnis der jeweiligen Situation der betroffenen Eltern und Pflegeeltern, dadurch besteht aber auch eine größere Problematik der Abhängigkeit dieser Personen von den konkreten Sozialarbeitenden. Auf der anderen Seite bringt die Fachstelle durch ihre lokale Distanz eine größere Unabhängigkeit von den Personen mit sich, ist damit aber gleichsam weniger involviert und weiter entfernt vom konkreten Geschehen. Durch diese größere Distanz ist die Fachstelle auf Rückmeldungen und Berichterstattungen der Sozialarbeitenden angewiesen, um sich ein Bild schaffen zu können.

6.2.3 Begleitung und Aufsicht von Pflegefamilien

Nach der Abklärung von Pflegefamilien und der Vorgehensweise bei der Platzierung in eine Pflegefamilie handelt es sich bei der Begleitung und Betreuung von Pflegefamilien um die dritte

¹⁶² Diese Überlegungen werden im Kapitel 6.4.2 zur Thematik der Absicherung weiter ausgeführt.

Phase, die sich aus Sicht der Sozialarbeit hervorheben lässt (vgl. Abbildung 2). Die Begleitung der Pflegefamilien ist vom Auftrag der Aufsicht der Pflegefamilien nicht zu trennen. Wie die Aufsicht allerdings konkret vorgenommen, respektive wie die involvierten Personen die Betreuung und Aufsicht darstellen, gibt Hinweise auf die sozialen Praktiken im Verlaufe der Platzierung. Es sei an dieser Stelle dran erinnert, dass die Begleitung der Pflegefamilien zum Zeitpunkt der Datenerhebung durch die Sozialarbeitenden und Betreuerinnen und ausdrücklich bei der Pflegefamilie Müller durch die Fachstelle geleistet wird. Rechtlich ist die Aufsicht in der Pflegekinderverordnung so weit geregelt, dass die Pflegefamilien "sooft als nötig, jährlich aber wenigstens einmal besucht [werden]" (PAVO, Art. 10, 1). Es fällt nun auf, dass auch in dieser Phase die lokale Nähe und Verbundenheit der betreuenden Personen als Ressourcen gegenüber den Pflegefamilien wahrgenommen werden. Seitens der Sozialarbeitenden und Betreuerinnen wird erstens das *Vertrauen* als Basis der Zusammenarbeit mit den Pflegefamilien dargestellt (1). Zweitens lassen sich die Betreuerinnen als *zivilgesellschaftliches Scharnier* zwischen den Familien und den staatlichen Institutionen interpretieren, die eine gewisse Vermittlungs- und Entlastungsfunktion wahrnehmen (2).

(1) Die Betreuerin Bucher beschreibt ihre Aufgabe so, dass sie die Pflegefamilien zwei Mal im Jahr zu besuchen hat: "Dann haben wir, also mein Auftrag ist, dass ich zwei Mal im Jahr einen Besuch mache und ich muss Ende Jahr einen Bericht machen" (Bucher Z341f.). Die mit ihr zusammenarbeitende Sozialarbeiterin Bernard stellt die Begleitung vor der Einführung der Fachstelle so dar,

"dass es über die Pflegekinderbetreuerin gelaufen ist. Die ist jederzeit erreichbar gewesen, auch am Wochenende oder so. Wenn sie es selber regeln konnte, dann hat sie es selber gemacht und sonst ist sie auf die zuständige Sozialarbeiterin, die das Kind platziert hat, zugekommen und man hat das dann zusammen angeschaut" (Sozialarbeiterin Bernard, Z266-270).

Hinsichtlich der Aufgabenteilung der Begleitung ist die Betreuerin in der Gemeinde die erste Ansprechperson im Falle von Schwierigkeiten in den Pflegefamilien. Damit diese seitens der Pflegefamilien angesprochen werden können, braucht es einerseits eine Vertrauensbasis gegenüber der Betreuerin: "Wichtig ist halt auch, dass das Verhältnis von mir zur Pflegefamilie gut ist, dass eine Vertrauensbasis da ist, dass sie die Sachen auch ansprechen. Ich kann ja nur so arbeiten, wenn sie offen sind" (Bucher Z474-477). Andererseits verweist die Betreuerin auch auf die Erreichbarkeit im Falle konkreter Probleme bei den Pflegefamilien. Besonders bei SOS-Pflegefamilien wird es seitens der Betreuerin als notwendig eingeschätzt, dass sie im Moment von Schwierigkeiten rasche fachliche Unterstützung erhalten. Zur Stützung dieses Arguments

schildert die Betreuerin Bucher die Situation eines 14-jährigen Pflegekindes, welches notfallmässig in einer SOS-Pflegefamilie platziert wird und am Sonntagabend nicht zurück zur Pflegefamilie kommt. Die Betreuerin unterstützt die Pflegemutter bei der Suche nach dem Mädchen.

"Man hat dann rausgefunden, wo sie [das Pflegekind, ein Mädchen, ts] ist und die Pflegemutter hat dann gesagt, sie komme sie, oder sie machen am Bahnhof ab und sie komme sie abholen. Ich hab dann gesagt, sie solle mir auf jeden Fall, wenn sie zu Hause sei, es ist egal, es ist nach elf Uhr gewesen, sie soll mir nochmal zurückrufen, ob alles in Ordnung ist. Wenn sie nicht aufgetaucht wäre [nöd füre cho], hätten wir die Polizei benachrichtigen müssen. Und das sind schon Situationen, wie es jetzt ist, weiß ich nicht, es ist wichtig, dass jemand immer erreichbar ist" (Betreuerin Bucher, Z554-562).

Es handelt sich dabei um ein wiederkehrendes Thema, das sich bei Pflegefamilien und besonders bei SOS-Pflegefamilien stellt: Das Pflegekind geht am Wochenende zu den Kindseltern und kommt am Sonntagabend nicht rechtzeitig zurück zur Pflegefamilie. Das stellt ein spannungsreicher Moment dar, weil gerade hier sich die unterschiedlichen Aspekte des Pflegeverhältnisses und der Fremdplatzierung zuspitzen: Das Pflegekind muss die Kindseltern wieder verlassen und die Pflegeeltern nehmen das Pflegekind nach dem Aufenthalt bei den Kindseltern wieder auf und müssen sich mit den Erfahrungen des Kindes auseinandersetzen. Insofern ist es nicht zufällig, dass die Betreuerin gerade diese Situation schildert und dabei ihr Unterstützungsangebot an die Pflegefamilien hervorhebt. Es scheint dabei in erster Linie darum zu gehen, in diesem Moment als Unterstützung erreichbar zu sein und dadurch einen Austausch über die Situation zu ermöglichen. Wie sich diese konkrete Übergangssituation zwischen den beiden Familien aus einer fachlichen Sicht verstehen lässt, wird nicht Gegenstand der Darstellung. Vielmehr scheint es um die Darstellung des eigenen Engagements und der Bereitschaft zur Erreichbarkeit und Unterstützung zu gehen. Hierin zeigen sich allerdings auch Hinweise auf ein durchaus stimmiges Strukturelement der Betreuung von Pflegefamilien durch ausgebildetes sozialarbeiterisches Personal, auf das WOLF (2012) hingewiesen hat. Professionell ausgebildetes Personal ermöglicht, dass die Pflegefamilien ihre Eigenartigkeit, wie das WOLF benennt, als Ressource gegenüber den Pflegekindern wahren können.

Gegenüber der Professionalisierung des Pflegefamilienbereichs wird seitens der Betreuerin die "Nähe zu den Leuten" als positiver Kontrast hergestellt:

"Ja das ist vielleicht eben, das wir, ich denke wir sind näher bei den Leuten gewesen (Kuckucksuhr läutet) das ist vielleicht ja (.) von der Betreuung und man wills ja noch professioneller machen von dem her und mit den Abklärungen wollen sie noch viel strenger sein und noch näher abklären und die Leute vorabzuklären, das ist sicher alles gut, aber wichtig ist eben, denke ich schon, der persönliche Kontakt und eben, dass immer jemand erreichbar ist, find ich wichtig, dass sie immer Unterstützung haben, ja (4)" (Betreuerin Bucher, Z597-604).

Bei dieser Textstelle handelt es sich um den Schluss des Interviews mit der Betreuerin, der den Charakter eines auffordernden Postulats beinhaltet: Die Nähe zu den Pflegefamilien aber auch zu den Eltern wird gegenüber der als distanziert beschriebenen Fachstelle als Ressource hochgehalten (vgl. auch die Ausführungen im vorherigen Kapitel 6.2.2). Die Genauigkeit bei der Abklärung von Pflegefamilien wird als wichtig eingeschätzt, gleichzeitig aber der "persönliche Kontakt" zu den Pflegefamilien scheinbar noch höher eingestuft. Durch den persönlichen Kontakt wird Öffentlichkeit ausgegrenzt, die Beziehung zwischen der Betreuerin und der Pflegefamilie wird dadurch gleichsam kenntnisreicher und intimer. Dies zeigt sich sehr deutlich an einem konkreten Beispiel bei der Sozialarbeiterin Frieden, die eine Situation mit einer Pflegefamilie schildert:

"Oder, dann hats die Situation gegeben, wo der Pflegevater im Haus rumgeschrien hat, weil er mit irgendwas, was die Frau gemacht hat, nicht einverstanden war und die Kinder haben dann sofort beim Mami [bei der Kindsmutter, ts] reklamiert, und haben gesagt, das ist ein böser, wir wollen nicht mehr bei dem sein. Und dann hab ich ein Gespräch zur allgemeinen Beruhigung machen müssen, wo der Pflegevater, und das ist dann halt eben eine Schwierigkeit gewesen, dass der Pflegevater eher ein lauter ist, wenn er wütend [verruckt] wird. Aber es ist für seine Kinder nicht bedrohlich, weil die den Ablauf kennen, das ist einfach so, der Papi wird laut, aber er ist dann auch grad wieder ruhig. Und die [Pflege]kinder, die aber das als Bedrohung empfinden, der Lärm, also die, die Art von/ von sich wehren, die sind dann völlig verunsichert gewesen. Und das müssen wir dann wissen, wenn man jetzt zu einem solchen Pflegevater, und er ist der Haupttätige dort, nicht eine Mutter- sondern ein Pflegevater. Muss man einfach wissen, was für Kinder dort hin getan werden. Weil er sagt, das ist meine Art der Kommunikation, wenn ich wütend [verruckt] bin, ich kann das nicht @unterbinden@ und äh, ja, wenn die Kinder jetzt damit ein Problem haben, ist es vielleicht gescheiter, man sucht jemand anderen. Und die Kinder haben das jetzt gelernt, also das ist nicht mehr so ein Thema, oder, aber man muss dann grad/ und weils halt grad nebenan ist, dann kann man rüberrennen und dann kann man miteinander schnell zusammensitzen, schauen, was braucht's, was ist, und dann ist das wieder gut, oder, und das wär viel komplizierter, wenn das die Fachstelle machen müsste // mhm // oder, also, das/ das ist wirklich äh, etwas wo/ wo da sehr schnell und, und ohne großes Aufhebens zwischendurch gemacht werden, das kann ich auch schnell machen, wenn ich Brot holen gehe, dann geh ich noch schnell dort rein und sage hey, wollen wir das schnell anschauen oder, und äh, bei der Arbeitsbelastung da, ist das angenehmer, wenn ich's einfach schnell machen kann, ohne jedes Mal sagen zu müssen, wann habt ihr einen Termin. Ja. @(.)@ mhm / @(.)@ ok" (Sozialarbeiterin Frieden, Z475-498).

An dieser Situation ist unter anderem eindrucklich, mit welcher Selbstverständlichkeit die Sozialarbeiterin den Zutritt zum Privaten der Pflegefamilie annimmt ("dann geh ich noch schnell dort rein"). Durch die bestehende Nähe wird suggeriert, dass es auch völlig unproblematisch sei, die Pflegefamilie informell vor oder nach dem persönlichen Einkaufen zu besuchen. Auch scheint es vor allem darum zu gehen, die Befähigung des Pflegevaters, der in der oberen Darstellung als unkontrollierter Choleriker erscheint, nicht in Frage zu stellen. Vielmehr wird es zu einem Problem der Pflegekinder gemacht, ob sie mit dem Pflegevater zurande kommen. Auch hierbei wird deutlich, dass in erster Linie die Effizienz im Vordergrund steht; die Klärung der

Thematik kann schnell und ohne großes Aufhebens vor sich gehen. Die Beschreibung des Verhaltens des Pflegevaters hinterlässt allerdings ein Unwohlsein und das Bedürfnis danach, allenfalls doch ein größeres Aufhebens drum zu machen. Ähnlich wie in den vorgängigen Ausführungen im Moment der Platzierung wird der Fachstelle eine Distanz und damit fehlende Kenntnis der vorliegenden Situation unterstellt. Die Sozialarbeiterin verweist gleichzeitig darauf, dass sie mit dieser größeren alltäglichen Nähe auch "mehr sieht" als die Fachstelle, was deren Privatleben anbelangt. Dass damit allerdings auch mehr Kontrolle über die Pflegefamilie ausgeübt werden kann, führt sie nicht aus. Auf die tendenziöse Frage im Interview, ob die Fachstelle an die Ressource der lokalen Nähe der Sozialarbeitenden rankommt, antwortet die Sozialarbeiterin Frieden:

"ja, nein, und es ist einfach es/ das, das ist einfach immer termingebunden, oder. Ich kann einen Pflegevater zum Beispiel auch im Migros [Schweizer Supermarkt, ts] hinter dem Gestell schnell sehen, und ihn sehen @donnern und sage (knurr) was je/ oder@ das kann eine Fachstelle nicht. Ich sehe viel mehr als die Fachstelle. Also gut, wir jetzt, wir wohnen alle da in der Nähe, also alle, die da arbeiten, oder die meisten. Und darum denke ich, das ist manchmal auch wichtig, also ja @(.)@ ich finds, oder" (Sozialarbeiterin Frieden, Z617-622).

Die Fachstelle wird als Institution dargestellt, die nicht spontan und flexibel auf bestimmte Bedarfslagen der Betreuung von Pflegefamilien reagieren kann. Diese werden an dieser Stelle gleichsam als solche inszeniert, die sich als alltägliche Belange stellen und entsprechend im Alltag – notabene in einem öffentlichen Rahmen – bearbeitet oder zumindest erkannt werden können. Dadurch wird das Private der Pflegefamilie veröffentlicht, auch wenn die Gewichtung der persönlichen Kontakte seitens der Sozialarbeitenden an sich Öffentlichkeit ausgrenzen.

Diese Ausgrenzung des Öffentlichen über die persönlichen Kontakte mit den Pflegefamilien wird seitens der Sozialarbeiterin Frieden auch damit begründet, dass es sich bei diesen konkreten Pflegeeltern um "ganz eigenartige Leute" handelt, zu denen ein "guter Draht" notwendig sei. Die Eigenartigkeit wird nicht genauer beschrieben, aber die Pflegefamilien werden damit als etwas Besonderes beschrieben, es sind eigenartige Leute, die für die Pflegekinder etwas Besonderes tun. Dieses Besondere kann nur durch einen "guten Draht", also eine gute Beziehung aufrechterhalten werden. Damit allerdings verbleibt das Private der Pflegefamilie über diesen persönlichen Kontakt vollständig bei der Sozialarbeiterin, die dadurch einen privilegierten Zugang zu den Pflegefamilien erhält. Bei der folgenden Textstelle handelt es sich um die abschließende Stellungnahme im Interview, in der die Sozialarbeiterin explizit ihre persönliche Ansicht darstellt, was die Betreuung der Pflegefamilien betrifft:

"Aber das, also ich denke, das wär mir ganz wichtig, dass das (.) also jetzt, das ist vielleicht meine wirklich höchst persönliche Ansicht, dass das nicht wegfällt, dass ich mit den Pflegefamilien wirklich, dass die Betreuung so laufen kann, aber es gibt wahrscheinlich auch Fälle, wo

ich froh bin, wenn ich das nicht machen muss // mhm // das ist dermaßen individuell, oder, aber äh, bis jetzt mit den Pflegefamilie, wo ich da habe, bin ich natürlich sehr froh, hab ich den direkten Kontakt, ja, weil die müssen auch wie Vertrauen haben können, ich hab nochmal eine Pflegefamilie, das sind ganz, ganz eigenartige Leute, und mit denen hab ich ganz einen guten Draht und die machen das auch extrem gut. Und ich glaub, wenn man die Leute nicht kennt, dann ist das ganz schwierig @also ja@ und das ist eine Lehrerin, die Pflegekinder hat, und sie ist auch eine von denen, die entzückt ist übers Pflegegeld, die meisten finden, das ist viel zu wenig. Und sie ist/ findet, nein, das glaub ich ja nicht, jetzt bekomme ich so viel Geld, das ist ja irrsinnig, die hat wirklich Freude, und das ist jetzt mal ganz etwas anderes und die zahlt aus dem noch zusätzlich den Montessori-Kindergarten und Portugiesisch-Unterricht für die Kinder und gibt das Geld her für die Kinder, sie braucht gar nicht für sich, Reiten können sie haben und so weiter, also extrem, oder, und äh, ja, und, und zu ihr hab ich ganz einen guten Draht, aber es beinhaltet natürlich auch, dass ich gelegentlich halt mal ihre Sachen abhöre, wenn sie wütend ist und plötzlich da steht und sagt, unterschreiben sie mir das, das sie hört, dass ich das und da und dann wollte sie es von der Sekretärin auch noch wissen, und das geht nicht über die Fachstelle, wer ist die Fachstelle? Also, ja, irgendwie das ist, das wissen sie nicht, vielleicht würden sie sie kennenlernen, aber es kann nie die Nähe entstehen, weil ich muss ja mit dem Kind immer wissen und ich muss auch die Standortgespräche/ gut die Fachstelle wär nicht jedes Mal dabei, ja, aber ich weiß es nicht. Also, es ist zu schauen" (Sozialarbeiterin Frieden, Z682-705).

An sich relativiert die Sozialarbeiterin zu Beginn, dass sie nicht zu allen Pflegefamilien notwendigerweise einen ebensolchen intensiven Kontakt pflegen müsse. Für eine konkrete Pflegefamilie, die sie vorgängig als eigenartig beschreibt, macht sie aber deutlich, dass diese als schwierig wahrgenommen würde, wenn man sie nicht genauer kennt. Sie selber kennt die Pflegefamilie und kann sie deshalb als gut und geeignet für die Aufnahme von Pflegekindern einschätzen. Damit bekommen nicht nur die Pflegeeltern eine "Eigenartigkeit", sondern auch die Beziehung zwischen der Sozialarbeiterin und der Pflegefamilie erlangt eine eigene Art und damit eine Exklusivität, die eine Zugänglichkeit von außen und von anderen Personen erschwert. Die Qualität oder Eigenart der Pflegefamilie wird anschließend mit der Tatsache beschrieben, dass die Pflegemutter sich mit dem Pflegegeld zufrieden gibt und das Geld nicht als Lohn ansieht, sondern für die Tätigkeiten der Pflegekinder investiert. Die Sozialarbeiterin baut hierbei ein Gegenkonstrukt von Pflegeeltern auf, die sich über die Höhe des Pflegegeldes beklagen. Ob die besagte Pflegemutter – notabene Lehrerin – existentiell auf das Pflegegeld angewiesen ist, wird dabei nicht angesprochen. Vielmehr wird damit ein Bild von Pflegeeltern konstruiert, die nicht des Geldes wegen Pflegekinder aufnehmen, sondern bei denen das uneigennützige Engagement für die betroffenen Kinder und Jugendlichen im Vordergrund steht. Die Sozialarbeiterin stellt die Beziehung zur Pflegemutter als eine persönliche und vertrauensvolle dar, die auch beinhaltet, "die Sachen der Pflegemutter abzuhören", also ihre alltäglichen Sorgen ernst zu nehmen. Die Beziehung nimmt dadurch allerdings einen stark privaten Charakter an, nur die Sozialarbeiterin scheint noch einen privilegierten Zugang zur Pflegemutter zu finden und nur sie scheint damit die Qualität des damit verbundenen Pflegeverhältnisses erkennen zu können. Durch diese

Intensivität der Beziehung und dem Vertrauensaufbau kann es allerdings auch möglich werden, dass Themen und Schwierigkeiten in der Pflegefamilie in der Arbeit mit den Pflegekindern angesprochen werden.

(2) Einhergehend mit der lokalen Nähe und den persönlichen Kontakten wird die Rolle der Betreuerin in ihrer Funktion als Vermittlung zwischen Betreuung und Aufsicht hervorgehoben: Die Sozialarbeiterin geht – wie oben ausgeführt – davon aus, durch ihre Nähe zu den Pflegefamilien ihre Aufsichtsfunktion hinsichtlich der Gewährleistung des Pflegeverhältnisses besser wahrzunehmen. Die Besuche der Pflegefamilien dienen maßgeblich der Überprüfung des Pflegeverhältnisses, respektive der Situation in der Pflegefamilie hinsichtlich der Eignung für das Pflegekind. Losgelöst von diesen Besuchen in den Pflegefamilien stellt sich die zentrale Frage, ob die Pflegefamilien über die Bereitschaft verfügen, allfällige in ihrer Familie bestehenden Schwierigkeiten gegenüber den Sozialarbeitenden oder staatlichen Behörden öffentlich zu machen. Eine Möglichkeit sieht die Sozialarbeiterin darin, eine ausreichend vertrauenswürdige und tragfähige Beziehung zu den Pflegeeltern aufzubauen. Eine andere Möglichkeit besteht darin, zwischen die Pflegefamilien und die staatlichen Institutionen eine weitere Figur einzufügen, welche eine Art Triage-Funktion übernimmt. Diese Funktion lässt sich den Betreuerinnen zuschreiben, welche in der Zusammenarbeit mit den fallführenden Sozialarbeitenden als erste Ansprechpartnerinnen für die Pflegefamilien funktionieren können. Die Sozialarbeiterin Bernard bringt diese Aufgabe folgendermaßen pointiert zum Ausdruck:

"Wenn sie [die Betreuerin, ts] es selber regeln konnte, dann hat sie es selber gemacht und sonst ist sie auf die zuständige Sozialarbeiterin, die das Kind platziert hat, zugekommen und man hat das dann zusammen angeschaut" (Sozialarbeiterin Bernard, Z268-270).

Die Aufsichtsfunktion wird damit an eine niederschwelliger erreichbare Person delegiert, die gewissermaßen eine Vorsondierung von Schwierigkeiten in Pflegefamilien vornimmt. Ihrer Einschätzung obliegt die Verantwortung, ob sie ein allfälliges Problem im Kontext der Pflegefamilie selber lösen, respektive "regeln" könne oder ob die fallführende Sozialarbeiterin involviert werden muss. Die damit verbundene Spannung beim Eingriff in die Familie beschreibt die Betreuerin Frei mit der Rolle der "Polizistin", welche in der Familie "den Finger drauf heben" müsse, also problematische Themen ansprechen muss. Dies umschreibt sie mit dem Stellen von "indiskreten Fragen" (vgl. Betreuerin Frei, Z388-391) und bringt damit das zentrale Thema der Aufsicht von Pflegefamilien auf den Punkt. Während das Private an sich gegen außen mit Diskretion, also mit einer Verschwiegenheit dessen verbunden ist, was als Privatsache definiert wird, stellt sich für die beaufsichtigende Person die Aufgabe, die Verschwiegenheit zu durchbrechen und konkrete Themen anzusprechen. Die Funktion der Aufsicht hat dadurch etwas

Zudringliches, indem gerade die Themen, die an sich der privaten Verschwiegenheit der Familie obliegen, angesprochen werden müssen. Hierzu gehören beispielsweise Fragen rund um die Beziehungsgestaltung in der Familie, der Umgang mit Körperlichkeit, Liebe, etc. Dieser Aspekt des Zudringlichen, welcher mit der grundlegenden Struktur des Pflegefamilienbereichs zusammenhängt und Teil der staatlichen Aufsichtsfunktion ist, wird durch die Betreuerin im Folgenden durch die Zuschreibung einer bestimmten Funktion in ihrer Rolle handhabbar und damit weniger bedrohlich gemacht:

"Aber (1) es ist (1) eigentlich mehr (4) man muss es mehr so als eine Art (6) als (1) eine Supervision oder so wie eine Mediation manchmal oder (1) sich vorstellen (2) dass man wie einfach eine Hilfe bietet (3) in diesen Fällen wo (.) wo wo schwierig sind zum kommunizieren (1)" (Betreuerin Frei, Z393-396).

Die Interviewsequenz ist durch längere Pausen geprägt, die sich als Hinweise auf die Unsicherheit lesen lassen, wie die Rolle beim Umgang mit persönlichen Themen auf Seiten der Pflegefamilien erfüllt werden kann. Die Betreuerin verwendet einerseits die Funktion der Supervision, welche ihr eine übergeordnete oder außenstehende Rolle ermöglicht. Damit wird an sich eine fachlich begründete Position eingeführt, die allerdings Freiwilligkeit bei den Klienten voraussetzen würde, während dieser Kontext von Fremdbestimmung geprägt ist. Mit der Rolle der Mediation ist eine vermittelnde Funktion im Falle bestehender Schwierigkeiten verbunden. Interessant hierbei der Hinweis, dass sie sich als vermittelnde Position sieht und Kommunikation da ermöglicht, wo diese schwer fällt. Trotzdem sieht sie sich als eine außenstehende Person, die gegenüber den Pflegefamilien eine Offenheit für Anliegen signalisiert.

"Und das find ich interessant, dass man als Außenstehende auch noch eine andere Sicht drauf hat und mal etwas ansprechen kann oder etwas auch anders sieht (2) und es ist manchmal (1) ich hab jetzt (1) manchmal auch Sachen gehabt, Fragen oder Anliegen, die an mich getragen wurden (2) die eigentlich über die Aufgaben hinaus gehen oder (2) wo dann die Leute kommen und (3) halt (.)" (Betreuerin Frei, Z396-402).

Sie ist einerseits nicht in den konkreten Alltag der Pflegefamilien involviert und wird gleichsam für Anliegen angesprochen, welche über ihre Funktion als Betreuerin von Pflegefamilien hinausgehen. Auch wenn die Betreuerin durchaus über ein staatliches Mandat verfügt, wird sie weniger als Teil der Behörden betrachtet und entsprechend als niederschwellig zugängliche Ansprechperson wahrgenommen. Damit stellt sich die Frage, welche Themen hierbei angesprochen werden. Das nachfolgend von ihr formulierte Beispiel macht deutlich, dass gerade Fragen rund um finanzielle Probleme, die gegenüber den Behörden als schwierig eingeschätzt werden, ihr als Betreuerin gegenüber leichter eingebracht werden können.

"Sei es, dass sie Schulden haben (2) und nicht recht wissen, wie sie mit dem jetzt umgehen müssen und wo sie (1) wo sie eine Beratung bekommen (2) wenn sie von der Gemeinde (1) da wenig Hilfe haben so (2) dann tu ich da gern anbieten und sage, ich kläre das ab für sie (2)" (Betreuerin Frei, Z402-405).

Die Betreuerin übernimmt eine Art "zivilgesellschaftliche Scharnierfunktion", indem sie als niederschwellige Abfederung der staatlichen Kontrolle gegenüber den Familien dient.¹⁶³ Sie erwähnt anschließend "sonst einfach schwierige Situationen" (Betreuerin Frei Z409f.), die ein Pflegeverhältnis mit sich bringen. So unterstützt sie eine Mutter mit einer "geistigen Behinderung" (ebd. Z411) im Gespräch mit den Behörden, "damit es auch (3) nachvollziehbar ist (2) für die Frau jetzt auch, um was es geht und dass sie sich nicht bedroht fühlt" (ebd. Z424f.). Die Betreuerin verdeutlicht hierbei die lebensweltliche Differenz zwischen den Behörden und den betroffenen Familien, die sich in der sprachlichen Verständigungsproblematik niederschlägt. Die Betreuerin muss in diesem Fall mit den Behörden reden,

"dass sie (3) nicht einfach (2) so einen Brief an diese Familie verschicken (2) wo wo (3) Normalsterbliche (2) ja grad noch so knapp verstehen oder (1) also das ist dann auch dort vorgekommen, sie bekommen so einen Brief (1) dann nehmen sie zwei drei Wörtchen raus (2) haben sie dann draus verstanden (1) Überforderung vielleicht (2) und so (2) so paar (2) und dann schon (2) zum Beispiel die Frau oder, war grad am halbjährlichen Gespräch (1) ja es ist alles gut ich bin so zufrieden es ist wunderbar wie die Tagesmutter das macht und plötzlich sagt sie (1) aber jetzt möchte sie [das Kind] wieder nach Hause nehmen (1) ich betreue es wieder zu Hause (2) jetzt hören wir wieder auf damit (2) aus heiterem Himmel (2) bis wir dann rausgefunden haben (2) dass sie eben gerade diesen Brief von der Gemeinde bekommen hat und null und nichts verstanden hat, ihr Mann auch nicht (2) und dass sie Angst bekommen hat, man nehme ihr (.) will jetzt ihr Kind wegnehmen und ins Heim tun (1) weil sie ja überfordert sei (1)" (Betreuerin Frei, Z427-440).

Es wird das Problem deutlich, dass die Behörden – hier wird von dem übergreifenden Subjekt der "Gemeinde" gesprochen – Briefe in einer Beamtensprache verfassen, die für die betroffenen Personen schwer verständlich sind. Ohne genauere Kenntnis des erwähnten Briefes kann davon ausgegangen werden, dass es sich vermutlich um eine Vorladung zu einem Gespräch handelt. Jedenfalls löst das Schreiben bei der Mutter die Angst aus, dass die Behörden ihr aufgrund der zugeschriebenen Überforderung das Kind wegnehmen könnten. Die Betreuerin vermag in diesem Fall eine vermittelnde Scharnierfunktion wahrzunehmen und steht den Lebenswelten der betroffenen Familien näher, als das die Behörden sein können.¹⁶⁴ Ein Scharnier stellt ein drehbares Gelenk dar, das zwei feste Teile beweglich miteinander verbindet und insbesondere

¹⁶³ Es handelt sich bei diesem Begriff der zivilgesellschaftlichen Scharnierfunktion um eine analytische Kategorie, die Betreuerinnen selber verwenden diesen Begriff nicht.

¹⁶⁴ Zum eingangs erwähnten "Fall Flaach", in dem eine Mutter ihre beiden Kinder und letztlich sich selber umbringt, wird seitens eines externen Gutachtens die Vorgehensweise der Behörden und Fachpersonen zwar grundsätzlich als korrekt bewertet. Die Gutachter stellten aber Schwächen im Verfahren fest, vor allem bei der Kommunikation mit den Betroffenen.

bei Türen Verwendung findet. Es ist insofern ein passendes Bild zur Beschreibung der Rolle der Betreuerin, weil es die Gewichte beider fester Teile aushalten muss, übertragen auf die vorliegende Diskussion also sowohl die Lebenswelten der Pflegefamilien mit deren Eigenheiten, wie auch die staatlichen und sozialpädagogischen Erwartungen. Der Begriff der Scharnierfunktion wird in der Sozialen Arbeit vorwiegend in der Diskussion um den sozialraumorientierten Ansatz und die Rolle der Schulsozialarbeit (vgl. bspw. SPIES/PÖTTER 2011) verwendet oder historisch auf die Entwicklung der Sozialen Arbeit zwischen bezahlter Arbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit bezogen (vgl. MOGGE-GROTJAHN 2010). "Soziale Arbeit fungiert als Vermittlerin oder Scharnier zwischen dem formellen Sektor (Staat und Markt) und dem informellen Sektor der Wohlfahrtsproduktion, zu dem insbesondere die Familie gezählt wird (hinzu kommen z.B. Bürgerengagement, Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen etc.)" (OELKERS 2011, S. 31). Gegenüber der Position OELKERS, die die Scharnierfunktion der Sozialen Arbeit als Vermittlung zwischen den staatlichen, marktwirtschaftlichen und familiären Erwartungen zuschreibt, ist die Soziale Arbeit im Pflegefamilienbereich stärker auf der formellen Seite verankert. Insofern kommt der Betreuerin eine zusätzliche Rolle der Vermittlung zu. Diese Art der Scharnierfunktion löst die Thematik, dass es sich bei der Aufsicht der Pflegefamilien um eine Form der Kontrolle der Familie handelt, nicht auf, gibt aber Hinweise darauf, dass eine solche Rolle Entlastung bieten kann.

Eine andere Form der Entlastung wird mit der Fachstelle eingeführt: Bei den Sozialarbeitenden lässt sich ein Rollenkonflikt festmachen, der mit der Fachstelle teilweise gelöst werden kann. Die Sozialarbeitenden übernehmen die fachliche Verantwortung für die Platzierung eines Kindes in einer Pflegefamilie, die Vormundschaftsbehörde trägt die politische Verantwortung – gestützt auf die fachliche Einschätzung der Sozialarbeitenden – und die Fachstelle gewährleistet die Aufsicht der Pflegeverhältnisse. Die Aufsicht beinhaltet hierbei die allgemeine Abklärung, ob die Pflegefamilien unter den jeweils aktuellen Bedingungen noch in der Lage sind, dem Pflegekind im Sinne des Kindeswohls einen angemessenen Rahmen zu bieten. Hierbei lassen sich bei den Sozialarbeitenden unterschiedliche Einschätzungen erkennen: Einerseits betrachten es die Sozialarbeitenden als sinnvoll, dass sie als Verantwortliche für die Fremdplatzierung nicht auch noch die Pflegefamilie hinsichtlich der Eignung bewerten müssen. Andererseits verweisen die Sozialarbeitenden darauf, dass die Einschätzung der Qualität der Pflegefamilie als Erziehungsrahmen des Pflegekindes nicht losgelöst vom Pflegekind stattfinden kann, insbesondere während einer bestehenden Platzierung in der Pflegefamilie. Bezogen auf die vorherigen Darstellungen der Erfahrungen der Pflegeeltern ist es allerdings auch denkbar, dass eine Distanz der Fachstelle die Basis für die Entwicklung von Vertrauen sein kann. Dies vor

allem deshalb, weil die Fachstelle als Beratungsstelle dann zum Tragen kommen kann, wenn die Beziehung zur Sozialarbeiterin oder zum Sozialarbeiter problematisch ist.

6.2.4 Beendigung des Pflegeverhältnisses

Bei den Schilderungen zu konkreten Auflösungen von Pflegeverhältnissen fallen in der Darstellung der einzelnen Akteure große Unterschiede auf: Während das Ende von Pflegeverhältnissen für die Pflegeeltern ein relevanter Moment darstellt, wird er von den Sozialarbeitenden in den Interviews kaum beschrieben. Beim Sozialarbeiter Ammann wird es zwar als Thema erwähnt, allerdings bleibt es weitgehend abstrakt, wie ein Ende eines Pflegeverhältnisses auszusehen hat:¹⁶⁵

"Ich denke, das dünkt mich eigentlich auch immer wieder noch wichtig, dass das irgendwann zu Ende geht (1) ob es jetzt Probleme gibt oder einfach weil (.) ähh eine andere Lösung gefunden wird oder de- das Kind zu einem Jugendlichen und zum erwachsenen Menschen geworden ist (1) und dann halt seinen eigenen Weg geht. Ich finde einfach, das soll (.) auch (.) überlegt sein, nicht einfach so; jetzt ist es vorbei (.) sondern man soll auch schauen, dass das Verhältnis, es ist häufig eine nahe Bindung zwischen dem Kind und der Pflegefamilie entstanden, dass das auch irgendwie gewürdigt wird, dass dem Raum gegeben wird, wie soll das () auch nachher weitergehen, auch wenn das Pflegeverhältnis selber zu Ende ist (1) was muss da noch abgemacht werden (1) dünkt mich wichtig, nicht dass es einfach so (1) eine traumatisierende Erfahrung wird (.) von, dass man da irgendwelche Beziehungen auseinanderreißt (2)" (Sozialarbeiter Ammann Z144-153).

Er macht darauf aufmerksam, dass Pflegeverhältnisse entweder geplant oder ungeplant aufgrund von Problemen zu Ende gehen können. Die Hinweise auf die Volljährigkeit von Pflegekindern und der damit verbundene allfällige Wechsel greifen hinsichtlich der dominierenden Lebensumstände und -planungen zu kurz: Mit der Volljährigkeit ist nicht per se auch eine ökonomische Unabhängigkeit verbunden. So handelt es sich anschließend um pädagogische Allgemeinplätze, Beziehungen und bestehende Bindungen nicht auseinanderreißen. Es stellt einen grundlegenden Unterschied dar, ob es sich um eine kurzfristige SOS-Platzierung oder eine längerfristig angelegte Dauerplatzierung handelt. Während SOS-Platzierungen von einem klar definierten zeitlichen Rahmen ausgehen, innerhalb dessen die Sozialarbeitenden eine Lösung im Anschluss an die Zeit des Pflegekindes in der Pflegefamilie suchen müssen, stellt sich bei Dauerplatzierungen eine andere Thematik: In *formal-rechtlicher* Hinsicht haben die Pflegekinder zum Zeitpunkt der Interviews gemäß der geltenden Pflegekinderverordnung nur bis zum 16. Lebensjahr den Status als Pflegekinder. Für die Pflegeeltern ergibt sich dadurch die Situation,

¹⁶⁵ Auch in der Beratung als Handlungsfeld der Sozialen Arbeit wird davon gesprochen, dass der Ablösung, dem Abschied und dem Ende des Beratungsprozesses zu wenig Beachtung geschenkt wird (vgl. WIDULLE 2012). Es handelt sich quasi um die Tabuisierung der Trennung oder des Todes. Der Sozialarbeiter Ammann (siehe oben) verweist hierbei auf eine allfällige Traumatisierung durch die Auflösung des Pflegeverhältnisses.

dass sie für ein Pflegekind ab diesem Zeitpunkt keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten. Mit der revidierten Pflegekinderverordnung wurde das Alter per 1. Januar 2013 auf 18 Jahre und damit auf das offizielle Mündigkeitsalter gesetzt. Damit sollte der veränderten gesellschaftlichen Situation der verlängerten Bildungsphase Rechnung getragen werden. Mit der Volljährigkeit kommt es auch zum Ende der Beistandschaft und die erwachsenen Pflegekinder haben damit die Rechte und Pflichten volljähriger Bürgerinnen und Bürger. Der/die junge Erwachsene muss damit grundsätzlich selber mit seinen Pflegeeltern einen Vertrag über einen allfälligen weiteren Aufenthalt in der Pflegefamilie vereinbaren, wie es sich beispielsweise mit einem Untermietvertrag bewerkstelligen lässt. Mit dem Wechsel zur Volljährigkeit wird aus dem Pflegekind ein Mieter oder eine Mieterin, sofern er oder sie noch weiter in der Pflegefamilie verbleiben möchte. Wenn die Beistandschaft für das Pflegekind noch verlängert werden soll, würde eine Erwachsenenschutzmaßnahme eingeleitet. Die damit verbundene Diskussion schlägt sich in der sogenannten "Care-Leaver"-Debatte nieder (GABRIEL/KELLER 2015; SIEVERS et al. 2015). Die deutsche Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe macht darauf aufmerksam, dass "junge Männer und Frauen in Deutschland ihr Elternhaus [durchschnittlich] mit 24 oder 25 Jahren [verlassen]. So wohnten 29 Prozent der 25-Jährigen (20 Prozent der jungen Frauen und 37 Prozent der jungen Männer) im Jahr 2009 noch im Haushalt der Eltern. Dagegen müssen junge Menschen, die in einem Heim, einer Wohngruppe oder Pflegefamilie aufgewachsen sind, den Übergang in die Selbständigkeit bereits in der Regel mit 18 Jahren bewältigen" (ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGENDHILFE 2014, S. 1). Junge Erwachsene in Jugendhilfemaßnahmen müssen unter diesen spezifischen Umständen früher erwachsen werden.

Aus einer *sozialarbeiterisch fachlichen* Sicht geht es darum, diesen Prozess, sei es eine Fortführung in der Pflegefamilie oder ein Wechsel aus der Pflegefamilie heraus, zu begleiten und entsprechend vorzubereiten. Der Blick auf die Schilderung der bestehenden Pflegeverhältnisse in dieser Untersuchung macht deutlich, dass es einerseits zu geplanten, bisweilen aber auch zu ungeplanten Abbrüchen von Pflegeverhältnissen kommt. Interessant ist hierbei ein Beispiel, dass der *Sozialarbeiter Cotti* schildert und die sozialarbeiterische Sicht auf diesen Moment der Fremdplatzierung fassbar macht. Er beschreibt die Situation, dass sich die Pflegeeltern mit den Eltern absprechen und sie quasi gemeinsam nach einer Anschlusslösung suchen, die der Sozialarbeiter an sich selber entwickeln möchte:

"Was ein bisschen speziell ist, es deutet etwas darauf hin, dass die/ dass die Pflegeeltern mit den Eltern bereits so ein bisschen kommunizieren, ob eventuell der [der Jugendliche, ts] doch wieder zu den Eltern zurück geht, das hat mich ein bisschen befremdet, das würd ich jetzt/ das hätte ich jetzt nicht so gern, weil das ist nicht ihr Job, oder // mhm // äh, Aussagen zu machen (.) über äh, der könnte zurück, oder // mhm // vor allem, weil die, die, die Schwierigkeiten von der ganzen

Geschichte her, ja zum Teil da ausgeblendet sind. // mhm // Aber, auch das, das ist/ das liegt glaub in der Natur der Sache, es werden halt manchmal Aussagen gemacht. Oder jemand versucht mit jemandem eine Allianz zu schmieden, um vielleicht etwas zu erreichen, oder so" (Sozialarbeiter Cotti, Z173-185).

Die Pflegeeltern stellen mit den Eltern eine Form von Gegenöffentlichkeit her, indem sie den involvierten Sozialarbeiter aus der Planung ausschließen. Dieser interpretiert das entsprechend als eine Form der Allianz, die als Verbündung gegen ihn eingegangen wird. Was er als Befremdung formuliert hängt mit seinem Unwohlsein zusammen, das er sogleich damit begründet, dass das nicht ihr Job sei. Es ist in seiner Wahrnehmung nicht die Aufgabe der Pflegeeltern, über eine Beendigung des Pflegeverhältnisses zu sprechen. Diese Gegenöffentlichkeit stellt sich dahingehend dar, dass die Pflegeeltern und die Eltern das Heft in die Hand nehmen und die Verantwortung übernehmen. Sie "schmieden" damit eine "Allianz" gegen den Sozialarbeiter und entziehen die Entscheidung über die Rückplatzierung seiner Zuständigkeit. Selbstredend stellt dies eine Bedrohung des Sozialarbeiters dar, da er dadurch in seiner Rolle überflüssig gemacht wird, zumindest scheint das seine eigene Wahrnehmung zu sein. Als Begründung seiner Kritik an dieser Vorgehensweise führt der Sozialarbeiter einerseits die fehlende Kompetenz der Pflegeeltern an, dies entscheiden zu können, andererseits verweist er auf die Schwierigkeiten, die ausgeblendet sind. Hierbei lassen sich zwei Interpretationen einführen: Die Schwierigkeiten *werden* und *sind* ausgeblendet. Wenn die Schwierigkeiten erstens ausgeblendet *sind*, handelt es sich um ein strukturelles Thema, dass die Pflegeeltern nicht genauer Bescheid über die Schwierigkeiten der Eltern wissen, die Eltern und deren Geschichte sollen damit zu einem Teil vor den Pflegeeltern geschützt werden. Zweitens *werden* die Schwierigkeiten durch die Pflegeeltern ausgeblendet. Ihnen wird damit zugeschrieben, dass sie die Idee der Rückplatzierung des Jugendlichen unter falschen Voraussetzungen andenken. Symptomatisch an dieser Beschreibung ist allerdings in erster Linie die Ausklammerung des Sozialarbeiters, dass es sich um eine freiwillige Platzierung handelt, sodass die Pflegeeltern und die Mutter einen eigenständigen Pflegevertrag abschließen. Einzig die Finanzierung des Pflegeplatzes liegt in der Verantwortung des Sozialarbeiters. Dies lässt sich auch aus Sicht der Machtfrage lesen, inwiefern die Perspektive der Pflegeeltern angemessen Berücksichtigung findet: Pflegeeltern können die oben genannte Thematik der Rückplatzierung möglicherweise tatsächlich gut beurteilen, da sie die Pflegekinder und unter Umständen auch die leiblichen Eltern über Jahre hinweg kennengelernt haben. Sie können beispielsweise über das Wissen zur Beziehungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen verfügen. Ihnen wird aber über den fehlenden

Berufsstatus die Fachlichkeit abgesprochen und – zumindest im konkret beschriebenen Fall – kommt es zu Spannungen, da der Sozialarbeiter seinen Berufsstatus in Frage gestellt sieht.

Zusammenfassend lässt sich für die unterschiedlichen Prozessmomente im Pflegefamilienbereich aus Sicht der involvierten Akteure der Sozialen Arbeit folgendes festhalten: 1) Die Eignungsabklärung von Pflegefamilien ist geprägt durch normative Annahmen, was eine gute Familie ausmacht. Der Integration in die Gemeinde wird ein großes Gewicht beigemessen. 2) Sowohl im Moment der Abklärung als auch der Platzierung lässt sich eine Unsicherheit festmachen, ob allfällige Probleme in der Pflegefamilie erkannt werden. 3) Es fällt auf, wie stark von den Sozialarbeitenden und der Betreuerin die lokale Nähe und der Vertrauensaufbau zu den Pflegefamilien hervorgehoben werden. Diese Nähe ist allerdings mit einer Ambivalenz verbunden, da einerseits durch den persönlichen Kontakt zwischen Sozialarbeitenden, Betreuerin und Pflegefamilie Vertrauen aufgebaut werden kann. Dadurch kommt es aber andererseits zum Ausschluss des Öffentlichen und zur Reduktion auf Einzelpersonen, die über das Private sehr viel erfahren. Eine größere Distanz der Bezugspersonen bringt einen stärkeren öffentlichen Charakter mit sich und macht die betroffenen Personen unabhängiger von Einzelpersonen. Die folgenden Ausführungen zu den symbolischen Ordnungen (Kapitel 6.4) werden die Überlegungen weiter vertiefen.

6.3 Analyse des Feldzuganges und der Forscherrolle

In der vorgängig vorgestellten Methode der Tiefenhermeneutik und des theoretischen Konzepts der Kontextinterpunktion (vgl. Kapitel 3.1.2) stellt der Zugang zum Feld ein zentrales Erkenntnismoment qualitativer Forschung dar, da die erhobenen Daten Ergebnis interagierender Kontexte sind. Es muss insofern darum gehen zu reflektieren, was es mir als Forschenden ermöglicht und gleichsam erschwert hat, die Rolle des Forschenden einzunehmen. Dazu gehört auch die Reflexion der Selbstdarstellungen im untersuchten Feld als etwas, was durch die Forschungssituation erst hervorgebracht wird. Der Feldzugang in diesem Forschungsvorhaben kann analytisch insofern berücksichtigt werden, dass sowohl der Zugang zum Pflegekinderbereich wie auch die vorliegenden Daten, insbesondere die Interviewdaten im Kontext zweier unterschiedlicher Forschungsvorhaben erhoben wurden: Die Evaluationsstudie einerseits ermöglichte den Zugang zum Pflegefamilienkontext und damit zu den unterschiedlichen Akteuren, die damit zu tun haben. Die hierbei erhobenen Daten müssen damit sowohl den Erfordernissen an die konkrete Evaluation genügen, aber auch der hierbei zentralen Fragestellung nach Privatheit und Öffentlichkeit zuträglich sein. Dieser doppelten Anforderung

wurde im Rahmen der Datenerhebung insofern Rechnung getragen, dass die Frage nach den Prozessen der Fremdplatzierung bei allen Akteuren eine größtmögliche Gestaltungsfreiheit bei der Selbstdarstellung als Betroffene des Pflegefamilienbereichs eröffnet.

Ausgehend von der Annahme, dass die Grenze der Untersuchung in der Klärung der eigenen Position und der vorgenommenen Interpunktionen zwischen den Kontexten liegt, ist es notwendig die unterschiedlichen Interaktionsebenen zu berücksichtigen (vgl. GRAF 1990, S. 21).

Für die vorliegende Untersuchung handelt es sich um die folgenden *Interaktionsebenen*:

- *Erstens* sind die innerhalb der Pflegeverhältnisse eingegangenen Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Akteuren zu nennen. Die Beziehungsstruktur innerhalb der Pflegefamilie zwischen den Pflegeeltern, den Kindern und den Eltern der Pflegekinder lässt sich ergänzen um die Beziehungen zu den leiblichen Eltern und den professionellen Akteuren, die mit der Pflegefamilie zu tun haben: Die Sozialarbeitenden und Beistände der Pflegekinder, die Fachstelle für Pflegekinder, die Betreuerinnen, die Vertreter der Vormundschaftsbehörden.
- *Zweitens* lassen sich die Interaktionsbeziehungen zwischen dem Beziehungsnetz der Pflegefamilie und dem Beziehungsnetz im Kontext der Forschung erwähnen. Diese Interaktionsbeziehungen werden über die vorgenommenen Interviews hergestellt, entsprechend relevant sind die Wahrnehmungen von Irritationen im Vorfeld und in der Nachbearbeitung der jeweiligen Interviews. Die Tiefenhermeneutik spricht hierbei von Emergenten, die sich auch auf Datenebene und auf der Ebene der Analyse zeigen können (vgl. Kap. 3.2). Als Forscher stelle ich im Sinne LAPASSADES ein Analysator dar, welcher im Rahmen des Interviews ein bestimmtes Verhalten hervorruft, welches nicht alleine auf den Forschungskontext bezogen werden kann, sondern auch mit den Rahmenbedingungen des Interviews, dem Kontext der Forschung zusammenhängt (vgl. LAPASSADE 1976).
- *Drittens* seien die Interaktionen im Kontext der Forschung erwähnt: Hierbei sind es Forderungen mit unterschiedlichen Hintergründen, welche die Rolle des Forschungssubjekts geprägt haben. Es handelt sich bei einer Dissertation um eine Einzelarbeit, die allerdings im Kontext unterschiedlicher institutioneller und gruppaler Zugehörigkeiten mit entsprechenden theoretischen und methodologischen Präferenzen erarbeitet wurde.

Die Selbstdarstellungen der einzelnen Akteure und die Herstellung symbolischer Ordnungen in den Interviews lassen sich also als Resultat der unterschiedlichen Interaktionsebenen verstehen, wie das im Folgenden am Beispiel der Pflegefamilien und der Sozialarbeitenden ausgeführt wird: Mit der Klärung des *Feldzugangs* wird der Kontext der Forschung mit den beiden letztgenannten Interaktionsebenen quasi als Rahmen für die Selbstdarstellung der Pflegefamilien verstanden und ermöglicht damit die Bedingungen der erhobenen Daten analytisch mitzudenken.

Der Feldzugang zu den *Pflegefamilien* erschloss sich über die Durchführung der Evaluation der Fachstelle für Pflegekinder (vgl. Kap. 2.3.3): Den Pflegefamilien wurde über einen offiziellen Versand seitens des Amts für Jugend und Berufsberatung ein Brief von der Universität als Auftragnehmer der Evaluation zugestellt, in dem sie aufgefordert wurden, sich bei mir zu melden. Diese Vorgehensweise hängt damit zusammen, dass die Adressen der Pflegefamilien uns als Forschende aus Datenschutzgründen nicht zugänglich gemacht werden durften.¹⁶⁶ Diese Vorgehensweise ermöglichte es den Auftraggebern, den Feldzugang genauer zu kontrollieren, was für die geplante Forschungsarbeit gewisse Unwägbarkeiten mit sich bringt. So kann der Forschende selber seitens der Pflegefamilien ebenfalls als Vertreter der Behörden wahrgenommen werden und entsprechende Reaktionen und Darstellungen bei den interviewten Personen hervorrufen. Es fällt in den Interviews mit den Pflegeeltern auf, dass die meisten der interviewten Personen aus unterschiedlichen Gründen eine kritische Haltung gegenüber den Behörden einnehmen. "Die Intervention der ForscherIn reproduziert im Forschungskontext vorerst eine Reihe von Rollen, die sie aus ihrem eigenen Kontext in den fremden Kontext mitbringt" (GRAF 2008, S. 84). Das durchgeführte Interview bringt als Intervention in den Pflegefamilien Selbstdarstellungen hervor, die mit meinen unterschiedlichen institutionellen Einbettungen zusammenhängen können: Grundsätzlich habe ich die Rolle des Forschers von der Universität inne, der einerseits mit der Evaluation der Fachstelle beauftragt wurde und andererseits ein persönliches Interesse am Pflegekinderbereich im Rahmen seiner Promotion mit bringt. In den Interviews mit den Pflegefamilien zeigt sich vor allem die Bedeutung der Rolle des Evaluators, indem Pflegeeltern das Interview bisweilen als eine Art "Abrechnung" gegenüber den Sozialarbeitenden, den Beiständinnen und Beiständen und den Mitgliedern der Behörden wahrnehmen. Sinnigerweise wurde seitens der Auftraggeber der Evaluation eine Skepsis hinsichtlich der Durchführung von qualitativ ausgerichteten Interviews mit Pflegeeltern als methodische Vorgehensweise formuliert, da eine "Kropfleerete" (Ein Kropfleeren) der Pflegeeltern erwartet wurde.¹⁶⁷ Das Kropfleeren suggeriert in diesem Zusammenhang, dass die Pflegeeltern einfach mal alle Themen hervorbringen würden, die sie sonst vermeintlich nicht ansprechen würden, um sich letztlich eine Erleichterung zu verschaffen. Die Selbstdarstellungen

¹⁶⁶ Als eine alternative Zugangsmöglichkeit wäre auch der Weg über sogenannte Familienplatzierungsorganisationen oder direkt über die Anfrage bei Beiständinnen und Beiständen möglich. Als dritter Weg hätte ich auch über Inserate oder über persönliche Kontakte den Zugang zu Pflegefamilien herstellen können. Der vorliegend gewählte Weg ist dem Evaluationsauftrag geschuldet und bringt gewisse Konsequenzen für das Sample der vorliegenden Untersuchung mit sich.

¹⁶⁷ Das "Kropfleeren" steht symbolisch für die sprachliche Wendung, seinem Ärger Luft zu verschaffen. Es bezieht sich auf die Tätigkeit von Vögeln, welche zur Fütterung ihrer Jungen die Nahrung wieder aus dem Kropf würgen. Umgangssprachlich wird es auch mit einer Erleichterung verbunden, welche sich mit dem Herauswürgen von tieferliegenden Wahrheiten ergeben kann.

in den Interviews mit den Pflegeeltern erwecken teilweise den Eindruck, als hätten sie ansonsten eher wenige Möglichkeiten, ihre eigenen Anliegen anzubringen.¹⁶⁸

Das *Setting des Interviews* ist also darauf angelegt, dass sich die Pflegeeltern gegenüber mir als Forscher in einer bestimmten Weise inszenieren. Im Sinne der Kontextinterpunktion geht es darum, den Kontext der Forschung zu variieren und darauf zu achten, in welcher Rolle die Pflegeeltern wahrgenommen werden, respektive welche Verhaltensmuster und Kommunikationsweisen den Pflegeeltern durch mich als Forschenden zugeschrieben werden (vgl. DEVEREUX 1976). Ich wurde in den Pflegefamilien jeweils sehr freundlich empfangen, bisweilen wurden mir die Wohnverhältnisse genauer vorgestellt und ich wurde durch das Haus geführt. So konnte ich im Falle der Pflegefamilie Müller quasi für eine kurze Zeit am konkreten Leben der Pflegefamilie teilnehmen, indem ich auch real erfuhr, wie mit den Pflegekindern umgegangen wird. Das Interview stellt eine Intervention in den als privat deklarierten Rahmen dar und ist gleichsam eine Projektionsfläche für die Inszenierungen seitens der Pflegeeltern. Hierzu gehört unter anderem die Rolle der fürsorgenden Mutter, des engagierten Bürgers und der kümmernden Nachbarin, etc. Das Datenmaterial ist geprägt durch die Situation, dass in der Person des Forschers etwas an Öffentlichkeit in die Familie getragen wird. Die Interviewpartner entscheiden darüber, welche Informationen sie öffentlich zugänglich machen wollen und wie sie sich selbst präsentieren möchten. Im Weiteren ist zu beobachten, dass sich die Selbstdarstellungen mir als Forscher und Evaluator gegenüber bisweilen auch als Versuche der Vereinnahmung und Instrumentalisierung interpretieren lassen. Auch hieran zeigt sich ein Strukturphänomen des Pflegefamilienbereichs, sich in einer bestimmten Weise gegenüber den außenstehenden Akteuren zu inszenieren. Meine Rolle als Forscher stellt eine Analogie zur Rolle der Sozialarbeitenden her, welche die Begleitung und Aufsicht von Pflegefamilien übernehmen.

Der Zugang zu den *Sozialarbeitenden* verläuft über ein Schreiben der Projektleitung des Evaluationsauftrags, welche die einzelnen Leitungspersonen in den Jugend- und Familienberatungsstellen auffordert, dass sich Sozialarbeitende bei uns für ein Interview melden. An dieser Stelle sei nochmals dran erinnert, dass die erwähnte Evaluation den Fokus auf die veränderte Aufgabenteilung legte: Rekrutierung und Betreuung von Pflegefamilien liegen neu in der Kompetenz der Fachstelle Pflegekinder, während die Begleitung und Fallführung der Kinder und Jugendlichen bei den Sozialarbeitenden der Jugend- und Familienberatungsstellen verbleibt. Der Kontext der Interviews mit den Sozialarbeitenden ist dadurch geprägt, dass die einen die

¹⁶⁸ Das zeigt sich besonders in den Interviews mit den Pflegeeltern Andermatt, Müller, Martin, Hartmeier und Bauer.

Einführung der Fachstelle befürworten, während andere – unter anderem wegen der aus ihrer Sicht positiv wahrgenommenen Zusammenarbeit mit den Betreuerinnen – der Fachstelle skeptisch gegenüber stehen. Dies schlägt sich in der Art der Darstellung der unterschiedlichen Fälle nieder, die entweder dazu genutzt werden, die eigene Fachlichkeit darzustellen oder die strukturelle Entwicklung zu befürworten oder zu kritisieren. Durch diese Kontextbedingungen der Forschung wird im Weiteren in den Interviews mit den Sozialarbeitenden des Öfters eine Bewertungssituation hervorgebracht: Die Sozialarbeitenden scheinen eine Bewertung ihres fachlichen Handelns durch den Forschenden zu erwarten, respektive argumentieren damit, das Interview zur Erhöhung der Reflexivität in der Fallarbeit zu verwenden. Der Aspekt der Fachlichkeit zeigt sich bisweilen auch als ein Moment der Rechtfertigung gegenüber dem Forschenden. Der Sozialarbeiter Cotti assoziiert das Interview mit einer externen Fachbegleitung, welche auf der Jugend- und Familienberatungsstelle war und "damals Dinge aufgezeigt habe". Der Forschung wird die Aufgabe zugeschrieben, gewisse "Dinge" aufzuzeigen oder aus dem Verborgenen aufzudecken. Hierzu ließe sich anfügen, dass dies quasi jede Forschung betrifft, in diesem Fall wird es aber virulent, weil gewisse Themen tatsächlich latent bleiben müssen; so beispielsweise die Unsicherheit bei der Entscheidung einer Fremdplatzierung. Dies fällt in diesem Fall auf, da der Sozialarbeiter Cotti im Interview erstaunlich wenige Fach- und Hintergrundwissen bei der Darstellung des Falles zum Ausdruck bringt. Vielmehr bezeichnet er das Interview nachträglich als Psychohygiene. Der Begriff der Psychohygiene geht unter anderen auf den Psychoanalytiker Heinrich MENG (vgl. BERNA 1995; MENG 1939) zurück, der damit die Praxis des seelischen Gesundheitsschutzes beschreibt.¹⁶⁹ Mittlerweile hat der Begriff den Charakter einer umfassenden und tendenziell unscharfen Kategorie für das Gesundbleiben in sozialen oder pflegerischen Berufen erlangt. Im Interview mit dem Sozialarbeiter Cotti scheint das Gesundbleiben durch das Gespräch mit dem Forscher und dadurch einerseits durch die Stärkung seiner Rolle als fallführender Sozialarbeiter zu erfolgen. Das Interview ermöglicht ihm andererseits, den konkret vorgestellten Fall wieder genauer zu strukturieren, was sich darin äußert, dass der Sozialarbeiter im Interview wiederholt auf eigene Versäumnisse in der Fallarbeit hinweist, die er sogleich nachholen müsse.

Den *Erfahrungen* und hervorgerufenen *Emotionen* in Interpretationsgruppen wird in der Tiefenhermeneutik viel Gewicht beigemessen, da davon ausgegangen wird, dass sich

¹⁶⁹ Der Begriff der Psychohygiene wurde von Heinrich MENG aus psychoanalytischer Warte weiterentwickelt und akademisch fruchtbar gemacht, er spielt aber auch beim Wiener Arzt Viktor E. FRANKL eine relevante Rolle: Dieser richtete im zweiten Weltkrieg im Ghetto Theresienstadt ein "Referat für psychische Hygiene" ein, um die Ankommenden zu unterstützen und damit ihre Überlebenschancen zu erhöhen (vgl. hierzu FRANKL 2002).

Interaktionsszenen aus dem Datenmaterial in den Analyseprozessen der Gruppe reaktualisieren. Die Gruppendiskussionen gehen dabei von Emergenten aus, die sich als Auffälligkeiten und Irritationen in der Auseinandersetzung mit dem Datenmaterial ergeben. Deshalb werden im Folgenden die Gruppendynamiken und emotional besetzten Themen diskutiert. Bei der hauptsächlich involvierten Interpretationsgruppe handelt es sich um eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, welche an einer Dissertation im Bereich der qualitativen Sozialforschung arbeiten und mittels der Tiefenhermeneutik analysieren oder an der methodischen Vorgehensweise interessiert sind. Die Gruppe blieb über die Zeit der Dissertation weitgehend in der gleichen personellen Besetzung erhalten und ist sowohl in der Forschung wie auch in der Ausbildung von angehenden Sozialarbeitenden tätig.

In den Auswertungssitzungen, in denen die Interviews mit den *Pflegeeltern* interpretiert wurden, manifestierten sich unterschiedliche Emotionen: Auffallend waren Skepsis, Verärgerung und Ungeduld gegenüber den Pflegeeltern. Die Skepsis wurde als ein Bedenken dahingehend geäußert, ob es den Pflegekindern in der jeweiligen Familie auch tatsächlich gut geht. Die Verärgerung wurde durch die Texte insofern ausgelöst, dass die Interpretinnen und Interpreten den Eindruck hatten, dass die Pflegeeltern die Pflegekinder nur aus Eigennutz aufnehmen wollen; sei es aufgrund der Schwierigkeit, eigene Kinder zu kriegen, sei es aufgrund des Bedürfnisses, für das eigene Kind noch einen Spielkameraden zu haben oder um sich selber als Pflegemutter oder -vater verwirklichen zu können. In der Gruppe zeigte sich bisweilen eine Ungeduld gegenüber den Pflegeeltern und ihren Beweggründen für die Aufnahme von Pflegekindern wie auch gegenüber ihren Begründungen, welche als nicht ausreichend wahrgenommen wurden. In dieser Wahrnehmung der Situation lassen sich unterschiedliche Themen rekonstruieren: Erstens reproduziert sich darin das Problem der sozialen Kontrolle gegenüber der Familie als abgeschlossener Privatraum, um damit eine Sicht von außen, der Öffentlichkeit, herzustellen: Wie ist es möglich zu gewährleisten, dass den Pflegekindern in den Pflegefamilien nichts geschieht? Das ist auch gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Skandale um misshandelte oder getötete Pflegekinder relevant.¹⁷⁰ In diesem Zusammenhang ist interessant, dass damit eine Ontologisierung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit auch in der Forschungsgruppe hergestellt wird. Dadurch wird ein gesellschaftlicher Diskurs reproduziert, der sich in der nachfolgenden Diskussion um die Fremdplatzierung niederschlägt: Die Auseinandersetzung fand auch darüber statt, wer es sich vor welchem Hintergrund anmaßen

¹⁷⁰ In Deutschland wurde medial vor allem das an einer Überdosis Methadon verstorbene 11-jährige Pflegekind Chantal bekannt, deren Pflegeeltern drogenabhängig waren. Es geriet aufgrund der fehlenden Kontrolle seitens des Jugendamtes in den Fokus der Medien (vgl. bspw. <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-chantal-jugendamt-ignorierte-hinweise-auf-drogen-in-pflegefamilie-a-812683.html> [zuletzt besucht: 29.7.2016]).

kann, für die andere Person zu sprechen, und wie die Sicherung des Kindeswohls im Falle einer Fremdplatzierung gewährleistet werden kann. Es handelt sich bei der Frage nach der Legitimationsbedürftigkeit zweitens um ein generelles Thema von Pflegefamilien: Sie müssen sich dafür legitimieren, ein fremdes Kind aufzunehmen, und stehen unter einem permanenten Verdachtsmoment, was insbesondere auch den Verdacht auf Missbrauch anbelangt. Hierbei ist nicht nur an sexuellen Missbrauch zu denken, sondern auch einen Missbrauch im Sinne einer Instrumentalisierung der Pflegekinder, sei es beispielsweise als weiteres Kind, als Spielkamerad für das eigene Kind, als neue Aufgabe in der Familie, etc.

Die Interpretation des Datenmaterials löste in der Interpretationsgruppe eine Diskussion um die Frage der Anerkennung der Tätigkeit als Pflegeeltern aus, die maßgeblich über den Status des Angestellten respektive über die Lohnarbeit verhandelt wurde. Damit einher geht die Anerkennung eines spezifischen Lebensinhalts, respektive der geplanten Lebensführung. Mit der ausbleibenden Anerkennung aufgrund der fehlenden beruflichen Zugehörigkeit ging die allgemeine Diskussion um die Benachteiligung von Haus- und Erziehungsarbeit einher. Damit bewegte sich die Diskussion auch um die Frage, ob die Tätigkeiten im Privaten, respektive in der Familie zu entlohnen seien. Die Situation der Pflegeeltern löste in der Gruppe die Diskussion rund um Lohnarbeit und geschlechterspezifische Diskriminierungen aus. Eine große Emotionalität ging von der Frage aus, ob es sich bei der Familie um Arbeit handeln kann.

Die Beschreibung der *Kindeswegnahme* im Falle von Familie Brigitte löst eine starke Betroffenheit aus. Damit geht die Frage einher, wem ein Kind gehört und ob ein Kind überhaupt jemandem gehören kann. Interessanterweise wurde die Situation in der Forschungsgruppe als "Kindswegnahme" diskutiert. Dieser Begriff wird vorwiegend für behördlich angeordnete Fremdplatzierungen verwendet, im Falle der Familie Brigitte handelt es sich aber um eine freiwillige Fremdplatzierung. Trotzdem wird die Situation als eine solche interpretiert, in der einer Familie ein Kind weggenommen wird, selbst wenn es nicht mit einer staatlichen Intervention verknüpft ist. In der Forschungsgruppe reinszeniert sich eine im Pflegefamilienbereich ähnlich emotional verankerte Diskussion darum, wie mit der Situation umgegangen wird, wenn ein Kind nicht mehr bei der Familie aufwachsen kann. Damit verbunden ist auch die Unsicherheit, ob das Pflegekind in der Pflegefamilie bleibt. Was grundsätzlich als eine gemeinsam zu klärende Frage über den Verbleib des Kindes oder über eine geplante "Rückführung" des Kindes in Familie diskutiert werden kann, sorgt trotzdem für eine große Betroffenheit. Es besteht eine Analogie zwischen der Situation in der Forschungsgruppe und der geschilderten Situation bei der Familie Brigitte: Die vorherrschende wissenschaftliche und forschungsmethodische Schulung sieht quasi vor, dass individuell

Biographisches den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess entlang der Gütekriterien nicht beeinträchtigen soll. In der Gruppe widerspiegelt sich in diesem Umgang mit den eigenen Emotionen nicht nur die wissenschaftliche Strukturierung der Situation, die sich an einer Rationalität orientiert, sondern auch ein grundlegendes Thema von Pflegefamilien, insbesondere im Moment von Platzierungen von Kindern: Wie kann mit Emotionalität in solchen Momenten umgegangen werden, dies allerdings auch von Seiten der Sozialarbeitenden? Wie können Emotionalitäten ihren Platz finden, ohne dass die Pflegefamilien als unprofessionell erscheinen, wenn Professionalität mit einem rationalen Zugang verbunden wird? Der Umgang mit Emotionen stellt sich auch im konkreten Alltag der Pflegefamilien mit den Pflegekindern. Diese Thematik stellt sich im Kontrast hierzu für sozialpädagogische Heimeinrichtungen nicht in der gleichen Intensität, da durch den Schichtbetrieb und den damit verbundenen Wechseln des Personals eine Rhythmisierung in die Beziehungen eingebaut werden kann. Das ermöglicht insbesondere im Falle schwer traumatisierter Kinder und Jugendlicher eine Entlastung auf beide Seiten. Auch haben Heiminstitutionen für Jugendliche mit einem Arbeits- und Berufsbildungsbereich des Öftern die Möglichkeit, quasi die Logik der Arbeit zu stärken, welche nicht mit einer emotionalen Beziehungsgestaltung verbunden ist. Diese Trennung ist innerhalb von Pflegefamilien nur erschwert herzustellen.

Bei der Interpretationssitzung zu den Interviews mit den *Sozialarbeitenden* lässt sich in den Diskussionen beobachten, dass ein rascher Wechsel auf die analytische Ebene stattfindet. Dies hängt unter Umständen auch damit zusammen, dass es sich eher um ein Experteninterview handelt und wir als Interpretierende uns möglicherweise stärker hinsichtlich unserer Fachlichkeit und weniger in unserer Emotionalität angesprochen fühlen. Die Gruppe tendiert schneller dazu, die interviewte Person in ihrer Fachlichkeit in Frage zu stellen, während die Emotionalität eine geringere Rolle spielt. Gegenüber der Interpretation der Pflegefamilien war die Diskussion hierbei näher an den konkreten Fallbeispielen, welche geschildert werden. Im Falle des Sozialarbeiters Cotti reproduziert sich eine strukturähnliche Diskussion, indem dem Sozialarbeiter die Kompetenz als Professioneller abgesprochen wird. Das Interview löst als Ganzes diesbezüglich eine Irritation aus, dass er als zuständige Person wenig über den konkreten dargestellten Fall zu wissen scheint und in der Wahrnehmung der Gruppe eine große Distanz zu dem Fall aufweist. Dies zeigt sich unter anderem auch an der Aussage "man weiß einfach nicht, was man einkauft, mit einem 14-Jährigen" (Sozialarbeiter Cotti Z253f.), die als irritierend wahrgenommen wird, da der Kontext nicht stimmt und damit eine fehlende Fachlichkeit suggeriert wird. Eine zweite Irritation besteht darin, dass er sich über die Familie ärgert, welche die Unterscheidung der Aufgaben-, respektive Zuständigkeitsbereiche der unterschiedlichen

professionellen Akteure nicht versteht. In der Gruppe wird in einer fachlichen Auseinandersetzung diskutiert, dass es eigentlich an dieser Stelle darum gehen müsste, die entstandenen Frustrationen zu verorten und deren Ursprung genau zu reflektieren, um dadurch Hinweise auf die eigene Normativität herauszuarbeiten. Dies gilt sowohl für den Sozialarbeitenden im konkreten Fall, aber auch für die Gruppe an sich als mögliches Erkenntnismoment. Wir interpretieren die Argumentation des Sozialarbeiters als eine empfundene Kränkung, die in einem Widerspruch zur Selbstdarstellung als kompetenter Experte steht. Es irritiert, dass die persönlichen Kränkungen nicht professionell in der Rolle des Sozialarbeiters behandelt werden. So werden die dahinterstehenden Konflikte latent gehalten, darüber wird nicht gesprochen. Die Gruppe nimmt die Argumentation des Sozialarbeiters als Kränkung wahr, da die Mitglieder der Gruppe selber zu einem großen Teil in der Ausbildung von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen tätig sind. Die Kränkung re-inszeniert sich damit auch in der Interpretationsgruppe, die durch die Argumentationsweise des Sozialarbeiters und durch die Kritik an dessen Überlegungen auf sich selber als Auszubildende zurückgeworfen wird. Es wird seitens der Gruppe als Reaktion auf diese Argumentationsweise der Wunsch nach mehr Professionalität geäußert, worin sich ein strukturierendes Moment dieses gesamten Arbeitsfelds rund um Pflegefamilien widerspiegelt: Wenn eine Unzufriedenheit mit den Tätigkeiten in diesem Arbeitsfeld geäußert wird, ist die Forderung nach Professionalisierung bisweilen nicht weit. Die Kategorie der Professionalität wird zu wenig gefüllt und erlangt dabei den Charakter einer Sammelkategorie für qualitativ hochstehende Arbeit. Im Zusammenhang mit der geringen Kenntnis des fallführenden Sozialarbeitenden über den konkreten 14-jährigen Jugendlichen entwickelt sich in der Gruppe eine Form der Solidarisierung mit dem Jungen dahingehend, dass man ihn zur Sprache bringen möchte. Dieses Moment der Solidarisierung beinhaltet weniger eine reflektiert anwaltschaftliche Fürsprache für dieses Pflegekind als vielmehr die Sorge darum, dass das Pflegekind aus dem Fokus gerät. Hierin reproduziert sich einerseits eine Sorge, die von den Pflegeeltern gegenüber den Behörden vorgebracht wird. Andererseits wird damit auch die Anlage des vorliegenden Forschungsprojekts reproduziert, in welchem die Pflegekinder ebenfalls nicht selber zur Sprache kommen.

Ausgehend von den Emergenten in der Auseinandersetzung mit dem Datenmaterial lassen sich zusammenfassend die folgenden Themenbereiche entwickeln, die in der weiteren Darstellung der symbolischen Ordnungen wieder aufgegriffen werden:

- 1) In der *Skepsis* gegenüber den Pflegefamilien und deren Motivlagen reinszeniert sich einerseits das Bedürfnis nach einer *Kontrolle* des Handelns in den Pflegefamilien und dem

damit verbundenen Schutz der Pflegekinder, wie auch andererseits die *Legitimationsproblematik*, die mit der Aufnahme eines Kindes in die Familie einhergeht. Diese Wahrnehmung von Pflegefamilien, die sich in der Forschungsgruppe reinszeniert, gibt auch sowohl einen Teil der öffentlichen Sichtweise auf Pflegefamilien als auch die Aufgabe der Sozialen Arbeit in diesem Feld wieder.

- 2) In der Frage nach der *Anerkennung* der Tätigkeiten von Pflegefamilien und dabei insbesondere von Pflegemüttern kommt die im Pflegekinderbereich vorhandene Spannung zwischen Ehrenamtlichkeit und Lohnarbeit wie auch generell die Frage nach der Entlohnung innerfamiliärer Tätigkeiten zum Ausdruck. Handelt es sich bei der Tätigkeit als Pflegeeltern um eine Form von Arbeit, die entsprechend entlohnt werden sollte?
- 3) Die *Emotionalität* und der Umgang in der Forschungsgruppe damit geben ein strukturelles Moment wider, welches Emotionalität insbesondere der Familie, respektive dem privaten familiären Rahmen zuschreibt. Insbesondere in der Beschreibung der Fremdplatzierung zeigt sich einerseits ein bestimmtes hegemoniales Familienverständnis, dass es an sich immer besser ist, bei der eigenen Familie aufzuwachsen. Andererseits stellt der Umgang mit Emotionen die Pflegefamilien vor besondere, strukturell bedingte Herausforderungen, die sich bei Heiminstitutionen in dieser Form nicht stellen.
- 4) Die *Solidarisierung* der in der Forschungsgruppe Beteiligten mit den betroffenen Pflegekindern oder Jugendlichen reinszeniert das Bedürfnis, die betroffenen Personen zur Sprache zu bringen. Damit lässt sich die Schwierigkeit beschreiben, wie im Pflegekinderbereich mit dem Schutz der Privatheit der Pflegekinder umgegangen wird. Wie viel müssen oder sollen die Pflegeeltern über die Geschichte des Pflegekindes wissen? Im Begriff der Solidarität steckt im Kontext professionellen Handelns auch eine gewisse Widersprüchlichkeit: Solidarität im Sinne von Unterstützung, die die Individuen den Angehörigen ihrer Gruppe, Gemeinschaft oder Gesellschaft vor dem Hintergrund eines Zusammengehörigkeitsbestrebens wechselseitig zukommen lassen, ist unter modernen Bedingungen zusehends einer sozialstaatlichen Erbringung öffentlicher Erziehung und der damit verbundenen Eigenlogik beruflicher Tätigkeit gewichen. Unter dem Begriff der "inszenierten Solidarität" beschreibt RAUSCHENBACH die Professionalisierung der Sozialen Arbeit hinsichtlich der verberuflichten, bezahlten und marktförmigen Organisation der Beziehungsgestaltung in folgender Weise: "in der tendenziellen Anonymisierung der Klientenbeziehungen, in der mangelhaften zeitlichen und räumlichen Abstimmung von Angebot und Nachfrage, in der Spezialisierung und fehlenden Vernetzung von Hilfsangeboten, in einer mehr oder mindern großen Diskontinuität der zugrundeliegenden

personalen Beziehungen, in einem wachsenden Abstand zwischen Betroffenen- und Expertenwissen, in der Verringerung freundschaftlich-spontaner Hilfsbereitschaft aufgrund der individuell entlastenden und damit solidaritätsmindernden Wirkung der organisierten Hilfe sowie schließlich in dem Verlust von Nähe, Dauerhaftigkeit und 'zeitinvarianter Reziprozität' von Geben und Nehmen" (RAUSCHENBACH 1994, S. 98). Solidarität wird bei RAUSCHENBACH als informell-naturwüchsige Hilfe innerhalb von lebensweltlichen Kontexten verstanden, welche im Rahmen der Modernisierung der Sozialen Arbeit zusehends wegfallen. Diese Perspektive beinhaltet allerdings die Problematik, dass Solidarität als eine Form von Natürlichkeit bestimmt wird und damit Gefahr läuft, auf den familiären Kontext reduziert zu werden. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist der Aspekt der Solidarität im Folgenden im Kontext von Pflegefamilien genauer zu beleuchten.

6.4 Symbolische Ordnungen

Die nachfolgenden Ausführungen orientieren sich an den vorgängig ausgeführten Darstellungen der Geschichten der Pflegefamilien und der Praktiken der involvierten Sozialarbeitenden wie auch an der vorgestellten Heuristik als theoretische Rahmung (vgl. Abbildung 1). Es geht also weniger darum, was konkret als privat oder öffentlich definiert wird, sondern vielmehr um die hergestellten symbolischen Ordnungen entlang hegemonialer und gegen-hegemonialer Artikulationen. Das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit lässt sich entlang der folgenden Bedeutungszuschreibungen ordnen: Als eine erste symbolische Ordnung wird auf die Normativität im Kontext von Pflegefamilien eingegangen und unter dem Begriff der hegemonialen Familialität entwickelt (vgl. 6.4.1). Zweitens lässt sich das Absicherungsbedürfnis im Kontext von Pflegefamilien als hegemoniale Praxis hervorheben (Kap. 6.4.2). Drittens wird Privatheit und Öffentlichkeit im Verhältnis zwischen Expertenstatus und Laienstatus als symbolische Ordnung herausgearbeitet (Kap. 6.4.3) und in einem vierten Schritt auf den Aspekt der Nähe und Distanz als ambivalente symbolische Ordnung von Privatheit und Öffentlichkeit eingegangen (Kap. 6.4.4). Es ist nicht restlos zu vermeiden, dass es bei der Darstellung dieser unterschiedlichen Ordnungen auch zu thematischen Überschneidungen kommt, vielmehr geht es darum, die vorgängigen Ausführungen zu den Pflegefamilien und der Praxis aus Sicht der Sozialarbeitenden im Sinne einer theoretisch geleiteten Analyse quer zu denken.

6.4.1 Hegemoniale Familialität

Die vorherigen Darstellungen der Vorgänge im Kontext von Pflegefamilien (vgl. Kap. 6.1 und 6.2) bringen eine hohe Normativität familiärer Lebensentwürfe und Formen der

Beziehungsgestaltung zum Ausdruck, was im Folgenden unter dem Begriff der hegemonialen Familialität beschrieben wird. Dieser Begriff orientiert sich an CONNELLS Konzept der hegemonialen Männlichkeit, das die Norm von oder die "Wahrheit" über Männlichkeit, "als jene Konfiguration geschlechtsbezogener Praxis [...], welche die momentan akzeptierte Antwort auf das Legitimationsproblem des Patriarchats verkörpert und die Dominanz der Männer sowie die Unterordnung der Frauen gewährleistet (oder gewährleisten soll)" (CONNELL/STAHL/MÜLLER 1999, S. 98). Es handelt sich dabei um ein Konzept kultureller Hegemonie (vgl. Kap. 5.1), welches die vorherrschenden Deutungen zum Geschlechterverhältnis wiedergibt und damit die Auswirkungen auf die involvierten Personen fassbarer macht. Nach CONNELL ist Männlichkeit "eine Position im Geschlechterverhältnis; Praktiken, durch die Männer und Frauen diese Position einnehmen, und die Auswirkungen dieser Praktiken auf die körperliche Erfahrung, auf Persönlichkeit und Kultur" (CONNELL et al. 1999, S. 91). Bei der männlichen Herrschaft handelt es sich demzufolge um ein dynamisches System, das über die Geschlechterbeziehungen kontinuierlich reproduziert wird. Für die vorliegende Untersuchung ist im Weiteren das Paradox interessant, "dass marginalisierte Männer nicht selten den hegemonialen Entwurf von Männlichkeit für sich als Leitvorstellung annehmen" (MARTSCHUKAT/STIEGLITZ 2008, S. 65). Das Modell dominanter Männlichkeit zeichnet sich in der Regel durch eine Orientierung an Mittelschichtnormen aus. Übertragen auf die Familie kann davon gesprochen werden, dass die Mittelschichtnorm auch für Familie Geltung erlangen und übernommen werden, wenn sie nicht der Mittelschicht zugehörig sind. Die vorherrschenden Vorstellungen über Familie geben damit Hinweise auf die gesellschaftliche Verfasstheit und die hegemoniale Herstellung von Privatheit und Öffentlichkeit. Der Begriff der 'hegemonialen Familialität' soll für die vorliegende Untersuchung die Hegemonie der familiären Lebensentwürfe und der Lebensführung fassbar machen.¹⁷¹ Im Vordergrund steht weniger der Aspekt der Geschlechtlichkeit, sondern der Versuch, mittels dieses Begriffs die Dominanz gewisser Familienvorstellungen und die damit möglichen Abgrenzungen hervorzuheben. Dazu lassen sich theoretische Anleihen an den Feminismus und die Familiensoziologie machen. Die hegemoniale Familialität zeichnet sich durch folgende Dimensionen aus:

a) Die Inszenierung der Pflegefamilie *als "gute Familie"* orientiert sich maßgeblich an einem bürgerlichen Lebensentwurf mit der Arbeitsteilung entlang des Modells des Alleinernährers, allerdings handelt es sich hierbei auch um Zuschreibungen seitens der Fachpersonen. Damit

¹⁷¹ Der Begriff der hegemonialen Männlichkeit entstammt der soziologischen Geschlechterforschung und erschließt sich nicht auf den ersten Blick für die Erforschung von Pflegefamilien. Der Begriff ermöglicht im Sinne einer kulturellen Hegemonie nach GRAMSCI, eine Form von Familialität hinsichtlich der sozialen Praxis zu analysieren, in der sich bestimmte Positionen und Verständnisse von Familie durchsetzen.

verbunden ist auch die Vorstellung, dass in der Pflegefamilie nicht beide Elternteile berufstätig sein sollten, auch wenn das durchaus der Realität von betroffenen Familien entsprechen könnte. Als Ausnahme ist hier die Familie Hartmeier zu nennen, in der beide Elternteile arbeitstätig sind. Es wird allerdings vom Pflegevater im Interview auch mit Erstaunen darauf hingewiesen, dass dies von Seiten der Behörden nicht als Ausschlusskriterium angewandt wurde. Als ein entscheidendes Kriterium einer bürgerlichen Familie gelten allerdings Schulden, was als Ausschlussgrund für Pflegefamilien gilt. Im Falle von bürgerlichen Familien wird Privatheit als selbstverständlich betrachtet, was insbesondere auch die finanzielle Situation der Familie anbelangt. Bei Pflegefamilien wird die diesbezügliche Privatheit allerdings fraglich und muss hergestellt und inszeniert werden. Was im Falle von Organisationen als Zweckorientierung verstanden wird, zeigt sich im Falle von Pflegefamilien als Abgrenzung gegenüber der Finanzierung der Tätigkeit: Es ließe sich in der Aussage "Man macht es nicht wegen dem Geld" pointieren. Die familiäre Tätigkeit wird als eine solche inszeniert, die mit Geld nicht angemessen zu bewerten ist.¹⁷² Die Sozialarbeiterin Frieden beschreibt eine gute Pflegemutter als diejenige, welche das Pflegegeld nicht als Lohn für sich, sondern für die Pflegekinder verwendet, und selber noch in deren Bildung investiert. Gleichzeitig sollen Pflegefamilien intakte Familien sein, was sich beispielsweise in der Äußerung des Sozialarbeiters Ammann niederschlägt: "Ich denke grundsätzlich kann man ja schon sagen (.) ist es ja nicht etwas, das in eine Normal (.) äh biographie reingehört, dass man nicht mehr- nicht bei seinen Eltern aufwächst, sondern es ist ein bisschen etwas Besonderes und das braucht eine besondere Achtsamkeit (3)" (Sozialarbeiter Ammann, Z153-155). Bei der eigenen Familie aufzuwachsen stellt die Norm dar und gleichzeitig wird damit suggeriert, dass das Aufwachsen der Kinder bei den leiblichen Eltern nichts Besonderes und damit auch tendenziell unproblematisch ist.

b) Der Aspekt der Kündbarkeit der Beziehungen bringt eine Besonderheit der Pflegefamilien hinsichtlich der Lebensführung zum Ausdruck. Die Möglichkeit der Kündigung der Beziehungen wird der Lohnarbeit als Accessoire hegemonialer Männlichkeit zugeschrieben, während die Sorgearbeit als Teil der weiblich gesteuerten Reproduktionstätigkeit interpretiert wird. So ist die Tätigkeit der Pflegemutter Brigitte in finanzieller Hinsicht kein Thema, hingegen wird der leibliche Sohn für die Betreuung des Pflegekindes durch die Pflegemutter "bezahlt". Das Verhältnis zwischen Lohn- und Sorgearbeit wird in Pflegefamilien bis zu einem gewissen Grad da gelöst, wo die Pflegefamilien ihre Tätigkeit als zeitlich begrenztes Dienstleistungsangebot verstehen. Dies ist im Falle von zeitlich befristeten SOS-Platzierungen, wie das bei der Familie

¹⁷² Allerdings wird gerade der Aspekt der Lohnarbeit in den Diskursen nicht offensiv diskutiert, sondern eher verdrängt (siehe Kap. 6.5.3). Damit verbunden ist auch die Thematik der legitimen Motivation, wenn es nicht der Lohn sein darf.

Zurbuchen der Fall ist, passend zu handhaben.¹⁷³ In diesem Fall der Familie Zurbuchen wird in der Selbstdarstellung im Interview auch deutlich, dass die eigene Familie gegenüber den Behörden rausgehalten wird. Die Pflegemutter vermag damit die eigene Familie zu schützen. Hieran lässt sich allerdings deutlich machen, dass diese Distanzierung auf die Zeit von drei Monaten – und die Pflegemutter Zurbuchen ist hierbei äußerst strikt in der Zeit – eine geringere emotionale Bindung nach sich zieht. Wer eine Dienstleistung anbietet, kann nicht gleichzeitig eine Beziehung anbieten. Insofern kann die Dienstleistungsorientierung auch nur in einem zeitlich begrenzten Setting funktionieren, bei Dauerplatzierungen in Pflegefamilien braucht es eine höhere Emotionalität. Pflegefamilien stehen zwischen dem Modell einer Dienstleistungsorientierung und dem einer emotionalen Bindung, was sich in der Ambivalenz zwischen emotionaler und rechtlicher Verantwortung zeigt (vgl. Familie Andermatt, Bauer, Brigitte). Emotional versuchen die Pflegeeltern die Pflegekinder als die eigenen zu betrachten und sie entsprechend zu behandeln, kognitiv ist ihnen bewusst, dass sie rechtlich nur eine beschränkte Verantwortung für die Pflegekinder haben.¹⁷⁴ Diese Unterscheidung erkennen zu können, wird von den Pflegeeltern erwartet, allerdings wird der konkrete Umgang mit dieser Situation, dass die Pflegekinder nicht auf sicher in der Pflegefamilie bleiben, nirgends deutlich angesprochen. In den Interviews mit den Sozialarbeitenden wird bisweilen deutlich, dass das Abbrechen von Beziehungen, beispielsweise zwischen Pflegekind und Pflegefamilie, von den Beteiligten akzeptiert werden müsste. Hierbei handelt es sich um das hegemoniale Muster, Stabilität als Familie zu gewährleisten, gleichzeitig aber bereit zu sein, das Pflegekind jederzeit wieder abzugeben. Gegen diese Versachlichung der Beziehungen äußert sich beispielsweise der Pflegevater Martin, dass es sich bei einem Pflegekind nicht um einen Staubsauger handelt, den man einfach austauschen kann, wenn er nicht mehr funktioniert. Das "Festhalten" am Pflegekind, respektive das Aufrechterhalten der Beziehung zum Pflegekind und die damit verbundene Sorge stellt eine gegen-hegemoniale Artikulation dar. Diese kann sich allenfalls auch gegen die Einschätzung der Sozialarbeitenden oder der Behörden richten. Es greift damit auch die Situation der Pflegekinder auf, die von den Pflegeeltern als Kinder und nicht als Aufgabe wahrgenommen werden möchten, wie das GÖTZÖ in ihrer Untersuchung herausarbeitet: "Für das Kind war jedoch wichtig, eine 'richtige' Tochterposition einnehmen zu können und nannte daher die Pflegeeltern auch 'Mami' und 'Papi'" (GÖTZÖ 2013, S. 176). Was sich auf der Seite der Pflegeeltern als

¹⁷³ So beschreibt es die Pflegemutter Zurbuchen auch als die Herausforderung, sich bei SOS-Platzierungen auf die jeweils unterschiedlichen Geschichten der Pflegekinder und -jugendlichen einzulassen.

¹⁷⁴ Konkret haben Pflegeeltern nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuch ZGB (Art. 300) die Pflicht, die Sorge für die Pflegekinder in Vertretung der sorgeberechtigten Eltern zu übernehmen (vgl. Kap. 2.3.2).

Aufrechterhalten der Beziehung interpretieren lässt, kann bei den Pflegekindern als Zugehörigkeit verstanden werden.

Die Stabilität der Beziehungen innerhalb von Pflegefamilien lässt sich auch als idealisierte Vorstellung bürgerlichen Lebens in der Familie diskutieren: Diese kollidiert mit der aktuellen gesellschaftlichen Situation einer vergleichsweise hohen Scheidungsquote von Ehen in der Schweiz.¹⁷⁵ Mit den Pflegefamilien wird gleichsam an einem Familienmodell festgehalten, das an sich an gesellschaftlicher Relevanz verliert. Das Aufrechterhalten der stabilen Beziehungen zwischen Pflegekindern und Pflegeeltern wird als eine Qualität dargestellt, die einerseits seitens der Behörden und Fachpersonen auch problematisiert, andererseits aber der Familie als eigen und entsprechend kaum lernbar verstanden wird. RISTAU-GRZEBELKO formuliert das hinsichtlich der Weiterbildungen von Pflegeeltern folgendermaßen: "Es wurde deutlich, dass Teilnehmerinnen über Fähigkeiten verfügten, die in einer Ausbildung nicht ausgebildet werden können, sondern im Leben entwickelt wurden. Solche Erfahrungen waren jene, die sich zum Beispiel auf die Erziehung und Betreuung der eigenen Kinder bezogen, diese in ungünstigen und schwierigen Situationen zu begleiten, ihnen die Zuwendung nicht zu entziehen oder die Beziehung aufzukündigen, wenn sie sich gerade unangemessen verhalten hatten oder ihnen alles misslungen war" (RISTAU-GRZEBELKO 2009, S. 243).¹⁷⁶

c) Familialität wird drittens über Natur und Mütterlichkeit hergestellt, was sich unter der Dimension des Körperlichen diskutieren lässt. Es handelt sich hierbei um das bereits vorgängig erläuterte dualistische Modell von Natur und Kultur, welches der Argumentation zugrunde gelegt wird.¹⁷⁷ Es findet sich wieder im Konzept der geistigen Mütterlichkeit, welches maßgeblich dazu dient, die geschlechterspezifische Aufgabenteilung in der Familie aufrechtzuerhalten. "Das familienpolitisch subventionierte Modell der exklusiven Mutterschaft in der Figur der Vollzeitmutter ist für Pflegefamilien sehr günstig, da sie einerseits den gesellschaftlichen Ansprüchen in Form der häuslichen Erziehungs- und Bildungsarbeit nachkommen können und andererseits die Pflege Tätigkeit einen 'Dazuverdienst' ermöglicht" (BRACHES-CHYREK 2010, S. 82f.). Damit wird die Vorstellung, dass Pflegefamilien sinnvoller-

¹⁷⁵ Laut des schweizerischen Bundesamts für Statistik liegt die Scheidungsziffer im Jahr 2014 bei 40.9%. Sie hat seit 1970 (15%) stark zugenommen (vgl. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/06/blank/key/06/03.html> [zuletzt besucht: 29.7.2016]).

¹⁷⁶ Interessant wäre an dieser Stelle, inwiefern diese Tendenz der Naturalisierung von Fähigkeiten die Ausbildung der Sozialen Arbeit in Frage stellt. Was kann eine Ausbildung leisten, wenn die involvierten Personen die Fähigkeiten mitbringen müssen, die an sich nicht gelernt, sondern bestenfalls *im Leben* entwickelt werden können? Diese Haltung vernachlässigt, dass Lebenserfahrungen gerade nicht einheitlich, sondern vielmehr durch soziale Ungleichheit geprägt sind. Eine Ausbildung könnte dazu beitragen, dass diese Bedingungen in die kritische Reflexionsfähigkeit eingeholt werden, ohne quasi die Fähigkeiten zu naturalisieren.

¹⁷⁷ vgl. auch die Ausführungen im vorherigen Kapitel 6.2.1 zur Natürlichkeit bei der Auswahl von geeigneten Pflegeeltern und insbesondere -müttern.

weise vor allem von Frauen geprägt werden, durch das Konzept der exklusiven Mutterschaft gestützt. Dieses Konzept wird durch das bürgerliche Alleinernährermodell zusätzlich geprägt, das vorliegende Datenmaterial gibt allerdings kaum Hinweise auf den legitimen 'Dazuverdienst' der Vollzeitmutter. Eine andere Lesart ließe sich dahingehend bilden, dass der Bezug zur Familie und zur Natürlichkeit zur Abgrenzung gegenüber den staatlichen Institutionen verwendet wird. Den Pflegefamilien ist die hegemoniale Vorstellung einer guten Familie bekannt, sie können – wie das DEMIROVIĆ beschreibt – sich selber sowohl als private wie auch öffentliche Familie inszenieren und zu sich selber ins Verhältnis setzen (vgl. Kap. 5.4). Das lässt sich beispielsweise an der Pflegemutter Brigitte zeigen, die am Ende des Interviews ihr Pflegekind weckt und es mir "vorführt". Die Inszenierung von Mütterlichkeit dient dazu, sich als gute Pflegemutter darzustellen, gleichzeitig aber den privaten Rahmen zu wahren, indem durch das Zeigen des Kindes ein Moment von Öffentlichkeit hergestellt wird.

Hegemoniale Familialität als eine symbolische Ordnung von Privatheit und Öffentlichkeit orientiert sich an den bürgerlichen Vorstellungen familiärer Normativität, an der Trennung von Haus- und Berufsarbeit, an einer Vorstellung von Mütterlichkeit als Grundlage der Pflegefamilie und an der Stabilität von Beziehungen innerhalb der Pflegefamilie. Als einer der wenigen konträren Familienentwürfe lässt sich die Familie Hartmeier nennen. Mit der Fachstelle wird eine weitere Perspektive auf Familie eingeführt, die sich – außer im Falle der Familie Hartmeier – nicht im Datenmaterial wiederfindet:

"Und das ist ein Teil, wo wir ach so ein bisschen dran sind, dass man sich überlegen muss, wenn wir wirklich auch eine städtischere gute Familie wollen, die städtischere Struktur oder so ein bisschen neue Familienstrukturen rein, dass man vielleicht nochmal genauer anschauen muss, was braucht das Kind, dass zum Teil vielleicht auch eine Familie geeignet wäre, wo jetzt zu Beispiel der Job, also wo bei den Job abwechseln und vielleicht sogar noch ein Kind fremdbetreut wäre (1)" (Fachstelle Z637-644).

Mit dem Begriff der hegemonialen Familialität soll verdeutlicht werden, dass im Pflegefamilienbereich an einem normativen Familienverständnis festgehalten wird, während dieses Familienmodell gesellschaftlich zusehends unter Druck gerät. In anderen Worten: Je stärker die bürgerliche Kleinfamilie bedroht ist, desto mehr wird an diesem Modell bei Pflegefamilien festgehalten. Es würde zu kurz greifen, Pflegefamilien als konservative Familienform, respektive als Aufrechterhaltung des konservativen Familienmodells abzutun. Auch eine Idealisierung der Pflegefamilie als Alternative zu sozialpädagogischen Institutionen würde den bisweilen durchaus auch problematischen Motivlagen der Pflegeeltern nicht gerecht. Aber im Sinne der Dialektik der Familie lassen sich gegen-hegemoniale Momente da entdecken, wo Pflegefamilien angesichts gesellschaftlicher Prozesse Widerstandspotentiale mit sich bringen.

Gegenüber einer Tendenz der Versachlichung und Bürokratisierung halten die Pflegefamilien an der Stabilität der Beziehungen zu den Pflegekindern fest.

6.4.2 Absicherung als hegemoniale Praxis

Die Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit aus Sicht der involvierten Akteure der Sozialen Arbeit kann als eine hegemoniale Praxis der Absicherung verstanden werden, die im Kontrast zu einer stärker kommunikativen Vorgehensweise der Klärung steht.¹⁷⁸ Mittels der Logik der Absicherung wird signalisiert, wo die Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit gezogen wird, respektive welche Informationen der Pflegefamilien als notwendig erachtet werden. Die betroffenen Sozialarbeitenden müssen die Trennung selber herstellen und beziehen sich dabei auf die entsprechenden rechtlichen und professionellen Konzepte. Die hegemoniale Praxis der Absicherung zeigt sich auf unterschiedlichen Ebenen: So verfolgt die Vormundschaftssekretärin das Interesse einer größtmöglichen Versicherung bei der Abklärung der Eignung von Pflegefamilien. Als derjenige Akteur, welcher die Verantwortung für eine Bewilligung eines Pflegeplatzes wie auch einer Platzierung in einer Pflegefamilie zu tragen hat, wünscht sich die Vormundschaftssekretärin im Namen der Behörde Garantien, was die Befähigung der Pflegefamilien anbelangt. Es handelt sich um eine Versicherungslogik, die auf den Ausschluss risikoreicher Faktoren abzielt (vgl. STUDER 2015). Die Vormundschaftssekretärin äußert in dem Zusammenhang den Wunsch nach Drogentests und Leumundszeugnis, welche die Eignung einer Pflegefamilie garantieren sollen:

"Wir haben nicht gewusst, ob diese Fachstelle allenfalls Haarproben nimmt. Die Rückmeldung war, dass kein Leumundszeugnis eingefordert wird, wir [hierbei wird indirekt die Fachstelle gemeint, ts] gehen dort vorbei und schauen den Platz, die Umstände an, wenn beide berufstätig sind, wird es schwierig. Einfach solche Geschichten, sehr subtil, natürlich nach dem Gesetz. Gesundheitsabklärungen oder Schulden – nicht bekannt, wird auch nicht gemacht. Das ist für uns [ab hier ist mit dem "wir" die Vormundschaftsbehörde gemeint, ts] schon ein Problem, wir würden uns wünschen, auf der Grundlage der Verantwortlichkeiten, dass da schon fundiertere Abklärungen vorgenommen werden" (Vormundschaftssekretärin).

Auf die Frage nach den Erwartungen an die Fachstelle antwortet die Vormundschaftssekretärin mit dem Hinweis auf das Durchführen von Drogentests in Form der Entnahme von Haarproben. Nach ihrer Aussage gehen die Sozialarbeiterinnen der Fachstelle bei den möglichen Pflegefamilien vorbei und schauen sich die familiären Lebensverhältnisse an. In der Frage nach den Haarproben manifestiert sich dieser Vorgehensweise gegenüber die Erwartungshaltung, über naturwissenschaftlich orientierte Verfahren die Gesundheit der Pflegeeltern zu eruieren und

¹⁷⁸ Siehe hierzu auch die Ausführungen im Moment der Abklärung von Pflegefamilien (vgl. Kap. 6.2.1).

entsprechend dokumentarisch festhalten zu können. Die gewünschte fundierte Abklärung verläuft entweder über klar objektivierbare Kriterien medizinischen Hintergrunds oder über die Zuschreibung einer sozialen Rechtschaffenheit. Hierbei verweist die Vormundschaftssekretärin darauf, dass seitens der Fachstelle kein Leumundszeugnis der Pflegefamilien eingefordert wird. Der Begriff des Leumunds geht auf den "Ruf" zurück, der jemandem zugeschrieben wird, und bedeutet eigentlich "Gehörtes" (vgl. DUDENREDAKTION 2001, S. 483). Damit ist auch der Begriff des "Verleumdens" verbunden, welcher darauf abzielt, den Ruf einer anderen Person zu zerstören. Der "unbescholtene Leumund" beruht auf der Einschätzung durch übergeordnete Instanzen, meistens sogenannter akzeptierter öffentlicher Personen, denen "von Amtes wegen" eine angemessene und wahrhaftige Einschätzung zugetraut wird. Hierbei handelt es sich um Personen, welche in ihrer Funktion auf einem staatlichen Amt ein Zeugnis über die Verlässlichkeit einer Person, vor allem in finanzieller Hinsicht, ausstellen. Damit ist allerdings auch verbunden, dass die betroffene Person die Einschätzung nicht beeinflussen kann und dem Ruf quasi ausgeliefert ist. Mit dieser Struktur werden Abhängigkeiten mitgeliefert, die nur schwer selber kontrollierbar sind. So handelt es sich beim Leumundszeugnis um einen rechtlich weder auf Bundes- noch auf Kantonsebene verankerten und anerkannten Begriff.¹⁷⁹ Mit dem Leumundszeugnis sind willkürliche Zuschreibungen verbunden, gegen die sich die einzelne Person nur schwer zur Wehr setzen kann. Gleichzeitig steckt in dieser Vorstellung des "unbescholtenen Leumunds" der Anspruch, dass sich jemand für die Verlässlichkeit der anderen Person ausspricht und entsprechend die Verantwortung übernimmt.

Der Wunsch nach Absicherung über klare Verfahren seitens Vormundschaftsbehörde und Sozialarbeitenden korrespondiert mit der aktuellen Debatte um Kindeswohlgefährdung (vgl. ACKERMANN 2014; HÜNERSDORF 2011; POMEY 2014). Eine der zentralen Errungenschaften moderner Gesellschaften stellt der persönliche Schutz vor der Willkür und dem Eingriff des Staates dar. Dies bedingt "Checks and Balances" innerhalb der staatlichen Strukturen und damit auch eine klare Aufgabenteilung demokratisch legitimierter Bereiche in Exekutive, Legislative und Judikative. Mittlerweile bedeutet Sicherheit allerdings "nicht mehr Schutz vor dem Eingreifen des Staates, sondern eine persönliche Sicherheit vor Bedrohungen wie Gewalt, etc."

¹⁷⁹ Der Schweizer Bundesrat hat auf eine parlamentarische Anfrage, was unter dem Leumundszeugnis zu verstehen ist, folgendermaßen geantwortet: "Unter dem Leumundszeugnis wird ein von der Gemeinde ausgestelltes Zeugnis verstanden, welches darüber Auskunft gibt, ob jemand seinen Verpflichtungen gegenüber der Familie, den Gläubigern und der Gemeinde nachkommt und ob Vergehen oder Verbrechen vorliegen" (aus: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20105350 [zuletzt besucht: 15.7.14]). Er macht deutlich, dass auf den Begriff des "unbescholtenen Leumunds" mittlerweile zusehends verzichtet wird, da es sich um einen sogenannt unbestimmten Rechtsbegriff handelt. Die Antwort gibt auch das Bürgerinnen- und Bürgerverständnis wieder, welches neben der Verantwortlichkeit gegenüber der Familie und der Gemeinde auch die ökonomische Pflicht als Schuldner gegenüber den Gläubigern beinhaltet. Der Begriff des guten Leumunds beinhaltet also eine gesellschaftliche, rechtliche und ökonomische Rechtschaffenheit des Bürgers und der Bürgerin.

(HÜNERSDORF 2009, S. 181). Diese Entwicklung schlägt sich nach HÜNERSDORF auch in der Jugendhilfe nieder, indem eine verstärkte Orientierung an der Risikoerkennung in allen institutionellen Bereichen erfolgt. "Die Thematisierung von Sicherheit ist im Kontext der 'Inneren Sicherheit' und der ökonomischen Existenzsicherung seit einiger Zeit aktuell. Zunehmend werden aber auch weitere gesellschaftliche Teilbereiche unter der Perspektive der Sicherheit erfasst, so auch die Kindheit" (HÜNERSDORF 2015, S. 613). Die Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe bezog sich seit den 1970er-Jahren auf die Unterstützung der sozial benachteiligten Familien in der Erziehung der Kinder. Dieser Fokus verschiebt sich zusehends in die Richtung der Prävention von Risiken des Aufwachsens von Kindern. Gesellschaftliche Probleme der materiellen Ungleichheit und Benachteiligung werden dadurch zu individuell zu bearbeitenden Sicherheitsproblemen. Eltern werden als Risiko für das Aufwachsen von Kindern interpretiert, was sich daran abzeichnet, dass von professioneller Seite zusehends versucht wird, über klar identifizierbare Risikofaktoren Klarheit über die Gefährdung des Kindes zu erlangen. Eine Erhöhung der Prävention und der Maßnahmen zur Früherkennung individueller Gefahren und damit eine Zunahme von Meldungen von Kindeswohlgefährdung im deutschen Raum sind Resultat hiervon. Vor diesem Hintergrund suchen Fachkräfte Handlungssicherheit (vgl. HÜNERSDORF 2009, S. 182).

Die Übernahme, respektive die Delegation von Verantwortung im Moment der Abklärung von Pflegefamilien variiert zwischen der Absicherung qua Verfahren, die sich vor allem an medizinischen, finanziellen und bürokratischen Aspekten orientiert, und kommunikativ ausgerichteten Aushandlungsprozessen: Die verstärkte Orientierung an Absicherung über klar definierte, bürokratische Verfahren findet sich vor allem auf der Ebene der Vormundschaftsbehörde, welche als involvierte Kinderschutzbehörde Garantien über den Zustand der abgeklärten Pflegefamilien möchte. Dieser bemisst sich beispielsweise über den medizinischen Haartest als Indikator für eine fehlende Suchtmittelabhängigkeit, den Auszug aus dem Betreibungsregister als Indikator für eine finanziell gut stehende Situation der Familie und das Leumundszeugnis als ein Hinweis für eine anständige und angemessene Lebensführung. Auf der Ebene der einzelnen Person dient diese Vorgehensweise der Entlastung der betroffenen Professionellen im Falle einer problematischen Entwicklung der Platzierung eines Pflegekindes. Wenn das Verfahren der Abklärung korrekt vollzogen wird, kann den involvierten Personen keine Verantwortung mehr zugesprochen werden, falls es zu Problemen in der Pflegefamilie kommt. Dieser Bedarf an Absicherung qua Verfahren kann im Kontext der medial skandalisierten Erfahrungen misshandelter Pflegekinder in Deutschland betrachtet werden (vgl. auch Kap. 2.1.2 zum "Fall Kevin"; BRANDHORST 2015). In der Schweiz ist die Angst davor,

allfällige Probleme in den Familien möglicherweise nicht zu erkennen, vor dem historischen Hintergrund des Verdingwesens durchaus nachvollziehbar. Die Absicherung zeigt sich auch im Wunsch der Professionellen in der Abklärung von Pflegefamilien, dabei "in die Tiefe zu gehen" (vgl. auch Kapitel 6.2). Je tiefer in der Familie gebohrt wird, desto mehr kann man vermeintlich hervorholen und desto grösser ist die Sicherheit vor allfälligen Überraschungen.

Auf der anderen Seite steht eine Vorgehensweise bei der Abklärung von Pflegefamilien, die sich weniger an oben genannten Verfahren, sondern an stärker kommunikativ ausgerichteten Abklärungsschritten orientiert, welche allerdings die angesprochenen Unwägbarkeiten mit sich bringen (vgl. die Ausführungen zur Eignungsabklärung der Pflegefamilien durch die Fachstelle im Kap. 6.2.1). Damit wird weniger die Absicherung qua legitimes und kontrollierbares Verfahren angestrebt, als vielmehr ein gemeinsames Aushandeln mit den Pflegefamilien, was privat bleiben kann und was öffentlich gemacht werden sollte. Dazu gehört ein Sich-Einlassen auf die Pflegefamilien und das Aushalten möglicher Unsicherheiten, so beispielsweise bei der Eignungsabklärung, wie das von der Fachstelle beschrieben wird. Damit verbunden ist eine notwendige Auseinandersetzung mit den Inszenierungen der Familie als gute und passende Familie. Das Misstrauen seitens der Sozialarbeitenden drückt sich in dem vorgängig diskutierten "Rein-Fallen" der abklärenden Fachstelle auf die Strategien der Familien aus. Dies lässt sich nun weniger als der intendierte Versuch des Betrügens oder Täuschens seitens der Pflegefamilien interpretieren, sondern vielmehr als ein strukturbedingter Umgang mit deren eigenen privaten Situation. Die Pflegefamilien reproduzieren bis zu einem gewissen Grade die Vorstellungen hegemonialer Familialität, indem sie sich als bürgerliche Familien inszenieren. Dies gilt vor allem im Moment der Abklärung. Die Schwierigkeiten bei der Klärung der vorfindbaren Situation in den Familien lässt sich im Pflegefamilienbereich mit einem Grundparadox diskutieren: Pflegefamilien stellen als zivilgesellschaftliche Akteure sowohl in finanzieller wie auch in pädagogischer Hinsicht für die Soziale Arbeit ein Potential dar, sind aber als zivilgesellschaftliche Akteure gleichsam schwerer zu kontrollieren. Dies hat ihren Hintergrund unter anderem auch darin, dass die meisten in der vorliegenden Untersuchung befragten Pflegeeltern ihre Motivation zu Beginn aus einer Form der "Nachbarschaftshilfe" oder aus einem akuten Bedarf der Unterstützung entnahmen (siehe das anschließende Kapitel 6.4.3). Es handelt sich des Öfters um gewachsene Verhältnisse, in welche die Fachpersonen erst nachträglich zur Legitimation des Pflegeverhältnisses reinkommen. Eine stärker an Aushandlungen ausgerichtete Vorgehensweise bringt es mit sich, die in den Abklärungen wahrgenommenen Irritationen zu deuten. Das zeigt sich insbesondere an der Wahrnehmung der Sozialarbeitenden, dass trotz aller objektiv passenden Bedingungen der Pflegefamilien ein "ungutes Bauchgefühl" zurückbleibt. Es

scheint allerdings an methodischem und theoretischem Wissen zu fehlen, wie dieses Gefühl in der Auseinandersetzung mit den Pflegeeltern erkannt und gedeutet werden kann. Psychoanalytisch orientierte Ansätze und die Ansätze von Übertragung und Gegenübertragung würden sich hierzu anbieten.

Für die Zeit der Platzierung eines Pflegekindes fällt in der Darstellung der Pflegeeltern auf, dass sie die staatliche Kontrolle bisweilen ins Leere laufen lassen, indem sie – wie sich das bei der Pflegemutter Zurbuchen zeigt – den Kindern und Jugendlichen ein Moratorium innerhalb der Pflegefamilie ermöglichen. Dieses Moratorium wird dadurch ermöglicht, indem die Pflegeeltern am Privaten festhalten und die Kontrolle durch die Öffentlichkeit verhindern, indem sie den zuständigen Sozialarbeitenden nur das Notwendigste über die Situation in der Pflegefamilie erzählen. Gleichzeitig liegt darin auch die Gefahr der privaten Vereinnahmung und des fehlenden Schutzes der Kinder. In den Selbstdarstellungen der Pflegeeltern wird allerdings deutlich, dass sie sich selber mehr Kontakt mit den zuständigen Personen wünschten, dass also mindestens die Aufsichtsbesuche auch tatsächlich durchgeführt werden. Auch die Pflegefamilien übernehmen teilweise die Logik der Absicherung ihrer eigenen Tätigkeit: So informiert Frau Zurbuchen die Fachstelle dann, wenn ein Missgeschick in der Familie passiert ist, wie beispielsweise der Pflegevater, der gegenüber den Pflegekindern ausfällig wird. Damit werden diese innerfamiliären Themen öffentlich, in den Akten erfasst und die Pflegeeltern können sich absichern. Es braucht dann aber gerade Fachpersonen, welche mit dieser Vorgehensweise umgehen können und abzuschätzen wissen, wie solche Informationen zu handhaben sind. Das Problem wird bei der Pflegemutter Zurbuchen im wahrsten Sinne des Wortes von ihr geschoben und sie sucht gleichzeitig nach der Absicherung, nichts falsch gemacht zu haben. Die Verantwortung, ob es sich letztlich um ein ernsthafteres Problem in der Familie handelt, obliegt der Einschätzung der Sozialarbeitenden. Bei Dauerplatzierungen erfolgt diese Vorgehensweise allerdings kaum.

Eine stärker an Aushandlungsprozessen orientierte Vorgehensweise bringt eine größere Nähe zur Pflegefamilie mit sich, während die Absicherung qua bürokratisches Verfahren eher standardisiert ist und dabei distanzierter verbleibt. Diese Distanzierung wird von den Pflegefamilien so wahrgenommen, dass die Schwierigkeiten der Familie an einem Runden Tisch aller involvierter Professionellen diskutiert würden, ohne aber dass eine dieser Personen genauer bei der Pflegefamilie nachschauen würde. Bei der Pflegefamilie Martin wird diese Situation deutlich, indem zwar professionell angeleitete Abklärungen stattfinden, ohne dass aber wirklich in der Familie geschaut wird, um welche konkreten, ernsthaften Probleme es sich handelt. So ist es letztlich der eigene Sohn, der die Behörden auf die Überforderung der Pflegeeltern anspricht

und damit eine Veränderung erwirkt. Fachliche Gutachten bekommen eine selbstreferentielle Eigenlogik, aus welcher die Fachpersonen in der Wahrnehmung der Familie Andermatt nicht mehr rauskommen:

"Jeder kommt mit so nem Gutachten, dann auf einmal aus irgendwas nicht raus, wenn gesagt wird das Kind ist ganz problematisch und ka- darf nicht zu normalen Pflegeeltern gehen dann kann diese () person nicht später sagen ouh ja sorry, war falsch eingeschätzt sondern dann muss eben halt gesa- dann muss dann eben diese Schiene weiter gegangen werden ne" (Andermatt Z309-314).

Das erwähnte Gutachten mag seine Berechtigung und Richtigkeit haben, die Überlegung der Pflegefamilie verdeutlicht allerdings das vorliegende Argument in pointierter Weise: Das Gutachten besagt, dass der Jugendliche nicht in einer Pflegefamilie untergebracht werden kann, also kann es auch keine passende Pflegefamilie geben. In der Pflegefamilie äußert sich das dahingehend, dass eine Regelung über die Anzahl Pflegekinder und eigene Kinder in der Familie vorangestellt wird, ohne sich die Lebenssituation der Pflegefamilie genauer anzuschauen. So ist es die Pflegemutter, welche einfordert, dass man sich im Falle von Problemen zusammensetzen und diese klären soll:

"statt sich hinzusetzen und zu sagen: hallo, ich sehe, das ist ein Problem, wir müssen uns hinsetzen und müssen reden, etwas stimmt da nicht mehr, also offensichtlich geht's ja nicht mehr" (Müller Z1027-1030).

Die Tendenz zur Absicherung als hegemoniale Praxis bei der Arbeit mit Pflegefamilien hängt mit den politischen Entwicklungen rund um die Professionalisierung dieses Bereichs zusammen, wie im folgenden Kapitel diskutiert wird.

6.4.3 *Hegemonie der Experten*

In den Interviews mit den Pflegeeltern wird des Öftern Kritik an den staatlichen Behörden laut (vgl. Kap. 6.1). Diese Kritik lässt sich als Möglichkeit zur Herstellung einer symbolischen Ordnung entlang einer Abgrenzung gegenüber staatlichen Akteuren interpretieren, die im Folgenden mit dem Verhältnis zwischen Experten- und Laienstatus beschrieben wird. Dadurch lassen sich einerseits die geschichtlichen Hintergründe der Pflegefamilien und andererseits die konkreten Argumente im Diskurs um die Professionalisierung des Pflegekinderbereichs berücksichtigen. Mit der Hegemonie der Experten soll im Folgenden die Spannung beschrieben werden, welche sich zwischen der Tätigkeit von Laien und Experten ergibt. Die damit verbundenen Orientierungen werden genauer herausgearbeitet.

Die oben beschriebene Tendenz zur Absicherung insbesondere im Moment der Abklärung von Pflegeeltern zeigt sich auch als eine Hegemonie der Expertinnen und Experten, zumindest so weit es die Perspektive der Pflegeeltern betrifft. Als Expertinnen und Experten werden im untersuchten Feld des Pflegekinderbereichs die Sozialarbeitenden, die Fachstelle und die Mitglieder der Vormundschaftsbehörden wahrgenommen. Die verstärkte Orientierung an einer Expertenperspektive wird auf der strukturellen Ebene durch die Etablierung einer Fachstelle eingeführt. Dieser wird dadurch die fachliche Expertise im Pflegefamilienbereich zugesprochen. Hegemonial wird in erster Linie die kontrollierende Funktion der sogenannten Expertinnen und Experten, hingegen werden diese kaum je als tragende Figuren wahrgenommen, welche für ihre Entscheidungen "hinstehen" (vgl. Pflegevater Martin). Dieses Phänomen wie auch die Kritik an den Behörden und Expertensystemen findet sich auch in den Ergebnissen der Studie von GÖTZÖ und anderen (2014). "Die initiiierende, vermittelnde, kontrollierende, definierende Rolle des Staates und seiner beauftragten Expertensysteme scheint in den Fallmaterialien immer wieder auf, allerdings ist sie weder für Pflegekinder noch für die Pflegeeltern wirklich greifbar" (GÖTZÖ et al. 2014, S. 39). Die fehlende Greifbarkeit der Expertinnen und Experten zeigt sich auch im vorliegenden Datenmaterial: *Erstens* in Form einer Distanziertheit von den konkreten Situationen der betroffenen Pflegekinder, respektive der Pflegefamilien, was sich am Moment der Fremdplatzierung des Pflegekindes in der Pflegefamilie Andermatt zeigt: Sehr eindrücklich schildert die Pflegemutter Andermatt, wie die Behörden auf die Krisensituation mit dem Pflegekind reagieren. Nach der SOS-Platzierung in der Familie lebt der Junge zeitweilen beim Vater, äußert aber den Wunsch, zur Pflegefamilie zurückzukehren. "Er [Thomas] hat immer gesagt nach diesen sechs Wochen [der SOS-Platzierung], ich komme wieder (2) ich komme wieder hier her (2) und jetzt haben sich aber die Behörden (1) quer gestellt und haben gefunden, nein das äh kommt nicht in Frage, er solle zum Vater gehen" (Pflegemutter Andermatt, Z13-16).

Als er in den Ferien beim Vater wohnt, wird er von der Polizei aufgegriffen und äußert sich dahingehend, zu den Pflegeeltern gehen zu wollen:

"Pflegetmutter Andermatt: Auf das hin haben wir das auch eingewilligt und gesagt, ja okay, wir kommen ihn abholen und dann der Vater war auch dort und hat das auch, hat gesagt, ja okay, lieber ein Junge (1) der irgendwo dann zu Hause ist als einer der immer davon läuft, das bringt's auch nicht. Und das ist für mich eine relativ äh strenge Woche gewesen, der Mann war auf Geschäftsreise (1) wir mussten vor allem mit der Behörde A., haben wir und ich vor allem Sachen anhören müssen, so nach dem Motto, hätten sie ihn doch auf dem Polizeiposten gelassen, was soll denn das überhaupt, tun sie noch...

Pflegevater Andermatt: Wir hätten uns kri- kri- kriminell verhalten.

Pflegetmutter Andermatt: Wie?

Pflegevater Andermatt: Wir hätten uns kriminell verhalten wir haben gegen das Recht

Pflegetmutter Andermatt: Ja ganz genau,

Pflegevater Andermatt: verstoßen (2) weil wir einfach das Kind abgeholt

Pflegetmutter Andermatt: weil äh, wir so quasi das Okay nicht eingeholt haben vom ihm (1) ähm von der von der dem Herrn B. vor allem, das ist der Sekretär gewesen äh von der Gemeinde A und aso (1)" (Andermatt, Z 62-78).

Die Pflegeeltern holen den Jugendlichen mitten in der Nacht auf dessen Wunsch bei der Polizei ab und werden hierfür seitens der Behörden kritisiert. Die Zuschreibung der kriminellen Handlung seitens der Behörden wird nicht genauer ausgeführt. Auf den ersten Blick ließe sich von der Entführung eines Minderjährigen sprechen, allerdings scheint es mit dem Einverständnis des sorgeberechtigten Vaters durchgeführt worden zu sein. Möglicherweise bezieht sich die fehlende Einverständniserklärung beim genannten Sekretär auf die Tatsache, dass die Pflegeeltern den Jugendlichen aufgenommen haben. Während die Behörden von formaljuristischen Kriterien im Handeln gegenüber dem Jugendlichen ausgehen, übernehmen die Pflegeeltern die Verantwortung dahingehend, dass der Jugendliche keine Nacht auf dem Polizeiposten verbringen soll. Die Begründung der Pflegetmutter ergibt sich über die Kontrastierung mit dem eigenen Sohn, der zu diesem Zeitpunkt 18-jährig ist:

"Uns hat das auch keinen Spaß gemacht, am Morgen um halb eins aufzustehen, nach B. zu fahren und am Morgen um vier ins Bett zu gehen. Vor allem ist das auch mit riesigen (1) mit einem riesigen Schrecken ist das abgegangen, ich hab einen Sohn, der da äh 18 war und hatte auch Angst, dass ihm etwas passiert ist" (Pflegetmutter Andermatt Z 79-83).

Der Ferne der Behörde werden eine familiäre Logik und die konkrete Sorge um den Jugendlichen entgegengehalten, diese wird anschließend in Frage gestellt. Als angemessenes Verhalten wird das Alleinlassen des Jugendlichen auf dem Polizeiposten angenommen. Peter VOLL macht auf die grundlegende strukturelle Spannung von behördlichen Eingriffen in familiäre Lebenswelten aufmerksam, das sich in erster Linie als Organisationshandeln konstituiert: "Interventionen beziehen sich [...] auf Personen und werden auch sehr stark von

den Personen getragen, die sie vornehmen. Damit stehen sie allerdings in einem Spannungsverhältnis zu den Bedingungen behördlichen Handelns. Aufgrund seiner Rechtsbindung ist dieses hoch formalisiert – oder sollte es aus juristischer Perspektive jedenfalls sein. Als Organisationshandeln ist es außerdem arbeitsteiliges Rollenhandeln, die Behörde und ihre Organe müssen personenunabhängig sein" (VOLL 2006, S. 248).¹⁸⁰ Auch wenn es sich hier nicht um einen konkreten Eingriff handelt, spiegelt sich im Verhalten der Behörden eine bürokratische Logik wieder, der die Pflegefamilie eine lebensweltliche entgegenhält.

Die hegemoniale Position der Expertinnen und Experten zeigt sich *zweitens* in der Wahrnehmung der Pflegeeltern als diejenige, welche zwar über eine hohe Professionalität verfügen, aber keine Verantwortung übernehmen. Als Gegenkonstruktion werden seitens der Pflegeeltern Laienbeistände genannt, welche – wie es der Pflegevater Martin formuliert – für die Pflegeeltern "hinstehen" und Verantwortung für die Entscheidungen übernehmen. Im Falle der Pflegefamilie Martin ist diese Verantwortungsübernahme im Sinne des "Hinstehens" möglicherweise auch ein Hinweis auf eine Problematik, da die Vermutung besteht, dass die konkrete Fremdplatzierung ein Legitimationsproblem aufweist. Es geht in der folgenden Argumentation nicht darum, Laien gegenüber Expertinnen und Experten per se als besser geeignet hervorzuheben, sondern vielmehr die damit verbundenen Möglichkeiten herauszuarbeiten, die durch eine Orientierung an Expertinnen und Experten verloren gehen. Aussagekräftig ist in dieser Hinsicht ein Blick auf die Hintergründe von Pflegefamilien. Mittlerweile ist es weitgehend erhärtet, dass die meisten Pflegeverhältnisse in der Schweiz von einer sozialräumlichen Unterstützung herrühren oder innerhalb der Verwandtschaft zu verorten sind (vgl. zum Beispiel GASSMANN 2013). Auch die meisten im vorliegenden Projekt befragten Pflegefamilien haben als Hilfe in der Nachbarschaft begonnen: Mit dem Begriff der Nachbarschaftshilfe lässt sich eine sozialräumliche, wechselseitige und meistens unentgeltliche Unterstützung beschreiben, die nicht formalisiert ist und nicht unter staatlicher Kontrolle steht. Mit dieser Form der Hilfe geht ein lokaler Bezug einher, die wechselseitige Unterstützung ist quasi beinahe nur im gleichen Quartier möglich, ist in diesem Sinne auch nicht an die direkte Nachbarschaft gebunden. Diese Anteile finden sich bei den Pflegefamilien in der Form wieder, dass die Pflegemutter als Tagesmutter Kinder betreut (Familie Brigitte und Familie Zurbuchen), aus einem Freundschaftsdienst (Familie Martin und Familie Bauer) und aus der Motivlage heraus, "sozial zu helfen" (Familie Andermatt). Bei den meisten Pflegefamilien ist zu Beginn

¹⁸⁰ Die administrative Logik, die hier den Behörden zugeschrieben wird, beinhaltet insofern eine höhere Distanz, dass die persönlichen Beziehungen austauschbar sein müssen. Diese Austauschbarkeit der Personen in den Rollen erschwert die Abhängigkeit der betroffenen Personen von den jeweiligen Behördenmitgliedern, es hat allerdings gleichsam zur Folge, dass die Beziehung keine Kontinuität erlangen kann.

also keine Kinderschutzbehörde in Form der Vormundschaftsbehörde oder anderer staatlicher Akteure involviert. Es lässt sich als ein Moment der Sorge umeinander interpretieren, dessen Motivlagen aber sehr unterschiedlich ausfallen. So kann die Motivation zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement, familiärer Überlegungen und religiös gelagerten Beweggründen angelegt werden. In den Interviews mit den Pflegeeltern, aber auch den Sozialarbeitenden fällt auf, dass zu Beginn meistens sehr unbürokratische und informelle Unterstützungsarrangements gesucht werden, die erst im weiteren Verlauf stärker institutionalisiert werden. Die Interviews mit den Sozialarbeitenden hingegen erwecken den Eindruck, als würde es sich bei den Pflegefamilien um professionelle Settings handeln, die entsprechende Motivationen mitbringen.

1) Die Verantwortungsübernahme lässt sich auf Seiten der Pflegefamilien als die Sorge umeinander interpretieren. Die Pflegefamilien können als zivilgesellschaftliche Akteure verstanden werden, die in einem sozialräumlichen Kontext wechselseitige Verantwortung übernehmen. Es geht weniger darum, Pflegefamilie als zivilgesellschaftliche Ressourcen zu verstehen, wie das WOLF (2014) fordert, sondern vielmehr das zivilgesellschaftliche Moment der Solidarität hervorzuheben, was sich im Falle von Pflegefamilien durchaus finden lässt. Der Begriff der Solidarität umschreibt in erster Linie ein Zusammengehörigkeitsgefühl und die Entwicklung eines Gemeinns und basiert bestenfalls auf einem gemeinsamen Bewusstsein einer Situation. Hierbei lässt sich Solidarität aber vor allem als Bereitschaft dafür verstehen, für einander die Verantwortung zu übernehmen. Dies ist nicht zu verwechseln mit den Ausführungen zur Verantwortung der Eltern bei OELKERS, welche die moralisch-bewertende Etikettierung von Elternschaft in der Öffentlichkeit untersucht: "Die BürgerInnen sollen ihr Leben in einer verantwortlichen und vor allem rechenschaftspflichtigen – d.h. auch risikominierenden und kostenreduzierenden – Weise gestalten" (OELKERS 2009a, S. 214). Für die vorliegende Untersuchung lassen sich diese Momente weniger finden, vielmehr stellt die Bereitschaft der Pflegeeltern zur Verantwortungsübernahme gegenüber den Pflegekindern ein Moment von Handlungsautonomie dar. HEIDBRINK spricht hierbei von der Mitverantwortung, "die sich durch die Partizipation am Gemeinwesen und dem Engagement für das Gemeinwohl auszeichnet" (HEIDBRINK 2006, S. 21).¹⁸¹ Verantwortung kann da übernommen werden, wo die

¹⁸¹ Die problematisierenden Überlegungen OELKERS' zur Elternverantwortung sind im Kontext der These des Post-Wohlfahrtsstaats zu verorten: Ausgehend von der Annahme eines Rückgangs wohlfahrtsstaatlicher Leistungen rückt die Eigenverantwortung der Familien zusehends aus einer neoliberalen Sicht in den Vordergrund. "Insbesondere der Begriff der Eigenverantwortung wird dabei in der sozialpolitischen Rhetorik regelmäßig genutzt, um Leistungskürzungen zu legitimieren (vgl. Kaufmann 2006, S. 53)" (OELKERS 2009a, S. 216). Die vorliegende Analyse greift den Begriff der Verantwortung im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit der involvierten Personen auf und dreht die Überlegung OELKERS' um, "dass jemand nur für das Handeln zur Verantwortung gezogen werden kann, dessen Zwecke und Mittel er beeinflussen kann (vgl. Weyers 2006)" (OELKERS 2009a, S. 217). Wer Mittel

Mittel und Zwecke des eigenen Handelns selber gesteuert werden können. Autonomie ist nicht einfach gesetzt, sondern kann durch diese Übernahme von Verantwortung hergestellt werden.¹⁸²

2) Diese Überlegungen lassen sich nun auf das nachfolgende Argument übertragen: Das Verhältnis von Experten und Laien spiegelt sich auch in den allgemeinen politischen und professionellen Entwicklungen wieder. Die oben beschriebene Abschaffung der lokal verankerten Betreuerinnen als Laien und deren Ersetzung durch eine Fachstelle gibt die Entwicklung der Orientierung an Experten wieder, wie sich das auch bei der Ersetzung der Vormundschaftsbehörden durch die Fachgremien der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) zeigt. Die Professionalisierung der Handlungsfelder in der Sozialen Arbeit führt dazu, dass die Tätigkeiten durch Laien vor Ort an Relevanz verlieren. Im vorliegenden Untersuchungsfeld ist nun die Abschaffung von Laien auch mit einer lokalen Distanz der verantwortlichen Person verbunden. Auch wenn letztlich nur wenige Gemeinden tatsächlich über Betreuerinnen verfügen, stehen diese stellvertretend für Laien, die durch fachlich ausgebildete Experten ersetzt werden sollen. Die Kritik an den Behörden lässt sich als eine gegenhegemoniale Artikulation gegen die zunehmende Orientierung an der Expertenperspektive verstehen. Vor dem Hintergrund wird auch deutlich, weshalb es nicht zureichend ist, die Pflegefamilien als Teil der professionell organisierten Kinder- und Jugendhilfe zu verstehen. In den vorherigen Analysen der Prozesse im Pflegekinderbereich (vgl. Kap. 6.2) wurde die Relevanz herausgearbeitet, welche den persönlichen Beziehungen und der lokalen Nähe zugeschrieben wird. Diese hängt in der Schweiz mit der Bedeutung des föderalistischen Staatsaufbaus und der damit verbundenen Gemeindeautonomie zusammen. Durch diese beiden Elemente wird ein großer Teil der staatlichen Aufgaben subsidiär möglichst auf der tiefsten Stufe, sprich auf der Ebene der Gemeinde organisiert (vgl. die Rolle des Staates im Kap. 2.2.1). Diese Aufgaben – wie beispielsweise Bildung, Sozialwesen, Energie, Verkehr, Steuern, etc. –

und Zwecke seines Handelns selber bestimmen und beeinflussen kann, ist auch eher in der Lage, die Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen. Meine Argumentation zielt also nicht darauf ab, bei der Neujustierung öffentlicher und privater Verantwortung die Frage nach der "Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft" zu diskutieren.

¹⁸² In Deutschland scheint im Kontext der Professionalisierung und De-Professionalisierung von Sozialer Arbeit eine Debatte stattzufinden, die es dieser Form in der Schweiz nicht gibt: Parallel zu den Professionalisierungsbestrebungen besteht ein allgemeiner Diskurs zur De-Professionalisierung im Hinblick auf eine verstärkte Hinwendung zur Bürgergesellschaft (vgl. BÖHNISCH/SCHRÖER 2002; BÖHNISCH/SCHRÖER 2004). BÖHNISCH/SCHRÖER verweisen darauf, dass die Bürgergesellschaft in den aktuellen Forderungen erst im Laufe 1980er-Jahre auftauchte, vor dem Hintergrund eines schwachen Sozialstaats (vgl. BÖHNISCH/SCHRÖER 2002, S. 11). Die Öffnung des Sozialstaats gegenüber den Bürgern erfolgt in Form eines stärkeren Dienstleistungsbetriebs der sozialen Leistungen. "Jenseits des Staates soll eine neue politische Verfasstheit der Gesellschaft geboren werden, in der die Bürger selbst das aktive regulierende Element sind" (BÖHNISCH/SCHRÖER 2002, S. 12). BÖHNISCH/SCHRÖER weisen darauf hin, dass gewissermaßen das Erbe des Sozialstaats bürgergesellschaftlich angetreten werden solle (vgl. BÖHNISCH/SCHRÖER 2002, S. 16). Was der Sozialstaat an Leistungen nicht mehr zu erbringen vermag, soll mittels ehrenamtlichen Leistungen abgedeckt und aus Sicht einer bürgergesellschaftlichen Verantwortung legitimiert werden.

obliegen der Verantwortung der Gemeinden und die Aufsicht der Verwaltung wird weitgehend von demokratisch gewählten Bürgerinnen und Bürgern organisiert, bei denen es sich des Öftern um fachliche Laien handelt. Vor diesem Hintergrund ist die Skepsis der Schweizer Bevölkerung gegenüber sogenannten Expertinnen und Experten zu sehen. Für die Schweizer Verhältnisse kann die Entwicklung der Abschaffung von demokratisch legitimierten Gremien und Volksvertreterinnen und -vertreter als eine "Entdemokratisierung" diskutiert werden. "Die Entdemokratisierung zeigt sich nicht nur auf einer strukturellen Ebene in sozialpolitischer und rechtlicher Hinsicht, sondern schlägt sich vielmehr auch auf der intersubjektiven Ebene hinsichtlich der konkreten Möglichkeiten zur Beziehungsgestaltung zwischen Sozialpädagog/innen und Adressat/innen nieder" (STUDER 2013a, S. 223). Demokratie kann als Versuch verstanden werden, bestmöglichst alle Menschen in den gemeinsamen Willens- und Entscheidungsbildungsprozess zu integrieren. "Die Selbstbestimmung lässt sich als normative Referenz der Demokratie herausstellen, an deren Ziel die institutionalisierten politischen Beteiligungsformen kontinuierlich zu messen sind" (STUDER 2013a, S. 225). Was HEIDBRINK für die Mitverantwortung argumentiert, lässt sich mittels des demokratisch vermittelten Bezugs auf Selbstbestimmung stützen. Entscheidungen erfahren durch eine größere Beteiligung aller involvierter Personen eine höhere Legitimität.¹⁸³ Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass, je weniger Entscheidungen über demokratisch legitimierte Institutionen diskursiv hergestellt werden, umso mehr bürokratische Instrumente notwendig werden. So sah sich die Fachstelle zu Beginn ihrer Tätigkeit gezwungen, eine größere Menge von verschriftlichten Dokumentation und Vorschriften zu den konkreten Prozessabläufen in der Zusammenarbeit zwischen Fachstelle, Sozialarbeitenden und Pflegefamilien zu entwickeln. Dies hängt nicht alleine mit den Lernprozessen aufgrund der Strukturveränderung zusammen, sondern ist auch Ausdruck einer notwendigerweise erhöhten Bürokratie. Für den Bereich des Kindesschutzes macht Reinhart WOLFF deutlich, dass sich die aktuelle Diskussion an einem Scheideweg befindet, entweder in die Richtung der Stärkung eines ganzheitlichen demokratischen Hilfesystems oder in die Richtung eines Hilfesystems zu tendieren, welches auf die Verfestigung einer autoritären und entdemokratisierten Struktur mit einer vermeintlichen Risikobeherrschung abzielt (vgl. WOLFF 2015, S. 102f.). Übertragen auf die Kinder und Jugendlichen haben das

¹⁸³ Martin GRAF entwickelt hierfür eine Argumentation, welche die Normativität sozialpädagogischen Handelns auf direktdemokratische Konzepte zurückbindet (vgl. GRAF 2012). Hierzu gehören Subsidiarität, Föderalismus, Gemeindeautonomie und Konkordanz. In Anlehnung an HABERMAS geht er davon aus, dass die Legitimation von politischen Entscheidungen erhöht werden kann, je mehr Leute bei den Entscheidungsprozessen involviert sind. Übertragen auf die Soziale Arbeit kann die Legitimation pädagogischer Maßnahmen ebenfalls erhöht werden, wenn die Betroffenen bestmöglichst an den Entscheidungsvorgängen teilnehmen. Hier liegt eine bildungstheoretische Grundlegung der sozialpädagogischen Forderung nach Partizipation, die in der sozialpädagogischen Theoriedebatte erstaunlich wenig aufgegriffen wird.

HANSELMANN und WEBER bereits 1986 als demokratische Referenz gefordert: "Die Achtung der betroffenen Kinder und Jugendlichen lässt neben allerhand pragmatischen Vorgehensweisen nur *eine* befriedigende Lösung zu: die *Mitbeteiligung der Betroffenen* in Entscheidungen über sie und ihre Einbeziehung bei solch grundlegenden Fragen nach der Öffentlichkeit und Privatheit ihres Heims [...] Erzieher müssen bereit sein, allmählich 'autokratisches' Verhalten durch demokratisches zu ersetzen" (HANSELMANN/WEBER 1986, S. 66; Hervorhebungen im Original). Eine Kritik an diesen politischen Entwicklungen ist aktuell vor allem von politisch konservativer Seite zu vernehmen (vgl. die Ausführungen zur Einführung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde in der Einleitung, Kap. 1): Diese beanstandet eine Reduktion bürgerlicher Rechte des Volkes, respektive eine Beschneidung der Volkssouveränität. Aktuell scheint die diesbezügliche politische Debatte allerdings nur zwischen den Polen eines nationalkonservativen Aufrechterhaltens der Souveränität und des damit verbundenen Volkskörpers auf der einen Seite und der Orientierung an Sozialstaat und dessen Professionalität auf der anderen Seite möglich zu sein.¹⁸⁴ Es geht in dieser Argumentation nicht darum, die Pflegefamilie in irgendeiner Weise zu idealisieren, aber es soll auch verhindert werden, dass die Gehalte, die sich nicht entlang professioneller Kriterien erfassen lassen, vorschnell verschüttet werden. Anhand der Schilderungen der Pflegeeltern und auch der Sozialarbeitenden kann durchaus befürchtet werden, dass die Verantwortungsübernahme seitens der Pflegeeltern auch in einem fehlenden Erkennen der eigenen Überforderung enden kann. Es soll damit nicht behauptet werden, dass Experten keine (Mit-)Verantwortung übernehmen könnten. Die mit der lokalen Nähe verbundene Ambivalenz wird im folgenden Kapitel noch genauer ausgeleuchtet. Es ist im Weiteren nicht das Ziel, die Situation und das Handeln der Pflegefamilien aus einer demokratischen Perspektive zu stark zu strapazieren. Vielmehr liefert aber eine demokratiethoretische Sicht einen passenden Analyserahmen, um die Spannung im Pflegefamilienbereich zwischen Experten und Laien zu beleuchten.¹⁸⁵

¹⁸⁴ Die Frage nach Legitimität und demokratischer Beteiligung kann aktuell auch auf die politischen Entwicklungen bezogen werden, wie sie sich beispielsweise rund um die öffentliche Debatte nach dem Austritt Englands aus der Europäischen Union zeigt: Dem Volk wird die Urteilsfähigkeit abgesprochen, einen gewichtigen Entscheid wie die Mitgliedschaft in der EU beurteilen zu können. Gleichzeitig wird erst sehr langsam das demokratische Legitimationsproblem der EU zum Thema, was sich in der Forderung nach mehr Bürgernähe niederschlägt. Interessanterweise wird nach dem Brexit-Entscheid der englischen Bevölkerung in den Schweizer Tagesmedien ein Diskurs über die Förderung nach mehr demokratischer Beteiligung aufgebaut (vgl. bspw. BEGLINGER 2016).

¹⁸⁵ Das von Oskar NEGt und Alexander KLUGE entwickelte Öffentlichkeitsverständnis liefert hierzu eine interessante Systematisierung, indem sie zwischen Öffentlichkeit als das unterscheiden, was mit etablierten Institutionen einhergeht, und der Öffentlichkeit als spezifischem Erfahrungshorizont: "Öffentlichkeit bezeichnet bestimmte Institutionen, Einrichtungen, Aktivitäten (z.B. öffentliche Gewalt, Presse, öffentlichen Meinung, Publikum, Öffentlichkeitsarbeit, Straßen und Plätze); sie ist aber gleichzeitig auch ein allgemeiner gesellschaftlicher Erfahrungshorizont, in dem das zusammengefasst ist, was wirklich oder angeblich für alle Mitglieder der Gesellschaft relevant ist" (NEGt/KLUGE 1973, S. 17f.; Hervorhebungen im Original). Öffentlichkeit lässt sich damit also nicht alleine auf die institutionelle Ausformung dessen beziehen, was für alle zugänglich ist, sondern auch auf

6.4.4 *Ambivalenz von Nähe*

Die Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit wird, wie das die vorherigen Ausführungen gezeigt haben, des Öftern über die Frage der Nähe diskutiert. Nähe und Distanz soll hier weniger aus einer professionstheoretischen Warte, sondern vielmehr hinsichtlich der damit verbundenen Kontroverse im politischen Kontext betrachtet werden (zu Nähe und Distanz als Spannungsfeld pädagogischer Professionalität siehe DÖRR/MÜLLER 2006). Was sich als Ambivalenz der Nähe im Sinne einer Doppelwertigkeit diskutieren lässt, hängt stark mit der kontroversen Diskussion rund um Sorgearbeit in Pflegefamilien zusammen.¹⁸⁶ 1) Nähe als *Vertrautheit* in der Beziehung zwischen den Personen wird im Privaten der bürgerlichen Kleinfamilien vorausgesetzt, muss bei Pflegefamilien aber erst hergestellt werden. Diese Vorstellung von Nähe in Pflegefamilien suggeriert eine Beziehungsqualität jenseits kapitalistischer Verwertungslogik, wie das von Frigga HAUG mit der Gefahr der Idealisierung des Care-Begriffs bereits moniert wurde (vgl. HAUG 2011, S. 345ff.).¹⁸⁷ Die Sorgearbeit wird damit als Gestaltung der Beziehungen zwischen den Menschen der Lohnarbeit entgegengestellt. "Widersprüche, wie die Praxis solcher Sorgearbeiten vielfältig durchziehen und überlagern und die nicht allein auf die Produktionsverhältnisse, unter denen sie geleistet wird, zurückgeführt werden können, geraten auf diese Weise ebenso leicht außer Blick wie die Gefahr eines herrschaftlichen Umschlagens der in der Regel sehr asymmetrischen Care-Beziehungen" (WIDERSPRÜCHE-REDAKTION 2014, S. 3f.). Nähe wird als Ressource der Pflegefamilien angesehen, die damit analog zur Familie eine Beziehungsstabilität zu den Pflegekindern aufbauen können. Diese stellt allerdings gleichzeitig eine Gefahr dar, da diese durch die Aufrechterhaltung der Privatheit in den Pflegefamilien und die damit verbundene Schaffung von Nähe und Intimität tendenziell unkontrollierbar wird. Gleichzeitig steckt in der Gewichtung von Nähe als Vertrautheit eine Qualität in der Sorgebeziehung, die nicht vorschnell verworfen werden soll. In diesem Zusammenhang sind die Überlegungen Gabriele WINKERS im Zusammenhang mit der "Care Revolution" zu nennen, die mit diesem Begriff für ein Handeln plädiert, "das Politik und Wirtschaft nicht von Wachstumsraten, Profitsicherung und Gewinnmaximierung aus denkt, sondern von den

das, was für alle Menschen von Relevanz und zu bearbeiten ist. "Öffentlichkeit ist in diesem Sinne einmal eine Angelegenheit weniger Professioneller (z.B. Politiker, Redakteure, Verbandsfunktionäre), zum anderen etwas, das jedermann angeht und sich in den Köpfen der Menschen erst realisiert, eine Dimension ihres Bewusstseins" (NEGT/KLUGE 1973, S. 18).

¹⁸⁶ Der Begriff der Ambivalenz wird in der vorliegenden Argumentation eher pragmatisch im wahrsten Sinne des Wortes als Doppelwertigkeit verstanden. Er soll damit ermöglichen, Nähe in mindestens zwei Richtungen zu interpretieren, ohne gleichsam die eine Lesart gegen die andere auszuspielen.

¹⁸⁷ Ziel des Beitrags von HAUG ist es, der zum Lösungswort deklarierte Begriff "Care" genauer zu beleuchten und "dabei der Geschichts-Enteignung der deutschen und westeuropäischen Frauenbewegung durch US-Importe entgegenzuwirken" (HAUG 2011, S. 345). So kritisiert sie unter anderem, dass der Begriff anschlussfähig für dienstleistungsorientierte Angebote ist, damit aber gleichsam die zwischenmenschlichen Beziehungen ausklammert.

menschlichen Bedürfnissen, also zentral auch von Sorgen und Versorgt-Werden" (WINKER 2014, S. 68). Was seitens der Pflegefamilien als Nähe eingebracht wird, kann auch als wechselseitige Sorgetätigkeit betrachtet werden. Gleichzeitig hängt Nähe im Sinne des Vertrauens im Beziehungsaufbau auch zwangsläufig mit der Situation von Pflegefamilien zusammen: Pflegefamilien müssen die Vertrautheit aufgrund des Zusammenwohnens und Zusammenlebens bis zu einem gewissen Grad herstellen und als selbstverständlich erachten.

2) Bezugnehmend auf die vorgängigen Ausführungen zur Entdemokratisierung (vgl. Kap. 6.4.3) lässt sich Nähe auch im lokalen Sinne verstehen und die Möglichkeiten von interpersonellen Aushandlungsprozessen im professionellen Kontext betrachten. So beschreibt die Redaktion der Zeitschrift Widersprüche in ihrer Einleitung zum Thema der "Care Revolution", dass "durch die Aufspaltung und Entgrenzung ehemals komplexer Tätigkeitszusammenhänge in standardisierte Handlungsabläufe und abrechenbare Produkte [...] Spielräume für selbstbestimmte und mit den Adressat_innen auszuhandelnde Ziele des Caring und passende Arbeitsabläufe kaum länger möglich [sind]. Damit droht professionelle Carearbeit zu bürokratischer Sachbearbeitung zu werden statt interpersonelles Geschehen, das – bei aller Machtasymmetrie – auf Kommunikation und Verständigung, Ko-Produktion und Relationierung beruht" (WIDERSPRÜCHE-REDAKTION 2014, S. 5). Die Ambivalenz von Nähe wird hierbei deutlich gemacht, indem eine verstärkte Bürokratie Verständigungsprozesse erschwert, während diese aber gleichzeitig durch eine Machtasymmetrie geprägt sind. Gegenüber tendenziell bürokratischen Verfahren (siehe hierzu auch die Ausführungen zur Absicherungslogik als hegemoniale Praxis im Kapitel 6.4.2) kann die Machtasymmetrie in kommunikativen Aushandlungen zumindest als eine solche bewusst gemacht werden. Übertragen auf die vorliegende Situation der Sozialarbeitenden und Pflegefamilien kann zwar nicht davon gesprochen werden, dass die Tätigkeit zu einer bürokratischen Sachbearbeitung wird. Durch die Nähe der Sozialarbeitenden in den Gemeinden wird die Öffentlichkeit quasi ausgegrenzt, gleichzeitig aber im konkreten Handeln das Private sehr stark veröffentlicht, respektive an einzelne Personen geknüpft. Durch die Distanziertheit der Fachstelle wird zwar eine erhöhte Bürokratie und gleichzeitig damit aber auch ein Erhalten der Privatheit eingeführt.

3) Die Ambivalenz von Nähe lässt sich noch aus einem dritten Aspekt beleuchten: Das Platzieren von Kinder und Jugendlichen in lokaler Nähe der eigenen Familie hat nicht nur den pragmatischen Grund, dass die Organisation der Platzierung erleichtert wird und von einem Ort aus durchgeführt werden kann. Vielmehr geht es letztlich auch darum, dass Kinder und Jugendliche nicht aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen werden. Deshalb werden sie des Öfters am gleichen Ort fremdplatziert, damit sie beispielsweise weiter in die gleiche Schule

gehen und den Kontakt zu den Freunden aufrechterhalten können. Für die Pflegekinder bedeutet das allerdings auch, dass das soziale Umfeld es auch mitkriegt, dass die Pflegekinder vorübergehend oder auf Dauer nicht mehr bei der Familie wohnen. Und für die Pflegefamilien stellt sich die Thematik, auch eher mit den Kindseltern des Pflegekindes Kontakt zu haben.

6.5 Verdrängte Gehalte im Pflegefamilienbereich

Bei den verdrängten Gehalten im Pflegefamilienbereich (vgl. 2.1 in Abbildung 1 auf Seite 131) handelt es sich um Themen, welche aus dem klärenden Diskurs ausgeklammert werden, bisweilen aber als Emergenten auftauchen. Es sind interessanterweise Themen, die klassischerweise dem Privaten zugeordnet würden: Liebe, Religiosität, Lohnarbeit und Besitz am Kind. Einerseits sind das die Bereiche, denen im Pflegefamilienbereich ein Tabu auferlegt wird, respektive deren Klärung für die Sozialarbeitenden beispielsweise im Moment der Eignungsabklärung von Pflegefamilien mit Schwierigkeiten verbunden ist. Es sind nicht nur verdrängte Gehalte, sondern auch Themen, die von den Pflegeeltern möglicherweise bewusst zurückgehalten werden. Hierin zeigt sich ein Strukturproblem zwischen familiärer Privatheit und staatlichem Auftrag. Andererseits sind diese Themen auch Ausdruck gesellschaftlicher Verdrängungsprozesse, die sich an Themen wie Liebe, Religion, Lohnarbeit und Besitz am Kind manifestieren und erschwert in die gesellschaftliche Diskussion eingeführt werden können. Der Fokus wird darauf gelegt, dass mit dem Verdrängen besagter Themen auch die Klärung gesellschaftlicher wichtiger Fragen ausgeschlossen wird. Hierin liegt das Verhältnis von Struktur und Kommunikation, respektive es geht darum, anhand der verdrängten Themen Aussagen über die gesellschaftliche Strukturbedingtheit zu entwickeln. Dies gilt insbesondere dahingehend, dass gerade diese vier Themen in der Forschung des Öftern problematisiert werden. Im Weiteren werden im folgenden Kapitel zu den jeweiligen Themen theoretische Überlegungen angestellt, wie sich diese Themenfelder im Pflegefamilienbereich auch diskutieren ließen. Zur Übersicht werden die Themen und die jeweiligen familiären und gesellschaftlichen Bezüge in der folgenden Tabelle dargestellt:

Thema	Familiärer Bezug	Gesellschaftlicher Bezug
Liebe	<ul style="list-style-type: none"> - Verdächtigkeit der Pflegefamilien. - Legitimation über das Konzept der Mutterliebe. - "Liebesdienst" 	Angst vor Missbrauch in Familien.
Religion	Gefahr der Vereinnahmung der Pflegekinder.	Abwehr von Fundamentalismen zur Stärkung der liberalen Position.
Lohnarbeit und Anerkennung	<ul style="list-style-type: none"> - Geld als Motivlage zur Aufnahme von Pflegekindern wird verdrängt. - Versachlichung der Beziehungen. 	Ausklammerung ökonomischer Fragen.
Besitz am Kind	Wem gehört das Pflegekind?	Aufrechterhalten der kapitalistischen Logik des Privateigentums.

Tabelle 4: Verdrängte Gehalte Liebe, Religion, Lohnarbeit und Besitz am Kind

6.5.1 Liebe

Liebe wird aus Sicht des Kindeswohls als eines der zu beachtenden Grundbedürfnisse dargestellt (vgl. bspw. ZITELMANN 2001, S. 128). Wenn Liebe allerdings als Motivation der involvierten Personen in der Sozialen Arbeit angeführt wird, gerät sie unter den Verdacht des Übergriffigen oder Unprofessionellen. Liebe zum Kind gilt in der familiären Erziehung als unverzichtbar, ist in Zeiten pädagogischer Professionalität allerdings in Verruf geraten (vgl. TETZER 2010, S. 180).¹⁸⁸ So weist Michael TETZER darauf hin, dass der vorhandene sozialpädagogische Theoriediskurs zwar Emotionen berücksichtige, hingegen "mit der Liebe im Zusammenhang professionell sozialpädagogischen Handelns derzeit *nicht viel anzufangen* [weiß]" (TETZER 2010, S. 182; Hervorhebung im Original). Liebe stellt die Sozialpädagogik deshalb vor Schwierigkeiten, weil erfahrene Liebe als Recht des Kindes und als entwicklungspsychologisch begründbare Basis einer sicheren Bindung in sozialpädagogischen Beziehungen nicht gewährleistet werden kann. TETZER formuliert diesbezüglich die Schlussfolgerung, "dass AdressatInnen der Sozialpädagogik Liebe in ihren verschiedenen Varianten erfahren können. Dieses bleibt aber eine Hoffnung, hier wird die Diskussion zurückverwiesen auf private Beziehungen" (TETZER 2010, S. 204). Diese einigermaßen resignierte Folgerung stellt der Profession insofern ein schwaches Zeugnis aus, dass der Aspekt der Liebe ins Private verbannt, also gewissermaßen re-privatisiert wird.

¹⁸⁸ Erste Analysen dieser Thematik wurden im Beitrag von Bettina HÜNERSDORF und Tobias STUDER formuliert, der sich mit den Ambivalenzen beschäftigt, die mit dem Konzept der Liebe in Pflegefamilien einhergehen (HÜNERSDORF/STUDER 2010). Aus pädagogischer Sicht wird Liebe als Referenz erzieherischen Handelns vor allem in der Phase der geisteswissenschaftlichen Pädagogik verortet (vgl. u.a. GAUS/DRIESCHNER 2010; GAUS/UHLE 2009; SEICHTER 2007). Auch die psychoanalytisch orientierte Sozialpädagogik greift die Thematik auf, wie sich das beispielsweise bei Autoren wie AICHHORN, BETTELHEIM oder REDL wiederfindet (vgl. AICHHORN 1987 (1951); BETTELHEIM 1970; REDL/WINEMAN 1984).

Interessant wäre in diesem Zusammenhang, wie sich etwas wie Liebe begrifflich integrieren lässt, ohne dass es der familiären und privaten Hoheit überlassen wird.

Es geht in der vorliegenden Untersuchung weniger um die Legitimation und Sinnhaftigkeit der Kategorie Liebe in der Sozialpädagogik (vgl. bspw. DRIESCHNER/GAUS 2011; MEYER/TETZER/RENSCH 2009), als vielmehr um die Klärung dessen, weshalb Liebe gar nicht erst in die diskursive Verständigung im Pflegefamilienbereich eingeführt wird. Der Begriff der Liebe macht die Pflegeeltern verdächtig, dieser Begriff hat in der Profession der Sozialpädagogik keinen Platz. Es ist auffallend, dass das Thema Liebe in den Interviews nicht einmal angesprochen wird. Das gilt sowohl für die Pflegeeltern wie auch die Sozialarbeitenden. Mit dem Begriff der Liebe ist eine Unplanbarkeit und Unkontrollierbarkeit sozialer Beziehungen verbunden, wie das WINKLER anhand der Interpretation Schnitzlers Novelette "Ich" aufzeigt: "Die Zuwendung, die menschliche Praxis, eben Liebe, als ein ungeordnetes Geben, das sich noch jener präzisen Sprache entzieht, in der man zum Exemplar einer Kategorie wird" (WINKLER 2009, S. 99). Liebe stellt eine irrationale Kontrastfolie zur rationalen Präzision und kategorialen Klarheit dar, wie sie der Moderne in SCHNITZLERS Text am Übergang des letzten Jahrhunderts zugeschrieben wird. So schreibt WINKLER davon, dass das im Text Unausgesprochene an sich zum zentralen Thema wird: "Die wirkliche Praxis, welche Menschen miteinander eingehen, das lebendige, vielleicht Irrationale einer Zuwendung und Beziehung, die eben unaussprechlich bleibt, gefühlt, nicht kategorial und abstrakt zu begreifen ist" (WINKLER 2009, S. 99). Unter professionellen Bedingungen wird Liebe generell verdächtig und doch bleiben die eingegangenen Beziehungen in Pflegefamilien der relevante Beitrag an das Aufwachsen der Pflegekinder.

Wie die vorherigen Ausführungen zur hegemonialen Familialität gezeigt haben, lässt sich durchaus eine symbolische Ordnung erkennen, die sich an einer Form der Mütterlichkeit und damit verbundener Mutterliebe orientiert. Die Liebe der Mutter stellt eine legitime Gegenkonstruktion zur vorherrschenden Vorstellung von Liebe dar, die sich im professionellen Kontext nicht zeigen darf. BRACHES-CHYREK beschreibt die Paradoxie der Mutterliebe in Pflegeverhältnissen folgendermaßen: "Gleich sind beide Mütter – die biologische Mutter und die Pflegemutter – aufgrund ihrer von der Gesellschaft zugedachten mütterlichen Liebe gegenüber dem Kind, die in den familialen Funktionen der Sorge, Erziehung und Bildung des Kindes festgeschrieben ist" (BRACHES-CHYREK 2010, S. 84). Die Liebe der Mutter zum Kind wird essentialisiert, in ihr verbirgt sich so etwas wie die "Sehnsucht nach unverfälschter Natur" (SCHÜTZE 1987, S. 45). Im Zusammenhang mit Mutterliebe zeigt sich in den Auseinandersetzungen mit der medizinischen und pädagogischen Sicht auf die Erziehung eine

Widersprüchlichkeit: "Das Gefühlswesen der Frau ist der 'unentbehrlichen', man könnte auch sagen 'unerbittlichen' Konsequenz der von den Experten formulierten 'Erziehungsgrundsätze' nicht gewachsen" (SCHÜTZE 1987, S. 52). SCHÜTZE arbeitet heraus, wie sich etwas wie Mutterliebe als Pflichterfüllung in der Erziehung hin zur grenzenlosen Hingabe an das Kind entwickelt, welche als notwendige Bedingung zum Gedeihen des Kindes verstanden wird (vgl. SCHÜTZE 1987, S. 56). Hier lässt sich der Aspekt der Liebe, insbesondere der Mutterliebe auch bereits aufgreifen. Die Mutter wird erst durch den familialen Strukturwandel, "der sich seit dem 17. Jahrhundert von der Hausgemeinschaft zur bürgerlichen Familie vollzieht" (SCHÜTZE 1987, S. 47), zur Adressatin ärztlicher und pädagogischer Handlungsanweisungen, während in der patriarchalischen Hausgemeinschaft der Hausvater "dem ganzen Haus" vorstand. SCHÜTZE weist darauf hin, dass die "bisherigen Untersuchungen zur Geschichte der Mutter-Kind Beziehung [...] relativ einmütig zu dem Ergebnis [kommen], dass etwa seit Mitte des 18. Jahrhunderts die Mutter-Kind Beziehung eine neue Qualität erhält" (SCHÜTZE 1986, S. 5). Ob allerdings etwas wie Mutterliebe bereits vorgängig existierte, ist eher umstritten.

Der Begriff der Liebe wird im vorliegenden Datenmaterial einzig von der Pflegemutter Zurbuchen verwendet, die vom Liebesdienst spricht, den sie den Pflegekindern gegenüber ausübt.

"ich betrachte [luege] das irgendwo als Liebesdienst einfach dann für das Kind das da ist (3) dass die Zeit (.) gut überbrückt werden kann // mhm // auch die die Chance hat um ein gutes Plätzchen [Plätzli; Verkleinerungsform von Platz] zu finden nachher auch wenn es wieder heim geht (.)" (Zurbuchen Z497-502).

"Im Begriff des Liebesdienstes ist eine Widersprüchlichkeit enthalten: Einerseits werden hier Konnotationen von Liebe als romantischer Liebe angesprochen. Andererseits verweist die Rede vom Dienst auf die von ihr angebotene Dienstleistung, der die Käuflichkeit eines Dienstleistungsangebots zugrunde liegt. Liebe als romantische Liebe kann nicht gekauft werden, käufliche Liebe wäre analog zur Prostitution zu betrachten, auch wenn die angebotene Dienstleistung hier weniger auf Körperlichkeit als vielmehr auf emotionale Zuwendung zu beziehen ist" (HÜNERSDORF/STUDER 2010, S. 227f.). Die Widersprüchlichkeit basiert auch auf der allgemeinen Schwierigkeit, wie im professionellen Kontext mit Emotionen umzugehen ist. Wie die Soziologin Eva ILLOUZ aufzeigte, handelt es sich um einen Irrtum zu glauben, dass Emotionen wie Liebe innerhalb des Kapitalismus frei von ökonomischem Denken sind (vgl. ILLOUZ 2006; ILLOUZ 2011). Über den Begriff des Liebesdienstes kann eine kategoriale Ordnung hergestellt werden, welche einerseits die ökonomische Durchdrungenheit aller Lebensbereiche beschreibt und andererseits die Liebe in einen dienstleistungsorientierten und damit auch klar

eingegrenzten Bereich einbettet. Allerdings kann der Begriff auch als Dienst am Pflegekind aus Liebe interpretiert werden. Der Liebesdienst scheint religiös motiviert zu sein und auf einem allgemeinen Begriff der Menschenliebe zu beruhen. Damit wird der Begriff aber gleichsam wieder sehr allgemein und nicht auf das konkrete Gegenüber bezogen. Dass das Thema Liebe in den Diskursen weitgehend fehlt, hängt auch mit der aktuellen Skandalisierung von Missbrauchsfällen in sozialpädagogischen Institutionen zusammen. Die damit verbundene Spannung zeigt sich dann beispielsweise bei der Pflegemutter Zurbuchen, welche sich sofort bei den Behörden absichert, wenn der Pflegevater allzu emotional wird.

Welche theoretischen Überlegungen ließen sich nun zu einem etwas weniger verkrampften Umgang mit der Thematik der Liebe in der Sozialpädagogik anführen? Analog zu BETTELSHEIMS Buchtitel "Liebe allein genügt nicht" (BETTELHEIM 1970) überschreibt WINKLER seinen Aufsatz mit "Professionalität allein genügt nicht" und arbeitet dabei das "beziehungsreiche Miteinander" (WINKLER 2009, S. 100) als Basis eines bildungsorientierten Verständnisses von Sozialpädagogik heraus. Damit lässt sich ein Moment hervorheben, dass sich in den Selbstdarstellungen der Pflegefamilien wiederfindet: Als theoretische Referenz kann das Aufrechterhalten von verbindlichen und tragfähigen Beziehungen benannt werden (vgl. bspw. THIERSCH/THIERSCH 2009).¹⁸⁹ Die sozialpädagogischen Rahmenbedingungen wären daran zu messen, wo Beziehungen zugelassen und Stabilität gewährleistet werden kann. Eine gesellschaftstheoretische Perspektive findet sich beispielsweise im Konzept des Gemeinsamen von HARDT und NEGRI. Die beiden Autoren haben in ihren Analysen zum "Commonwealth" die demokratische Bedeutung der Multitude herausgearbeitet, welche die Kunst erlernt, sich selbst zu regieren und nachhaltige demokratische Formen gesellschaftlicher Organisation zu schaffen (vgl. HARDT/NEGRI 2010, S. 9). Der gesellschaftstheoretische Bezug auf die Multitude mag den Pflegekinderbereich etwas überstrapazieren, er gibt aber eine Möglichkeit, Öffentlichkeit als den

¹⁸⁹ Noch immer ist es erstaunlich, dass die Überlegungen von Jürg JEGGE hinsichtlich der Themen der Liebe und Beziehungsgestaltung im sozialpädagogischen Theoriediskurs nicht breiter rezipiert werden: Seine ursprünglich im Kontext von Kleinklassen mit auffälligen Schülerinnen und Schüler entwickelten Thesen wurden zwischenzeitlich auch auf sozialpädagogische Institutionen übertragen (siehe die Institution Märtplatz, welche Berufsausbildungen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Startschwierigkeiten anbietet; vgl. www.maertplatz.ch). Das pädagogische Arbeiten bedingt aus der Sicht JEGGES als Grundvoraussetzung ein bedingungsloses und vor allem tragfähiges Beziehungsangebot: "Im Klartext: Da wachsen Menschen auf. Ihre Eltern haben die Verantwortung für sie. Aber da ist noch jemand, der bereit ist mitzumachen. Der als Gesprächspartner zur Verfügung steht, für die Eltern wie für die Kinder, und der sich vor allem um das Lernen kümmert. Um das Lernen im weitesten Sinne. Und um die Ermöglichung dieses Lernens. Der sein Wissen, sein Können, aber auch seine Fehler, kurz: Sich selbst zur Verfügung stellt, um dem Kind weitere Erfahrungen zu ermöglichen. Der sich zur Verfügung stellt, um mit dem Kind Erfahrungen zu verarbeiten. Das lässt sich schwer einfach schematisch auf bestimmte Zeiträume oder bestimmte Umstände beschränken. Das reisst erst ab, wenn das Kind es nicht mehr braucht" (JEGGE 1979, S. 177; JEGGE 2009). Was für den schulischen Kontext gilt, kann auch für die Sozialpädagogik Geltung beanspruchen, sofern sie die Bildungsprozesse als kritische Aneignung von Welt versteht. JEGGE setzt da an, wo die betroffenen Menschen durch die gesellschaftlichen Bedingungen klein gemacht werden. Dummheit bleibt insofern lernbar und ist abhängig von den gesellschaftlichen Möglichkeiten (vgl. JEGGE 1976).

Ort zu verstehen, wo etwas Gemeinsames produziert wird¹⁹⁰: "Das Gemeinsame als die Form der Selbstregierung, der Selbstkontrolle über die Interaktionen, über das vorhandene Wissen, über die Affekte, über all das, was gemeinsam hergestellt wird. Der Fokus liegt also nicht darauf, was genau das Gemeinsame *ist*, sondern vielmehr darauf, wie das Gemeinsame *entsteht*. Das Gemeinsame ergibt sich erst aus der sozialen Praxis heraus, jenseits von Institutionen, und geht einher mit der gesellschaftlichen Solidarität" (STUDER 2013b, S. 216; Hervorhebungen im Original). HARDT und NEGRI greifen den Begriff der Liebe in ihrer Argumentation politisch als Solidarität, als Sorge um andere auf (vgl. HARDT/NEGRI 2010, S. 193). Mit dem Hinweis auf Franz ROSENZWEIG wird Liebe aus seiner religiösen Verklammerung gelöst und Nächstenliebe umfassender interpretiert: "Der Nächste ist also [...] nur Platzhalter; die Liebe geht, indem sie vertretungsweise auf den ihr in dem flüchtigen Augenblick ihrer Gegenwärtigkeit jeweils Nächsten geht, in Wahrheit auf den Inbegriff Aller [sic!] – Menschen und Dinge –, die ihr jemals diesen Platz des ihr Nächsten einnehmen könnten, sie geht letztthin auf alles, auf die Welt" (ROSENZWEIG 1988, S. 243; zit. nach Hardt/Negri 2010, S. 195). Liebe ließe sich also politisch als Ausdruck von Solidarität lesen und die Motivlagen von Pflegefamilien unter diesem Blickwinkel betrachten. So wäre es auch eher möglich, Liebe als eine gegen-hegemoniale Artikulation zu verwenden, ohne gleichsam einer religiösen Konzipierung von Nächstenliebe aufzusitzen.

6.5.2 Religion

Die Religiosität von Pflegeeltern stellt die zweite Thematik dar, welche in den Diskursen verdrängt wird. Hierbei handelt es sich um ein Thema, das auch medial kontrovers diskutiert wurde. Insbesondere seitens der Schweizer Boulevardmedien wurde im Jahr 2014 der Sachverhalt kritisiert, dass vermehrt Pflegekinder bei christlich-freikirchlichen Familien platziert werden. Bei Freikirchen handelt es sich in der Schweiz um religiöse Gruppierungen, die sich unabhängig von den beiden Landeskirchen der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Kirche organisieren.¹⁹¹ Die Thematik der religiösen Pflegefamilien wird seitens der

¹⁹⁰ Ich habe diese These der Öffentlichkeit als Ort des Gemeinsamen in einem Aufsatz etwas genauer entwickelt (vgl. STUDER 2013a). Ziel des Beitrags war eine kritische Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit in der Sozialpädagogik und der theoretische Versuch der Politisierung des Öffentlichen durch das Konzept des Gemeinsamen.

¹⁹¹ Laut des Bundesamts fürs Statistik (BFS) waren im Jahr 2013 von der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren 38,0% römisch-katholisch, 26,1% evangelisch-reformiert und 22,2% werden als konfessionslos bezeichnet. Nur 5,8% waren Mitglied in einer anderen christlichen Glaubensgemeinschaft und 5,1% in einer islamischen (vgl. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/05/blank/key/religionen.html> [zuletzt besucht: 6.7.2016]). Es handelt sich also um eine vergleichsweise kleine Gruppe, die einer anderen christlichen Glaubensgemeinschaft neben den beiden Landeskirchen angehört ist. Während der Anteil der römisch-katholischen Kirche in den letzten

Forschung eher vernachlässigt, medial wurde das Thema allerdings stark skandalisiert (siehe u.a. der Kommentar von SCHMID 2014).¹⁹² Der Zürcher Stadtrat beantwortet am 10. Dezember 2014 eine schriftliche Anfrage eines grünen Parlamentariers nach dem Umgang mit und der Eignung von religiösen Pflegefamilien, vor allem aus dem christlich-freikirchlichen Milieu, damit, dass Religiosität kein Kriterium für oder gegen die Eignung einer Pflegefamilie darstellt und aus verfassungsrechtlichen Gründen auch keines sein darf. Rechtlich ist die individuelle Religionsausübung- und zugehörigkeit eindeutig geregelt: In der Schweizer Bundesverfassung wird die Ausübung des individuellen Glaubens unter dem Titel der Glaubens- und Gewissensfreiheit gesichert: ¹ Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist gewährleistet. ² Jede Person hat das Recht, ihre Religion und ihre weltanschauliche Überzeugung frei zu wählen und allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu bekennen. ³ Jede Person hat das Recht, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören und religiösem Unterricht zu folgen. ⁴ Niemand darf gezwungen werden, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören, eine religiöse Handlung vorzunehmen oder religiösem Unterricht zu folgen" (BV, Art. 15). Gemäß Artikel 303 des schweizerischen Zivilgesetzbuches obliegt die religiöse Erziehung der Kinder bis zu deren 16. Altersjahr den Eltern (ZGB, Art 303).

In der Tat äußern sich Pflegevater Martin und Pflegemutter Brigitte explizit dahingehend, dass der christliche Glauben eine zentrale Rolle in ihrem Leben spielt. Bei der Familie Zurbuchen kann das vermutet werden, da die Familie einen Bibelsalm sehr deutlich in der Wohnung aufhängt. Der christliche Glaube wird als relevanter Motivationsfaktor zur Aufnahme von Pflegekindern bezeichnet. Interessanterweise wird besonders bei den Sozialarbeitenden das Thema der Religiosität von Pflegefamilien eher beiläufig behandelt. Dies deckt sich mit den Ergebnissen aus der Untersuchung PRESCHERS, in denen die von ihr interviewten Pflegeeltern berichten, dass ihre religiöse Einstellung im Abklärungsverfahren kaum befragt wird, sondern dass in erster Linie die Konfession anzukreuzen ist (vgl. PRESCHER 2014, S. 265). Sie weist darauf hin, dass die Thematisierung der Religiosität in den Pflegefamilien eher auf den persönlichen Interessen der Sozialarbeitenden als auf fachlich begründeten Standards beruhte. "Religion scheint ein Thema zu sein, in das sich die Fachkräfte in den Jugendämtern lieber nicht einmischen. Dementsprechend stellt Religion auch kein Konfliktthema zwischen dem Jugendamt

40 Jahren relativ stabil geblieben ist, verlor die evangelisch-reformierte Landeskirche viele Mitglieder, während die Anzahl an Konfessionslosen zugenommen hat.

¹⁹² Bei einer der wenigen Untersuchungen zur Bedeutung von Religiosität in Pflegefamilien handelt es sich um eine Qualifikationsarbeit von Sophie PRESCHER (2014). Die Zeitschrift Beobachter beschreibt unter dem Titel "Pflegekinder in den Händen von Freikirchlern" den konkreten Einzelfall eines Mädchen in einer Pflegefamilie, die einer evangelikalen Freikirche angehört (siehe http://www.beobachter.ch/familie/sozialfragen/artikel/pflegekinder_in-den-haenden-von-freikirchlern/ [zuletzt besucht: 6. Juli 2016]).

und den Pflegeeltern dar" (PRESCHER 2014, S. 267f.). Diese Interpretation bringt eindrücklich die Latenz des Themas zum Vorschein: Über was nicht gesprochen wird, kann vermeintlich kein Konflikt entbrennen. Damit wird die Ausübung des Glaubens in der Familie diskursiv in die Latenz verschoben, im Sinne des Sprichworts: "Was ich nicht weiß, das macht mich nicht heiß." Das vorliegende Datenmaterial verweist auf eine ähnliche Vorgehensweise: Religion wird zwar angesprochen, aber nicht im Hinblick auf den Umgang mit den Pflegekindern und den Eltern problematisiert. Der Glaube wird in erster Linie hinsichtlich der Motivation der Pflegeeltern erwähnt, ein Pflegekind aufzunehmen. Allerdings wird genau dieser Aspekt, so die Sozialarbeiterin Degen, zu wenig genau abgeklärt, was sich mit der neu eingeführten Fachstelle ändern sollte:

"also ich (.) mir ist einfach aufgefallen, die Abklärung die man vorher [vor der Einführung der Fachstelle, ts] gemacht hat // mhm // da ist jemand in die Familie (.) hat ein Gespräch gemacht // ja // das Gespräch ist sehr oberflächlich gewesen // mhm // (.) und ich finde jetzt, für eine Dauerpfle- ähm für einen Dauerpflegeplatz (.) äh muss das einfach mehr in die Tiefe gehen, es braucht vielleicht auch zwei Gespräche und // mhm // ich denke man muss sich da sehr gut überlegen auch welche Fragen stellen // ja // die Motivationsfrage beispielsweise, also das find ich äh (.) und das ist mir oft aufgefallen in den, wir haben da noch so Karteikarten gehabt, ist ziemlich @ ein altes @ @.@ da habe ich praktisch keine (.) Angaben gehabt von diesen Familien oder // mhm // teilweise nicht einmal die Konfess- die Konfession müssen sie zum Beispiel (.) i- i- oft sind sie eben noch so in freikirchlich- (.) Freikirchen (.) drin (.) und ähm und leben das ja auch recht oder // ja // und das find ich jetzt zum Beispiel etwas wichtiges oder (.) oder die Motivation (.) genauer abzuklären oder" (Sozialarbeiterin Degen, Z534-556).

Die Abklärung wird von der Sozialarbeiterin insofern als zu ungenau bezeichnet, als dass nur formale Kriterien aufgeführt werden. Diese werden entlang bestimmter Kategorien auf einer Karteikarte erfasst und entsprechend bürokratisch abgelegt. Es bestehen in der Schweiz bei der Erfassung der persönlichen Daten neben den klassischen demografischen Kategorien Geburtstag und Alter, Wohnort, Geschlecht, Beruf, Heimat- oder Bürgerort, Beziehungsstatus auch das Kriterium der Konfession, respektive der Religionszugehörigkeit. Der Begriff der Konfession beinhaltet etymologisch das Moment des Bekenntnisses zu einem Glauben. Durch das "Eingestehen" oder "Bekennen" (vgl. DUDENREDAKTION 2001, S. 434) zu einer Glaubenszugehörigkeit wird eine Ordnung geschaffen, die spezifische Person ist damit einer Gruppe von ähnlich Gläubigen zugeordnet. Der Hinweis bei der Sozialarbeiterin bezieht sich aber nicht auf die Religionszugehörigkeit, sondern dass die Pflegeeltern konkret Mitglieder von Freikirchen sind und "dies auch leben würden". Die formal erfassbare Religionszugehörigkeit an sich sagt noch nichts darüber aus, welche Bedeutung der Religion im konkreten familiären Alltag und in der Erziehung der Pflegekinder zukommt. Trotz der berechtigten und notwendigen Kritik an den bisweilen repressiven Erziehungsvorstellungen und illiberalen

gesellschaftspolitischen Haltungen (beispielsweise die ausdrückliche Homophobie) weisen auch Freikirchen eine hohe Heterogenität aus.¹⁹³ Insofern ist mit der Erfassung der Konfession nichts über das konkrete Handeln in der Familie ausgesagt, vielmehr scheint die Sozialarbeiterin davon auszugehen, dass die Zugehörigkeit zu einer Freikirche erst dann zu einem Problem wird, wenn diese "das" – was stellvertretend für eine suggerierte Haltung der Freikirchen steht – leben würden. Den Glauben im Falle einer freikirchlichen Zugehörigkeit "zu leben" suggeriert eine nicht genauer dargestellte Haltung in religiösen Fragen auch gegenüber den Pflegekindern. Interessanterweise wird die Frage der Motivation also mit der Erfassung der Konfession verknüpft: Wer eine der beiden Landeskirchen als Konfession angibt, ist damit nicht mehr im kritischen Fokus im Moment der Abklärung als geeignete Pflegefamilie. Letztlich bleibt sowohl latent, was denn nun genau die problematischen Aspekte von evangelikalen Familien sind, wie auch ob die freikirchliche Religionszugehörigkeit als fachliches Ausschlusskriterium zur Aufnahme eines Pflegekindes ausreichen sollte. Rechtlich wäre das problematisch, da – siehe oben – das "Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit" in der Schweizer Bundesverfassung verankert ist.

Auch die Sozialarbeiterin Frieden verweist auf die Fachstelle, welche die Abklärung von möglichen Pflegefamilien vertiefter und genauer machen kann. Das Prüfen auf Herz und Nieren beinhaltet einerseits eine sehr genaue Untersuchung, ohne allerdings die entsprechenden Kriterien zu erwähnen, und andererseits impliziert die Redewendung eine medizinisch-fachliche Untersuchung oder Diagnose:

"Genau, eben, das find ich ganz wichtig, dass die das auch anschauen oder // ja // und die sehen vielleicht/ oder wenn's/ wenn sie an das Gespräch gehen und die auf Herz und Nieren prüfen, was mir ja nicht gemacht haben, dann kommt dort vielleicht etwas raus, wo ich sage, ouh, bin ich froh, das hab ich nicht gewusst, oder // mhm // oder sind vielleicht sehr christlich und weiß ich was, wenn wir das gar nicht merken, oder, und, und versuchen das aufs Pflegekind über/ überzustülpen oder, und vor solchen Sachen müssen wir uns ja immer in Acht nehmen, weil es muss möglichst neutral sein // mhm // oder wenn ich ein Moslemkind in so eine Familie platzieren sollte und ich weiß gar nicht, dass die da ganz andere Vorstellungen haben, da bin ich froh, wenn ich das von der Fachstelle schon von Vornherein weiß, oder, dann gehe nicht auch irgendwie Irrwege" (Sozialarbeiterin Frieden, Z590-604).

Die Sozialarbeiterin geht davon aus, dass die Fachstelle, welche die Pflegefamilien auf Herz und Nieren untersucht, etwas anderes als sie als Sozialarbeiterin sieht. So beispielsweise eine starke Religiosität ("sehr christlich") und das Bestreben, dies dem Pflegekind "überzustülpen". Gegenüber dieser Dogmatik oder missionarischen Haltung zum Pflegekind sollte sich die Sozialarbeiterin "in Acht nehmen". Irritierend ist allerdings die Position, dass "es" – vermutlich

¹⁹³ Siehe hierzu die Ausführungen zum Thema "Evangelikalismus und pädagogische Konzepte" der Fachstelle für Sektenfragen infoSakta (verfasst von Regina Spiess: www.infosekta.ch [zuletzt besucht: 31.1.2016]).

spricht sie vom Pflegeverhältnis – in religiöser Hinsicht möglichst neutral sein muss. Das ist insofern etwas überraschend, weil die anschließende Formulierung, dass ein "Moslemkind" nicht bei einer sehr christlichen Pflegefamilie untergebracht werden kann, keinesfalls neutral ist. Was bei dieser kurzen Darstellung auch entfällt, ist der rechtliche Aspekt, dass bei einer Fremdplatzierung die Eltern die zuständigen Personen für die religiöse Erziehung des Kindes bleiben, es sei denn es kommt zu einem Sorgerechtsentzug nach ZGB Art. 311, 2. In diesem Fall wäre ein Beistand für die elterlichen Pflichten zuständig und entsprechend auch für die religiöse Erziehung verantwortlich. Es könnte sich durchaus um besagte Sozialarbeitenden handeln, die dadurch mit einer "neutralen Haltung" nicht weit kommen, sondern vielmehr eine konkrete Verantwortung zu übernehmen hätten.

Zwei Aspekte lassen sich hierbei beleuchten: *Erstens* fällt an dieser Auseinandersetzung mit evangelikalischen Pflegefamilien auf, dass das Thema Religion generell schwer zu klären scheint, dass es im Pflegefamilienbereich aber durch die Zuspitzung auf die Freikirchen als ein Problem des Extremen deklariert wird. Es wird damit ein gesellschaftlicher Projektionsprozess deutlich, sich selber als liberal und offen zu zeigen und gleichzeitig die schlechten Themen auf die religiösen Familien zu projizieren. Damit drohen *zweitens* religiöse Aspekte und Motivlagen aus der Diskussion rauszufallen, wenn die Religionsthematik allzu einseitig auf die repressiven und dogmatischen Anteile von evangelikalischen Pflegefamilien reduziert wird.

6.5.3 Lohnarbeit und Anerkennung

Die Entlohnung der Tätigkeit in den Pflegefamilien stellt ein drittes Moment dar, welches tendenziell aus den Diskursen verdrängt wird. Ein des Öftern damit verknüpft Thema ist die gewünschte Anerkennung für die Tätigkeit als Pflegeeltern, wie auch die konkrete Berufsorientierung. Unter kapitalistischen Bedingungen wird Anerkennung maßgeblich über Beruf und Lohnarbeit erfahren, Anerkennung außerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen ist erschwert möglich. In den folgenden Ausführungen wird nun eine theoretisch begründete Rahmung entwickelt, wie sich der Umgang mit Lohnarbeit, Berufsorientierung und Anerkennung im Pflegefamilienbereich erklären lässt.

In den aktuellen medialen und professionellen Debatten bestehen wenige Auseinandersetzungen darüber, inwiefern es sich bei der Tätigkeit von Pflegefamilien um eine Lohnarbeit handelt oder handeln soll.¹⁹⁴ Interessant ist in diesem Zusammenhang das Editorial in der Schweizer

¹⁹⁴ Das war im Zusammenhang mit der feministischen Kritik an der unentlohnerten Hausarbeit anders (vgl. die "Lohn für Hausarbeit"-Kampagne in den 1970er-Jahren; Kap. 5.2). An dieser Stelle sei auf die Aktionskonferenz im März 2014 in Berlin zum Thema "Care-Revolution" verwiesen, deren Beiträge sich in der 134. Ausgabe der Zeitschrift Widersprüche im Dezember 2014 wiederfinden.

Zeitschrift Netz (für Pflegefamilien) zum Titel "Dienende statt Verdienende? Arbeitsbedingungen und Entschädigung von Pflegeeltern", welches im Jahr 2007 erschien: "Geld ist kein Motivationsfaktor – die Arbeit von Pflegeeltern lässt sich nicht in Franken messen, sagt [der Pflegevater] Markus Haab im Netz-Interview". Die Aussage, dass sich die Tätigkeit nicht in Geld messen lässt, zieht eine doppelte Interpretation nach sich: Einerseits stellt es in der Tat eine Realität dar, dass die Tätigkeit von Familien, die bisweilen bedeutend mehr als die in der Schweiz akzeptierten 8,4 Arbeitsstunden pro Tag umfassen mögen, aus einer kapitalistischen Warte nicht zu finanzieren wäre. Außerdem würde es eine arbeitsrechtliche Problematik nach sich ziehen. Andererseits beinhaltet die Aussage den ideologischen Anteil, dass Pflegeeltern ihre Tätigkeit aus anderen Gründen denn finanziellen ausführen würden. Auch die Aussage, dass Geld kein Motivationsfaktor sei, lässt sich in zwei Richtungen lesen: Einerseits ist die finanzielle Entlohnung der Pflegeeltern kein Anreiz, diese Tätigkeit aufgrund der Entschädigung zu machen. Andererseits ist mit dieser Aussage auch die Position markiert, dass Pflegefamilien ihre Motivation nicht aus finanziellen Gründen schöpfen. Im amtlichen Formular zur Abklärung von Pflegefamilien (vgl. die Ausführungen zur Abklärung im Kap. 6.2.1) wird als Ausschlusskriterium genannt, dass Pflegeeltern nur einen einzelnen Grund für ihre Motivation zur Aufnahme eines Tages- oder Pflegekindes formulieren können. Als Beispiel wird die finanzielle Entschädigung in Form des Pflegegelds genannt. Was rechtlich nicht sein darf, soll im Konkreten nicht vorkommen.

Mit der Lohnarbeit geht meistens eine Berufsorientierung einher, die im Falle von Pflegefamilien im Bereich von Dauerplatzierungen kaum zu finden ist.¹⁹⁵ Die Pflegemutter Müller betont, dass es sich bei ihrer Tätigkeit als Pflegemutter um Arbeit handelt, allerdings verweist sie auch darauf, dass es sich bei der Kindererziehung generell um Arbeit handelt. Die fehlende Berufsorientierung hängt allerdings auch maßgeblich mit einem Professionsproblem zusammen: Pflegefamilien, in denen die Erwachsenen keine einschlägige berufliche pädagogische Ausbildung abgeschlossen haben, können per definitionem nicht annähernd so viel wie ausgebildete Sozialpädagoginnen und -pädagogen in Heimeinrichtungen verdienen. Diese würde die sozialpädagogische Ausbildung delegitimieren, deshalb greift auch die von RISTAU-GRZEBELKO angeführte Perspektive auf die Anstellungsbedingungen von Pflegefamilien zu kurz: "Während in der Heimerziehung durch eine einschlägige erziehungswissenschaftliche oder sozialpädagogische Ausbildung qualifizierte Betreuer in sozialversicherungspflichtigen Angestelltenverhältnissen mit fachlicher Begleitung und Supervision sowie dem Anspruch auf

¹⁹⁵ Der Begriff der Berufsorientierung ist nicht zu verwechseln mit den berufspädagogischen Maßnahmen zur Orientierung von Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf einen später zu erlernenden Beruf. Vielmehr soll hier die Orientierung an einem Beruf angesprochen werden.

Weiterbildung tätig sind, ist in der Vollzeitpflege eine – bestimmten Standards entsprechende – Qualifizierung nicht vorgeschrieben. Es besteht keine bzw. keine vergleichbare finanzielle und soziale Absicherung und kein Sozialversicherungsschutz" (RISTAU-GRZEBELKO 2009, S. 2). Das mag auch für die Schweizer Verhältnisse von Pflegefamilien in Teilen zutreffen (vgl. die Darstellung der rechtlichen Situation von Pflegefamilien im Kapitel 2.3.2), aus professionstheoretischer Sicht können diese Leistungen für Pflegefamilien aber auch nicht in gleicher Weise angeboten werden. Ansonsten könnte sich der Verdacht erhärten, dass auch nicht-ausgebildete Pflegeeltern eine ähnliche Leistung wie die ausgebildeten Sozialpädagoginnen und -pädagogen in den Institutionen erbringen könnten. Es fehlt im Pflegefamilienbereich eine Unterscheidung zwischen Beruf und Fachlichkeit, die Pflegeeltern können fachlich kompetent sein, ohne deshalb auch professionell sein zu müssen.

Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Aspekt der Lohnarbeit hat einen strukturellen Hintergrund der Sozialen Arbeit, der sich unter der Ausklammerung ökonomischer Bezüge fassen lässt. Die Geschichte des Pflegefamilienbereichs kann einerseits nicht ohne das Verdingwesen verstanden werden, in dessen Kontext Kinder zu einem nicht geringen Teil aus ökonomischen Beweggründen als Verdingkinder, respektive als Arbeitskräfte fremdplatziert wurden. Die relevante Frage wäre andererseits allerdings auch, weshalb die finanziellen Themen nicht im Zusammenhang mit der schlechter gestellten Position der Familien zu tun haben, denen die Kinder weggenommen werden oder die gezwungen sind, die eigenen Kinder wegzugeben. Hier tangiert das verdrängte Thema der Entlohnung auch die gesellschaftspolitische Thematik der sozialen Ungleichheit oder der Klassenthematik. Gerade hierin bestand das Bestreben der Frauenbewegung, Sichtbarkeit der privaten Verhältnisse herzustellen. Die Frage der Fremdbetreuung ist vor allem ein Problem des Proletariats, wenn beide Elternteile gezwungen sind zu arbeiten. Für die vorliegende Untersuchung fällt nun auf, dass von den ökonomischen Bedingungen und gesellschaftlichen Verhältnissen abstrahiert wird. "Den allermeisten Menschen fehlt es an Zeit und/oder oder an beidem, um selbstbestimmt für sich und anderen sorgen zu können sowie darüber zu entscheiden, von wem sie versorgt werden möchten" (SCHRADER 2014, S. 58).¹⁹⁶ Ökonomische Probleme werden durch die Thematik der Kindeswohlgefährdung individualisiert, indem der Staat über den Begriff des Kindeswohls sein Recht auf Eingriff in die Familie wahrnimmt (vgl. OELKERS 2009a, S. 218): Hierin zeigt sich eine Form der Re-Privatisierung der sozialen Probleme von Familien, wie sich das am Beispiel erfassen lässt, welches die Betreuerin Bucher ausführt: "Die Mutter ist nicht in der Lage, die Kinder zu

¹⁹⁶ Vor diesem Hintergrund ist die Fröbeltagung von 2010 zum Thema "Kann Liebe Arbeit sein?" in Jena von Interesse, die sich mit der bezahlten Elternschaft beschäftigte. Die entsprechende Publikation ist leider noch nicht erschienen (MÜLLER/OPIELKA i.E.).

betreuen, einerseits weil sie hundert Prozent arbeiten muss oder sollte, weil sie sehr viele Schulden hat, aber sie ist einfach nicht in der Lage (2) äh die Kinder zu betreuen, sie hat sie oft alleine gelassen und (2)" (Betreuerin Bucher, Z83-87). Quasi im gleichen Atemzug wird das ökonomische Problem, viel arbeiten zu müssen und trotzdem Schulden zu haben, zu einem Problem der Kinderbetreuung. Dass die Mutter viel arbeiten muss und deshalb gezwungen ist, die Kinder alleine zu lassen, wird nicht aufgegriffen.

Der Blick auf die Entschädigung im Falle von Tagesfamilien und Dauerpflegefamilien ist insofern aufschlussreich, dass Tagesfamilien, welche die Kinder über den Tag betreuen, vergleichsweise besser entschädigt werden.¹⁹⁷ Dies mag mit unterschiedlichen Hintergründen und Organisationsformen zusammenhängen, so sind Tagesfamilien meistens in Vereinen organisiert und auch eher selten mit Kindesschutzmaßnahmen verbunden. Der Unterschied lässt sich aber auch stärker aus einer ökonomischen Perspektive lesen: So äußert sich Pflegemutter Zurbuchen kritisch gegenüber der eigenen Tätigkeit als Tagesmutter, da sie nicht mehr Kinder betreuen möchte, damit deren Frauen arbeitstätig sein können. Die Aussage ist insofern problematisch, da die Arbeitsbedingungen der Familien, deren Kinder sie betreut, ausgeklammert werden. Die Unterscheidung bei den beiden Angeboten verdeutlicht allerdings, dass der ökonomische Aspekt dann in den Vordergrund rückt, wenn eine Tagesbetreuung beispielsweise dazu dient, die Arbeitsfähigkeit der betroffenen Eltern aufrechtzuerhalten.

Die ökonomische Logik durchdringt alle Handlungsfelder, auch diejenige der Sozialen Arbeit und der Familien. Während die Trennung zwischen Arbeit und Lebenswelt im Fordismus noch konstitutiv war, löst der Postfordismus diese Trennung im Rahmen der Selbsttechnologien zusehends auf, wie das CHASSÉ (2013) begründet: Der Verkauf der Arbeitskraft macht vor der Lebenswelt nicht mehr Halt.¹⁹⁸ Wie sich das auf die Gestaltung der Beziehungen auswirkt, machen die Ausführungen von John HOLLOWAY deutlich: Der Widerspruch zwischen nützlichem Tätigsein und abstrakter Arbeit ist nicht nur ein Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital, sondern geht durch alle Menschen hindurch.¹⁹⁹ "Wir alle sind sowohl Tätige als auch

¹⁹⁷ Tagesfamilien haben im Kanton Zürich einen Stundenansatz an Betreuungskosten von 12.50 SFr. bei Kindern bis zum Alter von 18 Monaten und 10.- SFr. bei Kindern ab dem Alter von 18 Monaten (vgl. die Stiftung GFZ (vormals "Gemeinnütziger Frauenverein Zürich"), welche Kindertagesstätten und Tagesfamilien betreut). Die Entschädigung bei einer Dauerplatzierung beträgt rund 60.- SFr. pro Tag, die Höhe variiert leicht mit dem Alter des Kindes (siehe auch Kap. 2.3.2). Dem steht ein Ansatz bei der Tagespflege von rund 100.- SFr. gegenüber.

¹⁹⁸ VOSS/PONGRATZ sprechen deshalb hier vom Typus des Arbeitskraftunternehmers (vgl. PONGRATZ/VOSS 2004). Der Mensch wird zusehends zum Verkäufer und zur Verkäuferin der eigenen Arbeitskraft, in die entsprechend investiert werden muss.

¹⁹⁹ HOLLOWAY (2010, S. 101) bezieht sich mit dem Begriff der abstrakten Arbeit in Abgrenzung vom Tätigsein auf eine Unterscheidung bei Karl MARX: Dieser benennt die Abstraktion der Arbeit mit dem Gegensatz von entfremdeter Arbeit und bewusster Lebenstätigkeit. Diese Unterscheidung verweist auf den Doppelcharakter von Arbeit und darauf, dass das Tätigsein in der abstrakten Lohnarbeit nicht komplett aufgeht.

Verrichter abstrakter Arbeit (selbst wenn wir nicht ausdrücklich Lohnarbeit verrichten" (HOLLOWAY 2010, S. 221). Die kapitalistische Verwertungslogik und die Vorstellung abstrakter Arbeit durchdringen also auch jede Form der Beziehung, unser eigenes Denken und unser Handeln. Es kommt zu einer Versachlichung von Beziehungen, wie sie sich im Begriff der "Beziehungsarbeit" niederschlägt. Dass die Gestaltung der Beziehungen zwischen den einzelnen Personen als zentraler Gegenstand der Sozialen Arbeit betrachtet wird, lässt sich als Allgemeinplatz festhalten, allerdings wird er mit dem Begriff der *Beziehungsarbeit* für die Lohnarbeit handhabbar und damit verstärkt zur Sache gemacht. Die Versachlichung der Beziehungen wird in WINKLERS Analyse von Arthur SCHNITZLERS Novelette "Ich" herausgearbeitet: "Der Raum und der Zusammenhang mit anderen erscheinen nur noch versachlicht, entpersonalisiert" (WINKLER 2009, S. 95). Das Eingehen von Beziehungen wird unter professionellen Bedingungen zu einer klar definierbaren Aufgabe mit einem entsprechenden Auftrag: "Der Professionelle tritt an die Stelle der mitmenschlichen Sorge und Hingabe, von ihm erwartet man, die Krankheit der entpersonalisierten Person zu bearbeiten – in dem Vertrauen, mit einer Krankheit zu tun zu haben, die sich bearbeiten lässt" (WINKLER 2009, S. 97). Wer nun mitmenschliche Sorge oder Hingabe in der Gestaltung der Beziehungen in den Vordergrund stellt, macht sich tendenziell verdächtig (siehe hierzu auch die vorherigen Ausführungen zu Liebe und Religiosität). In den Pflegefamilien besteht eine Schwierigkeit, emotionale Beziehungen unter ökonomischen Gesichtspunkten fassbar zu machen. Was dem Pflegekind in der Beziehung an Zuneigung zukommt, kann hinsichtlich des Wertes nur beschränkt hochgerechnet werden, deshalb lässt es sich auch schwer in der Kategorie Lohnarbeit fassen.²⁰⁰ Dass es überhaupt erst zu dieser Problematik kommt, hängt mit der theoretischen Trennung zwischen Produktion und Reproduktion zusammen, die an sich von Anbeginn an falsch war und die Schwierigkeit erst schaffte, wie die unentgeltliche Tätigkeit im Haushalt unter dem Aspekt der Lohnarbeit diskutiert werden kann (vgl. u.a. SCHRADER 2014). Ideologisch wird davon ausgegangen, dass in der Pflegefamilie keine Lohnarbeit stattzufinden hat, was aber eigentlich immer falsch war, weil die Reproduktionsfunktion in der bürgerlichen Familie auch der Instandsetzung des arbeitstätigen Vaters diene. Hier lohnt sich ein Blick in die Analysen von Frigga HAUG, welche die Hausarbeitsdebatte der 1970er-Jahre hinsichtlich der Frage der Entlohnung folgendermaßen reflektiert: "Unbezahlt als Gegenüber von bezahlt, mündend in der Forderung nach Lohn für Hausarbeit war nicht das Gewollte von damals. Wir benutzten das Wort *umsonst* für die von Frauen zu Hause privat geleisteten Pflegearbeiten und zielten daher

²⁰⁰ Welche unterschiedlichen theoretischen und politischen Positionen sich im Zusammenhang mit der Frage nach der Lohnarbeit in der Familie finden, werden von Stefan PAULUS in einer Übersicht dargestellt (vgl. PAULUS 2013).

nicht auf Bezahlung, sondern auf den anderen Charakter dieser Arbeiten, die 'aus Liebe', jedenfalls nicht eigennützig, nicht des Geldes wegen, nicht kalkuliert, aber Not wendend getan wurden" (HAUG 2011, S. 350; Hervorhebung im Original). HAUGS Überlegungen schließen an HOLLOWAYS auf MARX zurückgehendes Verständnis von Tätigsein an: Es geht um das Artikulieren des "anderen Charakters dieser Arbeiten" im Privaten, der Tatsache, dass dieses Tätigsein "umsonst" und nicht der Verwertungslogik unterworfen ist. "Tätigsein steht im Mittelpunkt, Handeln, Tun – nicht irgendein neuer Diskurs, eine neue Denkungsart, eine neue Organisationsform, ein neuer -ismus: Tätigsein. Tätigsein, weil unser Tätigsein hier und heute zu Kapitalismus und Zerstörung führt, andererseits aber zu einer Welt führen könnte, die menschlichem und anderem Leben angemessen wäre" (HOLLOWAY 2010, S: 249). HOLLOWAY kritisiert die Versuche der Entwicklung einer neuen Gesellschaft durch Revolution oder staatliche Reformen und setzt stattdessen auf das Entdecken von Brüchen in der Gesellschaft. Die Menschen sind die Produktivkräfte, die in der Lohnarbeit, aber auch gegen und über die Lohnarbeit hinaus tätig sind. Es geht also darum, da Brüche zu entdecken, wo die Menschen etwas um seiner selbst Willen tun und nicht im Hinblick auf einen anderen Zweck.

Hiermit lässt sich der Bogen zur Frage der Anerkennung schließen. Der Wunsch nach Anerkennung für die Tätigkeit als Pflegeeltern wird in den Interviews wiederholt geäußert, allerdings kaum je mittels der Forderung nach einer höheren Entlohnung. Wenn die Anerkennung nicht über die finanzielle Entschädigung und die Berufsorientierung erfolgt, bleibt noch die Tatsache, eine Tätigkeit tatsächlich in erster Linie um seiner selbst willen zu tun, oder Anerkennung aufgrund eines sich selbst auferlegten Auftrags zu erfahren. Der Pflegevater Andermatt bringt das folgendermaßen auf den Punkt:

"Aber nicht, dass wir uns um das Kind jetzt gerissen hätten oder finanziell (1) da irgendwelche Anreize aber kam einfach da und jetzt haben wir halt und wir freuen uns, dass er da ist also" (Pflegevater Andermatt, Z 208-211).

Dieser Auftrag mag im Sinne eines gesellschaftlichen Auftrags oder als religiöser Auftrag verstanden werden. Sobald Anerkennung für etwas gefordert wird, läuft man immer schon wieder Gefahr korrumpiert zu werden, indem die Tätigkeit eben gerade nicht mehr um seiner selbst willen vollzogen wird.

6.5.4 *Besitz am Kind*

Eine der relevanten Fragen, die in den Interviews mit den Pflegeeltern nicht geklärt wurde, war diejenige danach, wem das Pflegekind gehört. Das Thema mag auf den ersten Blick absurd klingen, da an sich davon ausgegangen wird, dass kein Mensch einem anderen Menschen

gehören kann. Was sich rechtlich rasch klären lässt, da das Sorge- und das Obhutsrecht im schweizerischen Zivilgesetzbuch ZGB festgehalten ist (ZGB, Art. 296), bringt im konkreten Alltag der Pflegefamilien und auch der involvierten Personen der Sozialarbeit gewisse Spannungen mit sich (vgl. auch die rechtlichen Rahmenbedingungen des Pflegefamilienbereichs im Kap. 2.3.2): Rechtlich obliegt die Sorge um das Kind und dessen Aufwachsen wie auch die Bestimmung des Wohnorts den Eltern, solange ihnen das Sorge- oder Obhutsrecht nicht entzogen wird.²⁰¹ Mittels des Pflegevertrags wird zwischen den Pflegeeltern und den Eltern eine Vereinbarung über die Gestaltung des Aufenthalts des Pflegekindes in der Pflegefamilie getroffen. Kommt es zu einer vormundschaftlichen Maßnahme, ist auch noch die Behörde vertraglich involviert, insbesondere wenn es sich nicht um eine freiwillige Platzierung handelt. Über die 1997 von der Schweiz ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention sind im Weiteren die Rechte der Kinder geregelt, die sich auch in den Qualitätskriterien "Quality4Children" niederschlagen, die für Kinder und Jugendliche entwickelt wurden, die nicht bei ihren Eltern aufwachsen können (vgl. www.quality4children.ch [zuletzt besucht: 1.10.2016]). Gleichzeitig ist die Thematik nicht von der Frage nach den Kindswegnahmen zu denken: Es fällt auf, dass in wenigen Fällen wirklich explizit darüber gesprochen wird, dass unter dem Aspekt des Kindeswohls auch Kinder den Eltern weggenommen werden können. Die Pflegemutter Brigitte versucht den Moment der Platzierung in Worte zu fassen, dass sie selber ein Kind möchte, das dadurch aber an einem anderen Ort, respektive einer anderen Familie weggenommen wird. Gleichzeitig soll damit auch nicht gesagt werden, dass es nicht durchaus Gründe gibt, dass Kinder nicht bei ihren Eltern aufwachsen sollten. Die Begründungen zur Kindswegnahme scheinen sich allerdings zu wandeln: Es fällt auf, dass bei älteren Platzierungen Pflegefamilien des Öftern die Suchtproblematik der leiblichen Eltern als Begründung angeführt wird, während bei jüngeren Platzierungen die psychischen Erkrankungen der Eltern problematisiert werden. Übergreifend ist allerdings, dass den Eltern die Fähigkeit zur Verantwortungsübernahme gegenüber den Kindern als Begründung zur Wegnahme des Kindes abgesprochen wird. Nichtsdestotrotz treibt gerade die Frage, wem das Pflegekind gehört, die meisten Pflegefamilien um: Es wird allerdings meistens über die Zugehörigkeit zu einer Familie diskutiert. Der Pflegevater Martin verwendet hierzu naturbezogene Metaphern wie das "Eintopfen" und das "Wurzen-Schlagen" von Pflanzen. Auch aus der Perspektive heraus, dem Pflegejugendlichen ein

²⁰¹ Der Begriff der elterlichen Sorge hat den Begriff der elterlichen Gewalt über die Kinder ersetzt. Im Begriff der Gewalt war die Bezugskategorie über jemanden noch stärker enthalten. Gewalt über jemanden zu haben beinhaltet immer auch einen Moment des Besitzes. Per 1. Januar 2000 wurde der Begriff der "elterlichen Gewalt" im schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB Art. 296-330) durch "elterliche Sorge" ersetzt (vgl. zum Begriff "elterliche Sorge" im Wörterbuch der Sozialpolitik: <http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=157>; [zuletzt besucht: 22.7.2016]).

Zuhause anzubieten, formuliert der Pflegevater Andermatt die Aussage, dass der Jugendliche zu ihnen gehöre. Auch sei an dieser Stelle erwähnt, dass gerade die Wichtigkeit von Pflegekindern mit der Schwierigkeit zusammenhängt, eigene oder noch weitere eigene Kinder zu kriegen. Ein zentrales Thema scheint zu sein, dass die Pflegefamilien das Pflegekind nicht auf sicher haben, respektive bei sich in der Familie behalten können. Die Gründe hierfür variieren zwischen dem Gründen einer Großfamilie (Familien Müller, Brigitte, Zurbuchen) oder auch der Angst vor dem Scheitern des eigenen Familienprojekts (Familie Martin). Vor allem seitens der Sozialarbeitenden bleibt das Thema latent, dass die Pflegeeltern das Pflegekind als eigenes Kind wahrnehmen. Gleichzeitig birgt dies aber die Schwierigkeit, dass die Pflegekinder bisweilen selber auch tatsächlich als Kind der Pflegeeltern behandelt werden wollen. So lässt sich der Wunsch des Pflegekindes, den Nachnamen der Pflegeeltern zu übernehmen nicht nur als Wunsch nach Zugehörigkeit interpretieren, sondern auch als Versuch, den Spieß quasi umzudrehen und die Pflegeeltern in Besitz zu nehmen.

Das Thema des Besitzes am Kind gibt Hinweise auf gesellschaftliche Verdrängungsprozesse rund um die Frage des Besitzes, respektive Privateigentums: Die gesellschaftliche Anerkennung der Zugehörigkeit lässt sich über die Familie und über den Besitz klären, meistens ist allerdings beides miteinander verknüpft (vgl. GRAF 2015, S. 61). Das Privateigentum stellt dasjenige dar, was dem Allgemeinen geraubt wird (vgl. hierzu auch die Ausführungen in den vorherigen Kapiteln 4.1 und 5.1). Wenn es im Kapitalismus noch etwas Heiliges gibt, dann handelt es sich um das private Eigentum, durch welches systematisch Spaltungen zwischen die Menschen eingeführt werden (siehe die Ausführungen zu GRAMSCI im Kapitel 5.1). Diese Spaltungen zeigen sich beispielsweise im Falle der Familie Martin zwischen den Pflegeeltern und der Mutter der Pflegekinder, die abgewertet wird. Dass die Frage des Besitzes gewisse Schwierigkeiten aufwirft, hängt auch mit der Krise des Verhältnisses von Produktion und Reproduktion zusammen: "Diese Dualität von Ausbeutung im Lohnarbeitsverhältnis und Ausbeutung in unbezahlter Arbeit im Haushalt scheint in den letzten Jahrzehnten eine Krise zu erleben. Diese Krise hat damit zu tun, dass familiäre Verhältnisse über die Kultur träger verfasst sind als Anstellungsverhältnisse in Lohnarbeit" (GRAF 2015, S. 76). Ausbeutungsverhältnisse im Zusammenhang mit Lohnarbeit sind flexibler, familiäre Verhältnisse lassen sich bedeutend schwerer steuern. Vor diesem Hintergrund lassen sich staatliche Eingriffe in Familien ebenfalls diskutieren.

Die Abschaffung des Privateigentums würde bereits im Selbstverständnis ansetzen, dass Kinder nicht den Erwachsenen gehören, notabene auch nicht dem Staat. "Eure Kinder sind nicht eure Kinder. Sie sind die Söhne und Töchter der Sehnsucht des Lebens nach sich selber", wie der

arabische Dichter Khalil GIBRAN den Propheten Al-Mustafa sagen lässt (GIBRAN 2008, S. 20). Nicht zu wissen, von wessen Vater das Kind ist, stellt ein großes Tabu innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft dar. Deshalb vermag das Zitat von GIBRAN einigermaßen zu provozieren. Die zentrale Frage wäre eigentlich, weshalb es für die Pflegefamilien so wichtig ist, dass die Pflegekinder zu ihnen gehören. Und für die Pflegekinder würde es die Frage nach sich ziehen, wie sie sich zugehörig fühlen können. Es ginge darum, die Frage des Besitzes und des Privateigentums in die Diskussion rund um Pflegefamilien einzuführen, um die damit verbundenen latenten Gehalte zum Vorschein zu bringen. Das würde auch die Frage, weshalb die Pflegeeltern des Öftern den Eindruck bekommen, dass sie mit der Drohung der Kindeswegnahme erpresst werden, wie das bei den Pflegefamilien Martin und Müller formuliert wird, in ein anderes Licht rücken. Bei den latenten Gehalten mag es sich beispielsweise um die für das Pflegekind empfundenen Gefühle handeln oder auch die Familienvorstellungen, welche mit der Aufnahme des Pflegekindes verbunden sind.

7 Schlussfolgerungen

Ziel dieser Arbeit ist die Rekonstruktion der Erfahrungen der Pflegefamilien im Kontext der angestrebten Professionalisierung des Pflegekinderbereichs. Die Analysen der Erfahrungen der Pflegefamilien bringen eine große Heterogenität zum Ausdruck, sowohl was die Geschichten der Familien als Pflegefamilien als auch deren Motivationen anbelangt. Es konnte herausgearbeitet werden, dass staatliche Einflussnahmen zu Beginn der Pflegeverhältnisse des Öftern eher gering waren. Es waren wenige professionelle Akteure involviert, vielmehr handelt es sich bei den Begründungen um eine Form zivilgesellschaftlichen Engagements in der Unterstützung betroffener Familien. Diese Darstellung kollidiert bisweilen mit der Selbstdarstellung der involvierten Akteure der Sozialarbeit und deren Verständnis ihres sozialstaatlichen Auftrags.

Im Zusammenhang mit einer hegemoniekritischen Perspektive auf die Unterscheidungsprozesse zwischen dem, was als privat und was als öffentlich gilt, lassen sich verallgemeinernde symbolische Ordnungen bilden, die sowohl hegemoniale als auch gegen-hegemoniale Artikulationen beinhalten. Über die herausgearbeiteten symbolischen Ordnungen hinweg lässt sich eine große Gewichtung des Aspektes der Nähe festmachen. Nähe sowohl verstanden auf der Ebene der Beziehungen zwischen den beteiligten Akteuren aber auch auf der räumlichen Ebene der Organisations- und Austauschformen im Pflegefamilienbereich. Das Hochhalten von Nähe in der lokalen Organisation des Pflegefamilienbereichs wird bisweilen idealisiert, gleichzeitig lässt es sich aber als Hinweis auf ein Strukturphänomen analysieren: Nähe wird hegemonial problematisiert, die hegemoniale Position ist diejenige, welche Nähe tendenziell als Gefahr betrachtet und entsprechend unter dem Stichwort der Professionalisierung danach strebt, sie größtmöglichst kontrollierbar zu machen. Dies äußert sich in einer verstärkten Absicherungslogik und in den Bestrebungen, Laienmitarbeiter abzuschaffen und durch Fachpersonen zu ersetzen. Gegen-hegemoniale Artikulationen lassen sich da finden, wo sich die Fachpersonen verstärkt an kommunikativen Aushandlungsprozessen orientieren und damit auf die Beziehungen zu den involvierten Personen setzen. Laien sind nicht per se besser für den Pflegekinderbereich geeignet, es wäre aber zumindest anregend darüber nachzudenken, welche demokratischen Einschränkungen mit der Einführung von Experten einhergehen und inwiefern damit auch Legitimationsschwierigkeiten dieser Personen und ihrer Positionen verbunden sind. Auf der Ebene der persönlichen Beziehungen fällt auf, dass insbesondere die Pflegefamilien stark an den Beziehungen zu den Pflegekindern festhalten und auch von den Fachpersonen eine entsprechende Stabilität erwarten. Diese Position der Pflegefamilien lässt sich als eine gegen-hegemoniale Position innerhalb eines sozialstaatlichen Gefüges verstehen, in dem nahe Beziehungen jenseits professioneller Aufträge zusehends problematisiert werden. Sie stellen eine

Gegenposition zur gesellschaftlichen Tendenz der Abschaffung von Interaktionen im professionellen Kontext dar, wie sich das mittels der hegemonialen Praxis der Absicherung diskutieren lässt. Dass mit einer großen Nähe zwischen den Personen in Pflegefamilien auch Gefahren wie Übergriffe auf Kinder bestehen, ist unbestritten und ebenso problematisch. Es handelt sich aber um einen Irrtum zu glauben, durch eine stärkere Bürokratie ließe sich diese Problematik lösen. Dies führt vielmehr dazu, dass einzelne Fachpersonen nicht mehr die Verantwortung übernehmen können, da sie nicht über die entsprechenden Mittel zur Steuerung des eigenen Handelns verfügen.

Die aus den Diskursen verdrängten Gehalte geben Hinweise auf Themenfelder, die aktuell gesellschaftlich problematisch sind. Es handelt sich bei Liebe, Glauben, Lohnarbeit und Besitz am Kind um Bereiche, die an sich in einer liberalen Gesellschaft dem Privaten vorbehalten bleiben. Wenn wir diese Themen als gesellschaftlich relevante diskutieren wollen, erhalten wir zumindest Hinweise auf andere Deutungen als die in der Professionalisierung des Pflegefamilienbereichs aktuell vorherrschenden: Hierin lassen sich Momente des Kampfes um die kulturelle Hegemonie festmachen, indem Lücken und Zwischenräume entdeckt werden, in denen sich Freiheit jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik verwirklichen lässt. Pflegefamilien sind kein revolutionäres Projekt, aber sie versuchen bisweilen Dinge wie Liebe und Solidarität zu vermitteln, ohne sie gleichsam Mittel zum Zweck werden zu lassen. Das mag auch Widersprüche hervorbringen, wenn die Unterstützung beispielsweise aus einer religiösen Motivation heraus geleistet wird. Diese Widersprüche gilt es als gesellschaftliche zu klären oder bisweilen auch auszuhalten. Sie haben ihren Ursprung unter anderem da, dass es des Öftern religiöse Familien sind, welche sich bereit erklären, Pflegekinder aufzunehmen. Es wäre zu fragen, inwiefern uns alle die Reproduktion des Lebens etwas angeht und sich Zeit für einander und aus Sorge zu einander zu nehmen nicht nur den Religiösen zusteht. Damit wäre die Idee verbunden, nicht nur für das Kapital, für den Staat oder für die eigene Berufskarriere zu arbeiten. Welche Relevanz haben die vorliegenden Analysen für eine kritische Reflexion der Professionalisierung im Pflegefamilienbereich? Es lässt sich eine Tendenz beobachten, dass mit der Zunahme der Autonomie der Profession – hier am Beispiel der Entwicklung der Fachstelle – zugleich ein stärkerer Eingriff in die Privatheit der Familie legitimiert wird. Aus Sicht der Sozialen Arbeit ist ein Rückzug der Pflegefamilien ins Private als Begleiterscheinung der Refamilialisierung sozialer Probleme zu beobachten. Dieser Rückzug auf die Familie ins Private lässt sich als Handlungsmöglichkeit verstehen, um "den Unsinn gesellschaftlicher Entwicklungen nicht mehr mit zu tragen; manche merken, dass und wie sie in dem gezeigten Wahnsinn ihren Verstand verlieren. Sie besinnen sich wieder auf kleinere soziale Netzwerke und

Zusammenhänge, Familie gewinnt an Bedeutung, wie eigenartig sie dann gestaltet wird. Vertrauen und Verlässlichkeit werden wichtig, zuweilen übrigens ostentativ gegen eine Politik gewendet, die eine Inflation des Vertrauensbegriffs provoziert hat" (WINKLER 2013, S. 162). Dieses Misstrauen gegenüber Politik und Behörden hängt mit der oben genannten Absicherungstendenz zusammen, statt einen Rahmen zur Verfügung zu stellen, in dem seitens der einzelnen Personen Verantwortung übernommen und Vertrauen angenommen werden können. Je stärker sich Kontrollen über formalisierte Abläufe vollziehen, desto weniger können die Beziehungen und wechselseitigen Verantwortlichkeiten zwischen den betroffenen Personen ausgehandelt und dann auch entsprechend aufrechterhalten werden. Die Analyse ermöglicht es auch, die im Pflegefamilienbereich bestehenden Konflikte als solche zu interpretieren, die durch die Strukturen erst hergestellt werden.

Die vorliegende Analyse liefert möglicherweise eine Basis, um den vor allem als konservativ diskutierten Rückzug ins Private anders zu deuten. Es braucht eine linke Kritik an Staat und Bürokratie, die aber nicht nur nach mehr Professionalität und nach dem Aufrechterhalten des Sozialstaats ruft, sondern vielmehr sollten die genannten Aspekte im Hinblick auf gesellschaftliche Brüche im Kapitalismus betrachtet werden.

8 Literatur

- ABENDROTH, WOLFGANG (1967). Vorwort. In: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Von Antonio Gramsci. Frankfurt/M: Fischer. S. 8-10.
- ACKERMANN, TIMO (2014). Entscheiden über Fremdunterbringungen. Praktiken der Fallerzeugung. In: Bütow, Birgit/Pomey, Marion/Rutschmann Unternährer, Myriam/Schär, Clarissa/Studer, Tobias (Hg.). Sozialpädagogik zwischen Staat und Familie. Alte und neue Politiken des Eingreifens. Wiesbaden: Springer VS Verlag. S. 153-174.
- ADOLPHS, STEPHAN /KARAKAYALI, SERHAT (2007). Die Aktivierung der Subalternen – Gegenhegemonie und passive Revolution. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.). Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos. S. 121-140.
- ADORNO, THEODOR W. (1966). Prolog zum Fernsehen. In: Adorno, Theodor W. (Hg.). Eingriffe. Neun kritische Modelle. Frankfurt/M: Suhrkamp. S. 69-80.
- ADORNO, THEODOR W. (1970). Gesellschaftstheorie und empirische Forschung. In: Hochkeppel, Willy (Hg.). Soziologie zwischen Theorie und Empirie. Soziologische Grundprobleme. München: Nymphenburger Verlagshandlung. S. 75-82.
- AEBISCHER, MIRJAM (2012). Aktuelle Entwicklungen in der Fremdunterbringung: Eine Tour d'Horizon durch Themen und Entwicklungen im Bereich Fremdplatzierung. In: Sozial Aktuell. 44. Jg. (12). S. 10-13.
- AESCHLIMANN-VOGEL, ELSBETH/NOSER, WALTER (2002). Vormundschaft. Hand in Hand mit den Behörden. Ratgeber für Betroffene und Angehörige. Zürich: Frey.
- AHLHEIM, ROSE, AUTORENKOLLEKTIV (1971). Gefesselte Jugend: Fürsorgeerziehung im Kapitalismus. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- AICHORN, AUGUST (1987 (1951)). Verwahrloste Jugend. Die Psychoanalyse in der Fürsorgeerziehung. Zehnte, unveränderte Auflage. Bern: Hans Huber.
- ALTVATER, ELMAR (2003). Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt. S. 1-24.
- AMT FÜR JUGEND UND BERUFSBERATUNG, KANTON ZÜRICH/DESIDERATO, SIMONE/LENGWILER, URS/ROTHENBÜHLER, VERENA (2008). Jugendhilfe Kanton Zürich 1918-2008. Zwischen Professionalität und politischem Kräftenessen. Zürich: Lehrmittelverlag des Kantons Zürich.
- ANDERER, KARIN (2013). Der juristische Standpunkt. Was passiert, wenn Pflegekinder volljährig sind? In: Netz. Fachzeitschrift Pflegekinder und Kinderschutz. (3). S. 26.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGENDHILFE (2014). Junge Volljährige nach der stationären Hilfe zur Erziehung. Leaving Care als eine dringende fach- und sozialpolitische Herausforderung in Deutschland. Diskussionspapier. In: https://www.agj.de/fileadmin/files/publikationen/Care_Leaver.pdf [Zugriffsdatum: 12.6.2016].
- ARENDT, HANNAH (1986a). Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München: Piper.
- ARENDT, HANNAH (1986b). Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Ungekürzte Ausgabe. München: Piper.
- ARENDT, HANNAH (2003 (1967)). Vita activa oder vom tätigen Leben. München: Piper.
- ARIÈS, PHILIPPE (2007 (1975)). Geschichte der Kindheit. München: DTV.
- ARISTOTELES (1995). Nikomachische Ethik. In: Philosophische Schriften Band 3. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- ARNET, HELENE (2015). "Vergiss nicht, dass du ein armes Kind bist". Erschienen am 5.3.15. In: Tages Anzeiger. 123. Jg. S. 18.
- ARNOLD, CLAUDIA/HUWILER, KURT/RAULF, BARBARA/TANNER, HANNES/WICKI, TANJA (2008) (Hg.). Pflegefamilien- und Heimplatzierungen. Eine empirische Studie über den Hilfeprozess und die Partizipation von Eltern und Kindern. Zürich/ Chur: Rüegger.
- BACHINGER, ALMUT (2011). Lohn für Hausarbeit reloaded. Die Debatte um den Lohn für Hausarbeit und was daraus wurde. In: Grundrisse. (37). S. 36-42.
- BAER, C. (2009). Bundes-Lizenz zum Kinderhüten? Der politische Widerstand wächst. Erschienen am 5.7.2009. In: Neue Zürcher Zeitung NZZ. 27. Jg. S. 1.
- BATESON, GREGORY (1981). Ökologie des Geistes. Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven. Frankfurt/M: Suhrkamp.

- BATESON, GREGORY (1987). Geist und Natur. Eine notwendige Einheit. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- BÄTTIG, HANS (1989). Die Pflegekinderaufsicht im Bund und in den Kantonen. Zürich: Pro Juventute.
- BAUARDT, CHRISTINE (2009). Gleichheit – Differenz – Öffentlichkeit: Demokratie und öffentlicher Raum. In: Die Alte Stadt. 36. Jg. (4). S. 423-433.
- BAULEO, ARMANDO (1988). Ideologie, Familie und Gruppe. Zur Theorie und Praxis der operativen Gruppentechnik. Hamburg: Argument.
- BECKMANN, CHRISTOF/OTTO, HANS-UWE/RICHTER, MARTINA/SCHRÖDTER, MARK (2009) (Hg.). Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe. Lahnstein: Verlag neue praxis.
- BECKMANN, DIETER/BECKMANN, GUDRUN (1996). Vom Ursprung der Familie. Giessen: Psychosozial-Verlag.
- BEGLINGER, MARTIN (2016). Mehr Demokratie, jetzt! Erschienen am 1. Juli 2016. In: Neue Zürcher Zeitung. 237. Jg. S. 12.
- BENHABIB, SEYLA (1992). Kritik, Norm und Utopie. Die normativen Grundlagen der Kritischen Theorie. Deutsche Erstausgabe, gekürzte und überarbeitete Fassung der Original-Ausgabe. Frankfurt/M: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- BENHABIB, SEYLA (1995). Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- BENHABIB, SEYLA (2006). Hannah Arendt - die melancholische Denkerin der Moderne. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- BENHABIB, SEYLA (2008). Kosmopolitismus und Demokratie. Eine Debatte. Frankfurt/M, New York: Campus.
- BERNA, JACQUES (1995). Heinrich Meng. In: Fatke, Reinhard/Scarpath, Horst (Hg.). Pioniere psychoanalytischer Pädagogik. New York, Paris, Wien: Lang. S. 31-36.
- BERNITZKE, FRED (2006). Methoden der Elternarbeit. Expertise für das BLK-Verbundprojekt "Lernen für den GanzTag": www.ganztag-blk.de/cms/upload/pdf/berlin/Bernitzke_Elternarbeit.pdf [Zugriffsdatum: 2.6.2016].
- BETTELHEIM, BRUNO (1970). Liebe allein genügt nicht. Die Erziehung emotional gestörter Kinder. Stuttgart: Klett.
- BINSWANGER, DANIEL (2010). Wie gut ist unsere Demokratie? Erschienen am 20.11.2010. In: Magazin. 46. Jg. S. 12-18.
- BLANDOW, JÜRGEN (2004). Pflegekinder und ihre Familien. Geschichte, Situation und Perspektiven des Pflegekinderwesens. Weinheim: Juventa.
- BLANDOW, JÜRGEN (2006). Zwischen Stagnation und neuem Aufbruch – das Pflegekinderwesen in der fachlichen und jugendhilfe-politischen Diskussion. Referat zur Tagung "Facetten der Modernisierung. Das Pflegekinderwesen zwischen Milieu, Professionalisierung und Selbstorganisation" am 27./28.Sept. 2006 Universität Siegen.
- BLUMER, CLAUDIA (2014). Das System hat einen Fehler. Erschienen am 23.9.2014. In: Tages Anzeiger.
- BÖHNISCH, LOTHAR/SCHRÖER, WOLFGANG (2002). Die soziale Bürgergesellschaft. Zur Einbindung des Sozialpolitischen in den zivilgesellschaftlichen Diskurs. Weinheim und München: Juventa.
- BÖHNISCH, LOTHAR/SCHRÖER, WOLFGANG (2004). Bürgergesellschaft und Sozialpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 14. Jg. S. 16-22.
- BOHNSACK, RALF (2003). Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. Berlin: Verlag Barbara Budrich.
- BONHOEFFER, MARTIN/WIDEMANN, PETER (1974) (Hg.). Kinder in Ersatzfamilien. Sozialpädagogische Pflegestellen, Projekte und Perspektiven zur Ablösung von Heimen. Stuttgart: Klett-Cotta.
- BOUVERAT, JEAN-MARIE (2003). Familie (Verfassungsartikel zum Schutz der). In: Carigiet, Erwin/Mäder, Ueli/Bonvin, Jean-Michel (Hg.). Wörterbuch der Sozialpolitik. Zürich: Rotpunktverlag. S. 103-104.
- BRACHES-CHYREK, RITA (2010). Ambivalente Mutterschaft. In: Braches-Chyrek, Rita/Macke, Kathrin/Wölfel, Ingrid (Hg.). Kindheit in Pflegefamilien. Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich. S. 73-91.
- BRAND, ULRICH (2005). Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg: VSA-Verlag.
- BRANDHORST, FELIX (2015). Kinderschutz und Öffentlichkeit. Der "Fall Kevin" als Sensation und Politikum. Wiesbaden: Springer VS Verlag.

- BRUNNER, OTTO (1978). Vom "ganzen" Haus zur "Familie". In: Rosenbaum, Heidi (Hg.). Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen. Frankfurt/M: Suhrkamp. S. 83-91.
- BÜHLER-NIEDERBERGER, DORIS (1999). Familien-Ideologie in der Heimerziehung. In: Colla, Herbert/Gabriel, Thomas/Millham, Spencer (Hg.). Handbuch Heimerziehung und Pflegekinderwesen in Europa. Neuwied/Kriftel: Luchterhand. S. 333-340.
- BÜHLER, DORIS/GRAF, ERICH OTTO/NIEDERBERGER, JOSEF MARTIN (1984). Neue Formen der Fremdsozialisation. Eine Exploration ihrer Einsatzmöglichkeiten. Schlussbericht des Projekts „Konzepte ausserfamiliärer Sozialisation“. Universität Zürich: Pädagogisches Institut.
- BUTLER, JUDITH/SPIVAK, GAYATRI CHAKRAVORTY (2007). Sprache, Politik, Zugehörigkeit. Zürich: Diaphanes.
- BÜTOW, BIRGIT/POMEY, MARION/RUTSCHMANN UNTERNÄHRER, MYRIAM/SCHÄR, CLARISSA/STUDER, TOBIAS (2014) (Hg.). Sozialpädagogik zwischen Staat und Familie. Alte und neue Politiken des Eingreifens. Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- BUTTERWEGGE, CHRISTOPH/LÖSCH, BETTINA/PTAK, RALF (2007) (Hg.). Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS-Verlag.
- CALABRESE, STEFANIA (2011). Lebenssituation einer Familie mit einem behinderten Pflegekind. Eine qualitativ analysierte Falldarstellung. Lizentiatsarbeit. Institut für Erziehungswissenschaft. Universität Zürich. Zürich.
- CHASSÉ, KARL AUGUST (2013). Re-Politisierung Sozialer Arbeit? In: Bütow, Birgit/Chassé, Karl August/Linder, Wolfgang (Hg.). Das Politische im Sozialen. Historische Linien und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit. Leverkusen: Budrich. S. 83-108.
- CONNELL, RAEWYN/STAHL, CHRISTIAN/MÜLLER, URSULA (1999). Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen: Leske+Budrich.
- DEMIROVIĆ, ALEX (1991). Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie. In: Das Argument. 33. Jg. (1). S. 41-55.
- DEMIROVIĆ, ALEX (1999). Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- DEMIROVIĆ, ALEX (2004). Hegemonie und das Paradox von privat und öffentlich. In: http://www.republicart.net/disc/publicum/demirovic01_de.pdf. [Zugriffsdatum: 15.10.2008].
- DEVEREUX, GEORGES (1976). Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften. Frankfurt/M, Berlin und Wien: Ullstein.
- DORNES, MARTIN (2012). Die Modernisierung der Seele. Kind - Familie - Gesellschaft. Frankfurt/M: Fischer.
- DÖRR, MARGRET/MÜLLER, BURKHARD (2006) (Hg.). Nähe und Distanz. Ein Spannungsfeld pädagogischer Professionalität. Weinheim und München: Juventa.
- DRIESCHNER, ELMAR/GAUS, DETLEF (2011) (Hg.). Liebe in Zeiten pädagogischer Professionalisierung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- DUDENREDAKTION (2001). Duden - Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache. 3., völlig neu bearb. und erw. Aufl. Mannheim: Dudenverlag.
- DZUDZEK, IRIS/KUNZE, CAREN/WULLWEBER, JOSCHA (2012) (Hg.). Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven. Berlin: De Gruyter.
- ECARIUS, JUTTA/KÖBEL, NILS/WAHL, KATRIN (2011). Familie, Erziehung und Sozialisation. Basiswissen Sozialisation Band 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- EDER, KLAUS (1985). Geschichte als Lernprozess? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- ENGELS, FRIEDRICH (1972 (1884)). Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich (Hg.). Marx-Engels-Werke. Band 21. 3. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage von 1962. Berlin: Dietz Verlag.
- ERDHEIM, MARIO (1982). Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit. Eine Einführung in den ethnopsychoanalytischen Prozess. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- ERDHEIM, MARIO (1997). Das Eigene und das Fremde. In: Lehrerzeitung (Zentralverein der Wiener Lehrerschaft). (3). S. 18-21.
- ERDHEIM, MARIO (2006). Die Auseinandersetzung mit dem Fremden und das Problem der Indikation. In: Spindler, C./Fortbildungstagung, Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik (Schweiz) (Hg.). Soziale Indikation. Plädoyer für einen klaren Auftrag bei der Platzierung von Kindern und

- Jugendlichen. Referate der Integras-Fortbildungstagung 2006 [in Brunnen]. Zürich: Integras. S. 48-54.
- FACHSTELLE FÜR DAS PFLEGEKINDERWESEN (2001) (Hg.). Handbuch Pflegekinderwesen Schweiz. Pädagogische, psychologische und rechtliche Fragen, Prävention, Prävention und Qualitätsentwicklung. 2., aktualisierte Auflage. Zürich: Verlag der Pflegekinder-Aktion Schweiz.
- FAHRNI, DIETER (2002 (1982)). Schweizer Geschichte. Ein historischer Abriss von den Anfängen bis zur Gegenwart. 9., ergänzte Auflage. Zürich: Pro Helvetia.
- FEDERICI, SILVIA (2012a). Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: ed. assemblage.
- FEDERICI, SILVIA (2012b). Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien: mandelbaum kritik & utopie.
- FENNER, MARTIN/HADORN, RUDOLF/STRAHM, RUDOLF H. (1993). Politszene Schweiz. Politik und Wirtschaft heute. Basel: Lehrmittelverlag des Kantons Basel-Stadt.
- FLESSNER, HEIKE (1995). Mütterlichkeit als Beruf - historischer Befund oder aktuelles Strukturmerkmal sozialer Arbeit? Vortrag zur Habilitation am 14.10.1994. Unveröffentlichtes Manuskript. Oldenburg.
- FRANKL, VIKTOR, E. (2002). ...trotzdem Ja zum Leben sagen: ein Psychologe erlebt das Konzentrationslager. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- FRASER, NANCY (1994). Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- FREISLER-MÜHLEMAN, DANIELA (2011). Verdingkinder - ein Leben auf der Suche nach Normalität. Bern: hep-Verlag.
- FROMM, ERICH/HORKHEIMER, MAX/MAYER, H./MARCUSE, HERBERT/U.A. (1987). Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. 2. Aufl. Lüneburg: zu Klampen.
- FUNCKE, DORETT/HILDENBRAND, BRUNO (2009) (Hg.). Unkonventionelle Familien in Beratung und Therapie. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.
- GABRIEL, THOMAS/KELLER, SAMUEL (2015) (Hg.). Care Leaver - Übergänge nach Ende der Jugendhilfe. Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit. Nr. 16. Zürich: Seismo-Verlag.
- GALLE, SARA (2016). Kindswegnahmen. Das "Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse" der Stiftung Pro Juventute im Kontext der schweizerischen Jugendfürsorge. Zürich: Chronos.
- GALLE, SARA/MEIER, THOMAS (2009). Von Menschen und Akten. Die Aktion "Kinder der Landstrasse" der Stiftung Pro Juventute. Zürich: Chronos.
- GALUSKE, MICHAEL (2004). Der aktivierende Sozialstaat. Konsequenzen für die Soziale Arbeit: Studententexte aus der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden.
- GASSMANN, YVONNE (2000). Zwischen zusammen wachsen und auseinander gehen. Eine Studie zur Wahrnehmung und zum Erleben von Pflegebeziehungen durch Pflegeeltern. Bottenwil: Lysingur-Verlag.
- GASSMANN, YVONNE (2010). Pflegeeltern und ihre Pflegekinder. Empirische Analysen von Entwicklungsverläufen und Ressourcen im Beziehungsgeflecht. Münster und München: Waxmann.
- GASSMANN, YVONNE (2013). Diversität in der Pflegekinderhilfe. Untersuchungen zu Entwicklungsverläufen und zur strukturellen Vielfalt von Pflegeverhältnissen. In: Piller, Edith Maud/Schnurr, Stefan (Hg.). Kinder- und Jugendhilfe in der Schweiz. Forschung und Diskurse. Wiesbaden: Springer VS Verlag. S. 129-161.
- GASSMANN, YVONNE (2015). Elternschaft macht verwundbar – Pflegeelternschaft auch. In: Netz. Fachzeitschrift Pflegekinder und Kinderschutz. (1). S. 25-29.
- GAUS, DETLEF/UHLE, REINHARD (2009). 'Liebe' oder 'Nähe' als Erziehungsmittel. Mehr als ein semantisches Problem. In: Meyer, Christine/Tetzer, Michael/Rensch, Katharina (Hg.). Liebe und Freundschaft in der Sozialpädagogik. Personale Dimension professionellen Handelns. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 23-43.
- GAUS, DETLEF/DRIESCHNER, ELMAR (2010). Pädagogische Liebe. Anspruch oder Widerspruch von professioneller Erziehung? In: Drieschner, Elmar/Gaus, Detlef (Hg.). Liebe in Zeiten pädagogischer Professionalisierung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 7-26.
- GEHRES, WALTER (2005). Jenseits von Ersatz und Ergänzung: Die Pflegefamilie als eine andere Familie. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik. 3. Jg. (3). S. 246-271.

- GEHRES, WALTER (2007). "Scheitern" von Pflegeverhältnissen. Ein Klärungsversuch zur Sozialisation in Pflegefamilien. In: ZSE : Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. 27. Jg. (1). S. 73-87.
- GEHRES, WALTER/HILDENBRAND, BRUNO (2008). Identitätsbildung und Lebensverläufe bei Pflegekindern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- GERHARDT, VOLKER (2012). Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins. München: Beck.
- GEUSS, RAYMOND (2002). Privatheit. Eine Genealogie. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- GIBRAN, KHALIL (2008). Der Prophet. München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- GINSBORG, PAUL (2014). Die geführte Familie. Das Private in Revolution und Diktatur 1900-1950. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- GOTTHELF, JEREMIAS (1837). Der Bauern-Spiegel oder Lebensgeschichte des Jeremias Gotthelf von ihm selbst beschrieben. Burgdorf: C. Langlois.
- GÖTZÖ, MONIKA (2013). Zwischen Ergänzung und Ersatz: Pflegefamilien als spezifisches Setting für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. In: Grubenmann, Bettina/Schöne, Mandy (Hg.). Frühe Kindheit im Fokus, Entwicklungen und Herausforderungen (sozial-)pädagogischer Professionalisierung. Berlin: Frank & Timme. S. 165-186.
- GÖTZÖ, MONIKA/SCHÖNE, MANDY/WIGGER, ANNEGRET (2014). Spannungsfelder organisierter Lebensräume. Forschungsbeiträge zu Pflegefamiliensettings und Vergemeinschaftungsprozessen in stationären Einrichtungen Soziale Räume – Perspektiven, Prozesse, Praktiken. Band 3. St. Gallen: FHS St. Gallen.
- GRAF, ERICH OTTO (1988). Das Erziehungsheim und seine Wirkung. Untersuchungen zu Rollenstruktur und Kommunikationssystem einer Arbeitserziehungsanstalt. Luzern: Edition SZH.
- GRAF, ERICH OTTO (1990). Forschung in der Sozialpädagogik. Ihre Objekte sind Subjekte. Luzern: Edition SZH.
- GRAF, ERICH OTTO (2008). Forschen als sozialer Prozess. Zur Reflexion von Momenten der Forschung in sozialwissenschaftlicher Forschung. Luzern: Verlag an der Reuss.
- GRAF, ERICH OTTO (2011). Lernen ist Veränderung. Bildungs- und Erziehungsprozesse aus dem Blickwinkel der Institutionsanalyse. Münster: Waxmann.
- GRAF, ERICH OTTO (2013). Solidarität. Selbstaufklärung, Autonomes Denken, Handeln und Subjektivität. Berlin: epubli.
- GRAF, ERICH OTTO (2015). Kultur - Arbeit - Welt. Die Aneignung der Welt durch das Tun der Menschen. Acta empirica - nomade 2. Berlin: epubli GmbH.
- GRAF, ERICH OTTO/SALIS, ELISABETH VON (2003) (Hg.). Erfahrungen mit Gruppen. Theorie, Technik und Anwendungen der operativen Gruppe. Zürich: Seismo-Verlag.
- GRAF, MARTIN ALBERT (1996). Mündigkeit und soziale Anerkennung. Gesellschafts- und bildungstheoretische Begründungen sozialpädagogischen Handelns. Weinheim: Juventa-Verlag.
- GRAF, MARTIN ALBERT (2012). Zur Normativität von Sozialpädagogik und Sozialarbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (Hg.). Das Normativitätsproblem der Sozialen Arbeit. Zur Begründung des eigenen und gesellschaftlichen Handelns. Sonderheft 11. Lahnstein: Verlag Neue Praxis. S. 83-89.
- GRAF, MARTIN ALBERT/GRAF, ERICH OTTO (2008). Schulreform als Wiederholungszwang. Zur Analyse der Bildungsinstitution. Zürich: Seismo-Verlag.
- GRAMSCI, ANTONIO (1987). Gedanken zur Kultur. Leipzig: Reclam jun.
- GRAMSCI, ANTONIO/HAUG, WOLFGANG FRITZ/BOCHMANN, KLAUS/DEUTSCHES GRAMSCI-PROJEKT (2012). Gefängnishefte kritische Gesamtausgabe. Reprint der Erstausgabe. Hamburg: Argument-Verlag.
- GROSS, ANDREAS (1998). Föderalismus und direkte Demokratie, 8 Impulse aus der Schweizer Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts für den europäischen Verfassungsgebungsprozess. In: Die Union (Zeitschrift der EU-Kommission in Wien). 4. Jg.
- GROSS, ANDREAS/KREBS, FREDI/STOHLER, MARTIN/SCHÖNMANN, DANI (2013). Nur scheinbar demokratisch. Die Wahl des Bundesrates durch das Volk ist ein Rückschritt für die Demokratie. St-Ursanne: Editions le Doubs.
- GROßKOPF, STEFFEN/WINKLER, MICHAEL (2015) (Hg.). Das neue Misstrauen gegenüber der Familie. Kritische Reflexionen. Würzburg: Ergon-Verlag.
- HABERMAS, JÜRGEN (1973 (1964)). Öffentlichkeit. In: ebd. (Hg.). Kultur und Kritik: Verstreute Aufsätze. Frankfurt/M: Suhrkamp. S. 61-69.

- HABERMAS, JÜRGEN (1985 (1983)). Ziviler Ungehorsam - Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. In: ebd. (Hg.). Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt/M: Suhrkamp. S. 79-99.
- HABERMAS, JÜRGEN (1992). Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- HABERMAS, JÜRGEN (1996 (1992)). Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie. In: ebd. (Hg.). Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M: Suhrkamp. S. 277-292.
- HABERMAS, JÜRGEN (2001). Zeit der Übergänge. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- HÄFELI, CHRISTOPH (2001). Die Pflegekindergesetzgebung als Teil des zivilrechtlichen Kinderschutzes. In: Fachstelle für das Pflegekinderwesen (Hg.). Handbuch Pflegekinderwesen Schweiz. Pädagogische, psychologische und rechtliche Fragen, Prävention, Prävention und Qualitätsentwicklung. 2., aktualisierte Auflage. Zürich: Verlag der Pflegekinder-Aktion Schweiz. S. 15-26.
- HÄFELI, CHRISTOPH (2010). Professionalität, Selbstbestimmung und massgeschneiderte Massnahmen. Vom Vormundschaftsrecht zum modernen Kindes- und Erwachsenenschutz - die wichtigsten Neuerungen. In: Sozial Aktuell. (4). S. 14-18.
- HAFNER, URS (2011). Heimkinder. Eine Geschichte des Aufwachsens in der Anstalt. Baden: hier + jetzt.
- HAFNER, WOLFGANG (2014). Pädagogik, Heime, Macht - eine historische Analyse. Zürich: Integras.
- HAMBERGER, MATTHIAS (2008). Erziehungshilfekarrieren - belastete Lebensgeschichte und professionelle Weichenstellungen. Frankfurt/M: IGfH-Eigenverlag.
- HAMBURGER, FRANZ (2012). Soziale Arbeit und Öffentlichkeit. In: Thole, Werner (Hg.). Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 999-1022.
- HAMBURGER, FRANZ/OTTO, HANS-UWE (1999a). Die Sozialpädagogik und ihre Öffentlichkeit. In: Hamburger, Franz/Otto, Hans-Uwe (Hg.). Sozialpädagogik und Öffentlichkeit. Systematisierungen zwischen marktorientierter Publizität und sozialer Dienstleistung. Weinheim und München: Juventa. S. 7-18.
- HAMBURGER, FRANZ/OTTO, HANS-UWE (1999b) (Hg.). Sozialpädagogik und Öffentlichkeit. Systematisierungen zwischen marktorientierter Publizität und sozialer Dienstleistung. Weinheim und München: Juventa.
- HANSELMANN, PAUL G./WEBER, BENEDIKT (1986). Kinder in fremder Erziehung. Heime, Pflegefamilien, Alternativen - ein Kompass für die Praxis. Weinheim: Beltz.
- HARDT, MICHAEL/NEGRI, ANTONIO (2002). Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt/ New York: Campus.
- HARDT, MICHAEL/NEGRI, ANTONIO (2004). Multitude. War and democracy in the age of Empire. New York: Penguin Press.
- HARDT, MICHAEL/NEGRI, ANTONIO (2010). Common Wealth. Das Ende des Eigentums. Frankfurt/M und New York: Campus.
- HARDT, MICHAEL/NEGRI, ANTONIO (2013). Demokratie! Wofür wir kämpfen. Frankfurt/M: Campus.
- HARVEY, DAVID (2007). Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich: Rotpunktverlag.
- HAUG, FRIGGA (2008). Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument.
- HAUG, FRIGGA (2011). Das Care-Syndrom. Ohne Geschichte hat die Frauenbewegung keine Perspektive. In: Das Argument. 53. Jg. (292, Nr. 3). S. 345-364.
- HAUSS, GISELA (2006). Indikationen im Kontext ihrer Zeit. Ein Blick zurück auf die Praxis der Jugendfürsorge von 1920 bis zur Heimkampagne. In: Spindler, C./Fortbildungstagung, Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik (Schweiz) (Hg.). Soziale Indikation. Plädoyer für einen klaren Auftrag bei der Platzierung von Kindern und Jugendlichen. Referate der Integras-Fortbildungstagung 2006 [in Brunnen]. Zürich: Integras. S. 31-38.
- HAUSS, GISELA/ZIEGLER, BÉATRICE/CAGNAZZO, KARIN/GALLATI, MISCHA (2012). Eingriffe ins Leben. Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920-1950). Zürich: Chronos.
- HEIDBRINK, LUDGER (2006). Verantwortung in der Zivilgesellschaft. In: Heidbrink, Ludger/Hirsch, Alfred (Hg.). Verantwortung in der Zivilgesellschaft. Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips. Frankfurt/M: Campus. S. 13-35.

- HERZOG, FRIDOLIN (1991) (Hg.). 20 Jahre nach der Heimkampagne. Neue Herausforderungen an der Front sozialpädagogischer Arbeit. Luzern: Edition SZH der Schweizerischen Zentralstelle für Heilpädagogik.
- HETTLING, MANFRED/KÖNIG, MARIO/SCHAFFNER, MARTIN/SUTER, ANDREAS/TANNER, JAKOB (1998). Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- HILDENBRAND, BRUNO (1994). Methodik der Einzelfallstudie. Kurseinheit 2. Theoretische Grundlagen, Erhebungs- und Auswertungsverfahren, vorgeführt an Fallbeispielen. Hagen: Fernuniversität Gesamthochschule.
- HILDENBRAND, BRUNO (1999). Fallrekonstruktive Familienforschung. Anleitungen für die Praxis. Opladen: Leske+Budrich.
- HILL, PAUL B./KOPP, JOHANNES (2013). Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven. 5., grundlegend überarbeitete Aufl. Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- HOBBS, THOMAS (1966). Leviathan oder, Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- HOFMANN, URS (2004). Grenzfall Zärtlichkeit in Familie, Schule, Verein. Luzern: Rex-Verlag.
- HOFMANN, URS (2010). "Ein Gutenachtkuss ist in einer Institution nicht angebracht" Über die Grenze zwischen Nähe und Ausbeutung bei der Betreuung von Kindern. In: Wenger, Susanne (Hg.). Interview in der Zeitschrift Curaviva. S. 4-9.
- HOLLOWAY, JOHN (2010). Kapitalismus aufbrechen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- HORKHEIMER, MAX/ADORNO, THEODOR W. (1997 (1969)). Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- HORN, KLAUS (1971). Psychoanalyse – Kritische Theorie des Subjekts. Aufsätze 1969-1972. Biberach: Materialis.
- HORN, KLAUS (1990). Subjektivität, Demokratie und Gesellschaft. Schriften zur kritischen Theorie des Subjekts II. Frankfurt/M: Nexus.
- HUININK, JOHANNES/KONIETZKA, DIRK (2007). Familiensoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/M, New York: Campus.
- HÜNERSDORF, BETTINA (2009). Reflexionstheorie des Hilfesystems als Kulturtheorie? Über Möglichkeiten einer kulturtheoretisch fundierten systemtheoretischen Weiterentwicklung einer Theorie der Sozialen Arbeit. In: Neumann, Sascha/Sandermann, Philipp (Hg.). Kultur und Bildung. Neue Fluchtpunkte für die sozialpädagogische Forschung? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 171-189.
- HÜNERSDORF, BETTINA (2011). Soziale Arbeit in der (Un-)Sicherheitsgesellschaft. Eine Theorie Sozialer Arbeit braucht eine Gesellschaftstheorie. In: Kinderschutzzentren (Hg.). Hilfe! Über Wirkungen, Risiken und Nebenwirkungen im Kinderschutz. Hamburg. S. 5-43.
- HÜNERSDORF, BETTINA (2015). Securitization: Zur Kommunikation von Sicherheit in den Frühen Hilfen und der Kinder- und Jugendhilfe. In: Neue Praxis. (6). S. 613-625.
- HÜNERSDORF, BETTINA/STUDER, TOBIAS (2008). Qualitätsstandards in der Kinder- und Jugendhilfe - Chancen und Risiken. Expertise zur Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe in Luxemburg. Arbeitspapier 3.
- HÜNERSDORF, BETTINA/STUDER, TOBIAS (2010). Pflegefamilien zwischen öffentlicher und privater Erziehung. Eine Form professioneller Liebe? In: Drieschner, Elmar/Gaus, Detlef (Hg.). Liebe in Zeiten pädagogischer Professionalisierung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 209-235.
- HÜNERSDORF, BETTINA/WISCHMANN, ANKE (2016). Versuch zu Formen von Öffentlichkeiten in lokalen Bildungs- und Sorgelandschaften. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik. 14. Jg. (1). S. 3-16.
- HUONKER, THOMAS (1990). Fahrendes Volk - verfolgt und verfehmt. Jenische Lebensläufe. Hrsg. von der Radgenossenschaft der Landstrasse. 2. Aufl. Zürich: Limmat Verlag.
- HUONKER, THOMAS (2002). Anstaltseinweisungen, Kindswegnahmen, Eheverbote, Sterilisationen, Kastrationen. Fürsorge, Zwangsmassnahmen, "Eugenik" und Psychiatrie in Zürich zwischen 1890 und 1970. Zürich: Sozialdepartement der Stadt Zürich.
- HUONKER, THOMAS (2003). Diagnose: "moralisch defekt". Kastration, Sterilisation und Rassenhygiene im Dienst der Schweizer Sozialpolitik und Psychiatrie, 1890-1970. Zürich: Orell Füssli.

- HUONKER, THOMAS (2004). Zur Geschichte fremdplatzierter Kinder in der Schweiz. Im Auftrag des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft sowie der École d'études sociales et pédagogiques Lausanne. Unveröffentlichtes Manuskript.
- HUONKER, THOMAS (2014). „Er muss, so hart das klingen mag, die Familiengemeinschaft auseinanderreißen.“ Politiken des Eingreifens im schweizerischen Fürsorgebereich aus historischer Sicht In: Bütow, Birgit/Pomey, Marion/Rutschmann Unternährer, Myriam/Schär, Clarissa/Studer, Tobias (Hg.). Sozialpädagogik zwischen Staat und Familie. Alte und neue Politiken des Eingreifens. Wiesbaden: Springer VS Verlag. S. 49-71.
- HUONKER, THOMAS/LUDI, REGULA (2000). Roma, Sinti und Jenische. Schweizerische Zigeunerpolitik zur Zeit des Nationalsozialismus. Bern: Unabhängige Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg.
- ILLOUZ, EVA (2006). Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2004. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- ILLOUZ, EVA (2011). Warum Liebe weh tut. Eine soziologische Erklärung. Berlin: Suhrkamp.
- IMHOF, KURT (1999). Tyrannei der Intimität? In: ZOOM K&M. http://www.medienheft.ch/zoom_km/texte/t12.10.pdf (Nr. 12/13). [Zugriffsdatum: 1.10.2008].
- IMHOF, KURT (2006). Medien und Öffentlichkeit. Zürich: fög-Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft.
- IMHOF, KURT (2008). Als die Privatsphäre verloren ging. Die Gefährdung der Öffentlichkeit durch entbettete Medien. In: fög discussion papers 2008-0004. Zuerst erschienen in NZZ, 3.10.08.
- IMHOF, KURT/ROMANO, GAETANO (1996). Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG (1991 (1956)). Soziologische Exkurse. Frankfurt/M: Europäische Verlagsanstalt.
- INTERESSENSGEMEINSCHAFT QUALITY4CHILDREN SCHWEIZ (2009). Deine Rechte, wenn du nicht in deiner Familie leben kannst. Zürich: Interessensgemeinschaft Quality4Children Schweiz.
- JAEGGI, RAHEL (2014). Kritik von Lebensformen. Berlin: Suhrkamp.
- JEGGE, JÜRGE (1976). Dummheit ist lernbar. Bern: Zytglogge Verlag.
- JEGGE, JÜRGE (1979). Angst macht krumm. Erziehen oder Zahnradchenschleifen. Bern: Zytglogge Verlag.
- JEGGE, JÜRGE (2009). Fit und fertig. Gegen das Kaputtsparen von Menschen und für eine offene Zukunft. Zürich: Limmat-Verlag.
- JUHASZ, ANNE/SUNITSCH, CARLOS (1997). „...sind wir doch so etwas wie eine ganz normale Familie...“. Das Pflegekiniderverhältnis als Widerspruch zu zwei idealtypisch konstruierten Familienideologien. Zürich: Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit. Soziologisches Institut, Universität Zürich.
- JURCZYK, KARIN (2008). Familie – Verschwinden oder Neustrukturierung des Privaten. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. 3. Jg. (47). S. 4-15.
- JURCZYK, KARIN/OECHSLE, MECHTILD (2008a). Privatheit: Interdisziplinarität und Grenzverschiebungen. Eine Einführung. In: Jurczyk, Karin/Oechsle, Mechtild (Hg.). Das Private neu denken. Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen. Forum Frauen- und Geschlechterforschung Band 21. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 8-47.
- JURCZYK, KARIN/OECHSLE, MECHTILD (2008b) (Hg.). Das Private neu denken. Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen. Forum Frauen- und Geschlechterforschung Band 21. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- KANT, IMMANUEL (1923 (1790)). Werke. Herausgegeben von Ernst Cassirer, Band VI. Schriften 1790-1796. Berlin.
- KANTON ZÜRICH (1962). Gesetz über Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge (vom 1. April 1962). Zürich.
- KANTON ZÜRICH (1969). Verordnung über die Pflegekinderfürsorge (vom 11. September 1969). Zürich.
- KERSTING, WOLFGANG (1996). Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags. Darmstadt: Primus Verlag.
- KESSL, FABIAN (2006). Aktivierungspädagogik statt wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistung? Das aktivierungspolitische Re-Arrangement der bundesdeutschen Kinder- und Jugendhilfe. In: Zeitschrift für Sozialreform. 52. Jg. (2). S. 217-232.
- KOHLER, GEORG (2010). Bürgertugend und Willensnation. Über den Gemeinsinn und die Schweiz. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

- KOIVISTO, JUHA/VÄLIVERRONEN, ESA (1993). Das Comeback kritischer Theorien der Öffentlichkeit. In: Das Argument. Jg. 35. Jg. (H. 5= 201). S. 717-732.
- KÖNIG, HANS-DIETER (2001). Tiefenhermeneutik als Methode psychoanalytischer Kulturforschung. In: Appelsmeyer, Heide/Billmann-Mahecha, Elfriede (Hg.). Kulturwissenschaft. Felder einer prozessorientierten wissenschaftlichen Praxis. Weilerswist: Velbrück. S. 168-194.
- KÖNIG, RENÉ (1974). Materialien zur Soziologie der Familie. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- KOTTHAUS, JOCHEN (2009). „Kinder in Ersatzfamilien“ 35 Jahre nach dem Beginn des modernen Pflegekinderwesens. In: Neue Praxis. (4). S. 325 – 338.
- KRACAUER, SIEGFRIED (1971 (1929)). Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- KRECKEL, REINHARD (1997). Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- KUTZNER, STEFAN/MÄDER, UELI/KNÖPFEL, CARLO/HEINZMANN, CLAUDIA/PAKOCI, DANIEL (2009) (Hg.). Sozialhilfe in der Schweiz: Klassifikation, Integration und Ausschluss von Klienten. Nationales Forschungsprogramm 51 "Integration und Ausschluss" (Schweiz). Zürich: Rüegger.
- LACLAU, ERNESTO (2002). Emanzipation und Differenz. Wien-Berlin: Verlag Turia+Kant.
- LACLAU, ERNESTO/MOUFFE, CHANTAL (1991). Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen-Verlag.
- LAPASSADE, GEORGES (1976). Der Landvermesser oder Die Universitätsreform findet nicht statt. Ein Soziodrama in fünf Akten. Stuttgart: Klett.
- LEIMGRUBER, WALTER/MEIER, THOMAS/SABLONIER, ROGER (1998). Das Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse. Historische Studie aufgrund der Akten der Stiftung Pro Juventute im Schweizerischen Bundesarchiv. Bern: Schweizerisches Bundesarchiv.
- LENGWILER, MARTIN/HAUSS, GISELA/GABRIEL, THOMAS/PRAZ, ANNE-FRANÇOISE/GERMANN, URS (2013). Bestandsaufnahme der bestehenden Forschungsprojekte in Sachen Verding- und Heimkinder. Bericht zuhanden des Bundesamts für Justiz EJPD. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft, EJPD.
- LEUENBERGER, MARCO/SEGLIAS, LORETTA (2008). Versorgt und vergessen. Ehemalige Verdingkinder erzählen. Zürich: Rotpunktverlag.
- LEUENBERGER, MARCO/SEGLIAS, LORETTA (2015). Geprägt fürs Leben. Lebenswelten fremdplatzierter Kinder in der Schweiz im 20. Jahrhundert. Zürich: Chronos.
- LEUENBERGER, MARCO/MANI, LEA/RUDIN, SIMONE/SEGLIAS, LORETTA (2011). "Die Behörde beschliesst" - Zum Wohle des Kindes? Fremdplatzierte Kinder im Kanton Bern 1912-1978. Baden: hier+jetzt.
- LOOSLI, CARL ALBERT (2006 (1924)). Anstaltsleben. Werke Band 1: Verdingkinder und Jugendrecht. Zürich: Rotpunktverlag.
- LORENZER, ALFRED (1977). Sprachspiel und Interaktionsformen. Vorträge und Aufsätze zu Psychoanalyse, Sprache und Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verl.
- LORENZER, ALFRED (1995 (1973)). Sprachzerstörung und Rekonstruktion. Vorarbeiten zu einer Metatheorie der Psychoanalyse. 4. Aufl. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- LORENZER, ALFRED (2006). Szenisches Verstehen. Zur Erkenntnis des Unbewussten. Kulturanalysen Band 1. Marburg: Tectum Verlag.
- LORENZER, ALFRED (1971) (Hg.). Psychoanalyse als Sozialwissenschaft. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- LOSER, PHILIPP (2015). Der böse, übermächtige Staat. Erschienen am 29.7.2015. In: Tages Anzeiger. <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Der-boese-uebermaechtige-Staat/story/14141892>. 123. Jg. [Zugriffsdatum: 29.7.2015].
- LUDWIG, GUNDULA (2012). Hegemonie, Diskurs, Geschlecht - Gesellschaftstheorie als Subjekttheorie, Subjekttheorie als Gesellschaftstheorie. In: Dzudzek, Iris/Kunze, Caren/Wullweber, Joscha (Hg.). Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven. Berlin: De Gruyter. S. 105-126.
- MAISSEN, THOMAS (2010). Geschichte der Schweiz. Baden: hier+jetzt.
- MAISSEN, THOMAS (2013). Geschichte der frühen Neuzeit. München: C.H. Beck.
- MARCHAL, PETER/SPURA, ULRICH K. (1981). Öffentlichkeitsarbeit im sozialen Bereich. Ein Praxisberater für Sozialarbeiter und Bürgerinitiativen. Weinheim und Basel: Beltz.
- MARCHART, OLIVER (2005). Der Auszug aus Ägypten. Einleitung zu Chantal Mouffe: Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik. Wien: Verlag Turia+Kant.

- MARCHART, OLIVER (2013). Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste, Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. Bielefeld: Transcript.
- MARTI, URS (2006). Demokratie. Das uneingelöste Versprechen. Zürich: Rotpunktverlag.
- MARTSCHUKAT, JÜRGEN/STIEGLITZ, OLAF (2008). Geschichte der Männlichkeiten. Frankfurt/M: Campus.
- MARX, KARL (1969). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1. Berlin: Dietz-Verlag.
- MASON, PAUL (2016). Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie. Berlin: Suhrkamp.
- MAYNTZ, RENATE (1963). Soziologie der Organisation. Hamburg: Rowohlt.
- MEISTER, URS/DIETL, HELMUT MAX/AVENIR SUISSE (2012). Mehr Markt für den Service public. Warum die Schweizer Infrastrukturversorgung weniger Staat und mehr Wettbewerb braucht. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- MENG, HEINRICH (1939). Seelischer Gesundheitsschutz. Eine Einführung in Diagnostik, Forschung und Nutzenanwendung der Psychohygiene. Basel: Schwabe.
- MEYER, CHRISTINE/TETZER, MICHAEL/RENSCH, KATHARINA (2009) (Hg.). Liebe und Freundschaft in der Sozialpädagogik: Personale Dimension professionellen Handelns. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- MILL, JOHN STUART/BORRIES, ACHIM VON (1969). Über Freiheit. Frankfurt/M: Europäische Verlagsanstalt.
- MITSCHERLICH, ALEXANDER (1973). Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. München und Zürich: Serie Pieper.
- MÖCKLI, SILVANO (2008). Das politische System der Schweiz verstehen. Wie es funktioniert - Wer partizipiert - Was resultiert. 2. Aufl. Altstätten: Tobler.
- MOGGE-GROTJAHN, HILDEGARD (2010). Engagement als Ressource. In: Benz, Benjamin/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.). Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 368-385.
- MOUFFE, CHANTAL (2005). Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik. Wien: Verlag Turia+Kant.
- MÜLLER-DOHM, STEFAN (2008). Jürgen Habermas. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- MÜLLER, ANJA/OPIELKA, MICHAEL (i.E.) (Hg.). Kann Liebe Arbeit sein? Kontroversen um bezahlte Elternschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- MÜLLER, BURKHARD (2002). Professionalisierung. In: Thole, Werner (Hg.). Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Opladen: Leske+Budrich. S. 725-744.
- NADAI, EVA (2007). Die Vertreibung aus der Hängematte. Sozialhilfe im aktivierenden Staat. In: Denknetz (Hg.). Zur politischen Ökonomie der Schweiz (Jahrbuch 2007). Zürich: Edition 8. S. 10-19.
- NADIG, MAYA (1986). Die verborgene Kultur der Frau. Ethnopschoanalytische Gespräche mit Bäuerinnen in Mexiko. Subjektivität und Gesellschaft im Alltag von Otomi-Frauen. Frankfurt/M: Fischer.
- NASSEHI, ARMIN (2008). Soziologie. Zehn einführende Vorlesungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- NAVE-HERZ, ROSMARIE (2006). Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde. Weinheim und München: Juventa.
- NEGT, OSKAR/KLUGE, ALEXANDER (1973). Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- NEUBERT, HARALD (2001). Antonio Gramsci: Hegemonie - Zivilgesellschaft - Partei. Eine Einführung. Hamburg: VSA-Verlag.
- NIEDERBERGER, JOSEF MARTIN (1997). Kinder in Heimen und Pflegefamilien. Fremdplatzierung in Geschichte und Gesellschaft. Bielefeld: Kleine Verlag.
- NIEDERBERGER, JOSEF MARTIN/BÜHLER-NIEDERBERGER, DORIS (1988). Formenvielfalt in der Fremderziehung. Zwischen Anlehnung und Konstruktion. Stuttgart: Enke.
- NIENSTEDT, MONIKA/WESTERMANN, ARNIM (1989). Pflegekinder. Psychologische Beiträge zur Sozialisation von Kindern in Ersatzfamilien. Münster: Votum.
- NOHL, ARND-MICHAEL (2006). Interview und dokumentarische Methode, Anleitungen für die Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- ODERMATT, VERENA (2011). Erwartungen der Pflegeeltern an das Pflegeverhältnis. Lizentiatsarbeit am Institut für Erziehungswissenschaft. Universität Zürich.

- OELKERS, NINA (2009a). Liebe allein genügt nicht: Elternverantwortung als sozialpädagogische Zielkategorie. In: Meyer, Christine/Tetzer, Michael/Rensch, Katharina (Hg.). Liebe und Freundschaft in der Sozialpädagogik. Personale Dimension professionellen Handelns. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 213-224.
- OELKERS, NINA (2009b). Aktivierung von Elternverantwortung im Kontext der Kindeswohldebatte In: Beckmann, Christof/Otto, Hans-Uwe/Richter, Martina/Schrödter, Mark (Hg.). Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe. Sonderheft 9. Lahnstein: Verlag Neue Praxis. S. 139-148.
- OELKERS, NINA (2011). Familiäre Verantwortung für personenbezogene Wohlfahrtsproduktion. In: Böllert, Karin (Hg.). Soziale Arbeit als Wohlfahrtsproduktion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 31-46.
- OELKERS, NINA/RICHTER, MARTINA (2009). Re-Familialisierung im Kontext post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse und Konsequenzen für die Soziale Arbeit. In: Kurswechsel. 3. Jg. S. 35-46.
- OEVERMANN, ULRICH (2000). Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis. In: Kraimer, Klaus (Hg.). Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Frankfurt/M: Suhrkamp. S. 58-156.
- OPRATKO, BENJAMIN (2015). Von der Harmlosigkeit radikaler Demokratie. In: <http://www.grundrisse.net/grundrisse26/VonderHarmlosigkeitradikalerDemokratie.htm>. [Zugriffsdatum: 22.7.2015].
- OPRATKO, BENJAMIN/PROBST, STEPHAN (2015). Äquivalenzketten und Überraschungseier. Zu Form und Funktion linker Organisation. In: http://www.grundrisse.net/grundrisse36/aequivalenzketten_und_ueberrasch.htm#_ftnref3. [Zugriffsdatum: 28.7.2015].
- PAULUS, STEFAN (2013). Hausarbeitsdebatte Revisited. Zur Arbeitswerttheorie von Haus- und Reproduktionsarbeit. Online abrufbar unter: <http://tubdok.tub.tuHH.de/handle/11420/1108> [Zugriffsdatum: 2.10.2016]
- PILLER, EDITH MAUD/SCHNURR, STEFAN (2013) (Hg.). Kinder- und Jugendhilfe in der Schweiz. Forschung und Diskurse. Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- POMEY, MARION (2014). Sozialpädagogische Krisenintervention bei Kindeswohlgefährdung – Handlungsspielräume der Beziehungsgestaltung und Handlungsmuster von AdressatInnen. In: Bütow, Birgit/Pomey, Marion/Rutschmann Unternährer, Myriam/Schär, Clarissa/Studer, Tobias (Hg.). Sozialpädagogik zwischen Staat und Familie. Alte und neue Politiken des Eingreifens. Wiesbaden: Springer VS Verlag. S. 133-152.
- PONGRATZ, HANS J./VOSS, G. GÜNTER (2004) (Hg.). Typisch Arbeitskraftunternehmer? Befunde der empirischen Arbeitsforschung. Berlin: Edition Sigma.
- PRESCHER, SOPHIE (2014). Die Bedeutung von Religiosität in Pflegefamilien. In: Soziale Arbeit. 63. Jg. (7). S. 264-268.
- PUTZHUBER, HERMANN/POSCH, CHRISTIAN (2001). Professionelle Familienerziehung im Spannungsfeld von Herkunftssystem, Pflegefamiliensystem und Jugendwohlfahrt. In: Der österreichische Amtsvormund. Fachzeitschrift für Kindschaftsrecht, Familienrecht und Jugendwohlfahrt. 33. Jg. (162). S. 199-205.
- RABE-KLEBERG, URSULA (1997). Professionalität und Geschlechterverhältnis. Oder: Was ist „semi“ an traditionellen Frauenberufen? In: Combe, Arno/Helsper, Werner (Hg.). Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns. Bd. 6. Frankfurt/M: Suhrkamp. S. 276-302.
- RAMSAUER, NADJA (2000). "Verwahrlost". Kindswegnahmen und die Entstehung der Jugendfürsorge im schweizerischen Sozialstaat, 1900-1945. Zürich: Chronos.
- RAUSCHENBACH, THOMAS (1994). Inszenierte Solidarität. Soziale Arbeit in der Risikogesellschaft. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.). Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt/M: Suhrkamp. S. 89-111.
- RAWLS, JOHN (1975). Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- REDL, FRITZ/WINEMAN, DAVID (1984). Kinder, die hassen. Auflösung und Zusammenbruch der Selbstkontrolle. München, Zürich: Piper.
- REICHERTZ, JO (2002). Die objektive Hermeneutik - Darstellung und Kritik. In: König, Eckard/Zedler, Peter (Hg.). Qualitative Forschung. Grundlagen und Methoden. 2., völlig überarbeitete Aufl. Weinheim: Beltz-Verlag. S. 123-156.

- REIMER, DANIELA (2008). Pflegekinder in verschiedenen Familienkulturen. Belastungen und Entwicklungschancen im Übergang. Siegen: ZPE.
- REIMER, DANIELA (2009). "Das war alles so fremd und anders". Wie Pflegekinder den Übergang in eine neue Familie erleben. In: *Unsere Jugend*. 61. Jg. (6). S. 242-253.
- RICHTER, MARTINA (2013). Die Sichtbarmachung des Familialen. Gesprächspraktiken in der Sozialpädagogischen Familienhilfe. Weinheim: Beltz Juventa.
- RICHTER, MARTINA/BECKMANN, CHRISTOF/OTTO, HANS-UWE/SCHRÖDTER, MARK (2009). Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe. In: Beckmann, Christof/Otto, Hans-Uwe/Richter, Martina/Schrödter, Mark (Hg.). *Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe*. S. 1-14.
- RIEDER, STEFAN/BIERI, OLIVER/SCHWENKEL, CHRISTOF/HERTIG, VERA/AMBERG, HELEN (2016). *Evaluation Kindes- und Erwachsenenschutzrecht*. Luzern: Interface Politikstudien Forschung Beratung.
- RIETHMÜLLER, CLAUDIA (2015). Das Leid von Pflegekindern und Verdingkindern verringern. In: *Netz. Fachzeitschrift Pflegekinder und Kinderschutz*. (1). S. 30-32.
- RISTAU-GRZEBELKO, BRITA (2009). *Öffentliche Erziehung im privaten Raum: Professionalisierungsprozesse von Pflegeeltern*. Universität Rostock, Philosophische Fakultät: Dissertation.
- RITTER, MARTINA (2008). *Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- ROHWETTER, ANGELIKA/BÖNER ZOLLENKOPF, MARLIES (2016). *Richtige Mutter - falsche Mutter? Die Rolle der leiblichen Mütter im Pflegekindersystem*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- RORTY, RICHARD (1992). *Kontingenz, Ironie und Solidarität*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- ROSENBAUM, HEIDI (1982). *Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- ROSENBAUM, HEIDI (1978) (Hg.). *Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- ROSENZWEIG, FRANZ (1988). *Der Stern der Erlösung*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- RÖSSLER, BEATE (2001a). *Der Wert des Privaten*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- RÖSSLER, BEATE (2001b). *Der Wert des Privaten*. In: <http://www.dpunkt.de/leseproben/1888/Kapitel%201.pdf>. [Zugriffsdatum: 2.10.2016].
- ROUSSEAU, JEAN-JACQUES (1998). *Emil oder Über die Erziehung*. Vollständige Ausgabe, 13., unveränderte Aufl. Paderborn: Schöningh.
- ROUSSEAU, JEAN-JACQUES (2006 (1762)). *Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*. Stuttgart: Reclam.
- RUTZ, GREGOR A. (2013). Nein zur Verstaatlichung der Familie. Gastkommentar. 7.1.2013. Erschienen. In: *Neue Zürcher Zeitung*. S. 4.
- SAUER, MARTIN (1979). *Heimerziehung und Familienprinzip*. Neuwied: Luchterhand.
- SAUER, STEFANIE (2008). *Die Zusammenarbeit von Pflegefamilie und Herkunftsfamilie in dauerhaften Pflegeverhältnissen. Widersprüche und Bewältigungsstrategien doppelter Elternschaft*. Opladen: Budrich.
- SCHAARSCHUCH, ANDREAS (1999). Soziale Arbeit in der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit in der Sozialen Arbeit. In: Hamburger, Franz/Otto, Hans-Uwe (Hg.). *Sozialpädagogik und Öffentlichkeit. Systematisierungen zwischen marktorientierter Publizität und sozialer Dienstleistung*. Weinheim und München: Juventa. S. 37-49.
- SCHÄFER, REINHILD/SANN, ALEXANDRA (2014). Frühe Hilfen zwischen (gesundheitlicher) Familienförderung und Kinderschutz. In: Bütow, Birgit/Pomey, Marion/Rutschmann Unternährer, Myriam/Schär, Clarissa/Studer, Tobias (Hg.). *Sozialpädagogik zwischen Staat und Familie. Alte und neue Politiken des Eingreifens*. Wiesbaden: Springer VS Verlag. S. 75-89.
- SCHÄR, RENATE (2008). "Die Winden sind ein Graus: macht Kollektive draus!" - die Kampagne gegen Erziehungsheime. In: Hebeisen, Erika/Joris, Elisabeth/Zimmermann, Angela (Hg.). *Zürich 68. Kollektive Aufbrüche ins Ungewisse*. Baden: hier+jetzt. S. 86-97.
- SCHENK, SILVIA (2013). Was passiert, wenn Pflegekinder volljährig sind? In: *Netz. Fachzeitschrift Pflegekinder und Kinderschutz*. (3). S. 23-26.

- SCHILLIGER, SARAH (2015). Globalisierte Care-Arrangements in Schweizer Privathaushalten. In: Nadai, Eva/Nollert, Michael (Hg.). *Geschlechterverhältnisse im Post-Wohlfahrtsstaat*. Weinheim: Beltz Juventa. S. 154-174.
- SCHMID, GEORG OTTO (2014). Freikirchler als Pflegeeltern. Zur aktuellen Diskussion um Freikirchler als Pflegeeltern. Häufig gestellte Fragen. In: <http://www.relinfo.ch/index/pflegeeltern.html>. [Zugriffsdatum: 29.12.2015].
- SCHNEEWIND, KLAUS A. (1998). Familienentwicklung. In: Oerter, Rolf/Montada, Leo (Hg.). *Entwicklungspsychologie*. 4. Auflage. Weinheim: Psychologie Verlags Union. S. 128-166.
- SCHNURR, STEFAN (2012). Grundleistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Erstellung im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen als Beitrag zur Projektgruppe zur Beantwortung des Postulats Fehr: BSV.
- SCHOCH, JÜRGEN/TUGGENER, HEINRICH/WEHRLI, DANIEL (1989). *Aufwachsen ohne Eltern: Verdingkinder, Heimkinder, Pflegekinder, Windenkinder: zur ausserfamiliären Erziehung in der deutschsprachigen Schweiz*. Zürich: Chronos.
- SCHORB, FRIEDRICH (2014). Die "Adipositas-Epidemie" bei Kindern als Rechtfertigung für Eingriffe in die Ernährung von Familien. In: Bütow, Birgit/Pomey, Marion/Rutschmann Unternährer, Myriam/Schär, Clarissa/Studer, Tobias (Hg.). *Sozialpädagogik zwischen Staat und Familie. Alte und neue Politiken des Eingreifens*. Wiesbaden: Springer VS Verlag. S. 91-107.
- SCHRADER, KATHRIN (2014). Warum Care Revolution? In: *Widersprüche*. 34. Jg. (134, Nr. 4). S. 53-61.
- SCHÜTZE, YVONNE (1986). *Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters "Mutterliebe"*. Hannover: Kleine Verlag.
- SCHÜTZE, YVONNE (1987). Die gute Mutter - Zur Geschichte des normativen Musters "Mutterliebe". In: Karsten, Maria-Eleonora/Otto, Hans-Uwe (Hg.). *Die sozialpädagogische Ordnung der Familie. Beiträge zum Wandel familialer Lebensweisen und sozialpädagogischer Interventionen*. Weinheim: Juventa Verlag. S. 45-66.
- SCHWARZ, GERHARD (1985). *Die "Heilige Ordnung" der Männer. Patriarchalische Hierarchie und Gruppendynamik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT (1999). Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. <http://www.admin.ch/ch/d/sr/101/index.html> [Zugriffsdatum: 1.10.2016].
- SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT, BOTSCHAFT ZUR ÄNDERUNG DES ZGB (2006) (Hg.). *Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht)*. http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaeft.aspx?gesch_id=20060063: Justiz- und Polizeidepartement [Zugriffsdatum: 30.9.2015].
- SEICHTER, SABINE (2007). *Pädagogische Liebe. Erfindung, Blütezeit, Verschwinden eines pädagogischen Deutungsmusters*. Paderborn: Schöningh.
- SENNETT, RICHARD (1986). *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*. Frankfurt/M: Fischer.
- SIEDER, REINHARD (1987). *Sozialgeschichte der Familie*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- SIEVERS, BRIGITTA/THOMAS, SEVERINE/ZELLER, MAREN (2015). *Jugendhilfe - und dann? Zur Gestaltung der Übergänge junger Erwachsener aus stationären Erziehungshilfen ein Arbeitsbuch*. Frankfurt/M: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen.
- SPIES, ANKE/PÖTTER, NICOLE (2011). *Soziale Arbeit an Schulen. Einführung in das Handlungsfeld Schulsozialarbeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- STERNFELD, NORA (2009). *Das pädagogische Unverhältnis. Lehren und lernen bei Rancière, Gramsci und Foucault*. Wien: Turia + Kant.
- STRECKEISEN, PETER (2013). *Unheimliche Krippen-Allianz*. Publiziert am 25. Juni 2013. (<http://debatte.ch/2013/06/unheimliche-krippen-allianz/>). [Zugriffsdatum: 2.10.2016].
- STUDER, TOBIAS (2007). *Bildung und Begabung. Eine theoretische Auseinandersetzung zu einem vernachlässigten Zusammenhang*. Lizentiatsarbeit. Pädagogisches Institut. Universität Zürich.
- STUDER, TOBIAS (2013a). Professionalisierung des Pflegekinderbereichs: Ein Indikator für eine Entdemokratisierung? In: Geisen, Thomas/Kessler, Fabian/Olk, Thomas/Schnurr, Stefan (Hg.). *Soziale Arbeit und Demokratie. Positionsbestimmung im (Post-)Wohlfahrtsstaat* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 221-242.
- STUDER, TOBIAS (2013b). Öffentlichkeit als Ort des Gemeinsamen: Politisierung des Öffentlichen durch die Sozialpädagogik? In: Bütow, Birgit/Chassé, Karl August/Lindner, Werner (Hg.). *Das*

- Politische im Sozialen – Historische Linien und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 207-222.
- STUDER, TOBIAS (2015). Machtproblematik statt Risikohaftigkeit! Warum der Risikobegriff von einem relevanten Problem sozialpädagogischen Handelns ablenkt. In: Hongler, Hanspeter/Keller, Samuel (Hg.). Risiko in der Sozialen Arbeit. Diskurse, Spannungsfelder, Konsequenzen. Wiesbaden: Springer VS Verlag. S. 99-112.
- STUDER, TOBIAS/VOGEL, MARGOT (2010). Gesellschaftliche Prozesse der Unbewusstmachung am Beispiel von Rechtsextremismus und Jugend. In: Riegel, Christine/Scherr, Albert/Stauber, Barbara (Hg.). Transdisziplinäre Jugendforschung. Grundlagen und Forschungskonzepte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 233-252.
- STUDER, TOBIAS/CALABRESE, STEFANIA/EIGENMANN, PHILIPP/ODERMATT, VERENA (2010). Schlussbericht Evaluation FAP - Fachstelle Pflegekinder Kanton Zürich Region Ost. Unveröffentlichtes Manuskript Zürich: Universität Zürich.
- STUDER, TOBIAS/GABRIEL, THOMAS/CALABRESE, STEFANIA/EIGENMANN, PHILIPP/ODERMATT, VERENA (2008). Zwischenevaluationsbericht FAP - Fachstelle Pflegekinder Kanton Zürich Region Ost. Unveröffentlichtes Manuskript Zürich: Universität Zürich.
- SUTTER-SOMM, THOMAS (2010) (Hg.). ZGB/OR: Schweizerisches Zivilgesetzbuch und Obligationenrecht. Vollständige Textausgabe mit wichtigen Nebengesetzen und Verordnungen. Zürich: Liberis.
- TANNER, HANNES (1988). Befunde zur Einweisungspraxis, zur Realität des Massnahmenvollzuges und zu Persönlichkeitsveränderungen während des Massnahmenvollzuges. Forschungsbericht 2 (deutsche Originalfassung). Zürich: Pädagogisches Institut der Universität Zürich.
- TANNER, HANNES (1998). Die ausserfamiliäre Erziehung. Von den Waisenhäusern und Rettungsanstalten zu den sozialpädagogischen Wohngemeinschaften der Moderne. In: Hugger, Paul (Hg.). Kind sein in der Schweiz. Eine Kulturgeschichte der frühen Jahre. Zürich: Offizin. S. 185-195.
- TANNER, HANNES/UNIVERSITÄT (ZÜRICH) CENTRE DE RECHERCHE EN PÉDAGOGIE SOCIALE (1988). Enquêtes concernant l'efficacité de la prise en charge en Suisse de jeunes particulièrement difficiles à éduquer (au sens de l'art. 93ter CP). Zürich: Institut de Pédagogie de l'Université de Zurich.
- TAYLOR, CHARLES (1988). Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- TERKESSIDIS, MARK (2004). Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: transcript.
- TETZER, MICHAEL (2010). Liebe und sozialpädagogische Professionalität. Reflexionen im Gegenlicht des emotionstheoretischen Ansatzes nach Martha Nussbaum. In: Drieschner, Elmar/Gaus, Detlef (Hg.). Liebe in Zeiten pädagogischer Professionalisierung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 179-207.
- THIERSCH, HANS/THIERSCH, RENATE (2009). Beziehungen in der Erziehung - essayistische Bemerkungen. In: Meyer, Christine/Tetzer, Michael/Rensch, Katharina (Hg.). Liebe und Freundschaft in der Sozialpädagogik: Personale Dimension professionellen Handelns. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 13-22.
- THIERSCH, HANS/FROMMANN, ANNE/SCHRAMM, DIETER (1977). Kritik und Handeln. Interaktionistische Aspekte der Sozialpädagogik. Gesammelte Aufsätze. Neuwied: Luchterhand.
- TUGGENER, HEINRICH (1989). Die Geschichte der ausserfamiliären Erziehung in der deutschsprachigen Schweiz im Überblick. In: Schoch, Jürg/Tuggener, Heinrich/Wehrli, Daniel (Hg.). Aufwachsen ohne Eltern: Verdingkinder, Heimkinder, Pflegekinder, Windenkinder: zur ausserfamiliären Erziehung in der deutschsprachigen Schweiz. Zürich: Chronos. S. 129-153.
- TUGGENER, HEINRICH (2002). Arbeit: Ein Begriff vielfältig zu gebrauchen. Rede, gehalten an der 150 Jahre Feier der Arbeitserziehungsanstalt Kalchrein, Hüttwilen (TG), 3. Mai 2002. In: Informationen über den Straf- und Massnahmenvollzug. 2. Jg. S. 10-16.
- TYRELL, HARTMANN (1979). Familie und gesellschaftliche Differenzierung. In: Pross, Helge (Hg.). Familie wohin? Leistungen, Leistungsdefizite und Leistungswandlungen der Familien in hochindustrialisierten Gesellschaften. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. S. 13-82.
- VOGEL, CHRISTIAN (1998). Institutionelle Aspekte sozialpädagogischen Handelns. Institutionsanalyse einer Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche. Lizentiatsarbeit. Universität Zürich. lic. phil. Zürich.

- VOGEL, CHRISTIAN (2006). Schulsozialarbeit. Eine institutionsanalytische Untersuchung von Kommunikation und Kooperation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- VOGEL, CHRISTIAN (2007). Die Analyse von Interaktion und Kommunikation in der Forschungs- und Berufspraxis der Sozialen Arbeit. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit. 2. Jg. S. 23-40.
- VOGEL, CHRISTIAN (2010). Die Kooperationsproblematik in der Schulsozialarbeit als Ausgangspunkt für Demokratisierungsprozesse. In: Olk, Thomas/Speck, Carsten (Hg.). Forschung zur Schulsozialarbeit. Stand und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 239-254.
- VOGEL, CHRISTIAN (2013). Mythos Kooperation. Die Klischierung des Legitimationsproblems in aktuellen Institutionalisierungsformen der Schulsozialarbeit. In: Piller, Edith Maud/Schnurr, Stefan (Hg.). Kinder- und Jugendhilfe in der Schweiz. Forschung und Diskurse. Wiesbaden: Springer VS Verlag. S. 197-228.
- VOLL, PETER (2006). Wenn Kinder mit Behörden gross werden - Probleme und Prozesse im zivilrechtlichen Kinderschutz. In: Soziale Sicherheit CHSS. Zeitschrift des Bundesamtes für Sozialversicherung. 5. Jg. S. 242-248.
- VOWINCKEL, ANNETTE (2004). Hannah Arendt. Zwischen deutscher Philosophie und jüdischer Politik. Erstausg. Aufl. Berlin: Lukas-Verlag.
- WATZLAWICK, PAUL/BAVELAS, JANET BEAVIN/JACKSON, DON D. (2011). Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. 12., unveränderte Aufl. Bern: Huber Verlag.
- WIDER, DIANA (2010). Ein Gesetz ist nur so gut wie seine AnwenderInnen. In: Sozial Aktuell. (4). S. 19-22.
- WIDERSPRÜCHE-REDAKTION (2014). Einleitung. Zu diesem Heft. In: Widersprüche. 34. Jg. (134, Nr. 4). S. 3-8.
- WIDULLE, WOLFGANG (2012). Gesprächsführung in der Sozialen Arbeit. Grundlagen und Gestaltungshilfen. 2., durchgesehene Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- WIGGER, ANNEGRET (2012). Chance für Pflegefamilien und Pflegekinder? In: Netz. Fachzeitschrift Pflegekinder und Kinderschutz. (3). S. 10-12.
- WIGGER, ANNEGRET/STANIC, NIKOLINA (2012). Kinder wirken mit. Ein Handbuch zur Unterstützung der Mitwirkungspraxis in der ausserfamiliären Betreuung: Stämpfli Verlag.
- WILHELM, ELENA (2005). Rationalisierung der Jugendfürsorge. Die Herausbildung neuer Steuerungsformen des Sozialen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt-Verlag.
- WINKER, GABRIELE (2014). Rede auf der Aktionskonferenz Care Revolution unter der Thematik: Soziale Reproduktion in der Krise - Care Revolution als Perspektive. In: Widersprüche. 34. Jg. (134, Nr. 4). S. 63-72.
- WINKLER, MICHAEL (1999). Die Last der guten Worte. In: Hamburger, Franz/Otto, Hans-Uwe (Hg.). Sozialpädagogik und Öffentlichkeit. Systematisierungen zwischen marktorientierter Publizität und sozialer Dienstleistung. Weinheim und München: Juventa. S. 61-77.
- WINKLER, MICHAEL (2009). Professionalität allein genügt nicht. Anmerkungen zu einem Text der Wiener Moderne. In: Meyer, Christine/Tetzer, Michael/Rensch, Katharina (Hg.). Liebe und Freundschaft in der Sozialpädagogik: Personale Dimension professionellen Handelns. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 87-101.
- WINKLER, MICHAEL (2013). Kritische Soziale Arbeit - Anmerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen einer Idee. In: Hünersdorf, Bettina/Hartmann, Jutta (Hg.). Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Disziplinäre und interdisziplinäre Diskurse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 145-164.
- WINKLER, MICHAEL (2015). Familie - Verwüstung doch nicht ganz ausgeschlossen. Überlegungen für die Nachdenklichen unter den Verächtern dieser Lebensform. In: Großkopf, Steffen/Winkler, Michael (Hg.). Das neue Misstrauen gegenüber der Familie. Kritische Reflexionen. Würzburg: Ergon-Verlag. S. 55-92.
- WÖHL, STEFANIE (2007). Die Subjekte der radikalen Demokratie: Institutionelle Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulationen. In: Nonhoff, Martin (Hg.). Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld: transcript. S. 139-158.

- WOLF, KLAUS (1999). Machtprozesse in der Heimerziehung. Eine qualitative Studie über ein Setting klassischer Heimerziehung. Münster: Votum.
- WOLF, KLAUS (2006). Pflegekinderwesen im Aufbruch. In: Jugendhilfe-Report des Landschaftsverbandes Rheinland, Heft 2. S. 6-9.
- WOLF, KLAUS (2007). Können grosse Heime gute pädagogische Orte sein? In: Unsere Jugend. 59. Jg. (1). S. 2-9.
- WOLF, KLAUS (2012). Professionelles privates Leben? Zur Kolonialisierung des Familienlebens in den Hilfen zur Erziehung. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik. 10. Jg. (4). S. 395-420.
- WOLF, KLAUS (2013). Pflegefamilien als unkonventionelle Familien. In: Familiendynamik. Systemische Praxis und Forschung. 38. Jg. (4). S. 268-277.
- WOLF, KLAUS (2014). Pflegefamilien als bedeutsame zivilgesellschaftliche Ressource. Verzicht auf kolonialisierende Interventionen (Teil 2). In: Netz. Fachzeitschrift Pflegekinder und Kinderschutz. (2). S. 32-35.
- WOLF, KLAUS (2015) (Hg.). Sozialpädagogische Pflegekinderforschung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- WOLFF, REINHART (2015). Kinderschutz. David Gil zum 90. Geburtstag. In: Widersprüche. 35. Jg. (137). S. 97-105.
- WULLWEBER, JOSCHA (2012). Konturen eines politischen Analyserahmens - Hegemonie, Diskurs und Antagonismus. In: Dzudzek, Iris/Kunze, Caren/Wullweber, Joscha (Hg.). Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven. Berlin: De Gruyter. S. 29-58.
- WYER, BETTINA (2014). Der standardisierte Arbeitslose. Langzeitarbeitslose Klienten in der aktivierenden Sozialpolitik. Konstanz: UVK.
- WYSS, KURT (2007). Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus. Zürich: Edition 8.
- ZATTI, BARBARA (2005). Das Pflegekinderwesen in der Schweiz. Analyse, Qualitätsentwicklung und Professionalisierung. Expertenbericht im Auftrag des Bundesamts für Justiz.
- ZITELMANN, MAUD (2001). Kindeswohl und Kindeswille im Spannungsfeld von Recht und Pädagogik. Münster: Votum.

Anhang

Transkriptionsregeln

/	Beginn einer Ueberlappung
(2)	Pause, Dauer in Sekunden
(.)	kurzes Absetzen, weniger als eine Sekunde
<u>ja</u>	Text unterstrichen: betont
ja	fett: laut
"ja"	sehr leise
od-	Abbruch eines Wortes
oh=ne	Wortverschleifung
nei::n	Dehnung, die Häufigkeit von: entspricht der Länge der Dehnung
(aber)	Verständnisunsicherheit bei der Transkription
()	unverständliche Äußerungen, die Länge der Klammer entspricht der Dauer der unverständlichen Äußerung
((stöhnt))	Anmerkungen zu parasprachlichen, nicht-verbalen oder gesprächsexternen Ereignissen
@ja@	lachend gesprochen
@.@	kurzes Auflachen
@(2)@	Lachen, Dauer in Sekunden
//mhm//	Einschub Interviewer

In Anlehnung an NOHL (2006).

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre hiermit ehrenwörtlich,

- dass mir als Antragsteller die geltende Promotionsordnung bekannt ist;
- dass ich als Antragsteller die Dissertation selbst angefertigt habe, keine Textabschnitte eines Dritten oder eigener Prüfungsarbeiten ohne Kennzeichnung übernommen und alle von mir benutzten Hilfsmittel, persönliche Mitteilungen und Quellen in meiner Arbeit angegeben habe; ich die volle Verantwortung für die Auswahl und Auswertung des Datenmaterials sowie die Herstellung des Manuskripts;
- dass ich keine Hilfe eines Promotionsberater oder einer Promotionsberaterin in Anspruch genommen habe und dass keine Dritten weder unmittelbar noch mittelbar geldwerte Leistungen von mir als Antragsteller für Arbeiten erhalten haben, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen;
- dass ich als Antragsteller die Dissertation noch nicht als Prüfungsarbeit für eine staatliche oder andere wissenschaftliche Prüfung eingereicht habe;
- dass ich als Antragsteller die vorliegende Dissertation nicht, auch nicht in wesentlichen Teilen ähnlich, bei einer anderen Hochschule, bzw. anderen Fakultät als Dissertation eingereicht.

Tobias Studer

Zürich, 3. Oktober 2016